This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Otto von Bismarck

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

1. Name
2. Germany — Politics, 1848-1888.
ED

Digitized by Google

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY

ASTOR, LENOX, AND
TILDEN FOUNDATIONS
R L

AN
(Bismarck, O.
Kreutzer

Digitized by Google

Digitized by Google

Otto von Bismarck

Sein Leben und sein Werk

Von

Johannes Kreutzer

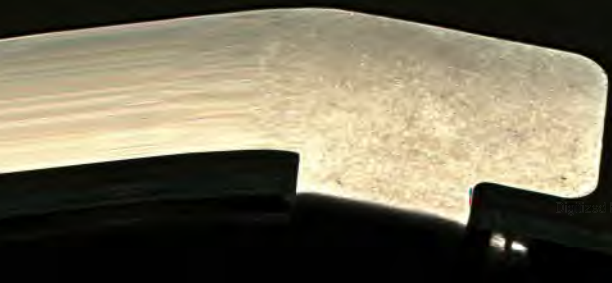
Zwei Bände

mit zwei Bildnissen von J. V. Cissarz

Erster Band

Leipzig 1900.
R. Voigtländers Verlag

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

1. Name
2. Germany — Politics, 1848-1888.
ED

Digitized by Google

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY.

ASTOR, LENOX, AND
TILDEN FOUNDATIONS
R L

AN
(Bismarck, O.
Kreutz

Digitized by Google

Digitized by Google

Otto von Bismarck

Sein Leben und sein Werk

Von

Johannes Kreutzer

Zwei Bände

mit zwei Bildnissen von J. V. Cissarz

Erster Band

Leipzig 1900.
R. Voigtländers Verlag

Digitized by Google

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
335481B
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS
R 1945 L

Biographische Volksbücher
82—107.

Uebersetzungsrecht
vorbehalten.

2148

Typograph-Maschinensatz von Oscar Brandstetter, Leipzig.

Digitized by Google

Lourz 11 Dec 1945 2 V.

Oskar Jäger
in dankbarer Verehrung
gewidmet.

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt des ersten Bandes.

Seite

Vorwort 9
Einleitung 11

Erstes Buch:
Die Zeit der Vorbereitung.
1. Kindheit und Jugend 1815—1847 15
2. Im Kampfe gegen die Revolution 1847—1851 . . 52
3. Bismarck als Gesandter in Frankfurt, Petersburg und Paris 1851—1862 89

Zweites Buch:
Bismarck als preußischer Minister.
1. Bis zum Frieden mit Dänemark 1862—1864 . . . 152
2. Im Kampfe gegen Oesterreich 1864—1866 204

Drittes Buch:
Bismarck als Begründer und Kanzler des Norddeutschen Bundes 300

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorwort.

Wer aufmerksamen Auges der neuern Bismarck-Literatur gefolgt ist, wird sich weniger darüber wundern, daß dieses Buch noch, als daß es schon erscheint. Verhält es sich doch mit den wahrhaft großen Menschen wie mit den Bergriesen, die sich erst in gemessener Entfernung von dem Gewimmel der sie umgebenden Höhen abheben: je mächtiger Bismarck seine Zeit beherrscht und je gewaltiger er im Mittelpunkte ihrer politischen Ideen, Bestrebungen und Kämpfe gestanden hat, um so schwieriger ist es, sein Verhältnis zu seinen Zeitgenossen, seinen Mitarbeitern und Gegnern, aus der Nähe richtig zu schauen und zu schätzen. Angesichts dieser Schwierigkeit und der Beschaffenheit der Quellen, die in der Nähe der Tagesereignisse nur trübe fließen, bin ich nicht leichten Sinnes an die Arbeit gegangen; aber entscheidend war mir die Erwägung, daß nach all den Einzelskizzen und Einzelstudien über Bismarck das Verlangen nach einem Gesamtbilde seines Lebens noch größer und dringlicher geworden ist, und daß auch die gegenwärtige Generation schon einen Anspruch auf eine vollständige Bismarckbiographie hat, soweit sie sich mit gutem Willen nach dem Stande der wissenschaftlichen Forschung herstellen läßt.

Dieses Buch, durchgehends aus den ursprünglichen Quellen geschöpft, verzichtet auf gelehrte Notizen und Anmerkungen, auch an die strittigen Fragen der Kritik sollen den Leser nur wenige Spuren erinnern; aber dessen sei er versichert, daß ich diesen Fragen nicht ausgewichen, sondern

Digitized by Google

bemüht gewesen bin, sie nach sorgfältiger Abwägung zu entscheiden. Daß ich nicht nur den hingeschiedenen Meistern der deutschen Geschichtswissenschaft, in erster Reihe Treitschke und Sybel, sondern auch vielen noch lebenden zu großem Danke verpflichtet bin, ist mir jetzt, da ich nach einem an Arbeit und Zweifeln, aber auch an innerer Befriedigung reichen Jahre die Feder niederlege, zu sagen Bedürfnis.

So ziehet denn hinaus, ihr beiden Bände, und erfüllet eure Bestimmung: in deutschen Herzen die starke und reine Liebe zum Vaterlande zu entzünden, dem das große und herrliche Leben, welches ihr zu schildern versucht, mit allen Fasern bis zu seinem letzten Hauche geweiht war.

Köln a. Rh. Im Januar 1900.

Digitized by Google

Einleitung.

Die Frage, ob der Fortschritt der Nationen und der menschlichen Gesellschaft insgesamt mehr von unten als von oben, mehr durch die Völker als durch einzelne führende Männer gefördert werde, ist für uns Deutsche, soweit die politische und nationale Entwicklung in Betracht kommt, im Sinne der zweiten Annahme entschieden. So gewiß und unleugbar die Herrscher aus dem Hause Hohenzollern den preußischen Staat geschaffen und mit ihrem Wesen durchdrungen haben, ebenso unverkennbar zeigt das deutsche Reich eines einzigen Mannes Gepräge.

Ueberschauen wir den Weg, den unser Volk im 19. Jahrhundert gegangen ist, so fällt unser Blick in der Fülle der großen Probleme, die es zu lösen hatte, auf drei, die wie ragende Merksteine an der Bahn seiner Entwicklung stehen. Die Fragen, die in den Jahren 1848, 1866 und 1879 gewissermaßen in ihre Krisis traten, griffen an die Lebenswurzeln der Nation, und die Art ihrer Lösung hat, wie wir heute erkennen, auf Generationen, vielleicht auf Jahrhunderte über die Zukunft der deutschen Geschichte entschieden. Es sollte sich zeigen, ob das deutsche Volk, nachdem es die Fremdherrschaft gebrochen, auch im Innern die Kraft habe, in großen und fundamentalen Lebensfragen bestehende aber veraltete Rechte und Zustände dem Geiste und den Forderungen einer neuen werdenden Zeit zu beugen. Der erste dieser inneren Kämpfe ging um die Verfassung, um die Auseinandersetzung zwischen Königtum und Volksrecht, Autorität und Freiheit, ein Problem, auf dessen Lösung zu allen Zeiten das Schicksal der Staaten beruht. Autorität und Freiheit streben von Natur wider einander, und nur in ihrer Vereinigung, in dem Maße ihrer Mischung liegt die Bürgschaft des Fortschritts; ohne die Freiheit erstarren die Völker, ohne die Autorität zerstieben ihre Kräfte und zerstören sich selbst. — Zum andern galt es zu entscheiden, wie der Einheitsdrang des

Digitized by Google

getrennten, durch ein vielmaschiges Netz unnatürlicher Grenzen eingeschnürten Volkes mit den Rechten der Einzelstaaten und ihrer Dynastien sich vereinigen ließ. Mit dieser nationalen Frage aber war, den unlösbaren Knoten noch heilloser verwirrend, jene erste, die politische, Jahrzehnte hindurch verschlungen. Die dritte Frage endlich war die wirtschaftlich-sociale: ob es unserem Volke gelingen werde, seine heimische Arbeit gegen das Ausland zu schützen und im Innern die Kluft auszufüllen oder zu überbrücken, die die gewaltig sich reckenden Kräfte der modernen Volkswirtschaft zwischen den besitzenden Klassen und der Masse der Nichtbesitzenden aufgethan hatten.

In jedem dieser inneren Kämpfe sehen wir unser Volk zaudern und schwanken; mächtige Leidenschaften durchwühlen es, und unheilgrollende Wetter verdunkeln eine Zeit lang seine Bahn. Dann wird es Licht, und aus dem Wirrsal der Zweifel und Leidenschaften schreitet die Nation dem Ziele zu. An ihrer Spitze aber sehen wir, die Bahn weisend und ebnend, immer denselben Führer: Otto v. Bismarck. Er war es, der auf die schweren Schicksalsfragen, die das 19. Jahrhundert dem deutschen Volke aufgab, die Antwort fand, und er fand sie, indem er sie aus dem ureigenen, wenngleich von den Wirren der Zeit getrübten und vor der Not des Kampfes verzagenden Empfinden und Gewissen seines Volkes emporhob. Darin liegt nicht nur die Zukunft seiner Schöpfung, sondern auch das Geheimnis seiner persönlichen Größe. In einer Zeit, da die besten Männer der Nation irrten und keinen Ausweg sahen, hat er klaren Blickes auf dem Grunde der deutschen Volksseele gelesen und durch die Nebel der Gegenwart hindurch die Zukunft geschaut. Und mehr! Was er im Geiste sah, das hat er zur Wirklichkeit gemacht, indem er fest und furchtlos durch Hindernisse und Gefahren bis an das Ende seines Weges ging. Daß die nationale Strömung, die die deutschen Stämme zur Einheit trieb, glücklich zum Ziele führte, daß sie mit einer Stärkung der Autorität abschloß, obwohl sie in ihren Anfängen unter den Stürmen der Freiheitsbegeisterung die Dämme der staat-

Digitized by Google

lichen Gewalt überflutet und an manchen Stellen durchbrochen hatte, daß endlich das junge Reich, während es nach außen gegen eine Welt von Neidern in Rüstung stand, im Innern, allen Staaten voran, das Werk des socialen Friedens angriff, diese Ruhmesthaten des deutschen Volkes sind Bismarcks Werk, er hat sie, wie es am 7. Dezember 1898 in denkwürdiger Stunde der Präsident des Reichstages unter dem Beifall der gewählten Vertreter des deutschen Volkes aussprach, allein gethan.

In seinem Werke und in seinem Leben hat Bismarck dem deutschen Volke ein unvergängliches Vermächtnis hinterlassen, beide groß und herrlich, das eine nur durch das andere ganz zu begreifen. Beide gehören zusammen, und so lange sein Werk besteht, werden auch die Kräfte, die seine Persönlichkeit nach allen Richtungen zündend und lebenerzeugend ausstrahlte, in seinem Volke dauern und wirken. Man hat v. Sybels Geschichte der Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. die beste Bismarck-Biographie genannt. Aber dieses Wort trifft doch nur eine Seite des Unergründlichen und Gewaltigen, freilich die, die sich dem Beobachter zuerst und überwältigend darstellt: seine staatsmännische Kraft. Mit ihr hat er das Große vollbracht, weshalb die Geschichte ihn neben den größten der Hohenzollern stellen wird, dessen Plan er aufgenommen, ans Ende gedacht und ausgeführt hat. Aber damit ist Bismarcks Bedeutung nicht erschöpft. Friedrich der Große, der durch seine Thaten dem deutschen Volke das erstarrte nationale Empfinden weckte und die deutsche Dichtung zu höherm Fluge begeisterte, stand innerlich dem deutschen Geiste, wenigstens den Bestrebungen und Schöpfungen der deutschen Kunst, ohne Verständnis und Anteil gegenüber; als er am Ende seines Lebens sehnsüchtig verlangend nach dem gelobten Lande der deutschen Dichtung ausblickte, übersah er, daß in seinem Volke eine hoffnungsvolle Geistessaat aufgegangen war. Und Bismarck? Alle großen Fragen, die sein Volk bewegten, haben auch ihn bewegt, die gleichen Schwingungen der Sorge und Hoffnung, der Trauer und Freude, des Hasses

Digitized by Google

und der Liebe, die die Nation durchzitterten, gingen durch sein Herz, und was in seinem Volke zum Werden drängte, rang auch in seinem Geiste nach Leben und Gestaltung. Immer, wenn auch bisweilen zögernd und widerstrebend, öffnete er sich den neuen Gedanken und Problemen, aber einmal von ihnen erfaßt, trug er sie zu jener Höhe, wo, von keinem Nebel verhüllt, die Klarheit thront. In der Kraft dieser selbsterrungenen Klarheit trat er in die Reihen der Streiter, und sein Name wurde dann die Losung in geisterscheidenden Kämpfen. Allen sichtbar, die einen zu dankbarer Liebe, die andern zu harter Gegnerschaft zwingend, alle aber mit dem Hauche seines Genius berührend, wurde er der Nation und dem Einzelnen ein Besitz, um dessen Gegenwart die kommenden Geschlechter uns preisen und beneiden werden. Er selbst aber eilte, Unsterbliches wie etwas Selbstverständliches vollbringend, rastlos von That zu That; hinter jedem Ziele, das er erreichte, erhob sich ihm ein neues, höheres. Während er so, von dem schöpferischen Drange seiner Seele getrieben, im Wesen gleich, in Meinungen und Entwürfen sich verjüngend, von Werk zu Werk schritt, wuchs er seinen staunenden Zeitgenossen über alles vertraute und gekannte Maß staatsmännischer Größe hinaus.

Dem in aller Menschengeschichte fast beispiellosen Strome dieses gewaltigen und befruchtenden Lebens nachzugehen, die Quellen, aus denen es sich bildete, aufzuspüren, seine Hemmnisse und Förderungen zu erkennen und namentlich die Wechselwirkungen zwischen ihm und den Geschicken seines Volkes aufzudecken, ist eine Aufgabe, die, schon an sich von größtem Reiz, auch dem Verständnis der Gegenwart und ihrer politischen Ziele einen nicht geringen Dienst erweisen kann. Leider wird die Lösung dieser Aufgabe niemals ganz ohne Rest gelingen, denn das staatsmännische Genie hat mit dem künstlerischen das gemein, daß die Frage nach seinen letzten Gründen in Tiefen führt, die sich dem forschenden Auge verschließen.

Digitized by Google

Erstes Buch:

Die Zeit der Vorbereitung.

1. Kindheit und Jugend 1815—1847.

Otto v. Bismarck ist am 1. April 1815 auf dem väterlichen Gute Schönhausen in der Altmark geboren. Seine Geburt fiel in eine bedeutsame Zeit. Vier Wochen vorher war Napoleon von Elba zurückgekehrt, und der frisch gezimmerte Thron des Bourbonenkönigs brach wie morsches Holz zusammen; die Verbündeten, Preußen wieder voran, rüsteten sich, den verwegenen Störenfried zum zweitenmale zu bändigen. Auch in Schönhausen, wo man nach dem Unglückstage von Jena den rohen Uebermut der Sieger erfahren hatte, folgte man mit Spannung dem Gang der Ereignisse. Ein Bruder des Schloßherrn diente als Offizier in der preußischen Armee, ein andrer war vor einem halben Jahre den Folgen einer Wunde erlegen, die er im Kampfe gegen die Franzosen erhalten hatte. Die Erinnerungen an die Fremdherrschaft und den Befreiungskampf blieben in dem Hause des früheren Rittmeisters lebendig; mit unaustilgbaren Zügen drückten sie sich der empfänglichen Seele des Sohnes ein und sind ihm für sein ganzes Leben die Quelle geworden, aus der er an harten und heißen Tagen den unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des deutschen und preußischen Volkes geschöpft hat.

Das Geschlecht der Herren v. Bismarck war seit Jahrhunderten in der Altmark, der Wiege des brandenburgisch-preußischen Staates, angesessen. Den Landesherren, den Kurfürsten und Königen, mit Rat und That, Gut und Blut zu dienen, war ihnen zwar Ueberlieferung und selbstverständliche Pflicht, aber das hinderte nicht, daß ihr knorriger Eigenwille sie mitunter in eine schroffe Oppo-

Digitized by Google

sition führte. Noch Friedrich Wilhelm I. nennt die Bismarcks unter den Geschlechtern, die seiner landesherrlichen Souveränität zu schaffen machten. Otto v. Bismarck wurde der Erbe dieser durch eine lange Folge von Geschlechtern gehüteten und bethätigten Gesinnung, und er war sich dieses Erbes und der Pflichten, die es ihm auflegte, bewußt. Als im Jahre 1849 ein Berliner Witzblatt die verdächtigende Frage aufwarf, wo im Jahre 1809 ein gewisser Herr v. Bismarck kommandiert habe, berief er sich stolz auf die Thatsache, daß ‚von den sieben Mitgliedern dieser Familie, welchen es vergönnt war, an dem französischen Kriege teilzunehmen, drei auf dem Schlachtfelde blieben und die vier andern mit dem eisernen Kreuze heimkehrten'. Im übrigen war Bismarcks Vater ein Landedelmann ohne charakteristische Züge und Interessen. Selbst der Bewirtschaftung seiner Güter — außer Schönhausen hatte er noch Besitzungen in Pommern — widmete er ein geringes Maß von Verständnis und Arbeit. Die Jagd war seine größte, fast ausschließliche Passion, noch als Siebziger betrieb er sie mit der Ausdauer jenes Engländers, der stundenlang mit der Angelrute an einem fischleeren Wasser sitzt und, darauf aufmerksam gemacht, sich in seinem Vergnügen nicht stören läßt. Ein Brief Ottos an seine Schwester aus dem Jahre 1844 giebt eine köstliche Schilderung der blinden Fuchsjagd-Komödie, die der alte Herr in Begleitung von Treibern und Hunden ‚mit aller jägermäßigen Vorsicht, lautlos und unter sorgfältiger Beobachtung des Windes' vor einem unschuldigen, notorisch wildfreien Kiefernbusch zu veranstalten liebte. Kurz, das Bild dieses Mannes entspricht nur wenig dem, welches man sich von dem Vater des Kanzlers zu machen versucht ist. Auch hier deuten, wie so oft bei außerordentlichen Männern, die Elemente der geistigen Entwicklung auf die Mutter. Sie war eine Tochter des preußischen Kabinettsrats Menckn, eines tüchtigen, hochgebildeten und ‚in damaligen Hofkreisen als liberal geltenden' Beamten. Sie überragte geistig den achtzehn Jahre ältern Gemahl, und dieser erkannte ihre Ueberlegenheit an, indem er ihr nicht

Digitized by Google

nur in der Erziehung der Kinder — Bernhard geb. 1810, Otto, und Malwine geb. 1827 — sondern auch in der Verwaltung seiner Güter ein wichtiges Wort einräumte. Die Mutter war es auch, die die in dem zweiten Sohne schlummernden Anlagen entdeckte und ihm die Richtung auf die diplomatische Laufbahn gab. Ihres maßgebenden Einflusses auf seine Entwicklung hat er stets in dankbarer Liebe gedacht, und von der Verehrung, die er ihrem Andenken bewahrte, geben noch die ‚Gedanken und Erinnerungen' des Achtzigjährigen Kunde. Daß in seinen Eltern die beiden Hauptträger des alten preußischen Staates, der das Offizierkorps ergänzende Grundadel und das Beamtentum, ihre Traditionen gewissermaßen vermählt hatten, gehört nicht minder zu den geheimnisvollen Voraussetzungen seiner Natur, wie die Thatsache, daß seine Geburt mit dem Schlußakte des Freiheitskampfes zusammengefallen war.

Die Mutter wünschte ihren Söhnen eine gründliche Erziehung und übergab sie, zum Teil allerdings aus Erwägungen der Sparsamkeit, frühzeitig — Otto vom sechsten Lebensjahre ab — der Plamannschen Erziehungsanstalt in Berlin. Der Umstand, daß die Eltern einen Teil des Winters in der Hauptstadt zu leben pflegten, wird für die Wahl ins Gewicht gefallen sein. Ueberdies erfreute die Schule des Direktors Plamann sich eines wohlbegründeten Rufes. Aber für den sechsjährigen Knaben war die Entfernung von der Heimat — seit 1816 lebten die Eltern auf ihren Gütern in Pommern — der erste große Schmerz, den er Jahre lang nicht verwunden hat. Dem von Heimweh gepeinigten und in mancher Hinsicht verwöhnten war der Aufenthalt in einer Anstalt, deren Erziehungsgrundsätze vor allem strenge Zucht und Abhärtung bezweckten, eine ständige Qual und Strafe. Hierauf, nicht auf seine häusliche Erziehung, bezieht sich das Wort des Kanzlers, daß in einer richtig organisierten Familie auf eine Generation, die ihre Kinder prügele, eine andre folge, die sie verziehe, und daß er leider zu den geprügelten gehört habe. Aber die Vorsehung liebt es,

Digitized by Google

ihre großen Männer in der Jugend auf harten Wegen zu führen; auch für den jungen Otto v. Bismarck war der Aufenthalt in einer ihm widerwärtigen Umgebung eine unvergleichliche Schule der Willensstählung und Selbstzucht. Dazu lernte er im täglichen Umgang mit Alters- und Leidensgenossen einiges, was in der Familie, unter den strengen oder zärtlichen Augen der Eltern, sich nicht so leicht entfaltet: andre, seinesgleichen, beobachten, überreden und leiten.

Als der Knabe, zwölf Jahre alt, die Plamannsche Anstalt verließ, blieb er in Berlin, um das Gymnasium zu besuchen. Er trat in Tertia ein und bestand im Jahre 1832 im Alter von 17 Jahren das Abiturientenexamen. Im Jahre vorher war er von Schleiermacher konfirmiert worden; des Spruches, den der große Theologe ihm damals gab, ‚alles, was ihr thut, das thuet von Herzen, als dem Herrn, und nicht den Menschen!‘ ist er auf der Höhe seines Lebens eingedenk geblieben. Damals freilich, als er ‚als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts‘ das Gymnasium verließ, und noch mehr in den folgenden Jahren, war seinem jugendlichen Idealismus der christliche Glaube zu pantheistischen Vorstellungen verflüchtigt. In der weltverachtenden Lehre Spinozas suchte er eine Antwort auf die quälenden Fragen seiner Seele, und erst in der Ehe fand er sich zum vertrauensvollen Glauben an das Christentum zurück. Aber auch dann noch, bis in die letzten Jahre, erinnert manches Wort der Resignation, die bisweilen wie ein fremder Akkord aus seiner Seele hervorbricht und den Hörer verwirrt und erschüttert, an die Jahre, wo sein im schlimmsten Sinne des Wortes vereinsamter Geist in der Lehre Spinozas seine Zweifel zu stillen suchte.

Wenden wir uns von der religiösen Stimmung des siebzehnjährigen Abiturienten zu dem übrigen Bestande seines geistigen Besitzes, so scheint es nicht unwichtig, daran zu erinnern, daß in jener Zeit der ernstern und einfachern Lebensführung das Gymnasium im Vergleich mit heute seinen Schülern eine überlegene geistige Zucht, ein reicheres

Digitized by Google

Wissen und stärkeres Können auf den Weg gab. Auch Otto v. Bismarck hatte auf der Schule, wenngleich nicht in allen Fächern mit demselben Eifer, wacker gearbeitet. Vier Jahre nach dem Abiturientenexamen übersetzte er bei der Referendariatsprüfung in Aachen zur Zufriedenheit der Examinatoren einige Stellen aus Ciceros Buch ‚über die Pflichten' und aus Xenophons Cyropaedie, Leistungen, die man von einem heutigen Referendar im allgemeinen nicht erwarten wird. Ueber die Anforderungen der Schule hinaus hatte Bismarck, offenbar im Hinblick auf das von der Mutter ihm gesteckte Lebensziel, Französisch und Englisch getrieben und sich gründlich in Geschichte und Geographie umgesehen. Aber auch damit war seine geistige Bilanz, die sich ja bei regsamen Menschen nie auf das Schul- und Fachwissen beschränkt, nicht erschöpft. Beim Uebergang zur Universität verfügte er vielmehr infolge seines Bildungsganges über eine für seine Jahre unverhältnismäßig große Kenntnis des wirklichen Lebens. Das Leben auf dem Lande, nicht nur im Herrenhause, sondern auch in den Hütten der Tagelöhner, in den Ställen und auf den Feldern war ihm durch die Erinnerungen seiner Kinderjahre, dann durch den regelmäßigen Aufenthalt während der Ferien durchaus vertraut; auch das städtische Leben, und zwar der verschiedensten Kreise, hatte er mit der regen, durch den Gegensatz zu den bisherigen Verhältnissen gesteigerten Neugier eines aufgeweckten, vom Lande in die Stadt verpflanzten Knaben beobachtet. Dieser fortwährende, durch den abwechselnden Aufenthalt auf dem Lande und in der Stadt immer von neuem befruchtete Vergleich war der Tummelplatz für die ersten Regungen jenes Wirklichkeitssinnes, der ein wesentlicher, ja der entscheidende Zug seiner staatsmännischen Kunst geworden ist. Und wie stand es um die politischen Anschauungen des Abiturienten? In den ‚Gedanken und Erinnerungen' heißt es, er habe damals, ohne Republikaner zu sein, die Ueberzeugung gehabt, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei; von Erwachsenen habe er manche geringschätzige Kritik über Herrscher gehört und über die Ursachen nach-

Digitized by Google

gedacht, welche Millionen von Menschen bestimmen könnten, Einem zu gehorchen. Zugleich aber gesteht er, daß diese Betrachtungen ebenso wie die deutsch-nationalen Gedanken, die ihm schon damals nahe getreten waren, nicht stark genug gewesen seien, das ihm angeborene preußisch-monarchische Gefühl auszutilgen. In den letzten Worten liegt der Schwerpunkt des Bekenntnisses.

Mehrere seiner Biographen haben gelegentliche Aeußerungen des Kanzlers, die auf republikanische Sympathien in seiner Jugend schließen lassen, aus der Absicht des Zusammenhangs, in dem sie stehen, herausgelöst und den Versuch gemacht, in Bismarcks Entwicklung eine ‚republikanische Periode' nachzuweisen. Ein unfruchtbarer Versuch! Denn die republikanischen Anschauungen, an die dabei gedacht werden kann, sind über sehr allgemeine Theorien niemals hinausgegangen, und weder damals, da er das Gymnasium verließ, noch zu irgend einer spätern Zeit haben derartige Anwandlungen sich zu einem bestimmten auf sein eigenes Land gerichteten Wunsche verdichtet. Davor bewahrte ihn neben dem erwähnten preußisch-monarchischen Gefühl auch die schon damals in ihm lebendige Ueberzeugung von der Notwendigkeit und dem Segen der Autorität, ein Glaube, der schon dem Gymnasiasten die gewöhnlichen Helden unserer Jugend, einen Brutus und Tell, als Rebellen und Mörder erscheinen ließ. Zwischen dieser Ueberzeugung des Knaben und der genau in derselben Linie sich bewegenden des Mannes findet sich für das, was wir mit einigem Recht eine republikanische Periode nennen könnten, schlechterdings kein Raum; sie wäre ein fremdartiges Glied in einer Entwicklungskette, die wie bei wenigen andern Menschen aus einem einheitlichen Gusse war.

Gern möchten wir wissen, wer die Herrscher waren, über die der Jüngling eine absprechende Kritik zu hören bekam, und wer diese Kritik übte. Wir haben dabei jedenfalls nicht an die Familie, sondern an die Schule und deren Geschichtsunterricht zu denken; von der Plamannschen Anstalt wenigstens weiß man, daß einige ihrer

Digitized by Google

Lehrer aus ihrer ‚teutschen' und junkerfeindlichen Gesinnung kein Hehl machten. Auch die Annahme, daß jene Kritik einen mehr politischen als geschichtlichen Charakter gehabt habe und etwa gegen die preußischen Zustände der damaligen Zeit gerichtet gewesen sei, ist durch nichts zu erweisen. Vielmehr sprechen innere Gründe dagegen. Bis zum Jahre 1832, wo Bismarck Berlin verließ, herrschte in den mittleren Provinzen Preußens, desgleichen in der Hauptstadt auf politischem Gebiet vollkommene Ruhe. War es das schwere Ringen gegen die wirtschaftlichen Schäden der schlimmen Kriegszeit oder das unerschütterte Vertrauen des Volkes auf die väterlichen Absichten der Krone, so viel ist gewiß, daß in den Teilen der Monarchie, die Bismarck bis dahin kennen gelernt hatte, die aus dem Westen kommenden Lockrufe des Radikalismus keinen Widerhall fanden. Auch die Pariser Julirevolution, die in einigen deutschen Residenzen ihre Nachwehen äußerte und das behagliche Stillleben in unliebsamer Weise störte, prallte an dem soliden Bau der Hohenzollernmonarchie ab. Der famose Schneiderkrawall, den im September des Jahres die Berliner Schneidergesellen verübten, hatte keinen politischen Charakter und hinterließ als ein wirksames Gegenmittel gegen Wiederholungsgelüste den Nachgeschmack der Lächerlichkeit. Ja, gerade die Julirevolution gab dem preußischen Selbstgefühl des Volkes neue Nahrung, weil die damals von Frankreich befürchtete Kriegsgefahr es offenkundig machte, daß die Wehrkraft Preußens die schirmende Grenzwacht Deutschlands war.

An Körper und Geist gesund, kehrte der Abiturient im Frühling 1832 zu den Eltern zurück. Den Beruf, der ihm bis dahin vorgeschwebt hatte, hielt er im Auge, und nach einigen Schwankungen über die Universität, die er besuchen sollte, erhielt Göttingen den Vorzug. Das Verzeichnis der Vorlesungen, die er fürs erste Semester belegte, ermöglicht einen Rückschluß auf die Richtung seiner geistigen Interessen in jener Zeit. Es enthält neben der Jurisprudenz auch Völker- und Länderkunde, Philosophie und Mathematik, Beweis genug, daß er nicht Gefahr lief,

Digitized by Google

jener handwerksmäßigen Einseitigkeit zu verfallen, die sich gegen alles, was nicht zum engern Fache gehört, durch lederne Scheuklappen abzusperren liebt. Im nächsten Semester wurden der Vorlesungen allerdings weniger, es kam die Zeit, wo die Göttin der Wissenschaft, der er anfangs treu gedient hatte, andre weniger strenge Gottheiten neben sich dulden mußte.

Damit begann in Bismarcks Leben die Epoche, über die die mythenspinnende Anekdotensucht aus Wahrheit und Dichtung einen fast undurchdringlichen Schleier gewoben hat. Zum Glück verlohnt es sich bei der großen Mehrzahl dieser Studentengeschichten nicht, sie auf ihre geschichtliche Unterlage zu prüfen. Otto v. Bismarck war, wie es der sehnigen und gesunden Spannkraft seiner Natur entsprach, ein ganzer Student. In vollen Zügen trank er den schäumenden Becher der akademischen Freiheit und Freuden, auf dem Kommerse wie auf dem Fechtboden stellte er seinen Mann, und bald war er trotz seiner siebzehn Jahre in allen studentischen Künsten manchem bemooften Haupte über. Gestehen wir es nur, die Erinnerung an die Sturm- und Drangzeit des Kanzlers thut unserm Empfinden wohl, und es ist ein echt deutscher Zug, wenn unsre Gedanken sich an dem Bilde weiden, wie der Jüngling, der eines Tages für seinen König und sein Volk auf die Mensur treten sollte, schon damals furchtlos und unbesiegbar vor den Klingen seiner Gegner stand.

In seinem zweiten Semester trat er dem Korps der Hannoveraner bei, aber ganz ging er auch jetzt in den äußeren Dingen des akademischen Lebens nicht auf. Nie hat er ihnen mehr als einen Teil seiner überquellenden Natur gewidmet, und wenn er sich damals die Zügel schießen ließ, so hat er später bei Gelegenheit warnend darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Korps in der wissenschaftlichen Ausrüstung, die sie von der Hochschule mitbrachten, nicht selten hinter ihren Kommilitonen zurückstanden. Auch fällt es für die Beurteilung des Göttinger Studenten ins Gewicht, daß diejenigen Freunde, deren Umgang er am meisten schätzte und suchte, dem Korps-

Digitized by Google

leben wie dem studentischen Treiben überhaupt ferner standen. In erster Linie gilt dies von dem Amerikaner Motley, der sich später als Geschichtschreiber und Diplomat einen Namen gemacht hat. Die Freundschaft, die er und Bismarck in Göttingen schlossen, hat, gleich ehrenvoll für beide, bis an den Tod gehalten. Noch zwei andre Amerikaner gehörten zu diesem Kreise, dessen Kitt das Verlangen der Jünglinge nach ernster Aussprache war. Wie in jenen Tagen die amerikanischen Freunde auf die Gedanken und Anschauungen des pommerschen Junkers eingewirkt haben, entzieht sich leider unserer Kenntnis, aber daß die Unterhaltung der Jünglinge sich oft um die politischen und sonstigen Zustände ihrer Länder gedreht hat, davon giebt mehr als eine Nachricht zuverlässige Kunde. So ging Bismarck einst mit einem der Amerikaner die Wette ein, daß in zwanzig Jahren die deutsche Einheit eine Thatsache sein werde. Die Wette hat er verloren, aber seinen Glauben an die nahe Erfüllung des deutschen Einheitstraumes hat die Geschichte bestätigt, obwohl er damals nicht ahnte, daß ihm selbst dabei die erste Rolle zufallen sollte. Im allgemeinen wird man in den Gesprächen mit den amerikanischen Freunden dieselbe fördernde Wirkung des Kontrastes annehmen dürfen, die ihm früher das Verständnis des wirklichen Lebens und seiner socialen Unterschiede angebahnt und erleichtert hatte.

Daß Bismarck schon damals die deutsche Einheit auf seinem Herzen trug, ist kaum befremdend. Die deutschen Universitäten standen in jener Zeit unter dem Zeichen der Burschenschaft, deren vornehmstes Ziel die Wiedergeburt des nationalen Geistes und die politische Einigung Deutschlands war. Mit dieser Frage hatte jeder deutsche Jüngling, wenn er zur Universität kam, innerlich und äußerlich sich abzufinden. Bismarck hielt es mit den nationalen Bestrebungen, und nur zufällige Umstände haben ihn davor bewahrt, in die ‚schweren Gefahren der burschenschaftlichen Thätigkeit verflochten zu werden'. Neben gewissen Mängeln äußerlicher Art, die er an den Vertretern der Burschenschaft entdeckte, fühlte er sich namentlich ab-

Digitized by Google

gestoßen durch die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf einem Mangel an Bildung und an Kenntnis der vorhandenen historisch gewordenen Lebensverhältnisse beruhte. Kurz, bei näherm Zusehen erhielt er von ihnen den Eindruck ‚einer Verbindung von Utopie und Mangel an Erziehung'. Diese Wahrnehmung hatte ihm auch, nachdem er im ersten Semester zwischen Burschenschaft und Korps geschwankt hatte, zuletzt zu gunsten des Korps den Ausschlag gegeben.

Damit hatte die klare Nüchternheit seines politischen Verstandes über den unklaren Idealismus, der damals in der deutschen Jugend vorherrschte, einen ersten Sieg errungen, der für seine weitere Entwicklung entscheidend und die Voraussetzung vieler künftigen Siege geworden ist. Denn es ist unverkennbar: Die Kraft, worin er drei Jahrzehnte später, als er um die deutsche Einheit rang, sich allen Gegnern und Mitstreitern überlegen erwies, regte sich schon in jenen Tagen, als er zwischen Burschenschaft und Korps zu wählen hatte.

Der Aufenthalt in Göttingen gab ihm auch sonst Veranlassung, die politischen Zustände und Vorgänge in Deutschland zu beobachten. In Göttingen, zumal in der Studentenschaft, waren die Ereignisse des vorhergehenden Jahres, wo im Januar die Studenten unter der Leitung eines Privatdozenten skandaliert, rebelliert und einige Tage ‚regiert' hatten, natürlich nicht vergessen; sie werden vielmehr das Kern- und Dauerstück der alltäglichen Unterhaltung gebildet haben. Ueberdies trat gerade in den Tagen, da Bismarck nach Göttingen kam, in Hannover der Landtag zusammen, der nicht nur über eine neue Landesverfassung, sondern auch über die beantragte Begnadigung jener Göttinger Tumultuanten beraten sollte. Ein Göttinger Professor, der Historiker Dahlmann, war der Führer der Verfassungspartei, aber gerade er war es, der den Begnadigungsantrag mit großer Entschiedenheit bekämpfte. Daß diese Vorgänge in den Kreisen der Studentenschaft lebhaft erörtert wurden, liegt auf der Hand; und ohne einen innern Zusammenhang andeuten zu wollen,

Digitized by Google

erinnern wir uns der Thatsache, daß nach Jahren der Abgeordnete v. Bismarck die Amnestie der Berliner Barrikadenkämpfer mit ähnlichen Gründen bekämpft hat wie damals Dahlmann die der Göttinger.

Auf zuverlässig sicheren Boden treten wir bei der Frage, wie der Student Bismarck über die revolutionäre Bewegung dachte, die in jenen Jahren den Südwesten Deutschlands verwirrte. Die Berichte über das viel zu ernst genommene wein- und redeselige Hambacher Fest, namentlich aber der Frankfurter Putsch, an dem auch Göttinger Burschenschaftler sich beteiligt hatten, haben ihn mit Widerwillen und Abscheu erfüllt. Seiner preußischen Schulung mußte jeder tumultuarische Eingriff in die staatliche Ordnung widerstreben; in dieser Stimmung geriet er über seinen früheren Standpunkt hinaus in die entgegengesetzte Richtung, kraft des Gesetzes der Reaktion, das sich in allen starken Geistern wie in jedem gesunden Organismus bethätigt. Weniger liberal, als er im Frühjahr 1832 Berlin verlassen hatte, kehrte er dahin zurück. In diesen Worten, es sind seine eigenen, liegt das Ergebnis seiner politischen Entwicklung während der drei Göttinger Semester.

Der Abgang von Göttingen, der infolge seiner reichen Lorbeeren auf der Mensur nicht ganz freiwillig war, bedeutete für Bismarck einen ersten, allerdings noch nicht abschließenden Strich unter das flotte Studentenleben und den allmählichen Uebergang zu einer neuen Rubrik, dem Studieren. Zwar seine Kollegienhefte blieben auch fernerhin meistens leer, und die Hörsäle kannte er besser von außen als von innen. Erst als die Not an den Mann kam, hat er sich zu jenem Fleiße bequemt, den die tiefsinnige Studentensprache mit dem Worte ‚ochsen' verlästert, und schließlich hat er nach Ablauf seiner sechs Semester zur rechten Zeit das Examen bestanden, freilich mit Hilfe eines Repetitors. Im übrigen widerfährt dem Biographen, der über Bismarcks damaligen Aufenthalt in Berlin berichten möchte, was auch sonst zu geschehen pflegt: in großen Städten verliert man die Menschen aus dem Auge.

Digitized by Google

In näheren Verkehr trat er mit einem Grafen aus Kurland, der später Kurator der Universität in Dorpat wurde und sich damals, d. i. während seiner Studentenzeit, das Verdienst erwarb, seinem Freunde den Sinn für gute Musik zu öffnen, der ihm bis dahin verschlossen gewesen war. Noch heimischer wurde es Bismarck in Berlin, als Motley ihm dahin folgte und sein Hausgenosse wurde. Da tauchten die Geister der Göttinger Tage wieder auf und umgaben die in ernsten und frohen Gedanken sich ergehenden Freunde mit dem Zauber eines Glückes, dessen Nachglanz noch nach Jahrzehnten ihren Briefwechsel verklärt hat.

Im Mai 1835, wenig über dem Durchschnittsalter heutiger Abiturienten, hatte Bismarck das erste juristische Examen bestanden und trat in Berlin als Auskultator in den Justizdienst, um sein Ziel, die Diplomatie, auf einem Umwege zu erreichen. Die Gründe, die ihn hierzu veranlaßten, hat er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' mitgeteilt. In der Zeit vor 1848 war für einen Kammergerichts-Auskultator und Regierungs-Referendar, dem jede Beziehung zu ministeriellen und höhern amtlichen Kreisen fehlte, kaum eine Aussicht zu einer Beteiligung an der preußischen Politik vorhanden, solange er nicht den einförmigen Weg zurückgelegt hatte, der durch die Stufen der bureaukratischen Laufbahn nach Jahrzehnten dahin führen konnte, an den höhern Stellen bemerkt und herangezogen zu werden. Diese Aussichten erschienen der kraftstrotzenden Thatenlust des Jünglings natürlich wenig verlockend, aber einen Versuch wollte er schon deshalb machen, um demnächst in der Assessorprüfung die Grundlage für jede andre amtliche Thätigkeit zu gewinnen. Leider waren die Erfahrungen, die er zunächst in der Justiz machen sollte, wenig darnach angethan, ihm Gefallen oder auch nur Achtung einzuflößen. Wegen seiner lesbaren Handschrift, vermutlich auch aus andern Gründen, wurde er vier Monate hindurch ‚über Gebühr' als Protokollführer bei gerichtlichen Untersuchungen verwendet, und als er nach Abschluß dieser juristischen Vorschule zum Kriminalgericht überging, wurde die Arbeit selbst zwar interessanter, aber

Digitized by Google

mit seiner Ausbildung geriet er infolge der Unfähigkeit eines seiner Vorgesetzten vom Regen unter die Traufe. Aus dieser Zeit gehen einige hübsche Geschichtchen um, die freilich nicht alle so gut beglaubigt sind wie jene bekannte Scene am Stadtgericht, deren der Kanzler noch in seinen Memoiren mit unverkennbar grimmigem Behagen gedenkt: wie er als ‚grüner Auskultator' nach dem erfolglosen Versuch, ein scheidelustiges Ehepaar zu versöhnen, den Rat Prätorius herbeiruft, und wie dieser in der verdrießlichen Stimmung eines zur Unzeit geweckten ältern Herrn herbeikommt, die Frau, die sich nicht scheiden lassen will, auffordert, den ‚Säufer, der ihr zu Hause die Jacke vollschlage', laufen zu lassen, dann im Protokoll vermerken läßt, daß alle dem Gebiete der Moral und Religion entnommenen Gründe erfolglos geblieben seien, und endlich nach diesem Meisterwerk mit der Bemerkung: ‚Nun merken Sie sich, wie man das macht, und lassen Sie mich künftig mit dergleichen in Ruhe!' den verdutzten Auskultator seinem eigenen Witz überläßt. Kein Wunder, daß Bismarck nach Jahresfrist ohne Trennungsschmerz von der Justiz schied, von der er in der Nähe Eindrücke bekommen hatte, die den Vorstellungen, die er sich vorher von ihr gemacht, so wenig entsprachen.

Um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen, meldete er sich bei der Regierung in Aachen, deren Dienst sich in zwei Jahren abmachen ließ, während bei den Regierungen der andern Provinzen mindestens drei erforderlich waren. Ueberdies galt Graf Arnim, der Präsident der Aachener Regierung, als ein Mann mit Zukunft, unter dessen Augen sich hervorzuthun eine gute Empfehlung war. Die Prüfungsarbeiten, die ihm von Aachen aus aufgegeben wurden, handelten von der Natur und Zulässigkeit des Eides und von der Sparsamkeit im Staatshaushalte. Beide Arbeiten, die er am 20. Mai 1836 ablieferte, sind erhalten und verdienen als beglaubigte Erstlinge des Bismarckschen Geistes unsre Aufmerksamkeit. Auch wer von der Schwäche, in jeder Jugendäußerung des Genies dieses vorahnen zu wollen, nicht angekränkelt ist, wird den Prüfungsar-

Digitized by Google

beiten des einundzwanzigjährigen Referendariats-Kandidaten einige Vorzüge besonderer Art nicht absprechen. Beide zeichnen sich aus durch eine weit über das Alter ihres Verfassers gereifte Beurteilung des socialen und staatlichen Lebens. So führt er in der einen Arbeit aus, je heiliger der Eid im Volke gehalten werde, desto mehr müsse man darüber wachen, daß er nicht durch unnötig häufigen Gebrauch degradiert werde; wo es sich um Mein und Dein handle, sei der Eid nur mit behutsamer Erwägung des in Versuchung führenden Interesses zuzulassen. In der zweiten Arbeit über die Sparsamkeit im Staatshaushalte begegnen wir nicht selten Gedanken, die wie ein Vorspiel zu dem großen Reformwerk klingen, welches vier Jahrzehnte später seinen Geist beschäftigen sollte. Daß die Konsumtionssteuer, wofern sie die nicht durchaus notwendigen Lebensbedürfnisse erfasse, vor andern Steuern den Vorzug der Gerechtigkeit und der größern Ertragsfähigkeit habe, war schon damals seine Meinung. Sodann ist die souveräne Sicherheit, womit er eine große Menge geschichtlicher Kenntnisse in den Dienst seiner Untersuchungen stellt, geradezu überraschend; man empfindet, daß ein Mensch, der mit einundzwanzig Jahren so Geschichte versteht, auch selbst im gegebenen Falle Geschichte machen kann. Ein drittes, was die beiden Arbeiten auszeichnet, ist die nirgends abschweifende zielklare Gedankenführung. Die Sprache ist, mit der des Kanzlers verglichen, glatter und, der jugendlichen Schnellkraft des Schreibenden entsprechend, weniger fest und knorrig; aber urwüchsig ist auch sie und überall der kongruente Ausdruck eines klaren und einfachen Gedankens.

Als auch die mündliche Prüfung in Aachen neben sehr guten Kenntnissen namentlich ‚eine vorzügliche Urteilskraft und Schnelligkeit im Auffassen der ihm vorgelegten Fragen' ergab, standen dem jungen Referendar die günstigsten Aussichten offen. Graf Arnim, ein Beamter ‚ohne geistigen Zopf', nahm sich seiner Ausbildung mit Umsicht und persönlichem Wohlwollen an. Aber in einigen der Abteilungen, in denen der Referendar arbeitete, herrschte

Digitized by Google

ein subalterner, pedantischer Geist; Fragen, die mit gutem Willen und etwas Witz in kurzer Frist erledigt werden konnten, wurden mit bureaukratischer Wichtigthuerei behandelt und verursachten unverhältnismäßigen Aufwand an Arbeit und Papier, damit die Sinecurestelle des betreffenden Dirigenten nicht als solche erkannt würde. Aber Bismarck kam bei seiner Gewohnheit, schnell zu arbeiten, bald hinter das Geheimnis und betrachtete die Zeit, die er erübrigte, als seinen Gewinn. Die Stadt, die damals als Badeort eine große Zahl vornehmer Ausländer, besonders Belgier, Franzosen und Engländer, beherbergte, bot ihm nur zu bald Gelegenheit, das, was er auf dem Bureau an Zeit ersparte, in angenehmer Weise auszugeben. Für den Verkehr mit den Ausländern, den er überdies vielleicht als einen praktischen Vorkursus für die Diplomatenlaufbahn ansehen mochte, kamen ihm nicht nur seine Sprachkenntnisse, sondern auch die sonstigen Kavaliertugenden zu statten, die er schon als Auskultator auf dem glatten Parkett der Berliner Hofgesellschaft erprobt hatte. Bald trieb er mitten im Strudel der Gesellschaft, die, verführerischer und anspruchsvoller als einst die akademische, ihn ganz in Beschlag nahm. Diese Aenderung wirkte zuletzt auf seine amtliche Thätigkeit und Stellung zurück. Die Berichte der Abteilungsdirigenten erkannten zwar nach wie vor seine großen Fähigkeiten an, aber daneben verlauteten Klagen über Unpünktlichkeit und Unfleiß. Graf Arnim gewahrte die Wandlung nicht ohne Sorge, und weil er deren letzten Grund richtig herausfand, befahl er seinen Räten, den Referendar, der wegen seiner großen Fähigkeiten ungewöhnlich rasch arbeite, ‚recht reichlich' zu beschäftigen. Diese Verordnung erging im Mai 1837. War es nun der Verdruß Bismarcks über das gehäufte Maß der ihm zugewiesenen Arbeit, oder hatte der gesellschaftliche Strudel die Kette, die ihn innerlich an Amt und Arbeit fesselte, zerrissen — er warf, zum ersten-, freilich auch zum letztenmale, die Flinte ins Korn. Am 1. Juni kam er aus Gesundheitsrücksichten um einen achttägigen Urlaub ein; der wurde ihm bewilligt, aber

Digitized by Google

als er zu Ende war, kam Bismarck nicht zurück. Dieser war nämlich unterdessen mit einigen Freunden und Freundinnen aus der Aachener Fremdenkolonie rheinaufwärts gegangen, und während die Alten in Aachen ungeduldig auf ihn warteten, bereiste er Süddeutschland und die Schweiz. Erst in der zweiten Hälfte des September kam ein aus Bern datierter Brief von ihm an, worin er um Verlängerung des früher bewilligten, aber nur bis zum 8. Juni reichenden Urlaubs bat; er wiederholte das Gesuch in einem Briefe aus Frankfurt a. M. vom 30. September, in dem er zugleich die Absicht äußerte, demnächst zu einer altpreußischen Regierung überzugehen, um zu einer angestrengteren Thätigkeit zurückzukehren. In dem Bescheid, den er darauf erhielt, wurde ihm die Urlaubsverlängerung abgeschlagen, dagegen sein Entschluß, an einer anderen Regierung zu größerer Thätigkeit zurückzukehren, gutgeheißen, weil er bei den gesellschaftlichen Verhältnissen in Aachen vergeblich danach gestrebt habe. Bismarck reiste darauf nach Kniephof zu seinen Eltern, eine Epoche jugendlicher Verirrungen und Thorheit ging zu Ende.

Wie die Erinnerung an diese Zeit ihm noch nach Jahren trübe Schatten heraufführte, zeigt die Stelle eines Briefes, den er am 3. Juli 1851 aus Frankfurt a. M. an seine Gemahlin schrieb: ‚Vorgestern war ich zu Mittag in Wiesbaden bei * und habe mit einem Gemisch von Wehmut und altkluger Weisheit die Stätten früherer Thorheit angesehen. Möchte es doch Gott gefallen, mit Seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ. Wo und wie mögen * und Miß * jetzt leben, wie viele sind begraben, mit denen ich damals liebelte, becherte und würfelte, wie hat meine Weltanschauung doch in den vierzehn Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch

Digitized by Google

an unserm innern Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und wertlos welken, bis wieder vierzehn Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben. Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann. Ich weiß nicht, wie ich das früher ausgehalten habe; sollte ich jetzt leben wie damals, ohne Gott, ohne dich, ohne Kinder — ich wüßte doch in der That nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmutziges Hemde.' —

Von Betrachtungen dieser Art war die Stimmung, in der der Referendar im Oktober 1837 seine Eltern wiedersah, allerdings noch weit entfernt; nur soviel ist gewiß, daß es ihm mit dem Entschlusse, ein anderes Leben zu beginnen, ganzer Ernst war. Die Verhältnisse, die er in der Heimat vorfand, mußten ihn darin bestärken. Die Vermögenslage der Eltern war erschüttert, und der Sohn mußte sich sagen, daß die Art, wie er seit Jahr und Tag gelebt hatte, die Sorgen noch vermehrt hatte. Dazu kam die traurige Gewißheit, daß das Befinden der Mutter, die schon lange gekränkelt hatte, eine hoffnungslose Wendung nahm. Schwer fiel es dem Sohne auf die Seele, daß der unerfreuliche Abschluß seiner Aachener Thätigkeit den frohen Erwartungen, die die Mutter auf sein Talent gesetzt hatte, einen schlimmen Stoß versetzen mußte. Das Versprechen, das er sich damals gab, hat er gehalten. In Potsdam, wo er das unterbrochene Referendariat fortsetzte, hat er die ‚bis zur Schulterhöhe' sich auftürmenden Aktenstöße ohne Murren bewältigt, und die letzten äußern Spuren der Aachener Zeit waren aus seiner weitern Laufbahn beseitigt, als er im Frühjahr 1838 bei den Gardejägern eintrat, um seiner Dienstpflicht zu genügen. Unterdessen aber drängten die Vermögensverhältnisse der Eltern zu einer Katastrophe. Nur eins schien sie verhüten oder wenigstens hinausschieben zu können: wenn die Ausgaben erheblich eingeschränkt wurden, und die beiden Söhne ihre Kraft der Bewirtschaftung der Güter widmeten. Eine andere Möglichkeit, den Familienbesitz zu retten, gab es

Digitized by Google

nicht; die Brüder entschlossen sich daher, auf die amtliche Laufbahn zu verzichten und die Leitung der pommerschen Güter zu übernehmen, während die Eltern mit der damals elfjährigen Malwine nach Schönhausen übersiedeln sollten. Der Mutter, die am ersten Tage des folgenden Jahres starb, verdüsterte die Notwendigkeit dieser Lösung ihre letzten Wochen, dem Sohne selbst, dem seit seiner Verpflanzung in die Plamannsche Anstalt eine tiefe Sehnsucht nach dem Landleben geblieben war, wurde der Entschluß nicht schwer. In dem Glauben und mit dem Wunsche, sein Leben als Gutsherr zu führen und einst zu beschließen, traf er gegen Ostern 1839 in Kniephof ein. Er glaubte sich, wenigstens sein äußeres Leben, auf dem geraden Wege zum Hafen, aber das Jahrzehnt, welches jetzt für ihn anhob, war ihm von der Vorsehung zu einer neuen Zeit der Vorbereitung bestimmt, in der sein Wesen sich vertiefen und sammeln sollte, bis er an dem Tage, wo das Schicksal seines Staates ihn rief, an Einsicht und Willenskraft gewachsen, auf den Plan trat.

Der Landbau war zu aller Zeit eine Schule von Tugenden und Kräften, die man im besonderen Sinne als staatbildend bezeichnen kann. Nicht ohne Grund und tiefen Sinn haben die unerreichten Meister der Staatskunst, die alten Römer, wenn sie auf die Geschichte ihrer Weltherrschaft zurückblickten, die Zeit als die glänzendste gepriesen, da man die Männer, die das Staatsruder führen sollten, vom Pfluge herbeirief. Denn es ist so: Die Mutter Erde hält denen, die auf ihrem Boden säen und ernten, mehr als andern Körper und Geist gesund, und wer an der Spitze einer Gutsherrschaft in dem ursprünglichsten Gemeinbetrieb menschlicher Erwerbsthätigkeit sich erprobt, wer hier Wesen und Wert der Ordnung, des Ineinandergreifens aller Glieder nach einem einheitlichen Willen, dazu die Notwendigkeit eines offenen Auges, festen Willens, rascher und zugleich zäher Arbeit kennen lernt, der erwirbt sich leicht Eigenschaften, die den Unterbau staatsmännischer Tüchtigkeit ausmachen. Daß auch andere Berufe eine Vorschule dieser Kunst sein können

Digitized by Google

und nicht selten gewesen sind, ist bekannt, aber in einem bleibt der Landwirt in der Regel dem Offizier, dem Gelehrten und Techniker überlegen: in der gründlichen und vielseitigen Kenntnis des wirklichen Lebens und in dem, was man den praktischen Verstand zu nennen pflegt. Allerdings, wie heute der Ackerbau den Völkern nicht mehr die einzige Quelle des Unterhalts ist, so thut auch dem Staatsmanne noch anderes zu wissen not; aber die Forderung, daß er sein eigenes Volk, dessen Interessen und Bedürfnisse gründlich kenne, wird ihm damit nicht erlassen, am wenigsten in einer Zeit, wo ein starker Umschwung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens gerade diese Interessen in den Vordergrund der allgemeinen Politik gerückt hat. —

Die Verhältnisse, unter denen der vierundzwanzigjährige Referendar mit seinem Bruder die Verwaltung der pommerschen Familiengüter antrat, waren, wie gesagt, in bedrohlicher Weise zerrüttet; es bedurfte außergewöhnlicher Umsicht und Thatkraft, den stark gefährdeten Besitz zu retten. Für den Jüngling, der unter solchen Sorgen zum Manne heranwächst, ist, wofern er aus gesundem Holze besteht, das schwere Ringen um sein und der Seinigen Dasein von unschätzbarem Gewinn. Da gilt es sich zusammennehmen, entbehren, unermüdlich sinnen und schaffen. Das stellt den Werdenden auf sich selbst, stärkt ihm die vorhandenen und weckt ihm die noch schlummernden Kräfte des Willens und des Verstandes. Die Schule der Not, die so viele Männer groß gemacht, hat auch den Junker v. Bismarck einige Jahre hindurch in die Lehre genommen, und daß sie auch an ihm sich heilsam bewährte, zeigte eher, als man es erwartet hatte, der Erfolg. Denn obwohl auch die Folgezeit noch oft über Mißwachs und ‚Mangel an Futter, Geld, Kartoffeln und Dünger' zu klagen gab, so schien doch schon nach drei Jahren die unmittelbar drängende Not beseitigt. Wenigstens entschloß Bismarck sich im Sommer 1842 zu einer mehrmonatigen Reise durch England, Frankreich, die Schweiz und Süddeutschland. Daß diese Reise und andere in den nächsten

Digitized by Google

Jahren nicht nur der Erholung und Zerstreuung dienen sollten, ersehen wir aus den wenigen Briefen, die darüber berichten. Aufmerksam beobachtete er Land und Leute, verglich die fremden Zustände mit denen in der Heimat und ergänzte oder verbesserte unaufhörlich die Anschauungen und Urteile, die er zu Hause aus Büchern und in Gesprächen über die fremden Länder sich gebildet hatte. Keine Gelegenheit, zu sehen und zu lernen, wurde von ihm verschmäht, und es überrascht uns kaum, wenn wir erfahren, daß er in Manchester die Bekanntschaft eines Monteurs machte und durch dessen Vermittelung sich Eintritt in eine große Maschinenfabrik und andere interessante Betriebe verschaffte. Besonders aber fesselt die Art, wie er die Menschen, ihre Vorzüge und Schwächen studierte und beurteilte. Schon damals gewahren wir an ihm die später so wertvolle Gabe, die Menschen, mit denen er zusammentraf, in kürzester Zeit zu durchschauen und in den geheimen Fächern ihrer Seele zu lesen. Zwei Briefe, die er im Herbste 1844 aus Norderney an den Vater und die Schwester schrieb, geben von dieser Fähigkeit erquickende Proben.

War er zu Hause, so verwandte er die Zeit, die die Wirtschaftssorgen ihm frei ließen, zumeist aufs Studieren. In Kniephof befand sich eine ansehnliche Sammlung guter Bücher, von der er nach Jahren, als man sich über seine ausgedehnten Kenntnisse auf den mannigfachsten Gebieten erstaunt zeigte, erklärend erzählte, daß er sie damals verschlungen habe. Die Art, wie er später durch die Gründlichkeit seines Wissens und die Gediegenheit seines Urteils nicht selten gelehrte Gegner auf den Sand streckte, ist bekannt. Diese Thatsache allein sollte genügen, die bekannte Darstellung, die den Herrn von Kniephof zum Junker von ‚Kneiphof' gemacht hat, mit einigem Mißtrauen aufzunehmen. Und wirklich, sieht man näher zu, so bleibt von dem Kneiphof-Märchen nichts übrig, als daß der junge Gutsherr, wenn er Nachbarn oder Offiziere als Gäste in seinem Hause hatte, kein Spielverderber gewesen ist. Daß er solchen Verkehr gelegentlich herbei-

Digitized by Google

wünſchte, war bei einem Menſchen, der ſich nach dem anregenden Leben in der Stadt auf das entlegene Gut verſchneit ſah, mehr als erklärlich. Bisweilen wurde ihm das Gefühl der Vereinſamung ſo mächtig, daß weder die Bücher noch die Gäſte es bannten; dann erfaßte ihn eine ſtarke Sehnſucht nach anderer Thätigkeit, die den unbefriedigten Drang ſeines Geiſtes zu ſtillen vermocht hätte.

Wiederholt meldete er ſich, um dieſen Thatendrang, in dem wir das Pochen des Genius vernehmen, zu beſchwichtigen, zu Dienſtübungen bei der Landwehr; eine davon iſt dadurch bekannt geworden, daß er mit eigener Lebensgefahr ſeinen Diener vor dem Ertrinken rettete und dadurch ſeine erſte Ordensauszeichnung, die Medaille für Lebensrettung, gewann. Mehrfach vertrat er auch den Bruder in den Landratsgeſchäften des Kreiſes Naugard, und im Frühjahr 1844 arbeitete er wieder einige Zeit an der Regierung in Potsdam, bei der er von ſeiner frühern Thätigkeit her in gutem Andenken ſtand. Man ſieht, wie jetzt, nachdem er die im Jahre 1839 übernommene Aufgabe im weſentlichen gelöſt ſah, die Zukunftsträume aus ſeiner Jugendzeit wieder vor ihm aufſtiegen. Da veranlaßte der Tod des Vaters im November 1845 ſeine Ueberſiedelung nach Schönhauſen, und hier nahmen andre Arbeiten und Sorgen ihn ganz in Anſpruch.

Das Gut lag an der Elbe und war der Ueberſchwemmungsgefahr ausgeſetzt. Erſt im vergangenen Winter hatte der Fluß die Beſitzung, deren Zuſtand auch ſonſt zu wünſchen übrig ließ, arg mitgenommen, und wenige Monate nach dem Tode des Vaters wiederholte ſich die Gefahr. Bismarck, der auf die Nachricht davon herbeieilte und durch umſichtige Thatkraft größeren Schaden verhütete, kam zu der Einſicht, daß es geboten ſei, die Stelle eines Deichhauptmanns ſelbſt zu übernehmen, wenn ‚die Sache nicht wieder in unrechte Hände kommen ſollte‘. Unter dieſen Umſtänden kam ihm ein Antrag der Regierung, als königlicher Kommiſſarius bei Meliorationsarbeiten nach Oſtpreußen zu gehen, wenig gelegen. In

Digitized by Google

die Erwägungen, die ihn schließlich zur Ablehnung des ehrenvollen Antrags bestimmten, wie in die Gedanken und Hoffnungen überhaupt, mit denen er sich damals trug, gewähren einige Sätze aus einem Briefe an seinen Bruder belehrenden Einblick. Am 23. Februar 1846 schrieb er diesem: ‚Du fällst ganz aus der Rolle deiner gewöhnlichen Solidität und Abneigung gegen weitaussehende Spekulationen. Ich soll Haus und Hof, zwei Wirtschaften verlassen und in dem unwirtbaren Ermelande der Chimäre des Ehrgeizes nachjagen! Doch hat die Sache in der That ihre zwei Seiten, und daß du dich der Kniephofer Wirtschaft annehmen willst, sowie die Aussicht, ein weniger prekäres Darlehn als das von der Bank zu erhalten, räumen zwei meiner wesentlichsten Bedenken aus dem Wege. Daß ich dort vorwärts komme, wenn ich mich danach aufführe, glaube ich; aber ich habe das unglückliche Naturell, daß mir jede Lage, in der ich sein könnte, wünschenswert erscheint, und lästig und langweilig, sobald ich darin bin; ebenso wird es mir mit dem dortigen Dienst gehen. Ich versäume aber, wenn ich dahin gehe, hier Deichhauptmann zu werden, was mir die Regierung schon zugesagt hat; was freilich nichts einbringt, aber das wird der Staatsdienst erfahrungsmäßig auch nicht, und der Deich, verbunden mit dem Landtag, zu dem ich ebenfalls die entschiedenste Aussicht habe hier gewählt zu werden, giebt mir Beschäftigung, ohne mich von der Verwaltung der Güter abzuziehen. Wenn ich nach Jahr und Tag aus Preußen wiederkomme, so sind die Vakanzen besetzt und beide mit untauglichen Leuten, der Deich mit dem Stadtrat, der sich nicht getraut einen Floh anzugreifen, und der Landtag mit dem kleinen dummen und krautjunkerisch arroganten B. in Parchen. Daß meine Anwesenheit in den Wirtschaften mir mehr einbringt als meine Abwesenheit, von dieser Illusion kann ich mich nicht losreißen. Der Aufenthalt in Wartenburg dagegen kostet mir nicht nur eine neue Einrichtung, sondern ich werde auch mit 800 Thalern, die mein Vorgänger dort hat und von denen ich noch nicht weiß, ob ich sie haben werde, nicht

Digitized by Google

auskommen, mit Pferden ꝛc. Meine fixe Idee ist, jetzt erst einige Schulden zu amortisieren, damit man nicht fortwährend besorgt sein muß, durch Kündigung in böser Zeit, Feuer oder Mißwachs ganz über den Haufen geworfen zu werden . . . Zu erwägen ist noch, daß Alvensleben*) bei zunehmender Kränklichkeit und bei den wohl nicht vorausgesehenen Unannehmlichkeiten, die ihm seine jetzt kaum noch gutzumachende Unwissenheit und Geschäftsunkenntnis bereitet, schwerlich lange aushalten wird, wohl kaum vielleicht so lange, als ich in Preußen und demnächst mit dem Examen zubringen würde. Lebe ich bis dahin unter den Hiesigen, so bin ich mit Sicherheit sein Nachfolger, wie mir alle sagen . . . Kurz, ich gehe zwischen für und wider wie ein Uhrpendel und werde zuletzt Kopf und Schrift spielen müssen.'

Er zog es vor, Landwirt zu bleiben, obwohl der Bruder und andere, die ihm auf Grund seiner Fähigkeiten eine schnelle Laufbahn prophezeiten, ihm zu der Stelle in Ostpreußen zuredeten. Der Spatz, den er in der Hand hielt, war ihm offenbar lieber als viele auf dem Dache. In den nächsten Monaten hatte er, obwohl sein Wunsch, Deichhauptmann und Mitglied des Provinziallandtags zu werden, sich erst nach einiger Zeit erfüllte, Arbeit mehr als genug, so daß seine Existenz, wie er im Mai seiner Schwester berichtete, nicht die vergnüglichste war. Dazu plagte ihn Wochen hindurch ein widerwärtiger Husten. Unter solchen Umständen entschloß er sich, an einer Reise teilzunehmen, die sein Jugendfreund Moritz von Blankenburg im Sommer des Jahres mit seiner Gemahlin in den Harz unternahm.

Diese Reise wurde ein Merk- und Wendepunkt in Bismarcks Leben. Dem Blankenburgischen Paare hatte sich eine Freundin der Frau, Fräulein Johanna v. Puttkamer, angeschlossen. Das Wesen der jungen Dame, ihre ernste, in tiefer Frömmigkeit ruhende Natur machten auf Bismarck Eindruck. Ihm war bis dahin die lebendige Kraft des Glaubens wenig nahe getreten; denn die Mutter

*) Landrat des Kreises.

Digitized by Google

hatte an dem Geiste der Aufklärung, der zur Zeit ihrer Kindheit herrschte, festgehalten, und dem Vater war seiner Natur zufolge das Christentum nicht tief gegangen. Trotzdem war in der Seele des Sohnes, wenngleich von manchem Weltlichen übertönt und ihm selbst nicht bewußt, eine Saite, die von dem ihm fremden Wesen der beiden Freundinnen gerührt wurde und nachklang, als er wieder nach Schönhausen zurückgekehrt war. Da erhielt er wenige Monate nach der Reise die Nachricht von einer gefährlichen Erkrankung der Frau v. Blanckenburg. Wochen hindurch bangte er mit dem Freunde um das bedrohte Leben, das auch ihm teuer war, und als das Schlimme eintrat, war er tief erschüttert. Trauernd klagte er der Schwester, daß der Tod, von den Eltern abgesehen, zum erstenmale eine große und schmerzliche Lücke in sein Leben gerissen hatte; der Gedanke, die ‚ihm Teure und notwendig Gewordene' nie wiederzusehen, schien ihm unfaßbar. Staunend hatte er gesehen, wie die Sterbende mit ungetrübter Heiterkeit und Zuversicht dem Tode entgegenging, und er beneidete ihre Verwandten um den Glauben, daß der Tod nur eine Vorausreise sei, der über kurz oder lang ein Wiedersehen folgen müsse.

In diesen Vorgängen und Stimmungen liegt die letzte Ursache der Umwandlung, die sich nachweisbar damals in Bismarcks Seele vollzogen hat und als deren offenkundigen Abschluß man die Verlobung mit Johanna v. Puttkamer im Januar 1847 ansehen darf. Die Trauer um die gemeinsame Freundin, die aus dem jungen Glück einer hoffnungsvollen Ehe dahingerafft worden war, hatte die Herzen der beiden noch näher geführt und in Bismarcks Seele das Erdreich gelockert für den Trost im Glauben. In solcher Stimmung sehen wir ihn wenige Wochen nach der Verlobung. Da gesteht er der Schwester, daß er mit andern Augen in die Welt sehe und wieder Lust und Mut zu leben habe; je mehr er sich in die Idee einlebe, desto deutlicher werde es ihm, daß er einen verständigen und glücklichen Schritt gethan habe, und seine Hoffnung sei, daß diese Ueberzeugung ihn nie verlassen werde.

Digitized by Google

Diese Hoffnung hat sich ihm erfüllt. Der Bund, den Bismarck, 32 Jahre alt, im Juli 1847 mit Johanna v. Puttkamer schloß, ist beiden Gatten ein Segensbund fürs Leben geworden. Sie wurde ihm durch ihre opferwillige Liebe, durch ihre schlichte, fromme und deshalb starke Seele die treue und vertrauende Gefährtin, an deren Seite er damals und später in guten und bösen Tagen den sichern Grund des Vertrauens auf Gott und auf sich selbst gefunden hat. Ohne seine in ihrer kindlichen Frömmigkeit starkmütige und in sich geschlossene Gefährtin wäre nach menschlichem Ermessen sein Lebensweg vielleicht ein andrer geworden. Er selbst wenigstens hat daran nicht gezweifelt. Wir erinnern uns der Worte, die er im Jahre 1851 nach einem flüchtigen Besuch von Wiesbaden seiner Gemahlin geschrieben hat, und halten damit zusammen ein Geständnis, das er im September 1870, auf der Höhe seiner staatsmännischen Erfolge, abgelegt hat: Wenn er nicht an eine göttliche Ordnung glaube, die die deutsche Nation zu etwas Gutem und Großem bestimmt habe, so würde er das Diplomatengewerbe gleich an den Nagel hängen oder die Geschäfte gar nicht übernommen haben. Diese Worte, in einem anderen Munde vielleicht eine Phrase, waren bei ihm der Ausdruck einer Ueberzeugung, die sich seit jener im Jahre 1847 erfolgten Wandlung durch sein ganzes Leben verfolgen läßt, einer Gesinnung, die die Regierungsthätigkeit als ein christliches, von Gott anvertrautes und Gott verantwortliches Amt betrachtet. Sein persönliches Verhältnis zu Gott hat nichts von der weichherzigen Ergebenheit des Pietisten, auch nichts von der Unduldsamkeit des Eiferers oder gar dem Pharisäertum des Geschäftschristen. Stahlhart klingt das Bekenntnis seines Glaubens, wenn er den unbefugten Mahner, der ihm Buße und Demut predigt, auf das Wort des Psalmisten verweist: Ich fürchte mich nicht vor viel hundert Tausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott, denn du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne. Bei dem Herrn findet man Hilfe. —

Digitized by Google

Digitized by Google

Von seinen politischen Ansichten und Bestrebungen in den Jahren vor seiner Vermählung sagt er in seinem Rückblick auf diese Zeit unter anderem folgendes: ‚Wahrnehmungen, welche ich auf dem Lande wegen Bestechlichkeit und Chikane von Bezirksfeldwebeln und subalternen Beamten machte, und kleine Konflikte, in welche ich als Kreisdeputierter und Stellvertreter des Landrats mit der Regierung in Stettin geriet, steigerten meine Abneigung gegen die Herrschaft der Bureaukratie.' Fragen von praktischer Bedeutung also waren es, die ihn beschäftigten, weil sie ihm persönlich nahe traten. Auch sann er über eine Verbesserung der Patrimonialgerichte und beriet hierüber nicht nur mit Gutsnachbarn, sondern auch mit dem Appellationsgerichtspräsidenten Ludwig v. Gerlach in Magdeburg, einem Bruder seines spätern Gönners, des Generals Leopold v. Gerlach. Die allgemeine Politik, zumal die Verfassungsfrage, die in jenen Jahren die preußischen Staatsmänner und einen großen Teil des Volkes vornehmlich beschäftigte, machte ihm einstweilen geringe Sorge. Wohl sagt er in seinen Denkwürdigkeiten, seine Ueberzeugung sei damals schon dahin gegangen, daß die Möglichkeit einer öffentlichen Kritik im Parlament und in der Presse erwünscht sei, um den Monarchen vor der Gefahr zu behüten, daß Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten ihm Scheuklappen anlegten, die ihn hinderten, seine monarchischen Aufgaben zu übersehen und Mißgriffe zu vermeiden oder zu korrigieren; aber diese Ueberzeugung hatte in ihm mehr, als er sich damals vielleicht bewußt war und später zugeben mochte, ein Gegengewicht nicht nur in den ständischen Anschauungen des adligen Gutsherrn, sondern auch in der Forderung, daß für Preußen der freie Entschluß des Königs die notwendige Voraussetzung sei, zu jenen verfassungsmäßigen Einrichtungen zu gelangen.

An diesem Kardinalpunkte unterschied er sich wesentlich von den beiden Parteien, die in der Folgezeit den Kampf um die preußische Verfassung geführt haben: von den Konservativen, weil sie von einer Schmälerung des ab-

Digitized by Google

Natürlich sind viele von seinen Aeußerungen über religiöse Dinge durch politische Ereignisse veranlaßt und nur im Zusammenhang mit diesen recht zu würdigen. Im allgemeinen war ihm das Hervorkehrenmüssen seiner religiösen Ueberzeugung zuwider, und die schlichtesten und schönsten Geständnisse seiner christlichen Denkweise finden sich in vertrauter Aussprache an die, die ihm nahe standen. So schrieb er im Dezember 1865 einem Freunde, der ihm wegen der bekannten Duellforderung an Virchow Vorstellungen gemacht hatte: ‚Wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demütigem Gebete vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners Seiner Kirche nicht umstößt.‘ Am Schlusse dieses denkwürdigen Schreibens hofft er, daß Gottes Gnade ihm in den Gefahren und Zweifeln seines Berufes den Stab demütigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem er seinen Weg zu finden suche.

Indessen, so entscheidend die Vermählung Bismarcks durch ihren Einfluß auf seine religiöse Ueberzeugung geworden ist, ganz ist damit die Wirkung dieser Ehe auf seine fernere Entwicklung nicht erschöpft. Was sie für ihn bedeutete, namentlich in den Jahren, da die Sorge für das Wohl seines Volkes vor allem auf seinen Schultern lag, hat außer ihm selbst vielleicht keiner tiefer empfunden und treffender ausgesprochen, als der hochselige Kaiser Wilhelm, als er seinem Kanzler aus Anlaß der Silberhochzeit Glück wünschte: weil ihm unter so vielen Gütern, die die Vorsehung ihm erkoren, das häusliche Glück doch immer obenan gestanden, und weil er in seiner Häuslichkeit nach allen Mühen Erholung und Frieden gefunden habe. In der That: In dem natürlich-schlichten Glück, das Bismarck auf der Höhe der Macht und des Ruhmes in der Mitte der Seinigen gesucht und sich bewahrt hat, offenbart sich ein Zug seines Wesens, den derjenige nicht übersehen darf, der nach den Gründen sucht, die diesen über alles Vergleichsmaß Gewaltigen dem Herzen seiner Volksgenossen so vertraut gemacht haben. —

Digitized by Google

Von seinen politischen Ansichten und Bestrebungen in den Jahren vor seiner Vermählung sagt er in seinem Rückblick auf diese Zeit unter anderem folgendes: ‚Wahrnehmungen, welche ich auf dem Lande wegen Bestechlichkeit und Chikane von Bezirksfeldwebeln und subalternen Beamten machte, und kleine Konflikte, in welche ich als Kreisdeputierter und Stellvertreter des Landrats mit der Regierung in Stettin geriet, steigerten meine Abneigung gegen die Herrschaft der Bureaukratie.' Fragen von praktischer Bedeutung also waren es, die ihn beschäftigten, weil sie ihm persönlich nahe traten. Auch sann er über eine Verbesserung der Patrimonialgerichte und beriet hierüber nicht nur mit Gutsnachbarn, sondern auch mit dem Appellationsgerichtspräsidenten Ludwig v. Gerlach in Magdeburg, einem Bruder seines spätern Gönners, des Generals Leopold v. Gerlach. Die allgemeine Politik, zumal die Verfassungsfrage, die in jenen Jahren die preußischen Staatsmänner und einen großen Teil des Volkes vornehmlich beschäftigte, machte ihm einstweilen geringe Sorge. Wohl sagt er in seinen Denkwürdigkeiten, seine Ueberzeugung sei damals schon dahin gegangen, daß die Möglichkeit einer öffentlichen Kritik im Parlament und in der Presse erwünscht sei, um den Monarchen vor der Gefahr zu behüten, daß Weiber, Höflinge, Streber und Phantasten ihm Scheuklappen anlegten, die ihn hinderten, seine monarchischen Aufgaben zu übersehen und Mißgriffe zu vermeiden oder zu korrigieren; aber diese Ueberzeugung hatte in ihm mehr, als er sich damals vielleicht bewußt war und später zugeben mochte, ein Gegengewicht nicht nur in den ständischen Anschauungen des adligen Gutsherrn, sondern auch in der Forderung, daß für Preußen der freie Entschluß des Königs die notwendige Voraussetzung sei, zu jenen verfassungsmäßigen Einrichtungen zu gelangen.

An diesem Kardinalpunkte unterschied er sich wesentlich von den beiden Parteien, die in der Folgezeit den Kampf um die preußische Verfassung geführt haben: von den Konservativen, weil sie von einer Schmälerung des ab-

Digitized by Google

soluten Königsrechts überhaupt wenig wissen wollten, von den Liberalen, weil es ihnen im allgemeinen gleichgültig war, ob der König freiwillig oder gezwungen sich zu konstitutionellen Bürgschaften verstand. Die Grenze, die seine Stellung zu dieser politischen Grundfrage von der großen Mehrzahl der damaligen Politiker trennt, ist heute jedem deutlich und bewußt; in den Jahren des Verfassungskampfes und lange nachher haben die meisten sie übersehen, und zwar nicht nur seine Gegner, sondern auch die Mehrzahl seiner Genossen.

Im übrigen scheint es, daß wenigstens noch in den ersten Monaten des Jahres 1847 der Gedanke ihm ziemlich fern lag, sich unmittelbar an den nahe bevorstehenden politischen Kämpfen zu beteiligen. Jedoch folgte er aufmerksam den Schwingungen der öffentlichen Meinung, regelmäßig las er die Vossische und Spenersche Zeitung und übte in der Stille die lohnende Kunst, auch von den Gegnern zu lernen.

Halten wir hier einen Augenblick an, um uns die politische Lage in Preußen und Deutschland zu vergegenwärtigen. Während damals für Deutschland die Forderung einer festern Einigung allenthalben die führenden Geister bewegte, stand in Preußen das Verlangen nach einer Volksvertretung obenan. Schon im Jahre 1815 hatte Friedrich Wilhelm III. seinen Unterthanen eine reichsständische Verfassung in Aussicht gestellt und dieses Versprechen nach langem Schwanken und Bedenken im Jahre 1820 dadurch bestätigt und ergänzt, daß er die Aufnahme von Staatsanleihen von der Zustimmung der künftigen Reichsstände abhängig machte. Den hierdurch geweckten Hoffnungen wurde das im Jahre 1823 veröffentlichte Gesetz über die Provinziallandtage nicht gerecht, und die Enttäuschung auf liberaler Seite war um so größer, weil man übersah, daß ein allgemeiner Landtag für die Gesamtmonarchie bei der vorherrschenden Stimmung der neuen Unterthanen die ohnedies schon schwierige Lage ins Unerträgliche verschlimmert hätte. So lange indessen der alte Herrscher lebte, ergab man sich in Geduld und setzte

Digitized by Google

seine Hoffnung auf den Tag, wo der ideal gestimmte Kronprinz an die Spitze des Staates treten würde.

Als dieses Ereignis eintrat, ging durch alle Schichten und Kreise des preußischen Volkes, nicht nur durch die liberalen, eine starke, hoffnungsfreudige Bewegung. Eine neue Zeit schien heraufzusteigen, die den still gehegten und lange zurückgedrängten Wünschen Erfüllung bringen werde. Die Eingeweihten freilich wußten schon damals, daß derjenige Teil dieser Wünsche, der auf Bildung einer Volksvertretung gerichtet war, vergeblich bleiben würde. Sobald das dem Volke zur Gewißheit wurde, begann, zumal in den neuen Provinzen, der Ueberschwang der Begeisterung einem tiefen Mißtrauen zu weichen. Die Verstimmung wuchs, weil der Monarch im guten Glauben an sein Recht von einer Schwächung seiner unumschränkten Macht nichts wissen wollte und jeden dahin zielenden Wunsch wie eine persönliche Beleidigung zurückwies. Während so in Preußen der liberale Teil des Volkes zusehends in eine feindselige Stellung gegen das absolute Königtum gedrängt wurde, zeigten sich auch im Auslande die Vorboten drohender Bewegungen. Noch suchten die deutschen Regierungen, im Kielwasser der freiheitfeindlichen Petersburger und Wiener Politik, sich gegen die Erkenntnis der nahen Gefahr zu verschließen. So auch eine Zeit lang in Preußen. Dann aber, nach sechs unwiederbringlichen Jahren des Zauderns, zwang die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu ordnen und neue Einnahmequellen zu öffnen, zu einer abschließenden That. Am 3. Februar 1847 erschien ein königliches Patent, welches die Mitglieder der Provinziallandtage auf den 11. April zu einer gemeinsamen Tagung nach Berlin berief. So gering auch nach der konstitutionellen Doktrin jener Zeit, die sich namentlich auf die englische und belgische Verfassung zu berufen liebte, die Befugnisse und Rechte waren, die Friedrich Wilhelm IV. dem Vereinigten Landtag zugedacht hatte, so ging doch auch in den westlichen Teilen der Monarchie die öffentliche Meinung dahin, daß in die neue Form ein entwicklungsfähiger Geist sich füllen ließ, und daß die

Digitized by Google

Geschichte des preußischen Staates an einem entscheidenden Wendepunkt stand. In ganz Deutschland, ja selbst im Auslande sah man dem Zusammentritt des Landtages voll Spannung entgegen.

Als stellvertretendes Mitglied des sächsischen Provinziallandtages hatte Bismarck nur im Falle einer Vakanz die Aussicht, nach Berlin berufen zu werden. Gern hätte er, wie wir aus einem Brief an seine Schwester erfahren, ‚der Farce' beigewohnt, aber als die Aussicht dazu schwand, wußte er sich zu trösten und ging für einige Zeit zu seiner Braut nach Reinfeld in Pommern. Jedoch die Nachrichten, die ihm hier über die Verhandlungen des Vereinigten Landtags zugingen, störten ihn auf aus der behaglichen Sorglosigkeit, mit der er in den Tag hineinsah, und weckten sein Bedauern, daß er nicht dabei war. Gegen Ende April kehrte er zum Zweck der Deichschau nach Schönhausen zurück; hier erhielt er in den ersten Tagen des Mai wegen einer inzwischen eingetretenen Vakanz die ersehnte Einberufung zum Landtage. Sein Entschluß war schnell gefaßt. Der Braut, die seine baldige Wiederkehr erwartete, teilte er ihn mit und fügte wie zur Entschuldigung hinzu: ‚Es klingt etwas hypokrite, wenn ich von meinem Schmerz über den Gedanken unsrer verlängerten Trennung spreche, da ich es genau genommen in der Gewalt hatte, den Landtag laufen zu lassen. Aber du weißt selbst am besten, was davon zu denken, und ich fühle, daß ich bei dir der Entschuldigung nicht bedarf.' Am 11. Mai wohnte er zum erstenmale einer Sitzung des Landtags bei.

Damit waren über sein Leben die Würfel geworfen: Mit dem Schritte, der ihn an jenem Tage über die Schwelle des Weißen Saales im königlichen Schlosse führte, ist es der Politik verfallen, es gehört nicht mehr ihm selbst, sondern bis an sein Ende und darüber hinaus seinem Volke.

Die waltende Macht, die die einen Zufall, die andern Vorsehung nennen, hat es gefügt, daß in demselben Augenblick, wo im königlichen Schlosse zu Berlin das Vorspiel

Digitized by Google

eines weltgeschichtlichen Stückes begann, der Junker von Schönhausen, in sich gefestigt, seines Urteils und Willens sicher, auf die Bühne trat. Das Stück aber, welches hier in Scene gehen sollte, hieß ‚das neue Preußen‘; kein geringerer als des Königs Bruder, der spätere Kaiser, hat ihm wie in Vorahnung der kommenden Ereignisse diesen Titel gegeben. Denn als er schweren Herzens seine Zustimmung zu der Berufung des Vereinigten Landtages gab, hatte er die Worte hinzugefügt: ‚Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit der Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue so erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ehre und Ruhm geworden ist.‘ Wer hätte gedacht, daß der Mann, der an jenem denkwürdigen Maitag als einer der jüngsten und letzten in die Versammlung trat, diesem aus zagender Seele aufsteigenden Gebet die Erfüllung bringen sollte! Wunderbar führt das Schicksal die Wege der Menschen und Völker. Bismarck selbst hat später gesagt, daß er wahrscheinlich als Gutsherr ein friedliches Leben beschlossen haben würde, wenn ihn nicht im Jahre 1847 der Zufall zum Abgeordneten des Vereinigten Landtags gemacht hätte. Ob das wirklich so eingetroffen wäre, ob nicht vielmehr die nahen Fluten der Revolution ihn dennoch auf die bedrohten Deiche der Ordnung und des Gesetzes geführt haben würden, das sind im Grunde müßige Fragen. Aber zugeben wird man, daß zwar die bevorstehende Vermählung ihm das Landleben fesselnder machen mußte, daß aber seine Zugehörigkeit zum Landtag der Gesamtmonarchie ihm die Teilnahme an den politischen Kämpfen zu einer Pflicht machte, die andernfalls nicht in demselben Grade vorhanden war.

Seit dem Eintritt Bismarcks in den Vereinigten Landtag vollzieht sich seine innere, zumal seine politische Entwicklung, der wir bis jetzt tastend und oft nur ahnend nachgegangen sind, im vollen Tageslicht. Und wenngleich die zahlreichen und großen Probleme, die seine Staatskunst dem Forscher geschaffen hat, auch heute noch nicht alle gelöst sind, das Bild seines eigenen Lebens steht in seinen

Digitized by Google

wesentlichen Zügen fest. Die vor allem wichtigen Fragen, welchen innern Anteil er an dieser und jener Entscheidung nahm, welche geheimen Absichten ihn leiteten, und was für innere Widerstände er zu überwinden hatte, diese Fragen sind durch die Aufschlüsse, die er in seinen ‚Gedanken und Erinnerungen' gegeben hat, der Möglichkeit einer befriedigenden Antwort ein gutes Stück näher gebracht worden. Verfehlt freilich wäre es, zu glauben, daß seine Memoiren den Schleier ganz gehoben hätten. Das trifft, von anderen kritischen Erwägungen abgesehen, schon deshalb nicht zu, weil sie, der Natur der Sache entsprechend, den Zusammenhang der Ereignisse und seine Auffassung der Dinge aus einer durchaus veränderten Perspektive betrachten. Der Politiker Bismarck ist wie wenige Menschen in einem nie ruhenden innern Umbildungsprozeß unaufhörlich gewachsen, und notwendig stellten dem Achtzigjährigen Dinge und Personen sich anders dar, als er ihnen einst in der Wirklichkeit gegenüber gestanden hatte. —

Die Frage, die vor allem im Vereinigten Landtag die Geister schied und die Parteigegensätze heraustrieb, betraf die rechtliche Stellung der Versammlung: waren die am 11. April zusammengetretenen Provinzialstände jene Reichsstände, denen das Gesetz vom Jahre 1820 die Befugnis zugedacht hatte, bei künftigen Staatsanleihen mitzuwirken? Die Mehrheit der Abgeordneten verneinte diese Frage und war folgerichtig entschlossen, eine zum Bau der Ostbahn nach Königsberg von der Regierung beantragte Anleihe abzulehnen, weil der Vereinigte Landtag nicht berechtigt sei, die verlangte Bürgschaft zu übernehmen. In dieser entscheidenden Frage gelangte Bismarck nach den Grundsätzen seiner politischen Ueberzeugung zu einem entgegengesetzten Schluß. Ihm war es zweifellos, daß dem Könige allein das Recht zustand, zu entscheiden, ob der Vereinigte Landtag jene Versammlung von Reichsständen sei, die das frühere Gesetz in Aussicht gestellt hatte. Wenn das preußische Königtum, nicht zu verwechseln mit dem englischen oder belgischen, freiwillig einen Teil seiner Rechte an das Volk abgegeben

Digitized by Google

hatte, so lautete für ihn die Frage nur so, ob es im gegenwärtigen Augenblick ratsam war, die Krone zu weiteren Konzessionen zu drängen. Innere und äußere Gründe sprachen nach seiner Ansicht dagegen: innere, weil ein freiwillig gewährtes Recht zuverlässiger und fester war als ein ganz oder halb erzwungenes; äußere, weil man den Feinden Preußens nicht die Gelegenheit geben solle, sich an dem Schauspiel einer schwachen preußischen Regierung zu erfreuen. Die preußische Krone mußte stark bleiben, und das Beginnen derer, die das Vertrauen des Volkes zu seinem Herrscher zerstörten, war ihm hassenswert und verderblich. Auf Grund solcher Erwägungen war er bereit, die beantragte Bürgschaft für die Anleihe zu bewilligen, und es schien ihm unberechtigt, daß die Mehrheit das Anleihe-Bewilligungsrecht als Waffe benutzen wollte, um von der Regierung weitere Zugeständnisse zu erpressen. Daß dieser Standpunkt vor der Mehrheit keine Gnade fand, war zu erwarten. Der Abgeordnete, der ihn offen und mutig verteidigte, wurde wie ein Stück lebendig gewordenen Mittelalters angestaunt und hatte mitunter bei dem lauten Murren der Gegner Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Er wußte sich zu helfen. Als die Mehrheit ihn mit lärmenden Ausbrüchen des Unwillens unterbrach, blätterte er ruhig in den auf der Tribüne liegenden Zeitungen, bis der Präsident mit seiner Glocke die Ruhe wieder hergestellt hatte.

Ein starkes preußisches Königtum erschien ihm als der notwendige und einzig mögliche Träger der politischen Entwicklung in Deutschland. Diesen Kardinalsatz seiner Politik hat er durch alle Kämpfe festgehalten, und es ist bekannt, wie er ihn später in seinen großen weltgeschichtlichen Rechnungen als den wichtigsten und entscheidenden Faktor betrachtet und verwertet hat. In den Jahren 1847 bis 1851 galt es ihm als die höchste Pflicht, die Zerbröcklungsversuche an der Macht der preußischen Krone, dem Grundsteine des künftigen deutschen Einheitsbaues, zu bekämpfen. Dabei aber hatte er mit der Thatsache des Vereinigten Landtages sich abgefunden und entfernte

Digitized by Google

sich von den reaktionären Gegnern der ständischen Verfassung durch die Ansicht, daß der Vereinigte Landtag namentlich durch periodische Wiederberufung zu einer lebensfähigen Einrichtung werden könne. Diese Erklärung, die er in der Sitzung am 1. Juni abgab, wurde damals von seinen Gegnern überhört; daran zu erinnern, ist wichtig, weil Bismarck in den nächsten Jahren, während des Kampfes gegen die Revolution, aus der hier offenbarten ständisch-liberalen Gesinnung wieder ‚entgleist' ist. Diese Entgleisung begann schon angesichts der ihm unsympathischen Opposition des Ersten Vereinigten Landtags; denn er hatte dabei das Gefühl, daß die Regierung auf dem richtigen Wege sei. Gegen die Junker-Legende, die ihm die Vorurteile seines Standes in Bausch und Bogen anheften möchte, hat er sich oft, zuletzt in den ‚Gedanken und Erinnerungen' mit Nachdruck verteidigt.

Ein anderes Stück des politischen Glaubensbekenntnisses, welches er im Vereinigten Landtage offenbarte, war sein preußischer und deutscher Patriotismus. Denen, die, wie er sagte, ihre Ideale jenseits der Vogesen suchten, empfahl er zur Richtschnur eins, was den Engländer und Franzosen auszeichne: das stolze Gefühl der Nationalehre, das sich nicht so leicht und so oft dazu hergebe, nachahmenswerte Vorbilder im Auslande zu suchen. Gleich in den ersten Tagen nach seinem Eintritt in den Landtag verdroß ihn die Art und Weise, wie einzelne Redner von der Stimmung des preußischen Volkes sprachen. Als dann am 17. Mai ein Abgeordneter, auf die Zeit der Freiheitskriege hinweisend, die damalige Erhebung des Volkes mit der innern Knechtschaft in Zusammenhang brachte, fuhr sein preußisches Selbstgefühl auf: ‚Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle betäubt werden zu lassen.'

Dieser elementare Ausbruch patriotischen Stolzes ver-

Digitized by Google

ursachte in der von liberalen, zum Teil auch von kosmopolitisch-sentimentalen Ideen beherrschten Versammlung großen Lärm. Mehrere Abgeordnete verlangten das Wort, um den dreisten Junker zurechtzuweisen, der nach ihrer Ansicht kein Recht hatte, über die Zeit, die er nicht miterlebt, zu urteilen. Als sie mit ihren Belehrungen zu Ende waren, schritt Bismarck unter großem Tumult auf die Tribüne und erklärte mit fester Stimme: ‚Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es that mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an dieser Bewegung teilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt worden, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung.' So mächtig sprühten schon damals aus seiner Seele die Funken des patriotischen Feuers, in dessen Kraft der Ring der deutschen Einheit geschmiedet werden sollte. Ihm erschien die Unfähigkeit, dem Vaterlande ohne Nebenzwecke jedes Opfer, auch das des Lebens, zu bringen, als ein Fehler an jedem Manne, namentlich an jedem Deutschen. Während die große Mehrzahl der Abgeordneten, darunter glänzende Redner und gefeierte Politiker, in der leidenschaftlichen Sorge um eine noch nicht vorhandene Verfassung die vor ihren Füßen liegende Wirklichkeit übersahen und den nahenden Schritt der Revolution nicht hörten, legte sein klarer und nüchterner Verstand, von keinen Nebelgebilden umwölkt, die realen Kräfte und nichts als diese auf die Wage der Berechnung: des preußischen Volkes Wehrkraft, Patriotismus und Treue. In den Worten, die er damals der liberalen Mehrheit zurief, spüren wir heute, zurückschauend, den Hauch der Zukunft.

Noch mehr lief Bismarck, wie er selbst voraussah, den Angriffen seiner Gegner in den Wurf, als er sich an der Debatte über die staatsbürgerlichen Verhältnisse der

Digitized by Google

Juden beteiligte. Wohl hat er später in dieser Frage seine Ansicht geändert und das befangene Urteil aus der Zeit des Ersten Vereinigten Landtags abgestreift, aber für die Beurteilung seiner Persönlichkeit in jener für seine Entwicklung so bedeutsamen Epoche ist die Rede, die er am 15. Juni hielt, eine unschätzbare Quelle. Die Regierung beabsichtigte einen Teil der früher herrschenden Rechtsungleichheit zu beseitigen, dagegen sollten den Juden auch fürderhin die Zulassung zu obrigkeitlichen Aemtern und der Genuß ständischer Rechte vorenthalten bleiben. Die Kommission des Vereinigten Landtags aber verlangte über den Regierungsentwurf hinaus die volle Emanzipation, und die Mehrheit der Versammlung pflichtete dieser Forderung bei. Bismarck war auch hier einer der wenigen, die sich der herrschenden Strömung entgegenstellten. Aus der Rede, die er zur Darlegung seiner Gründe hielt, heben wir die besonders bemerkenswerten Sätze hervor: ‚Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt ist wie das ci-devant heilige römische Reich, so alt wie sämtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte ‚Von Gottes Gnaden', welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Scepter, was ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen. Als Gottes Willen kann ich aber nur erkennen, was in den christlichen Evangelien offenbart worden ist, und ich glaube in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu realisieren, zu verwirklichen. Daß dies unserem Staate nicht in allen Beziehungen gelingt, das hat gestern der geehrte Abgeordnete aus der Grafschaft Mark*) in einer mehr scharf-

*) v. Vincke.

Digitized by Google

sinnigen als meinem religiösen Gefühle wohlthuenden Parallele zwischen den Wahrheiten des Evangeliums und den Paragraphen des Landrechts dargethan. Wenn indes auch die Lösung nicht immer gelingt, so glaube ich doch, die Realisierung der christlichen Lehre sei der Zweck des Staates; daß wir aber mit Hilfe der Juden diesem Zwecke näher kommen sollten als bisher, kann ich nicht glauben. Erkennt man die religiöse Grundlage des Staates überhaupt an, so glaube ich, kann diese Grundlage bei uns nur das Christentum sein. Entziehen wir diese Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle, welchen die ältere Philosophie aufgestellt hat. Seine Gesetzgebung wird sich dann nicht mehr aus dem Urquell der ewigen Wahrheit regenerieren, sondern aus den vagen und wandelbaren Begriffen von Humanität, wie sie sich gerade in den Köpfen derjenigen, welche an der Spitze stehen, gestalten ... Ich gestehe ein, daß ich voller Vorurteile stecke, ich habe sie, wie gesagt, mit der Muttermilch eingesogen, und es will mir nicht gelingen, sie wegzudisputieren; denn wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchen ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niedern Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht.'

In diesen Sätzen, zumal in den ersten, bekundet sich die auf Johanna v. Puttkamer und Frau v. Blanckenburg zurückweisende Wandlung, und obwohl vielleicht der Vorstoß der Emanzipationsfreunde den Redner etwas über seine ursprüngliche Stellung hinausgedrängt haben mag, so enthält doch die Rede vom 15. Juni das bemerkenswerte Bekenntnis des Neubekehrten. Noch einige andere Punkte verdienen unsre Beachtung. Zunächst die Gründe,

Digitized by Google

mit denen er seine judenfeindliche Haltung verteidigt. Nicht die heute bisweilen ins Feld geführten Bedenken, die auf gewisse unedle Instinkte rechnen, waren für ihn bestimmend, sondern die Rückwirkung der Emanzipation auf den Staat: Weil dieser ein christlicher sein soll, kann er nichtchristliche Beamte nicht gebrauchen. Ferner beachten wir den Mut, womit der Junker sich zu den Empfindungen der untern Volksklassen bekennt. Daß er mit diesem Geständnis, wie es auch wirklich geschah, dem Spott und Hohn der Günstlinge und Führer der öffentlichen Meinung sich bloßstellte, war ihm geringe Sorge; früh übte er sich, gegen den Strom zu schwimmen und das Rechte ohne den Beifall und gegen den Willen der Vielen zu thun. Nur klein war das Häuflein der Männer, die sich um die von ihm verteidigte Fahne scharten; die Gegner setzten ihre Anträge fast alle mit erdrückender Mehrzahl der Stimmen durch; ihre Presse aber versuchte sich schon an dem Zerrbilde des ‚Junkers von Schönhausen'.

Ein doppeltes aber stand schon jetzt fest: daß er selbst in dem Kampfe mit dem überlegenen Gegner zu einer Klärung und Befestigung seiner politischen Ziele gelangt war, und daß die kommenden Ereignisse ihn auf ihrem Wege finden mußten. Wenige Wochen nach dem Schluß des Vereinigten Landtags stand Bismarck mit Johanna v. Puttkamer vor dem Altar; vor seinem Leben dehnte sich eine helle, zielklare und, wie es schien, geradlinige Bahn.

2. Im Kampfe gegen die Revolution 1848/1851.

Als die Mitglieder des Vereinigten Landtags Berlin verließen, war die hoffnungsfreudige Erregung, in der man auch in liberalen Kreisen seine Eröffung begrüßt hatte, einem dumpfen Mißbehagen gewichen. Die Kluft zwischen den reichsständischen Wünschen des Volkes und den Absichten der Krone war aller Welt offenbar geworden, nicht einmal zu dem Versprechen einer periodischen Ein-

Digitized by Google

berufung der Vereinigten Stände, was, wie wir sahen, auch Bismarck als die Voraussetzung einer lebensfähigen Entwicklung ansah, hatte der König sich bewegen lassen. Das Wort, welches hingereicht hätte, den unseligen Verfassungsstreit in Preußen zu beseitigen, war nicht gesprochen worden. Mit trüben, zum Teil gehässigen Betrachtungen leitete die liberale Presse in Preußen und im übrigen Deutschland das folgende Jahr ein, und die Verhandlungen der im Januar 1848 zusammengetretenen Vereinigten Ausschüsse, denen die Regierung den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorlegte, trugen nicht dazu bei, die Stimmung zu bessern. In zahllosen Herzen stand, wie v. Sybel seine Darstellung dieser Epoche einleitet, die Ueberzeugung fest, daß es so nicht bleiben könne.

Die mit Unzufriedenheit und Mißtrauen gefüllte Spannung brachten in der letzten Woche des Februar die Meldungen von dem Siege der Pariser Revolution zur Entladung. Im ersten Augenblick war man in Deutschland betäubt und verwirrt, im nächsten aber durchzuckte die Herzen die jähe Ahnung, daß eine neue Zeit, die Zeit der Erfüllung der nationalen und freiheitlichen Träume, hereinbrach. Die Regierungen fingen an zu schwanken, sie zeigten sich zu Zugeständnissen bereit und hofften dadurch den neuen Geist zu bannen. Auch Friedrich Wilhelm that, aber freiwillig und noch nicht unter dem Drucke der neuen Bewegung, seinem Volke einen Schritt entgegen. Als er am 6. März die Vereinigten Ausschüsse verabschiedete, stellte er die früher verweigerte periodische Einberufung des Vereinigten Landtags in Aussicht und wandte sich in herzlichen Worten an das Vertrauen seines Volkes. Aber da hallte ihm aus mehreren Teilen der Monarchie ein verhängnisvolles ‚Zu spät!‘ entgegen. Das führende Blatt im Westen bemerkte zu der Thronrede: ‚Vor wenigen Wochen wären die vom Throne herab verkündigten Zusicherungen wahre Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft für alle Provinzen und Städte der Monarchie gewesen; heute sind die politischen Bedürfnisse, die Forderungen des aufgeregten öffentlichen Geistes, welchen

Digitized by Google

bald eine wohlbemessene Genüge werden muß, schon — namentlich in der ganzen westlichen und besonders in der südwestlichen Hälfte des gemeinsamen Vaterlandes — durchaus ganz andere geworden.'

Als die nächsten und dringendsten Forderungen bezeichnete man die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtags, ein anderes Wahlrecht, Preßfreiheit und eine Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde. Fast in allen Städten, in den westlichen Provinzen sogar in Dörfern, die etwas auf sich hielten, fanden Volksversammlungen statt, Adressen waren im Umlauf, um die Regierung an ihre Pflichten zu erinnern. Am 1. März löste sich sogar dem Bundestage in Frankfurt a. M. die Zunge zu einer nationalen Kundgebung, worin er versicherte: Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Staaten Europas gebühre; aber nur der Weg des gesetzlichen Fortschritts führe zu diesem Ziele.

Wirklich hielt die Bewegung sich einige Tage in den Grenzen der Ordnung, und noch am 13. März, als die meisten kleinen und mittleren Staaten vor den liberalen Forderungen schon die Waffen gestreckt hatten, schrieb die Kölnische Zeitung: ‚Revolutionen haben wir in Deutschland allerdings nicht gehabt, es ist alles leidlich ‚gesetzlich' hergegangen; aber wir wissen nicht, ob diese Leichtigkeit der kleinen Handstreiche moralischen Zwanges nicht demoralisierender und zerstörender für die öffentliche Ordnung sein kann, als eigentliche mit Blut und längeren Kämpfen bezeichnete Revolutionen. Die Freiheit und bürgerliche Selbstregierung bedarf, damit sie nicht in Anarchie ausarte und so sich selbst zerstöre, einer den Grenzstreit der Befugnisse schlichtenden, den öffentlichen Frieden und das gemeine Recht unbeugsam schirmenden, ungebrochenen Macht und Hoheit der Staatsgewalt.' Aber schon kündigten auch in Deutschland die Vorboten der hier befürchteten politischen und socialen Anarchie sich an, und je länger der anfangs an vielen Orten gemütliche oder komische Zustand der Gesetzlosigkeit dauerte, desto mehr artete die Zügellosigkeit aus. Am 13. März, an demselben Tage,

Digitized by Google

wo jene maßvoll warnenden Sätze geschrieben wurden, brach in Wien die Regierung Metternichs, dessen Politik Jahrzehnte hindurch in Oesterreich und Deutschland jede freie Regung erstickt hatte, vor einem lärmenden Straßentumult zusammen. Der schwächlich schlaffe Widerstand, den die Aufrührer in Wien fanden, wurde für das übrige Deutschland verhängnisvoll, denn er gab der kleinen, aber entschlossenen Partei der mit Polen und Socialisten verbündeten Demokraten die Hoffnung auf Sieg. Namentlich Berlin sollte die Nachwirkung der Wiener Vorgänge verspüren.

Die preußische Monarchie galt den Leitern der radikalen Bewegung als das Bollwerk der Ordnung, nach dessen Niederwerfung der Erfolg auf der ganzen Linie entschieden sei. Von allen Seiten war in der ersten Hälfte des März fremdes und verdächtiges Volk in Berlin zusammengeströmt; am zweiten Tage nach der Wiener Revolution sah man in den Straßen der preußischen Hauptstadt die ersten Barrikaden. Wie dann die Gemüter infolge der Zusammenstöße zwischen den Truppen und Aufrührern sich von Tag zu Tag leidenschaftlicher erhitzten, wie an dem verhängnisvollen 18. März in demselben Augenblick, als durch die hochherzigen Entschließungen des Königs die Ruhe hergestellt schien, durch ein unglückliches Mißverständnis der Kampf von neuem und furchtbarer als zuvor entbrannte, wie endlich am folgenden Tage nach dem Abzug der siegreichen Soldaten die Stadt in den Händen der Empörer blieb und die Krone Preußens befleckt und vernichtet schien, das zu schildern ist hier nicht unsere Aufgabe. Nur daran sei erinnert, daß die Verherrlichung jener Barrikadenkämpfe, die Jahrzehnte hindurch fast ohne Widerspruch ins Land gegangen ist, nach neueren Veröffentlichungen und Forschungen wenig berechtigt erscheint. Denn soviel ist wenigstens sicher, daß der Zusammenstoß mit den Truppen von den geheimen Leitern des Aufruhrs beabsichtigt war, und daß die Berliner Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit an dem Kampfe und den Aufrührern wenig Freude gehabt hat.

Digitized by Google

Am Nachmittage des 19. März schrieb ein warmherziger Patriot seiner in der Ferne weilenden Gattin: ‚Ein so großes Herzeleid habe ich bisher nicht gekannt; es könnte nicht größer sein, wenn mir das Teuerste dahinstürbe. Zwar ist dies Gefühl der Trauer nicht ganz rein, ich ahne es, aber ich vermag das Unrecht darin noch nicht herauszufinden. — Aber Klagen und Grübeln ist jetzt nutzlos; jetzt gilt es, die Zähne zusammenzubeißen und sich wiederzufinden in der neuen Lage der Dinge. Solange noch zu wählen ist zwischen verschiedenen Zuständen, solange noch verschiedene Ziele möglich sind, ist es Pflicht, sich demjenigen zuzuwenden, das man für das relativ Wünschenswertere hält, und sich jedes anderen nach Kräften zu erwehren. Also jetzt, wo der König sich für konstitutionelles Wesen erklärt hat, so daß er ohne nie zu billigenden Wortbruch nicht mehr in andere Bahnen gehen kann; jetzt, wo zugleich die Hydra der Anarchie und das mit Recht zu fürchtende Gespenst der Pöbeltyrannei zu fürchten ist: jetzt mit allen Kräften in das neue Schiff, wenn auch mit gebrochenem Herzen, um in dem drohenden Zusammensturz aller gesellschaftlichen Ordnung nicht alle höheren Interessen des Lebens untergehen zu lassen! Aber es ist schwer und thut weh, die Ueberzeugung eines ganzen Lebens auszuziehen wie ein verbrauchtes Kleid, und ein Rezept zu verschlucken, dessen Ingredienzien uns anwidern.‘

Der Mann, der dies schrieb, war einer der treuesten unter den Treuen, Albrecht v. Roon, schon damals Bismarcks vertrauter und gleichgesinnter Freund. Seine Worte sind für uns deshalb von Bedeutung, weil sie der beredte Ausdruck der Empfindungen sind, die die Revolution auch in Bismarcks Seele geweckt hatte. Dieser hat, wie wir aus seinen eigenen und Roons Aufzeichnungen wissen, den Freund, der damals als Mentor des Prinzen Karl einige Zimmer im Potsdamer Stadtschlosse bewohnte, unmittelbar nach dem Barrikadenkampf aufgesucht, um als treuer Vasall seinen König, den er in Gefahr glaubte, zu schützen. Zu dem monarchischen Gefühl, welches ihn

Digitized by Google

schon als Knaben erfüllt hatte, war ein Zug persönlicher Anhänglichkeit an den Monarchen hinzugekommen, seit dieser ihn in Venedig — Bismarck besuchte diese Stadt mit seiner Gemahlin im September 1847 — zur Tafel geladen und einer politischen Aussprache gewürdigt hatte.

In Potsdam versuchte er den General v. Prittwitz, denselben, der am 18. und in der Nacht zum 19. März in den Straßen Berlins gegen die Revolution gekämpft hatte und dann durch königlichen Befehl zum Abzug aus der Stadt gezwungen worden war, zu einem Angriff auf die Hauptstadt zu bewegen, um den König aus den Händen der Rebellen zu befreien. Vergebens, denn der General weigerte sich mit Recht, ohne ausdrücklichen Befehl etwas zu unternehmen. Da versuchte Bismarck auf irgend eine Weise zum Könige zu gelangen, um dem General, wenn möglich, den erhofften Befehl zu erwirken.

Diese Vorgänge, deren Einzelheiten bis jetzt nur wenig bekannt waren, sind in den ‚Gedanken und Erinnerungen' mit dramatischer Lebendigkeit geschildert. Die Erzählung, wie Bismarck, mit einem Legitimationsschreiben des Prinzen Karl ausgerüstet, am Nachmittage des 21. März den Versuch machte, zu seinem Könige durchzudringen, lassen wir hier folgen. ‚Vom Vereinigten Landtage her vielen Leuten von Ansehen bekannt, hatte ich für ratsam gehalten, meinen Bart abzuscheren und einen breiten Hut mit bunter Kokarde aufzusetzen. Wegen der gehofften Audienz war ich im Frack. Am Ausgange des Bahnhofes war eine Schüssel mit einer Aufforderung zu Spenden für die Barrikadenkämpfer aufgestellt, daneben ein baumlanger Bürgerwehrmann mit der Muskete auf der Schulter. Ein Vetter von mir, mit dem ich beim Aussteigen zusammengetroffen war, zog die Börse. ‚Du wirst doch für die Mörder nichts geben,' sagte ich, und auf einen warnenden Blick, den er mir zuwarf, ‚und dich vor dem Kuhfuß nicht fürchten?' Ich hatte in dem Posten schon den mir befreundeten Kammergerichtsrat Meier erkannt, der sich auf den ‚Kuhfuß' zornig herumwandte und dann ausrief: ‚J Jotte doch, Bismarck, wie sehen Sie aus!

Digitized by Google

Schöne Schweinerei hier!' Die Bürgerwache im Schlosse fragte mich, was ich dort wolle. Auf meine Antwort, ich hätte einen Brief des Prinzen Karl an den König abzugeben, sagte der Posten, mich mit mißtrauischen Blicken betrachtend, das könne nicht sein; der Prinz befinde sich eben beim Könige. Ersterer mußte also noch vor mir von Potsdam abgereist sein. Die Wache verlangte den Brief zu sehen, den ich hätte; ich zeigte ihn, da er offen und der Inhalt unverfänglich war, und man ließ mich gehen, aber nicht ins Schloß. Im Gasthof Meinhard, parterre, lag ein mir bekannter Arzt im Fenster, zu dem ich eintrat. Dort schrieb ich dem Könige, was ich ihm zu sagen beabsichtigt hatte. Ich ging mit dem Briefe zum Fürsten Boguslaw Radziwill, der freien Verkehr hatte und ihn dem Könige übergeben konnte. Es stand darin u. a., die Revolution beschränke sich auf die großen Städte, und der König sei Herr im Lande, sobald er Berlin verlasse. Der König antwortete nicht, hat mir aber später gesagt, er habe den auf schlechtem Papier schlecht geschriebenen Brief als das erste Zeichen von Sympathie, das er damals erhalten, sorgfältig aufbewahrt.'

Nach Potsdam zurückgekehrt, suchte Bismarck abermals die Generäle auf. Sie erklärten sich jetzt zum Handeln bereit, wenn Hedemann und Wrangel, jener in Magdeburg, dieser in Stettin, sich anschlössen. Von Wrangel kam eine zusagende Antwort, aber in Magdeburg hatte Bismarck, der sich persönlich dorthin begab, wenig Glück, denn der General, weit entfernt, auf den kühnen Plan einzugehen, zeigte große Lust, dessen Urheber und Ueberbringer als Hochverräter zu verhaften. Als daher die Versuche, dem Könige mit Hilfe der Truppen Luft zu machen, gescheitert waren, kehrte Bismarck nach Schönhausen zurück. Hier hatte er vor seiner Abreise die Bauern der Umgegend in ihrer kriegerischen Stimmung gegen die Empörer in Berlin bestärkt; jetzt hatte er Mühe, sie zu beschwichtigen. Um sie von der Sicherheit des Königs zu überzeugen, fuhr er am 25. März mit einer Abordnung von Landleuten aus Schönhausen und den umliegenden

Digitized by Google

Dörfern nach Potsdam, wo er den Männern ihren König zeigte. Dieser war von Berlin herübergekommen, um den Truppen zu sagen, daß er frei sei und sich unter dem Schutze der Bürgerschaft seiner Hauptstadt sicher fühle. Bismarck war dem König ins Schloß gefolgt und wurde hier Zeuge einer unvergeßlichen Scene: ‚Bei den Worten des Königs: ‚Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger' erhob sich ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird.' — Den Unwillen der Offiziere, ihre finstern, bei den Worten des Königs sich nicht aufhellenden Gesichter, hat ein andrer Zeuge des Vorgangs, v. Roon, in einem an demselben Tage geschriebenen Briefe bekundet; wenn er von dem Murren und dem Aufstoßen der Säbelscheiden schweigt, so ist damit natürlich nicht erwiesen, daß Bismarck, der vielleicht in einer andern Ecke des Saales stand, falsch beobachtet habe.

Das Verhalten des dreiunddreißigjährigen Junkers, der im Augenblick der Gefahr ohne amtlichen Beruf sich von der jungen, geliebten Frau losreißt und, sein Leben gering achtend, auf den bedrohten Posten eilt, um sich, wenn die Not es verlangt, mit der Wehr des eigenen Leibes vor seinen König zu stellen, hat etwas von der erhabenen Größe der Mannentreue, die wir an den Recken unseres alten Volksliedes bewundern. Und nun vergleiche man vollends mit seiner Weise die Haltung so vieler berufenen Männer, von denen die einen beim Ausbruch der Revolution den Mut, andere den Kopf, nicht wenige beides, ja noch Schlimmeres verloren hatten.

Die Scene im Marmorsaale des Potsdamer Schlosses, wie alles, was Bismarck in jenen Tagen, da der preußische Staat in seinen Fugen krachte, sah und hörte, legte sich wie ein Alp auf seine Seele. Die geheiligte Majestät seines Königs, die Macht, Ehre und Wohlfahrt seines Staates waren ihm, wir sahen es, seit seiner Kindheit die höchsten Güter; auch er dachte und fühlte wie der Freund,

Digitized by Google

der damals trauerte, als ob ihm das Teuerste gestorben sei. Aber in jenen Tagen, da der Deichhauptmann von Schönhausen gegen die Fluten der Revolution auf dem bedrohten Damme stand, bewährte sich an ihm das Wort, daß in der höchsten Not ein Mann das Höchste vollendet. Tumult und Empörung waren ihm von jeher widerwärtig, jetzt, da er sie in ihrer furchtbaren Gefahr selbst am Werke gesehen, da sie ihm seinen König und sein Preußen, seine Ehre und seinen Stolz, angetastet und bedroht hatten, wurden sie ihm ein Greuel, den er mit der ganzen Kraft seiner Seele haßte und verabscheute. Den Kampf gegen die Revolution führte er seitdem mit der Begeisterung und Entschlossenheit, die im Kampfe um den Glauben den Menschen zum Märtyrer machen. Und wenn er in der Leidenschaft des Kampfes mitunter zu weit ging, wenn er wie im Eifer für seine Sache so im Haß und Angriff gegen den Feind über das Maß hinausstürmte, wer möchte es ihm verargen! Nur wer selbst in solchem Kampfe gestanden, wem die Sorge um die Zukunft seines Volkes und seines Staates so wie ihm nahe gegangen ist, mag sich zum Richter aufwerfen. Aber haben nicht auch seine Gegner in Haß und Hohn, in jeder Art des Angriffs das Mögliche und Unmögliche gethan? Und war etwa die Sache, für die Bismarck in jenem Augenblick in die Bresche sprang, des Kampfes nicht wert? Wenn damals die Gegner durchdrangen und in Preußen die Revolution siegreich blieb, bei Gott, wo wären wir heute! Wo unseres Volkes Einheit, Unabhängigkeit, Glück und Größe! Kein Deutscher, dem diese Güter teuer sind, kann den Männern seinen Dank versagen, die damals das Feld, auf dem allein die Zukunftssaat der nationalen Einheit gedeihen konnte, vor einer verheerenden Ueberschwemmung bewahrt haben. In dieser Erkenntnis haben die ersten und besten, ja die große Mehrzahl der Männer, die in den Jahren 1848—1851 Bismarcks Politik bekämpften, ihm später gehuldigt. —

Wenden wir uns dem Gange der Ereignisse zu, in die Bismarck persönlich eingriff, so begegnen wir ihm nach jener

Digitized by Google

Reise, die er am 25. März als Führer der Schönhauser Bauern nach Potsdam unternahm, zuerst in Berlin, wo er vom 2. bis zum 10. April den Beratungen des Vereinigten Landtages beiwohnte. Dieser zweite und letzte Vereinigte Landtag war durch ein königliches Patent vom 18. März einberufen worden, also in gewissem Sinne eine Vorfrucht der Revolution; er sollte sich vornehmlich mit dem Entwurf eines Wahlgesetzes befassen, welches für die Wahlen einer verfassunggebenden Versammlung maßgebend wäre. Da der Entwurf für jeden Preußen, der das 24. Lebensjahr vollendet hatte, ohne Rücksicht auf den Census das gleiche Wahlrecht in Aussicht nahm, so wurde man in dieser Frage bald einig, denn bei der herrschenden Stimmung war hier jeder Widerstand vergebens. Die Führer der schwachen Opposition, die mit der Wendung der Dinge unzufrieden war, setzten daher ihren Widerstand bei andern Punkten an.

Unmittelbar nach Eröffnung der ersten Sitzung bekämpfte Bismarck die beschleunigte Annahme einer Adresse, worin dem Könige der Dank für seine volkstümlichen Entschließungen ausgesprochen werden sollte, als unschicklich und in ihrer Ueberhastung gegen die Gebräuche des Hauses verstoßend. Als er damit unterlag, erbat er sich das Wort zu folgender Erklärung: ‚Ich bin einer der Wenigen, welche gegen die Adresse stimmen werden, und ich habe um das Wort nur deshalb gebeten, um diese Abstimmung zu motivieren und Ihnen zu erklären, daß ich die Adresse, insoweit sie ein Programm der Zukunft ist, ohne weiteres acceptiere, aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann —‘ Hier wurde der Redner von Gelächter unterbrochen. Als es sich gelegt hatte, fuhr er fort: ‚Nicht freiwillig, sondern durch den Drang der Umstände getrieben, thue ich es; denn ich habe meine Ansicht seit den sechs Monaten nicht gewechselt. Ich glaube, daß dies Ministerium das einzige ist, welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen kann, und aus diesem Grunde werde ich demselben meine geringe Unterstützung überall

Digitized by Google

widmen, wo es mir möglich ist. Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Aeußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist. Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptiere, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßigen Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich.‘

Diese Kundgebung eines starken und glühenden Patriotismus zeigt uns die Richtschnur der innern Politik, die Bismarck in den Jahren 1848—1851 beobachtet hat. Daß das preußische Königtum ein konstitutionelles werden sollte und zum Teil schon geworden war, nahm er als eine Thatsache hin, zwar mit trauerndem Herzen, wie Roon, aber doch gleich diesem in der ernsten Gesinnung, daß die Vergangenheit begraben und nicht mehr zu erwecken war, ja ‚ohne nie zu billigenden Wortbruch‘, wie Roon sich ausdrückte, nicht mehr erweckt werden konnte. Aber in einem wesentlichen Punkte wich Bismarck von dem Freunde ab. In dem Briefe, worin dieser am 6. November 1848 das ehrenvolle Anerbieten ablehnte, Militärgouverneur des Prinzen Friedrich Wilhelm, des spätern Kaisers Friedrich, zu werden, gab er als das wichtigste und entscheidende seiner Bedenken an, daß er zu alt und in Vorurteilen zu eingerostet sei, um die neuen Ideen dem jungen Herrn mit der nötigen Wärme anpreisen

Digitized by Google

zu können; die sogenannte Höhe der Zeit werde seiner unmodisch gewordenen Weltanschauung immer wie ein Chimborazo erscheinen.

Bismarck dagegen, zwölf Jahre jünger als Roon und durch eine andere politische Schule gegangen, war von eingerosteten Anschauungen weit entfernt. Die Konstitution selbst, insoweit sie dem Volke Mitarbeit an der Gesetzgebung und eine Kontrolle der Verwaltung in Aussicht stellte, entsprach sogar, wie wir sahen, seinen letzten Wünschen. Nur der Weg, auf dem sie herbeigeführt und verwirklicht werden sollte, war ihm bedenklich und verhaßt. Daraus ergab sich ihm die Notwendigkeit, das, was der Krone an Macht geblieben war, zu retten und zu befestigen, und weil das Märzministerium in jenem Augenblick die einzige Bürgschaft zu bieten schien, die Revolution nicht von neuem zu entfesseln, so war er entschlossen, es zu unterstützen. In dieser Weise glaubte er dem engern und weitern Vaterlande, Preußen und Deutschland, zugleich zu dienen. Denn auch des letztern Ehre und Unverletzlichkeit machten ihm in jenen Tagen Sorge. Bis an sein Ende hat er daran festgehalten, daß es im Frühjahr 1848, vor der Demütigung der Krone, einer klugen und festen preußischen Politik gelungen wäre, die deutsche Einheit in strengerer Form zu begründen, als es später geschehen ist. Noch am Morgen des 19. März sei die preußische Regierung die einzige gewesen, die in Deutschland aufrecht stand und den übrigen Schutz bringen konnte; Preußen hätte ihnen daher seine Bedingungen stellen können und dabei Rußland auf seiner Seite gehabt. Erst die Vorgänge des 19. März und der folgenden Tage hätten die Sympathien des Kaisers Nikolaus für eine preußische Unionspolitik getilgt, weil Friedrich Wilhelm nunmehr dem russischen Kaiser an der Spitze der Rebellen zu stehen schien.

Das Auftreten Bismarcks im Zweiten Vereinigten Landtag giebt uns auch die erste greifbare Kunde, wie er schon damals den Horizont der auswärtigen Politik beobachtete, die künftige Domäne seines Genies. Außer

Digitized by Google

der deutschen Einheit hatten die Strudel der Revolution noch zwei andere Probleme der auswärtigen Politik emporgetrieben: die dänische und die polnische Frage. Der Minister v. Arnim, der Leiter der auswärtigen Politik, gedachte sich in der damals wie später volkstümlichen schleswig-holsteinschen Frage einen leichten Lorbeer zu gewinnen und erklärte gegenüber dem dänischen Versuche, Schleswig von Holstein zu trennen und in Dänemark einzuverleiben, die Rechte der Herzogtümer für unantastbar. Das geschah unter dem Beifall der öffentlichen Meinung in Deutschland am 24. März. Im Verfolg dieses Schrittes erhielten preußische Truppen den Befehl, die Grenze zu überschreiten und den erwarteten Einfall der Dänen in Schleswig nötigenfalls mit Waffengewalt zu vereiteln.

Die polnische Frage war dadurch in Fluß gekommen, daß das preußische Ministerium an demselben Tage, da es sich für die Rechte der Elbherzogtümer aussprach, einer polnischen Abordnung eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen verhieß. Die Regierung übersah, daß dieser Schritt einerseits die Hoffnungen der Polen auf Wiederherstellung ihres Staates beleben, andererseits in Petersburg verletzen mußte.

Auch jene leichtherzige Einmischung in die dänische Frage barg Gefahren im Schoße, die später, vor und in den Verhandlungen von Olmütz, die frisch-fröhliche Aktionspolitik der preußischen Märzminister schwer gestraft haben. Damals, wie gesagt, erfreuten sie sich der Sonne der öffentlichen Gunst, die ihnen in ungetrübtem Glanze aufging. Bismarcks weitblickendes Auge aber sah ‚dem phaetonischen Fluge' dieser Politik voll Besorgnis nach. Am 4. und 5. April interpellierte er die Regierung wegen ihrer dänischen und polnischen Politik, gab sich aber einstweilen mit den zuversichtlichen Erklärungen der Minister zufrieden. —

Am 10. April wurde der Zweite Vereinigte Landtag geschlossen. Bismarck war jetzt unbestritten einer der Führer der Konservativen; die Pflicht, die ihm daraus erwuchs, hat er in den nächsten Jahren mit Wort und

Digitized by Google

Feder zu erfüllen gesucht. Ueberdies erwarb er sich in der allgemeinen Rat- und Planlosigkeit, die in den leitenden Kreisen herrschte, im Laufe des Sommers das Vertrauen des Monarchen, der ihn oft zu politischen Gesprächen beschied. Daß Bismarck bei solchen Gelegenheiten mit seiner Ansicht nicht hinter dem Berge hielt, war bekannt und wird in den ‚Gedanken und Erinnerungen' in einigen drastischen Scenen veranschaulicht. Immer wieder kam er darauf zurück, daß der König Herr im Lande sei und nicht nur die Macht, sondern auch das Recht habe, überall die Ordnung herzustellen.

Die Spitze dieses Satzes richtete sich in erster Linie gegen die am 22. Mai eröffnete preußische Nationalversammlung, die durch den Ausfall der Wahlen ganz unter die Herrschaft des politischen Radikalismus geraten war und es alsbald darauf anlegte, das preußische Königtum zu einer inhaltlosen Form zu degradieren. Bismarcks Zuspruch vor allem war es, der den König gegen die von Tag zu Tag unverhüllter hervortretenden Machtgelüste der Kammer von Fall zu Fall fest gemacht und ihn schließlich ermutigt hat, das schwächliche Ministerium v. Pfuel zu entlassen und den entschiedenen Grafen von Brandenburg an die Spitze der Geschäfte zu stellen. Wie dieser Schritt in den letzten Monaten des Jahres zur Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, zur Auflösung der Kammer und zur Wiederherstellung der Staatsgewalt geführt hat, soll hier nur angedeutet werden. Den unentschlossenen König auf diesen Weg zu führen und darauf festzuhalten, war nicht leicht; des Königs formelle Rechtsbedenken, seine Erinnerung an die Märzkatastrophe, wichtige Einflüsse in seiner Umgebung drängten ihn immer wieder aus der von Bismarck empfohlenen Bahn. Für diesen selbst aber war der Sommer des Jahres 1848 von großem und dauerndem Gewinn. Von ihrer höchsten Warte durfte er die preußische und deutsche Politik übersehen; ohne von den Gegnern beobachtet oder abgelenkt zu werden, lernte er die einflußreichen Männer und die Macht und Absichten der Parteien von Grund aus kennen.

Digitized by Google

Und auch das war natürlich von Bedeutung, daß er mit dem Hofe selbst und den leitenden Männern in unmittelbare Berührung kam. Einige der Beziehungen, die er damals anknüpfte, gewannen später auf sein Leben entscheidenden Einfluß.

Mit der Vertrauensstellung als unverantwortlicher Rat des Königs ließ sich die gleichsam hinter den Coulissen geübte Thätigkeit als Journalist und Agitator eher vereinigen, als wenn er als Mitglied der Nationalversammlung gewissermaßen im Vordergrund der politischen Schaubühne gestanden und jeden seiner Schritte der Aufmerksamkeit der Gegner bloßgestellt hätte. Indessen lag eine solche Berechnung seinem politischen Gewissen fern, und einige seiner Biographen haben die Sache irrtümlich so dargestellt, als ob er es verschmäht habe, sich um einen Sitz in der preußischen Nationalversammlung zu bewerben. Für die Frankfurter Versammlung mag jene Behauptung zutreffen, denn nach seiner Auffassung der Lage gab es allerdings im Sommer 1848 für preußische Männer wichtigere Dinge, als über die Verfassung des deutschen Einheitsstaates zu beraten. Daß er es hingegen für seine Pflicht hielt, bei den preußischen Wahlen zu kandidieren, würden wir annehmen, auch wenn es nicht durch einen Brief erwiesen wäre, den er am 19. April an seinen Bruder schrieb. Darin heißt es: ‚Ich habe wenig oder gar keine Aussicht, gewählt zu werden. Ich weiß nicht, ob ich mich darüber freuen oder ärgern soll; es ist mir Gewissenssache, mich mit allem Nachdruck um die Wahl zu bewerben.‘

Aus diesem Briefe ergiebt sich auch, daß er das Vordringen der liberalen Strömung in die ländlichen Bezirke schon damals mit Sorge wahrnahm. Der Ausfall der Wahlen brachte ihn vollends zu der Einsicht, daß den Konservativen vor allem eins not thue, worüber ihre Gegner seit langem verfügten: eine auf die Presse und auf Vereine gestützte Organisation. Mit wenigen Gleichgesinnten griff er das Werk an. Unter seiner Mitwirkung entstand die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), die

Digitized by Google

sich als wichtigste Aufgabe stellte, die Revolution zu bekämpfen. Bismarck ist dieser Zeitung in den ersten Jahren ein rühriger und stets willkommener Mitarbeiter gewesen. Auch sonst nahm er sich persönlich der Agitation an, er beteiligte sich an der Gründung patriotischer Vereine, setzte in den Kreisen der Gesinnungsgenossen Adressen in Umlauf, um die Regierung im Widerstande gegen die liberalen Bestrebungen zu ermutigen, kurz, er sorgte auf jede nur mögliche Weise für die Verbreitung konservativer Gesinnung. Unter Umständen bediente er sich der damals beliebten Form des ‚Eingesandt', um seinen Ansichten auch im gegnerischen Lager Beachtung zu verschaffen.

Von seinen zahlreichen Kundgebungen in jener Zeit ist verhältnismäßig wenig auf uns gekommen, unter diesem wenigen aber nimmt eine Zuschrift vom 20. April 1848 an die Magdeburgische Zeitung eine hervorragende Stelle ein, weil darin eine noch heute brennende Frage unserer innern und auswärtigen Politik in einer Weise behandelt wird, die an einige erhebende und leider auch betrübende Vorgänge der uns näher liegenden Zeitgeschichte erinnert. Zum Verständnis des Briefes sei erwähnt, daß infolge des polnischen Aufstandes im Jahre 1846 über hundert Polen in Berlin als Mordbrenner und Hochverräter verurteilt, aber unter dem Druck der Märzrevolution in Freiheit gesetzt worden waren. Das heute noch beherzigenswerte Schreiben lautet in seinen Hauptsätzen: ‚Die Befreiung der wegen Landesverrats verurteilten Polen ist eine der Errungenschaften des Berliner Märzkampfes, und zwar eine der wesentlichsten, da die konstitutionelle Verfassung, die Preßfreiheit und die Maßregeln zur Einigung Deutschlands bereits vor Ausbruch des Kampfes gesichert waren. Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt gezogen; zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchten. So

Digitized by Google

hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eignen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das Letzte von dem entzogen werde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken, der Durchführung einer schwärmerischen Theorie zuliebe, einer Theorie, die uns ebenso gut dahin führen muß, aus unsern südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slavenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venetianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein von letzterem unabhängiges Czechenreich zu gründen. — Eine nationale Entwicklung des polnischen Elements in Posen kann kein andres vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reichs zur Vorbereitung zu dienen.' Nachdem er dann die verschiedenen Möglichkeiten einer Wiederherstellung Polens erörtert hat, fährt er fort: ‚Wie kann aber ein Deutscher, weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe, dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwicklung in den Rücken zu fallen; der viel gieriger nach einer Eroberung auf unsre Kosten sein wird und muß, als der russische Kaiser, der froh ist, wenn er seinen jetzigen Koloß zusammenhalten kann, und der sehr unklug sein müßte, wenn er den schon starken Anteil zum Aufstand bereiter Unterthanen, den er hat, durch Eroberung deutscher Länder zu vermehren bemüht sein wollte. Schutz gegen Rußland brau-

Digitized by Google

chen wir aber von Polen nicht; wir sind uns selbst Schutz genug.'

An dieser in kräftigen und klaren Strichen entworfenen Politik verdient vor allem dies Beachtung, daß ihr Urheber in den nahezu fünf Jahrzehnten seines weitern Lebens sich nicht gezwungen gesehen hat, von jenen Sätzen, soweit sie die polnische Frage betreffen, auch nur ein Wort zurückzunehmen oder zu verbessern; im Gegenteil, je länger er über diese Frage nachsann, je mehr er später die polnischen Verhältnisse beobachtete, desto fester wurde ihm die Ueberzeugung, daß jede andere Polenpolitik bei dem Charakter dieses Volkes und der Natur unsrer Beziehungen zu Rußland zu einer schweren Schädigung der preußischen und deutschen Interessen ausschlagen müsse.

Woher aber kam, so fragen wir hier, im Frühjahr 1848 dem Schreiber jener Sätze die klare und sichere Kenntnis des polnischen Wesens? woher der Blick, der unserm Verhältnis zu Rußland zugleich auf den Grund drang und seine künftige Entwicklung voraussah?

Diese und andre Fragen sind leichter gestellt als beantwortet. Wir erinnern uns der Interpellation, die Bismarck am 5. April im Zweiten Vereinigten Landtage über die Polenpolitik der Regierung gestellt hatte. Aeußerlich hatte er sich damals mit der beruhigenden Erklärung des Ministers zufrieden gegeben, in Wahrheit aber hielt er, wie wir jetzt sehen, den ihm bedrohlich scheinenden Punkt am östlichen Horizont fest im Auge, und das Ergebnis seiner Beobachtung war, daß er nach vierzehn Tagen ein heute und jedenfalls noch für eine Reihe von Jahrzehnten unanfechtbares Urteil fand. Klarheit, durchdringende Klarheit war ihm in allen Fragen, die er angriff, die erste Forderung, die unerläßliche Voraussetzung jedes Entschlusses. Am 26. Dezember 1865 machte er in einem vertraulichen Briefe das Geständnis, daß es ihm nicht leicht sei, in den Fragen, die an ihn träten immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wachse. Unklarheit war seiner Natur zuwider. Daher so manches Wort des Hohnes und der verächtlichen

Digitized by Google

Abweisung gegen jede Art von Phrase, Gefühlspolitik und Schwarmgeisterei; die Reden der liberalen Wortführer, die ihm noch in den letzten Jahren, als er sie für die Zwecke seiner Denkwürdigkeiten wieder las, den ‚Eindruck importierter Phrasenschablone' machten, sind ihm schon damals, als er sie anzuhören hatte, zuwider gewesen.

Von dem Hergang und dem Wesen des geistigen Prozesses, der seinem Urteil voranging, giebt der Bericht eines Mannes, der ihm während seiner Frankfurter Zeit nahe trat, ein fesselndes Bild: ‚An der Feuerstelle knisterte, wenn die Jahreszeit danach war, die züngelnde Flamme, der Kaminsims reichte aus für Flasche und Glas, und gegenüber dem Wirte saß ein beglückter Gast, ein zwiefacher: seines Hauses und seines Geistes. Dieser Geist, welchem so häufig seither die Natur und die Intuitionen des Künstlers zugesprochen worden sind, offenbarte diese hier unzweifelhaft, ja, man dürfte in erhöhter Bezeichnung sagen: er bethätigte einen Hauch von Seherkraft. Denn Bismarck, anfänglich das Wort an den vor ihm Befindlichen richtend, schien bald diesen zu vergessen oder wenigstens nicht mehr eine ihn selbst beeinflussende, seinen Gedankengang weiterleitende Antwort desselben zu erwarten. Vielmehr gab er, wie unbekümmert nach außen hin, in die blauen Ringe des Dampfes seiner Cigarre mit drastischer Schilderung das Bild der Dinge, die ihn bewegten, und knüpfte daran seine Folgerungen für die nähere oder fernere Zukunft der werdenden Geschichte. Der Pariser Friedenskongreß und die Neuenburger Wirren, Schleswig-Holstein und Polen, vor allem auch Oesterreich als deutsche Vormacht oder als eben diese nicht länger mehr, zogen an mir vorüber bei solchem Gespräch: ‚Dann wird vermutlich die Sache so kommen, und darum wird man dann das machen müssen, aber wahrscheinlich es unterlassen . . .' So etwa sann — vernehmbar dem stummen Lehrling — der vor sich, in sich und um sich Blickende und sorgte dabei selbst für die zur Fortspinnung seines Denkens ihm willkommenen Einwendungen. Der überwältigte Zuhörer aber jener Monologe meint daran genau sich zu erinnern, daß

Digitized by Google

das Wesentliche von dem, was später zur Zeit wie aus dem Anlasse des Frankfurter Fürstentages begann, was im Kriege mit Dänemark fortgesetzt wurde und mit Schicksalsnotwendigkeit über Königgrätz nach Sedan bis zur Kaiserausrufung in Versailles führte — daß alles dieses vor den zusammensinkenden und rot wieder auflodernden Scheiten des Zimmerfeuers hier die Stunden seiner Empfängnis in der Innenwelt jenes Zukunftsmannes erlebte.'

Bekannter als diese Schilderung, die uns den lernenden und werdenden Staatsmann zeigt, ist ein andres Bild geworden, welches ein vertrauter Arbeitsgenosse Bismarcks von dessen geistiger Werkstätte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entworfen hat. Hier sehen wir den Sechzigjährigen in den schwierigsten Fragen mit einer geradezu verblüffenden Leichtigkeit und Sicherheit ‚wie aus der Pistole' die Entscheidung treffen. Der Fall ist beglaubigt und steht nicht vereinzelt da, daß er einen Gegenstand, an dem das Staatsministerium stundenlang sich abgemüht hatte, ohne zu einem Entschluß zu kommen, in größter Gemütsruhe, ohne sich einen Augenblick zu besinnen, entschied, während er beim Frühstück ein Ei aufklopfte. Diese wunderbar schnelle Urteilskraft, die so manchem seiner politischen oder diplomatischen Gegner Verderben brachte, war, wie wir aus jener Frankfurter Schilderung ersehen, das Ergebnis der früh und täglich gepflegten Gewohnheit, in den Fragen, die ihm nahe traten, jede denkbare Lösung mit allen Folgen bis ans Ende zu denken. Auf diese Weise wurde ihm nicht nur das ganze Gebiet der Politik so vertraut, daß seinem prüfenden Auge nichts von Bedeutung entgehen konnte, sondern er fand auch bei jedem neuen Ereignis und Zwischenfall alsbald den Anschluß an Gedankenketten, denen er schon vorher für sich oft und umsichtig nachgegangen war. —

Ein andrer Punkt, der uns in jenem denkwürdigen Schreiben vom 20. April 1848 auffällt, ist seine damalige Ansicht über Preußens Verhältnis zu Oesterreich und über die nationale Frage. Sein deutsches Programm war

Digitized by Google

im Sommer 1848 und, wie wir sehen werden, auch später noch eine Zeit lang das großdeutsche in seinem weitesten Umfang. Das österreichische Italien, Steiermark und Mähren sind ihm nicht minder deutsches Gebiet wie Posen oder irgend ein anderes von Deutschen bewohntes oder mit deutschem Blute erobertes Land. An die Möglichkeit eines Zwiespalts zwischen Oesterreichs und Preußens Interessen scheint er noch nicht zu denken. Kein Wunder, denn der zähe Widerstreit der Wiener Politik gegen die Fortschritte des Zollvereins war der Oeffentlichkeit wenig bewußt geworden; nach außen hatten in den letzten Jahrzehnten die Staatsmänner in Wien und Berlin durchgehends gemeinsame Sache gemacht, und neuerdings hatte die Revolution die Uebereinstimmung der Interessen und Sympathien wiederum augenfällig bestätigt. Sonach stehen wir hier vor einem Punkte, wo Bismarck in Sachen der auswärtigen Politik sterblich, das heißt nicht unfehlbar war. Seiner staatsmännischen Größe thut diese Entdeckung freilich so wenig Abbruch, daß vielmehr gerade dieser Irrtum durch die Art, wie er ihn später erkannt und wieder gut gemacht hat, seiner Staatskunst die Gelegenheit zu ihrem vollendetsten Meisterstück gegeben hat. —

Als das Jahr 1848 zu Ende ging, war in Preußen die Sache der Ordnung, für die Bismarck unter den Vordersten gestritten hatte, auf allen Punkten siegreich. Anfang Dezember kehrte er zu den Seinigen — im August war ihm eine Tochter geboren — zurück und freute sich des hinter ihm liegenden Tagewerkes in dem Bewußtsein, ‚die Schwanzklemmer mitunter nicht ohne Nutzen gepfeffert zu haben'. In der letzten Zeit war er mitunter ‚wie ein Perpendikel' zwischen Schönhausen, Berlin und Potsdam hin und her gegangen, jetzt sah auch er etwas beruhigter in die Zukunft.

Am 5. Dezember hatte der König die Nationalversammlung aufgelöst und aus eigner Machtvollkommenheit seinem Staate eine Verfassung gegeben — ‚in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten'. Diese

Digitized by Google

Einleitungsworte der Verfassungsurkunde entsprachen den Thatsachen. Gleichzeitig berief ein königliches Patent die neuzuwählenden Kammern auf den 26. Februar 1849 nach Berlin. Bismarck, dessen Kandidatur einige Schwierigkeiten machte, stürzte sich mit allem Eifer in die Wahlagitation und wurde, fast gegen seine Erwartung, im Havellande gewählt. ‚Es war ein harter Kampf,' schrieb er einige Tage nach der Wahl seinem Bruder, ‚da der Gegner Oberbürgermeister und ein sehr gewandter, fähiger Mann ist, der einen großen Teil des platten Landes unterwühlt hatte; ich habe mich oft innerlich selbst verhöhnt und amüsiert, wenn ich in den acht Tagen, die ich vor der Wahl in Brandenburg zubrachte, die verschiedenen ‚Tiefenbacher' über die wahre Politik des Tages aufzuklären und durch persönliche Liebenswürdigkeit zu gewinnen suchte. Den Ausschlag gab es m. E. noch, daß auf demokratischer Seite ein abtrünniger Priester auftrat, dessen Reden durch ihren lästerlichen Ton ein ganz Teil Bauern von ihnen fortschreckte ... Nach der Wahl war ein Diner von vierhundert Personen ... Am anderen Tage hatte ich einen leichten Kopfschmerz, und alle Muskeln der rechten Hand thaten weh von dem vielen Händedrücken. Am dritten Tage wurden meinen Feinden die Fenster eingeworfen und einige mißhandelt, während ich schon ruhig bei Johanna saß. Ich hatte mich in den Vorversammlungen im ganzen für Anerkennung der Verfassung, Verteidigung gegen Anarchie, Gleichheit vor dem Gesetz (aber gegen Abschaffung des Adels), gleiche Verteilung der Steuern nach dem Vermögen, soweit es erreichbar, Wahl nach Interessen und gegen Abschaffung geldwerter Rechte ohne Entschädigung, gegen Verminderung des stehenden Heeres, für strenge Preß- und Klubgesetze ꝛc. ausgesprochen, und danach werde ich mich in meinem Benehmen auf dem Landtage auch halten.' Das in diesem Briefe angedeutete Programm enthält den Niederschlag der Meinungen und Wandlungen, den die Erlebnisse des bewegten Vorjahres in ihm zurückgelassen hatten. Wohl wußte er, daß die eben befestigte Ordnung noch immer auf schwachen Füßen stand, und daß

Digitized by Google

Rückfälle zu befürchten waren, von oben in die Politik der Schwäche, von unten in die Revolution. Danach richtete er von jetzt ab in erster Linie seine Haltung in der innern Politik.

Die erste Gelegenheit, gegen den Geist der Empörung aufzutreten, bot ihm die Debatte über den Entwurf einer Adresse an den König. Die Linke beantragte zu der Adresse den Zusatz, daß die Kammer den über Berlin verhängten Belagerungszustand aufgehoben wünsche. Dieser Antrag erschien Bismarck unberechtigt und unzeitgemäß. Mehr als die lokalen Bedürfnisse einiger Berliner wog ihm das Interesse des Landes, welches verlange, daß die Beratungen der Kammer gegen jede Störung gesichert wären. Durch den Belagerungszustand aber werde die Freiheit der Versammlung weniger beeinträchtigt als durch die Absichten derer, die im Sinne hätten, nach dem Beispiel des vorigen Herbstes ihre Fraktionsansichten durch tumultarische Demonstrationen auf der Straße zu unterstützen. Einen ähnlichen Gedankengang zeigten die Gründe, womit er den Antrag auf Begnadigung aller seit dem 18. März 1848 begangenen politischen Verbrechen bekämpfte. Seine Ausführungen zu dieser Frage schlossen mit dem herausfordernden Satze, daß über den Prinzipienstreit, der Europa erschüttere, nicht durch parlamentarische Debatten entschieden werde, sondern daß der Gott, der die Schlachten lenke, die eisernen Würfel der Entscheidung werfen werde.

Diesen drohenden Worten entsprechend hatte er im November des vorhergehenden Jahres, als Wrangel mit den Truppen in Berlin einrückte, die Unterhandlungen mit der Bürgerwehr für einen politischen Fehler erklärt. Wenn es damals, so meinte er, zu dem kleinsten Gefecht gekommen wäre, so hätte der unausbleibliche Sieg die Stellung der Regierung unter allen Umständen verbessert, — eine Folgerung, die sich durch die revolutionäre Zügellosigkeit des Vorjahres zwar erklären, aber schwerlich rechtfertigen ließ. Mit der von Wrangel bewilligten Kapitulation war die Ruhe in der Hauptstadt ohne Blutvergießen hergestellt, und sie ist auch später dort nicht wieder ernstlich

Digitized by Google

gefährdet worden; dagegen hätte ein ‚Sieg' der Truppen unter den von Bismarck vorausgesetzten Umständen neuen Stoff zur Erbitterung gegeben und obendrein die Krone dem Vorwurf eines tückischen Treubruchs ausgesetzt, zwei Möglichkeiten, die weder der innern noch der auswärtigen, wenigstens nicht der deutschen Politik Preußens Gewinn versprachen.

In der Leidenschaftlichkeit, womit Bismarck in dieser Frage über das Maß hinausschoß, offenbarte sich die Kampfnatur des Mannes, der den Angriff für die beste Verteidigung hielt. Im übrigen war das Machtverhältnis der Parteien in der Kammer so, daß an eine Vereinbarung über die in Aussicht genommene Revision der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember des Vorjahres nicht zu denken war. Deshalb löste die Regierung Ende April die Kammer auf und erließ am 30. Mai eine Verordnung, die den Grundsatz des gleichen Wahlrechts aufhob und das heute noch bestehende Dreiklassensystem einführte. In der aus den Neuwahlen hervorgehenden Kammer hatten die konservativen und gemäßigt-liberalen Vertreter die Mehrheit, und es stand zu erwarten, daß sie die Verfassungsrevision in ihrem Sinne gestalten würden. Wir können daher an Bismarcks Auftreten in dieser Kammer die Grenze erkennen, bis zu welcher er im Kampfe gegen die Revolution nach der entgegengesetzten Seite zu gehen entschlossen war.

Hier ist es zunächst von Wichtigkeit, daß er von dem Standpunkte, den er früher der Verfassung gegenüber eingenommen hatte, nicht zurückwich. Für ihren größten Vorzug hatte er es erklärt, daß sie überhaupt vorhanden war. Daran hielt er fest, nicht nur, weil er die Verfassung beschworen hatte, sondern weil er, wie er am 14. Februar 1851 sagte, den Absolutismus, der in Preußen mit geheimrätlicher Allgewalt zusammenfalle, nie geliebt hatte: wer ihm freiheitsfeindliche Tendenzen über das in der Verfassung gegebene Maß unterlege, thue ihm Unrecht. Das absolute preußische Königtum war ihm also endgültig zu einem konstitutionellen geworden; nur in der Aus-

Digitized by Google

legung dieses konstitutionellen Königtums wich er von der liberalen Theorie jener Zeit nicht nur in einzelnen Punkten, sondern grundsätzlich ab: Das preußische Königtum unterscheide sich dadurch von den konstitutionellen Dynastien in England, Frankreich und Belgien, daß diesen die Krone, wie ein gemeines Volkssprichwort sage, gleich einem geschenkten Gaul, dem man bekanntlich nicht ins Maul sieht, aus den blutigen Händen der Revolution überreicht worden sei unter Bedingungen, die die Revolution für gut gefunden habe. Die unbedingten Nachahmer des überrheinischen Konstitutionalismus seien in Deutschland mit ihren Versuchen nicht besonders glücklich gewesen, denn die Zerrüttung eines jeden deutschen Staates habe ziemlich gleichen Schritt gehalten mit der Nachgiebigkeit, die seine Regierung gegen Anforderungen in dieser Beziehung bewiesen habe. In Sachsen und Baden, wo man vielleicht am aufrichtigsten dem französischen Konstitutionalismus gehuldigt habe, sei die Haltlosigkeit am größten gewesen, und nur das, was von den altpreußischen Einrichtungen als Erbschaft aus der berüchtigten Zeit der dreiunddreißigjährigen Knechtschaft übrig gewesen sei, habe Preußen in den Stand gesetzt, die staatliche Gesellschaft in jenen Ländern aufrecht zu erhalten.

Den Gegnern, die jeden Paragraphen der Verfassung durch den Hinweis auf England erläutern oder verbessern wollten, rief er zu: ‚Geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung, aber auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren.‘ Weil die preußischen Verhältnisse durchaus andere waren, wollte er auch die preußische Krone, in der er den tragenden Mittelpfeiler des Staatsgebäudes sah, nicht in die Stellung der englischen gedrängt wissen, die er einem zierlichen Kuppelschmucke verglich. Die Krone war ihm gleichberechtigt mit

Digitized by Google

den Kammern, und gerade in dieser Gleichberechtigung erblickte er die Grundlage der Verfassung.

Diese Ueberzeugung, die heute, nicht zuletzt durch Bismarcks Verdienst, in Preußen und Deutschland beinahe zum Gemeingut der öffentlichen Meinung geworden ist, stieß damals bei den Lobrednern der ‚überrheinischen' Konstitutionen auf starken Widerspruch. Sie bestimmte namentlich Bismarcks Haltung in der wichtigen Verhandlung über das Steuerbewilligungs- und -verweigerungsrecht der Kammer. Schon im Ersten Vereinigten Landtag hatte er, wie wir sahen, den Versuch, das Anleihebewilligungsrecht der Stände zur Erpressung von Konzessionen zu benutzen, als ungehörig bekämpft; jetzt veranlaßte ihn zu einer bestimmtern Darlegung seiner Ansicht die Debatte über den Artikel 108 der oktroyierten Verfassung, welcher lautete: ‚Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.' Zu diesem Artikel beantragte die Kommission, die Worte ‚die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben' zu streichen. Bismarck widersprach dem Kommissionsantrag, insofern darin ausgesprochen werde, daß die Kammer in jedem Jahre das Recht haben solle, die Steuern zu bewilligen oder zu verweigern. Eine solche Auffassung verlege den Schwerpunkt der ganzen Staatsgewalt in die Kammer und übertrage die Entscheidung über die höchsten Interessen des Vaterlandes einer aus dem Hazardspiele der Wahlen hervorgegangenen Majorität, deren Wert auf der gewagten Voraussetzung beruhe, daß jeder künftige Abgeordnete in der Lage sein werde, sich über alle Fragen der Politik und Gesetzgebung ein unbefangenes Urteil zu bilden. In der Rede, in der er am 24. September 1849 diese Anschauung vortrug, begegnen wir auch schon dem Gedanken, der ihm dreizehn Jahre später den Mut gab, das Steuer der budgetlosen Regierung zu ergreifen: das Etatsgesetz bestehe wie jedes andere fort, bis es mit Ueber-

Digitized by Google

einstimmung der gesetzgebenden Gewalten durch ein neues Gesetz aufgehoben werde.

Die hier schon im Keime vorhandene, in der Konfliktszeit so berühmt gewordene Lückentheorie sprach er im Februar 1851 noch unverhüllter und entschiedener aus. Anlaß dazu gab ihm der Umstand, daß die Linke, weil das Etatsgesetz nicht rechtzeitig zustande gekommen war, den Antrag stellte, zu erklären: die Regierung sei nicht berechtigt, vor gesetzlicher Feststellung des Etats Ausgaben für das laufende Jahr anzuweisen. In der Bekämpfung dieses Antrages bemerkte Bismarck, die Verfassung schweige darüber, was geschehen solle, wenn der Etat nicht rechtzeitig fertig werde, aber nirgends sage sie, daß in einem solchen Falle das frühere Recht der Regierung, Ausgaben zu machen, abgeschafft sei. Das Etatsgesetz für 1850 habe zwar das früher unbeschränkte Verfügungsrecht der Krone für den Zeitraum des genannten Jahres gebunden, aber mit dem Ablauf dieses Etats trete bis zur Veröffentlichung eines neuen Gesetzes das früher geltende Recht der Krone wieder in Kraft. Und fast wie in Vorahnung der Kämpfe, die ihm in dieser fundamentalen Verfassungsfrage bevorstanden, fügte er hinzu, daß es Jahre geben könne, in denen ein Etatsgesetz überhaupt nicht zustande komme.

Man kann diese Lückentheorie vom staatsrechtlichen Standpunkte aus für bedenklich oder verwerflich und ihre Anwendung für gefährlich halten, aber das wird man zugeben, daß der Kern der konstitutionellen Sätze, die Bismarck damals den landläufig liberalen Anschauungen als spezifisch preußische entgegenstellte, wesentlich dazu beigetragen hat, die Gefahren der Revolution zu überwinden und zugleich die lebensfähigen Keime einer verfassungsmäßigen Entwicklung zu retten. In dieser Frage also stand er schon damals in der Stellung, die er in allen Hauptpunkten bis an sein Ende erfolgreich verteidigt hat. —

In der deutschen Frage, die die Geister vielfach nicht minder erregte als die konstitutionelle, bekannte

Digitized by Google

Bismarck sich im Frühjahr 1848 zum großdeutschen Programm; es verstand sich für ihn von selbst, daß Oesterreich mit all seinen Kronländern zu Deutschland gehörte.

An dieser Meinung hielt er in den nächsten Jahren im wesentlichen fest, obwohl die ursprünglichen Verhältnisse und Erwägungen, auf die sie sich gegründet hatte, inzwischen gänzlich verschoben wurden. Wenn wir sehen werden, daß selbst eine offenkundig feindselige Haltung Oesterreichs ihn nicht veranlaßte, offen gegen die nachgiebige Schwäche der damaligen preußischen Politik Front zu machen, so sind wir im ersten Augenblick überrascht und suchen nach einem Schlüssel dieses rätselhaften Verhaltens. Denn unwillkürlich versieht man sich von dem Manne, der später alles daran gesetzt hat, die preußische Politik gegenüber Oesterreich in die Bahn einer rücksichtslosen Selbstsucht zu drängen, schon damals eines anderen.

Der Schlüssel des Rätsels liegt zum Teil wenigstens in der oben gezeichneten Stellung Bismarcks zur innern Politik. Ihm ist immer die nähere Aufgabe die wichtigere gewesen, und als die nächste und wichtigste erschien ihm damals die Wiederherstellung der preußischen Staatsgewalt. Diesem Hauptzwecke, ohne dessen Verwirklichung er alles verloren glaubte, ordnete er alle andern Rücksichten nach. In Oesterreich sah er inmitten der Sturzwellen der europäischen Revolution nur den bedrohten Bundesgenossen; die Forderung, diesen aus Deutschland zu verdrängen, war ihm als Ausfluß der Revolution verdächtig, Oesterreichs Verbleiben aber und die Wiederbelebung des Bundestages dünkten ihm ein Gewinn für die Sache der Ordnung, die ihm vor allem am Herzen lag. In solcher Gesinnung verfolgte er den Gang der deutschen Dinge.

Am 3. April 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. die ihm vom Deutschen Parlament angebotene Kaiserwürde abgelehnt: er könne ohne das freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß von solcher Bedeutung fassen; jetzt sei es an den Regierungen, in gemeinsamen Beratungen zu prüfen, ob die Verfassung dem

Digitized by Google

deutschen Volke fromme. Zugleich erklärte der König sich bereit, an die Spitze eines Bundes der freiwillig sich anschließenden Staaten zu treten. Diese Politik erregte das Mißtrauen und den Unmut der damals in Berlin tagenden Kammer, und der Abgeordnete Rodbertus stellte am 13. April den Antrag, den von der Regierung Sr. Majestät betretenen Weg zu mißbilligen und die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgültig anzuerkennen. Nachdem Graf Brandenburg als Ministerpräsident die Regierungspolitik verteidigt hatte, beantragte Bismarck, über den Antrag Rodbertus zur Tagesordnung überzugehen. Für ihn waren die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung ‚rechtlos' und ‚nicht vorhanden'. Er nannte es eine That des äußersten Leichtsinns, die Frankfurter Verfassung nach flüchtiger Diskussion in Bausch und Bogen anzunehmen, zumal durch deren Anerkennung dem Werke, zu dem man versammelt sei, nämlich der Revision der preußischen Verfassung, vorgegriffen werde. Man wolle Preußen in Deutschland die Rolle aufdrängen, die Sardinien in Italien gespielt habe, aber es werde nicht lange dauern, so würden die Radikalen mit dem Reichswappen vor den neuen Kaiser treten und ihn fragen: ‚Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?' Die deutsche Einheit wolle jeder, auch er, aber mit der Frankfurter Verfassung wolle er sie nicht. Die Frankfurter Krone möge sehr glänzend sein, aber das Gold, welches ihrem Glanze Wahrheit verleihe, solle erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden. Er wenigstens habe kein Vertrauen, daß der Umguß in der Form jener Verfassung gelinge.

Man sieht, Argwohn und Abscheu gegen die Revolution waren es, die ihm das Betreten des in der Paulskirche gefundenen Weges zur deutschen Einheit unmöglich machten.

Aus ähnlichen Gründen erwuchs auch das Mißtrauen, womit er der bald darauf eröffneten preußischen Unionspolitik folgte, denn auch diese drohte nach seiner Ansicht ‚die Errungenschaft des preußischen Schwertes mit freigiebiger Hand wegzugeben, um die nimmersatten Anfor-

Digitized by Google

derungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubte'. Mit Unmut hatte er schon früher wahrzunehmen geglaubt, daß die von dem König gehegte Erwartung eines glücklichen Ausgangs seiner Einheitsgedanken ein entschiedenes Auftreten seiner Regierung gegen die revolutionären Bestrebungen lähmte. Jetzt wuchs sein Verdruß, als er sah, daß die günstige Zeit, die im Mai 1849 nach dem Niederwerfen des Dresdener Aufruhrs vorhanden war, anstatt sie schnell im nationalen Sinne auszunutzen, mit Erwägungen über Einzelheiten der künftigen Unionsverfassung verloren ging. Nach seiner Ansicht gab es für Preußen seit der Ablehung der Kaiserwürde und der Frankfurter Verfassung zwei Möglichkeiten einer rühmlichen und nützlichen Politik: Man hätte die Wahl gehabt, nach dem Bruche mit Frankfurt sich fest an Oesterreich anzuschließen, dort in der Dämpfung des ungarischen Aufstandes die Rolle zu übernehmen, die der Kaiser von Rußland spielte, und dann im Bunde mit Oesterreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten; oder man hätte selbst auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale werfen zu müssen, den Deutschen ihre Verfassung vorschreiben können. Diesen Gedanken, den er am 6. September 1849 in der Zweiten Kammer aussprach, im Sinne einer österreichfeindlichen Lösung der deutschen Frage zu deuten, verbieten seine andern Kundgebungen aus jener Zeit, aus denen hervorgeht, daß er auch damals noch für jedes Vorgehen in den deutschen Angelegenheiten das Einverständnis mit Oesterreich voraussetzte.

Am 26. Mai führten die Verhandlungen, die Preußen im Sinne der Erklärung vom 3. April mit den deutschen Regierungen eröffnet hatte, insofern zu einem Ergebnis, als Hannover und Sachsen in dem sogenannten Dreikönigsbündnis sich zur Errichtung eines neuen deutschen Bundes unter preußischer Oberleitung bereit zeigten. Die drei Mächte hatten sich zugleich über den Entwurf einer künf-

Digitized by Google

tigen Verfassung für das deutsche Reich geeinigt und forderten die übrigen Staaten zum Beitritt auf. Aber während General v. Radowitz, der Leiter der preußischen Unionspolitik, in der zuversichtlichen Erwartung des Erfolges sich über den Wert des Vertrages vom 26. Mai täuschte und die Tragweite eines Vorbehaltes, den die beiden Königreiche damals gemacht hatten, unterschätzte, faßte Bismarck die Möglichkeit des Scheiterns dieser Politik schon bald ins Auge. In der Rede vom 6. September äußerte er seine Bedenken gegenüber dem Unionsprogramm, und zwei Tage später schrieb er seinem Bruder noch rückhaltloser, als er sich in der Kammer geäußert hatte: ‚Die Minister sind nicht einig über die Sache. Brandenburg und Manteuffel teilen im ganzen meine Ansichten, sind aber durch Majoritätsbeschlüsse des Ministeriums gebunden. Uebrigens glaube ich nicht, daß aus der Dreikönigssache etwas wird. Sie scheitert an dem Widerstande von Sachsen und Hannover, die froh sind, wenn sie den Kopf wieder aus der Schlinge haben.‘

Seine beiden Vermutungen, daß innerhalb des Ministeriums keine Einhelligkeit herrsche, und daß Hannover und Sachsen auf irgend eine Weise von den eingegangenen Verpflichtungen loszukommen trachteten, sollten sich bald nachher als richtig erweisen. Zumal die zweite Thatsache wurde aller Welt offenbar, als am 20. Oktober die Vertreter der beiden Königreiche der Einberufung eines Unionsparlaments widersprachen und die entscheidenden Verhandlungen über das Verhältnis des engern Bundes zu Oesterreich abbrachen. Als trotzdem die preußische Regierung an ihrem Unionsplan festhielt und im Einvernehmen mit den kleinern Staaten, die sich inzwischen angeschlossen hatten, die Wahlen für das Erfurter Parlament ausschrieb, hielt Bismarck es für seine Pflicht, sich um einen Sitz zu bewerben. Die Gedanken, die ihn dabei leiteten und die er in Erfurt zu vertreten gedachte, erkennen wir aus einem Wahlaufruf, den er im Verein mit Gesinnungsgenossen verfaßte. Darin hieß es unter anderm: ‚Die Zeit ist vorüber, wo die Meinung Gehör fand, daß man den

Digitized by Google

preußischen Staat schwächen oder auflösen dürfe, um Deutschland groß zu machen; die Stärke Preußens hat Deutschland gerettet; die Liebe und Treue zwischen dem preußischen Volke und seinem Königshause hat die Bestrebungen der Partei zu Boden geschlagen, welche in Unordnung und Anarchie die Freiheit und das Glück der Völker sucht. Die früheren Pläne zur Einigung Deutschlands, mit allem, was daraus hervorgegangen, sind zum Gegenstand ruhiger Prüfung geworden. Die Aufgabe ist jetzt, den Entwurf vom 26. Mai d. J. im ganzen wie in allen seinen Teilen einer besonnenen, umfassenden, durch keine vorgefaßte Meinung verschränkten Prüfung zu unterwerfen und zu einer haltbaren Verfassung für den engeren Bundesstaat zu verarbeiten. Mögen dabei alle preußischen Abgeordneten den Grundsatz festhalten: daß, so wenig Preußen groß werden will durch Verletzung des Rechts seiner deutschen Bundesgenossen, ebensowenig der deutsche Bundesstaat zustande kommen und wachsen darf auf Kosten der Ehre, der Unabhängigkeit und der Kraft Preußens.'

Dem Ausfall der Wahlen sah er mit wenig Vertrauen entgegen, denn er wußte, daß einerseits in den übrigen Unionsstaaten die preußenfeindliche Stimmung überwog, andererseits in Preußen selbst die konservativen Kreise der Bevölkerung wie dem Unionsgedanken überhaupt, so auch dem Parlament gleichgültig oder gar mißtrauisch gegenüberstanden. Seine Befürchtung war begründet, die Gegner geboten in dem am 20. März eröffneten Parlament über die Mehrheit.

Die wichtigste Frage, die in Erfurt zur Entscheidung stand, betraf die Bundesverfassung. Während die Linke die unveränderte Annahme des vorgelegten Entwurfs verlangte, beantragte Bismarck eine Reihe von Zusätzen und Aenderungen. Als diese abgelehnt wurden, war es ihm klar, daß eine Verfassung, die den König von Preußen in seinem eigenen Lande, wie er sagte, mediatisiert haben würde, auf die praktische Gestaltung der deutschen Dinge keinen Einfluß haben konnte: ‚Einen Trost gegen diese

Digitized by Google

Eventualitäten,' so schloß er an dem entscheidenden 15. April eine Rede, ‚finde ich in dem festen Glauben, es wird nicht lange Zeit vergehen, so werden die Parteien zu dieser Verfassung stehen, wie in einer Lafontaineschen Fabel zwei Aerzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen. Der eine sagt: ‚Er ist tot, ich habe es gleich gesagt!' Der andere: ‚Hätte er meinen Rat befolgt, so würde er noch leben!'

Solche Worte weckten natürlich den zornigen Widerspruch der Gegner, die sich schon unmittelbar vor der Verwirklichung der deutschen Einheitspläne wähnten. Wie ihre Hoffnung durch den Gang der Dinge widerlegt wurde, wie Oesterreich unter der entschlossenen Leitung Schwarzenbergs die preußische Unionspolitik Schritt für Schritt zurückdrängte und sie zuletzt, nach einer Reihe von Demütigungen, zur Anerkennung des wiederauferstandenen Frankfurter Bundestages zwang, ist bekannt. Deutschlands Hoffnungen schienen nach den Verhandlungen in Olmütz unter der Schmach Preußens auf lange Zeit, vielen für immer begraben.

Von einer Stimmung dieser Art war Bismarck nach seiner Auffassung der Lage allerdings weit entfernt. Die Unionspolitik war ihm, wie wir sahen, wegen ihrer demokratischen Zuthaten von vornherein verdächtig gewesen, und nur der Umstand, daß er in dem Gesamtministerium ‚die Repräsentanten der staatlichen und gesellschaftlichen Civilisation' erblickte, hatte ihn von offener Bekämpfung zurückgehalten. Aber im geheimen arbeitete er dem Einfluß des Generals v. Radowitz mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, entgegen; er freute sich, gelegentlich beim Könige ‚den advocatus diaboli bezüglich der Kanonisierung des St. Radovitius' zu spielen, und als dieser wirklich am 2. November 1850 das Ministerium des Auswärtigen niederlegte, schrieb Bismarck seinem Freunde Wagener, dem Leiter der Kreuzzeitung, er sei vor Freude auf seinem Stuhl rund um den Tisch geritten. Aber wenn er in demselben Briefe fortfuhr: ‚Lassen Sie jetzt Krieg werden, wo und mit wem man will, und alle

Digitized by Google

preußischen Klingen werden hoch und freudig in der Sonne blitzen' — wie vereint sich dann mit dieser und so mancher anderen Kundgebung preußischen Selbstgefühls, daß gerade er es auf sich nahm, den unrühmlichen Gang nach Olmütz vor der Kammer zu verteidigen? Die Unionspolitik für verkehrt halten und die Fußtritte Schwarzenbergs hinnehmen, war doch wahrlich nicht dasselbe! Oder war sein Haß gegen die Demokratie wirklich so stark, daß er für die klägliche Rolle, die Preußen jetzt spielte, kein Empfinden hatte?

Mit großer Gewandtheit verfocht er am 3. Dezember in der Adreßdebatte die Politik des Ministers v. Manteuffel, aber diese Politik von dem Makel einer unwürdigen Schwäche zu befreien, ist auch ihm nicht gelungen. Ein seltsamer Widerspruch zwischen dem Patriotismus, von dem er ausging, und der Politik, die er in dessen Namen zu verteidigen suchte, zog sich durch seine Rede; neben vereinzelten Hieben, die saßen, führte er andre, die ihm offenbar nur dazu dienten, seine eigene Schwäche zu maskieren und die Gegner zu verwirren. Wenn er beispielshalber angesichts der Olmützer Verhandlungen ausrief, die preußische Ehre verlange, daß in Deutschland nichts ohne Preußens Einwilligung geschehe, so war der ungewollte Heiterkeitserfolg, den dieser Satz ihm einbrachte, gewiß berechtigt. Einige andre jener Lufthiebe, namentlich die Behauptung, daß ein im Namen der Union geführter Krieg zur Spaltung Deutschlands führen und nur der Revolution zu statten kommen werde, hat er später selbst als Irrungen erkannt und durch seine eigene Politik widerlegt.

Was also hat, so fragen wir noch einmal, den Bannerträger eines stolzen Preußentums damals zum Anwalt einer unpreußischen Schwäche gemacht? Ueber diesen Widerspruch giebt ein Vorfall, dessen er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' gedacht hat, befriedigenden Aufschluß; denn es geht daraus hervor, daß Bismarck damals von der patriotischen Aufwallung über Oesterreichs Zumutungen nicht unberührt geblieben war, sondern nur durch

Digitized by Google

höhere Rücksichten und Erwägungen veranlaßt wurde, seinem Zorn über die unrühmliche Führung der preußischen Politik offen Ausdruck zu geben. Durch eine vertrauliche Mitteilung des Kriegsministers v. Stockhausen hatte er erfahren, daß der Bruch mit Oesterreich für den Augenblick vermieden werden müsse, weil das preußische Heer zur Zeit nicht hinlänglich gerüstet sei; man müsse daher Zeit gewinnen, und es sei dringend erwünscht, daß die bevorstehenden Kammerverhandlungen den Bruch nicht beschleunigten. Aus diesen Gründen bat der Minister, Bismarck möge im Sinne der Mäßigung auf die ihm befreundeten Abgeordneten einwirken. Man hat damals und später die Befürchtungen Stockhausens für unbegründet oder wenigstens übertrieben erklärt, Bismarck aber hat bis an sein Ende an die Richtigkeit der ihm gemachten Eröffnung geglaubt, und wir begreifen, daß er in dieser Ueberzeugung es für seine Pflicht hielt, die kriegerische Stimmung der Kammer zu dämpfen. Mit geteilten Empfindungen unterzog er sich der Aufgabe, die ihm, abgesehen von der Auflehnung seines ‚verletzten nationalen oder preußischen Ehrgefühls', auch dadurch erschwert war, daß er den letzten Gedanken der von ihm verteidigten Politik, einen Aufschub des Krieges herbeizuführen, natürlich nicht in seiner ganzen Klarheit aussprechen durfte. Angedeutet aber hat er ihn in den Worten: ‚Wenn ich dem Ministerium gegenüber einen Wunsch aussprechen wollte, so wäre es der, daß wir nicht eher entwaffnen, als bis die freien Konferenzen ein positives Resultat gegeben haben; dann bleibt es immer noch Zeit, einen Krieg zu führen, wenn wir ihn wirklich mit Ehren nicht vermeiden können oder nicht vermeiden wollen.' Daß dieser Satz damals überhört oder in seiner Absicht nicht verstanden wurde, wird man den Gegnern der Olmützer Verhandlungen nicht verdenken und auch darüber sich nicht wundern, daß der Abgeordnete, der diese Politik vor der Oeffentlichkeit zu verteidigen wagte, in weiten Kreisen des preußischen und deutschen Volkes mit Mißtrauen und Haß genannt wurde. —

Digitized by Google

Noch ein anderes kam hinzu, ihn der öffentlichen Meinung als einen der schlimmsten unter den Männern der Reaktion zu verdächtigen. Das waren die Ansichten und Bestrebungen, die er im Verlauf jener Jahre in socialen und wirtschaftlichen Fragen offenbart hatte. Auch auf diesem Felde trat er der liberalen Strömung entschlossen entgegen. Das Anschwellen der Großstädte mit ihrer wankelmütigen Bevölkerung erklärte er für eine der vielen schädlichen Folgen des ‚Industrialismus'. Die Not des Handwerkerstandes war ihm eine Schattenseite der Gewerbefreiheit, die in den meisten Gewerben eine Ueberproduktion herbeigeführt habe; an der dadurch verursachten Wohlfeilheit der Waren klebte ihm vergiftend das Elend des Handwerkers, der seinem Ruin entgegengehe. Hier helfend einzugreifen, nannte er eine Pflicht des Staates, und wenn der Aktionär von Eisenbahnen eine Garantie seiner Zinsen verlange, wenn der Fabrikant, der Bergwerksbesitzer, der Reeder und der Weinbauer durch Zollgesetze auf Kosten ihrer Abnehmer geschützt zu werden wünschten, so könne man der zahlreichen und für den Staat so notwendigen Klasse der Handwerker diese Unterstützung nicht versagen. Als Mittel empfahl er Zunftzwang und Befähigungsnachweis, denn diese würden nicht nur eine Linderung der Konkurrenz und infolgedessen bessere Preise herbeiführen, sondern den Handwerkern zugleich ermöglichen, durch genossenschaftliche Einrichtungen sich diejenigen Vorteile zu sichern, die das Kapital dem Großbetrieb gewähre. —

So hatte Bismarck in den Jahren 1848 bis 1851 zu den drei großen Problemen der deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert Stellung genommen, zu jedem in anderer Weise. In der Verfassungsfrage hatte er sich entschlossen auf die Seite der Autorität gestellt; wesentlich unter seiner Mitwirkung war in Preußen zwischen Königsrecht und Volksrecht eine Mischung gefunden worden, die sich stark erweisen sollte, die weitere Entwicklung der preußischen Monarchie und den Ausbau des nationalen Staates zu tragen. Freilich, ehe es so weit kam, war es

Digitized by Google

ihm beschieden, seine eigene konstitutionelle Theorie, die, wie wir sahen, in einem wesentlichen Punkte von der liberalen abwich, noch in einem Kampfe auf Leben und Tod zu verteidigen. In der deutschen Frage stand ihm fest, daß keine Form nationaler Einheit zu einer Schwächung Preußens und seiner Krone führen dürfe. Oesterreich betrachtete er wegen dessen Stellung zur Revolution in erster Linie noch als den Bundesgenossen Preußens, und erst ihm Herbste des Jahres 1850 brachten Schwarzenbergs Anmaßungen ihn auf den Gedanken, daß in der deutschen Frage die Keime eines Gegensatzes zwischen beiden Mächten lagen. In diesem Falle freilich war ihm sein preußischer Patriotismus entscheidend. In den wirtschaftlich-socialen Fragen stand er vollends weit nach rechts. Das entsprach teils seiner Gegnerschaft gegen den Liberalismus, zum Teil einem natürlichen Mitgefühl mit den wirtschaftlich bedrängten Klassen, deren Ringen und Sorgen er aus eigener Anschauung kannte.

Aber nicht nur seine politischen Ansichten und Entwürfe hatten sich in den drei Jahren des Kampfes, der jetzt hinter ihm lag, entwickelt, abgeklärt und befestigt, auch in andern Dingen war er in dem Kampfe gewachsen. Er hatte sich erprobt, die Gefahr kaltblütig zu beobachten, ihre Schwäche zu erspähen und rasch mit beherztem Mut und ganzer Wucht ihr zu begegnen. Und als das Höchste pries er selbst, was er an der Mehrzahl seiner Gegner und Genossen vermißte: im politischen Streit ungeblendet in das flackernde Licht zu schauen. —

Entschlossen, dem Vaterlande, das ihm unter allen Gütern das teuerste geblieben war, auch fürderhin, so oft es ihn brauchte, sich nicht zu versagen, gedachte er nach dem Schluß der Kammer, der unmittelbar bevorstand, nach Schönhausen zurückzukehren, als am 8. Mai 1851 das waltende Schicksal ihm ein anderes Los aus der Urne schüttelte, ihm und dem deutschen Volke. Wie er an diesem Tage die Frage seines Königs, ob er den Mut habe, das Amt eines Gesandten am Bundestag anzu-

Digitized by Google

nehmen, mit raschem Entschluß bejahte, ist bekannt. Es war das thatenfrohe Ja des Genius, der die Schicksalsstimme, die an ihn gerichtet wurde, verstanden hatte und mit ungestüm pochendem Herzen in die siegwinkende Bahn schritt.

3. Gesandter in Frankfurt, Petersburg, Paris. 1851—1862.

Die Zeit von der Ueberwindung der Revolution bis zur Uebernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen galt den Zeitgenossen, die in den Jahren vorher den Traum der deutschen Einheit geträumt hatten, als eine Epoche des Niedergangs, voll gehässiger Verfolgungssucht im Innern und schwächlicher Abhängkeit nach außen. Heute sehen wir in jener Zeit neben den schweren am Tage liegenden Schäden auch die hoffnungsvollen Ansätze zum Aufschwung, mancherlei Keime einer neuen Entwicklung. Das Interesse und der Thatendrang, die eine Zeit lang ausschließlich den öffentlichen Dingen, der Lösung der beiden großen politischen Probleme sich zugewandt hatten, kehrten zur bürgerlichen Thätigkeit zurück, auf den Ueberschwang des politischen Idealismus folgte, zum Teil unmittelbar dadurch veranlaßt, eine erhöhte Regung der realen Kräfte, und während die Führer der Reaktion den Liberalismus überwunden wähnten, erstarkte dessen vornehmster Träger, das städtische Bürgertum, zu einer Macht, wie es sie im Staate der Hohenzollern noch nie besessen hatte. Ueberdies wissen wir heute, daß gerade in jenen Jahren die auswärtige Politik Preußens in der Behandlung der deutschen Frage eine feste und zielklare Bahn verfolgt hat, und daß wenigstens am Sitze des Bundestages, der zur Demütigung und Schwächung Preußens bestimmt war, den Interessen und der Ehre dieses Staates nichts vergeben worden ist. Dies war, ohne andern den Anteil ihres Verdienstes schmälern zu wollen,

Digitized by Google

in erster Reihe das Werk des jungen Diplomaten, den das Vertrauen Friedrich Wilhelms IV. im Mai 1851 nach Frankfurt geschickt hatte.

Für Bismarcks politische und staatsmännische Entwicklung sind die Jahre am Bundestag, wo er nach einem Worte seines Gönners, des Generals v. Gerlach, schwimmen lernen sollte, nicht minder bedeutungsvoll geworden wie für das Schicksal des deutschen Volkes. Gewiß ist es verkehrt, von den Frankfurter Lehrjahren Bismarcks etwa in dem Sinne zu sprechen, als ob es für ihn einer langen Zeit der Vorbereitung bedurft hätte, zur diplomatischen Meisterschaft zu gelangen. Aber so viel ist doch wahr: ohne die Erkenntnis des tiefen, in der Natur der Dinge begründeten Gegensatzes der beiden deutschen Großmächte, eine Erkenntnis, die in keiner andern Stellung so klar und zwingend sich aufdrängen konnte wie in Frankfurt, hätten die Gedanken Bismarcks schwerlich so schnell und entschieden jene Richtung eingeschlagen, in der er dazu gelangen mußte, das dualistische Krebsübel der deutschen Nation mit dem chirurgischen Messer anzugreifen.

Friedrich Wilhelm IV. hat, wie man weiß, in der Wahl der Männer, die er in seinen Rat oder auf andere wichtige Posten berief, nur selten eine glückliche Hand bewiesen; bei Bismarcks Berufung scheint er die letzten Folgen seines Entschlusses nicht geahnt, ja vielleicht nicht einmal gewünscht zu haben. Um so mehr möchte man die Erwägungen kennen lernen, die den König bestimmten, einen Mann, der sich noch nicht die diplomatischen Sporen verdient hatte, auf einen der wichtigsten Posten der preußischen Diplomatie zu stellen, zunächst allerdings unter der verantwortlichen Leitung eines andern, aber doch schon in der ausgesprochenen Absicht, ihm nach kurzer Probezeit die selbständige Führung der Gesandtschaftsgeschäfte anzuvertrauen. Um diese Frage beantworten zu können und um zu verstehen, wie Bismarcks staatsmännische Kunst im Fluge über alle Erwartungen seiner Gönner und seines Monarchen emporstieg, stellen wir uns seine Persönlichkeit in jenem Zeitpunkt noch einmal vor.

Digitized by Google

Er stand damals mit seinen eben vollendeten sechsunddreißig Jahren in der Blüte der ersten Manneskraft. Von hohem Wuchs, gewöhnliche Sterbliche um Haupteslänge überragend, erfreute er sich eines Körpers, dessen Muskeln und Sehnen er von früher Jugend an durch Uebungen gekräftigt und gestählt hatte. Reiten, Schwimmen, Fechten trieb er mit jenem Behagen, welches ein gesundes Kraftbewußtsein bei jeder Anspannung verspürt. Auch lag er, wenn Zeit und Gelegenheit sich boten, mit einem Eifer, der an den Vater erinnert, der Jagd ob, und selbst das Tanzen war ihm bei Gelegenheit als Leibesübung willkommen. Außerdem hatte die fast zwölfjährige Thätigkeit als Gutsherr seiner äußern Erscheinung einen martialischen Zug gegeben, so daß es ihm mitunter widerfuhr, für einen Offizier in Civilkleidung gehalten zu werden, — nicht zu seinem Leidwesen, denn er freute sich der Ehre. Diesem Bilde körperlicher Spannkraft entsprach durchaus sein inneres Wesen, dessen Vorzug gleichfalls kraftstrotzende Gesundheit war. Zunächst verfügte er über alle die Eigenschaften, die als die gewöhnlichen eines norddeutschen Grundherrn jener Zeit gerühmt werden: schlichte Frömmigkeit und festes Gottvertrauen, starker Familiensinn, zähe Willenskraft, trotziger Mut und ein hochgespanntes patriotisches und monarchisches Gefühl. Mit diesen Eigenschaften, die gewissermaßen das Fundament seiner Persönlichkeit bildeten, waren andere vereinigt, die allerdings nicht so häufig angetroffen werden und seinem Bilde über das Standesgepräge hinaus einen unverkennbaren individuellen Charakter geben: eine gründliche und zusammenhängende Kenntnis der socialen und politischen Interessen und Bedürfnisse der Gegenwart, ein mehr als gewöhnliches Verständnis der Vergangenheit, überhaupt eine überraschende Fülle des Wissens, welches er, mochte es der eigenen Beobachtung und Erfahrung oder den Gedanken anderer entstammen, durch Nachdenken sich lebendig gemacht und so zu einem Vermögen umgeschaffen hatte, über welches er in jedem Augenblick mit souveräner Sicherheit verfügte. Dabei unterstützte ihn ein scharfer, durch-

Digitized by Google

dringender Verstand, der ihn nicht nur befähigte, die Menschen zu durchschauen, sondern auch in den schwierigsten und verworrensten Verhältnissen schnell den Kern zu finden, die Hauptsache von dem Beiwerk zu scheiden und dadurch beide, Menschen und Dinge, zu beherrschen und in den Dienst seiner Pläne zu zwingen. Und noch eins, aber nicht das geringste: in den drei Jahren des politischen Kampfes, der hinter ihm lag, hatte er im Vordertreffen der parlamentarischen Gefechte seinen Mut und seine Geistesgegenwart erprobt und ein begründetes Vertrauen zu seiner Kraft gewonnen. Denn wenngleich er in der Kunst der Rede von vielen übertroffen wurde — er hat ihnen neidlos diesen Vorrang zugestanden und auf den Ruhm, ein guter Redner zu sein, ohne Bedauern verzichtet —, so war er doch durch die Sachlichkeit seiner Ausführungen, durch die natürliche Kraft der Sprache, die Unerschöpflichkeit und Ursprünglichkeit seiner Gedanken, sowie durch seine Gewandtheit in der Debatte schon bei seinem ersten Auftreten im Jahre 1847 den erfahrensten Parlamentariern ein unbequemer und gefährlicher Gegner geworden.

Mit dieser Fülle von Fähigkeiten und Kräften ausgerüstet, war er im Beginn des Jahres 1851 im öffentlichen Leben als Parlamentarier und Parteiführer einer wichtigen und einflußreichen Rolle sicher; für seinen staatsmännischen Beruf aber war am entscheidendsten, daß er inmitten des heißen Kampfes sich ein klares, festes und vor allem erreichbares Ziel gesetzt hatte, über welches ihn weder die Erbitterung des Streites noch die Zuversicht des Sieges hinaus drängte. Sein Ziel aber war, wie wir sahen, ein doppeltes: in der innern Politik ein starkes, aber konstitutionelles Königtum, in der äußern die Macht und Ehre des preußischen Staates. Der Staat und dessen Stärke waren ihm ein Zweck, dem er alles andre, auch die Partei, in der er kämpfte, unterwarf. Diese Auffassung, die den Staatsmann von dem Parteimann und dem politischen Geschäftsführer unterscheidet, scheint einigen der Männer, die damals in der Umgebung des Königs für Bismarcks Sendung nach Frankfurt thätig waren, wenig-

Digitized by Google

stens in ihrer vollen Tragweite entgangen zu sein. An diesen Umstand zu erinnern, ist deshalb nicht unwichtig, weil das später erfolgte, für Bismarck schmerzliche Zerwürfnis mit langjährigen politischen Freunden in ihrer abweichenden Auffassung des Verhältnisses zwischen Staat und Partei seinen letzten Grund hatte.

In der Behandlung der deutschen Frage, die für die Führung der Frankfurter Gesandtschaft besonders in Betracht kam, stimmte Bismarck in jenem Augenblick mit dem König und dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel überein; auch er hielt es noch für möglich, im Einvernehmen mit Oesterreich den deutschen Stämmen eine andere, der Zeitlage besser entsprechende Verfassung zu geben. Aber daß es für ihn eine Grenze gab, über die hinaus sein preußisches Ehrgefühl nicht zur nachsichtigen Ergebung in österreichische Anmaßungen gewillt war, darüber hatte schon sein Verhalten im Herbste des vergangenen Jahres jeden Zweifel beseitigt. Seine damals kriegerische und österreichfeindliche Aufwallung war dem General v. Gerlach, vermutlich also auch dem König, kein Geheimnis geblieben.

Den liberalen Gegnern erschien die Berufung Bismarcks als eine Bestätigung ihrer Sorge, daß Preußen gesonnen sei, auch in den deutschen Angelegenheiten sich wieder willenlos an das Schlepptau der österreichischen Politik zu hängen. Man spottete über die Jugend und Unerfahrenheit des neuen Diplomaten und meinte, daß die Wahl für die Entwicklung der trostlos zerfahrenen nationalen Angelegenheiten nicht unglücklicher hätte getroffen werden können. Andere zeigten sich über die Zuversicht, womit Bismarck die Frage des Königs bejaht hatte, entrüstet. Dieser Mensch, sagten sie, würde, wenn man ihm das Kommando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumutete, mit derselben Dreistigkeit erklären, daß er es zwar noch nicht probiert habe, aber doch einmal versuchen wolle.

Auch die Aufnahme, die Bismarck bei seinen Kollegen am Bundestag fand, war alles eher als wohlwollend. Sogar der preußische Gesandte v. Rochow, der ihn zunächst

Digitized by Google

in die Geschäfte einführen sollte, bewies ihm, obwohl er seine große Befähigung rückhaltlos anerkannte, in Geschäftssachen nur geringes Entgegenkommen; er wäre selbst gern in Frankfurt geblieben und ließ Bismarck die mißtrauische Abneigung empfinden, die viele Menschen gegen ihre Nachfolger hegen. Obwohl er daher im persönlichen Verkehr seinem ‚Schüler' keinen Anlaß zu Klagen gab, fühlte dieser sich in Frankfurt zunächst wenig heimisch. Er fand die Stadt langweilig, vermißte ‚Familie und Arbeit' und gestand der bis zur endgültigen Entscheidung über seine Stellung zurückgelassenen Gattin, daß selbst das kühlere Maß landsmannschaftlicher und parteigenössischer Gesinnung, das ihm in Berlin zu teil geworden, ein inniges Verhältnis gegen seinen Frankfurter Verkehr sei, der im Grunde auf ein gegenseitiges Ausspionieren hinauslaufe. Nichtsdestoweniger verursachte der Gedanke, daß v. Rochow vielleicht seinen Wunsch durchsetzen könne, oder ein anderer an dessen Stelle komme, ihm Sorge. In dieser Stimmung schrieb er am 22. Juni 1851 dem General v. Gerlach, er wäre gern Landrat geworden und geblieben, und im vergangenen Frühjahr würde seine Berufung auf den geringsten Geschäftsträgerposten seine Erwartungen überstiegen haben; nachdem aber die Nachricht von seiner beabsichtigten Anstellung als Bundestagsgesandter auf glaubwürdige Weise ins Publikum gelangt und im Parteisinne aufgefaßt und beleuchtet worden sei, würde in einer Aenderung dieser Absicht die Deutung liegen, daß man sich von seiner Unreife überzeugt habe. Obschon er, so fügte er hinzu, dieses Urteil billige, so halte er es mit Hamlet doch nicht für schön, ‚es so gedruckt zu sehen'.

Seine Befürchtungen waren grundlos. Die Proben, die der junge Legationsrat von seiner Fähigkeit gab, waren so durchschlagend, daß jedes Bedenken verstummte. Minister v. Manteuffel hatte ihm einstweilen die selbständige Leitung der sogenannten Preßstation, die Beeinflussung der Presse im Sinne der preußischen Politik, übertragen, während er ihm im übrigen Zurückhaltung in amtlichen Dingen anempfahl und nur gelegentlich vertrauliche Be-

Digitized by Google

richte erwartete. Wie viel der Minister sich von solchen gelegentlichen Berichten versprochen hatte, wissen wir nicht, das aber wissen wir, daß die Erstlingsberichte des ‚diplomatischen Säuglings' — so nannte ihn wenig geschmackvoll die gegnerische Presse — zu dem Vollendetsten gehören, was je die Feder eines diplomatischen oder journalistischen Berichterstatters geschrieben hat. Nichts entging seinen offenen Augen. Die Vorgänge am Bundestag, die Personen der Diplomaten, das gesellschaftliche Treiben in der Mainstadt, die Stimmung der süddeutschen Bevölkerung, die Haltung der Presse, das Leben und die politische Strömung an den kleinen Höfen — alles beobachtete er mit gleichem Interesse, und was immer ihm geeignet schien, seinen vorgesetzten Minister aufzuklären, ging in anschaulichen, oft mit Laune und Spott gezeichneten, aber stets vom Ernste seiner Aufgabe durchdrungenen Schilderungen nach Berlin. Gleich die ersten seiner Frankfurter Berichte machten es zur Gewißheit, daß hier ein Meister am Werke war, der sich darin zu gefallen schien, eine Weile den Lehrling zu spielen. Wozu andere, die sich auf das Diplomatenhandwerk nach allen Regeln vorbereitet hatten, Jahre gebrauchten, ohne doch der Sache auf den Grund zu bringen, das ergründete er in wenigen Tagen. Keine Woche war seit seiner Ankunft in Frankfurt vergangen, da schrieb er am 18. Mai seiner Gattin die berühmt gewordenen Sätze: ‚Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der Zweiten Kammer im Gefühl seiner Würde. Wenn nicht äußre Ereignisse zutreten, und die können wir superklugen Bundestagsmenschen weder leiten noch vorherbestimmen, so weiß ich jetzt ganz genau, was wir in ein, zwei oder fünf Jahren zustande gebracht haben werden, und will es in vierundzwanzig Stunden zustande bringen, wenn die andern nur einen Tag lang wahrheitsliebend und vernünftig sein wollen. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein

Digitized by Google

einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich . . . Jeder von uns stellt sich, als glaubte er vom andern, daß er voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn er's nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser, was aus Deutschland werden wird als Dütken Sauer.'

So war es: Der Ankömmling, den der nasenrümpfende Hochmut seiner Kollegen, wenn sie unter sich waren, als einen Diplomaten in Holzschuhen verspottete, hatte nach kurzer Beobachtung sie selbst und ihre Politik durchschaut und ihre wohlgelungenen Porträts als Prachtstücke dem Diplomatenalbum des auswärtigen Ministeriums in Berlin einverleibt. Zuerst, wie sich gebührte, das Konterfei des österreichischen Präsidialgesandten Grafen v. Thun: ‚Er trägt in seinem Aeußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Unter dieser äußerlichen Richtung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen.' Neben diese Skizze, die Bismarck am 26. Mai, also nach vierzehntägiger Anwesenheit in Frankfurt, entworfen hatte, halte man die ausgeführte Zeichnung, die er im Dezember 1852, als Graf Thun zum österreichischen Gesandten in Berlin ernannt worden war, dem General v. Gerlach einsandte. Hier kehren alle entscheidenden Striche und Züge jenes Momentbildes wieder, der beste Beweis, wie scharf und richtig sein Zeichner beobachtet hatte, da er nach anderthalbjährigem, fast täglichem Beisammensein an keinem wesentlichen Zug seines Porträts eine Aenderung oder Retouche vorzunehmen brauchte.

Wir müssen es uns versagen, aus der Sammlung diplomatischer Porträts, die Bismarck im Beginn seiner Frankfurter Thätigkeit in den Berichten an Manteuffel

Digitized by Google

und Gerlach niedergelegt hat, weitere Proben mitzuteilen, verweisen aber den Leser, der sich mit der Betrachtung dieser Kabinettstücke einige heitere Augenblicke verschaffen möchte, namentlich auf den Brief an Gerlach vom 22. Juni, der durch die von Horst Kohl besorgte Ausgabe der Bismarckbriefe weiteren Kreisen zugänglich geworden ist.

Wichtiger noch als das Studium der fremden Diplomaten und für seine politische Laufbahn entscheidend war der Umstand, daß ihm schon in den ersten Tagen die wahre Natur der österreichischen Politik zu dämmern anfing. In gutem, nur vorübergehend erschüttertem Glauben an Oesterreichs Bundestreue war er, wie wir sahen, nach Frankfurt gekommen und gedachte das Einvernehmen zu wahren. Aber bald nach seiner Ankunft fiel es ihm angesichts des Intriguenspieles, das dort von allen Seiten gegen Preußen gesponnen wurde, wie Schuppen von den Augen. Schon am 26. Mai gestand er seinem Minister: wenn er sich bei der Neuheit seiner Erfahrungen ein Urteil erlauben dürfe, so sei von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergschen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht sei, zur Grundlage ihrer Politik nehmen würden; ihre Auffassung scheine mehr die eines Spielers zu sein, und man könne von ihnen mit jenem hinabstürzenden Dachdecker sagen: ‚ça va bien, pourvu que cela dure.‘ Mit täglich wachsender Stärke kommt ihm dann, nachdem jene Dämmerung einmal begonnen, die volle Klarheit der Erkenntnis. In dem mehrfach erwähnten Briefe an Gerlach erklärt er es schon für unmöglich, mit Hilfe des Bundestages Deutschland zu reformieren; die gemeinsame Gefahr von 1848 lebe zwar als gelegentliches Unterhaltungsmittel noch auf der Zunge, aber im Herzen sei sie vergessen. Das Traurige sei, daß es sich fast nur um Parteistellungen von Oesterreichisch *oder* Preußisch zu handeln scheine, während doch eine richtige Teilungslinie so liegen müsse, daß man entweder österreichisch *und* preußisch oder keins von beiden sei. Die benachbarten Fürsten seien entschieden antipreußisch; die vorhandene Vorliebe

Digitized by Google

der Mittelklassen, soweit sie protestantisch seien, helfe Preußen auf dem Bundestage nichts, denn dort liege das Verhältnis so, daß ein österreichischer Vorschlag auch bei entschiedenem Widerspruch Preußens Aussicht auf Majorität habe, während ein speziell preußischer, wenn er nicht von Oesterreich wirksam unterstützt werde, schwerlich auf mehr als drei oder vier Stimmen rechnen könne. Daher scheine über das, was in Frankfurt vorgebracht werden solle, vorher eine Verständigung zwischen Berlin und Wien unumgänglich notwendig zu sein; und bei der viel größeren Wahrscheinlichkeit, daß Oesterreich Preußens als Preußen Oesterreichs bedürfe, müsse es möglich sein, eine Verständigung zu erreichen, ohne daß man das Band des Bundestages so fest schnüre, daß es Preußen unbequem sitze. Indem er diese Gedanken weiterspinnt, kommt er zu dem Ergebnis, daß es für Preußen nützlich sei, sich beizeiten mit den deutsch-materiellen Fragen zu befassen: diejenige Stelle, die darin die Initiative ergreife, sei es der Bundestag, der Zollverein oder Preußen allein, werde einen großen Vorsprung in den Sympathien der Beteiligten haben.

Gewahren wir ihn hier noch in der Haltung eines Mannes, der, obwohl es ihn schon zu neuen Entschließungen drängt, die bisherige Stütze noch nicht fahren lassen will, so erkennen wir in einem nur wenige Tage später an Manteuffel geschriebenen Briefe schon die Vorklänge der Politik, die im nächsten Jahrzehnt die Machtverhältnisse Europas umgestalten sollte. ‚Meine Erwartungen von den Ergebnissen der Bundestagsverhandlungen,‘ so heißt es da, ‚waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert; wir müssen ohne Zweifel, wie Ew. Excellenz in Ihrem Schreiben andeuten, die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen dazu, so viel an mir liegen kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß wir, abgesehen von dem außer der Berechnung liegenden Einfluß unvorhergesehener Ereignisse, über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine

Digitized by Google

zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine polizeiliche und militärische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwicklung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten und eine Befriedigung unserer Bedürfnisse in letzter Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militärwesen zu suchen, innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebietes. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Notwendigkeit des Anschlusses an- und der Unterordnung untereinander ist hier so wenig vorhanden, daß der Bundestag eher das Bild eines bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Diese, wie ich glaube, unzweifelhafte Disposition der übrigen Staaten, einschließlich Oesterreichs, setzt uns in die Notwendigkeit, jenseitigen Wünschen aller Art niemals aus Gefälligkeit, sondern nur gegen gleichwertige Zugeständnisse zu entsprechen, auch dann, wenn ersteres ohne Unbequemlichkeit für uns geschehen könnte.'

Mit diesem Programm war die diplomatische Lehrzeit Bismarcks, soweit davon überhaupt die Rede sein kann, jedenfalls zu Ende, seine Gedanken gingen schon in die Richtung, wo das gesuchte Ziel zu finden war. Wenige Wochen des eigenen Schauens hatten hingereicht, ihm die trügerische und irreführende Binde des Vorurteils abzustreifen, daß die deutschen Interessen Preußens und Oesterreichs unter der bestehenden Bundesverfassung miteinander vereinbar seien.

So weit war er, als in der zweiten Hälfte des August seine endgültige Ernennung zum Bundestagsgesandten in Frankfurt eintraf; sie war durch königliche Entschließung schon am 15. Juli erfolgt, aber Rücksichten auf Herrn v. Rochow, dem Manteuffel sich verpflichtet fühlte, hatten die Veröffentlichung verzögert. Damit war ihm ein Posten

335481B

anvertraut, der seinem Verteidiger in hohem Maße unausgesetzte Wachsamkeit und Thätigkeit zur Pflicht machte, ihm zugleich aber auch die Möglichkeit, ja die Verpflichtung gab, die Sphinxfrage der deutschen Einheit mit all ihren Aussichten und Gefahren zu ergründen. In Frankfurt galt es, Preußens Macht und Ansehen vor jeder neuen Schlappe zu bewahren und die in den letzten Jahren erhaltenen Scharten wieder auszuwetzen. So wurde Bismarck, nachdem er während der Revolution vor allem bemüht gewesen war, die staatliche Autorität gegen die Uebergriffe einer zügellosen Freiheitsbewegung zu schirmen, während der acht Jahre seiner Frankfurter Gesandtschaft mit Notwendigkeit dahin geführt, auch die zweite gärende Schicksalsfrage seines Volkes, die der deutschen Bundesreform, von der allein möglichen Basis, von der Voraussetzung der preußischen Vorherrschaft, anzugreifen. Den Strömungen und Kämpfen der innern preußischen Politik entrückt, gewann er hierfür vollends den Standpunkt einer unbefangenen Prüfung. Ganz freilich verlor er die innerpolitischen Fragen schon deshalb nicht aus dem Auge, weil sowohl die alten Parteifreunde als auch die regierenden Männer bei wichtigen Anlässen nicht selten seine Meinung einholten. Im übrigen lehnte er im Hinblick auf die Wichtigkeit seiner neuen Aufgabe die ihm im Jahre 1853 angebotene Wiederwahl in die Zweite Kammer ab; ein harter, zu einem Pistolenduell führender Zusammenstoß mit dem Abgeordneten v. Vincke in der Debatte am 22. März 1852 mag ihn in diesem Entschluß bestärkt haben. Auch den Verhandlungen des Herrenhauses, in welches er im November 1854 berufen wurde, wohnte er nur bei besonders wichtigen Abstimmungen bei.

Seit dem Umzug seiner Familie, die ihm in den ersten Tagen des Oktober folgte, sah er, wie er selbst gestand, Frankfurt mit mehr Behagen an. Am 28. Dezember 1849 war ihm sein erster Sohn Herbert geboren; ihm folgte am 1. August des Jahres 1852 ein zweiter Sohn, Wilhelm.

Endlich sei hier noch daran erinnert, daß ihm der Entschluß, die Stelle am Bundestag anzunehmen, so freudig

Digitized by Google

er im Gefühl seiner selbstbewußten und nach Thaten verlangenden Kraft zugestimmt hatte, dennoch durch Erwägungen andrer Art schwer gemacht worden war. In der Ehe hatte er ein trauliches Glück gefunden, und namentlich seine Gemahlin empfand bekümmerten Herzens die Notwendigkeit, das stille Heim in Schönhausen mit der Unruhe der großen Welt vertauschen zu müssen. Und daß er selbst diese Sorgen kannte und mitfühlte, bekundet schon der sentimentale Ton der Briefe, welche er der zurückgebliebenen schrieb, am deutlichsten aber ein Geständnis, welches er am 22. September 1851 seinem Bruder machte. Damals, kurz vor der Ankunft der Seinigen, schrieb er diesem: ‚Ich freue mich sehr, endlich einmal wieder eine Häuslichkeit vor mir zu sehen, wenn auch von der Art, wie sie weder meinem noch Johannas Geschmack zusagt. Wer hätte vor einem Jahre, vor einem halben, auch nur daran gedacht, daß ich für 5000 fl. zur Miete heute wohnen und mir einen französischen Koch halten würde, um Diners an Königs Geburtstag zu geben. Ich finde mich in alles, aber meiner armen Nanne wird das nie gefallen, sie wird sich schwer an die kalten und spitzen Berührungen dieser Art von Welt gewöhnen. Ich selbst leide oft an maßlosem Heimweh, wenn ich nach vollbrachter Schreiberei einsam im Walde umherreite und mich an die harmlose Existenz früherer Ländlichkeit erinnere.‘

Eine lebendige Schilderung der äußern Erscheinung Bismarcks in Frankfurt, des Eindrucks, den er damals denen machte, die ihm in Geschäften oder in der Gesellschaft nahe traten, sowie seines Familienlebens und seiner Arbeitsweise giebt der Bericht eines Augenzeugen, des Gesandtschafts-Attachés v. Oertzen: Wo Bismarck in den Kreis trat, empfing ihn das nicht immer willige oder neidlose Aufmerken der Herren, die Neugier und die kokettierende Kampflust der Damenwelt, und heiter und schlagfertig, scheinbar sorglos nach beiden Richtungen hin stand er seinen Mann. So auch, wenn er voll genußfrohen Dankes in gastlicher Theestunde nicht gerade die erste Silbe betonte, erging sich der zu jener Zeit vierzig-

Digitized by Google

jährige Mann in ruhiger und doch sprühender Laune. Er sagt immer das Unerwartete, behaupteten die schönen Lippen um ihn her, und allerdings, es war nicht das geistreichelnde Spiel eines geschulten Salontalents, sondern die aus unerschöpflichen Quellen fort und fort sich frisch erneuernde Urwüchsigkeit, die als solche ihren Inhaber kaum weniger denn die übrigen Zuhörer überrascht und den Gebenden zugleich zu einem harmlos mitgenießenden Empfänger macht. Freilich dieses Behagen um sich her schuf weder die ab und zu in Frankfurt auftauchende Eroberungsmiene Mornys mit ihrem napoleonischen Halbbrudernimbus, noch entschlüpfte es den Plauderarabesken des Freiherrn v. Beust oder dem Handschuhleder seiner zierlichen Stiefeletten. Verzeihlich daher die kleine Bosheit ihrer oder ähnlicher Treppenrachsucht, die es liebte, den ehemaligen Deichhauptmann von Schönhausen einen Diplomaten ‚en sabots' zu nennen . . . Den geselligen Bismarck kannten, fürchteten und verwöhnten alle, den arbeitenden sahen staunend die dazu Berufenen, den schnellen und zugleich unermüdlichen. Es mußte sich in die Seele prägen, wie er seine Berichte diktierte. Im großgemusterten Hausrock aus grünem Seidendamast, die Hände in den Taschen desselben, sein Studierzimmer auf und nieder wandelnd, schien er laut in ungeduldig, gewaltsam hervorsprudelnden Sätzen zu denken, nun den Schreibenden zu jäher Hast nötigend, nun durch irgend eine eingestreute Bemerkung ihm die Feder aus der Hand zwingend, damit die Erschütterung der Lachmuskeln nicht etwa einen Tintenfleck zur Folge habe. Zuweilen geschah es, daß Frau v. Bismarck den Fleißigen mit einer häuslichen Frage unterbrach, und drollige Zwischenfälle pflegten die Folge davon zu sein. So erinnere ich mich, daß einmal über den bequemen Sitz neu beschaffter feiner Hemden eine Anfrage an den Schreibtisch gebracht wurde. Der Hausherr, welcher eben eines aus diesem Dutzend trug, erklärte sich im allgemeinen befriedigt, im besonderen aber tadelte er die Höhe der Vatermörder und gab durch einen raschen Gebrauch der Papierschere oberhalb seiner Kravatte artig lächelnd das wün-

Digitized by Google

schenswerte Maß der Verkürzung an ... Der junge Lernende durfte eines Rufes in das Arbeitszimmer des Gesandten zu jeder Stunde gewärtig sein, ja, es kam wohl vor, daß er, zwischen Mitternacht und Morgen, von einem Balle oder dessen Epilog am Bierkrug heimkehrend, alle seine Müdigkeit bei dem Hut und den Kotillonschleifen lassen und die eilends hervorgesuchte Feder einen Dauerwalzer ohne Pausen nach dem Diktat des schon damals oft schlummerlosen Herrn Gesandten lehren mußte. Bei solchen Anlässen früh oder spät fielen dann mancherlei Winke auf einen — die Erinnerung täuscht mich nicht — meist dankbar empfänglichen Boden. Eine geschichtliche Ungenauigkeit hatte die Frage zur Folge: 'Sollte Ihnen ein oder das andere Blatt in Beckers Weltgeschichte etwa bisher noch entgangen sein?' Auf die Erkundigung nach einer fürstlichen Verwandtschaft in nicht eben höchststehender Familie hieß die Antwort: ‚Das wissen Sie nicht? Der junge Diplomat muß den Gothaer Hofkalender auswendig wissen; denn die Beziehungen, welche seinen Inhalt bilden, spielen eine große Rolle in der Politik.' Peinlicher wurde einmal die etwas flüchtige Ausführung eines gegebenen Auftrags gerügt: ‚Es wird Ihnen selbst überaus unangenehm sein; denn ohne Zweifel sind Sie mit mir derselben Meinung, daß, was ein Kavalier zu thun übernommen hat, schon so gut wie gethan ist.' Eiskalt höflich war der leise Ton ähnlicher Bemerkungen, deren Klangwirkung indessen wohl niemand in der Umgebung dieses Mannes ein zweites Mal sich aussetzte. Und doch war der also unerbittlich Treffende derselbe, war ganz aus einem Guß mit dem übermütigen, dem gastfreien Bismarck im Kreise seiner Angehörigen, dessen munteres Tischgespräch bald nach Kniephof führte zu den Entenjagden auf beschilftem Weiher, die der träumende Shakespearefreund unterbrach, um, die Büchse schußfertig rechts, die entkorkte Champagnerflasche links im Nachen neben sich, Hamlet zu lesen, bald wieder in die Tage, da der junge Referendar zu Aachen oder sonstwo lästige Nachbarn aus seiner Nähe fortgraulte. Als der

Digitized by Google

gleiche Eine gab er sich auch abends am Klavier seiner Gemahlin, deren seelenvoller Kunst er rauchend und andächtig versunken lange zuhören konnte, dann und wann einen Liebling unter ihren Musikstücken sich ausbittend.' . . .

Diese Schilderungen eines Mannes, der in Frankfurt eine Zeit lang Bismarck fast Tag für Tag an der Arbeit oder im Kreise seiner Familie sah, gewähren einen herzerquickenden Einblick in das häusliche und private Leben des Gesandten, dessen Art so durchaus echt und ungemacht war, daß er, seines Wertes sicher, sorglos und gern auf die Schranken verzichtete, womit kleine Größen das niedrige oder schwache Piedestal ihrer Bedeutung zu umzäunen lieben. Auch auf dem Gipfel der Macht und des Ruhmes wagte er getrost ein natürlicher Mensch zu sein, und daß er es blieb, war ebenso sehr eine Ursache wie ein Zeichen seiner Größe. Die Kraft der Wahrheit und Natürlichkeit, die sein ganzes Wesen erfüllte, hat ihm auch in der Diplomatie gegenüber der hergebrachten, oft unwahren Geschäftsmethode der Herren von der Zunft eine zermalmende Ueberlegenheit verschafft.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu Bismarcks politischer Thätigkeit zurück, so werden einige Angaben genügen, uns über den Stand der Dinge und die vornehmsten Aufgaben der preußischen Gesandtschaft am Bundestag zu unterrichten. In Olmütz, wo der Minister v. Manteuffel die preußische Unionspolitik unter das vom Fürsten Schwarzenberg errichtete Joch gebeugt hatte, war man übereingekommen, die Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung auf einer demnächst zu eröffnenden Konferenz der deutschen Regierungen, unabhängig von der Frankfurter Bundesversammlung, zu beraten. Diese Konferenz, die am 23. Dezember 1850 in Dresden eröffnet wurde, nahm anfangs einen für Oesterreichs Pläne erwünschten Verlauf; als jedoch Fürst Schwarzenberg sich dadurch verleiten ließ, den Bogen der österreichischen Politik zu überspannen, erfolgte von einer Seite, von der er sich dessen nicht versah, der Gegenschlag. Manteuffel, der anfangs auch in Dresden eine schwächliche und sträfliche

Digitized by Google

Nachgiebigkeit offenbart hatte, raffte sich, Freunden und Gegnern gleich unerwartet, zu einer festen Haltung auf und stellte den österreichischen Forderungen, die auf nichts Geringeres hinausliefen, als Preußen in die Reihe der deutschen Mittelstaaten hinabzudrücken und Oesterreichs Herrschaft über Deutschland völkerrechtlich zu begründen, entschiedenen Widerspruch entgegen. Vor allem verlangte er für Preußen die volle Gleichberechtigung im Präsidium des Bundes.

Diesem im Februar 1851 erfolgten Umschwung in der preußischen Politik, der in zwölfter Stunde dem Staate Friedrichs des Großen eine tödliche Demütigung erspart und dadurch die Geschichte Deutschlands vor unabsehbarem Unheil bewahrt hat, hatte Bismarck, wie wir aus einer Stelle in Gerlachs Aufzeichnungen schließen dürfen, nicht ganz fern gestanden. Auch glauben wir seine Auffassung der Lage in den Sätzen zu erkennen, womit Manteuffel am Schlusse seines tapfern Schreibens vom 27. Februar Schwarzenberg vor einer irrtümlichen Beurteilung der preußischen Politik zu warnen suchte: Oesterreich möge in der vorliegenden Frage nicht auf die Sympathien der konservativen Partei in Preußen rechnen; diese Konservativen seien echte Altpreußen, sehr erfüllt von dem Wunsche guter Freundschaft mit Oesterreich, vor allem aber eifrig für die Unabhängigkeit und die Würde des preußischen Staates. — Schwarzenberg war jedoch inzwischen so weit vorgeschritten, daß er ohne offenbare Demütigung auf die preußischen Vorschläge nicht mehr eingehen konnte; andererseits aber war in der allgemeinen politischen Lage, zumal in der Stimmung der Nachbarländer, seit den Tagen von Olmütz eine so entschiedene, für Preußen günstige Wendung eingetreten, daß es dem österreichischen Staatsmanne nicht ratsam schien, die Sache zum offenen Bruche zu treiben. So ging denn am 15. Mai die Dresdener Konferenz auseinander, ohne in der deutschen Frage etwas anderes als ‚schätzbares Material' zu Tage gefördert zu haben. Im übrigen hatte die unverfrorene Art, wie Schwarzenberg seine vermeintlichen Trümpfe gegen Preu-

Digitized by Google

ßen ausgespielt hatte, auch dieses Mal der österreichfreundlichen Politik Friedrich Wilhelms IV. und seines Ministers keinen dauernden Abbruch gethan. Schon am 16. Mai kam zwischen Oesterreich und Preußen ein auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossenes geheimes Bündnis zustande, worin beide Mächte einander gegen einen Angriff von dritter Seite Hilfe versprachen und sich gegenseitig den unversehrten Besitz ihres Gebietes garantierten.

Nachdem alle Versuche, einen deutschen Einheitsstaat zu gründen, zum Teil an der Macht und Sprödigkeit der Verhältnisse, zum andern an der Unlust oder Unfähigkeit der regierenden Männer gescheitert waren, hatte man sich gezwungen gesehen, den im Frühjahr 1848 ohne Sang und Klang begrabenen Bundestag wieder aufleben zu lassen. Im Mai 1851 war er in der That wieder vollzählig vertreten, äußerlich derselbe, in Wahrheit aber ein anderer. Der Gegensatz zwischen den beiden deutschen Großmächten, der den alten Bundestag nur selten heimgesucht hatte, war seit Jahr und Tag allen offenkundig geworden und in seiner ganzen Schärfe hervorgetreten. Die Frage der deutschen Hegemonie hatte vorübergehend in der preußischen Unionspolitik die richtige Formulierung gefunden, und wenngleich sie jetzt offiziell wieder von der Tagesordnung abgesetzt war, so beherrschte sie doch im Stillen, zumal in Frankfurt, den Gang der Dinge und drängte, von jeder Verwicklung der allgemeinen europäischen Politik beschleunigt, einer endgültigen Lösung entgegen. Der Genius des Hohenzollernstaates durfte beruhigter in die Zukunft sehen: der deutsche Beruf Preußens war unabwendbar geworden, und die Vorbereitung lag in guten Händen. —

Die deutsche Politik jener Jahre ist durch umfangreiche und zuverlässige Veröffentlichungen aus den Archiven in ein Licht gerückt wie wenige andere Epochen der neuern Geschichte. Und daß diese Veröffentlichungen in allen wesentlichen Punkten, namentlich soweit sie Bismarcks Thätigkeit betreffen, Glauben verdienen, hat dieser selbst bestätigt, indem er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' in

Digitized by Google

zustimmendem Sinne auf jene Darstellungen hinweist. Hier können aus der Geschichte seiner Frankfurter Thätigkeit, deren chronikartige Aufzählung Bände füllen würde, natürlich nur diejenigen Vorgänge berührt werden, die für ihn selbst, zumal für seine politische Entwicklung, von Bedeutung geworden sind und auf den Gang der preußischen und deutschen Politik besonders eingewirkt haben.

Wir unterscheiden zunächst in seiner auswärtigen Politik seine Stellung zu den deutschen und außerdeutschen Verhältnissen, wobei jedoch an einen Gegensatz natürlich schon deshalb nicht gedacht werden kann, weil er jede in den Bereich der preußischen Politik tretende Verwicklung nach ihrem Zusammenhang mit der seiner Sorge am nächsten stehenden preußisch-deutschen Frage betrachtete.

Bismarcks Verdacht, daß auf Oesterreichs Seite der gute Wille fehle, Preußen als ebenbürtige und in Deutschland gleichberechtigte Macht anzuerkennen, erhielt gleich nach seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten neue Nahrung durch die Art, wie Graf Thun das Bundespräsidium für Oesterreichs Zwecke auszunutzen suchte. Daß er seinen vermeintlichen Vorrang mitunter durch eine burschikose Behandlung seiner Kollegen zu bekunden liebte, war nicht das Schlimmste; auch hatte Bismarck schon in Göttingen zahlreiche Proben gegeben, daß er eine Rücksichtslosigkeit gegen seine Person zu parieren und nötigenfalls mit gleicher Münze heimzuzahlen verstand.

Indem er also die kleinen Ungezogenheiten des Grafen Thun zwar keineswegs tragisch nahm, sondern sie auf der Stelle vergalt, arbeitete er, wie er mit gutem Humor berichtete, erfolgreich an der gesellschaftlichen Glättung des Herrn Präsidialgesandten, dessen aufbrausendes und undiplomatisches Gebahren er auch in peinlichen Situationen ‚mit der Ruhe des Naturforschers beobachtete'. Um so weniger verstand er Spaß, wenn es sich um Preußens Ehre oder Interessen handelte. Daß er in solchen Fällen zum schneidigen Angriff überzugehen entschlossen war, bewies er gleich in den ersten Tagen, als der zur Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle eingesetzte Ausschuß, in dem Preu-

Digitized by Google

ßen infolge einer Intrigue des Grafen Thun nicht vertreten war, seine Aufgabe in preußenfeindlichem Sinne auffaßte und eine einseitige Darstellung der Verhandlungen veröffentlichte. Mit aller Entschiedenheit trat er sowohl am Bunde wie in der Presse, der er den wahren Sachverhalt mitteilte, einem solchen Versuche entgegen und führte die Angelegenheit zu einem für Preußen erwünschten Ende.

Ein anderer Anlaß, bei dem die naiv-listige Politik der Gegner Bismarck auf seinem Posten fand, bot sich um dieselbe Zeit in den Verhandlungen über die Zukunft der deutschen Flotte. Diese, von der nationalen Begeisterung des Jahres 1848 ins Leben gerufen, hatte den Zusammenbruch der nationalen Bestrebungen überdauert und harrte jetzt in Bremerhafen ‚faulend und geldfressend' der Entscheidung, die der Bundestag über ihr Sein oder Nichtsein fällen würde. Ein Teil der Regierungen war den finanziellen Verpflichtungen für die Flotte nicht nachgekommen und wollte, um an unvermeidlichen Nachzahlungen glimpflich vorbeizukommen, von einer Bundesflotte überhaupt nichts mehr wissen. Von andrer Seite tauchte im Verlauf der Verhandlungen der Gedanke auf, einen Teil der Schiffe im adriatischen Meer unter österreichisches Kommando zu stellen, zugleich aber auch in der Nord- und Ostsee je eine Flotte zu bilden, deren Führung hier Preußen, dort den Nordseestaaten anzuvertrauen sei. Oesterreich war anfangs, obwohl mit seinen Beiträgen im Rückstande, für die Erhaltung der Flotte, weil es glaubte, daß ihm durch seinen Einfluß am Bunde der Oberbefehl zufallen werde. Bismarck, der diesen Plan durchschaute, ging sofort daran, ihn zu durchkreuzen, indem er zuerst die Zahlung aller rückständigen Beiträge verlangte und gegen eine von Oesterreich geplante Flottenanleihe energisch protestierte. Er sah in der Haltung, die Oesterreich in dieser Sache einnahm, den neuen Versuch eines Uebergriffs in das natürliche Gebiet des preußischen Einflusses; in eindringlichen Vorstellungen warnte er seine Regierung, Geldmittel zu bewilligen, bevor alle auf die

Digitized by Google

frühern Zahlungen begründeten Rechtsansprüche Preußens anerkannt seien. Er setzte seine Ansicht durch, und weil die offenen und geheimen Widersacher Preußens diesem die Führung der Flotte nicht gönnten, obwohl es sich unter dieser Bedingung zur Zahlung weiterer Beiträge erbot, so blieb bei der allgemeinen Uneinigkeit nichts übrig, als das letzte Symbol der deutschen Einheit öffentlich an den Meistbietenden zu verkaufen.

Dieser Vorgang, der die Herzen der Patrioten mit Zorn und Scham erfüllte und die Nation dem Spott und der Verachtung des Auslandes preisgab, hatte indessen wenigstens das Gute, daß er dem jungen Diplomaten, der in der Flottenangelegenheit das Recht Preußens zu vertreten hatte, über das wahre Verhältnis der beiden deutschen Großmächte noch mehr die Augen öffnete. Vollends aber haben die Erfahrungen, die Bismarck bald nachher in einer schweren Krisis des Zollvereins machen sollte, ihn zu der Erkenntnis geführt, daß über die zwischen Preußen und Oesterreich schwebende Frage der deutschen Hegemonie eines Tages vielleicht der Degen entscheiden werde. Unverhohlen äußerte er diesen Gedanken schon Ende November 1851 in einer Unterredung mit dem Grafen Thun. In seiner wenig rücksichtsvollen Weise hatte dieser erklärt, daß Oesterreich die Zollvereinigung mit den übrigen Bundesstaaten schon deshalb erstreben müsse, um sein in der Natur der Dinge begründetes Uebergewicht in Deutschland zu befestigen. Als er dann so weit ging, Preußen in Anspielung auf die Siege Friedrichs des Großen mit einem Manne zu vergleichen, der einmal das große Los gewonnen habe und sich dadurch verleiten lasse, seinen Haushalt jährlich auf die Wiederkehr dieses glücklichen Zufalls einzurichten, erhielt er von Bismarck die schneidende Antwort: wenn die Ansicht des Grafen Thun in Wien vorherrsche, so werde Preußen nochmals in der bewußten Lotterie setzen müssen. — .

Ein halbes Jahr war vergangen, seit Bismarck nach Frankfurt gekommen war, erst seit drei Monaten verwaltete er selbständig die Gesandtschaft, aber diese Zeit

Digitized by Google

hatte genügt, ihn dicht vor den Punkt zu führen, wo der Hebel angesetzt werden mußte, den deutschen Einheitsstaat aus dem Reich der nebelhaften Wünsche und Träume in die Wirklichkeit zu führen.

Auch in andrer Weise wurde der Verlauf des Zollvereinsstreites für Bismarck von Bedeutung, so daß es sich verlohnt, mit einigen Worten auf den Ursprung dieser Verwicklung zurückzukommen. Seit im Beginn der vierziger Jahre Braunschweig dem von Preußen gegründeten Zollverein beigetreten war, bildeten die verbündeten Staaten drei von einander abgesonderte Zollgebiete: im Norden standen Hannover und Oldenburg, im Südosten Oesterreich außerhalb des Zollvereins. Fürst Schwarzenberg glaubte nun, nachdem seine Hegemoniegelüste in Dresden vereitelt worden waren, die Umstände günstig, das erstrebte Ziel auf einem Umwege, durch Beherrschung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes, zu erreichen. In Süddeutschland regte sich gerade damals Unzufriedenheit mit Preußen wegen dessen Hinneigung zu einer weniger schutzzöllnerischen Politik; diese Wahrnehmung nährte in Oesterreich die Hoffnung, entweder selbst in den Zollverein eindringen oder wenigstens die unzufriedenen Südstaaten, vielleicht auch das preußenfeindliche Sachsen, absprengen und zu einem neuen Zollbunde vereinigen zu können.

Ein am 10. Juli 1851 im Bundestag eingesetzter handelspolitischer Ausschuß war der erste, wie es schien, erfolgverheißende Schritt zu diesem Ziele. Da drohte ein am 7. September zwischen Preußen und Hannover in aller Stille abgeschlossener Vertrag, demzufolge Hannover und Oldenburg am 1. Januar 1854 in den preußischen Zollverein eintreten sollten, alle Berechnungen Schwarzenbergs über den Haufen zu werfen. Seine Aufregung wuchs, als Preußen die zum Teil unaufrichtigen Anschuldigungen der süddeutschen Regierungen, die sich durch die Geheimhaltung der preußischen Verhandlungen mit Hannover verletzt zeigten, damit beantwortete, daß es den bestehenden Zollverein auf den 1. April 1854 kündigte und

Digitized by Google

sich gleichzeitig zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vereins auf Grundlage des am 7. September mit Hannover geschlossenen bereit erklärte. Als demzufolge Preußen seine bisherigen Zollvebündeten auf den 1. April 1852 zu einer Konferenz nach Berlin berief, enthüllte Schwarzenberg etwas vorschnell das Endziel seines Planes, indem er die Bundesregierungen auf einen frühern Termin, im Januar, zu einer Zusammenkunft in Wien einlud, um hier über einen Handelsvertrag mit Oesterreich und dessen demnächstigen Eintritt in den Zollverein zu beraten. Seine letzte Karte allerdings spielte er im geheimen, als er die zuverlässigen Freunde Oesterreichs, Baiern, Württemberg, Sachsen, die beiden Hessen und Nassau, für den Fall, daß jene Beratungen erfolglos bleiben würden, zum Austritt aus dem preußischen Zollverein und zum Abschluß einer besondern Vereinigung mit Oesterreich aufforderte.

Vornehmlich durch Bismarcks Wachsamkeit erfuhr die preußische Regierung die an den süddeutschen Höfen angezettelte Intrigue. Schon vorher hatte er, wie wir aus einem Briefe an Gerlach vom 22. Juni 1851 ersehen, die Bedeutung der materiellen Fragen für Preußens deutsche Politik erkannt und ihre Entwicklung aufmerksam verfolgt. In demselben Briefe schrieb er, daß es ihm interessant sei zu hören, ob die Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Hannover noch im Gange wären und fortschritten. Die Konsolidierung Norddeutschlands durch das Band materieller Interessen hatte nach seiner Ansicht, selbst wenn sie mit dem Abfall der süddeutschen Staaten vom Zollverein erkauft wurde, für Preußen doch den Vorteil, daß es der Bundespolitik mit mehr Kaltblütigkeit folgen durfte. Dieser Gedanke, dessen Richtigkeit später durch die in zwei Bauperioden erfolgte Aufrichtung des Einheitsstaates eine Bestätigung erfahren sollte, hat Bismarcks Stellung vom Anfang bis zum Ausgang des Streites entschieden. Auch in kritischen Augenblicken, als die österreichisch gesinnten Staaten im April des folgenden Jahres in Darmstadt sich verbündeten, um

Digitized by Google

durch gemeinsames Vorgehen Preußen zur Nachgiebigkeit zu zwingen, dann, als Hannover Miene machte, den Septembervertrag, noch bevor er ins Leben trat, wieder zu brechen, ließ er sich nicht beirren. Immer wieder riet er seiner Regierung, standhaft zu bleiben und die Forderungen Oesterreichs und der ‚Darmstädter' von der Schwelle abzuweisen. Zugleich entfaltete er eine rege agitatorische Thätigkeit, um die Unterthanen der abtrünnigen Verbündeten zur Erkenntnis des Sachverhaltes zu bringen und dadurch einen Druck auf ihre Regierungen zu gunsten des preußischen Zollvereins herbeizuführen. Mit mehreren süddeutschen Zeitungen trat er in Verbindung, um dem Einfluß der österreichfreundlichen ‚Augsburger Allgemeinen' zu begegnen; er ließ Broschüren schreiben und an einflußreiche Landwirte, Industrielle und Kaufleute in Süddeutschland verteilen, kurz, nichts ließ er unversucht, durch Kundgebungen in der Presse, Anregung von Petitionen und das ganze Spiel der Agitationsmittel, das ihm aus dem Sommer 1848 geläufig war, die Entscheidung zu Preußens Gunsten zu wenden. Sein Bemühen war von Erfolg: Im Frühjahr 1853 wurde der Zollverein mit Einschluß Hannovers und Oldenburgs erneuert, und mit Oesterreich auf die Dauer von sechs Jahren ein Handelsvertrag abgeschlossen; und wenngleich man mit Recht gesagt hat, daß zum glücklichen Ausgang der Zwang der materiellen und wirtschaftlichen Verhältnisse das Meiste gethan habe, so ist es doch Bismarcks Verdienst, durch seine rastlose Thätigkeit in der nichtpreußischen Bevölkerung Deutschlands die Erkenntnis verbreitet zu haben, daß sie auch in ihren materiellen Interessen aus dem Anschluß an Norddeutschland mehr Kraft und Vorteil ziehen werde als aus einer Vereinigung mit dem wirtschaftlich weniger entwickelten Oesterreich.

Bevor wir die Zollvereinskrisis, deren glücklichen Abschluß der General v. Gerlach mit Recht ein ‚Komplement für Olmütz' nannte, verlassen, sei noch erwähnt, daß sie für Bismarck die Veranlassung einer Sendung nach Wien wurde. Dort war nämlich am 5. April 1852 Fürst

Digitized by Google

Schwarzenberg gestorben, und als mehrere Wochen später der preußische Gesandte Graf Arnim in Wien erkrankte, schickte Friedrich Wilhelm IV. Bismarck mit einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser Franz Joseph, um zu versuchen, die aus der Zollvereinsfrage hervorgegangene Spannung zu heben, ohne indessen in der Sache selbst nachzugeben. In Wien, dann auch in Ofen, wohin er dem Kaiser nachreiste, fand Bismarck reichlich Gelegenheit zu neuen Proben seiner Fähigkeit, Dinge und Menschen im Nu zu durchschauen und in scharfen und anschaulichen Bildern zu zeichnen. Des Königs Absicht, Bismarck, wenn er sich in Wien ‚auf der hohen Schule der Diplomatie' bewähre, zum Nachfolger des Grafen Arnim zu ernennen, wurde durch dessen Genesung hinfällig; er ging, wie es seinen Wünschen entsprach, im Juli nach Frankfurt zurück.

Was der Zollvereinsstreit für Bismarcks Stellung zu Oesterreich und der deutschen Bundesreform bedeutete, das bewirkte für eine Klärung seiner außerdeutschen Politik der Krimkrieg. In maßloser Ueberschätzung seiner Macht und völliger Verkennung der allgemeinen Situation hatte Kaiser Nikolaus von Rußland im Jahre 1853 die Türkei angegriffen und bis zur Erfüllung seiner Forderungen, die ihm jederzeit eine Einmischung in die Verhältnisse des ‚kranken Mannes' gestattet haben würden, die Moldau und die Walachei besetzt. Dieses gewaltthätige Vorgehen bewog England und Frankreich, der bedrohten Türkei Beistand zu leisten; im Februar 1854 richteten beide Mächte an die Regierungen in Wien und Berlin die Frage, wie sie sich zu der Sache zu stellen gedächten. Für Oesterreich lag die Gefahr, seine Interessen geschädigt zu sehen, sehr nahe; einerseits konnte es eine dauernde Besetzung der Donaufürstentümer durch Rußland nicht zugeben, andererseits befürchtete es von der von Rußland beabsichtigten Erhebung der Balkan-Slawen Unruhen in seinen eigenen slawischen Provinzen. Diese Erwägungen drängten das Wiener Kabinett, welches sich der guten Dienste des Zaren zur Zeit der ungarischen Revolution schlecht erinnerte, zum Anschluß an die Westmächte, wobei es freilich

Digitized by Google

vorausſetzte, daß Preußen und der Bund ihm auf dem Wege folgen würden. Die Kundgebungen der öffentlichen Meinung, zumal der Liberalen, die Rußland als den Hort der Reaktion verabſcheuten, mußten die öſterreichiſchen Staatsmänner ermutigen, während bei den meiſten Regierungen wenig Neigung vorhanden war, an der Seite Frankreichs gegen den Bezwinger der Revolution zu marſchieren. Dieſe Abneigung beherrſchte auch in Berlin die maßgebenden Kreiſe, vor allem die Umgebung des Königs, den General v. Gerlach und andre Vertreter der konſervativen Politik; ihnen erſchien ein Zuſammengehen mit dem revolutionären Frankreich und dem liberalen England wie eine Sünde gegen den konſervativen Geiſt. Manteuffel dagegen, der die Politik, die ihn im Jahre 1850 nach Olmütz geführt hatte, nie für eine Demütigung Preußens angeſehen hat, war, ſo ſehr er das Aufbegehren des deutſchen Liberalismus gegen Rußland beargwöhnte, dennoch bereit, eine Strecke mit Oeſterreich Hand in Hand zu gehen; vielleicht mochte er hoffen, daß ihre geſchloſſene Gegnerſchaft Rußland rechtzeitig zur Nachgiebigkeit bewegen werde. Und der König? Friedrich Wilhelm IV. wollte von einem Kriege gegen Rußland ſchon deshalb nichts wiſſen, weil er es für undenkbar hielt, daß in einem Kampfe zwiſchen dem Kreuz und dem Halbmond ein chriſtlicher Monarch ſein Schwert für die Türkei ziehen könne. Indeſſen ſeine ſtarke Vorliebe für England, der Wunſch, ſich nicht von Oeſterreich zu trennen und die Hoffnung, Rußland zu mäßigen, ließen der Beſorgnis Raum, daß es der Wiener Politik zuletzt dennoch gelingen werde, den König über die Grenze ſeiner Bereitwilligkeit hinauszuführen. Dieſe Gefahr wurde noch dadurch erhöht, daß der Prinz von Preußen, freilich aus Erwägungen anderer Art, ſeinen Einfluß geltend machte, die preußiſche Politik zu einer entſchloſſenen Haltung gegen Rußland zu ermutigen.

Das war in kurzen Strichen die Lage, die vom Jahre 1853 bis in den Beginn des Jahres 1856 die Diplomaten Europas in Spannung hielt und auch Bismarck nicht ſelten mit Sorge erfüllte. Wußte er doch, daß in Berlin das

Digitized by Google

Barometer der auswärtigen Politik vor jedem entscheidenden Entschluß gefährlich schwankte, daß die leitenden Männer bei allem guten Willen eins, das notwendigste, nicht hatten: ein unverrückbares Ziel, nach dem sie steuerten. Ihm selbst war das Ziel klar. Sobald die Wirren im Orient in Sicht kamen, verlangte er eine feste, womöglich bewaffnete Neutralität. Preußen befand sich, so etwa folgerte er, in der glücklichen Lage, keins seiner Interessen bedroht zu sehen; um so mehr müsse es sich hüten, seinem deutschen Rivalen Oesterreich zuliebe Opfer zu bringen und dadurch für die Zukunft Rußlands Feindschaft zu erwerben. Selbst im Falle eines Sieges an der Seite Oesterreichs und der Westmächte erwachse für Preußen nirgends ein greifbarer Vorteil, vielmehr empfehle es sich, die Klemme, in der Oesterreich sitze, durch eine folgerichtige Politik zu einer bessern Stellung Preußens in Deutschland auszunutzen. Unablässig verfocht er diese Sätze; mehrere hundert seiner Berichte an Manteuffel und zahlreiche Briefe an v. Gerlach beschäftigen sich mit der Haltung Preußens während des Krieges. Seine Sorge, daß Manteuffels Nachgiebigkeit gegen Oesterreichs Verlockungen oder andre russenfeindliche Einflüsse in der Umgebung des Königs zu verhängnisvollen Entscheidungen führen könnten, war in der That nicht unbegründet. Mehr als einmal glaubte Graf Buol, der Leiter der österreichischen Politik, sein Spiel gewonnen zu haben, aber im letzten Augenblick hielt eine unsichtbare Macht Preußen zurück, die von Oesterreich angebotene ‚Bruderhand' zu ergreifen. Bismarck hatte dabei, wie er in aufwallendem Unmut an Gerlach schrieb, den Eindruck, als habe man in Wien die Krätze und wünsche Preußen anzustecken, weil sie sich zu zweien leichter aushalte.

Der Kampf, den er in jenen Jahren beharrlich für die Durchführung einer ausschließlich preußischen Politik geführt hat, förderte in doppelter Hinsicht seine Entwicklung. Vor allem gelangte er während desselben zu einer klaren und gründlichen Einsicht in die gesamte europäische Politik, die Interessen und Gegensätze der wichtigsten Na-

Digitized by Google

tionen sowie in die Fähigkeiten und Absichten ihrer leitenden Männer. Die Kunst, womit er bei den weltgeschichtlichen Entscheidungen des folgenden Jahrzehntes die Gegner Preußens und Deutschlands isoliert hat, gründet sich in erster Linie auf die Erfahrungen, die er immer offenen Auges in dem diplomatischen Feldzuge während des Krimkrieges gesammelt hatte. Ja noch mehr: ohne die neutrale Haltung Preußens im Verlauf dieses Krieges, die zum Teil sein Werk war, hätte in der Folgezeit die Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne vielleicht mit Rußlands Gegnerschaft oder Uebelwollen zu kämpfen gehabt. Daß es anders kam, daß im entscheidenden Augenblick gerade Rußlands Haltung Preußen die Abrechnung mit Oesterreich und die Einigung der deutschen Stämme erleichterte, hat er schon damals mit prophetischem Blick ins Auge gefaßt und, soweit sein Rat ins Gewicht fiel, vorbereitet.

Aber diese Vorbereitung einer künftigen Politik führte ihn auf Hindernisse, deren Ueberwindung in seiner Entwicklung abermals einen Fortschritt bedeutete. Wir sahen, daß er schon an andrer Stelle über die Ansichten und Bestrebungen seiner Parteigenossen hinaus zu einem unbefangenen Urteil durchgedrungen war. So hatte er, um noch eins nachzutragen, im Herbste 1851 einem von konservativer Seite geplanten Verfassungsbruch nachdrücklich widerraten. Nunmehr brachte ihn auch die auswärtige Politik in einen Gegensatz zu einflußreichen Gönnern, besonders dem Minister v. Manteuffel, der es aus naheliegenden Gründen nicht gern sah, daß der König vor wichtigen Entscheidungen Bismarcks Rat zu hören wünschte und ihn zu persönlichen Verhandlungen nach Berlin kommen ließ Wenn der also herbeigerufene das, was er für richtig hielt, freimütig und unbekümmert um des Ministers abweichende Meinung aussprach, so verfuhr er doch darin mit offenem Visier, daß er ihm die gleichen Bedenken wie dem Könige vortrug. Sein Briefwechsel mit Gerlach bekundet, daß er eine bei dessen Abneigung gegen Manteuffel vielleicht dankbare Minierpolitik verschmähte. Vielmehr hat

Digitized by Google

er, was in seiner Macht stand, um die mitunter erschütterte Stellung des Ministers zu befestigen.

Nicht minder erwähnenswert ist ein Gegensatz, in den Bismarck damals zu dem Bruder des Königs, dem Prinzen von Preußen, geführt wurde. Dieser stand während des orientalischen Krieges zum Teil in der Erinnerung an die Olmützer Vorgänge, zum Teil auch aus allgemeiner Abneigung gegen Manteuffels Politik auf der Seite derer, die ein entschiedenes Auftreten gegen Rußland befürworteten. Der Prinz, der dabei ausschließlich von preußisch-patriotischen Erwägungen sich leiten ließ, wurde in seiner Haltung noch bestärkt durch eine kleine, aber angesehene Gruppe von Männern, die im geheimen auf den Sturz Manteuffels hinarbeiteten und das Verlangen des Prinzen nach einer kräftigen und würdigen auswärtigen Politik für ihre persönlichen Zwecke auszunutzen suchten. Auch an Bismarck, der mit einem der Führer dieser Partei, dem Grafen Robert von der Goltz, von früher befreundet war, hatten sie sich gewandt, aber ohne Erfolg. Er hielt es nicht für ehrlich, eine Stellung, in die er mit vollem Vertrauen Manteuffels eingetreten war, zu dessen Sturz zu verwenden: wenn er jemals in die Notwendigkeit versetzt werden sollte, mit dem Minister zu brechen, so wollte er ihm vorher die Fehde und deren Grund offen ansagen. Inzwischen aber hatte die Opposition, welche der Prinz von Preußen der Politik der Regierung machte, ein vorübergehendes Zerwürfnis mit seinem königlichen Bruder zur Folge. Auch Bismarck sah sich in diese Vorgänge hineingezogen, als der Prinz ihm eines Tages den Wunsch aussprach, dem König im Sinne der antirussischen Politik zuzureden. Sein Versuch, den Prinzen von der Unhaltbarkeit seiner Voraussetzungen und von der Zweckmäßigkeit der Neutralität zu überzeugen, schlug fehl; es gelang ihm nicht, den ‚häuslichen, englischen und Bethmann-Hollwegischen Einfluß', dem der Prinz sich in ehrlichem Patriotismus überlassen hatte, zu erschüttern.

Auf die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen während des Krimkrieges gehen wir nicht ein.

Digitized by Google

Welche Empfindungen ihr Verlauf mitunter in Bismarck weckte, zeigt ein Brief, den er am 11. und 12. Februar 1856 an Gerlach schrieb und worin er seinem Zorn über die neueste Nachgiebigkeit Preußens freien Lauf ließ. Als nämlich Preußen an dem in Paris zusammentretenden Friedenskongreß teilzunehmen wünschte, hatte Graf Buol eine neue Rücksichtslosigkeit verübt, indem er Preußen zumutete, die Friedenspräliminarien im voraus anzuerkennen, bevor seine Teilnahme an der Konferenz gesichert schien. Die Gleichgültigkeit, mit der Manteuffel dies hinnahm, versetzte Bismarck in die verzweifelte Stimmung aus den Märztagen des Jahres 1848. Je mehr er die Situation überlegte, desto trostloser und schmachvoller erschien sie ihm; sein preußisches Ehrgefühl, schrieb er an Gerlach, entdeckte nichts, woran es sich aufrichten konnte. —‚Der Eindruck, daß Preußen in den Formen wie in den Sachen von Oesterreich geringschätzig behandelt wurde, und daß es sich diese Behandlung nicht gefallen lassen durfte, ist nicht ohne Folgen für die spätere Gestaltung der preußisch-österreichischen Beziehungen geblieben‘ — in diesen Worten der ‚Gedanken und Erinnerungen‘ zieht er selbst die Summe jener Jahre für seine politische Entwicklung und für den Werdegang der deutschen Geschichte.

Die mathematische Logik der Thatsachen hatte ihn, wie er wenige Wochen nach dem Abschluß des Pariser Friedens dem General v. Gerlach schrieb, zu der Ueberzeugung gebracht, daß Oesterreich Preußens Freund weder sein konnte noch wollte; an den im Frieden geübten Intriguen werde Deutschland sicherer zu Grunde gehen als an ‚einem guten Krieg wie dem siebenjährigen‘, der wenigstens klare Verhältnisse bringe. Solange Oesterreich nicht über die Abgrenzung seines und des preußischen Einflusses in Deutschland, vermöge einer geographischen oder politischen Demarkationslinie, sich endgültig mit Preußen verständige, müsse dieses dem Kampfe mit ihm entgegensehen. —

Digitized by Google

Der Gedanke, die deutsche Frage durch einen Waffengang mit Oesterreich zu lösen, wird ihm seitdem durch jede österreichische Feindseligkeit vertrauter, wenngleich er noch Jahre hindurch die Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung nicht ganz zu verneinen wagt.

Zuerst bestärkte sich seine pessimistische Auffassung während der bald nachher beginnenden Neuenburger Verwicklung. Preußen verlangte von der Schweiz die Freilassung der Royalisten, die im September 1856 den Versuch gemacht hatten, in Neuenburg die seit dem Jahre 1848 herrschende Demokratie durch einen Putsch zu stürzen und den Anschluß des Ländchens an die preußische Krone wieder herbeizuführen. Der Anschlag war mißlungen, und die gefangenen Empörer sahen einer gerichtlichen Verurteilung entgegen. Die Vorstellungen der preußischen Regierung, die ihre Getreuen zu retten wünschte, wurden abgewiesen, und auf Bismarcks Rat entschloß man sich in Berlin, die Freilassung der Gefangenen dadurch zu erzwingen, daß man Miene machte, mit einer preußischen Armee durch Süddeutschland vorzugehen, um Basel und Schaffhausen zu besetzen. Bismarck erhielt damals die Beweise, daß Oesterreich im geheimen alles in Bewegung setzte, um einerseits an den süddeutschen Höfen Preußens Wunsch, seinen Truppen den Durchmarsch zu gewähren, zu hintertreiben, andererseits die Schweiz in ihrem Widerstand zu ermutigen. —

Auf einige andere Fragen, zu deren Lösung er während seiner Frankfurter Gesandtschaft beitrug, kommen wir später in anderm Zusammenhang zurück. Nach allen Seiten, nicht nur in Frankfurt, auch in Berlin, an den süddeutschen Höfen, ja in Paris und Kopenhagen, sehen wir ihn thätig, Preußens Vorteile zu erspähen und den Minen seiner Neider und Feinde zu begegnen. Da trat im Herbste 1857 ein Ereignis ein, welches für sein Leben und seine politischen Pläne von entscheidender Bedeutung werden sollte. Bald nach Beilegung des Neuenburger Streites, der dem Herzen Friedrich Wilhelms besonders nahe gegangen war, erkrankte dieser infolge eines Schlagflusses,

Digitized by Google

und obwohl die Nacht, die sich seitdem auf den Geist des unglücklichen Herrschers senkte, mitunter, namentlich in der nächsten Zeit, lichten Augenblicken wich, so erschien doch die Weiterführung der Regierungsgeschäfte ausgeschlossen.

Vergegenwärtigen wir uns hier einen Augenblick Bismarcks Verhältnis zu Friedrich Wilhelm IV. Monarchisches Pflichtgefühl und Vasallentreue führen ihn im Frühjahr 1848 an die Seite des Königs; dieser findet an der Ergebenheit, dem Mute und dem blitzenden geistigen Rüstzeug, womit der junge Edelmann für die Krone streitet, Gefallen, er zeichnet ihn aus und schickt ihn, Großes von seinen Fähigkeiten erwartend, im Mai 1851 nach Frankfurt; mit Befriedigung erkennt der König aus der Art, wie Bismarck hier seine Aufgabe angreift, daß er den rechten Mann gefunden, immer häufiger holt er vor wichtigen Entscheidungen seinen Rat; bisweilen, namentlich während des Krimkrieges, gewinnt es den Anschein, als ob Bismarck schon jetzt zum Nachfolger Manteuffels bestimmt sei. ‚Die Ministerstellung lag damals — so erzählen die ‚Gedanken und Erinnerungen' — außerhalb meiner Wünsche. Ich war überzeugt, daß ich dem Könige gegenüber als Minister eine für mich *haltbare* Stellung nicht erlangen würde. Er sah in mir ein Ei, was er selbst gelegt hatte und ausbrütete, und würde bei Meinungsverschiedenheiten immer die Vorstellung gehabt haben, daß das Ei klüger sein wolle als die Henne. Daß die Ziele der preußischen auswärtigen Politik, welche mir vorschwebten, sich mit denen des Königs nicht vollständig deckten, war mir klar, ebenso die Schwierigkeit, welche ein verantwortlicher Minister dieses Herrn zu überwinden hatte bei dessen selbstherrlichen Anwandlungen mit oft jähem Wechsel der Ansichten, bei der Unregelmäßigkeit in Geschäften und bei der Zugänglichkeit für unberufene Hintertreppen-Einflüsse von politischen Intriganten . . . Die Schwierigkeit, gleichzeitig gehorsamer und verantwortlicher Minister zu sein, war damals größer als unter Wilhelm I.'

Uebrigens erhielt Bismarck auch in seiner Stellung als Gesandter und Berater des Monarchen zuweilen Grund,

Digitized by Google

über einen Wechsel in der königlichen Huld zu klagen. Wir lesen darüber in einem Briefe an Gerlach vom 19. Dezember 1857: ‚Ein Hof bleibt immer ein Hof. In den ersten Jahren meiner hiesigen Stellung war ich eine Art von Günstling, und der Sonnenschein des königlichen Wohlwollens strahlte mir von den Gesichtern der Hofleute zurück. Das ist anders geworden; entweder hat der König gefunden, daß ich ein ebenso alltäglicher Mensch bin wie alle übrigen, oder er hat Schlechtes von mir gehört, vielleicht Wahres, denn jeder hat seine faulen Stellen unter der Haut; kurz, Se. Majestät hat weniger als früher das Bedürfnis, mich zu sehen, die Hofdamen Ihrer Majestät lächeln mir kühler zu als sonst, die Herren drücken mir matter die Hand, die gute Meinung von meiner Brauchbarkeit ist gesunken, nur der Minister Manteuffel ist freundlicher gegen mich. Das Gefühl davon habe ich seit zwei bis drei Jahren crescendo, ohne mich zu wundern.'

Die Klage war begründet und ging in jenem Briefe an die rechte Adresse. Denn Gerlach und die übrigen Mitglieder der ‚Hofkamarilla' arbeiteten seit der Mitte der fünfziger Jahre dem Einflusse Bismarcks auf den König entgegen, weil sie zu ihrer Ueberraschung sahen, daß der frühere Kampfgenosse nicht gesonnen war, mit der Reaktion unter allen Umständen zusammenzugehen und unter der Devise ‚Gegen die Revolution' ihre politischen Thorheiten mitzumachen. Mehrmals hatte Bismarck sich veranlaßt gesehen, in nachdrücklichen Worten die Kreuzzeitung, das führende Blatt der Ultras, wegen ihrer unpolitischen und schadenstiftenden Haltung zu tadeln. Vor allem bei zwei Gelegenheiten: zuerst, als sie in dem Streit der badischen Regierung gegen den katholischen Klerus den Verteidigern der Staatsgewalt in den Rücken fiel, das andere Mal wegen ihrer plump herausfordernden Haltung gegenüber Napoleon III. Auch konnte das ceterum censeo, welches Bismarck seit einigen Jahren jeder österreichfreundlichen Neigung der Gerlach und Genossen entgegenhielt, natürlich nicht dazu beitragen, sein Verhältnis zu diesen Politi-

Digitized by Google

kern, die in der Hofburg noch immer in erster Linie ein Bollwerk gegen die Revolution sahen, vertrauter zu gestalten.

In den Gründen dieser Entfremdung liegt zugleich die Erklärung des Verhältnisses, in welchem Bismarck im Augenblick des Regierungswechsels zum Prinzen von Preußen stand. Anders geartet als sein königlicher Bruder, war dieser in der innern wie in der auswärtigen Politik zu einer abweichenden Stellung gekommen. Im Innern hatte er mit der Verfassung, so sehr sie von Haus aus seiner Natur und seiner Ueberzeugung widerstrebte, sich ehrlich abgefunden, freilich nicht im Sinne der liberalen Theorie, sondern im Einklang mit der von Bismarck gegebenen Interpretation: von Ministerverantwortlichkeit bis zur Anklage oder erzwungener Abdankung wollte er nichts wissen. Ebenso entsprach Bismarcks umsichtige und thatkräftige Haltung in der auswärtigen Politik im allgemeinen wenigstens den Absichten des Prinzen. Nur während des Krimkrieges waren ihre Meinungen, wie wir sahen, auseinander gegangen. Damals hatte das preußisch-patriotische und soldatische Gefühl des Prinzen die Gelegenheit herbeigesehnt, die nach seiner Ueberzeugung in Olmütz befleckte Ehre Preußens wieder herzustellen, und in der Erinnerung, daß Rußlands Haltung jene Katastrophe unabwendbar gemacht hatte, war er geneigt gewesen, an die Seite Oesterreichs und der Westmächte zu treten. Diese Ansicht hatte er nicht ohne starke Erregung gegen Bismarcks Vorstellungen verteidigt. In allen andern Fragen aber, die in den letzten Jahren aufgetaucht waren, hatten, soweit wir wissen, Bismarcks zielklare und entschlossene Ratschläge seinen Beifall gefunden. Auch die Bedenken, die der Prinz anfangs wegen der Jugend des Bundestagsgesandten empfand, waren längst zerstreut. Während der Jahre, da der Prinz als Gouverneur von Rheinland und Westfalen in Coblenz residierte, beschied er Bismarck manchmal zu sich, um seine Ansicht zu hören.

Prinz Wilhelm war, und zwar unabhängig von fremden Gedanken, schon im Jahre 1849 zu der Ueberzeugung

Digitized by Google

gekommen, daß Preußen nach seiner ganzen Geschichte bestimmt sei, an die Spitze Deutschlands zu treten. Der unglückliche Verlauf der Unionspolitik hatte ihm sodann die entsagungsvolle Ansicht aufgedrängt, daß die Hoffnung, Preußen in der ihm gebührenden Stellung zu sehen, verfrüht gewesen sei, und daß er selbst die Erfüllung dieser Hoffnung nicht mehr erleben werde. Daß in solchen Wünschen und Sorgen der Gedankenaustausch mit dem unverzagt in die Zukunft schauenden Bundestagsgesandten ihm wohlthat, ist natürlich; auch wo seine Bedachtsamkeit dessen Plänen widerstrebte, freute er sich an den kühnen Entwürfen einer Feuerseele, in der er die Hoffnungen seiner eigenen Jugend wiederfand.

Die Männer in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. sahen nur ungern den Verkehr ihres frühern Parteigenossen mit dem Prinzen, dessen Unzufriedenheit mit ihrem Gebahren ihnen bekannt war. Namentlich hatten sie Bismarck im Verdacht, daß er in der Frage, ob die Krankheit des Königs eine Stellvertretung oder Regentschaft nötig mache, ihre Absichten durchkreuzen wolle. In der That hatte der Prinz die Frage mit Bismarck erörtert. In welchem Sinne dieser die Sache beurteilte, daraus machte er kein Hehl. Ihm erschien eine lange Dauer des Provisoriums als ein Unglück für das Land, weil sie die ohnedies vorhandene Neigung, das staatliche Räderwerk in Gleichgültigkeit gegen das Resultat fortspielen zu lassen, befördere; von dem Prinzen könne man ein lebendiges Eingreifen nicht erwarten, solange er nicht sicher sei, ohne Widerruf zu regieren. Diese Auffassung, die den Versuch der Hofpartei, dem Prinzen von Preußen nicht die Regentschaft, sondern nur eine Stellvertretung auf kurze Frist anzuvertrauen, als bedenklich und schädlich verurteilte, erregte deren Verdruß, und Edwin v. Manteuffel, damals Chef des Militärkabinetts, ließ sich, aufgeregt über eine lange Unterredung des Prinzen mit Bismarck am 19. Oktober, zu der Bemerkung hinreißen, dieser möge nach Frankfurt zurückkehren, wo er nötiger sei als in Berlin. Die

Digitized by Google

verletzende Haltung des spätern Feldmarschalls schilderte Bismarck einige Wochen nachher in einem Schreiben, welches auf die damalige Situation ein eigenartiges Licht wirft: Manteuffel habe ihm in einer Form, wie sie selbst beim Militär ein irgendwie höflich erzogener Vorgesetzter nicht anzuwenden pflege, eingeschärft, daß alle Gesandten sich ohne Zögern auf ihre Posten zu begeben hätten; diese Weisung habe er mit Gründen unterstützt, wie sie allenfalls ein Lehrer einem Kinde gebe, wenn er ihm nicht die Wahrheit sagen wolle. Der Gedanke, daß die Männer, die er bis dahin als politische Freunde betrachtet habe, das Bedürfnis fühlten, ihn von Berlin zu entfernen, habe ihn frappiert, obwohl Manteuffels Verhalten zu ihm niemals das eines persönlichen Freundes, sondern stets ablehnend und mißtrauisch gewesen sei.

Der wahre Grund von Manteuffels schroffem Benehmen war ihm natürlich ebensowenig entgangen wie die Thatsache, daß Gerlach und die übrigen ‚Freunde' ihn gleichfalls in jenen entscheidenden Tagen aus der Nähe des Prinzen fortwünschten. Im Sommer des folgenden Jahres trug er wesentlich dazu bei, die Fäden einer neuen gefährlichen Intrigue zu zerschneiden, die von der Hofpartei gesponnen wurde, um den Prinzen unter dem Vorgeben, daß der König wieder imstande sei, selbst die Regierung zu übernehmen, aus der Stellvertretung zu verdrängen. Durch Bismarcks Enthüllung des Planes wurde die Sache vereitelt, und am 26. Oktober 1858 übernahm Prinz Wilhelm die Regentschaft.

Das preußische Volk, welches die von Bismarck beklagte Stagnation der Geschäfte und, in seinen liberalen Kreisen, außerdem den Druck der Reaktion schmerzlich empfunden hatte, atmete auf bei der Nachricht, daß Prinz Wilhelm nunmehr gesonnen sei, kraft eigner Verantwortlichkeit zu regieren. Man wußte, daß er mit der bisherigen Politik unzufrieden gewesen war, und erwartete — so sehr hatte im Laufe eines Jahrzehnts die Ungunst der öffentlichen Meinung sich gedreht — von seinem Regiment den Anbruch einer neuen Aera. Die ersten Schritte des

Digitized by Google

Regenten kamen dieser Erwartung weit entgegen. Die reaktionärsten Mitglieder des Ministeriums wurden entlassen, und das neue Kabinett unter dem Vorsitz des patriotisch und rechtlich gesinnten Fürsten Anton v. Hohenzollern-Sigmaringen wurde als eine Anerkennung der liberalen Wünsche freudig begrüßt. Niemand ahnte damals, daß auf die hoffnungsfrohe Epoche des Vertrauens bald wieder ein jäher Umschwung, eine Zeit des Mißtrauens und der leidenschaftlichsten Erbitterung folgen sollte.

Bismarck war dem Gange der Dinge anfangs in zuversichtlicher Stimmung gefolgt. Das Mißtrauen, dem die frühere Regierung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung begegnet war, hatte zuletzt auf seine diplomatische Thätigkeit lähmend zurückgewirkt. Wenn das neue Ministerium die Fühlung mit den konservativen Elementen behielt und im Ernste auf eine Versöhnung der Parteien hinarbeitete, so erwartete er von der stärkern Stellung der Regierung im Lande eine Förderung ihrer auswärtigen Politik. Gerade das Ministerium des Fürsten von Hohenzollern schien ihm eine Garantie gegen ein allzu weites ‚Rutschen nach links' zu bieten. Bald aber wurde er bedenklich und erwog, was er beginnen würde, wenn die Regierung dem Drängen der öffentlichen Meinung mehr als zweckmäßig nachgäbe. In diesem Falle wußte er, daß er mit seinem Rücktritt rechnen mußte. Dann würde er sich, wie er der Schwester am 12. November 1858 schrieb, unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen mit liberalen Majoritäten regiere; im übrigen aber wolle er im Herrenhause seine Schuldigkeit thun.

Seine Sorge, daß die Tage seiner Frankfurter Gesandtschaft ihrem Ende nahe waren, erwies sich, wenn auch aus anderm Grunde, als berechtigt. Im Beginn des folgenden Jahres eröffnete ihm der Regent, daß er ihn von Frankfurt abzurufen und auf den glänzendsten Posten der preußischen Diplomatie, nach Petersburg, zu senden beabsichtige. Sein Versuch, den Entschluß des Regenten

Digitized by Google

umzustimmen, war erfolglos, denn nicht nur persönliche Gründe waren entscheidend — in den ‚Gedanken und Erinnerungen' werden nur diese, nämlich die hohe Protektion seines Nachfolgers Usedom erwähnt —, sondern auch die Wolken, die inzwischen den Horizont der europäischen Politik zu verdüstern begonnen hatten und dem Regenten eine Abberufung Bismarcks von Frankfurt wünschenswert erscheinen ließen.

Am 1. Januar hatte Napoleon III. beim Empfang des diplomatischen Korps dem österreichischen Gesandten eröffnet, daß zu seinem Bedauern die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nicht mehr so gut seien wie früher. Dieses Wort klang, wie es auch war, dem überraschten Europa wie der grollende Donner eines nahe bevorstehenden Krieges. Wer freilich schärfer beobachtet und die Haltung Napoleons seit der Beendigung des Krimkrieges verfolgt hatte, dem war die Nachricht, daß es zwischen Oesterreich und Frankreich zum Bruche zu kommen drohte, nicht unerwartet. Zu den wenigen, die diese Wendung vorausgesehen hatten, gehörte Bismarck. Schon seit Jahren faßte er die Möglichkeit eines Zerwürfnisses zwischen beiden Mächten ins Auge; in Oesterreichs Hegemonie über Italien erkannte er den Punkt, der eines Tages zu einer gefährlichen Verwicklung führen mußte. Für Preußen dagegen konnte nach seiner Ansicht Napoleon nur dann gefährlich werden, wenn es durch seine Haltung ein Bündnis zwischen Paris und Petersburg heraufbeschwor. Grundsätzlich wich er schon damals von der Mehrzahl der preußischen Staatsmänner, zumal von der Umgebung des Königs, darin ab, daß er den Bonapartismus an sich für eine Erscheinung hielt, die Preußen nicht gefährlicher sei als irgend eine andere Regierung in Frankreich. Seine Politik zog nur die Wirklichkeiten in Betracht, während jene überall ihr konservatives oder legitimes Prinzip in den Vordergrund schoben. Für ihn verstand es sich von selbst, daß er in jeder Frage seine Stellung nur danach nehmen durfte, was für Preußen schädlich oder nützlich sei. Ihm war Frankreich ohne Rücksicht auf die

Digitized by Google

jeweilige Person an seiner Spitze ein Stein im politischen Schachspiel, in dem er nur seinem Könige und dem Interesse Preußens zu dienen hatte. ‚Es ist menschlich natürlich,‘ so schrieb er am 30. Mai 1857 an Gerlach, ‚daß die Unterdrückung und schändliche Behandlung unseres Landes durch den ersten Napoleon in allen, die es erlebt haben, einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat, und daß in deren Augen das böse Prinzip, welches wir in Gestalt der Revolution bekämpfen, sich allein mit der Person und dem Geschlecht dessen identifiziert, den man l'heureux soldat héritier de la révolution nannte; aber mir scheint, daß Sie dem jetzigen Napoleon zu viel aufbürden, wenn Sie grade in ihm und nur in ihm die zu bekämpfende Revolution personifizieren und aus diesem Grunde die Proscription über ihn aussprechen, so daß es wider die Ehre sei, mit ihm umzugehen. Jedes Kennzeichen der Revolution, welches er an sich trägt, finden Sie auch an andern Stellen wieder. . . . Das bonapartistische Regiment im Innern mit seiner rohen Centralisation, seiner Vernichtung der Selbständigkeiten, seiner Nichtachtung von Recht und Freiheit, seiner offiziellen Lüge, seiner Korruption in Staat und Börse, seinen gefügigen und überzeugungslosen Schreibern blüht in dem von Ihnen mit unverdienter Vorliebe betrachteten Oesterreich ebenso wie in Frankreich.‘

Drei Jahre später verteidigte er seine Stellungnahme in dieser für seine gesamte auswärtige Politik so entscheidenden Frage in einem Geständnis, in dem sich mit ergreifenden Worten sein innerstes Wesen offenbart: ‚Mit meinem eignen Lehnsherrn stehe ich und falle ich, auch wenn er meines Erachtens sich thöricht zu Grunde richtete; aber Frankreich bleibt für mich Frankreich, mag Louis Napoleon oder Ludwig der Heilige dort regieren, und Oesterreich bleibt mir Ausland, ich mag es bei Hochkirch oder vor Paris ins Auge fassen. Für den politischen Calcul sind natürlich diese thatsächlichen Unterschiede sehr gewichtig, für mein Gewissen, für den Rechtspunkt haben sie mir keine Bedeutung, ich fühle keine Verantwortlichkeit für auswärtige Zustände in mir. Ich weiß, daß Sie mir

Digitized by Google

darauf antworten, es sei das nicht auseinanderzuhalten, und wohlverstandene preußische Politik erfordere auch aus Zweckmäßigkeitsrücksicht Keuschheit in auswärtigen Beziehungen. Vom Standpunkt der politischen Nützlichkeit läßt sich hierüber diskutieren; wie Sie aber den Unterschied stellen zwischen Recht und Revolution, Christentum und Unglauben, Gott und Teufel, so kann ich nicht mit Ihnen diskutieren, sondern einfach sagen, ich bin nicht Ihrer Meinung, und Sie richten in mir, was nicht Ihres Gerichts ist. Ich habe weder den königlichen Dienst, noch eigne Ehre in demselben, letzteres wenigstens nicht vorbedachter Weise, gesucht, und der Gott, der mich unerwartet hineingesetzt hat, wird mir auch lieber den Weg hinauszeigen, als meine Seele darin verderben lassen, solange ich ehrlich suche, was Seines Dienstes in meinem Amte ist.'

Kein leichtfertiges Spiel also, wie seine Gegner ihm vorhielten, sondern die Ueberzeugung, dem wahren Vorteil seines Staates zu dienen, hatte ihn in den letzten Jahren bewogen, die Regierung und die ihr nahestehende Presse vor gehässigen Ausfällen gegen Napoleon zu warnen, damit ja nicht die Meinung aufkomme, daß Preußen unter allen Umständen eine Verständigung oder ein Bündnis mit Frankreich von sich weise. Dabei war er von der Absicht, ein solches Bündnis einzugehen, allerdings in Wahrheit sehr weit entfernt; denn über die Macht und Dauer des neuen Kaisertums gab er sich keiner Täuschung hin. Mit Aufmerksamkeit hatte er seit dessen Anfängen die Entwicklung der Dinge in Frankreich verfolgt und durch eigene Anschauung seine Kenntnis des Landes und seiner politischen Lage erweitert. Napoleon selbst, den er mehrmals sprach, hatte mit seiner lange geübten und manchem andern gefährlichen Verschleierungskunst dem durchdringenden Auge Bismarcks nicht widerstanden; auch ihm, dem Meister der Verstellung, hatte dieser seine geheimsten Gedanken aus der Seele gelesen.

Ueberdies wußte Bismarck seit dem Frühjahr 1857 aus des Kaisers eignem Munde, daß dieser einen Angriff auf Oesterreichs Stellung in Italien plante und hierzu

Digitized by Google

ein Einvernehmen mit Preußen wünschte. Diese überraschenden Eröffnungen hatte Bismarck, obwohl er Napoleon über die Unwahrscheinlichkeit seiner Voraussetzung einer preußischen Neutralität nicht im Zweifel ließ, dennoch, einem Wunsche des Kaisers entsprechend, geheim gehalten, vielleicht um ihn in der Verfolgung seiner Pläne nicht allzu sehr zu stören. Erkannte er doch in einem Kriege Frankreichs mit Oesterreich eine jener Gelegenheiten, die es Preußen ermöglichen konnten, durch entschlossene Wahrung seines Vorteils aus seiner erdrückenden Abhängigkeit von den österreichfreundlichen Bundesmajoritäten loszukommen!

Danach bestimmte sich auch jetzt, im Beginn des Jahres 1859, seine Politik: Wenn Preußen dem Ansinnen Oesterreichs, ihm gemäß der Bundespflicht beizustehen, nachgebe, so werde es seinem gefährlichsten Gegner eine Stellung verschaffen, wie er sie in Italien nie und in Deutschland seit den Anfängen des dreißigjährigen Krieges nicht wieder gehabt habe. Gehe jetzt die Gelegenheit, eine Besserung in den deutschen Verhältnissen herbeizuführen, unbenutzt vorüber, so werde man sich später von neuem damit bescheiden müssen, daß sich in regelmäßigen Zeiten an der Sache nichts ändern lasse. Wie aber stellten sich in dieser Frage die öffentliche Meinung und die leitenden Männer, namentlich, wovon jetzt alles abhing, der Prinzregent? Im deutschen Süden verlangte die Bevölkerung teils aus Freundschaft zu Oesterreich, zum größern Teil aus Furcht vor Napoleon, die von Wien erbetene Bundeshilfe zu leisten, in Preußen aber gingen die Ansichten auseinander. Während die Liberalen die Freiheitsbestrebungen Italiens begünstigten, wollten die Konservativen natürlich von einem Kriege gegen Oesterreich nichts wissen und schienen eher geneigt, auf dessen Seite zu treten. Der Regent entschied sich für einen Mittelweg. Bismarcks Gedanke, die Notlage Oesterreichs auszunutzen, widerstrebte seiner ritterlichen, bundestreuen und legitimen Gesinnung; andererseits aber empörte sich sein militärisches Selbstbewußtsein gegen die ihm in Wien und Frankfurt zuge-

Digitized by Google

dachte Rolle, seine Armee im Namen und unter der Aufsicht der Bundesversammlung marschieren zu lassen. In dieser Auffassung, deren fest durchgesetzte Konsequenzen auch Bismarck zu billigen geneigt war, verfügte er, als der Kampf in Italien für Oesterreich eine unglückliche Wendung nahm, die Mobilmachung seines Heeres, wobei er allerdings voraussetzte, daß Oesterreich einwilligen werde, Preußen den Oberbefehl über die norddeutschen Streitkräfte zu übertragen, — eine Zusage, die immerhin, auch wenn sie nur für den vorliegenden Fall Geltung haben sollte, ein erheblicher Fortschritt auf der Bahn der preußischen Unionspolitik gewesen wäre. Da aber zeigte sich, wie richtig Bismarck Oesterreich beurteilt hatte. Um der preußischen Vermittlung, die ihm in Italien Luft gemacht hätte, zuvorzukommen und dadurch die Möglichkeit einer Verschiebung der deutschen Verhältnisse zu Preußens Gunsten abzuschneiden, schloß es in aller Eile am 11. Juli 1859 den Frieden von Villafranca.

Damit sind wir unsrer Aufgabe vorausgeeilt. Im März hatte Bismarck Frankfurt verlassen. Als er im Januar den Regenten bewegen wollte, ihn auf dem Frankfurter Posten zu lassen, hatte er selbst darauf hingewiesen, was er dort gelernt hatte: er habe in dem Fuchsbau des Bundestages dessen Ein- und Ausgänge bis auf die Notröhren kennen gelernt und kenne die komplizierten Beziehungen zu vielen Höfen und Ministern; jeder deutsche Fürst und jeder deutsche Minister sei ihm persönlich bekannt, und soweit es wenigstens für Preußen erreichbar sei, erfreue er sich eines Einflusses in der Bundesversammlung und an den Höfen. — Wir wissen, daß er mit diesem Hinweis, der eine nach seiner Ansicht unzweckmäßige Besetzung der preußischen Bundestagsgesandtschaft verhüten sollte, nur einen kleinen Teil dessen andeutete, wodurch er mehr als jeder andre befähigt war, die Leitung der preußisch-deutschen Angelegenheiten in seiner Hand zu halten. Vor allem hatte er die Formel entdeckt, die allein eine glückliche Lösung der deutschen Frage in Aussicht stellte: Los vom Bunde! Das Unwahre und zugleich für

Digitized by Google

Preußen Gefährliche der bestehenden Bundesverfassung hatte er als die letzte Ursache des politischen Elends in Deutschland erkannt. Der Glaube, daß eine für Preußen erträgliche Form des deutschen Nationalstaates unter gegenseitiger Anlehnung von Oesterreich und Preußen möglich sei, war ihm in dem achtjährigen Kampfe gegen österreichische Uebergriffe und Ueberlistungsversuche gründlich zerstört. In den Bundeseinrichtungen erblickte er, wie er am 12. Mai 1859 dem Minister von Schleinitz schrieb, nur noch eine drückende, in kritischen Zeiten sogar lebensgefährliche Fessel. Denn die Ausgestaltung des Bundes mit österreichischer Spitze war das natürliche Ziel, zu dem die mittelstaatliche Politik mit der Stetigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung zurückkehrte. Diese Politik erfolgte aber notwendig auf Kosten Preußens. Und weil es für dieses innerhalb der Bundesverträge kein Mittel gab, sich mit jener mittelstaatlichen Politik dauernd und befriedigend abzufinden, so betrachtete er das Bundesverhältnis als ‚ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden.‘

Dieses politische Glaubensbekenntnis zeigt, daß er, um in seinem Bilde zu bleiben, die Gefahr und den Sitz des Uebels erkannt hatte und von der Notwendigkeit einer gründlichen Kur oder gar, wenn diese nicht mehr half, einer Operation überzeugt war. Mit andern Worten, was geschehen mußte, wußte er; nur über die Art, wie es geschehen sollte, war er in jenem Augenblicke noch nicht schlüssig. Auch jetzt stand es ihm noch nicht fest, daß die

Digitized by Google

Auseinandersetzung mit Oesterreichs Ansprüchen auf die deutsche Vorherrschaft notwendig auf dem Schlachtfelde erfolgen mußte; aber wenn die Dinge so weiter gingen, wenn sie durch Oesterreichs feindselige Haltung einer Entscheidung entgegentrieben, so würde er sicherlich nicht zaudern, den ‚gordischen Knoten der deutschen Zustände militärisch zu zerhauen'.

Diesen Entschluß damals schon als seine ultima ratio zu offenbaren, mußte ihm freilich die Gesinnung des Regenten noch unratsam erscheinen lassen, aber alle seine Aeußerungen aus jener Zeit verraten doch schon die drängende Ungeduld, der tödlichen Stagnation der preußisch-deutschen Politik durch einen mutigen Entschluß ein Ende zu machen. ‚Wir waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie' — in diesem Citat hatte er im Herbst des vergangenen Jahres seinen Unwillen über den Niedergang des preußischen Ansehens seit 1848 Luft gemacht; jetzt, da er nach Petersburg ging, sah er immerhin mit mehr Zuversicht den kommenden Dingen entgegen, denn er wußte, daß die letzte Entscheidung über die preußische Politik in eine festere Hand übergegangen war.

In den letzten Tagen des März kam er in Petersburg an. Mit gutem Humor hatte er seine Versetzung dahin gedeutet, daß er an der Newa kalt gestellt werden solle, aber diese Vermutung sollte sich nicht erfüllen. Wohl waren die Aufgaben, die damals dem preußischen Gesandten in Petersburg oblagen, weniger schwer und verworren; im Verhältnis zu seiner Frankfurter Thätigkeit war seine diplomatische Arbeit einfach und bei der in jener Zeit wohlwollenden Gesinnung des Petersburger Kabinetts die Gesandtschaft beinahe eine Sinecure. Dagegen gab es eine Menge andrer Geschäfte, die ihm aus dem polizeilichen und gerichtlichen Schutz der etwa 40 000 Preußen erwuchsen, die damals in Rußland lebten und für die er ‚Advokat, Polizei, Landrat und Ersatzkommission' war. Persönlich war ihm, sobald er in Petersburg heimisch geworden und namentlich seit er die Seinigen um sich hatte, der Tausch nicht unwillkommen. Die Aufnahme, die er

Digitized by Google

am Hofe fand, that ihm wohl, der Kaiser Alexander II. bewies ihm große Herzlichkeit, die Mutter des Kaisers, eine Tochter Friedrich Wilhelms III., war für ihn ‚die Güte selbst'. ‚Für mich hat sie,' so schrieb er am 28. Juni seiner Gemahlin, ‚in ihrer liebenswürdigen Natürlichkeit wirklich etwas Mütterliches, und ich kann mich zu ihr ausreden, als hätte ich sie von Kind auf gekannt. Sie sprach heute lange und vielerlei mit mir; auf einem Balkon mit Aussicht ins Grüne, strickend an einem weiß und roten wollenen Shawl mit langen Stäben, lag sie, schwarz angezogen, in einer Chaiselongue, und ich hätte ihrer tiefen Stimme und ihrem ehrlichen Lachen und Schelten noch stundenlang zuhören mögen, so heimatlich war mir's.'

Dieser Aufnahme entsprach das Entgegenkommen des ganzen Hofes und der übrigen Gesellschaft, bei der Preußen damals in hohem Kurs stand, während Oesterreich wegen seiner Haltung während des Krimkrieges als falscher Freund verhaßt war. Das Vertrauen, welches Fürst Gortschakoff, der Leiter der auswärtigen Politik, ihm bewies, überschritt sogar nicht selten ‚die unter Diplomaten zulässige Grenze', allerdings, wie sich später zeigen sollte, weniger aus Freundschaft für Preußen oder dessen Gesandten, sondern weil dieser es für gut hielt, dem eiteln und bewundert sein wollenden Staatsmanne den erwarteten Tribut nicht vorzuenthalten.

Auch das Leben der russischen Gesellschaft, zumal die Schlittenfahrten und Jagden sagten ihm zu; an das Klima hoffte er sich zu gewöhnen, obgleich dessen Tücke ihm gleich in den ersten Monaten übel mitspielte. Ein heftiger Anfall von Rheumatismus, den er sich aus Unvorsichtigkeit zuzog, warf ihn für einige Wochen nieder, so daß er in der zweiten Hälfte des Juli nach Deutschland zurückkehrte, um sich auszuheilen. In Baden-Baden, wohin er sich im September zu einer Nachkur begab, hatte er wiederholt Beratungen mit dem Prinzregenten; im Oktober reiste er nach Warschau dem Kaiser Alexander entgegen, um ihn nach Breslau zu einer Zusammenkunft mit dem Regenten zu begleiten. Als er jedoch im November mit den

Digitized by Google

Seinigen die Reise nach Petersburg antrat, erkrankte er unterwegs auf dem Gute seines Freundes v. Below-Hohendorf an einer Lungenentzündung nicht ungefährlich, so daß er, wie er später dem General Gerlach gestand, sich schon mit dem Gedanken abfand, den grünen Rasen nicht wieder von oben anzusehen. Erst im Frühjahr war er so weit hergestellt, daß er nach Berlin gehen konnte, um hier seine völlige Genesung abzuwarten.

In dieser Zeit faßte der Fürst von Hohenzollern den Plan, die inzwischen beinahe unhaltbar gewordene Stellung seines Ministeriums durch den Eintritt Bismarcks, dem er die Leitung des Auswärtigen zugedacht hatte, zu verstärken. In einer Konferenz, die unter dem Vorsitz des Regenten stattfand, entwickelte Bismarck sein Programm einer auswärtigen preußischen Politik. Obwohl er hier seine letzten Gedanken noch in der Reserve hielt, und die Möglichkeit einer Verständigung mit Oesterreich nicht ganz verneinte, so ließ er doch darüber keinen Zweifel, daß es vor allem darauf ankomme, die in Wien herrschende Illusion von der Nachgiebigkeit Preußens zu zerstören und statt dessen die Ueberzeugung hervorzurufen, daß man eventuell zum Bruche und zum Kriege entschlossen sei. Dieser Auffassung gegenüber hielt der Regent ‚in der Erinnerung an die väterlichen Traditionen' fest an der von Schleinitz vertretenen Ansicht, daß die Beziehungen zu Oesterreich erhalten bleiben müßten. Die Gründe, die dann im Sommer des Jahres 1861 abermals den Eintritt Bismarcks in das Ministerium in nahe Aussicht rückten, führen uns zunächst auf den Gang der preußischen Politik zurück.

Die Begeisterung, womit im Oktober 1858 die neue Aera begrüßt worden war, gehörte schon der Vergangenheit an, die Eintracht zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung war zerstört, und zu den Schwierigkeiten der auswärtigen Politik, die in der Cirkelquadratur der preußisch-österreichischen Hegemonie über Deutschland ihren Grund hatten, drohte ein schwerer Konflikt im Innern. Rat- und mutlos standen die berufenen Leiter des

Digitized by Google

Staates am Steuer und sahen ihr Schiff einer doppelten Gefahr entgegentreiben. In diesem kritischen, über Preußens und Deutschlands Zukunft entscheidenden Augenblick schlossen sich vor Bismarcks Geist die beiden Probleme, das der auswärtigen und der innern Politik seines Landes, zusammen: mit dem Scharfblick des Genius sah er, daß das eine durch das andre gelöst werden mußte; die neue Klippe, die sich in der innerpolitischen Lage zeigte und vor der die übrigen Staatsmänner verzagten, wies ihm die Bahn zum Ziele!

Vergegenwärtigen wir uns zunächst in wenigen Sätzen den Verlauf der auswärtigen Politik seit seinem Weggang von Frankfurt. Damals beherrschte, wie wir sahen, die Stellung Preußens zu dem unmittelbar bevorstehenden italienischen Kriege die gesamte Lage. Auch von Petersburg aus bot Bismarck im Sommer 1859 alles auf, Preußen vor Schritten zu Oesterreichs Gunsten zu warnen. Seine Besorgnis wuchs, als er merkte, daß andre Einflüsse seinen Vorstellungen entgegenarbeiteten. Obwohl er daher im allgemeinen die Haltung des Regenten gegenüber den kriegführenden Parteien ‚korrekt' fand, so befürchtete er doch, daß Preußen infolge der Mobilmachung zuletzt wider seinen Willen auf die schiefe Ebene hinabgezogen werde: man werde losschlagen, weil man sich geniere, die Landwehr einfach wieder nach Hause zu schicken; aber mit dem ersten Schuß am Rhein werde der deutsche Krieg, der Paris bedrohe, die Hauptsache, Oesterreich bekomme in Italien Luft und werde alsdann Preußen das Maß und die Richtung seiner Erfolge so zuschneiden, wie es den spezifisch österreichischen Interessen entspreche. Und wenn es Preußen schlecht gehe, so würden die Bundesgenossen von ihm abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und jeder Fürst, dessen Residenz französische Einquartierung bekomme, werde sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten.

Die Erkenntnis, daß seine Warnungen mitunter im Winde verhallten, machte ihm schwere Tage, seine Stimmung, durch die eben überstandene Krankheit noch

Digitized by Google

mehr verdüstert, brach gelegentlich in herben und verzagenden Klagen hervor. ‚Wie Gott will!‘ — schrieb er am 2. Juli der Gemahlin — ‚es ist hier doch alles nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelei, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Oesterreicher doch eine Aehnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; . . . Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unsrer Seligkeit angewiesen wären.‘

Wir haben gesehen, daß der von Oesterreich beschleunigte Friedensschluß seinen schlimmsten Befürchtungen zuvorkam; aber auch in der Folgezeit gab die Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser Franz Joseph am 26. Juli 1860 ihm Anlaß zur Sorge, er wurde den Gedanken nicht los, daß Preußen sein Recht für ein Linsengericht verkaufen könne. Unterdessen hatten seine Gegner, namentlich als sie von der im Frühjahr 1860 gepflogenen Beratung über seinen Eintritt ins Ministerium erfuhren, kein Mittel verschmäht, ihn nach oben und unten, bei den deutschen Regierungen und vor der öffentlichen Meinung, zu verdächtigen: er habe, um Preußen in Deutschland freie Hand zu verschaffen, mit Frankreich über die Abtretung des linken Rheinufers verhandelt. Der einen Quelle, aus der diese Verdächtigung floß, sind wir schon oben in seinem Briefwechsel mit Gerlach begegnet. Es waren die ehemaligen Parteigenossen, die ihm seine unbefangene realpolitische Beurteilung des Bonapartismus verdachten. Gegen diese fällte er in einem Schreiben vom 22. August ein scharfes, aber gerechtes Urteil: wenn er ein österreichischer Staatsmann oder Reaktionär wäre, so würde die Kreuzzeitung ihn in Schutz genommen haben, denn die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen sei keinem seiner politi-

Digitized by Google

schen Freunde unbekannt; weil er aber ein alter Parteigenosse sei, der das Unglück habe, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so lasse man ihn nach Herzenslust begeifern. — Zu diesen reaktionären Gegnern stießen jetzt nicht nur die mittelstaatlichen Parteigänger Oesterreichs, sondern auch seltsamerweise das Organ einer Partei, deren deutsches Programm mit Bismarcks Plänen sich deckte. Am 20. Juli brachte die Wochenschrift des Nationalvereins die Meldung, daß die französisch-russischen Anerbietungen in den Herren v. Usedom und v. Bismarck-Schönhausen eifrige Fürsprecher gefunden hätten; wenngleich daher innerhalb der preußischen Regierung Ehre und Verstand den Gedanken an die Möglichkeit solcher Abmachungen nicht aufkommen lasse, so sei es doch eine Unterlassung, daß man die genannten beiden Männer, nachdem sie sich durch ihren Uebereifer für antinationale Pläne bloßgestellt hätten, nicht von ihren Gesandtschaftsposten entferne. Den Inhalt dieser Verdächtigung hielt die Wochenschrift in einer ihrer nächsten Nummern aufrecht mit dem Zusatz: wenn die beiden Herren den Bund mit dem Teufel eingehen wollten, um diesen zu betrügen, so hätten sie doch ihren deutschen Ruf und Einfluß für immer zu Grunde gerichtet. Als Bismarck von diesen Angriffen erfuhr, schalt er über das ‚einfältige Federvieh der deutschen Presse', welches nicht merke, daß es damit gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeite. Im übrigen aber prallten jene Angriffe ab von seinem guten Bewußtsein, wenn er einem Teufel verschrieben sei, so sei es ein teutonischer, kein gallischer.

In seinen Gedanken über die Lösung der deutschen Frage hatte sich inzwischen, wie die eben erwähnte Bemerkung auf die Angriffe des Nationalvereins erkennen läßt, eine wichtige Wandlung vollzogen. Schon in der Zeit seiner Frankfurter Gesandtschaft hatte ihn die Frage beschäftigt, ob sich nicht für den Zollverein eine Art Zollparlament empfehle, um den partikulären und centrifugalen Interessen der Regierungen und der ständischen Körperschaften ein Gegengewicht zu geben. Diesen Gedanken wei-

Digitized by Google

ter verfolgend, kam er dazu, in der öffentlichen Meinung, wie sie in den Kammern und in der Presse vertreten war, einen Bundesgenossen für die hegemonischen Bestrebungen der preußischen Politik zu erkennen. Die Beobachtung, daß die Einheitsbestrebungen Italiens in der deutschen Bevölkerung die nationalen Wünsche wieder weckten, und daß auch die feindselige Haltung der antipreußischen Regierungen nicht imstande war, die Bewegung, die in der Gründung des Nationalvereins ihren Mittelpunkt fand, zu hemmen, — diese Beobachtung konnte ihn nur in der Ansicht bestärken, daß im Notfalle das deutsche Volk selbst der beste und wirksamste Bundesgenosse einer folgerichtigen preußischen Politik sein werde. Einmal in dieser Richtung, hatte der Gang der Dinge, namentlich durch die Erkenntnis, wie ohnmächtig Oesterreich dem Einheitsdrange des italienischen Volkes gegenüberstand, ihn weiter geführt: in seinem deutschen Programm erschien der Gedanke einer nationalen Vertretung des Volkes bei der Bundesbehörde.

Jetzt erhob er, durch die Schwierigkeiten der innern Lage gedrängt, diese Forderung nochmals mit zwingenden Gründen in einer Denkschrift, die er im Sommer 1861 in Baden-Baden dem Könige Wilhelm überreichte und die diesem solchen Eindruck machte, daß er ihn um nähere Ausführung der darin niedergelegten Gedanken ersuchte. Wegen der Bedeutung, die die Denkschrift für die Entwicklung seiner deutschen Politik hat, führen wir ihre wichtigsten Sätze im Wortlaut an. Nachdem er in der Einleitung darauf hingewiesen hatte, weshalb die Schäden der deutschen Bundesverfassung, solange das Bündnis der drei Ostmächte bestand, erträglich waren, fuhr er also fort: Seitdem diese Bürgschaften mit der Auflösung der heiligen Allianz geschwunden sind, machen sich der Bevölkerung in verstärktem Maße alle die Uebelstände fühlbar, welche aus der unnatürlichen Mannigfaltigkeit der Landesgrenzen im Innern Deutschlands hervorgehen und verstärkt werden durch die in frühern Zeiten unbekannte Höhe, auf welche das Souveränetätsbewußtsein der Einzelstaaten sich heutzutage ge-

Digitized by Google

steigert hat. In den kleinern Staaten ist das demütigende Gefühl des Mangels an Sicherheit und Würde nach außen und die Empfindung des Druckes vorherrschend, welche die Beschränktheit der politischen Lebenskreise auf die Strebsameren und Befähigteren ihrer Angehörigen ausübt. Das preußische Volk dagegen fühlt die Ungerechtigkeit, welche darin liegt, daß Preußen, nachdem Oesterreichs innere Zustände die Bereitschaft des kaiserlichen Bundeskontingentes für die Stunde der Gefahr sehr zweifelhaft erscheinen lassen, mit den Kräften von 18 Millionen unter höchster Anspannung aller Kräfte für die Verteidigung des Gebietes von mehr als 40 Millionen der Hauptsache nach einstehen soll, daß es dabei in seiner Gesamtheit kein stärkeres Recht am Bunde hat, als die kleinen Nachbarstaaten, die es schützt, durch die es aber im Frieden seine materielle Entwicklung beschränkt, seinen Verkehr eingeengt sieht, und von denen es im Kriege, sobald er unglücklich verliefe, verlassen werden würde. In der gesamten deutschen Bevölkerung nährt und steigert sich das Mißvergnügen durch das niederschlagende Gefühl, daß eine große und kräftige Nation durch die Mängel ihrer Gesamtverfassung verurteilt ist, nicht nur auf die ihr gebührende Geltung in Europa zu verzichten, sondern in steter Sorge vor dem Angriff von Nachbarn zu leben, denen sie unter Umständen mehr als gewachsen sein würde. Je mehr dieses Gefühl und die Erkenntnis seiner Ursachen das allgemeine Bewußtsein durchdringen, um so schärfer und zuletzt gefährlicher kehrt sich seine Spitze gegen die Gesamtheit der deutschen Regierungen. Von den letzteren wird erwartet, daß sie mit mehr praktischem Erfolge als bisher dem Ziele einer engern Einigung Deutschlands zustreben, und diese Erwartung erscheint auch der konservativsten Auffassung nicht unberechtigt, soweit es sich darum handelt, die Wehrkraft Deutschlands einheitlicher und straffer zusammenzufassen und der allgemeinen Wohlfahrt diejenige freie Bewegung im Gebiete aller materiellen Interessen zu sichern, welche für Handel und Verkehr durch den Zollverein angebahnt ist. Mit der jetzigen Bundesverfassung ist es nicht möglich,

Digitized by Google

den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Die Grenzen, innerhalb deren der Bundestag durch Majoritäten beschließen kann, sind sehr eng, und außerhalb derselben würde selbst eine besser intentionierte Majorität als die jetzige durch den Widerspruch Einzelner gelähmt werden. Dänemark oder Luxemburg sind berechtigt, jeden Fortschritt zu hemmen. In Erkenntnis dieses Uebels wurde daher innerhalb der letzten zehn Jahre von der Koalition, in welche Oesterreich mit den Mittelstaaten getreten war, vielfach versucht, in ihrem Interesse die Kompetenz der Majoritätsbeschlüsse zu erweitern. Dieses Auskunftsmittel ist aber für Preußen in der jetzigen Bundesverfassung nicht annehmbar. Bei Erweiterung der Befugnisse der Majorität wäre das Veto gegen Majoritätsbeschlüsse, welches in den Händen eines zu selbständiger Politik nicht befähigten Kleinstaates oder im Besitz einer außerdeutschen Macht als Abnormität erscheint, für die Großmacht Preußen unentbehrlich. Preußen kann nicht in Deutschland die Rolle einer beherrschten Minorität übernehmen, wenn der Bundesbehörde wesentliche Attributionen der Militär- und Finanzgesetzgebung für Deutschland beigelegt würden. Dem Bundesstaate, welcher an Macht alle übrigen zusammengenommen aufwiegt, gebührt ein vorwiegender Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten, und seine Bevölkerung würde darauf nicht verzichten wollen. Eine andre Verteilung der Stimmrechte am Bunde, eine stärkere Beteiligung der mächtigen Mitglieder bietet immerhin ein unzulängliches Korrektiv der bestehenden Mängel. Bei gerechter Verteilung müßten beide Großmächte zusammen die geborene Majorität bilden, und nach der Bevölkerung und nach dem Machtverhältnis müßte Preußen allein mehr Stimmen haben als die Gesamtheit der übrigen rein deutschen Staaten (18 Millionen gegen $17^1/_2$). Abgesehen von dieser Schwierigkeit würde durch die mechanische Operation der Zählung der vertragsmäßigen Stimmen eine lebensfähige und am Tage der Gefahr haltbare Einigung schwerlich erreicht werden. Um einem solchen Ziele näher zu treten, ist vielleicht *eine nationale Vertretung*

Digitized by Google

des deutschen Volkes bei der Bundes-Centralbehörde das einzige Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Nachdem eine Volksvertretung, zum Teil mit sehr weitgehenden Befugnissen, in jedem deutschen Staate besteht, kann eine analoge Einrichtung für die Gesamtheit unmöglich an und für sich als eine revolutionäre angesehen werden ...'

Daß die hier geplante Reform unter ehrlicher Beteiligung Oesterreichs ausgeführt werden konnte, sah Bismarck selbst als nicht wahrscheinlich an, auch nicht für den Fall, daß zwischen den deutschen und nichtdeutschen Provinzen des Kaiserstaates das Verhältnis einer bloßen Personalunion hergestellt würde. Er empfahl deshalb, das Ziel mit Hilfe von Sonderverträgen anzustreben, wie ja auch der Zollverein aus kleinen Anfängen hervorgegangen sei. Bevor man jedoch mit solchen Bestrebungen außerhalb des Bundestages hervortrete, solle man offen und amtlich erklären, daß die bestehende Bundesverfassung sich nicht bewährt habe und einer eingehenden Reform bedürftig sei, daß ferner Preußen entschlossen sei, dahin zielende Vorschläge zu machen, in der Erwartung, jetzt oder in Zukunft, wenn die richtige Ansicht sich Bahn breche, die freie Einwilligung der Verbündeten zu erlangen. Eine derartige Erklärung würde als erster Schritt zu bessern Einrichtungen tiefen Eindruck in Deutschland machen und der preußischen Regierung gegenüber den Wahlen und den Kammern ihre Aufgabe wesentlich erleichtern.

Zwei Punkte erregen in der Denkschrift unser Interesse. Zuerst die Art, wie Bismarck damals die deutsche Einheit zu verwirklichen dachte. Denn es war unverkennbar: Der ehemalige Gegner der preußischen Unionspolitik war in einigen ihrer fundamentalen Gedanken ihr Vorkämpfer geworden. Und doch, welch ein Unterschied zwischen damals und jetzt! Jene frühere Unionspolitik war

Digitized by Google

hervorgegangen aus einem Ueberschwang der nationalen Begeisterung, zum Teil wenigstens gegen die Machtinteressen des preußischen Königtums und in leichtfertiger Geringschätzung der Schwierigkeiten, die in den deutschen und namentlich in den europäischen Verhältnissen dem Plane entgegenstanden. Jetzt nahm der Gegner der damaligen Politik, der nur an Preußens Macht und Größe dachte, durch die zwingende Natur der Dinge getrieben, den ehedem bekämpften Gedanken auf. Frei von jeder politischen oder nationalen Ideologie hatte er in nüchterner Abwägung der gegebenen Verhältnisse, der politischen Kräfte und ihrer Gegenströmungen seinen früheren Standpunkt so weit überwunden, daß er nunmehr, wenngleich noch nicht öffentlich, zu der Fahne seiner einstigen Gegner hielt. Dabei sei jedoch nicht übersehen, in welcher Form ihm eine nationale Volksvertretung vorschwebte. Für deren Haltung könne es, meinte er, einige Bürgschaft gewähren, wenn ihre Mitglieder nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von den einzelnen Landtagen erwählt würden. Mit diesem Vorschlage, der allerdings nicht sein letztes Wort enthielt, entfernte er sich an einem entscheidenden Punkte von dem Plane des früheren Unionsparlaments, sei es aus Rücksichten auf die politische Ueberzeugung des Königs oder, was wahrscheinlicher ist, in der Erwägung, daß der Plan einer aus direkten Wahlen hervorgehenden Nationalvertretung die Zustimmung der verbündeten Fürsten von vornherein aussichtslos gemacht hätte.

Der zweite Punkt, der in jener Denkschrift besondere Beachtung verdient, liegt in dem letzten der oben mitgeteilten Sätze, insofern er zeigt, wie sich in Bismarcks Seele die Kombination der beiden Probleme der innern und auswärtigen preußischen Politik zu vollziehen begann. Er rechnete so: Ein entschiedenes Vorgehen Preußens in der deutschen Frage muß in der öffentlichen Meinung einen Eindruck machen, der durch seine Rückwirkung auf die demnächst zu wählende und voraussichtlich wieder oppositionell gestimmte Kammer die Spannung der innern Lage zum Teil lösen wird. Dies zu verstehen, erinnern wir

Digitized by Google

uns an die Ursache und den Verlauf der innerpolitischen Verwicklung in Preußen.

Schon als Prinz hatte König Wilhelm sich mit dem Gedanken einer bessern Organisation des preußischen Heeres getragen. Die Mängel der bestehenden Heeresverfassung konnten seinem sachverständigen Blicke nicht verborgen bleiben, und weil er, gleich seinen großen Vorgängern, eine starke und schlagfertige Armee als die sicherste Grundlage von Preußens Größe ansah, betonte er unablässig und nachdrücklich die Notwendigkeit einer Reform. Aber die Enge der finanziellen Lage, später, unter Friedrich Wilhelm IV., auch die Abneigung der leitenden Männer gegen durchgreifende Beschlüsse hatten bewirkt, daß bis zur Erkrankung des Königs in der Hauptsache alles beim alten geblieben war. Sobald aber der Prinz die Regentschaft antrat, war es eine seiner ersten Sorgen, das Werk der Heeresreorganisation anzugreifen. Die Erfahrungen, die man bei der Mobilmachung im Sommer 1859 machte, waren nur zu sehr geeignet, ihn in seiner Ueberzeugung von der Dringlichkeit der Sache zu bestärken.

Die Mängel hatten ihren Grund besonders darin, daß man die Zahl der Regimenter aus dem Jahre 1815 beibehalten hatte, obwohl inzwischen die Bevölkerung der Monarchie von zehn Millionen auf fast achtzehn Millionen gestiegen war. Weil nun die vorhandenen Regimenter jährlich nur 40 000 Rekruten einstellen konnten, blieb einerseits ein großer Teil der dienstpflichtigen und tauglichen jungen Mannschaft, etwa 25 000 jährlich, dienstfrei, andererseits mußten bei Mobilmachungen und im Kriegsfalle ältere Jahrgänge der Landwehr sofort zur Feldarmee einberufen werden. Neben der Ungerechtigkeit und den wirtschaftlichen Schäden, die dieses Mißverhältnis zur Folge hatte, traten bei jeder Mobilmachung, namentlich während des Feldzuges in Baden im Sommer 1849, bedenkliche Erscheinungen hervor, die die herrschende, aus den Freiheitskriegen stammende Legende von der Kriegstüchtigkeit der Landwehr erschütterten. Der Gedanke, der dem Reformplan des Regenten zu Grunde lag, war einfach und

Digitized by Google

schlagend: Indem man die Linienregimenter vermehrte und jährlich 23 000 Rekruten mehr aushob, wurde es möglich, die ältern Jahrgänge der Landwehr aus der Kriegsreserve, also aus der Feldarmee, auszuscheiden und die gesamte Armee zu verjüngen. Die Kosten der Organisation berechneten sich auf $9^1/_2$ Millionen Thaler.

Wir fragen uns heute verwundert, wie es kam, daß dieser Plan auf ernstlichen Widerstand stoßen konnte. Aber es war so. Die Landwehr galt als eine liberale Institution; den Gedanken, sie als selbständiges Glied der Feldarmee zu beseitigen, betrachtete man als einen Vorläufer reaktionärer Pläne und war um so weniger geneigt, einer Regierung, deren auswärtiger Politik man jede Schwäche, aber keinen mutigen Entschluß zutraute, neue Regimenter zu bewilligen. Dieser Widerwille gegen den Reformplan wuchs, als der wegen seiner liberalen Anschauungen beliebte Kriegsminister v. Bonin dem als absolutistisch verdächtigen v. Roon weichen mußte.

Am 10. Februar 1860 gelangte die Heeresvorlage an die Kammer. Die Kommission beantragte auf den Vorschlag ihres Berichterstatters, des Generalmajors a. D. v. Stavenhagen, die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie und die Beibehaltung der Landwehr in der Feldarmee. Obwohl sie im übrigen gegen die Vermehrung der Regimenter und die Mehraushebung der Rekruten nichts einzuwenden schien, so war doch mit der Annahme der Kommissionsanträge die Regierungsvorlage aussichtslos geworden, weil der Regent keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß die Forderung der zweijährigen Dienstzeit ihm ganz unannehmbar war. Wie dann in dem Glauben, daß es sich um ein Provisorium handle, die Kosten der Heersverstärkung für die Jahre 1860 und 1861 bewilligt wurden, wie sich bei der Erkenntnis dieses Irrtums die Gegensätze verschärften und die Neuwahlen im Dezember 1861 zu einem vollständigen Siege der Opposition führten, sei hier nur kurz erwähnt. Im Frühjahr 1862 war jede Aussicht auf Verständigung mit der Kammer geschwunden. Der König löste sie deshalb auf,

Digitized by Google

entließ die liberalen Mitglieder des Ministeriums und bekundete durch Ernennung konservativer Minister den Willen, den ihm von der liberalen Opposition aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Die Neuwahlen im Mai ergaben jedoch abermals eine gänzliche Niederlage der Regierung; einige Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, schlugen fehl, und nachdem am 23. September die sämtlichen Ausgaben für die Heeresreform mit einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt worden waren, stand man vor der inhaltschweren Frage, ob in Preußen der König, oder wie in England und Belgien, das Parlament regieren solle.

Der Entschluß, den König Wilhelm jetzt fassen würde, mußte über das Schicksal seiner Krone und seines Staates entscheiden. In ihrer ganzen Schwere lastete die Verantwortung des Augenblicks auf seiner Seele. Inmitten dieser Not, da die große Mehrheit des Volkes ihm widerstrebte, ein Teil seiner Minister sich der Verteidigung seiner Kronrechte entzog, und selbst in seiner nächsten Umgebung die Gemahlin und der Sohn ihn zur Nachgiebigkeit zu drängen suchten, errang er nach schwerem Kampf den größten seiner Siege: er blieb standhaft und wandte sich an Bismarck.

Der war unterdessen dem wechselvollen Schicksal der Heeresreform mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt. Denn deutlicher als allen, auch den wenigen Verteidigern der Regierungsvorlage, war es ihm bewußt, daß in dieser Frage um die Voraussetzung aller ferneren Erfolge gestritten wurde. Schon im Herbste 1859, kurz bevor Roon das Kriegsministerium übernahm, hatte er mit diesem in Breslau und Berlin Rat gepflogen. Je mehr dann die Hindernisse vor der Heeresvorlage sich auftürmten, desto eindringlicher riet Roon dem Könige, den Mann in seine Nähe zu rufen, der allein imstande sein werde, den Widerstand zu brechen. Nachdem im Frühling 1860 Verhandlungen über Bismarcks Eintritt ins Ministerium daran gescheitert waren, daß sein Programm der auswärtigen Politik dem Regenten zu weit ging, erfolgte im Sommer 1861 eine neue Anfrage. Im Schoße des Ministeriums

Digitized by Google

war eine Meinungsverschiedenheit hervorgetreten, ob es dem Könige nicht durch die Verfassung verwehrt sei, sich nach der Weise seiner Vorfahren huldigen zu lassen. Bismarck verstand nicht, wie ein im Grunde so unbedeutender Anlaß eine solche Aufregung hervorrufen und gar zur Sprengung des Kabinetts führen könne. Ueberdies machte ihn das Bewußtsein, in wesentlichen Fragen mit den Ansichten seines königlichen Herrn nicht übereinzustimmen, in jenem Augenblick wenig geneigt, Roons Kommando, ‚an die Pferde', welches ‚mit schrillem Mißklang' in seine Gefühle tönte, Folge zu leisten. Zwar werde er sich nicht drücken, schrieb er am 2. Juli dem Freunde, denn er wolle sich keiner Feigheit bewußt sein, aber er hoffe, daß das Gewitter vorübergehe.

Im Herbste hatte er dann wiederholt Beratungen mit dem König, und es scheint, daß er diesmal zu der Erkenntnis kam, wenigstens für die Ziele seiner auswärtigen Politik dessen Zustimmung gewonnen zu haben. Wir wissen, daß der König Bismarck auftrug, seine Ansichten über die deutsche Frage in einer Denkschrift auszuarbeiten, und daß verwandte Gedanken über eine Wiederaufnahme der preußischen Unionspolitik ihm gerade damals auch von andrer Seite her nahe traten. Entscheidend und ausschlaggebend aber wurde im Laufe des folgenden Jahres die bedrohliche Zuspitzung des Konfliktes in Preußen. Schon im Beginn des Jahres, als die Aussichten, mit der neugewählten Kammer zu einer Verständigung zu kommen, immer mehr schwanden, und der König sich zu einem durchaus konservativen Ministerium entschloß, wurde Bismarcks Eintritt von neuem ernstlich erwogen. Er wurde von seinem Petersburger Posten abberufen und hatte in Berlin, wo er am 10. Mai ankam, wieder mehrere Beratungen mit dem Könige und den Ministern. Aber während die Eingeweihten stündlich seine Ernennung zum Minister erwarteten, erfolgte am 22. Mai die Entscheidung zunächst in anderm Sinne. Noch einmal hatten die Bedenken des Königs, sein und seines Staates Schicksal der Leitung des Uebergewaltigen anzu-

Digitized by Google

vertrauen, obgesiegt. Bismarck ging als Gesandter nach Paris, allerdings mit der Empfindung, daß das Pariser Vergnügen nicht so lange dauern werde, um sich dort häuslich einzurichten, und daß er schließlich doch in Berlin ‚ein Ende nehme'.

Ihm selbst war die Nichtverwirklichung seiner Ministeraussichten in jenem Augenblick eher willkommen. Die Hoffnung, daß man ihn nicht für das Ministerium einfangen, daß sich ein andrer dazu finden werde, ist wenigstens der Grundton einiger Briefe, die er im Sommer des Jahres 1862 an seine Gemahlin und andre Vertraute schrieb. Jedoch verdroß ihn das Ungewisse seiner Lage; auch hielt er es, wie er der Gemahlin erklärte, für Untreue und Feigheit, den König im Stich zu lassen. Und gerade diese Empfindung, dieselbe, die ihn bei seinem Eintritt ins politische Leben beherrschte, behauptete schließlich das Feld. Er versicherte Roon, der über seine ‚Manövers und Gegenzüge' in Unruhe geriet, seiner Bereitwilligkeit, einem Rufe des Königs zu folgen; und daß seine Thatenlust wuchs, je mehr sich die Lage in Berlin verwickelte, offenbarte der Humor des Geständnisses: er habe lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen gehe, wenn es ihm zu wohl werde. Sein Sträuben war jetzt nur noch das Ergebnis seiner Auffassung der parlamentarischen und politischen Lage. Er glaubte, daß die Kammer sich in ihrem Eifer bei der bevorstehenden Debatte in Kleinigkeiten verbeißen, ihre eigentlichen Geschäfte verschleppen und darüber in der öffentlichen Achtung sinken und Langeweile erzeugen werde; wenn sie das fühle und, um aus ihrer schiefen Stellung erlöst zu werden, auf Konzessionen seitens der Regierung hoffe, dann erst sei der Moment gekommen, durch seine Ernennung zu zeigen, daß man weit davon entfernt sei, den Kampf aufzugeben, sondern ihn mit frischen Kräften aufnehme. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung mache dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde; besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und

Digitized by Google

Staatsstreicheln geraſſelt werde, ſo helfe ihm ſeine Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit, und man denke, ‚na, nu geht's los!' Dann würden alle Centralen und Halben zum Unterhandeln geneigt ſein.

Wenige Tage, nachdem er dieſen Plan in einem Briefe an Roon entwickelt hatte, reiſte er von Paris nach Biarritz, um ſich für die ihm winkende ‚Galeere' des Miniſteramtes in Berg- und Seeluft die nötige Stärkung zu holen. Auf der Rückkehr von dort ſchrieb er aus Toulouſe am 12. September, er fühle ſich ſo geſund wie ſeit zehn Jahren nicht. Aber die Ungewißheit ſeiner Zukunft war ihm unerträglich geworden. Ich bin, ſo geſtand er Roon, ſo zufrieden, Sr. Majeſtät Geſandter in Paris zu ſein, daß ich nichts erbitten möchte als die Gewißheit, es wenigſtens bis 1875 zu bleiben. Schaffen Sie mir dieſe oder jede andre Gewißheit, und ich male Engelsflügel an Ihre Photographie! —

Wie er darauf am 18. September durch Roons Depeſche ‚Periculum in mora' nach Berlin berufen wurde und im Schloſſe Babelsberg den König, der ſchon ſeine Abdankungsurkunde entworfen hatte, aufrichtete, hat er ſelbſt oft, zuletzt in den ‚Gedanken und Erinnerungen' geſchildert.

‚In der That' — ſo berichtet er die weltgeſchichtliche Unterredung — ‚war mir jeder Gedanke an Abdication des Königs fremd, als ich am 22. September in Babelsberg empfangen wurde, und die Situation wurde mir erſt klar, als Se. Majeſtät ſie ungefähr mit den Worten präziſierte: ‚Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht ſo vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewiſſen und meinen Unterthanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren ſoll, und ich finde keine Miniſter mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne ſich und mich der parlamentariſchen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entſchloſſen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdicationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen.' Der König zeigte mir das auf dem Tiſche liegende Aktenſtück in ſeiner

Digitized by Google

Handschrift, ob bereits vollzogen oder nicht, weiß ich nicht. Ich erwiderte, es sei Sr. Majestät schon seit dem Mai bekannt, daß ich bereit sei, in das Ministerium einzutreten; ich sei gewiß, daß Roon mit mir bei ihm bleiben werde, und ich zweifele nicht, daß die weitere Vervollständigung des Kabinetts gelingen werde, falls andre Mitglieder sich durch meinen Eintritt zum Rücktritt bewogen finden sollten. Der König stellte nach einigem Erwägen und Hin- und Herreden die Frage, ob ich bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten, und nach meiner Bejahung die weitere Frage, ob auch gegen die Majorität des Landtages. Auf meine Zusage erklärte er schließlich: ‚Dann ist es Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiciere nicht.‘ Der König forderte mich auf, ihn in den Park zu begleiten. Auf diesem Spaziergange gab er mir ein Programm zu lesen, das in seiner engen Schrift acht Folioseiten füllte, alle Eventualitäten der damaligen Regierungspolitik umfaßte und auf Details, wie die Reform der Kreistage, einging. Es gelang mir, ihn zu überzeugen, daß es sich für ihn nicht um konservativ oder liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handele, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei. Der König zerriß das Programm und war im Begriff, die Stücke von der Brücke in die trockne Schlucht im Park zu werfen, als ich daran erinnerte, daß die Papiere mit der bekannten Handschrift in sehr unrechte Hände geraten könnten. Er fand, daß ich recht hätte, steckte die Stücke in die Tasche, um sie dem Feuer zu übergeben, und vollzog an demselben Tage meine Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums, die am 23. veröffentlicht wurde.‘ — —

Es war Roon nicht leicht geworden, die Bedenken des Königs gegen Bismarcks Berufung zu überwinden weil der Monarch, abgesehen von der auswärtigen Politik, in der jener ihm zu wagehalsig schien, auch für die innere Lage von dessen ‚konservativer Durchgängerei‘ unheilvolle

Digitized by Google

Zwischenfälle besorgen mochte. Sicher ist wenigstens, daß König Wilhelm ein Ministerium Bismarck in jenem Augenblick für ein letztes, verzweifeltes Mittel hielt, seine Krone vor einer unheilvollen Demütigung zu bewahren, für einen jener Würfe, bei denen man gewinnen, aber auch alles verlieren kann. Und zu diesem Widerstreben seiner geraden und schlichten Natur gegen abenteuerliche Spekulationen kam noch ein Wichtiges hinzu: Das instinktive Empfinden, daß die Titanenkraft des Mannes, den er zur Hilfe rufen sollte, ihn über seinen Willen und sein Ziel hinausreißen würde, und daß auf dem gemeinsam beschrittenen Wege, auch wenn er zum glücklichen Ende führte, ihm, dem Könige, mancher schwere innere Kampf bevorstand. Daß König Wilhelm in diesem Streite der Empfindungen alle Bedenken, die eigenen wie die ihm von außen zugetragenen, überwand, nannten wir oben seinen größten Sieg, groß durch seine weltgeschichtliche Tragweite und durch die schlichte Art, wie er seinen Entschluß faßte: er hielt es für seine Pflicht, mit dem letzten Einsatz für sein Königsrecht zu kämpfen. —

Jene Unterredung in Babelsberg hat über das Schicksal des deutschen Volkes und in gewissem Sinne über das Europas auf unabsehbare Zeiten entschieden. Sie wurde der Ausgangspunkt von Ereignissen, wie sie gewaltiger und folgenschwerer die Geschichte der Menschheit auf so nahe beieinander stehenden Blättern nirgends zu melden weiß. Auch für Bismarcks Leben beginnt jetzt eine neue Epoche, es tritt auf seine Höhe, da er, an der Spitze seines Staates in einem Kampfe auf Leben und Tod seine Gedanken und sich selbst durchsetzt und nicht nur die politischen, rechtlichen und materiellen Verhältnisse seines Volkes umgestaltet, sondern auch dessen widerstrebende Ideen überwindet. Wie er selbst die persönliche Bedeutung jenes Augenblicks auffaßte, ersehen wir aus den Worten, die er damals dem Könige sagte: er werde, wenn der König ihm Dinge befehlen sollte, die er, Bismarck, nicht für richtig halte, seine Meinung zwar offen darlegen, aber wenn der König auf der seinigen beharre, lieber mit ihm untergehen, als ihn im

Digitized by Google

Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen. Daß diese Erklärung keine Redensart war, sondern seine innerste Ueberzeugung aussprach und zugleich die Grundlage seines Verhältnisses zu seinem König und seinem Amte offenbarte, bestätigen nicht nur zahlreiche ähnliche Kundgebungen, sondern, soweit wir seine politische Bahn verfolgen, alle seine Thaten. Er übte die Treue des Vasallen gegen seinen Herrn als der Erbe der Gesinnung, die in seinem Geschlechte seit Jahrhunderten lebendig war. ‚Diese Auffassung,' sagt er in dem späten Rückblick auf jene Zeit, ‚war damals durchaus lebendig und maßgebend in mir, weil ich die Negation und die Phrase der damaligen Opposition für politisch verderblich hielt im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens, und weil ich für Wilhelm I. persönlich so starke Gefühle der Hingebung und Anhänglichkeit hegte, daß mir der Gedanke, in Gemeinschaft mit ihm zu Grunde zu gehen, als ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien.' —

Am 23. September 1862, an demselben Tage, da die Majorität der Kammer durch die endgültige Ablehnung der Heeresreform sich dem geschichtlichen Berufe des preußischen Staates versagte, trat der Schicksalsmensch des deutschen Volkes an sein Werk.

Digitized by Google

Zweites Buch:

Bismarck als preußischer Minister.

1. Bis zum Frieden mit Dänemark 1862—1864.

Bismarck stand jetzt im 47. Jahre. Fünfzehn Jahre waren vergangen, seit er zum erstenmale öffentlich an den politischen Angelegenheiten teilgenommen hatte, seit mehr als elf Jahren war er in der Diplomatie thätig. Der Kern seiner Persönlichkeit hatte sich in diesem Zeitraum, der für die Umgestaltung und Klärung seiner politischen Ansichten so entscheidend geworden war, kaum verändert. Alle die Züge, die damals das Wesen seiner Natur bildeten, nehmen wir auch jetzt noch an ihm wahr, auch solche, die mit den Jahren zu schwinden pflegen, wie die sprudelnde Laune des Witzes und Humors, hatte er sich bewahrt. Sie bedeuteten für die Spannkraft seiner Seele das Gegengewicht gegen einen Hang zur Resignation, dem er sich — wir erinnern uns des Briefes aus Petersburg vom 2. Juli 1859 — namentlich dann hingab, wenn er trotz seiner überlegenen Einsicht dem Gang der Dinge ohnmächtig gegenüberstand. Daß diese Resignation, die andre auf des Lebens Höhen zum Glauben an das Absurde geführt hat, ihn nicht dauernd beherrschte, war die Folge der religiösen Ueberzeugung, die seit der Wandlung im Winter 1846—47 nicht mehr ins Wanken geraten war, sondern sich noch vertieft hatte. Ein erhebendes Denkmal dieser Gesinnung ist der Brief, den er im August des Vorjahres seinem Schwager Oskar v. Arnim schrieb, dem ein Unglück auf der Jagd einen hoffnungsvollen fünfzehnjährigen Sohn entrissen hatte. ‚Wir sind in Gottes gewaltiger Hand,‘ so heißt es darin, ‚rechtlos und hilflos, soweit Er

Digitized by Google

selbst uns nicht helfen will, und können nichts thun, als uns in Demut unter Seine Schickung beugen. Er kann uns alles nehmen, was Er gab, uns völlig vereinsamen lassen ... Wie verschwinden alle kleinen Sorgen und Verdrießlichkeiten, welche unser Leben täglich geleiten, neben dem ehernen Auftreten wahren Unglücks, und ich empfinde wie ebenso viele Vorwürfe die Erinnerung an alle Klagen und begehrlichen Wünsche, über welche ich so oft vergessen habe, wie viel Segen Gott uns giebt, und wie viel Gefahr uns umringt, ohne zu treffen. Wir sollen uns an diese Welt nicht hängen und nicht in ihr heimisch werden; nach zwanzig oder dreißig Jahren im glücklichsten Falle, und wir beide sind über die Sorgen dieses Lebens hinaus, und unsre Kinder sind an unserm jetzigen Standpunkt angelangt und gewahren mit Erstaunen, daß das eben so frisch begonnene Leben schon bergab geht.'

Der Gedanke, den er am Schlusse aussprach, daß der Kreis derer, die er liebe, sich verenge, war ihm inzwischen auch durch Erfahrungen des politischen Lebens aufgedrängt worden. Die Erkenntnis, daß alte Parteigenossen und Freunde ihn im Stiche ließen, war ihm zwar schmerzlich gewesen, aber er fand sich damit ab und war zuletzt dankbar für jeden Zug, der ihn nach innen zog. Jenes Gottvertrauen und die beinahe stoische Auffassung der menschlichen Dinge stärkten ihm den Mut, für sich allein zu stehen; aus dieser Gesinnung floß ihm in den Kämpfen, denen er entgegenging, die ausdauernde Kraft.

Daß er auf dem Wege zu seinen Zielen schwere Hindernisse finden würde, wußte er; aber gerade deshalb, weil er sie lange vorher ins Auge faßte, sie nicht überschätzte, sondern nur nach ihrer wirklichen Kraft maß, getraute er sich, sie zu überwinden. Auch darüber gab er sich schon damals keiner Täuschung hin, daß der erste und vielleicht schwerste Widerstand, auf den er stoßen würde, in den Anschauungen des Königs lag. Seit dem Beginn der neuen Aera hatte er über den Widerspruch einer Politik geklagt, die in Preußen liberal, im Auslande konservativ sei, und namentlich das zweite, daß man die

Digitized by Google

Rechte fremder Fürsten über Gebühr und Verdienst hoch hielt, schien ihm für Preußens Entwicklung verderblich. ‚Von den Fürstenhäusern von Neapel bis Hannover,‘ so schrieb er im Juli 1861 an Roon, ‚wird uns keins unsre Liebe danken, und wir üben an ihnen recht evangelische Friedensliebe auf Kosten der Sicherheit des eignen Thrones. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Vendée, aber gegen alle andern fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unsres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird.‘ Hatte sich seitdem auch des Königs Ansicht über das Ziel der auswärtigen preußischen Politik derjenigen Bismarcks etwas genähert, so gingen sie doch über die Wege zu diesem Ziele und über das Tempo des Vorgehens noch immer weit auseinander.

Bismarck war sich dieser Sachlage bewußt und auf harte Reibungen gefaßt. In der That, schwere und bittere Kämpfe galt es hier zu bestehen, weil König Wilhelm, um seinem Minister folgen zu können, seine eigene, auf ein starkes Pflichtbewußtsein gegründete Natur überwinden mußte, Bismarck aber mit einer bloß äußerlichen Zustimmung des Monarchen nicht zufrieden sein konnte, sondern zur Durchführung seines Werkes in allen Hauptpunkten dessen innerlichen und thätigen Anteil verlangte.

Eine volle und restlose Uebereinstimmung zwischen beiden war anfangs nur in der Frage der Heeresreform vorhanden. Hier bot des Königs Entschlossenheit, keinen Schritt zurückzuweichen, Bismarck einen Rückhalt, der seine Stellung in den nächsten Jahren gegen alle Erschütterungsversuche gedeckt und das geniale, aber verwegene Spiel um die deutsche Vorherrschaft vor gefährlichen Störungen bewahrt hat. Wie oft derartige, in dem Gewissen des Königs auftauchende Bedenken dem Minister die Durchführung seines Planes zu hemmen oder zu durchkreuzen strebten, davon wird auf den folgenden Blättern viel die Rede sein. Ueberdies wurden die Zweifel des Königs

Digitized by Google

gerade vor einigen der wichtigsten Entscheidungen durch Einflüsse in seiner Umgebung genährt. Man weiß, wie bitter die ‚Gedanken und Erinnerungen' über unkontrollierbare Ratschläge unverantwortlicher Personen aus den höchsten Kreisen klagen; ob in jedem Falle begründet, läßt sich bei der intimen Natur dieser Vorgänge nicht immer erkennen. Aber auch bei der nicht abzuweisenden Annahme, daß Bismarck, durch jene für ihn unangreifbare Gegnerschaften gereizt, mitunter in seinem Argwohn zu weit gegangen sei, steht doch so viel fest, daß namentlich in den ersten entscheidungsvollen Jahren die Königin und der Kronprinz der Politik des leitenden Staatsmannes mit ihrem ganzen Einfluß entgegengearbeitet haben. Die Wahrnehmung, daß das mühesam gewonnene Vertrauen des Monarchen infolge derartiger Einflüsse oft wieder ins Wanken geriet, war für Bismarck schmerzlich und ging seiner Seele näher, als man im allgemeinen zu glauben geneigt ist.*) Aber es war wirklich so: Dieser Gewaltige, den in den Kämpfen mit seinen Gegnern der grimme Humor nie verließ, dem mit der Größe der Gefahr ungeahnte Kräfte wuchsen, er war im innersten Herzen verwundbar. Die Kämpfe mit seinen Feinden haben ihn aufgerichtet und erfrischt, streitfroh wie die Recken der alten Sage stürmte er ihnen entgegen, aber die stillen Reibungen mit bisherigen Freunden, mit dem Hofe, zuletzt und am meisten mit dem geliebten und verehrten Herrn, die waren es, die ihn angriffen und seiner Kraft zusetzten. Wer etwa auf die immer wiederkehrende Klage in den ‚Gedanken und Erinnerungen' deshalb weniger Gewicht legen möchte, weil, wie man gesagt hat, der nicht verwundene Schmerz über seine Entlassung seine Rückschau getrübt habe, der greife zu den vertraulichen Briefen aus der frühern Zeit, namentlich aus den Perioden der Zerwürfnisse, um zu erkennen, wie jene Vorgänge unaufhörlich an seiner Seele genagt haben.

*) Gustav Schmoller hat in seiner Kritik der ‚Gedanken und Erinnerungen' auf diese Thatsache hingewiesen.

Digitized by Google

Dagegen hat der Widerstand, den ihm damals und auch später die öffentliche Meinung entgegensetzte, ihm nur geringen Kummer gemacht. Schon in den Revolutionsjahren hatte er, wie wir sahen, gelernt, sich von Majoritäten nicht imponieren zu lassen. Dieses Gefühl hatte sich seither gesteigert, je mehr er zu der Einsicht kam, daß die großen Fragen der Politik nicht durch Mehrheitsbeschlüsse der Parlamente entschieden werden konnten.

Die geringschätzende Auffassung, die er seit 1848 von der Volksvertretung hatte, war natürlich kein Geheimnis. Dem entsprach die Stimmung, womit die herrschende Partei, die sich in dem Streite um die Heeresreform, also mittelbar um die Konstitution, dicht vor dem Siege glaubte, im Herbste 1862 die Nachricht von Bismarcks Ernennung zum Ministerpräsidenten aufnahm. Ein Ministerium Bismarck bedeutet den Staatsstreich, — dieser Satz wurde, und zwar in gutem Glauben, von der liberalen Presse in unzähligen Artikeln behandelt. Man forschte in den stenographischen Berichten der Jahre 1847 bis 1851 und bewies mit den Aussprüchen des Abgeordneten v. Bismarck, daß man von dem Minister für Preußen und Deutschland nur Unheil, die schwärzeste Reaktion zu besorgen habe. Alle Hoffnungen, die man auf die neue Aera gesetzt hatte, schienen zerstört, denn der Monarch habe durch das neue Ministerium bekundet, daß er selbst vor einem budgetlosen Regiment nicht mehr zurückscheue.

Lehrreich sind die Urteile, die damals über Bismarcks Persönlichkeit und seinen staatsmännischen Beruf verbreitet wurden. Dem Umschwung, den später seine Thaten und Erfolge der widerstrebenden öffentlichen Meinung abgerungen haben, hat die Geschichte weniges an die Seite zu stellen. Auch andere große Männer, die bei ihrem ersten Auftreten verkannt und geschmäht wurden, haben schließlich ihre Gegner und Neider zur Bewunderung gezwungen; wenigen aber standen in ihren Anfängen solche Berge des Widerstandes, ein solches Meer von Haß entgegen, wie dem Manne, der im September 1862 seinen verzagenden König aufrichtete, demselben Manne, dem später das

Digitized by Google

Herz seines Volkes in heißer Dankbarkeit und Liebe entgegenjubelte, auf dessen Worte es wie auf Offenbarungen lauschte und dessen Bild und Name den spätesten Geschlechtern lebendig und heilig sein werden. Damals nannte man ihn den gefährlichsten aller Junker, den Städtevertilger, einen Staatsmann, der sich in Frankfurt Kenntnisse in dem diplomatischen Ceremoniale erworben und in Petersburg und Paris intriguierenden Prinzessinnen ihre Geheimnisse abgelauscht habe; aber die saure Arbeit der täglichen Geschäfte sei ihm fremd, und es fehle ihm der klare Einblick in das Getriebe des Staates. Man prophezeite, daß dieser Junker das Wohl von achtzehn Millionen den Interessen einiger tausend Adelsfamilien preisgeben werde. Besonders beachtenswert ist die aus wahren und falschen Zügen gemischte Charakteristik, die das führende Blatt des westdeutschen Liberalismus von dem neuen Minister entwarf: Herr v. Bismarck habe sich selbst als Junker bezeichnet, aber unter den Junkern der östlichen Provinzen sei er jedenfalls ein seltener Vogel, ein Mann von Geist und Bildung, dem es weder an persönlicher Liebenswürdigkeit fehle, noch an Beredsamkeit und Unternehmungsgeist, kein unfähiger, aber noch weniger ein ungefährlicher Mann. Er gehöre zu jener Partei, die sich allen freisinnigen Ministerien widersetze. In Olmütz habe er zugleich mit Oesterreich triumphiert. Dann habe die rücksichtslose Art, wie Oesterreich seinen Sieg ausbeutete, seinen preußischen Stolz verletzt und er sei ein heftiger Gegner Oesterreichs geworden. Seitdem schreibe man ihm den Plan zu, die deutsche Frage in ähnlicher Weise zu lösen wie die italienische, und weil hierzu ein Einverständnis mit Paris und Petersburg nötig oder förderlich sei, so werde er unter Umständen selbst vor einer Gebietsabtretung nicht zurückschrecken. Jedenfalls aber dürfe man annehmen, daß er klug genug sei, mit derartigen Plänen vor der Hand zurückzuhalten. Desto wichtiger sei für den Augenblick Bismarcks Beurteilung der innern Politik, besonders seine Ansicht über die Frage der Steuerbewilligung, die das Zerwürfnis zwischen der Regierung und dem Volke

Digitized by Google

hervorgerufen habe. Obwohl er auf mehreren Gebieten gezeigt habe, daß er Belehrungen zugänglich sei, so könne doch darüber kein Zweifel sein, daß staatsrechtliche Bedenken ihm geringe Sorgen machten. Auch mache es ihm offenbar wenig Skrupel, die Regierung in einem Augenblick zu übernehmen, wo von 352 Abgeordneten nur 11 auf deren Seite ständen. Bei seiner Rücksichtslosigkeit und Neigung zu abenteuerlichen Plänen werde er die auswärtige Politik bald so im Gange, d. h. in Verwirrung haben, daß dadurch die Notwendigkeit beständiger Kriegsbereitschaft bewiesen werde.

Wie der so geschilderte selbst die augenblickliche Lage in Preußen ansah, sehen wir aus dem Briefe, den er am 15. Juli an Roon geschrieben hatte: er hielt die Möglichkeit einer Verständigung mit der Kammer noch nicht ganz für ausgeschlossen. Diese Thatsache wurde damals von seinen Gegnern nicht geglaubt und ist auch später von denen angezweifelt worden, die dem in der Konfliktszeit aufgetauchten Verdacht huldigten, Bismarck habe den Streit mit dem Abgeordnetenhause nötig gehabt, um sich beim Könige zu halten.

Daß er den Konflikt gewünscht oder gar absichtlich zu eigenen Zwecken geschürt habe, ist eine Behauptung, die in der Erbitterung des Parteikampfes entstanden, aber durch nichts zu erweisen ist. Das Gegenteil ist wahr: daß er den Konflikt vorgefunden und sich bemüht hat, ihn aus der Welt zu schaffen. Als dieser Versuch ohne sein Zuthun und gegen seinen Wunsch mißlang, hat er in der Entscheidung, ob die Krone sich beugen solle, allerdings keinen Augenblick mehr geschwankt, sondern die Thatsache des Konflikts, der anfangs den Aussichten seiner preußisch-deutschen Pläne störend in den Weg kam, in seine Erwägungen eingestellt und gelegentlich verwertet.

Den Gegnern der Regierung bereitete das versöhnliche Auftreten des neuen Ministers zuerst Ueberraschung. Als die ersten Versuche, durch Rücksprache mit den Führern der sogenannten altliberalen Partei eine Verständigung herbeizuführen, an der Forderung der zweijährigen Dienst-

Digitized by Google

zeit scheiterten, zog er am 29. September den Entwurf des Etatsgesetzes für das folgende Jahr zurück, mit der Begründung, bei der damaligen Stimmung der Mehrheit würden die Ergebnisse einer sofortigen Beschlußnahme der zukünftigen Erledigung der streitigen Fragen nicht förderlich sein, sondern die Schwierigkeiten erheblich vermehren. Dagegen stellte er in Aussicht, daß im Beginn der nächsten Sitzungsperiode der Etat mit einem Gesetzentwurf zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht den Abgeordneten vorgelegt werden solle. Daß der hier angekündigte Gesetzentwurf die Lebensbedingungen der inzwischen thatsächlich durchgeführten Heeresreform aufrecht erhalten werde, gestand er offen zu, aber er gab sich der Hoffnung hin, in der so gewonnenen Frist werde ein Ausgleich gelingen. Die Aufrichtigkeit dieses Wunsches wird für jeden, der den Ereignissen jener Tage mit unbefangenem Blicke folgt, zur zweifellosen Gewißheit.

Am 30. September fand unter großem Andrang der Abgeordneten eine Sitzung der Budgetkommission statt, in der der Berichterstatter v. Forckenbeck folgende Anträge stellte: 1. Die Regierung aufzufordern, den Etat für 1863 so schleunig vorzulegen, daß die Feststellung noch vor dem 1. Januar 1863 erfolgen könne, 2. es für verfassungswidrig zu erklären, wenn die Regierung eine Ausgabe verfüge, die durch einen Beschluß des Hauses abgelehnt worden sei. Nachdem v. Forckenbeck seine Anträge begründet hatte, ergriff Bismarck das Wort: Bei dem Konflikt handle es sich um die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt, aber die Krone habe noch andere Rechte als die, die in der Verfassung stünden. Die Regierung sei ohne ihre Schuld in der jetzigen Lage. Die Krisis, so ernst sie werden könne, werde doch zu tragisch aufgefaßt und von der Presse so dargestellt, als wenn nun alles vorbei sei. Wenn kein Budget zustande komme, so sei tabula rasa.

Der Interpretation des Berichterstatters, daß es in einem solchen Falle verfassungswidrig sei, verweigerte Ausgaben zu machen, setzte er einen Satz entgegen, den er, wie wir sahen, schon vor dreizehn Jahren vertreten

Digitized by Google

hatte: daß zu jeder Interpretation der Verfassung und zu jedem Etatsgesetz die Zustimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung gehöre; dem Abgeordnetenhause stehe daher auf keinen Fall ein ausschließliches und einseitiges Bewilligungsrecht zu. Als die Budgetkommission den Resolutionen Forckenbecks zustimmte, bot Bismarck anfangs alles auf, das Plenum von der Annahme der beiden Anträge zurückzuhalten, weil dadurch der Konflikt, dem er auszubiegen wünschte, unvermeidlich werden mußte. Einen Schimmer von Hoffnung bot am 6. Oktober der Umstand, daß der Abgeordnete v. Vincke zu den Kommissionsbeschlüssen ein Amendement beantragte, welches für den Fall, daß der Etat nicht vor dem 1. Januar fertig würde, die Bewilligung eines vorläufigen außerordentlichen Kredits für erwünscht und zulässig erklärte. Bismarck beantragte darauf, die Beschlußfassung auf den folgenden Tag zu verschieben, und als das Haus diesem Wunsche nachgekommen war, ergriff er in der an demselben Tage stattfindenden Sitzung der Budgetkommission des Herrenhauses nchmals die Gelegenheit, seinen Wunsch nach einer Beilegung des Konfliktes auszusprechen.

Der folgende Tag aber brachte die Entscheidung in der von Bismarck nicht gewollten Richtung. Obwohl er in der Kammer die Erklärung abgab, daß die Regierung in der Annahme des Vinckeschen Antrages ein Unterpfand für die entgegenkommende Aufnahme ihrer Verständigungsversuche erblicke, während der Kommissionsantrag die dargebotene Hand zurückweise und den Vorschlag zum Waffenstillstande mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Kampfes beantworte, so nahm dennoch das Haus den Kommissionsantrag mit der erdrückenden Mehrheit von 251 gegen 36 Stimmen an.

Mit diesem Beschluß, den Bismarck bis zum letzten Augenblick zu verhindern gesucht hatte, war die Brücke zur Verständigung endgültig zerstört. Das erkannte er auf der Stelle, und damit war ihm die Bahn, die er von jetzt an einzuschlagen hatte, vorgezeichnet. Schon am 10. Oktober kündigte er die Aenderung seiner Politik mit aller

Digitized by Google

Schärfe an. Die Budgetkommission des Herrenhauses beantragte nämlich an diesem Tage, nochmals den Versuch zu machen, durch Verhandlungen mit dem Abgeordnetenhause eine Verständigung über das Etatsgesetz herbeizuführen, wogegen Graf Arnim-Boytzenburg den Verbesserungsantrag einbrachte, das Etatsgesetz in der Fassung, in der es aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen sei, abzulehnen und den ursprünglichen Entwurf der Regierung anzunehmen. Zu diesem Antrage, der in seinem zweiten Teile offenbar verfassungswidrig war, nahm Bismarck das Wort zu einer für den fernern Verlauf des Konfliktes entscheidenden Erklärung: Die Regierung habe am 29. September im andern Hause den Etat für 1863 zurückgezogen, um die zukünftige Verständigung über die gegenwärtige Situation zu erleichtern; obwohl dieser Schritt bei einem Teile der Landesvertretung eine entgegenkommende Aufnahme nicht gefunden habe, so habe sie dessenungeachtet den Versuch, zu einem Kompromiß zu gelangen, erneuert, indem sie sich bereit erklärte, auf das Amendement des Abgeordneten v. Vincke einzugehen; durch dessen Annahme würde man vermöge des vorläufigen Kredits einen Zeitraum gewonnen haben, den man zur Beilegung des Prinzipienstreites und der Konflikte hätte benutzen können. Diesem Verfahren der Staatsregierung habe das Abgeordnetenhaus durch Annahme der von seiner Kommission beantragten Resolution ablehnend geantwortet, so daß die Regierung sich von einer Fortsetzung der Vermittlungsversuche keinen Erfolg versprechen könne; vielmehr befürchte sie von einer Erneuerung der Verhandlungen eine Verschärfung der prinzipiellen Gegensätze, die die Verständigung für die Zukunft erschwere. ‚Die Regierung wird,‘ so schloß er, ‚in einer in unserm bisherigen Verfassungsleben neuen Lage, der sie vielleicht entgegengeht, die Gesamtinteressen des Staates im Auge behalten wie in jeder andern. In diesem Sinne erkennt sie es als ihre Pflicht, darauf zu halten, daß die Verfassung auch in denjenigen ihrer Bestimmungen, welche die Rechte der Krone und dieses hohen Hauses feststellen,

Digitized by Google

eine Wahrheit bleibe.' Am Tage darauf, am 11. Oktober, nahm das Herrenhaus den von Bismarck mittelbar befürworteten Antrag an — der Konflikt war da. Nachdem am 13. Oktober — der 12. war ein Sonntag — das Abgeordnetenhaus den Beschluß des andern Hauses als gegen den klaren Sinn der Verfassung verstoßend für ‚null und nichtig' erklärt hatte, verkündigte Bismarck den Schluß der Tagung. Die Rede, womit er am Nachmittag desselben Tages im Auftrage des Königs den Landtag verabschiedete, sagte über die jetzt geschaffene Lage, daß die Regierung sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen würde, wenn sie die auf Grund der frühern Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Heeresverfassung rückgängig machen wollte; sie sei sich der Verantwortlichkeit, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustande erwachse, in vollem Maße bewußt und hege die Zuversicht, daß die zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen gemachten Ausgaben seinerzeit die nachträgliche Genehmigung erhalten würden. Eine gedeihliche Entwicklung der preußischen Verfassungsverhältnisse werde nur dann erfolgen können, wenn jede der gesetzlichen Gewalten ihre Befugnisse mit derjenigen Selbstbeschränkung ausübe, die durch die Achtung der gegenüberstehenden Rechte und durch das verfassungsmäßige Erfordernis der freien Uebereinstimmung der Krone und eines jeden der beiden Häuser des Landtags geboten sei.

Dieser Ausgang verschlimmerte die Stimmung im Volke. Die liberale Presse zieh den Ministerpräsidenten des Verfassungsbruches und weissagte ihm und seinen Helfershelfern ein nahes Ende mit Schrecken. Durch alle Schichten des Volkes bis hinauf in die Kreise des hohen Adels und des Hofes ging die Ueberzeugung, daß der neue Minister den Staat und die Krone einer Katastrophe entgegenführen werde. Auch dem Könige wurden derartige Befürchtungen geflissentlich nahe gelegt. Namentlich ein Wort, das Bismarck am 30. September in der Budgetkommission gesprochen: nicht durch Reden und Majoritäts-

Digitized by Google

beschlüsse, sondern durch Eisen und Blut würden die großen Fragen der Zeit entschieden — dieses geflügelte Wort schien geeignet, dem König über die Gefährlichkeit der von seinem Minister verfolgten Politik die Augen zu öffnen.

In der That scheint es Bismarcks Gegnern damals gelungen zu sein, wenigstens vorübergehend die Stimmung des Monarchen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Leser der ‚Gedanken und Erinnerungen' kennen jene Scene, die sich in den ersten Tagen des Oktober 1862 auf der Strecke Jüterbogk-Berlin in einem Eisenbahncoupé abgespielt hat, eine Scene von dramatischer Wirkung, deren Verlauf für die Stellung des Ministers zum Könige in gewissem Sinne vorbildlich geworden ist: wie der König in gedrückter Stimmung und unter der Nachwirkung der bismarckfeindlichen Ratschläge seiner Gemahlin sich dem Gedanken überläßt, daß der Kampf mit dem Parlament ein unglückliches Ende nehmen werde; wie dagegen Bismarck durch den Hinweis, daß es für den Verteidiger königlicher Rechte ebenso rühmlich sei, auf dem Schaffot wie auf dem Schlachtfelde zu sterben, dem niedergeschlagenen Herrn seine zuversichtliche und heitere Stimmung zurückgiebt. König Wilhelm war, wie Bismarck ihn schildert, äußeren und persönlichen Gefahren gegenüber von einer seltenen und natürlichen Furchtlosigkeit, der ideale Typus des preußischen Offiziers, der mit dem Worte ‚Zu Befehl' dem sicheren Tode im Dienste selbstlos und furchtlos entgegengeht. Indem nun Bismarck während jener nächtlichen Eisenbahnfahrt seinem königlichen Herrn die ihm nach der Situation zufallende Rolle vom Standpunkte des Offiziers darstellte, ihn nach einem glücklichen Wort bei dem Portepee faßte, gab er ihm die Sicherheit zurück, die ihm natürlich war, wenn er auf Grund gewissenhafter Erwägung seinen Entschluß gefaßt hatte.

In der Frage, die jetzt zur Entscheidung stand, gelang es Bismarck, den König von der Richtigkeit einer Verfassungsinterpretation zu überzeugen, die er, wir sahen es, schon lange vor der Uebernahme des Ministeriums vor-

Digitized by Google

getragen und verteidigt hatte, so daß es verkehrt wäre, hier von einer ad hoc ersonnenen Deutung zu sprechen. Der Ausgangspunkt seiner Auffassung lag in dem Satze, wenn ein Etatsgesetz nicht zustande komme, sei die Regierung nicht nur berechtigt, sondern vielmehr verpflichtet, die zum Fortbestand des Staates erforderlichen Ausgaben zu leisten. Wie sehr König Wilhelm dieser Theorie beipflichtete, zeigen die Schlußsätze eines Briefes, den er am 2. Januar 1863 schrieb: Das Abgeordnetenhaus habe von seinem Rechte Gebrauch gemacht und das Budget reduziert, das Herrenhaus dagegen in Ausübung seines Rechtes das also reduzierte Budget en bloc verworfen; weil nun die Verfassung für einen solchen Fall nichts vorschreibe, müsse er, der König, dieses Nichts ergänzen, als guter Hausvater das Haus weiterführen und später Rechenschaft geben. —

Was Bismarck selbst in dem fast vierjährigen Kampfe gegen das Abgeordnetenhaus und die immer stärker anschwellende Erbitterung des preußischen Volkes eine unerschütterliche Zuversicht gab, war einmal der Glaube an sein Recht, sodann die Gewißheit, daß die siegreiche Durchführung des Konfliktes über die Zukunft Preußens und Deutschlands entscheiden mußte. Dagegen lag ihm der Gedanke, der Verfassung Gewalt anzuthun oder sie gar abzuschaffen, wie seine Gegner fürchteten und verbreiteten, so fern, daß er niemals, auch nicht während der Siedehitze des Streites, die Absicht aufgegeben hat, je eher desto lieber zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren und für die inzwischen geschehene Führung des Staatshaushaltes nachträglich die Entlastung der Volksvertretung zu erbitten. Allerdings zog diesem Wunsche auf der einen Seite der feste Wille des Königs, von der Heeresreform, namentlich von der dreijährigen Dienstzeit, nichts preiszugeben, auf der andern Bismarcks eigene konstitutionelle Ueberzeugung eine deutliche, für Kompromisse wenig geeignete Grenze. Sodann entsprach es durchaus seiner Natur und seiner politischen Doktrin, den Kampf, wenn er unvermeidlich und im Interesse des Staates geboten war,

Digitized by Google

mit entschlossenem Angriff zu führen. Den Gegner, der ihm oder seinen Absichten im Wege stand, zu schonen, widerstrebte seiner realistischen, von jeder Sentimentalität freien Politik.

Daher verfocht er, um einiges hervorzuheben, nach dem bekannten Zusammenstoße des Kriegsministers v. Roon mit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses v. Bockum-Dolffs nachdrücklich den Satz, daß die Minister der Disziplinargewalt des Präsidenten nicht unterworfen seien, und als die Majorität des Hauses dieser Ansicht entgegentrat, erklärte er, bis auf weiteres nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Wenige Tage darauf, am 27. Mai, schloß er den Landtag, und am 1. Juni erließ er, um die schlimmsten Angriffe der gegnerischen Presse abzuwehren, die berüchtigten Preßverordnungen, durch die die Behörden die Befugnis erhielten, eine Zeitung wegen einzelner Artikel oder ihrer allgemeinen Haltung zu verwarnen und gar, falls das nichts half, zu unterdrücken. Durch den Unwillen, den die Verordnungen allenthalben im Volke hervorriefen, ließ Bismarck sich ebenso wenig einschüchtern wie durch den Widerstand, dem sein Vorgehen in der nächsten Nähe des Thrones begegnete. Daß der Kronprinz die Politik Bismarcks als die Ursache des Zerwürfnisses zwischen der Regierung und dem Volke beklagte und verurteilte, war den Eingeweihten lange bekannt; daß er es am 5. Juni auf dem Rathause in Danzig beim Empfang der städtischen Behörden offen aussprach, erschien den Gegnern des Ministers als eine Gewähr ihres Sieges und war in der That für dessen Politik ein empfindlicher Schlag, weil das Auftreten des Thronerben bei dem Alter des Königs den Widerstand stärken und den Gegnern neue Anhänger zuführen mußte.

Bei dieser Lage der Dinge war das Ende des innern Streites nicht abzusehen. Diese Erkenntnis und die Ueberzeugung, daß keine Meinungsverschiedenheit über innere Fragen so tief greife, um die Einigkeit des preußischen Volkes gegenüber auswärtigen Angriffen auf die Ehre und Unabhängigkeit des Staates zu gefährden, reiften in

Digitized by Google

Bismarcks Seele den Entschluß, durch eine entschiedene und beschleunigte Führung der äußern Politik der Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden. Wir haben gesehen, daß er eine derartige Politik schon damals empfahl, als zuerst die Heeresreform auf ernstliche Hindernisse gestoßen war. Das Widerstreben des Königs hatte bis dahin die kühnen Pläne seines Ministers gebunden; jetzt aber, im Sommer 1863, als die Aussicht auf jede andre Lösung des Konfliktes geschwunden war, überredete Bismarck den noch immer zaudernden Herrn unter dem Eindruck der schwierigen innern Lage zu den ersten Schritten auf die Bahn, die ihn in der Spanne weniger Jahre an einer fast unabsehbaren Kette von Siegen auf den Gipfel des Ruhmes führen sollte.

So verkehrt es indessen wäre zu glauben, daß Bismarck nur um der inneren Schwierigkeiten willen, etwa wie später Napoleon, nach außen in Aktion getreten sei — es ist bekannt, daß seine Gegner ihm derartige Abenteuerlichkeiten zutrauten — ebenso zweifellos ist die zunehmende Spannung im Innern in den Jahren 1863 bis 1866 nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen seiner auswärtigen Politik geblieben. Außer den schon angedeuteten Erwägungen fiel für ihn auch noch dies ins Gewicht, daß die für Preußen so wertvollen Sympathien und Bestrebungen des Nationalvereins, deren Lebens- und Tragkraft unter dem Druck des Konfliktes auf eine harte und gefährliche Probe gestellt wurde, ihm eine entschlossene deutschnationale Politik erwünscht machten.

Während in solcher Weise im Sommer 1863 Gründe der innern Politik ihm die Lösung der deutschen Frage in seinem, d. i. im preußischen Sinne, nahe legten, traten unabhängig davon Ereignisse ein, die ihn zu schnellerem Vorgehen und kurz nacheinander zu einer veränderten Richtung, ja noch mehr, zu einer andern Formulierung seines Planes bewogen. An der Sicherheit, mit der er nach jedem Zwischenfall seine Mittel, Wege und Ziele der neuen Sachlage anpaßt, jeden Zug des Gegners erwidernd, rasch und unaufhaltsam sich dem Siege nähert, erkennen wir den

Digitized by Google

vollendeten Meister, der jede Kraft seiner Natur in den Dienst seines Werkes gestellt hat. In jenen Sommermonaten des Jahres 1863 liegt daher für ihn die Entscheidung: mitten im Streite um die Grenze zwischen Königsrecht und Volksrecht eröffnet er den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland.

Oesterreich hatte nach Bismarcks Weggang von Frankfurt seine vermeintlichen Ansprüche auf eine hegemonische Stellung in Deutschland im ganzen Umfange aufrecht gehalten, wogegen Preußen im Dezember 1861 sich offen auf den Standpunkt stellte, daß eine Besserung der deutschen Bundesverhältnisse nur durch freie Vereinbarung gleichartiger Staaten zu einem engeren Bunde herbeigeführt werden könne. Diesmal stand Wilhelm I. an der Spitze des Staates, und es war ausgeschlossen, daß die unter seiner Billigung wieder aufgenommenen Unionsgedanken die preußische Politik zu einem zweiten Olmütz führen würden. Dem entsprachen im Laufe des Jahres 1862 die weitern Entschließungen in Berlin: die Nichtbeteiligung an den zu einer Bundesreform im großdeutschen Sinne geplanten Konferenzen, der Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich, der den von Oesterreich erstrebten Eintritt in den Zollverein auf absehbare Zeit unmöglich machte, weil dadurch der Gegensatz zwischen den Interessen der industriell fortgeschrittenen Zollvereinsstaaten und dem in wirtschaftlicher Hinsicht rückständigen Donaugebiet noch größer und unerträglicher werden mußte, endlich die entschiedenen Proteste gegen den österreichischen Vorschlag, beim Bunde eine Versammlung von Delegierten der einzelnen Landtage einzurichten.

Dieser Vorschlag stand auf der Tagesordnung der diplomatischen Verhandlungen, als Bismarck ins Ministerium eintrat. Daß er jeden Versuch, Oesterreichs Stellung in Deutschland zu verbessern, als eine Schädigung Preußens ablehnen würde, verstand sich nach seiner politischen Entwicklung von selbst, aber er ging in einem rückhaltlosen Gespräche, das er am 13. Dezember 1862 mit

Digitized by Google

dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi hatte, noch einen entschlossenen Schritt weiter: Preußen werde eine Ueberschreitung der Bundeskompetenz durch Mehrheitsbeschluß als Bundesbruch betrachten und seinen Gesandten aus dem Bundestag abberufen müssen.

Indessen wurde in den ersten Monaten des folgenden Jahres die Schärfe dieses Gegensatzes etwas gemildert durch die Stellung der beiden Mächte zu der im Januar erfolgten Empörung des russischen Polens. Bismarck betrachtete, wir sahen es, schon im Jahre 1848 ein selbstständiges oder auch nur nach Selbständigkeit trachtendes Polen als Preußens und Deutschlands Feind. Zu der Sorge, daß jetzt die Revolution auf die polnischen Gebiete Preußens überspringen könne, kam eine größere hinzu, als einflußreiche Kreise in Petersburg mit dem Gedanken eines unter Rußlands Patronat versöhnten und unabhängigen Polens sympathisierten. Wären die Absichten dieser Männer verwirklicht worden, so stand dem Deutschtum ein verhängnisvoller Andrang des Panslawismus bevor. Diese Erwägung führte Bismarck am 8. Februar zum Abschluß einer Konvention, dahin lautend: daß die russischen und preußischen Truppen sich zur Bekämpfung der polnischen Rebellen Hilfe leisten und nötigenfalls, zur Verfolgung von Banden, die aus dem einen Lande in das andre überträten, die Grenze überschreiten dürften. Die Nachricht von dem Abschluß der Konvention veranlaßte die liberale Presse und die Kammermehrheit zu leidenschaftlichen Angriffen gegen den Minister, dessen Schritt man als einen Rußland geleisteten Gensdarmendienst verhöhnte: jedem Preußen müsse die Schamröte ins Gesicht treten, wenn er sein Vermögen und seine Kinder einer abenteuerlichen Politik im Dienste des Absolutismus geopfert sehe. Die Größe der Erbitterung läßt sich daran ermessen, daß selbst ein so besonnener und urteilsfähiger Abgeordneter wie v. Sybel Bismarcks Politik bekämpfte, weil sie, wie er am 26. Februar 1863 in der Kammer erklärte, Preußen mit der Mitschuld an

Digitized by Google

einer kolossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belaste.

Bismarck ließ sich durch derartige Angriffe nicht beirren. Er war seiner Sache sicher und sah in der Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, eine politische Krankheit, an der er namentlich tadelte, daß ihre geographische Verbreitung sich auf Deutschland beschränkte. Wichtiger war ihm jedenfalls der Versuch Napoleons, England und Oesterreich zu gemeinsamen Vorstellungen in Berlin wegen der russisch-preußischen Konvention zu bewegen. Daß Oesterreich jedoch nach dem Beispiele Englands diese Zumutung ablehnte, erkannte er dankbar an; auch hat er, obwohl sonst in politischen Dingen die Dankbarkeit ihm nur innerhalb bestimmter Grenzen zulässig erschien, das Guthaben, welches Oesterreich aus jenem Anlaß in Berlin erwarb, bald darauf beglichen, indem er eine Aufforderung Rußlands zu einem gemeinsamen Angriff auf Oesterreich und Frankreich zurückwies. Freilich waren es nicht allein Erwägungen der Dankbarkeit, die ihn dazu bestimmten, sondern in erster Linie die Einsicht, daß der russische Bündnisantrag, so verlockend er im übrigen im Sinne einer preußischen Unionspolitik war, Preußen von der Haltung Rußlands abhängig gemacht und ihm die Gefahr des französischen Krieges allein aufgebürdet hätte. Rußland wäre auf diese Weise, so sagte er, an den längern Hebelarm gekommen.

Noch zwei andre Gründe hielten ihn zurück, das russische Anerbieten zu unterstützen: Einmal des Königs Entschluß, einen Bruch mit Oesterreich so lange wie möglich zu vermeiden, sodann die Ueberzeugung, daß eine Lösung der deutschen Frage in offener Waffenbrüderschaft mit Rußland einer starken, ja unüberwindlichen Abneigung des deutschen, auch des preußischen Volkes begegnet wäre und den Konflikt im Innern, anstatt ihn zu mildern, noch verschärft hätte. Jedenfalls hätte eine solche Politik dem nationalen Einigungswerk einen Makel angeheftet, der für die Zukunft verderblich werden konnte, indem er die Heilung der Wunden, die der Bruderkrieg schlug, verzögern

Digitized by Google

und erschweren mußte. Im übrigen wußte er, daß er mit der Ablehnung des russischen Vorschlages das Wohlwollen des Zaren für seine Pläne in keiner Weise erschütterte. —

Während er so mit scharfem Auge und fester Hand das Steuer führte, nahm Oesterreich unbefangen, als ob es von dem tiefen Gegensatze zu Preußen nichts wisse, seine Bundesreformpläne wieder auf. In den ersten Tagen des August überraschte Franz Joseph den König Wilhelm, der sich damals in Bismarcks Begleitung in Gastein aufhielt, mit der Mitteilung, er wolle die deutschen Fürsten auf den 16. August nach Frankfurt laden, um mit ihnen über eine neue Bundesverfassung zu beraten. Als Grundzüge der Verfassung plante man ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Bundesdirektorium und ein Parlament, welches aus Delegierten der einzelnen Landtage bestehen und eine beratende Stimme haben sollte. König Wilhelm machte zwar alsbald gewichtige Bedenken gegen den Plan geltend, aber der beabsichtigten Zusammenkunft der Fürsten stand er nicht durchaus ablehnend gegenüber. Anders sein Minister. Bismarck erkannte sofort, daß hier auf einem neuen Wege das alte Ziel der Schwarzenbergschen Politik, die Mediatisierung Preußens, erstrebt wurde. Er betrachtete indessen, wie er dem preußischen Bundestagsgesandten schrieb, das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle; von dem Dampf der Phrasen entkleidet, sei des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man nach seiner Ansicht dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren solle, wie nicht einmal das zustande komme. Daß sein Monarch in der Sache selbst den Interessen Preußens kein Jota vergeben werde, wußte er; darüber hatte König Wilhelm dem Kaiser gleich bei der ersten Unterredung, noch bevor er die Angelegenheit mit Bismarck beraten konnte, keinen Zweifel gelassen. Aber auch das hielt Bismarck für wichtig, daß in diesem Falle Preußen alles vermeide, was ihm vor der Welt als eine Unterordnung unter Oesterreich ausgelegt werden konnte. Er bot daher seinen ganzen Einfluß auf, um zu verhüten, daß der König an der ‚kaiserlichen Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten', so nannte

Digitized by Google

er die Frankfurter Zusammenkunft, teilnahm. Es sollte ihm nicht leicht werden, die hohen und höchsten Widerstände in dieser Frage zu überwinden. Namentlich als der König Johann von Sachsen, den der König Wilhelm persönlich liebte und verehrte, in Baden-Baden erschien, um im Auftrage aller in Frankfurt versammelten Fürsten die Einladung zu erneuern, gab es harte Kämpfe. Der König, auf dessen Gefühl der Umstand, daß ‚dreißig regierende Herren und ein König als Courier' ihn einluden, nicht ohne Eindruck blieb, wehrte sich lange und zähe gegen die von Bismarck vorgebrachten Gründe. Bis nach Mitternacht zog die Beratung sich hin, da erst gab der König nach, schweren Herzens und nicht ohne Zeichen der Verstimmung. Für Bismarck war der Auftritt ein Vorspiel jener schweren Reibungen, in denen in den nächsten Jahren die Logik seiner Politik ihre Kraft zu messen hatte mit den Gewissensbedenken und den Gefühlen seines Herrn. Wie sehr die Aufregung dieses Kampfes ihm an die Nerven gegangen war, beweist die wohl verbürgte Geschichte, daß er nach dem Abgang des Königs von Sachsen seiner Spannung Luft machte, indem er einen auf dem Tische stehenden Teller mit Gläsern zerschlug.

Nicht aus Eigensinn oder weil es ihm geschmeichelt hätte, seinen Willen durchzusetzen, bestand er auf seinem Rat, sondern die klare Einsicht in die Folgen des Ganges nach Frankfurt und das Bewußtsein der auf ihm ruhenden Verantwortlichkeit, mit einem Worte, seine Pflicht gebot ihm, dem Wunsche seines Herrn entgegenzutreten, selbst auf die Gefahr, ihn zu verstimmen. In solcher Auffassung seines Amtes stellte er damals, wie nachher noch oft, den König vor die Entscheidung, dem Rate seines verantwortlichen Ministers zu folgen oder ihn zu entlassen. Er werde, so erklärte er, wofern der König es befehle, mit ihm nach Frankfurt gehen, dann aber nicht mehr als Minister nach Berlin. Die Entscheidung im Sinne Bismarcks fiel am 19. August, aber die Erregung über den Kampf, der hier auf der ersten Stufe zu den Höhen der preußisch-deutschen Politik zu bestehen war, zitterte noch lange in beiden nach,

Digitized by Google

in dem Monarchen und auch in Bismarck. Am 28. August schrieb dieser seiner Gemahlin: der König sei von Intriguen umlagert; er, Bismarck, wolle, daß irgend eine Intrigue ein anderes Ministerium durchsetze, damit er mit Ehren dem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben könne.

Die Nichtbeteiligung Preußens an dem Fürstentage und sein Protest gegen die dort geplante Bundesreform hatten, wenn auch nicht von Bismarck beabsichtigt, die Wirkung, daß Oesterreich in der Verstimmung über die von den Mittelstaaten beobachtete Zurückhaltung sich geneigter zeigte, in den schwebenden Fragen eine Verständigung mit Preußen zu suchen. Damals leitete die österreichische Politik Graf Rechberg, dessen Vertrauen Bismarck sich durch eine unter Diplomaten seltene Diskretion erworben hatte. Rechberg redete einem ehrlichen Dualismus in den Bundeseinrichtungen das Wort, d. h. einer gesamtdeutschen Union, wobei Preußen und Oesterreich in der Leitung gleichberechtigt sein sollten. Es ist von Wichtigkeit, festzustellen, daß Bismarck in jenem Augenblick diesem Gedanken nicht abweisend gegenüberstand, weil er an Rechbergs aufrichtigen Willen glaubte. Er verkannte, wie Sybel bemerkt hat, die Gefahren einer Auseinandersetzung auf dem Schlachtfelde nicht und hätte eine friedliche Verständigung, wenn sie sich möglich zeigte, mit Freuden begrüßt: Ohne eine doktrinäre Vorliebe für irgend ein System der Bundesreform wog er Aussichten und Vorteile, Kosten und Gefahren, und vor allem die Erreichbarkeit des jeweiligen Zieles, stets bereit, je nach der Lage der Dinge das Verfahren oder auch das Ziel selbst zu wechseln, jedoch immer unter dem unverbrüchlichen Gesetz, daß Preußen vorwärts schreite, niemals zurückweiche und nie den gewonnenen Boden und den eigenen Mut verliere. Ließ sich daher jetzt die von Rechberg gewünschte dualistische Spitze zur Wahrheit machen, so wollte er dem Versuche nicht um jeden Preis seine Mitwirkung versagen. Im Innern würde alsdann, so führt er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' aus, der Wettbewerb um die öffentliche

Digitized by Google

Meinung die verfassungsmäßige Entwicklung in den deutschen Staaten vor Reaktion und das öffentliche Leben überhaupt vor Erstarrung bewahrt haben. Vor allem aber stellte ein ehrliches Zusammenhalten der deutschen Großmächte für die auswärtige Politik große Vorteile in Aussicht. Oesterreich und Preußen verfügten über eine Macht, die niemand leichtfertig anzugreifen wagte, und die deshalb, sobald sie einig vorgingen, fremde Einmischungsgelüste in Schranken hielt. Wenn das österreichische Kabinett die Verständigung mit Preußen aufrichtig wollte, ‚so hätten wir wahrscheinlich eine Periode dualistischer Politik in Deutschland erlebt oder doch versucht' — in diesem Geständnis Bismarcks erkennen wir seine Auffassung der Lage und seine politischen Pläne im Herbste des Jahres 1863. Ob freilich eine solche dualistische Politik in einem für das deutsche Nationalgefühl annehmbaren Sinne sich dauernd friedlich hätte entwickeln können, diese Frage, die er in seinem Rückblick auf jene Zeit aufgeworfen hat, konnte er nach den Erfahrungen, die er gemacht hatte, schon damals nur unter starkem Vorbehalt bejahen. Nichtsdestoweniger entsprach nach seiner Meinung für den Augenblick eine Verständigung mit Wien dem preußischen Interesse.

Denn eben jetzt verdüsterte sich der Horizont der europäischen Politik, und die Unsicherheit der allgemeinen Lage riet dringend zu einer Probe auf die Möglichkeit des dualistischen Versuches.

In Dänemark gingen seit einiger Zeit Dinge vor, die die alte Sorge der deutschen Patrioten, die schleswig-holsteinsche Frage, wieder brennend machten, und Bismarck war entschlossen, diese Frage im nationalen Sinn, also, wie er die Sache verstand, zu Preußens Vorteil zu lösen. Das zu ermöglichen, galt es zunächst, die Einmischung anderer Mächte zurückzuhalten, und hierzu war ihm das Zusammengehen mit Oesterreich erwünscht. Mit aller Umsicht, jede Möglichkeit ins Auge fassend, beschritt er so den Weg, dessen Ausgang niemand ahnte als er allein. Daß er sich bewußt war, mit dem ersten Schritte, den Oesterreich

Digitized by Google

hier an seiner Seite that, nicht nur die Lösung der schleswig-holsteinschen, sondern auch die der deutschen Frage, die Zukunft seines Volkes in seiner Hand zu halten, darüber besteht kein Zweifel; vielmehr erhöht es die gewaltige und erschütternde Tragik jener Jahre, wenn wir uns vor die Seele rufen, daß er damals in der Erkenntnis des Kommenden die an schwindelnden Abgründen vorbeiführende Bahn betreten mußte, ohne den Männern, von deren Zustimmung und Beistand das Gelingen abhing, gleich am Anfang seines Weges das letzte Ziel seiner Politik zeigen zu dürfen. Wie er in dem jetzt beginnenden Kampfe Preußens Gegner niederringt und dem Gang der Ereignisse seinen Willen auflegt, wie er den widerstrebenden König von Entschluß zu Entschluß in harten Entscheidungen weiterführt und seinem Volke, das ihn bekämpft und verwünscht, den Einheitsbau aufrichtet, das ist ein Schauspiel, wie es größer und erhebender keines Dichters Phantasie erdenken kann.

Am 15. November 1863 starb Friedrich VII. von Dänemark. Sein Tod brachte den Streit über das Schicksal der Elbherzogtümer, dessen letzte Entscheidung das vielgenannte Londoner Protokoll, wie man jetzt erfuhr, nur hinausgeschoben hatte, zum offenen Ausbruch. Obwohl nämlich in diesem unter der Garantie der Großmächte geschlossenen Vertrage den beiden Herzogtümern eine Reihe von Sonderrechten gegenüber Dänemark zugesichert worden war, so gab doch des Königs Nachfolger, der Prinz Christian aus dem Hause Glücksburg, dem Drängen der großdänischen Partei nach und dehnte wenige Tage nach seiner Thronbesteigung die Gesamtverfassung des Königreichs auf Schleswig und Holstein aus. Dieser Rechtsbruch entfachte in den Herzogtümern selbst wie in Deutschland die schon vorher durch mancherlei dänische Uebergriffe geschürte Erbitterung zu hellen Flammen. Stürmisch verlangte man die Anerkennung des Prinzen Friedrich von Augustenburg, der nach dem Tode des Königs Friedrich mit Ansprüchen seiner Familie hervorgetreten war, indem er die beiden Herzogtümer als sein Erbe und damit ihre

Digitized by Google

Losreißung von Dänemark verlangte. Daß die Ansprüche des Augustenburgers mindestens zweifelhaft waren, wurde in der patriotischen Aufwallung ebenso übersehen wie die andre Thatsache, daß ihre Anerkennung den Bestimmungen des Londoner Protokolls zuwider lief. Bismarck jedoch, der die Entwicklung der Frage seit Jahr und Tag verfolgte, sah ein, daß er nur auf der Basis dieses Protokolls vorgehen durfte, wenn er sein Spiel einerseits gegen die Großmächte, andererseits gegen Dänemark und schließlich — denn auch daran dachte er schon — gegen den Augustenburger sichern wollte. So nach allen Seiten rechtlich gedeckt und vor bedrohlicher Dazwischenkunft durch das Zusammengehen mit Oesterreich geschützt, begann er seinen diplomatischen Feldzug.

Am 1. Oktober schon hatte der Bundestag angesichts der dänischen Einverleibungspläne den Beschluß gefaßt, Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover mit der Ausführung einer Exekution in der Weise zu betrauen, daß Hannover und Sachsen je 3000 Mann nach Holstein schicken sollten, zu deren Unterstützung sich die beiden Großmächte bereit halten würden. Vorgänge in der europäischen Politik bestimmten Bismarck im Verlauf des Oktober, eine schleunige Ausführung des Exekutionsbeschlusses zu hintertreiben. Am 18. November jedoch, als Dänemark durch die Einverleibung der Herzogtümer selbst den Londoner Vertrag gebrochen hatte, sah er die Bahn frei. Jetzt setzte er ein, indem er Oesterreich durch den Glauben, daß es sich nur um eine Sicherung des Londoner Vertrags, nicht um Losreißung der Herzogtümer, also auch vorderhand und wahrscheinlich überhaupt nicht um Krieg gegen Dänemark handle, auf seine Seite zog. Diese besonnene und kühle Haltung, namentlich die Abgeneigtheit, durch Anerkennung des Augustenburgers dem allgemeinen und lauten Wunsche der Patrioten zu willfahren, erregte einen Sturm des Zornes gegen den Minister, der, wie man schon lange gesagt hatte und jetzt wieder bestätigt glaubte, jedes nationalen Gefühls bar sei. Am 23. November stellten die Abgeordneten Stavenhagen und Virchow in

Digitized by Google

der preußischen Kammer den Antrag, zu erklären: die Ehre und das Interesse Deutschlands verlange es, daß sämtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogtümer schützen, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten. Als Bismarck in der Verhandlung über diesen Antrag, die am 1. Dezember stattfand, sich nicht von seinem Standpunkte abdrängen ließ, trotzdem aber einige Tage nachher im Hinblick auf die zwischen Deutschland und Dänemark schwebenden Streitigkeiten die Erlaubnis zu einer Anleihe von 12 Millionen Thalern nachsuchte, beschloß das Haus eine Adresse an den König mit einer scharfen Spitze gegen den Minister.

In der Debatte, die für die damals gegen Bismarck herrschende Stimmung bezeichnend ist, warf Virchow dem Ministerium vor, daß es durch seine Berufung auf das Londoner Protokoll eine deutsche Frage zu einer europäischen gemacht habe und die Gefahr heraufbeschwöre, Kiel in russische Hände fallen zu lassen. In der Adresse hieß es unter andern Beschuldigungen: während eine klare Vertretung der Rechte Schleswig-Holsteins durch die preußische Regierung ganz Deutschland um den König von Preußen sammeln würde, habe das Beharren auf dem Standpunkt des Londoner Vertrags den Staat mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und mit der einmütigen Gesinnung des deutschen Volkes in offenen Widerspruch gesetzt; die preußische Regierung habe ihren ganzen Einfluß dazu verwendet, in Gemeinschaft mit Oesterreich eine in sich widerspruchsvolle und unklare Politik durchzusetzen, die die Selbständigkeit der Herzogtümer und damit die wichtigsten Interessen Deutschlands preisgebe, ohne die Gefahr auswärtiger Verwicklungen zu vermindern. Am Schlusse erinnerte die Adresse den König an sein feierlich gegebenes Wort, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen solle; in Erfüllung dieses Versprechens möge er von dem Londoner Vertrag zurücktreten, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein

Digitized by Google

anerkennen und dahin wirken, daß der deutsche Bund diesem in der Besitzergreifung und Befreiung seiner Erblande beistehe. Wenn die preußische Politik, getragen von dem Vertrauen des Volkes, diesen Weg einschlage, so werde das Abgeordnetenhaus der Regierung freudig alle erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

So wertvoll die in dem letzten Satze in Aussicht gestellte Verständigung mit der Volksvertretung nicht nur für die fernere Aktion gegen Dänemark, sondern für die Zukunft überhaupt sein mochte, für Bismarck war die daran geknüpfte Bedingung, die seiner Politik die Hände gebunden hätte, unannehmbar, ganz abgesehen davon, daß er in jenem Stadium der Angelegenheit vielleicht weder den König noch den österreichischen Bundesgenossen von dem Londoner Vertrag abgebracht hätte. Namentlich in Wien herrschte große Abneigung gegen ein entschiedenes Vorgehen. Zu der allgemeinen Unlust, sich in den fernen schleswig-holsteinschen Streit einzumischen, traten damals noch Besorgnisse wegen einer europäischen Verwicklung. Man wußte von Napoleons Intriguen und seinen Versuchen, sich Preußen zu nähern; um so beruhigter fühlte man sich an der Seite Preußens, zumal Bismarcks vorsichtige Haltung die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes im Norden herabzumindern schien. Unter diesen Umständen hielten die österreichischen Staatsmänner es für den sichersten Weg, die früher beschlossene Bundesexekution schleunig ins Werk zu setzen. Damit aber war dem preußischen Minister ein Zug gelungen, dessen Bedeutung die Zukunft enthüllen sollte.

Behutsam ging er weiter. Sein nächster Schritt war, Oesterreich zu überreden, die neue dänische Gesamtverfassung, die am 1. Januar in Kraft treten sollte, für einen Bruch des Londoner Vertrags zu erklären. Als das geschehen, wußte er, daß der Krieg mit Dänemark bei der Stimmung in Kopenhagen unvermeidlich war, denn die Aufhebung der Gesamtverfassung, die jetzt allein noch den Ausbruch der Feindseligkeiten verhindern konnte, würde

Digitized by Google

dem dänischen Könige die Krone gekostet haben. Am 24. Dezember rückten die Exekutionstruppen, Sachsen und Hannoveraner, über die Grenze, während die von Oesterreich und Preußen gestellten Reserven, jene in Hamburg, diese in Lübeck, sich einfanden. Die Leiter der Exekution hatten vom Bunde die Weisung erhalten, für Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze zu sorgen. Aber die Dinge kamen anders. Allenthalben, wo die Exekutionstruppen erschienen und die Dänen abzogen, erklärte die Bevölkerung sich von Dänemark los und rief den Erbprinzen von Augustenburg zum Landesherrn aus. Der Widerstand, den die beiden Bundeskommissare ihrer Instruktion gemäß diesem Treiben entgegensetzten, reichte nicht hin, die Bewegung zu hemmen, und als der Erbprinz dazu überging, in Kiel einen Hofhalt und eine Regierung einzurichten, schien der öffentlichen Meinung die eine Hälfte der schleswig-holsteinschen Frage in befriedigender Weise gelöst. Es erübrigte nur noch, so meinte man, die Rechte des Prinzen am Bunde zu bestätigen, alsdann müsse nach der alten Bestimmung, daß die beiden Herzogtümer vereint bleiben sollten, auch Schleswig seinem rechtmäßigen Herrn zufallen; der Einmütigkeit des deutschen Volkes werde Dänemark sich fügen. Daß diese Einmütigkeit bei der frühern Erhebung im Jahre 1848 infolge der Einmischung der fremden Mächte ihr Ziel kläglich verfehlt hatte, schien man vergessen zu haben.

Bismarck hatte es nicht vergessen, sondern handelte nach der Richtschnur des Satzes, daß die dänische Frage nur dann in einem für Preußen und Deutschland günstigen Sinne gelöst werden könne, wenn die Stellung zu den Großmächten eine Kriegführung gestatte. Unablässig war er bemüht, die in Petersburg und besonders in London auftauchenden Verstimmungen zu zerstreuen und jeden Argwohn, daß die Verteidigung des Londoner Protokolls nicht sein letztes Ziel sei, zu beseitigen. Unterdessen veranlaßte ihn die immer dringlicher auftretende Frage, was mit Schleswig geschehen solle, zu einer weitern Enthüllung seiner Gedanken, zunächst vor seinem Könige.

Digitized by Google

Schon unmittelbar nach dem Tode Friedrichs VII. hatte er in einem Ministerrat, dem der König beiwohnte, auseinandergesetzt, daß die für Preußen erstrebenswerteste Lösung der schleswig-holsteinschen Frage die Erwerbung der beiden Herzogtümer sei; aber damals schien dem Könige diese Politik so undenkbar, daß er die Ausführungen Bismarcks nicht einmal in das Sitzungsprotokoll aufgenommen wünschte. ‚Se. Majestät schien geglaubt zu haben,' so erzählt Bismarck den Hergang, ‚daß ich unter bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören.'

Jetzt legte er in einer Denkschrift dar, daß Preußen nicht unthätig bleiben könne, wenn Dänemark am 1. Januar die Novemberverfassung in Kraft setze. Für die preußische Politik gebe es in diesem Falle mehrere Wege. Entweder könne man in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung sich vom Londoner Vertrag lossagen und zugleich in Schleswig einrücken, oder man könne die Lossagung vollziehen ohne eine sofortige kriegerische Aktion. Im ersten Falle werde lediglich der Ausgang des Kampfes über das Schicksal der Herzogtümer entscheiden; allerdings sei vorauszusehen, daß man dabei mit den Großmächten, besonders mit England, in eine gefährliche Spannung gerate. Im andern Falle, wenn man den Londoner Vertrag aufgebe, ohne zum Kriege zu schreiten, erhalte man zwar die Unabhängigkeit Holsteins, aber Schleswig bleibe schutzlos, weil Preußen mit der Lossagung vom Londoner Vertrag jedes Recht einer Einmischung in die Verhältnisse Schleswigs verliere. Dieser Weg würde also nur bis zur Eider führen; man würde Holstein von Dänemark abreißen, was ja vielleicht ohne Kampf durch bloße Unterhandlung erreichbar sei, aber Schleswig, das rechte Objekt des Danisierungseifers, gebe man preis. Sonach bleibe nur ein dritter Weg gangbar: Oesterreich und Preußen äußern sich gar nicht über den Londoner Vertrag, sondern gehen zur Aktion über, um die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen zu erzwingen. Also ergehe am 1. Januar ein Ultimatum in diesem Sinne, entweder vom Bunde,

Digitized by Google

oder wenn dieser nicht wolle, von Oesterreich und Preußen; indessen könne man auch ohne Ultimatum sofort einrücken, um das Streitobjekt dem Gegner so bald wie möglich zu entziehen. Das bedeute natürlich Krieg mit Dänemark. Dieser wäre rasch und energisch zu führen, die übrigen Mächte hätten dabei keinen Titel zur Einmischung. — Man sieht, die Sorge, das Ausland fern zu halten, war der Angelpunkt seiner Politik.

Nachdem er sich mit Rechberg verständigt hatte, stellte er beim Bundestag den dringlichen Antrag, der Bund möge Schleswig in Pfand nehmen für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen. Während aber in Frankfurt sein Antrag deshalb abgelehnt wurde, weil er noch immer an dem allgemein geschmähten Londoner Vertrag festhielt, gelang es ihm gerade hierdurch, Oesterreich zu einem zweiten gemeinsamen Schritte zu bewegen. Am 16. Januar unterzeichneten die beiden Mächte eine Punktation, worin sie sich für den Fall der Ablehnung eines an Dänemark zu richtenden Ultimatums zu gemeinsamem bewaffneten Vorgehen, und zwar unabhängig vom Bunde, verpflichteten. Besondere Beachtung verdient der fünfte Artikel der Punktation, weil er den Gegensatz der in Wien und Berlin obwaltenden Auffassung erkennen läßt und zugleich die Richtung andeutet, in der Bismarcks geheime Pläne sich damals bewegten. Der österreichische Entwurf hatte für den Fall, daß es bei der beabsichtigten Besetzung Schleswigs zu Feindseligkeiten mit Dänemark komme, den Vorschlag gemacht, die beiden Vertragsmächte sollten die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer gemeinsam feststellen und sich jedenfalls nur in gemeinsamem Einverständnis von dem Prinzip der Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem bisherigen Bestande und von der durch den Londoner Vertrag eingegangenen Verbindlichkeit, die Erbfolge des Königs Christian anzuerkennen, lossagen. Die Fassung des Satzes zeigt, daß Oesterreich auch im Falle eines Sieges über Dänemark an dem Londoner Vertrag festzuhalten gedachte und sich das künftige Verhältnis der Herzogtümer zu Dänemark etwa in der Form der Per-

Digitized by Google

sonalunion vorstellte. Bismarck hingegen lehnte die österreichische Fassung, die seiner Politik eine bestimmte Richtung vorgeschrieben hätte, ab und ersetzte sie durch die einfache Bestimmung, daß die beiden Mächte die Frage über die Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständnis entscheiden würden. Mit dieser zu nichts verpflichtenden Erklärung hielt er sich für die Zukunft alle Wege offen. Alle, auch den zur Lösung der deutschen Frage!

Nun folgten sich die Ereignisse Schlag auf Schlag. Der Mann, der unter dem Spott der patriotischen und liberalen Heißsporne so bedachtsam und ruhig sein Werk vorbereitet hatte — jetzt, da es zum Handeln kam, griff er rasch und gewaltig zu. Noch an demselben 16. Januar da der Vertrag mit Oesterreich unterzeichnet wurde, erhielt die dänische Regierung die Aufforderung, binnen 24 Stunden die Novemberverfassung, die die Einverleibung der Herzogtümer bedeutete, zurückzunehmen; im Weigerungsfalle würden Oesterreich und Preußen ihre Gesandten aus Kopenhagen abrufen und Schleswig besetzen lassen. Am 18. lehnte Dänemark, wie Bismarck vorausgesehen hatte, diese Forderung ab, und am 20. begannen die verbündeten Truppen unter dem Oberbefehl Wrangels zu marschieren Daß Bismarck selbst die Beschleunigung der Operation mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln betrieb, wissen wir aus seinen Briefen an Roon. Der Stand der Dinge in Berlin gab ihm in jenen entscheidenden Tagen Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Stein, den er gelöst hatte, im Rollen blieb.

Während nämlich die völkerrechtliche Grundlage, die Bismarck seiner schleswig-holsteinschen Politik gegenüber den europäischen Mächten gegeben hatte, sich bis zur Beendigung des Kampfes als unanfechtbar erwies, offenbarte sich an andrer Stelle gleich im Anfang der Aktion eine schon mehrfach erwähnte Schwäche seiner Stellung: der Gegensatz seiner auswärtigen Politik zu den Wünschen seines Königs. Anfangs war König Wilhelm in der schwebenden Frage aus eigener Ueberzeugung mit seinem Minister denselben Weg gegangen, auch ihn hatten die Rechtsverletzun-

Digitized by Google

gen der Dänen empört, und er war fest entschlossen, auch ohne Bismarck, die Beobachtung des Londoner Vertrages im schlimmsten Falle sogar mit Waffengewalt zu erzwingen. Dabei neigte er dazu, die Erbfolge des Augustenburgers anzuerkennen, allerdings nicht weil, sondern obwohl die liberale öffentliche Meinung in Deutschland diese Lösung verlangte. Vornehm und selbstlos — so schildert ihn sein Biograph*) — wollte er vorgehen, als deutscher Fürst, als Legitimist, wie seine Anschauung und seine Vergangenheit es mit sich brachten. Anders Bismarck. Für ihn gab es auch in dieser Frage keinen andern Kompaß, nach dem er sein Steuer richtete, als den Vorteil und das Interesse seines Staates. Das Londoner Protokoll war für ihn nur ein Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Für Preußens Beruf war ihm die Schaffung eines neuen Staates mit der Dynastie Augustenburg unter bestimmten Voraussetzungen zwar erträglich, aber in keinem Falle erwünscht. Die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre hatte ihm gezeigt, daß die Mittel- und Kleinstaaten eine stärkere Neigung hatten, sich an Oesterreich anzuschließen; selbst diejenigen, die vorübergehend auf Preußens Beistand und Wohlwollen angewiesen waren, hatten sich diesem zum Teil in geographischen und politischen, zum Teil in socialen und konfessionellen Verhältnissen begründeten Zuge überlassen. Wer übernahm die Garantie, daß nicht demnächst der neue Herzog von Schleswig und Holstein vielleicht schon deshalb, weil er von dem benachbarten Preußen für seine Selbständigkeit fürchtete, in Bundessachen mit Oesterreich gehen werde? So setzte Bismarck dem von seinem Herrn vertretenen nationalen und legitimen Gedanken das Interesse Preußens entgegen, er handelte auch in dieser Frage, wie er offen aussprach, ausschließlich als Preuße.

Dieser Gegensatz zwischen dem König und seinem Minister trat jetzt offen hervor; bei den Besprechungen über den fünften Artikel der Punktation vom 16. Januar ließ er sich weder verbergen noch umgehen. In welcher

*) Erich Marcks.

Digitized by Google

Schärfe er sich geäußert haben muß, zeigen die Worte, die Bismarck am 21. Januar an Roon schrieb: er habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren sei, weil das Herz des Königs mehr im andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt sei; . . . es sei so gut wie klar, daß Se. Majestät auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie fügen wolle, um Augustenburg einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. Der Brief schloß mit der wenig erbaulichen Betrachtung: ‚Was soll man da noch reden und schimpfen? Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will. Er wird wissen, wie lange Preußen bestehen soll. Aber leid ist mir's sehr, wenn es aufhört, das weiß Gott.'

Um den Ausbruch einer so düstern und in augenblicklicher Erregung — er hatte die Nacht hindurch, wie er schreibt, kein Auge zugethan — vielleicht allzu pessimistischen Stimmung zu verstehen, erinnern wir an die Vorgänge, die sich damals im preußischen Landtag abspielten. Wir erwähnten oben die Adresse, die das Abgeordnetenhaus im Dezember des vorhergehenden Jahres gegen die Politik Bismarcks an den König gerichtet hatte. Nachdem auf diese Adresse am 27. Dezember eine in festen Worten abgefaßte Zurückweisung erfolgt war, stellte der Abgeordnete Virchow am 11. Januar 1864 an die Regierung die Frage, ob Preußen inzwischen von dem Londoner Vertrag zurückgetreten sei, und ob die Regierung die Aufrechterhaltung der dänischen Gesamtmonarchie noch jetzt für ein preußisches Interesse halte. Bismarck erklärte sich bereit, diese Frage zu beantworten, sobald das Haus die Bewilligung oder Versagung der im Dezember von der Regierung geforderten Anleihe beschlossen haben werde. Die entscheidende Beratung über die Anleihe stand am 21. Januar auf der Tagesordnung, an demselben Tage, an dem Bismarck, ehe er in die Kammer ging, jenen Brief an Roon schrieb. Offenbar wollte der König, seiner Auf-

Digitized by Google

fassung der Augustenburger Ansprüche entsprechend, die Interpellation Virchows in entgegenkommender, jedenfalls nicht in schroff abweisender Form beantworten, ein Entschluß, den Bismarck für verfehlt hielt und dessen Bekämpfung ihn zu einer Offenbarung seiner Pläne zwang. Hier aber stieß er auf Widerstand. Den König verdroß die kühne Selbstsucht der von seinem Minister empfohlenen Politik, von einem Gewinn für Preußen wollte er in seinem ritterlichen Sinne nichts wissen, noch am Abend vor der entscheidenden Debatte hielt er, wie wir aus jenem Schreiben Bismarcks ersehen, an seiner Auffassung fest. Vor dem Beginn der Kammersitzung ließ er Bismarck nochmals rufen, und jetzt erst, in zwölfter Stunde, drang dieser mit einem Teile seines Rates durch.

Die Unterredung des Königs mit Bismarck am 21. Januar, über deren Verlauf uns leider bis jetzt keine ausführliche Nachricht vorliegt, wurde für den ferneren Gang der Dinge von entscheidender Bedeutung. Eine lange Strecke geht der König seitdem auf der von seinem Minister gezeigten Bahn weiter, aber noch nicht freudig und mit freier Seele, sondern im Grunde noch immer zweifelnd, ob der Weg, den er wandelt, nicht gegen seine Fürstenpflicht gehe. Der Ausgang, den später die Augustenburger Erbfolge, denn um diese handelte es sich in dem Zerwürfnis, genommen hat, legt die Vermutung nahe, daß Bismarck in jener Unterredung den König überzeugt hat, daß es in Preußens Interesse liege, die Frage erst nach dem Siege über Dänemark zu entscheiden und sich nicht schon jetzt durch eine voreilige und vielleicht gefährliche Erklärung in der Kammer zu verpflichten. Mit andern Worten: auch die notwendige Entscheidung zwischen dem König und seinem Minister war nicht ausgetragen, sondern nur vertagt. Indem der König Bismarck zunächst gewähren ließ, erwartete er bestimmt, daß das Ende der Aktion seinen legitimen Anschauungen, nicht aber den ihm als gewaltthätig verdächtigen und widerwärtigen Absichten des Ministers entsprechen werde, eine Auffassung, die den höfischen Intriguen und Kabalen in der Stellung des ver-

Digitized by Google

haßten Staatsmannes manchen schwachen und gefährdeten Punkt darbot.

Im Abgeordnetenhause empfahl die Kommission, die von der Regierung geforderte Anleihe abzulehnen; ihr Berichterstatter griff Bismarcks Politik in den heftigsten Worten an: Im Parteiinteresse und aus persönlichen Antipathien arbeite er dem deutsch-patriotischen Streben der Mittelstaaten entgegen, seine Gesinnung wie seine Befähigung mache es unmöglich, der weitern Entwicklung seiner Politik mit Zuversicht entgegenzusehen, er mache Preußen zum Feinde Deutschlands, indem er die preußische Armee dazu verwende, gegen die deutschen Brüder zu kämpfen, die deutsches Recht zu schützen ausgezogen seien; um Schleswig-Holstein gebunden wieder an Dänemark auszuliefern, solle ein deutscher Bundeskrieg entbrennen, nur weil Preußen das Schicksal habe, von Herrn v. Bismarck regiert zu werden. Jetzt müsse die letzte Rücksicht gegenüber diesem Ministerium schwinden. Deutschland müsse wissen, daß das preußische Volk in dieser Frage zu ihm stehe, daß es mit der verwerflichen Politik des Ministeriums nichts gemein habe, sondern alle zuständigen Mittel anwenden werde, sie zu vereiteln. Sagen wir uns deshalb, so schloß der Berichterstatter, von jeder Gemeinschaft mit der Politik dieses Ministeriums los, verwahren wir uns vor jedem seiner Schritte, und geben wir dieser Verwahrung und Lossagung die erste praktische Folge durch die Verwerfung der Anleihevorlage!

Bismarck wußte, daß das Schicksal der Regierungsvorlage besiegelt war und hielt es für verschwendete Mühe, die Mehrheit zu einer andern Haltung zu bewegen. Nachdrücklich betonte er zwar den Wunsch der Regierung, für ihre im preußischen und nationalen Interesse unternommene Politik das Vertrauen der Volksvertretung zu gewinnen; aber die Voraussetzung, daß der Kammer eine Aufsicht über die auswärtige Politik oder gar deren Leitung zustehe, wies er in scharfen Worten zurück. Und offenbar war es ein Nachklang der Sätze, womit er auf die Entscheidung des Königs eingewirkt hatte, wenn er der Kam-

Digitized by Google

mer mit erhobener Stimme zurief, daß es sich hier um einen Kampf handele zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten. Der rocher de bronce stehe noch heute fest, er bilde das Fundament der preußischen Geschichte, der preußischen Macht und des preußischen Königtums. ‚Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und Ihr liberium Veto!'

Die Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen verworfen und eine Erklärung angenommen, daß das Haus gegen das Vorgehen der Regierung feierlichst Verwahrung einlege und derselben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten werde. Auf Bismarck, der des Vertrauens seines Königs für den Augenblick wieder gewiß war, machten diese Beschlüsse, so sehr sie der siedenden Erregung im Lande entsprachen, geringen Eindruck. Er war, wie er den Abgeordneten erklärt hatte, entschlossen, die von ihnen verweigerten Mittel zu nehmen, wo er sie finde. Im übrigen fürchtete er die Demokratie jetzt, da er sein hohes Spiel um Preußens Zukunft eröffnet sah, weniger als je. Wenige Tage nachher, am 25. Januar, schloß er den Landtag mit einem scharfen Verweise an das Abgeordnetenhaus wegen seiner verfassungswidrigen und unpatriotischen Bestrebungen. Erst im folgenden Januar berief er die widerspenstigen Landboten wieder nach Berlin; die Lage war dazu angethan, daß er seine ganze Zeit und Kraft den auswärtigen Dingen zuwandte, anstatt sie in unfruchtbarem parlamentarischen Geplänkel zu zersplittern, welches doch den innern Hader nur geschürt und ihm die Kreise seiner Politik vielleicht gestört hätte.

Den kriegerischen Ereignissen zu folgen, ist natürlich nicht Aufgabe dieser Blätter; zum Verständnis des diplomatischen Feldzuges, der die Kämpfe auf dem Schlachtfelde vorbereitet, begleitet und ausgebeutet hat, werden einige Angaben genügen. Am 1. Februar überschritten die Truppen der beiden Mächte die Eider und drangen in Schleswig ein, am 5. räumten die Dänen das Danewerk, eine für uneinnehmbar gehaltene Befestigung im Westen

Digitized by Google

der Stadt Schleswig; in der ersten Märzwoche rückten die Verbündeten in Jütland ein, am 18. April erfolgte die Erstürmung der Düppeler Schanzen, die den Feind zur Räumung der ganzen Halbinsel zwang, endlich, am 29. Juni, der Uebergang nach Alsen. Die Ruhmesthaten der Truppen wirkten auf Bismarcks vornehmliche Aufgabe, sowie auf seine Stellung zum König und auf die öffentliche Meinung in unverkennbarer Weise zurück. Wurde in dem Monarchen durch die Freude über die Siege seiner Krieger das militärische und preußische Selbstgefühl gehoben, so daß er der Politik seines Ministers nunmehr geringern Widerstand entgegensetzte, so bereitete sich auch in der Bevölkerung allmählich ein Umschwung vor. Namentlich in den Kreisen, die dem Konflikt zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhause mit weniger Teilnahme gegenübergestanden hatten, in den untern Schichten des Volkes und auf dem Lande, kam die Begeisterung über die Ereignisse von Düppel und Alsen zum Durchbruch, während die Wortführer der Opposition in Preußen und im übrigen Deutschland ihrem Patriotismus Zwang anthaten. Zu dem neidischen Aerger, daß gerade die ihnen so verhaßte Politik Erfolge errang, gesellte sich bald wieder der Verdacht, daß der schließliche Ausgang der liberalen und nationalen Sache nicht zum Gewinn ausschlagen werde. Diese Stimmung wuchs, als man erfuhr, wie wenig rücksichtsvoll Bismarck bei einigen Anlässen die Organe der in Holstein vollzogenen Bundesexekution behandelte. Daß sein schroffes Auftreten in solchen Fällen durch ein wenig wohlwollendes Verhalten auf der andern Seite hervorgerufen war, welches ohne energisches Durchgreifen die Schnelligkeit und Sicherheit der militärischen Operation beeinträchtigt hätte, wurde geflissentlich verschwiegen.

Auch durch die Führung der eigenen Truppen sah sich Bismarck einige Male zu Eingriffen in den Gang des Feldzuges veranlaßt, nicht als ob es ihm Freude gemacht hätte, den Strategen ins Handwerk zu pfuschen, sondern in der Ueberzeugung, daß der Krieg nur ein Mittel zu höhern Zwecken sei, deren Beurteilung nach dem Könige

Digitized by Google

vor allem dem verantwortlichen Minister obliege. Es ist bekannt, daß er auch später, während des böhmischen und französischen Feldzuges, an diesem Grundsatz festgehalten und sich dadurch schweren Verdruß und heftige Anfeindung zugezogen hat. Wie er die Unterordnung der kriegerischen Operationen unter die Erwägungen der allgemeinen Politik auffaßte, dafür bietet der Feldzug des Jahres 1864 zwei besonders lehrreiche Vorgänge.

Nach der Besetzung von Schleswig erwog man im Hauptquartier die Frage, ob man den zurückweichenden Feind bis über die jütische Grenze verfolgen solle. Wrangel war dazu entschlossen, weil, wie er die Oesterreicher wissen ließ, für das Hauptquartier nur militärische Rücksichten maßgebend seien, keine diplomatischen. Da nun der Vertrag der beiden Mächte vom 16. Januar das gemeinsame Vorgehen auf Schleswig beschränkte, lag die Gefahr nahe, daß Wrangels Entschluß zu einer Entzweiung mit Oesterreich führte und sie noch obendrein in einem kritischen Augenblick den übrigen Mächten offenbarte. Bismarck, telegraphisch von dem Stande der Dinge benachrichtigt, erwirkte eine königliche Ordre, die ein Vorrücken bis auf weiteres untersagte. Es ist bekannt, daß Wrangel seinem Aerger in einem Telegramm an den König Luft machte, worin er die Diplomaten, die ‚die schönsten Operationen störten', mit wenig schmeichelhaften Titeln bedachte. Bismarck, der auch sonst von Wrangels Eigensinn bedenkliche Sprünge besorgte, war erst beruhigt, als man das ‚alte Kind', so schrieb er Roon, ermächtigen konnte, ‚mit neuen Stiefeln ins Wasser zu patschen'. Der zweite Vorgang spielte in den Tagen vor dem Sturm auf Düppel. Am 12. April sollte in London die Konferenz eröffnet werden, die auf Englands Betreiben berufen worden war, um Mittel und Wege zur Herstellung des Friedens ausfindig zu machen. Natürlich war es für die Stellung der beiden deutschen Großmächte von Bedeutung, ob es gelang, dem dänischen Heere vorher eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Zu diesem Zwecke plante man im Hauptquartier den Angriff auf die Schanzen bei Düppel, verhehlte aber

Digitized by Google

nicht, daß die Zeit bis zum 12. April für die Vorbereitung des Sturmes kaum ausreichte. Desto willkommener war die Nachricht, daß Bismarck unter einem andern Vorwande die Eröffnung der Konferenz um einige Tage hinausgeschoben hatte.

Seine diplomatische Thätigkeit während des dänischen Krieges hat er selbst später die schwierigste und glücklichste von allen seinen Leistungen genannt. Als er sich zum Vorgehen gegen Dänemark entschloß, stand ihm freilich fest, daß das Ende ein Gewinn für Preußen sein mußte. In welcher Gestalt, das überließ er einstweilen der Entwicklung der Dinge. Denn auch dies war ein Zeichen seiner staatsmännischen Kunst und ein Geheimnis seiner Erfolge, daß er nicht von vornherein eigensinnig auf ein genau bestimmtes Ziel lossteuerte und dann in der hartnäckigen Verfolgung dieses Zieles an irgend einem unterwegs begegnenden Hindernis auffuhr. Es war ihm genug, im allgemeinen die Richtung zu kennen, in der er zu steuern hatte; das machte ihn nicht blind gegenüber dem, was der Augenblick verlangte, und ermöglichte ihm, jeden unvorhergesehenen Vorteil zu erfassen, kurz, er wurde dadurch unter allen Umständen zum Meister der Situation. Demgemäß war ihm hier im Anfange nur das Eine zweifellos, daß die Herzogtümer ganz oder zum Teil von Dänemark befreit und in eine Lage gebracht werden mußten, die für Preußen einen Machtzuwachs bedeutete. Wir haben oben gesehen, wie er Oesterreich durch kluge Verbergung dieser Absicht zum Mitgehen veranlaßte, dasselbe Oesterreich, das mit Recht jeden Fortschritt Preußens bei der damaligen Rivalität um die Hegemonie in Deutschland für eigenen Rückgang hielt, und wie er dann während des Feldzuges dafür sorgte, daß an keiner Stelle das Einvernehmen getrübt wurde, daß Preußen nirgends, wie es in den ‚Gedanken und Erinnerungen' heißt, um ein Haar breit an Oesterreich vorbeiging. In der That, die beiden Verbündeten boten dem, der auf die letzten Gründe und Ziele ihres Vorgehens sah, den Anblick einer seltsamen Waffenbrüderschaft: Preußen, soweit wenigstens Bismarcks

Digitized by Google

Entschluß in Betracht kommt, von vornherein zum Kriege und dessen voller Ausnutzung bereit, Oesterreich, dem Kriege abgeneigt, auf Schritt und Tritt hemmend und gewillt, unter einigen Cautelen den Dänen die Herzogtümer wenigstens in Personalunion zu lassen. Solange nun der weiter strebende preußische Staatsmann Dritten gegenüber, dem deutschen Bunde oder dem Auslande, den Schein einer vollen Eintracht mit dem im Grunde widerwilligen Genossen nicht entbehren kann, verlangsamt er entweder seinen Weg oder treibt den zaudernden und zurückbleibenden wieder an seine Seite, bald durch die Furcht vor Napoleons österreichfeindlichen Plänen, bald durch die Besorgnis, daß man durch Zaudern und Schwäche den Unwillen des deutschen Volkes erregen und dem verbündeten Rivalen einen erheblichen Vorsprung in der Gunst der öffentlichen Meinung einräumen werde.

In dieser Weise sein wahres Ziel noch immer verheimlichend, zog er Oesterreich weiter. Die Nachteile, die die Rücksicht auf den Verbündeten dem Fortschritt der Aktion bereitete, wurden durch die erhöhte Sicherheit vor unbequemen Zwischenfällen mehr als aufgewogen. Ueberdies hatte er in der Erkenntnis, daß nicht Dänemark, sondern Europa der am meisten zu fürchtende Gegner war, nichts unterlassen, was eine feindliche Intervention der übrigen Mächte, besonders der Garanten des Londoner Vertrages, fernhalten konnte. Mit Rußland herrschte seit dem Krimkriege ein gutes Einvernehmen, es war ja zum Teil sein eigenes Verdienst; und weil er überdies Napoleon in dem Glauben ließ, daß die Freundschaft Preußens ihm in der Verfolgung seiner Pläne von Wert sein werde, so brauchte er Englands Zorn nicht zu fürchten. In dieser Gewißheit lehnte er Ende Januar den englischen Antrag, die militärischen Operationen zu verschieben, um Dänemark Zeit zur Aufhebung der Novemberverfassung zu geben, rundweg ab. Die zugleich von Nächstenliebe und Preußenhaß triefenden Ergüsse der englischen Presse fochten ihn ebensowenig an wie die zornigen Reden in Westminster; wenn sie sich zu unbequem machten, fertigte er sie mit

Digitized by Google

einem kräftigen hand off ab. Dagegen konnte er dem im März von England kommenden Vorschlag einer Friedenskonferenz schon aus Rücksicht auf Oesterreich sich nicht versagen.

Die Thätigkeit Bismarcks während der Londoner Konferenz vom 25. April bis zum 25. Juni bildet den Glanzpunkt seines diplomatischen Feldzuges. Die Konferenz war einberufen, um einen für Dänemark glimpflichen Frieden zu erwirken, Deutschland möglichst wenig zu gewähren. Das wußte Bismarck, und die ihm bekannte Stimmung der meisten Teilnehmer an der Konferenz gebot große Vorsicht. Daß Rußland, England und Schweden im Grunde für die Unverletzlichkeit der dänischen Gesamtmonarchie, also für die Aufrechterhaltung des Londoner Vertrags eintreten würden, war schon bedenklich genug, noch bedenklicher aber die Sorge, daß Oesterreich während der Verhandlungen, da es vor England und Frankreich Farbe bekennen mußte, sich von Preußen trennen und dadurch neue Schwierigkeiten und Verwicklungen heraufbeschwören könne. Nur mit Napoleon wußte Bismarck, soweit er dessen abenteuerlicher Spekulationssucht trauen durfte, sich in jenem Augenblicke einig. Der Kaiser erwärmte sich, wie es seiner Herkunft und seinen politischen Grundsätzen entsprach, für den Gedanken, daß man in einem Plebiscit die Schleswig-Holsteiner selbst entscheiden lassen solle, ob sie in Zukunft dänisch oder deutsch sein wollten, ein Vorschlag, der von Rußland und Oesterreich aus naheliegenden Gründen bekämpft wurde; auch Dänemark lehnte ihn bei seinem schlechten Gewissen ab. Bismarck hingegen erkannte Napoleon zuliebe an, daß die Wünsche der Bevölkerung, wenngleich sie natürlich nicht allein maßgebend wären, Berücksichtigung verdienten. Durch dieses Entgegenkommen in einem Lieblingsgedanken des Kaisers gewann er sich dessen Unterstützung.

Während der Verhandlungen über den Gegenstand machte die französische Regierung am 9. April dem preußischen Gesandten in Paris eine wichtige Eröffnung: wenn die Abstimmung der schleswig-holsteinschen Bevölkerung auf

Digitized by Google

einen selbständigen Staat unter dem Prinzen von Augustenburg gehe, so werde Frankreich sich nicht widersetzen, obwohl es die Errichtung eines neuen Kleinstaates nur beklagen könne. Falle aber die Abstimmung für den Anschluß an Preußen aus, so werde Napoleon auf der Konferenz auch dafür eintreten, und zwar verlange er dafür nicht die geringste Landabtretung, sondern werde sich mit den Kompensationen begnügen, die geeignet seien, ihm ein offenes und kräftiges Einverständnis auf andern Gebieten zu gewähren.

Daß diese Anträge bei der Lage der Dinge nicht von der Hand gewiesen werden durften, verstand sich von selbst. Auch König Wilhelm wünschte den Fortgang der Verhandlungen mit dem Pariser Kabinett, die zu nichts verpflichteten, dagegen seinen eigenen Absichten hinsichtlich der Einsetzung des Augustenburgers eine schätzbare Förderung zu verheißen schienen. Demgemäß entwarf Bismarck in geheimem Einvernehmen mit der französischen Regierung seinen Operationsplan für die Konferenz: Zunächst werde Preußen — dazu war es ja auch durch Rücksichten auf Oesterreich gezwungen — die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark beantragen, jedoch mit dem Zusatz, daß auch Schleswig in den deutschen Bund eintrete, Rendsburg zur Bundesfestung und Kiel zum Bundeshafen gemacht werde. Selbstverständlich werde Dänemark diese Forderungen ablehnen und sich noch eher bereit erklären, Holstein und den südlichen Teil von Schleswig ganz abzutreten. In der Frage, wer das von Dänemark abgetretene Gebiet erhalten solle, sei für Preußen die Annexion natürlich jeder andern Lösung vorzuziehen; indessen empfehle es sich, die Entscheidung hierüber ebenso hinauszuschieben wie das Votum der Bevölkerung, welches gegenwärtig zweifellos für den Prinzen von Augustenburg und gegen eine Trennung der deutschen und dänischen Bezirke von Schleswig ausfallen würde. Was der preußische Minister über seine letzten Absichten nur verhüllt zugab, faßte darauf Napoleon in folgende klare Formel: zuerst Forderung der Personalunion, deren Verwerfung auf der Konferenz sicher

Digitized by Google

sei; darauf die Kandidatur des Augustenburgers, die desto gewisser abgelehnt werde, je mehr Land man für ihn verlange; alsdann bleibe nichts übrig, als Schleswig nach den Nationalitäten zu teilen und das deutsche Gebiet mit Holstein an Preußen zu bringen.

Indessen einstweilen war man noch nicht so weit. So wertvoll die Verständigung mit Frankreich war, auf der Konferenz waren die Gegner der preußischen Absichten in der Mehrheit. Offenbar um dieses ungünstige Verhältnis zum Teil wenigstens zu bessern, befürwortete Bismarck den Gedanken, auch den deutschen Bund unabhängig von den beiden Großmächten an der Konferenz teilnehmen zu lassen. Denn bei der Stimmung der deutschen Mittelstaaten konnte er einerseits darauf rechnen, daß deren Vertreter grundsätzlich alle gegen Dänemark gerichteten Anträge unterstützen und namentlich die Personalunion bekämpfen werde; andererseits gewann er in dem Vertreter des Bundes einen wertvollen Berichterstatter über die öffentliche Meinung in Deutschland, die einmütig und ungestüm die gänzliche Befreiung der beiden Herzogtümer verlangte. Die Schilderung dieser opferwilligen und patriotischen Begeisterung mußte nicht nur Oesterreich weitertreiben, sondern auch die Freunde Dänemarks zur Nachgiebigkeit bewegen. Ueberhaupt sah Bismarck, der anfangs die Bewegung zu gunsten des Augustenburgers mit Unbehagen verfolgt hatte, angesichts der Konferenz in jedem Gegner Dänemarks, mochte er in betreff der Zukunft Schleswig-Holsteins noch so sehr von ihm abweichen, einen willkommenen Bundesgenossen. Die Lage war so, daß es ihm — wie er sagte — zweckdienlich schien, gegen das Dänentum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen; das gesamte Geläut der Meute wirke dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogtümer unter die Dänen den Ausländern unmöglich erscheine und diese genötigt würden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen könne.

Nachdem die Konferenz in ihren ersten Sitzungen sich abgemüht hatte, die Grundlagen für den Abschluß eines

Digitized by Google

Waffenstillstandes ausfindig zu machen, war sie am 12. Mai so weit, daß die Beratungen über das Schicksal der Herzogtümer beginnen konnten. Nur mit Widerstreben und in der Erkenntnis, daß Oesterreich durch eine offenkundige Trennung von seinem Verbündeten alle Sympathien in Deutschland verscherze, hatte Graf Rechberg das von Bismarck aufgestellte Programm angenommen, wenigstens dessen ersten Punkt, denn den ganzen mit Napoleon durchberatenen Plan zu offenbaren, war die Stunde noch nicht gekommen. Demgemäß erklärte Graf Bernstorff, der Vertreter Preußens, in der Sitzung am 12. Mai, daß die deutschen Regierungen, nachdem die Verträge von 1852 hinfällig geworden, zur Erwägung jedes Vorschlages bereit seien, der einen dauernden Frieden herbeiführen könne. Ueber diese allgemeine Erklärung ging man an jenem Tage nicht hinaus; Bismarck wartete zunächst deren Wirkung ab, und erst als er am folgenden Tage von Bernstorff erfuhr, daß auch England sich mit dem Gedanken einer Trennung der Herzogtümer von Dänemark vertraut zu machen beginne, ging er einen Schritt weiter. Er telegraphierte an Bernstorff, daß man jetzt, um gegen Oesterreich nicht wortbrüchig zu werden, den Plan der Personalunion durchmachen, aber zu Falle bringen müsse, und zwar so, daß er nicht offenbar an Preußens Widerstand scheitere. Geschickt entledigte sich Bernstorff des Auftrags, indem er nach langwieriger Verhandlung mit den österreichischen Vertretern eine Erklärung aufstellte, die, ohne die Personalunion ausdrücklich zu erwähnen, in der Sache selbst die Wünsche der beiden Mächte zu vereinigen schien: die Garantien eines dauernden Friedens seien nur zu finden in der vollständigen politischen Unabhängigkeit der durch gemeinsame Institutionen verbundenen Herzogtümer. Als jedoch Bernstorff trotz wiederholtem Drängen der übrigen sich weigerte, eine Erklärung über den in Aussicht genommenen Thronkandidaten zu geben, wurde es allen zur Gewißheit, daß über diesen entscheidenden Punkt zwischen Oesterreich und Preußen noch keine Verständigung hergestellt war. Dem dänischen Bevollmächtigten gab diese

Digitized by Google

Wahrnehmung neue Hoffnung, und in der Annahme, die bisherigen Freunde an seiner Seite zu halten, erklärte er, den Antrag Bernstorffs selbst in dem Falle zurückweisen zu müssen, daß man die Thronfolge in den Herzogtümern seinem Könige zugedacht habe. Damit war die Personalunion thatsächlich gefallen, der erste Punkt von Bismarcks Programm in seinem Sinne erledigt.

Das geschah am 17. Mai. Am 21. richtete Bismarck eine ausführliche Depesche an den preußischen Gesandten in Wien, um sich über das weitere gemeinsame Vorgehen zu verständigen. Er sah voraus, daß der Entschluß, den man jetzt in Wien fassen würde, nicht nur für die schleswig-holsteinsche Frage, sondern darüber hinaus für das künftige Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich von unberechenbarer Wirkung sein werde. Daß es ihm ebenso wie König Wilhelm damals ernstlich und aufrichtig und nicht etwa nur zur Erreichung eines augenblicklichen Vorteils um ein freundschaftliches Einvernehmen mit Oesterreich zu thun war, läßt sich nach allem, was bis heute aus den Archiven ans Licht gekommen ist, nicht bezweifeln. Der bisherige Verlauf der schleswig-holsteinischen Aktion hatte den Beweis erbracht, daß das Bündnis der beiden Mächte sowohl in Deutschland als auch dem Auslande gegenüber eine starke und rühmliche Politik ermöglichte. Desto mehr war es jetzt des Königs und auch Bismarcks Wunsch, daß ‚der öffentlichen Meinung bei uns ein möglichst glänzender Erfolg in einer nationalen Sache sich als als das Ergebnis des jetzigen und als Unterpfand des ferneren festen Zusammenhaltens beider Mächte darstelle'. Diese Worte standen in der Depesche, die Bismarck am 21. Mai nach Wien schickte. Die Aufnahme, die seine Anträge hier fanden, wurde ohne sein Zuthun der erste Anstoß zu einer Wendung in seiner dualistischen Politik.

Bismarck ging nämlich in jener Depesche davon aus, daß nach der Ablehnung der Personalunion nichts übrig bleibe, als von Dänemark die gänzliche Lostrennung der beiden Herzogtümer bis zur Königsau*) zu fordern.

*) Flüßchen an der Südgrenze Jütlands.

Digitized by Google

Die Frage, wer künftig Schleswig-Holstein beherrschen solle, könne zwar auf der Konferenz noch zurückgestellt werden, aber es empfehle sich, schon jetzt mit Oesterreich darüber zu einer Verständigung zu gelangen. Nun sei ohne Zweifel die Erbfolge Augustenburgs diejenige, die sich nach Lage der Dinge am leichtesten und ohne die Gefahr europäischer Verwicklungen verwirklichen lasse; Preußen sei daher auch nicht abgeneigt, sich für dieselbe zu erklären, wenn es dabei auf die Zustimmung Oesterreichs hoffen dürfe. Nachdem er dann wie aus Rücksicht auf die in Wien vorherrschende Abneigung gegen den demokratischen Charakter der Augustenburgschen Agitation hinzugefügt hatte, daß der Erbprinz sich von seiner bisherigen Umgebung trennen und seine Sache in Oesterreichs und Preußens Hände legen müsse, fuhr er, zur Hauptsache übergehend, also fort: es könne in Wien nicht unbekannt geblieben sein, daß in Preußen selbst in starken, achtungswerten Elementen der Bevölkerung die Idee sich geltend gemacht habe, in einer Verbindung der Herzogtümer mit Preußen liege ein Ersatz für die von den Verbündeten aufgewandten Anstrengungen und Opfer, zugleich aber auch die sicherste Bürgschaft für das Gedeihen der Herzogtümer und gegen eine Wiederkehr der von Dänemark drohenden Gefahren. Auch in den Herzogtümern selbst solle dieser Gedanke nicht ohne Anklang sein, und der Enthusiasmus für den Prinzen von Augustenburg stelle nur den augenblicklichen Ausdruck der Negation gegen Dänemark dar. Solche Stimmen im eigenen Lande fielen natürlich für Preußen ins Gewicht, und man würde die angedeutete Lösung, wenn sie sich aus der Natur der Verhältnisse ergebe, nicht abweisen. Aber man sei weit davon entfernt, durch Bestrebungen dieser Art europäische Verwicklungen hervorrufen oder das Einverständnis mit Oesterreich gefährden zu wollen. Der König werde die Verwirklichung solcher Gedanken, welche eben jetzt ohne Zuthun der königlichen Regierung durch Adressen seiner Unterthanen ihm nahe gelegt würden, immer nur in vollem Einverständnis mit seinem Bundesgenossen anstreben.

Digitized by Google

Diese Depesche, in der wir Bismarcks Auffassung der Lage ohne Hintergedanken erkennen, ist auch dadurch beachtenswert, weil sie zeigt, daß König Wilhelm, obschon er die Erhebung des Augustenburgers auch jetzt noch in erster Linie in Betracht zog, dennoch dem Gedanken einer Einverleibung der Herzogtümer erheblich näher gerückt war. Die unerwartete Aufnahme, der jetzt Bismarcks Anregung in Wien begegnen sollte, konnte daher nur dazu führen, den König noch enger an seinen Minister zu drängen, weil sie die in der Natur der Dinge begründete Rivalität der beiden Großmächte, die vor dem zeitweiligen Zusammengehen Rechbergs und Bismarcks zurückgetreten war, blitzartig erhellte. Oesterreich wollte, so erklärte man am 23. Mai in Wien, der Konferenz den Augustenburger vorschlagen, dieselbe Kandidatur, die es bis zum 17. Mai wegen ihres demokratischen und nationalvereinlichen Beigeschmacks aufs leidenschaftlichste bekämpft hatte. Wenn über die wahre Ursache dieser Schwenkung noch ein Zweifel obwalten konnte, so wurde er in den nächsten Tagen durch Kundgebungen der österreichischen Presse beseitigt, in denen es als eine Aufgabe der kaiserlichen Politik hingestellt wurde, dem künftigen Herzog von Schleswig-Holstein die volle Souveränität zu erhalten. Die Spitze gegen Preußen, welches von dem Augustenburger gewisse Garantien verlangte und in seinem Interesse verlangen mußte, war unverkennbar!

Am 28. sollte die Konferenz über den Gegenstand verhandeln. Wenn Oesterreichs Antrag durchging, so hatte Preußen zunächst das Nachsehen: die Erhebung des Augustenburgers ließ sich alsdann kaum noch verhüten, und der Prinz, der schon jetzt auf seine Souveränität pochte, würde nach seiner Anerkennung durch die Konferenz weniger als je zu den von Preußen verlangten Konzessionen bereit sein. In diesem Sinne schickte Bismarck an Bernstorff die Weisung, daß für Preußen eine Anerkennung des Prinzen unmöglich sei, bevor man mit ihm verhandelt und ermittelt habe, wie er sich demnächst zu Preußen stellen wolle. Wenn daher die Kandidatur des Augusten-

Digitized by Google

burgers auf größeren Widerspruch stoße als das Prinzip, Schleswig nach den Nationalitäten zu teilen, so solle Bernstorff sie fallen lassen. Daß aber die Kandidatur Widerstand finden werde, war gewiß, zumal ihre Freunde darauf bestanden, daß die beiden Herzogtümer ungeschmälert dem Augustenburger überwiesen werden sollten; schon aus diesem Grunde mußten die Gönner Dänemarks sie ablehnen.

Dem preußischen Diplomaten lag deshalb vor allem ob, seinen Antrag auf Anerkennung des Prinzen so zu fassen, daß sich daraus später für Preußen keine Verpflichtung herleiten ließ. Mit großer Umsicht löste Bernstorff diesen Teil seiner Aufgabe, indem er die Kandidatur des Prinzen nur mit der Ansicht des Bundestags und der Volksstimmung begründete, jedoch alles vermied, was als eine Anerkennung der Augustenburger Ansprüche durch Preußen gedeutet werden konnte. Als darauf die Konferenz seinen Antrag, wie vorauszusehen war, ablehnte, hatte Bismarck freie Hand für die in Aussicht genommene Verhandlung mit dem Prinzen von Augustenburg. Am 1. Juni fand die entscheidende Zusammenkunft statt. Man hat den Verlauf dieser denkwürdigen Unterredung zwischen Bismarck und dem Prinzen bisweilen so dargestellt, als ob dieser damals das unglückliche Opfer einer dämonischen, um nicht zu sagen teuflischen List geworden sei. Indessen sind wir über den Hergang hinlänglich unterrichtet, um zu erkennen, daß der Prinz selbst in der Zuversicht, seine Thronfolge sei unzweifelhaft, den Augenblick verscherzt hat. Bismarck verlangte von ihm eine Erklärung, ob er gewillt sei, sich zu gunsten Preußens einigen Bedingungen zu unterwerfen; er nannte dieselben, die der Kronprinz Friedrich Wilhelm, der Freund des Prinzen und ein warmer Fürsprecher seiner Kandidatur, schon im Februar in einer Denkschrift als begründet aufgestellt hatte: eine Militärkonvention mit Preußen, den Beitritt zum Zollverein, den Bau eines Nord-Ostseekanals, sowie die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung und Kiels zur preußischen Marinestation. Demgegenüber stellte sich der Prinz auf den Standpunkt, daß er ohne Zustimmung der schleswig-hol-

Digitized by Google

steinschen Stände sich keiner Schmälerung seiner Souveränität unterwerfen könne; er wollte alles der Zukunft anheimstellen und sich gegenwärtig zu nichts verpflichten. Offenbar wiegte er sich, durch den ihm bekannten Umschwung in Wien bestärkt, in dem sichern Gefühl, daß seine Sache schon zu weit gediehen sei, um zurückgehen zu können. In dieser Täuschung über seine Lage konnte er sich nicht entschließen, die von Bismarck verlangte Erklärung abzugeben, und als auch die Bemühungen des Kronprinzen in den folgenden Tagen zu keinem andern Ergebnis führten, hatte er die Gunst des Augenblicks verloren: So günstige Bedingungen sollten ihm nicht zum zweitenmale gestellt werden! Während jener Unterredung war er darüber im Unklaren — und das war sein Verhängnis, nicht das Dämonische seines Gegenüber —, daß die Entscheidung nicht in Wien, sondern in Berlin lag. Allerdings muß man zugeben, daß der Ausgang Bismarck nicht unerwünscht war, denn die Erhebung des Augustenburgers, die Errichtung eines neuen Kleinstaates, betrachtete auch er, wir sahen es, vom ersten Tage an als eine Lösung, mit der Preußen sich nur im Notfalle und dann unter ganz bestimmten Voraussetzungen einverstanden erklären konnte.

Die Haltung des Prinzen erleichterte dem preußischen Minister überdies nicht unwesentlich die Aufgabe, den König von der Begünstigung des Augustenburgers zurückzubringen. Denn auch für König Wilhelm waren seit jenem Tage die Thronfolgeansprüche des Prinzen, so sehr er ihm persönlich sein Wohlwollen bewahrte, im Kurs gesunken. Vor der Frage, was nunmehr mit den Herzogtümern geschehen solle, die Dänemark, nachdem es nochmals zu seinem Nachteil eine Entscheidung mit den Waffen versucht, am 1. August an Preußen und Oesterreich abtrat — vor dieser Frage, die die vom Schicksal gewollte Auseinandersetzung mit Oesterreich heraufführte, hat der König noch lange geschwankt. Seiner Natur entsprach es, das, was er besaß, mit zäher Tapferkeit festzuhalten, während er sich zu neuem Besitz nur zögernd entschloß. Noch lange nach jenem 1. Juni wich er allen Versuchen Bismarcks, ihn zu einer un-

Digitized by Google

umwundenen Erklärung zu bewegen, aus, und als ihm am 22. August der Kaiser von Oesterreich selbst die Frage vorlegte, ob er wirklich entschlossen sei, die Herzogtümer zu preußischen Provinzen zu machen, gab er zögernd die verlegene, aber sicherlich ehrliche Antwort: er habe kein Recht auf die Herzogtümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen. —

So hatten, wie Sybel das Ergebnis des dänischen Feldzuges zusammenfaßt, die patriotische Willenskraft des Königs Wilhelm, der bei allen Hindernissen und Gefahren das große Ziel fest im Auge behielt, und die einsichtige Energie seines Ministers, der vom ersten Tage an mit raschem Scharfblick die einzig mögliche Linie für glückliche Fahrt auf dem mit Klippen erfüllten Meere fand, zusammengewirkt, die deutschen Brüder in Schleswig-Holstein von der fremdländischen Unterdrückung zu befreien und nach einem Menschenalter unerträglicher Verletzung und thatenloser Worte in dieser Lebensfrage die Ehre des deutschen Namens glänzend wiederherzustellen. —

Die Waffen ruhten, und jetzt traten von neuem die Diplomaten vor jene inhaltschwere Frage, um deren Antwort in König Wilhelms Seele sein durch die Waffenerfolge aufgerichtetes preußisches Selbstgefühl mit den Bedenken seines legitimen Gewissens rang. Schon die Schwenkung des Wiener Kabinetts am 23. Mai ließ vermuten, daß es dem Leiter der preußischen Politik, der es verstanden hatte, Oesterreich an seiner Seite in den Krieg zu führen, unendlich größere Mühe verursachen werde, sich mit dem Verbündeten in die Siegesbeute zu teilen. Trotzdem war er zunächst dazu entschlossen, es in friedlichem Vergleich zu erstreben. Dieser Satz, der für die Beurteilung der weltgeschichtlichen Ereignisse der nächsten Jahre von fundamentaler Bedeutung ist und nicht minder für Bismarcks Charakter schwer ins Gewicht fällt, wird dem, der seinen politischen Schachzügen in den Herbstmonaten des Jahres 1864 mit unbefangenem Blicke folgt, zur Gewißheit, zumal es wenig wahrscheinlich ist, daß über die hier in Frage kommenden Vorgänge durch die bis heute

Digitized by Google

nicht veröffentlichten Urkunden des österreichischen Archivs ein wesentlich neues Licht verbreitet werden könnte.

Als Bismarck erkannte, daß man in Wien geneigt war, gegen den Geist und die klaren Bestimmungen des im Januar mit Preußen geschlossenen Vertrages den Bundestag an der Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins teilnehmen zu lassen, entschloß er sich zu einem außerordentlichen Schritt. Bei der schon erwähnten Zusammenkunft seines Königs mit dem Kaiser Franz Joseph eröffnete er diesem rückhaltlos die Grundzüge seiner preußisch-deutschen Politik: Dynastisch und politisch sei es für Preußen und Oesterreich ein Vorteil, zusammenzuhalten und nicht bloß die gemeinsamen, sondern auch jeder des andern Interessen zu fördern. Oesterreich habe an der Gestaltung der beiden Herzogtümer kein Interesse, dagegen ein großes an seinen Beziehungen zu Preußen. Wenn die gemeinsame Erwerbung statt in Holstein in Italien läge, so würde es ihm nicht eingefallen sein, den Wünschen Oesterreichs einen Widerstand entgegenzusetzen oder die Forderung eines Aequivalents zu erheben, welches zur Zeit nicht zur Verfügung stehe. Nachdem er sodann den Gedanken, gegen Schleswig-Holstein ein preußisches Gebiet, etwa Glatz, abzutreten, als unmöglich abgewiesen hatte, schloß er mit der ernsten Erklärung: er habe das Gefühl, daß die vorteilhaften Ergebnisse der Freundschaft der beiden Großmächte mit der schleswig-holsteinschen Frage nicht abgeschlossen wären, und wenn sie jetzt in der äußersten Entfernung vom österreichischen Interessengebiet lägen, so könnten sie ein andermal viel näher liegen; dann werde es für Oesterreich nützlich sein, sich jetzt Preußen freigebig und gefällig erwiesen zu haben.

Diese offenen und aufrichtigen Vorstellungen hatten keinen Erfolg, weil König Wilhelm sich weigerte, preußisches Gebiet abzutreten oder für den Gesamtbestand der österreichischen Monarchie auf unbestimmte Zeit eine allgemeine Garantie zu übernehmen. Bismarck fühlte, daß von diesem Augenblick an die am 23. Mai hervorgetretene Wendung der österreichischen Politik, die Abkehr von Ber-

Digitized by Google

lin nach Frankfurt, unaufhaltbar wurde. Jene Unterredung in Schönbrunn am 22. August nennt er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' den Kulminations- und Wendepunkt seines dualistischen Versuches. Die Redlichkeit des Versuches hat er für jeden, der sehen will, noch dadurch erwiesen, daß er während einer um diese Zeit in Wien beginnenden Ministerkrisis alles aufbot, den Grafen Rechberg zu halten, um ein, wie alle Welt wußte, preußenfeindliches Ministerium Schmerling zu verhüten.

Es handelte sich damals um die Frage, ob in den neuen Handelsvertrag mit Oesterreich wieder wie im Jahre 1853 die Erklärung aufgenommen werden sollte, daß man binnen zwölf Jahren in Verhandlungen über eine Zollvereinigung eintreten werde. Rechberg bestand dringend auf einer derartigen Erklärung, weil er im andern Falle seine Stellung für unhaltbar hielt. Er wandte sich deshalb, als die preußischen Bevollmächtigten Schwierigkeiten machten, an Bismarck mit der Bitte, in der Sache zu vermitteln. Der hielt es einerseits für unbedenklich, eine Erklärung abzugeben, die weiter nichts sagte, als daß man demnächst verhandeln wolle, also in Wahrheit zu nichts verpflichtete, andererseits schien es ihm aus Gründen der auswärtigen Politik verkehrt, in jenem Augenblick durch den Sturz des Grafen Rechberg den Bruch der österreichisch-preußischen Allianz zu beschleunigen. Mit Unmut und Sorge erkannte er, daß die Fachmänner, vor allen Delbrück, sich seinen Gründen verschlossen, und daß der König, hier offenbar unter dem Eindruck der Erinnerung an die dornen- und sorgenvolle Vorgeschichte des Zollvereins und an Oesterreichs handelspolitische Intriguen, auf ihren Rat hörte. Es sitze, so schrieb er am 22. September an Roon, in Berlin nahe an unserm politischen Herzen ein geheimrätlicher Rheumatismus im Handel- und Finanzministerium, für den bisher das richtige Senfpflaster fehle; die Herren seien sich darüber klar, daß sie der Regierung Verlegenheiten bereiten würden, wenn sie die Beziehungen zu Oesterreich durch unnötige Schroffheiten erschwerten, von denen man nicht den mindesten realen Vorteil habe, sondern höch-

Digitized by Google

stens den augenblicklichen Kitzel triumphierender Zeitungsartikel, die praktisch keinen Pfifferling wert seien, und die man auf dem Felde der wirklichen Politik teuer zu bezahlen haben werde.

Der in diesem Briefe und auch sonst von Bismarck ausgesprochene Verdacht, daß Delbrück seinem Ministerium in der vorliegenden Frage absichtlich Schwierigkeiten verursacht habe, läßt sich zwar durch nichts erweisen, vielmehr scheint Bismarck, der von Sorgen um seine erkrankte Gemahlin und dazu von einem rheumatischen Uebel geplagt war, aus der Ferne — er weilte damals in Pommern — die Dinge in etwas düsterm Lichte gesehen zu haben. Die Entwicklung aber nahm den Verlauf, den er vorausgesehen hatte: Rechberg wurde gestürzt, und Schmerling behauptete das Feld. Und obwohl man in Wien durch die Ernennung des Grafen Mensdorff zum auswärtigen Minister die Tragweite des Personenwechsels sich und andern zu verbergen suchte, König Wilhelm und sein Staatsmann gaben der Besorgnis Ausdruck, daß der neue Minister gegen seinen Willen von Schmerling auf die Bahn einer preußenfeindlichen Politik gedrängt werden könne. —

Daß die in einer mehrhundertjährigen Geschichte wurzelnde Nebenbuhlerschaft der beiden Mächte durch den Zwang der Verhältnisse über kurz oder lang zu einer Entscheidung treiben mußte, und daß der jetzt zu Ende gehende Versuch einer dualistischen Hegemonie nur eine Episode in der Entwicklung bedeutete, darüber allerdings ist Bismarck von Anfang an schwerlich im Zweifel gewesen. Am Weihnachtsabend des vergangenen Jahres hatte er einen Tadler seiner österreichischen Politik mit den Worten abgewiesen, daß auch er der Freundschaft des Wiener Kabinetts nicht traue; aber ich finde es — so fuhr er fort — für jetzt richtig, Oesterreich bei uns zu halten; ob der Augenblick der Trennung kommt, und von wem, das werden wir sehen.

Nach Rechbergs Fall sah er diesen Augenblick kommen.

Digitized by Google

2. Im Kampfe gegen Oesterreich 1864—1866.

In der Zeit zwischen dem dänischen Kriege und dem Ausbruch des Kampfes mit Oesterreich liegt der Höhepunkt in Bismarcks politischer Entwicklung. Er schreitet zur Lösung der deutschen Frage und treibt das schleichende Uebel, woran das öffentliche und geistige Leben der Nation seit Jahrhunderten krankte, zur Krisis. Neben der jähen Scheidung der Geister, die der Kampfruf ‚Hie Preußen — Hie Oesterreich' zur Folge hat, vollzieht sich tief in der deutschen Volksseele eine andre, reinigend und heilend: Das Volk der Träumer, der unklaren politischen Ideale, erhält durch Bismarcks Werk den wirklichen Staat mit seinen bestimmten Aufgaben und zwingenden Pflichten. So verwandelt sich vor der Wucht und dem Zwange der Wirklichkeit der politische Charakter der Deutschen, denen bis dahin trotz der Fortschritte ihrer geistigen und materiellen Kultur das Fehlen des nationalen Staates ‚die Hälfte des Mannes' geraubt hatte. Im Mittelpunkte dieser Umwandlung steht, sie leitend und beherrschend, die gewaltige Persönlichkeit Bismarcks.

Der Friede mit Dänemark, der Schleswig-Holstein den beiden Siegern als gemeinsamen Besitz überließ, war für Bismarck eine Zwischenstation zu dem Ziele, das er sich vom Beginn der Aktion als das erstrebenswerteste, weil für Preußen vorteilhafteste, gesetzt hatte. Während der mannigfachen Verwicklungen der Angelegenheit hatte er dieses Ziel, die Einverleibung der Herzogtümer, keinen Augenblick aus dem Gesichtsfelde verloren, und so wenig das Erreichte seinen letzten Absichten entsprach, so hatte er sich doch thatsächlich ihrer Verwirklichung einen großen Schritt genähert. Europa, welches vorher kraft rechtlicher Titel zur Einmischung berufen gewesen war, sah sich durch die umsichtige und gewandte Diplomatie des preußischen Staatsmannes hinausmanövriert, die Londoner Konferenz, die aus unverkennbar deutschfeindlichen Beweggründen zusammengetreten war, hatte ihm den Gefallen gethan,

Digitized by Google

die beiden Möglichkeiten, die seiner Absicht im Wege standen, die Personalunion mit Dänemark und die Augustenburger Kandidatur, für unannehmbar zu erklären. Wenn im Anfange des Jahres die Frage gelautet hatte, ob es Preußen gelingen werde, im Bunde mit Oesterreich Dänemark und dessen europäischem Patronat Schach zu bieten, so hieß es jetzt: wird Oesterreich, welches an dem fernen Besitz kein unmittelbar eigenes Interesse hat, darin einwilligen, in einer für Preußen erwünschten oder vielmehr notwendigen Weise über die gemeinsame Beute zu verfügen? Gelang das nicht, so war die Entzweiung der beiden Mächte, vielleicht der offene Bruch unabwendbar, und der dänische Krieg wurde alsdann das Vorspiel zu dem Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland.

Man hat die Frage aufgeworfen, wie wohl in Bismarcks Geist die Ereignisse des Jahres 1866 mit denen des Jahres 1864 zusammengehangen haben. Weit verbreitet ist die Vorstellung, daß er in den dänischen Krieg eingetreten sei nicht nur in der Voraussicht, sondern auch mit dem Willen, auf diesem Wege den Kampf mit Oesterreich und die Lösung der nationalen Frage zu finden. Diese Ansicht, in der sich der im Volke lebende Glaube an das Dämonische seiner Staatskunst offenbart, wird zwar von sachkundigen und urteilsfähigen Geschichtsschreibern geteilt, aber die Zeugnisse, die bis jetzt vorliegen, scheinen ihr zu widerstreiten. In den ‚Gedanken und Erinnerungen' wird wiederholt und ausdrücklich versichert, daß ihm die Versuche, auf friedlichem Wege mit Oesterreich sich zu vertragen, ernst gewesen seien; und in dem Gang der Dinge, soweit wir ihren Zusammenhang überschauen, liegt kein Grund, an jener Versicherung zu zweifeln. Allerdings war Bismarck, wir sahen es, seit Jahren überzeugt, daß die Unvereinbarkeit der österreichischen und preußischen Interessen in Deutschland eines Tages eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde unvermeidlich machen werde, und zweifellos hat er in dem Augenblick, da er das Wiener Kabinett zum Vorgehen gegen Dänemark überredete, an die Möglichkeit einer künftigen Entzweiung über die Beute gedacht. Aber

Digitized by Google

von diesem Gedanken bis zu dem Entschluß, selbst die Entzweiung herbeizuführen, war noch ein weiter Weg. Wenn wir sehen, wie er eine Reihe von Anstrengungen macht, den Bruch zu verhüten, wenn wir sogar mit ziemlicher Gewißheit den Zeitpunkt zu erkennen glauben, wo nach der Entlassung des Grafen Rechberg in seiner Seele die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer friedlichen Verständigung Platz greift, so werden wir uns kaum zu jener Ansicht bekennen wollen, die zur Erklärung seines staatsmännischen Genies das Dämonische herbeiholt. Das Eine freilich ist wahr: er hat als Erster und lange allein den Krieg gewollt, als er erkannt hatte, daß er im Interesse seines Staates geboten war. In diesem Sinne ist es richtig zu sagen, daß der Krieg gegen Oesterreich, so gewiß er über kurz oder lang auch ohne Bismarck gekommen wäre, dennoch sein Werk gewesen ist.

Der Gegensatz, der jetzt ausgetragen werden sollte, griff in seinen Wurzeln Jahrhunderte zurück. Nachdem er Generationen hindurch im Stillen gewachsen und schließlich, in den Tagen Friedrichs des Großen, offen zum Durchbruch gekommen war, hatten die Gefahren der Revolution und der napoleonischen Politik ihn für einige Jahrzehnte zurückgedrängt. Und obwohl er sich sofort nach der Beseitigung der Gefahr während der Verhandlungen des Wiener Kongresses wieder ankündigte, so kam doch unter all den Männern, die damals an der Verjüngung und Wiederaufrichtung Preußens arbeiteten, keinem der Gedanke, daß der ersehnte Nationalstaat der Deutschen nur im Wege einer Auseinandersetzung mit Oesterreich möglich war. Bismarck war Primaner, als diese Wahrheit ihren ersten Fackelträger fand. Im Jahre 1831 veröffentlichte der Schwabe Paul Pfizer eine Aufsehen erregende Schrift, den ‚Briefwechsel zweier Deutschen', worin er mit prophetischem Blick auf den Staat Friedrichs des Großen als auf das künftige Vaterland der Deutschen hinwies. Einmal geweckt, drang der Gedanke mit der Kraft seiner Wahrheit weiter, und am 28. März 1849 feierte er in der Paulskirche in Frankfurt seinen ersten Triumph. Wohl lehnte Friedrich Wil-

Digitized by Google

helm IV. einige Tage später die ihm angebotene Kaiserkrone ab, aber ein Gewinn war es doch, daß der Gedanke eines deutschen Reiches unter Preußens Führung, wenn auch nur vorübergehend, zur beinahe greifbaren Wirklichkeit geworden war.

Auch die mit der Ebbe der nationalen und liberalen Begeisterung hereinbrechende Reaktion konnte die Hoffnungen, die die Vorkämpfer der deutschen Einheit auf den Hohenzollernstaat setzten, nicht mehr ersticken. An der Spitze dieses Staates aber stand jetzt ein Herrscher, dessen Seele schon in seiner Jugend der Wunsch erfüllt hatte, sein Preußen zu Ruhm und Macht zu führen, und der als Mann es ausgesprochen hatte, daß Preußen bestimmt sei, an die Spitze Deutschlands zu kommen, aber daß derjenige, der Deutschland regieren wolle, es erobern müsse.

So war der Gedanke einer deutschen Einheit unter Preußens Führung in vielen Seelen, auch im übrigen Deutschland, lebendig. Aber über den Weg, auf dem das Ziel zu erstreben sei, gingen auch diese auseinander, und eben jetzt, da der Staatsmann, der den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hörte und sah, daß die Tage der Erfüllung gekommen waren, zum Werke schritt, da warfen sich ihm in den Weg nicht nur die alten und geborenen Gegner Preußens, sondern auch zur Rechten und Linken die Mehrzahl derer, die im Grunde demselben Ziele zustrebten. Heinrich v. Treitschke, einer der wenigen außerpreußischen Liberalen, der das Endziel der Politik Bismarcks ahnte und ihm zuversichtlich entgegensah, entwarf damals von den Gegenströmungen gegen Bismarcks Pläne ein fesselndes und noch heute lebendiges Bild: ‚Die große Masse der weiland nationalen Partei ist untreu geworden dem einzigen Gedanken, der ihrem Dasein ein Recht und einen Sinn gab. Ja, wir können nicht zurückhalten mit der Anklage, daß der Nationalverein die preußische Führung niemals mit rechtem, derbem Ernst gewollt hat. Eine Idee wie diese, die zusammenhängt mit allen großen Erinnerungen unserer Geschichte, eine solche Idee wirft ein Mann nicht gelassen über Bord, sobald er sie einmal mit

Digitized by Google

heiligem Ernst ergriffen hat. Oder wenn er sie aufgiebt, so geschieht dies doch erst nach schmerzvollem innern Kampfe. Von solchem schweren sittlichen Leiden haben wir an den Männern des Nationalvereins nichts bemerkt; sie wissen gar nicht, daß sie ihre Fahne verlassen haben, daß sie heute das Gegenteil ihrer früheren Absichten wollen. Oh, es ist so bequem, der eitlen Masse beharrlich zu erzählen, daß allein die Selbstsucht der Höfe die Einheit dieses Volkes hindere. Daß die Nation den Feind im eigenen Busen trägt, daß sie krankt an der Unfähigkeit, bei einem großen politischen Plan in guten wie in bösen Tagen auszuharren, an ihren gemütlichen Antipathien, die immer stärker sind als ihr Verstand, — so herbe Wahrheiten können freilich nicht auf den Beifall der Volksversammlungen zählen. Wir begreifen die Stimmung mancher ehrenwerter alter Herren in den Mittelstaaten, die heute einhergehen, als breche die Welt zusammen. Sie kannten nur ein hannoversches, ein sächsisches Vaterland; ihre Welt allerdings ist im Versinken. Aber mit welchem Recht darf der Nationalverein zürnen, weil heute le groupe de la troisième Allemagne — gemeint ist der Bund der Mittelstaaten — bei der ersten Regung preußischer Thatkraft zusammenbricht? Er hat ja fort und fort gepredigt, daß die Mittelstaaten ihre scheinbare Bedeutung allein der Unthätigkeit Preußens verdankten. Nun gehen die Männer der nationalen Partei Hand in Hand mit Menschen, in deren Munde das Wort Deutschland genau so klingt wie das Wort Liebe im Munde einer Dirne. Nun verteidigen sie geschäftig jeden Abderitenstreich mittelstaatlicher Politik. Traurige Zeichen des alten, ewig neuen deutschen Jammers! Unser Parteileben war und ist rein theoretisch. Wird die deutsche Frage an irgend einer Stelle praktisch, so gehen alle Parteien aus Rand und Band.'

Auch das Verhalten der preußischen Liberalen erschien Treitschke nicht einwandfrei. Wohl erkannte er die unvergleichlich schwierige Lage der Volksvertretung, die zu gleicher Zeit über einen verhängnisvollen Verfassungskonflikt und über die Schlangenwindungen einer höchst ver-

Digitized by Google

wickelten auswärtigen Politik zu beraten hatte. Mit Sorge nahm er wahr, daß eine tiefgehende Verbitterung sich des Volkes bemächtigte, daß ein täglich fühlbarer Druck durch tausend kleine und unnötige polizeiliche Härten die Gemüter immer von neuem erregte und sogar der Glaube an die unsträfliche Reinheit der Gerichtshöfe zu wanken begann. Nichtsdestoweniger sei es ein Fehler, daß die Fortschrittspartei jedes wichtige politische Ereignis darauf ansehe, ob es Bismarck Vorteil oder Schaden bringe, anstatt seiner auswärtigen Politik, die ein ernstes Ziel verfolge und sich schon jetzt einiger Erfolge rühmen dürfe, eine unbefangene Würdigung zu teil werden zu lassen. Kurz, wenn die Regierung vielleicht nicht den ernsten Willen hege, sich mit dem Landtage zu versöhnen, so habe die Haltung der Fortschrittspartei eine Verständigung unmöglich gemacht, und durch die Schuld beider Teile dehne die bedauernswerte und gefährliche Kluft sich weiter.

So wie Treitschke beurteilten in jener Zeit nur wenige die Lage. Die große Mehrheit des Volkes, auch in Preußen, war der Ansicht, daß eine thatkräftige und nationale Politik erst dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn im Innern die Verfassung gesichert sei, eine Meinung, die auch in den Kreisen der Diplomatie und des Hofes zahlreiche Vertreter hatte. Bismarck dagegen hielt es, wie er an den Grafen von der Goltz schrieb, für einen radikalen Irrtum, zu glauben, daß in der deutschen öffentlichen Meinung, wie sie in den Zeitungen und Kammern sich kundgab, irgend etwas stecke, was Preußen in seiner Unions- oder Hegemoniepolitik stützen und fördern könnte. Die Stärkung liege nicht in den liberalen und demokratischen Elementen, die man nicht beherrsche, sondern könne allein *aus waffenmäßiger Großmachtspolitik hervorgehen*. Mit andern Worten, es galt ihm, das preußische Heer in den Dienst seiner Pläne zu stellen, und hierzu hing alles ab von den Entschlüssen des Königs.

In König Wilhelm überwog nach seiner ganzen Entwicklung das soldatische Gefühl. Mit stolzer Zufriedenheit hatte er wahrgenommen, daß die Erfahrungen des däni-

Digitized by Google

schen Feldzuges die Heeresreform, sein eigenstes Werk, gerechtfertigt hatten. Einem Kriege gegen Oesterreich war er abgeneigt, dagegen verdroß ihn einerseits der Widerstand, den der Landtag auch nach den Erfolgen des jüngsten Krieges der Armeeorganisation machte, andererseits das Verhalten der Augustenburger Partei, deren Agitation zu einer Zeit, wo er, der König, noch unbestritten in Gemeinschaft mit dem Kaiser von Oesterreich die Hoheitsrechte in den Herzogtümern besaß, sein monarchisches und dynastisches Gefühl verletzte. Diese beiden Reibungen, auf der einen Seite die Opposition der Volksvertretung in Sache der Heeresreform, auf der andern die rücksichtslose Agitation für den Prinzen von Augustenburg, drängten ihn enge an seinen Minister und befestigten dessen Stellung gegenüber den unablässigen Versuchen, ihn zu stürzen. Bei solchem Stande der Dinge versprachen die Bemühungen der Gegner Bismarcks jedenfalls erst dann einen Erfolg, wenn die parlamentarische Opposition den Wünschen des Monarchen in der Heeresreform entgegenkam. Indem sie das nicht that, vielmehr in doktrinärem Starrsinn sich noch weiter verrannte und auch in andern wichtigen Fragen bei ihrem Votum vor allem ihren Haß gegen den Minister zu Rate zog, erleichterte sie diesem natürlich sein Werk; und da er die Sachlage und die Schwäche seiner Stellung erkannte, so hatte er offenbar wenig dagegen, wenn seine parlamentarischen Feinde sich zu neuer Leidenschaftlichkeit reizen ließen. An Gelegenheiten dazu war kein Mangel, die Verhandlungen des Landtages, der nach fast einjähriger Pause am 14. Januar 1865 wieder zusammentrat, boten deren mehr als genug.

Die Thronrede, mit der der König persönlich den Landtag eröffnete, erwähnte mit Befriedigung, daß die jetzige Organisation des Heeres sich glänzend bewährt habe; nach solchen Erfahrungen sei es um so mehr seine königliche Pflicht, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf der gegebenen Grundlage weiter zu bilden. Am Schlusse betonte der König seinen dringenden Wunsch, den Gegensatz, der in den letzten Jahren zwischen der Regierung

Digitized by Google

und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet habe, ausgeglichen zu sehen. Die der Volksvertretung in der Verfassungsurkunde eingeräumten Rechte werde er auch ferner achten; aber Preußens Regierung müsse, wofern der Staat unter den europäischen Mächten seine Stellung und Selbstständigkeit behaupten solle, fest und stark sein, sie könne das Einverständnis mit der Volksvertretung nur unter Aufrechterhaltung der Heereseinrichtungen erstreben. Auch die Reden vom Ministertisch klangen anfangs versöhnlich, aber das Mißtrauen der liberalen Parteien saß zu tief, die zahlreichen, zum Teil überflüssigen Angriffe des Ministeriums auf die Partei und die Volksvertretung ließen sich nicht von gestern auf heute vergessen. Man beschloß daher, zwar in die Einzelberatung des Etats einzutreten, aber dabei alle rechtlichen und sachlichen Bedenken geltend zu machen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen lag in der Frage, ob die Regierung das Budgetrecht des Landtages anerkennen werde; that sie das, so war man vielleicht nicht abgeneigt, für die Vergangenheit Indemnität zu bewilligen und sich über die Heeresreform zu verständigen. Aber gerade in dieser Frage, die sich auf einen Fundamentalsatz seines politischen Glaubensbekenntnisses bezog, konnte Bismarck nicht nachgeben. Als das zur Gewißheit wurde, betrachteten die Gegner das frühere versöhnliche Auftreten der Regierung als eine absichtliche Täuschung und Verhöhnung — die Fehde war wieder in der alten Stärke und Schärfe vorhanden.

Am 27. März legte die Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, worin zur Herstellung und Befestigung von Kriegshäfen an der Kieler Bucht und an der Jahde sowie zur Anschaffung von Panzerfregatten Geldmittel bis zur Höhe von 10 Millionen Thaler verlangt wurden. Obwohl mit dieser Vorlage alte Wünsche der liberalen Partei erfüllt werden sollten, beantragte die Kommission, den Entwurf abzulehnen. In der Begründung des Antrages war unter anderm gesagt, daß eine nationale Lösung des schleswig-holsteinschen Streites nicht erreicht werde, solange am Staatsruder ein Ministerium stehe, welches einen so

Digitized by Google

großen Mangel an Geschicklichkeit und Fähigkeit in der Leitung der Staatsangelegenheiten bewiesen habe. Sowohl in der Kommission wie im Plenum trat Bismarck zwar für das Gesetz ein; aber in der Ueberzeugung, daß dessen Ablehnung feststand, legte auch er seinem Zorne keine Rücksichten auf. Er verspottete die Kommission, deren Bericht eine indirekte Apologie Hannibal Fischers sei, der die deutsche Bundesflotte unter den Hammer gebracht hatte; er warf den Gegnern vor, daß sie jetzt in Sachen der auswärtigen Politik den Versuch machten, mit Hilfe des vermeintlichen Budgetrechts die Staatsmaschine zum Stillstand zu bringen und das Gemeinwesen zu schädigen; die Opposition sei leicht, und wenn man den Wählern viel verspreche, auch das Gewähltwerden! ‚Aber,' so schloß er, ‚es macht mir einen peinlichen Eindruck, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus gilt, zu keiner andern Haltung als zu der einer impotenten Negative sich erheben kann. Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Szepter aus der Hand winden werden, es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unsern konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen.'

In diesem gereizten Ton ging die Debatte fruchtlos weiter. In ihrem Verlauf geschah der bekannte persönliche Zusammenstoß zwischen Bismarck und Virchow, der jenen veranlaßte, seinem parlamentarischen Gegner eine Forderung auf Pistolen zu übersenden. Daß solche Ausbrüche seiner vulkanischen und in jenen Tagen überreizten Natur jede Versöhnung unmöglich machten und im Lande wie im übrigen Deutschland die Erbitterung steigerten, war nicht zu verwundern, und heute wird niemand leugnen, daß der Versuch, den parlamentarischen Gegner durch eine Duellforderung mundtod zu machen, ein Mißgriff war.

Bei dieser Lage blieb die Mehrheit der Kammer sich

Digitized by Google

konsequent, als sie den Antrag der Regierung, nachträglich die Bestreitung der Kosten des dänischen Krieges zu billigen, ablehnte. Auch die Verhandlungen über diese Frage schürten den Streit. Am 17. Juni schloß daher Bismarck die in den Hauptpunkten ergebnislose Session mit heftigen Anklagen gegen die liberale Partei: Das Zusammenwirken zwischen der Regierung und der Volksvertretung hätte nur dann zu vollen Resultaten führen können, wenn das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz und höchste Richtschnur für alle Parteien geblieben wäre. So sei es nicht gewesen, sondern die deutlich ausgesprochene Absicht der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, den gegenwärtigen Ratgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten, habe zur Schädigung des materiellen Wohles des Landes geführt. Das Haus stelle die unter Mitwirkung früherer Landtage ins Leben gerufene Heereseinrichtung in Frage und gefährde die äußere Sicherheit des Landes; es versage die Mittel zur Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechenden Kriegsflotte, es versage den Beistand zur Gewinnung der Früchte der mit so vielem Blute errungenen Siege, ja, es habe sich von den glänzenden Thaten und Erfolgen der Armee losgesagt, indem es, wie früher die von der Regierung geforderte Anleihe, so jetzt die nachträgliche Genehmigung der verausgabten Kriegskosten verweigert habe. Unter diesen Umständen werde die Regierung, unbeirrt durch den feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechtes und Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst vertreten. Dabei habe sie die Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher innegehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen sei, und daß der Tag nicht mehr fern sein könne, an dem die Nation auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem König Dank und Anerkennung aussprechen werde.

Wie wenig diese Hoffnung zunächst in Erfüllung ging, werden wir später erfahren.

Digitized by Google

Während die liberalen Parteien noch immer, ohne die Zeichen der nahenden Ereignisse zu erkennen, ihre gesamte Haltung von dem Verfassungskonflikt abhängig machten, war Bismarcks ganze Sorge und Energie der auswärtigen Politik, der Auseinandersetzung mit Oesterreich über die Zukunft Schleswig-Holsteins, zugewandt. Zwar kam die leidenschaftliche Opposition der preußischen Volksvertretung ihm hier insofern zu statten, als sie den Monarchen für seine Pläne empfänglicher machte, andererseits aber wirkten die Zerwürfnisse mit dem Abgeordnetenhause wie überhaupt die oppositionelle Stimmung des preußischen Volkes auf den Erfolg seiner Diplomatie schädigend zurück. Die auswärtigen Gegner Preußens, Oesterreich, die deutschen Mittelstaaten und die Partei des Prinzen von Augustenburg, überschätzten zum Teil die Schwierigkeiten, die der innere Konflikt der preußischen Regierung verursachte, und waren um so weniger entschlossen, von ihren Ansprüchen abzugehen, weil sie auf einen nahen Sturz des Konfliktsministeriums rechneten. Die Kehrseite der Sache, daß der leitende Staatsmann in Preußen durch die Vorgänge im Innern zu einer entschiedenen auswärtigen Politik gezwungen wurde, daß hier jedes Zurückweichen, jede Schlappe eine Katastrophe im Innern heraufbeschwören mußte, diese naheliegenden Thatsachen und ihre Folgerungen zogen sie nicht in Betracht.

In der Erkenntnis der gesamten Situation und demgemäß in der Folgerichtigkeit seines Operationsplanes war Bismarck von vornherein seinen diplomatischen Gegnern überlegen. Das bewies gleich im Anfang, ebenso wie bei der Eröffnung der Aktion gegen Dänemark, die unangreifbare Basis, von der er ausging, von dem Satze, daß Preußen und Oesterreich durch den Frieden mit Dänemark die volle Souveränität über Schleswig-Holstein erlangt hätten. Wir haben oben gesehen, daß bei der Zusammenkunft des Königs Wilhelm mit Franz Joseph in Schönbrunn der Versuch, Oesterreich zu einer für Preußen annehmbaren oder erwünschten Entscheidung über die Herzogtümer zu bewegen, nicht zum Ziele kam, daß vielmehr

Digitized by Google

einige Tage später — am 27. Oktober — Graf Rechberg, der Verteidiger des Zusammengehens mit Preußen, in Wien gestürzt wurde. Sein Nachfolger Graf Mensdorff war zwar, wie Motley ihn im Jahre 1866 schilderte, ein aufrichtiger und ritterlicher Mann, aber in der Führung der Geschäfte war er unsicher, von seinen Räten, zumal dem preußenfeindlichen und darin mit Schmerling übereinstimmenden Biegeleben, so sehr abhängig, daß er nicht selten in der Nachgiebigkeit gegen fremde Einflüsse Schritte that, denen seine innerste Ueberzeugung widerriet, kurz, an Einsicht und Konsequenz, an Willenskraft und Mut war er dem preußischen Minister nicht gewachsen.

Die nachteilige und verhängnisvolle Abhängigkeit Mensdorffs von Biegeleben offenbarte sich schon in den ersten Depeschen, die er in Sachen Schleswig-Holsteins am 12. November nach Berlin richtete. Ihr Ton war schärfer und an einigen Stellen so verletzend, daß der preußische Gesandte in Wien dem Minister darüber Vorstellungen machen mußte. Inhaltlich liefen sie darauf hinaus, daß Oesterreich gegenüber allen anderen Ansprüchen die des Prinzen von Augustenburg als die besser begründeten erklärte; auch verbiete das Bundesrecht, dem neuen Staate wesentliche Hoheitsrechte zu nehmen. Deutlicher hätte die Ablehnung der in Wien bekannten preußischen Wünsche nicht sein können. Bismarck zog sich diesen Kundgebungen gegenüber einstweilen auf den Bündnisvertrag vom 16. Januar und die Bestimmungen des Wiener Friedens zurück. Oesterreich konnte ohne Preußens Einwilligung nicht über die Herzogtümer verfügen, aber Preußen, welches den Vorteil der Lage für sich hatte, konnte warten. Bei diesem Verfahren gewann er ein Doppeltes: Die Wiener Regierung, durch innere und äußere Schwierigkeiten ohnedies bedrängt, würde einer Angelegenheit, von deren Austrag sie keinen Gewinn zu erhoffen hatte, überdrüssig werden, in Preußen dagegen gewöhnte man sich an den Gedanken, die eroberten und besetzten Gebiete nicht wieder aufzugeben. Namentlich für die Stellungnahme des Königs wurde dieser Umstand ein Gewinn.

Digitized by Google

Indem nun Bismarck nach solchen Erwägungen sein Verfahren einrichtete, erzwang er einerseits gegen Oesterreichs Zögern und Widerstreben den Abzug der Bundestruppen aus Holstein, weil die Exekution durch den Wiener Frieden hinfällig geworden sei, andererseits ließ er die Mitteilungen Mensdorffs mehrere Wochen hindurch ohne Erwiderung. Erst am 13. Dezember gingen zwei Depeschen nach Wien, in denen er das Verhältnis der beiden Großmächte zum Bunde und seine Auffassung über Schleswig-Holstein darlegte. In der Rechtsfrage hielt er daran fest, daß ohne volle Uebereinstimmung der Kabinette von Wien und Berlin an dem bestehenden Status quo nichts geändert werden könne, im übrigen aber betonte er die Interessen Preußens und schloß in der Erwartung, daß das kaiserliche Kabinett ihn zu deren Wahrung unterstützen werde. Am folgenden Tage verordnete sodann der König die Einberufung des Kronsyndikats, welches die Ansprüche aller Prätendenten prüfen sollte — ein Verfahren, das die für Oesterreich fatale Möglichkeit bot, die Angelegenheit Monate, ja Jahre hinzuziehen. Dem Grafen Karolyi, der in den ersten Tagen des Februar 1865 auf eine Beschleunigung drängte, entdeckte Bismarck mit gelassenem Humor seine Absicht. ‚Sehen Sie,‘ sagte er zu ihm, ‚wir stehen vor der Frage der Herzogtümer wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem andern, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unsrer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet.‘

Während er so durch Hinausschieben der Entscheidung Oesterreich ungeduldig machte, lag ihm die Absicht, dadurch den Bruch herbeizuführen, einstweilen noch fern. Noch hoffte er, daß er das Wiener Kabinett durch sein festes Auftreten von der Aussichtslosigkeit der österreichischen Politik überzeugen und dadurch zur Nachgiebigkeit bewegen werde. In denselben Tagen wenigstens lehnte er eine

Digitized by Google

Anregung des Grafen von der Goltz, des preußischen Gesandten in Paris: Napoleon scheine für den Fall eines Bruches zwischen Berlin und Wien zu einer Verständigung mit dem Könige geneigt zu sein, — mit gewichtigen Gründen ab. Trotz kleiner Hauskriege scheine es ihm zweckmäßiger, die bestehende Ehe mit Oesterreich einstweilen fortzusetzen. Er wolle, so schrieb er, das Band unter allen Nachteilen zweifelloser Perfidie nicht zerreißen; wenn die Scheidung notwendig werde, wolle er die Verhältnisse nehmen, wie sie dann wären. Preußen wisse bestimmt, was es wolle: die Annexion, wenn sie ohne Krieg zu erreichen sei; jedenfalls aber ein Verhältnis, welches die Festungen und Kriegshäfen sowie die Verfügung über die Streitkräfte und andere Rechte in den Herzogtümern in seine Hand gebe. Für den Unterschied zwischen diesen beiden Lösungen den Krieg mit den europäischen Großmächten aufzunehmen, scheine ihm nicht mit dem Werte des Objekts im Verhältnis zu stehen, aber gegen die Herabdrückung der preußischen Ansprüche unter die zweite Lösung werde man den Degen ziehen.

Endlich, am 22. Februar, teilte er in Wien die Bedingungen mit, unter denen er auf die von Oesterreich gewünschte Einsetzung des Augustenburgers eingehen könne. Sie waren im Vergleich mit den Forderungen, die er am 1. Juni des Vorjahres dem Prinzen vorgelegt hatte, erheblich härter. Namentlich hatte die damals in Aussicht genommene Militärkonvention jetzt eine Ausgestaltung gewonnen, die der Souveränität des künftigen Herzogs die engsten Schranken zog: Heer und Flotte der Herzogtümer sollten einen Teil der preußischen Kriegsmacht bilden, die Militärgesetzgebung Preußens in den Herzogtümern gelten, preußische Beamte die Aushebung von Rekruten und Matrosen vollziehen, und die Truppen dem Könige von Preußen den Fahneneid leisten. Kein Wunder, daß Oesterreich diese Vorschläge zurückwies; man lehnte es ab, auch nur in Verhandlungen über Bedingungen einzutreten, die dem Bundesrecht schnurstracks zuwiderliefen, weil sie einem

Digitized by Google

Bundesfürsten die von der Verfassung garantierte Souveränität genommen hätten. So kamen jetzt die Gegner ahnungslos den letzten und geheimen Gedanken Bismarcks entgegen, indem sie die schleswig-holsteinische Frage mit dem Bundesrecht zu verquicken begannen.

Am 26. Februar 1865 erhielt Bismarck jene abschlägige Note des Grafen Mensdorff, am 27. — der innere Zusammenhang ist zweifellos — ersuchte der Kriegsminister v. Roon den General Moltke um ein Gutachten über die Stärke der österreichischen Streitkräfte in einem Kriege gegen Preußen. Es ist unverkennbar: die Gewißheit, daß Oesterreich den Versuch machen würde, Preußens Ansprüche unter jenes Maß herabzudrücken, welches in dem Briefe an Goltz vom 20. Februar als die Grenze zwischen Krieg und Frieden bezeichnet worden war, bewirkte in Bismarcks Politik die entscheidende Wendung. Bis dahin hatte er, soweit das Interesse der Ehre und Macht Preußens es gestattete, mit den Möglichkeiten einer friedlichen Lösung gerechnet, jetzt, in den letzten Tagen des Februar, faßte er den Entschluß zum Kriege.

Die Gegner thaten ihm zunächst den Gefallen, sich ins Unrecht zu setzen und durch ihr Vorgehen den König Wilhelm, dessen Gefühl sich gegen den Gedanken an einen Bruch mit dem bisherigen Waffengefährten noch immer auflehnte, zu verletzen. Nicht nur nahm in den Herzogtümern, von Oesterreich geduldet und sogar im geheimen gefördert, die Agitation für Augustenburg einen von Tag zu Tag leidenschaftlicheren und gegen Preußen feindseligeren Charakter an, auch am Bundestage gingen jetzt die Gegner vor. Mit ausdrücklicher Zustimmung Oesterreichs brachte Baiern einen Antrag ein, der die Erwartung aussprach, daß die beiden Großmächte den Prinzen von Augustenburg als Herzog anerkennen würden. Die Antwort Preußens auf diesen Schachzug war eine königliche Verfügung über die Verlegung der preußischen Marinestation von Danzig nach Kiel. Den Vorstellungen des darüber aufgeregten Wiener Kabinetts setzte Bismarck die gelassene, aber bestimmte Antwort entgegen: wenn Oesterreich nach

Digitized by Google

den geographischen Verhältnissen nicht in der Lage sei, den Kieler Hafen für seine Flotte zu gebrauchen, so sei dies für Preußen kein Grund, ihn ebenfalls nicht zu benutzen.

Die zwischen beiden Kabinetten ausgetauschten Noten klangen immer unfreundlicher und verletzender, jeder berief sich dem andern gegenüber auf sein Recht, und in Berlin wurde der Widerstand, den König Wilhelm dem offenen Bruch entgegensetzte, zusehends geringer. Als Bismarck, offenbar um dem Scheine des Rechts nichts zu vergeben, sich bereit erklärte, nach der Verlegung des Seebataillons von Danzig nach Kiel eine entsprechende Zahl preußischer Landtruppen aus Holstein wegzuziehen, schrieb der König am 25. April an Roon, er könne sich dazu nicht verstehen, da jede Konzession an Oesterreich ‚mit neuem Undank und Prétensionen' erwidert werde. Und schon begann Bismarck mit Genehmigung des Königs die Stimmung an den übrigen europäischen Höfen, namentlich in Paris und Florenz, festzustellen. Er wies die dortigen Gesandten an, sich *in unauffälliger Weise* über die voraussichtliche Haltung der beiden Kabinette im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich zu vergewissern. Er werde lieber, so schrieb er auch jetzt noch, sich mit verhältnismäßig unbestimmtern Daten begnügen, als ohne Not in die Entschließungen der fremden Staatsmänner einen Zündstoff werfen, der den Frieden vorzeitig gefährden könne. Sorgfältig müsse man alles vermeiden, wider seinen Willen oder früher, als die Lage es gebieterisch erheische, in das Fahrwasser der französisch-italienischen Politik gezogen zu werden. Namentlich vor Napoleons Zweideutigkeit war er auf der Hut, wissend, daß König Wilhelm eine Verständigung mit diesem gegen Oesterreich mit Abscheu zurückweisen würde, und daß die öffentliche Meinung in Deutschland eine derartige Politik, die überdies auch noch in London und Petersburg anstoßen mußte, einstimmig verurteilt hätte.

In solcher Weise nichts übereilend, jede Gelegenheit, den Gegner ins Unrecht zu setzen, erfassend und bei aller Bereitwilligkeit, in Nebensachen auszubiegen und nachzugeben, von dem Kerne seines Zieles nicht das Geringste

Digitized by Google

preisgebend, drängte er in der zweiten Hälfte des Mai auf eine Entscheidung. Die Nachrichten der Gesandten lauteten ermutigend, im Innern war, wie wir sahen, die Volksvertretung störrischer als je zuvor, und am 18. Mai hatte Graf Mensdorff die beinahe wie ein Ultimatum klingenden Vorstellungen des preußischen Gesandten in der Form höflich, aber in der Sache fest zurückgewiesen. Am folgenden Tage erwog man in Berlin eine außerordentliche Sendung des Generals Manteuffel nach Wien, dessen Instruktion mit den Worten schloß, daß Preußen eine Verständigung wünsche, aber den Konflikt nicht scheue.

Da, in der richtigen Erkenntnis, daß die Sendung Manteuffels unter den obwaltenden Verhältnissen den Bruch wahrscheinlich beschleunigen würde, berief König Wilhelm am 29. Mai einen Kronrat, dem er die Frage vorlegte, ob Preußen auf der Annexion bestehen oder die Augustenburger Kandidatur unter den am 22. Februar eröffneten Bedingungen ins Auge fassen solle. Nach dem Könige nahm zuerst Bismarck das Wort: In der Schöpfung eines neuen von Preußen unabhängigen Mittelstaates liege bei der jetzigen Feindseligkeit Dänemarks eine Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustande. Von den Wegen, dieser Möglichkeit vorzubeugen, bestehe der erste darin, bei Anerkennung des Prinzen von Augustenburg auf den preußischen Fahneneid und die völlige Einverleibung der schleswig-holsteinschen Truppen in das preußische Heer zu verzichten; das lasse sich vielleicht ohne offenen Bruch erreichen, aber es belaste die Herzogtümer mit einer unerhörten Staatsschuld und werde von der öffentlichen Meinung in Preußen als ein Rückzug der Regierung aufgefaßt werden. Dagegen werde die Forderung der Annexion wahrscheinlich zum Kriege führen; dieser sei, nachdem man in Wien die Politik der Niederhaltung Preußens wieder aufgenommen habe, *früher oder später nicht zu vermeiden, und im gegenwärtigen Augenblick sei die europäische Lage dafür günstig.* ‚Allein — so schloß er — den Rat zu einem großen Kriege gegen Oesterreich

Digitized by Google

können wir Sr. Majestät nicht erteilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien königlichen Ueberzeugung selbst hervorgehen; würde ein solcher gefaßt, so würde das gesamte preußische Volk ihm freudig folgen.' Nachdem die übrigen Minister mit einziger Ausnahme des Finanzministers mehr oder weniger bestimmt die Annexion als das am meisten erstrebenswerte Ziel bezeichnet hatten, trat der Kronprinz mit warmen Worten für die Einsetzung des Augustenburgers ein, weil sie den Bürgerkrieg und die Einmischung des Auslandes verhüten werde. Der König, der sich diesen Bedenken nicht verschloß, behielt sich seine Entscheidung vor.

Nicht mehr aus Friedensbedürfnis, sondern um seinen königlichen Herrn für den Augenblick nicht weiter zu drängen, als er nach seinen gewissenhaften Bedenken zu gehen bereit war, hat Bismarck in dem Kronrat am 29. Mai die Möglichkeit einer friedlichen Lösung, an die er schwerlich noch ernsthaft glaubte, nicht ganz verneint. Es war ihm Ernst um das Wort, daß, zumal vor diesem Kampfe auf Tod und Leben, alles auf die freie Entschließung des Königs ankomme. Zwei Monate später, während der Verhandlungen in Gastein, gestand er dem Könige, von dem Eindruck beherrscht zu sein, daß ‚Eure Majestät in einen Krieg mit einem anderen Gefühle und mit freierem Mute hineingehen werden, wenn die Notwendigkeit dazu sich aus der Natur der Dinge und aus den monarchischen Pflichten ergiebt.' Das entsprach durchaus Bismarcks Auffassung von der Stellung und Bedeutung des preußischen Königtums. ‚Mein Verweilen auf meinem Posten zeigt Ihnen, daß ich allerdings die von Sr. Majestät dem Könige befohlene Politik dem Lande für zuträglich halte und derselben mit Bereitwilligkeit diene, aber die Thatsache bleibt immer bestehen, daß die Könige von Preußen ihre Politik nach selbsteigenem Willen betreiben, und ich freue mich, daß dem so ist' — mit diesen Worten wies er am 13. Juni die Verdächtigung zurück, daß zwischen seiner Politik und den Anschauungen des

Digitized by Google

Königs keine volle Uebereinstimmung herrsche, und daß er die Verantwortung für seine Fehler auf den König abzuwälzen suche. Er kannte seinen königlichen Herrn und war gewiß, daß dieser in der zwingenden Wahl zwischen Pflicht und Gefühl das Richtige treffen werde. Denn so war König Wilhelms Art, und es kam Bismarck aus dem Herzen, als er sieben Jahre später dem Könige schrieb: ‚Für eine besonders glückliche Fügung erkenne ich es, daß Gott mich auf Erden zum Dienste eines Herrn berufen hat, dem ich freudig und mit Liebe diene, weil die angestammte Treue des Unterthanen unter Eurer Majestät Führung niemals zu befürchten hat, mit einem warmen Gefühl für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes in Widerstreit zu geraten.'

Nunmehr aber wurde König Wilhelm, auch das sah Bismarck voraus und darum mochte er sich zurückhalten, durch die Gewalt der Dinge von selbst weiter geführt. Einmal durch die Lage im Innern. Der von Bismarcks Gegnern dem König empfohlene Weg, zuerst durch Nachgiebigkeit den Frieden mit der Volksvertretung herzustellen und dann die gesammelte Kraft des Landes für die auswärtige Aktion einzusetzen, widerstrebte seinem ritterlichen und monarchischen Empfinden. Nach seiner Vergangenheit, nach dem persönlichen Anteil, den er an der Heeresfrage und dem Konflikt hatte, wies er jede Konzession auf diesem Gebiete als Feigheit von sich. Hier war er es, der seine Minister vor Nachgiebigkeit zurückhielt. Vollends aber eröffnete ein Zurückweichen in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit die Aussicht auf ein zweites Olmütz, welches schlimmer werden mußte als das frühere, weil diesmal die Niederlage in der auswärtigen Politik zu einer verhängnisvollen Katastrophe im Innern geführt hätte.

Bei diesem Stande der Dinge durfte Bismarck mit einiger Beruhigung es geschehen lassen, daß der König am 29. Mai für seine Person die Entscheidung noch einmal vertagte. Allerdings wußte er, daß in der Umgebung des Monarchen die Gegenströmungen zu gunsten des Friedens desto stärker einsetzen würden, je drohender die Ver-

Digitized by Google

wicklung sich zuspitzte. Wenige Tage nach jener Sitzung des Kronrates schrieb General v. Manteuffel, der Chef des Militärkabinetts, dem Kriegsminister v. Roon einen Brief, der, weil aus der unmittelbaren Nähe des Monarchen kommend, für die Stimmung am Hofe und die augenblickliche Situation bezeichnend ist: ‚Ich bitte Ew. E. herzlich, Bismarck im Auge zu haben und Fühlung mit ihm zu halten. Ich fürchte heißsporniges Blut, und das darf nicht sein. Ich bitte Euer E. wiederholt, die Sachen zu überwachen, es giebt zu hohes Spiel, und der Staat ist die Hauptsache . . . . . .‘ Roon selbst hatte aus ähnlichen Gründen wie Manteuffel, infolge seiner konservativen Gesinnung, von Haus aus geringe Neigung zu einem Kriege gegen das konservative Oesterreich, aber er wußte, daß dieser Krieg ‚unter Umständen eine politische Notwendigkeit sein kann, und man ihn dann auf alle Chancen hin unternehmen muß‘. So schrieb er am 12. Mai an Perthes, im Stillen jedoch hoffte auch er, daß Oesterreich mit einem ‚Küß die Hand‘ nachgeben werde; indessen ‚können die Umstände uns an und gegeneinander treiben. Wer kann das wünschen, der kein Demokrat, aber wer darf das fürchten, der kein Hasenfuß?‘ So wie Roon dachte in jenem Augenblick wenigstens noch die Mehrzahl der Konservativen.

Inzwischen nahmen die Dinge den Gang, den Bismarck erwartet hatte. Ihnen im einzelnen nachzugehen, ist nicht unsere Absicht. Am meisten verdroß es König Wilhelm, daß Oesterreich trotz Bismarcks Vorstellungen nicht die Hand rührte, die Agitation für den Prinzen einzudämmen. Als schließlich sein eigenhändiges Schreiben an den Prinzen mit dem Ersuchen, durch seine Abreise aus den Herzogtümern die Schwierigkeiten der Lage zu vermindern, ohne Erfolg blieb, und nun in denselben Tagen das Kronsyndikat die Augustenburger Erbansprüche als unbegründet erklärte, entschloß König Wilhelm, von den bisherigen rechtlichen Bedenken frei, sich zu einem weiteren Schritte. Er wandte sich am 30. Juni in einem Briefe unmittelbar an den Kaiser Franz Joseph mit der Bitte, den Prinzen

Digitized by Google

auszuweisen: die Beeinträchtigung seiner Würde als Souverän und als Kriegsherr könne er auf die Dauer nicht hinnehmen. Als die Antwort auf dieses Schreiben über eine Woche ausblieb, setzte sich beim König der Entschluß fest, auf jede Gefahr sich selbst zu helfen. Rasch, aber einstweilen im geheimen, ergingen die Befehle, für den Fall eines Bruches die erforderlichen militärischen und finanziellen Vorbereitungen ins Auge zu fassen. Nachdem dann die Nachrichten aus Wien, darunter auch die Antwort des Kaisers, über den Kern der Frage keinen Zweifel gelassen hatten, indem sie das angesonnene Vorgehen gegen den Prinzen ablehnten, erfolgte am 21. Juli das Ultimatum: Die Augustenburger Kandidatur sei für Preußen vollständig ausgeschlossen, solange der Prinz in seiner usurpatorischen Stellung beharre; wenn Oesterreich die Herstellung der Ordnung in den Herzogtümern ablehne, *so werde Preußen sich im Stande der Notwehr befinden und einseitig das Erforderliche vorkehren.*

Noch war indessen trotz aller zuversichtlichen und drohenden Noten der Wiener Regierung eine Hoffnung vorhanden, den Krieg zu verhüten: die politischen und finanziellen Schwierigkeiten, die Oesterreich in diesem Augenblick im Innern fand, und die in ihrer Summe den Sturz des mit dem deutschen Liberalismus liebäugelnden Systems des Herrn v. Schmerling und dessen Ersatz durch ein konservatives Ministerium herbeiführten. Unter diesen Umständen hatte Graf Mensdorff, der auch in dem neuen Ministerium die auswärtigen Angelegenheiten leitete, nichts dagegen, als Graf Blome, der österreichische Gesandte in München, den Gedanken anregte, dem Streite der beiden Mächte durch eine Teilung der Beute ein Ende zu machen, etwa in der Weise, daß Oesterreich Holstein, Preußen Schleswig annektiere. Für die Verhandlungen, mit deren Einleitung das Wiener Kabinett den Urheber des Gedankens betraute, traf es sich günstig, daß in denselben Tagen König Wilhelm und sein Minister in Gastein weilten. Die Preußen wurden dadurch, wie Bismarck seinem Freunde

Digitized by Google

v. Blankenburg schrieb, zum Lavieren gezwungen, weil man von Gastein aus nicht grob werden könne. Einige Wochen zogen die Beratungen in ‚der Schwebe zwischen Krieg und Frieden' sich hin, bis am 14. August ein Vertrag unterzeichnet wurde, der auf der Grundlage des österreichischen Vorschlags die Verwaltung, jedoch unbeschadet der Rechte beider Mächte an der Gesamtheit der Herzogtümer, zwischen Preußen und Oesterreich teilte; außerdem erhielt Preußen gegen eine Entschädigungssumme den Alleinbesitz von Lauenburg und in Holstein das Besatzungsrecht in Kiel, zwei Etappenstraßen und einige andere Vorrechte. Am 15. September sollte der Vertrag in Kraft treten.

Daß auf diese Weise die endgültige Lösung nur hinausgeschoben war, darüber gaben nur wenige, am wenigsten Bismarck, sich einer Täuschung hin. An dem Tage, da er den Vertrag unterzeichnete, schrieb er seiner Gemahlin, er arbeite eifrig an Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau. Wenn er daher trotz der Ueberzeugung, mit dem Abschluß des Vertrages ein wenig wetterfestes Flickwerk zu schaffen, darauf einging und jedenfalls nichts unternahm, was das Gelingen in Frage stellen konnte, so wünscht man die Gründe zu erfahren, die ihn dazu bestimmt haben. Dabei ist zunächst nicht zu übersehen, daß der Inhalt des Vertrages nicht nur im Vergleich mit der bestehenden Situation für Preußen einen Gewinn darstellte, sondern ihm auch den Weg zu dem letzten Ziele seiner Politik in keiner Weise verbaute, wogegen Oesterreich, abgesehen von der Beseitigung der augenblicklichen Kriegsgefahr und dem Kaufpreis für Lauenburg, keinen greifbaren Vorteil davontrug. Im Gegenteil: so sehr die Freunde Augustenburgs — und das war die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes und der Bundesregierungen — auf Preußen wegen seiner Ländergier schalten, noch größer war jetzt der Zorn gegen das treulose Oesterreich, welches um des Friedens willen die bis dahin von ihm verteidigten Rechte des Prinzen verraten und schnöde verkauft hatte.

Digitized by Google

In der That, der Gasteiner Vertrag war für die Anhänger Oesterreichs und für die großdeutschen Bestrebungen ein empfindlicher Schlag, die Sympathien, die es sich durch seine Parteinahme für Augustenburg erworben hatte, waren einstweilen verloren. Schon das war in Bismarcks Augen ein Ergebnis, welches er zu gunsten des Vertrages in die Wage legen durfte. Entscheidend aber war für ihn im Augenblick des Abschlusses die zweideutige Haltung der Kabinette von Paris und Florenz. Napoleons angeblich preußenfreundliche Gesinnung war ihm von jeher verdächtig gewesen, wenngleich er es für zweckmäßig hielt, seine Zweifel für sich zu behalten. Wie seine eigene Politik, so schrieb er an Goltz, von gemütlicher Hingebung für irgend eine fremde Macht frei war, so setzte er auch bei Napoleon voraus, daß dieser einem natürlichen Egoismus folge und daher, wenn er Preußen Wohlwollen bekunde, es auszunutzen suche. Und gerade in den Tagen vor dem Abschluß des Gasteiner Vertrages lauteten die Nachrichten über Napoleons Pläne unbestimmter und bedenklicher als zuvor. Der italienische Minister La Marmora wenigstens glaubte an eine geheime Verständigung zwischen Paris und Wien, kraft welcher Italien Venetien ohne einen Waffengang erhalten würde. Für Bismarck, der bei jedem seiner Schritte dessen Folgen prüfte und jede Position, die er einnahm, nach allen Seiten, zumal gegen die Möglichkeit ungebetener Einmischung zu decken bemüht war, überwogen infolgedessen die Vorteile des Vertrages. Freilich, von dem befriedigenden Gefühl, in dem sein König aufatmete, als er den Bruch verhütet wußte — er erhob aus diesem Anlaß Bismarck in den Grafenstand —, wird er wenig empfunden haben. Auch jetzt sah er ‚ungeblendet durch das flackernde Licht' auf den Grund der Dinge, er wußte den soeben gemiedenen Krieg noch immer in drohender Nähe und war entschlossen, ihn nicht zum zweitenmale zu vermeiden. Schon in den nächsten Wochen sehen wir ihn am Werke, sich auf diesen Fall zu rüsten, ja noch mehr: ihn zu beschleunigen.

Vor allem kam es ihm jetzt darauf an, sich über die

Digitized by Google

Absichten Napoleons Gewißheit zu verschaffen. Die Nachrichten aus Paris ließen erkennen, daß man dort mit den Abmachungen in Gastein unzufrieden war. Graf Goltz berichtete über eine lange persönliche Verhandlung mit dem Kaiser: dieser sei sehr, sehr überrascht durch die jüngste Wendung der preußischen Politik, er beklage, daß Preußen mehr und mehr von seinem überlieferten Berufe zurücktrete, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland zu stellen; wenn König Wilhelm ein liberales und nationales Programm aufstelle, wozu es keines Krieges bedürfe, so würden alle liberalen Elemente in Deutschland ihm zufallen. Daß Bismarck alle Anregungen nach dieser Richtung kühl beiseite schob, verstand sich von selbst; auch zweifelte er nicht, daß Napoleons Verstimmung ihren letzten unausgesprochenen Grund in der Sorge hatte, das Einvernehmen der beiden deutschen Großmächte könne von Dauer sein und die Hoffnungen seiner im Trüben fischenden Ländergier zerstören. Da erhielt er in den ersten Tagen des September Kunde von einer neuen Zweideutigkeit der französischen Regierung, die an ihre auswärtigen Gesandten ein Rundschreiben mit heftigen Vorwürfen gegen den Gasteiner Vertrag gerichtet hatte und anscheinend Intriguen spann. Weil Bismarck wußte, daß Graf Goltz sein Urteil bisweilen durch persönliche Erlebnisse, namentlich durch die Art, wie man ihm in den Tuilerien entgegenkam, beeinflussen ließ, so hielt er es für das beste, seinen eigenen Augen und Ohren zu trauen. Er erbat sich vom Könige die Erlaubnis, nach Biarritz zu reisen, wo Napoleon damals verweilte.

Nachdem er in Paris mit dem Minister des Auswärtigen Rücksprache genommen und sich dabei trotz dessen übertriebener Freundlichkeit von seinem geringen Wohlwollen für Preußen überzeugt hatte, fuhr er nach Biarritz und wurde am Tage nach seiner Ankunft vom Kaiser empfangen. Aus dem ausführlichen Bericht, den er über seine wiederholten Unterredungen mit Napoleon an König Wilhelm schickte, fügen wir die wichtigsten Sätze hier ein.

‚Se. Majestät legte mir mit einiger Feierlichkeit die

Digitized by Google

Gewissensfrage vor, ob wir Oesterreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätten. Ich verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser meiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheim blieben, und weil ich das Bedürfnis hätte, bei ihm den Gedanken an meine Zuverlässigkeit zu erhalten ... Der Kaiser versicherte demnächst, daß er keine Pläne anzuregen beabsichtige, durch welche der europäische Friede gestört werden könne; man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, deren Interessen sie am meisten aufeinander anwiesen, und daß er dann jederzeit bereit sein würde, die Freundschaft und Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei. Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege wir glaubten, uns mit Oesterreich über Schleswig-Holstein auseinander zu setzen. Ich erwiderte offen, daß wir hofften, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Se. Majestät machte hierzu keine Einwendung ...'

‚Nach meinen allgemeinen Wahrnehmungen darf ich die gegenwärtige Stimmung des hiesigen Hofes als eine uns äußerst günstige bezeichnen. Graf Goltz und Herr v. Radowitz erfreuen sich der besonderen Gnade der Kaiserin und sind die einzigen Fremden, welche täglich zu den engern Kreisen des kaiserlichen Hofes zugezogen werden.' —

Mit dem Erfolge seiner Reise zufrieden, kehrte Bismarck Anfangs November nach Berlin zurück. Er brachte die Gewißheit mit, daß Napoleon im Falle eines neuen Zerwürfnisses zwischen Preußen und Oesterreich diesem in keinem Falle helfen werde. Zu bestimmten Absprachen war es allerdings nicht gekommen; nur hatte Napoleon gebeten, daß König Wilhelm ihm vertraulich schreiben möge, sobald die Umstände ein engeres und spezielleres Einvernehmen der beiden Regierungen zu erfordern schienen; es werde dann leicht sein, zu einem Verständnis zu gelangen.

Digitized by Google

Hatte schon Bismarcks Reise nach Biarritz die europäischen Diplomaten und namentlich die Wiener Staatsmänner in Aufregung versetzt, so kamen bald neue Meldungen hinzu, die erkennen ließen, daß man sich in Berlin auf einen Fall vorbereitete, der sehr weit ab lag von dem Glauben an eine lange Dauer des Friedens. Mit desto größerer Spannung folgte man den Dingen in Schleswig-Holstein.

Oesterreich hatte zum Statthalter von Holstein den General v. Gablenz ernannt, Preußen zum Gouverneur von Schleswig den General v. Manteuffel, den bisherigen Chef des Militärkabinetts, der seine Aufgabe fest und originell, ‚nicht nach der Schablone' anzugreifen gedachte. Mit Bismarck geriet er anfangs mehrfach in schroffe Meinungsverschiedenheit sowohl über die Anstellung von Beamten, als auch infolge anderer eigenmächtiger Handlungen, bei denen er die politischen Erwägungen des Ministers außer acht ließ. Sein energisches Selbstgefühl sah in den Weisungen, die ihm aus Berlin zugingen, unbefugte Eingriffe oder gar persönliche Gehässigkeit. Als der König selbst ihm darüber Vorwürfe machte, schrieb er am 6. Oktober an Roon, daß er in den ungütigen Worten seines gütigen Königs Bismarck erkenne; er begreife nicht, wie dieser sein Gegner geworden sei, nachdem er in vollem Einverständnis mit ihm sein Amt angetreten habe. Aber, so fuhr er grollend fort, Bismarck kann nur Maschinen oder politische Gegner erzeugen; ich will weder das eine noch das andre werden, ich gehe . . . Wirklich hat er wiederholt um Entbindung von seinem Posten gebeten und dadurch auf Bismarcks ohnedies schwierigen Weg noch mehr Steine getragen. Wie dieser über die Sache dachte und den tüchtigen, aber leidenschaftlichen General zu beschwichtigen suchte, zeigen folgende Sätze eines Briefes, den er ihm am 11. September schrieb: ‚Als ich dem Könige vorschlug, die Regierung in die Hände des kommandierenden Generals zu legen, besprach ich mit Ihnen den Nutzen, welchen diese Einrichtung für die schnelle, sichere und einheitliche Handhabung der Regierungspolitik vermöge der strikteren militärischen Disziplin haben werde.

Digitized by Google

Bei der ersten Meinungsverschiedenheit aber setzen Sie mir den Stuhl vor die Thür ... Ich bin sehr gern bereit, dem Könige die von Ihnen gewünschte Ordre vorzulegen (nämlich Manteuffel abzurufen), nur bitte ich darin aufnehmen zu dürfen, daß der König Sie zum Minister und mich zum Gouverneur von Schleswig macht, und ich verspreche Ihnen, ein für Sie strikte folgsamer Ausführer Ihrer Politik zu sein, der Ihre Gedanken zu erraten und auszuführen suchen, aber nicht zur Vermehrung der Schwierigkeiten Ihres Ministeriums beitragen wird. Es wird mir das auch nicht schwer werden, denn ich diene Gott und nicht den Menschen und bin oft genug in der Lage gewesen, den meinigen entgegengesetzte Ansichten des Königs und der Majorität des Ministeriums mit Eifer und Freude auszuführen. Wollte ich in solchen Fällen mich für verbraucht erklären, so würde mir der äußerliche Friede des Privatlebens längst gewonnen, der innere, den ich aus dem Bewußtsein des Dienstes für König und Land schöpfe, aber verloren sein ... Ich kann mir denken, daß das chiffrierte Telegramm Ihnen meine Sache nicht mit dem Eindruck plaidiert hat, den ich ihm hätte geben mögen, wenn ich es hätte begleiten können, aber sehen Sie diesen Brief als einen schwachen Beweis an, wie peinlich es mir ist, mich mit Ihnen in Meinungsverschiedenheit zu wissen; ich glaube, daß ich kaum an den König, und sicher an keinen andern, einen eigenhändigen Brief von mehr als zwei Seiten seit 3 Jahren geschrieben habe ...'

Im Interesse seiner Politik bot Bismarck alles auf, Manteuffel von seinen Rücktrittsgedanken abzubringen; denn er wußte, daß dieser, nach seinem eignen drastischen Wort, ‚sich nicht auf der Nase herumtrampeln' lassen, sondern nötigenfalls eine feste Faust zeigen werde. In den ersten Wochen herrschte zwischen den beiden Statthaltern ein fast kameradschaftliches Einvernehmen, zumal Gablenz, von Natur zur Nachgiebigkeit geneigt, in Holstein die ärgsten Auswüchse der Augustenburger Agitation beschnitt. Aber die Flitterwochen der neuen Eintracht waren kurz; bald nach der Rückkehr Bismarcks aus Biarritz, und offen-

Digitized by Google

bar in ursächlichem Zusammenhang damit, meldeten sich die Vorboten des kommenden Bruches. Bismarck machte dem Wiener Kabinett den Vorschlag, Schleswig, wie früher Lauenburg, durch eine Geldzahlung zu erwerben. Kaum hatte man in Wien diesen Plan zurückgewiesen, so that er einen Gegenschlag, indem er einen Handelsvertrag mit Italien abschloß. Alsbald erfolgte auch in Holstein eine Wendung der österreichischen Politik, welche die Partei der Augustenburger wieder zu neuen Kundgebungen und zu Ausfällen gegen Preußen ermutigte. Da griff Manteuffel in einer Weise durch, die Gablenz veranlaßte, in unverkennbarem Hinweis darauf von ‚türkischer Paschaherrschaft' zu sprechen. So wurde in wenigen Wochen die Lage so gespannt, daß Manteuffel, der anfangs ein gutes Einvernehmen der beiden deutschen Großmächte befürwortet hatte, am 18. Januar 1866 seine Erfahrungen in Schleswig in die inhaltschweren Worte faßte: die drei Monate, die Preußen in Gastein als Versuchszeit für Oesterreichs wahre Gesinnung in Betracht genommen habe, seien um; wenn Oesterreich jetzt nicht die Ausweisung des Erbprinzen vollziehe, so sei Klarheit vorhanden und die Zeit gekommen, Allianzen zu schließen.

In dem einen Punkte, daß jetzt Klarheit vorhanden sei, stimmte Bismarck mit Manteuffel überein — für ihn war sie es schon lange —, aber für den Abschluß von Allianzen beschritt er einen Weg, vor dem Manteuffel sicherlich sich entsetzt hätte. Wir sahen, daß Bismarck schon zur Zeit seiner Frankfurter Gesandtschaft dem Gedanken nahe getreten war, die Frage einer Bundesreform in Uebereinstimmung mit den nationalen Wünschen des Volkes zu lösen. Jetzt, auf der Suche nach Allianzen gegen Oesterreich, kehrte er zu diesem Plane zurück. Damit beginnt in seinem Lebensgang eine neue entscheidende Epoche: **der Vorkämpfer des preußischen Königtums wird zum Pfadfinder der deutschen Einheit.**

Schon am 13. Januar zeigt ein Schreiben an den preußischen Gesandten in Florenz, daß sich in seinem Geiste

Digitized by Google

die Vereinigung der schleswig-holsteinschen Frage mit der großen nationalen zu vollziehen beginnt: Die deutsche Frage ruhe einstweilen, aber bei weiterer Entwicklung der Beziehungen Oesterreichs zu den Mittelstaaten mit aggressiver Tendenz gegen Preußen könne leicht eine Wendung eintreten, welche den Bestand des Bundes in Frage stelle. In diesem Falle sei eine durchgreifende Initiative Preußens in der deutschen Frage nicht von den möglichen Eventualitäten auszuschließen ... wir würden zu erwägen haben, wie wir auf die Regungen des Partikularismus mit der Anrufung der nationalen Gesamtinteressen zu antworten hätten. Auch die Thronrede, womit zwei Tage später der preußische Landtag eröffnet wurde, betonte in nachdrücklichen Worten, daß die Entscheidung über Schleswig-Holstein außer den berechtigten Ansprüchen Preußens auch den deutschen Nationalinteressen entsprechen müsse. Damit kommen wir zunächst auf die Frage, wie in jenem Augenblick, da Bismarck das letzte Ziel seiner Politik noch nicht offen enthüllen durfte, sein Volk ihm gegenüberstand.

In Preußen beherrschte der Verfassungsstreit noch immer die innere Lage, und namentlich die parlamentarische Mehrheit beharrte auf ihrer Forderung, daß der Sturz des verhaßten Ministers die erste Bedingung eines Friedens zwischen dem Volke und der Krone sei. Die Taktik, die Bismarck während der am 15. Januar eröffneten Landtagsverhandlungen zu beobachten gedachte, ersehen wir aus einem Briefe Roons an Perthes vom 11. Januar: ‚Ernst und ruhig, schweigsam nach Möglichkeit, trocken und geschäftlich in allen nötigen Auslassungen, von der Thron- bis zur Abschiedsrede: das ist mein, das ist unser aller Programm in dem bevorstehenden parlamentarischen Verkehr, der indeß sofort abzubrechen sein wird, sobald die parlamentarische Ungezogenheit der Gegenseite die Fortsetzung des Verkehrs nur mit Beeinträchtigung der eignen Würde möglich lassen würde.‘ Diesem Operationsplan entsprechend, erklärte die von Bismarck verlesene Thron-

Digitized by Google

rede, daß die Regierung von neuen Verhandlungen über die Armeeorganisation für jetzt kein günstiges Resultat erwarte; sie werde es daher einstweilen bei den geltenden Bestimmungen belassen müssen. Se. Majestät hoffe, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk jetzt und für alle Zukunft umschließen werde, und auch die Regierung hoffe, daß bei einer leidenschaftslosen und rein sachlichen Prüfung dessen, was sie erreicht habe und noch erstrebe, genug der Ziele sich finden würden, in denen alle Parteien sich eins wüßten.

Die Hoffnung sollte freilich nicht in Erfüllung gehen. Das wurde sofort offenbar, als der zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses erwählte Oberbürgermeister Grabow die Leitung der Verhandlungen mit einer heftigen Anklage gegen das Ministerium Bismarck übernahm: Das düstere Bild der innern Lage des Staates habe sich seit der letzten Session noch mehr verfinstert; die reaktionäre Presse ergehe sich unbelästigt in den gehässigsten Angriffen auf die Volksvertretung, die Regierung unterdrücke jede freisinnige Regung im Volke, der Konflikt sei chronisch geworden; aber das preußische Volk bestehe auf der rückhaltlosen Anerkennung seiner beschworenen Rechte, und nur auf diesem Wege werde man zu einer befriedigenden Lösung der schleswig-holsteinschen Frage und damit zur bundesstaatlichen Einigung Deutschlands gelangen. ‚Möge Preußen,‘ so schloß die mit donnerndem Beifall aufgenommene Ansprache, ‚in Erfüllung seines deutschen Berufes einen solchen freisinnigen Entwicklungsgang unverweilt einschlagen, ehe es durch einen der Freiheit vielleicht günstigen Verlauf der österreichischen Verfassungskrisis überholt und ehe es überhaupt zu spät ist.‘

Diesem Anfange entsprach der Fortgang der Verhandlungen. Das Haus erklärte in den ersten Tagen des Februar auf einen Antrag Virchows die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußens für rechtsungültig. Bismarck griff in die Debatte über diese Frage lebhaft ein; namentlich die Worte, mit denen er den Vorwurf zurückwies, die äußere Politik als Mittel

Digitized by Google

zur Hebung der innern Schwierigkeiten zu benutzen, verdienen Beachtung, trotzdem sie damals wirkungslos verhallten. ‚Mir sind,‘ sagte er, ‚die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen. Und Sie, meine Herren, sollten auch so denken, denn Sie könnten ja, was Sie im Innern etwa an Terrain verlieren möchten, unter einem etwaigen liberalen Ministerium, *was vielleicht auch nicht ausbleiben wird*, sehr rasch wiedergewinnen. Als die Linke diese Prophezeiung, deren Erfüllung schon im Werke war, mit ironischer Heiterkeit begrüßte, fuhr er fort: ‚Es ist das keine Einbuße auf ewig, aber *in der auswärtigen Politik gibt es Momente, die nicht wiederkommen.*‘

Sobald die Kammer durch den Gang ihrer Debatten den zweifellosen Beweis erbracht hatte, daß sie über die Hecken der theoretischen Verfassungsfragen nicht hinaussah und sogar eine von dem Abgeordneten Reichensperger in versöhnlichem Tone gehaltene Adresse an den König ablehnte, erfolgte am 23. Februar der Schluß der Tagung. Die Regierung habe, so sagte Bismarck, den Landtag einberufen zwar nicht in der Erwartung einer unmittelbaren Lösung des Verfassungsstreites, aber doch in der Hoffnung, daß das im preußischen Volke lebende Verlangen nach einem Ausgleich auch in der Landesvertretung Widerhall finden werde; aber schon die erste Kundgebung des Abgeordnetenhauses, die Eröffnungsrede seines Präsidenten, habe durch grundlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung der feindseligen Stimmung der Mehrheit Ausdruck gegeben, und diesem Vorgange habe die fernere Thätigkeit des Hauses entsprochen. Der Verlauf der Verhandlungen habe die Besorgnis hervorgerufen, daß auf dem eingeschlagenen Wege das Land ernsteren Zerwürfnissen entgegengeführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert würde.

Diese, wie wir heute wissen, ernst gemeinten Erklärungen begegneten damals bei der parlamentarischen Mehrheit und in den weitesten Kreisen des preußischen Volkes einem eisigen Mißtrauen. Der Haß gegen das Willkür-

Digitized by Google

regiment wuchs von Tag zu Tag, und selbst unerschrockene Männer fingen an zu zagen und an die Möglichkeit einer Katastrophe zu glauben. Und gerade jetzt, wo Bismarck dazu schreiten wollte, zu all den Schwierigkeiten, die ihm entgegenstanden, auch noch die Schicksalsfrage der deutschen Einheit aufzurollen, begann in dem Häuflein seiner bisherigen Genossen das Schwanken. Am 8. Januar schrieb Perthes an Roon, die Regierung habe von ihrer konservativen Grundlage aus die Heeresorganisation durchgeführt, und ihre Haltung sei nicht ohne Wirkung auf den im Lande herrschenden Sinn geblieben; der diplomatische Kampf aber um die beiden Fragen, die alles am meisten in Atem hielten, der Kampf um die Stellung Preußens zu Deutschland und zu den Herzogtümern trage nicht denselben konservativen Charakter, sondern offenbare eine solche Abhängigkeit von den wechselnden Tagesereignissen und eine solche Unängstlichkeit in der Wahl der Mittel zur Erlangung vorübergehender Erfolge, daß sich das Wort ‚revolutionär' fast unwillkürlich aufdränge. Freunde seien irre gemacht und ‚die Kerls vom Fortschritt' hätten gute Nase; sie witterten in dem Manne, der sie so geärgert habe, eine gewisse Verwandtschaft und hätten Freude an seinem Thun, weil sie sich als lachende Erben ansähen. — Dieser Herzenserguß zeigt, daß Bismarck, wofern er auf dem jetzt geplanten Wege weiterging, die Gefahr einer konservativen Fronde heraufbeschwor. Er sah es kommen und wußte, daß alsdann seine Gegner, sowohl die im Lande wie namentlich die in der Umgebung des Königs, einen mächtigen Bundesgenossen erhielten. Aber auch das schreckte ihn nicht zurück. Das Ziel stand jetzt klar und greifbar nahe vor seinen Blicken: ein letzter starker Anlauf, und man war oben.

Man hat Bismarck damals und später vorgeworfen, er habe in abenteuerlicher Politik alles auf eine Karte gesetzt und, um sein persönliches Spiel zu gewinnen, die Existenz des Staates in den Einsatz geworfen. Das Gegenteil ist wahr. Nicht leichtherzig, sondern nach langem Kampfe, nachdem er jede friedliche Lösung versucht, hat

Digitized by Google

er während des Verfassungsstreites und vor dem Bruche mit Oesterreich die Entschlüsse gefaßt, die die Brücke der Verständigung hinter ihm abbrachen. Das Bewußtsein der schweren Verantwortung, die er damit auf seine Seele lud, war ihm jeden Augenblick gegenwärtig, es drückte und quälte ihn mehr, als er zeigen durfte, um nicht mit den eigenen Bedenken die Gefährten seines gefährlichen Weges, zumal den König, zu beirren. An sich selbst aber dachte er zuletzt, wenngleich es ihm nicht verborgen war, daß auch seine Ehre und vielleicht sein Kopf auf dem Spiele standen. In dieser Erkenntnis durchläuft er, die Verwünschungen seines Volkes überhörend, die wenigen Freunde und seinen zaudernden König mit sich reißend, in gewaltigen Sätzen die letzte Strecke der schwindelnden Bahn. Es beginnt der letzte erschütternde Akt des weltgeschichtlichen Dramas von der deutschen Einheit.

Vergegenwärtigen wir uns zuerst die einleitenden Hauptzüge des diplomatischen Feldzuges, dem wir oben bis um die Mitte des Januar 1866 gefolgt waren. Am 20. Januar schickte Bismarck eine in entschiedener Sprache abgefaßte Aufforderung nach Wien, den Demonstrationen zu gunsten Augustenburgs ein Ende zu machen und den Prinzen aus Holstein zu entfernen. Sein Schreiben hatte keinen Erfolg: man wolle sich nicht mit Preußen überwerfen, aber an diesem sei es, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Am 26. ging abermals eine Depesche Bismarcks nach Wien, die noch deutlicher redete: wenn Oesterreich der preußischen Bitte ausweiche, so werde man in Berlin zu der Ueberzeugung kommen, daß in Wien der traditionelle, aber überwunden geglaubte Antagonismus gegen Preußen mächtiger sei als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinschaftlichen Interessen; Preußen verlange Klarheit. Wir müssen, so hieß es am Schluß, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, *für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen* und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens ent-

Digitized by Google

sprechend halten. Als auch die Antwort auf dieses Schreiben, wie übrigens zu erwarten stand, die preußische Bitte nicht gewährte, stellte Bismarck endgültig die Versuche ein, im Wege der Verhandlungen zu einem Ausgleich über Schleswig-Holstein zu gelangen: er eröffnete dem österreichischen Gesandten, daß nunmehr die Beziehungen der beiden Mächte auf den Standpunkt zurückgeführt seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen. Mit andern Worten: das Bündnis war für ihn zu Ende.

An dieser Thatsache war kein Zweifel mehr möglich. Auch der König, auf dessen Seele die ganze Verantwortlichkeit der jetzt zu fassenden Entschlüsse lag, wußte, daß Preußen an einem verhängnisvollen Wendepunkt angekommen war. Nicht ohne großen Kummer sah er die Dinge dem Bruch entgegentreiben.. Der Krieg mit Oesterreich, an dessen Bundesgenossenschaft und Freundschaft die trüben und erhebenden Erinnerungen seiner Jugend hafteten, war ihm persönlich ein schmerzliches Ereignis. So fest er entschlossen war, keinen Flecken auf Preußens Schild zu dulden, — dennoch hat er bis zum letzten Augenblicke gehofft, daß ihm die Notwendigkeit gerade dieses Krieges erspart bleiben möge. Aus dieser Auffassung des Monarchen erwuchsen dem Minister, der zum Kriege drängte, weil er ihn für unvermeidlich und den Zeitpunkt für günstig hielt, die größten seiner Sorgen. Die Zuflüsterungen und Verdächtigungen, die aus dem Lager der alten Gegner Bismarcks kamen, wies der ritterliche Sinn des Königs leichter von sich, als die Zweifel und Bedenken seiner eignen Seele. Vollends als der Minister zu der letzten Karte seines kühnen Spieles griff und die nationale und liberale Bewegung gegen Oesterreich zu entfesseln plante, erfaßte den König bange Sorge um das Ende; immer von neuem kam es zu schweren Kämpfen seines königlichen Gewissens gegen die zwingenden Ratschläge des Staatsmannes, der ihn weiter trieb. Auch dieser litt unter den unaufhörlichen Reibungen, die die Entscheidung noch oft hinausschoben und den glücklichen Ausgang fraglich zu machen drohten, mehr als seine Gegner und der König ahnten.

Digitized by Google

Am 26. März schrieb Roon, der sich auch in diesen Wochen als der treueste der Treuen erwies, an Moritz v. Blankenburg: ‚Unser Freund Otto B., in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt . . . so reizbar und verärgert, daß ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin . .‘ So ging neben dem diplomatischen Kampfe ein herber Seelenstreit der beiden Männer einher, die in jenen Monaten Unsterbliches für Preußen und Deutschland verrichtet haben. Für Bismarck enthielten die Erfahrungen dieser Zerwürfnisse und Gegensätze den bittern Vorgeschmack des Tributes, den das Genie dem Seelenglück zu entrichten hat, wenn es verkannt, angefeindet und vereinsamt seine Bahn vollendet.

Während Bismarck unmittelbar nach Eingang der Antwort auf seine letzte Depesche nach Wien die Vorbereitungen zu einem Bündnis mit Italien traf, fand am 28. Februar unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt, der sich mit der Kriegsfrage beschäftigte. Der Monarch selbst erklärte, daß die Hoffnungen auf eine ehrliche Einigung mit Oesterreich völlig vernichtet seien; er wolle keinen Krieg provozieren, aber Preußen müsse auf dem betretenen Wege vorwärts gehen, ohne vor einem Kriege zurückzuschrecken. Bismarck ging in seiner Darlegung der Lage wieder einen Schritt weiter: mit der letzten ablehnenden Antwort aus Wien sei der Bruch vorhanden; es sei klüger, in der jetzigen vorteilhaften Lage den Krieg zu unternehmen, als es Oesterreich zu überlassen, sich die günstige Stunde auszusuchen. Am Schlusse der Beratung, in deren Verlauf wiederum alle außer dem Finanzminister und dem Kronprinzen für den Krieg stimmten, erklärte der König, daß auch für ihn der Besitz der Herzogtümer eines Krieges wert sei; aber dessen Ausbruch solle nicht übereilt werden, weil eine friedliche Erwerbung des Objektes in jedem Falle wünschenswerter sein werde.

Sofort erwog Bismarck im Einvernehmen mit dem Könige die Aussichten etwaiger Bündnisse. Am 5. März überreichte Graf Goltz Napoleon ein eigenhändiges Schreiben des Königs, um festzustellen, unter welchen Bedingun-

Digitized by Google

gen Frankreich im Kriegsfalle neutral bleiben werde. Aus einer Unterredung, die darauf Goltz mit dem Kaiser hatte, ging hervor, daß dieser bei seinen Vergrößerungsplänen auch deutsches Gebiet in Betracht zog. Sobald Bismarck das erfuhr, teilte er dem Gesandten mit: nach einem unerschütterlichen Entschlusse des Königs könne davon niemals die Rede sein; Goltz solle die weitere Berührung der Frage vermeiden, französische Andeutungen aber mit dem Hinweis auf die Verletzung des deutschen Nationalgefühls ablehnen.

Günstiger verliefen die Unterhandlungen, die Bismarck, wiederum mit voller Zustimmung des Königs, mit Italien eröffnete. Vor allem kam es ihm darauf an, die in Florenz vorhandene Besorgnis zu zerstreuen, daß er eine Annäherung an Italien nur deshalb suche, um durch die darin liegende Drohung Oesterreich ohne Kampf zur Herausgabe von Holstein zu bewegen. Schon war die Instruktion ausgefertigt, nach der Moltke, den man für die Sendung in Aussicht genommen, in Florenz vorgehen sollte, als man durch die Nachricht überrascht wurde, Italien wolle seinerseits einen Offizier nach Berlin senden, um über die Bedingungen eines Bündnisses gegen Oesterreich zu verhandeln. Am 14. März kam General Govone in Berlin an. Gemäß den Aufträgen, die La Marmora ihm erteilt hatte, wollte er auf einen Vertrag, der den Beginn des Krieges ausschließlich in die Entscheidung Preußens gelegt hätte, nicht eingehen. Noch immer glaubte man an die Möglichkeit, daß Bismarck mit der Drohung eines preußisch-italienisches Angriffes nur einen Druck auf Wien beabsichtige und sich dann aus der Affaire ziehen wolle. Seine Eröffnung, daß er zur Durchführung der Bundesreform einen Krieg im großen Stile beabsichtige, dessen Vorbereitung mehrere Monate in Anspruch nehmen werde, erhöhte natürlich den Argwohn des italienischen Unterhändlers.

Während nun an diesem Punkte die Verhandlungen mehrere Tage ins Stocken gerieten, sorgte Bismarck dafür, daß die Dinge an anderer Stelle im Flusse blieben. Dabei

Digitized by Google

scheint er in geflissentlicher Verschärfung des Zerwürfnisses in der That weiter gegangen zu sein, als der König wünschte. Da er die Stimmung in Wien kannte und wußte, daß dort die Wage des Entschlusses zwischen Krieg und Frieden auf und nieder ging, so daß ein geringer Anstoß den Ausschlag geben würde, so gingen nicht ohne sein Wissen und Zuthun Meldungen in die Welt, die darauf berechnet waren, die kriegerische Stimmung an der Donau zu reizen. Man kennt die Scene, wie er auf die naive Frage der Gräfin Hohenthal, ob er wirklich Sachsen überfallen und Oesterreich bekriegen wolle, unter der Maske offenherziger Plauderei den furchtbaren Ernst seiner geheimen Pläne und die Ereignisse der nächsten Zukunft enthüllte, wohl wissend, daß wenige Stunden nachher seine Aeußerungen, die er dann selbst als eine Verspottung einer unpassenden Frage darstellte, in Wien und anderswo eine ungeheure Aufregung hervorrufen würden. Die Offenheit, mit der er die Verhandlungen mit Italien führte, verfolgte denselben Zweck, und so viel steht fest, daß unter dem Eindruck der dadurch erzeugten Aufregung und Gereiztheit die Wiener Regierung Truppenverschiebungen anordnete, um Böhmen gegen einen Ueberfall zu sichern. So unbedeutend diese Verschiebungen in Wirklichkeit waren, für Bismarcks Absichten waren sie deshalb von Wichtigkeit, weil er nunmehr seinem Gegner die ersten offenkundig feindseligen Schritte vorwerfen und auf das soldatische Gefühl des Königs wirken konnte. In der That verfügte der König darauf die Armierung der Festungen in Schlesien und an der Elbe, den Aufkauf von Pferden für die Hälfte der Feldartillerie und eine Verstärkung des Mannschaftenbestandes um etwa 11 000 Mann. Mit welcher Sorge und Umsicht Bismarck diese Maßregeln beschleunigte, zeigt folgender Vorfall. Der Ministerrat, in dem unter dem Vorsitz des Königs die eben erwähnten Beschlüsse gefaßt wurden, fand am Dienstag in der Charwoche statt. An demselben Tage schrieb Bismarck an Roon: ‚Es ist sehr zu wünschen, daß der König noch morgen seine definitiven Befehle giebt. Donnerstag wird er nicht in der Stimmung

Digitized by Google

für dergleichen sein. Sie sehen ihn morgen .... können Sie nicht einrichten, daß er uns beide nachher zum Vortrag befiehlt?' Wie begründet seine Vorsicht war, ersehen wir aus einem Billet, welches der König nach Ausfertigung der Befehle an Roon schickte: ‚Ich hatte Ostern ganz vergessen; wäre es noch möglich, den Abgang der Ordres bis Sonnabend zu verschieben? Fragen Sie Bismarck deshalb und schreiben Sie dann Antwort.' Aber das Billet kam zu spät, denn Roon hat im Einverständnis mit Bismarck die Befehle sofort weitergegeben.

Die Unvorsichtigkeit des Wiener Kabinetts erwies ihm schon wenige Tage später noch einen größeren Dienst, indem es am 16. März den deutschen Regierungen mitteilte: falls Preußen auf die Frage, ob es den Bundesfrieden in Deutschland stören wolle, keine befriedigende Antwort gebe, werde Oesterreich die schleswig-holsteinsche Frage vor den Bundestag bringen und, wofern Preußen sich dessen Urteil widersetze, die Mobilmachung des Bundesheeres beantragen. Am 24. erfolgte von Berlin aus an die deutschen Regierungen die Gegenfrage, ob Preußen für den Fall, daß die österreichischen Rüstungen zu einem Angriff führten, auf die Hilfe seiner Bundesgenossen zählen könne; zugleich erklärte Bismarck, daß für Preußen und Deutschland eine Reform der bestehenden Bundesverfassung in gleichem Maße dringend sei.

So veranlaßte nunmehr Oesterreichs Versuch, die bestehende Bundesverfassung ganz im Sinne der Schwarzenbergschen Politik zu Preußens Erniedrigung zu benutzen, Bismarck zu dem ersten praktischen Schritte auf dem Wege zur Bundesreform. Der Grundriß des Planes, der ihm damals für den deutschen Einheitsbau vorschwebte, war merkwürdig genug: Teilung des militärischen Oberbefehls zwischen Preußen und Baiern in der Art, daß jenes über die Streitkräfte der Nordstaaten, dieses über die der Südstaaten verfüge, und ein deutsches Parlament, hervorgehend aus allgemeinen und direkten Wahlen. Beide Gedanken verraten den Drang der Verhältnisse, aus denen

Digitized by Google

sie geboren sind. Der Vorschlag des bairischen Oberbefehls über die Streitkräfte südlich vom Main bezweckte einerseits, Baiern an Preußens Seite zu halten, indem die neue Bundesverfassung, bei der natürlich der Ausschluß Oesterreichs vorausgesetzt war, den Wittelsbachern eine ansehnliche Machterhöhung in Aussicht stellte; ging man in München auf den Plan ein, so konnte Preußen in dem bevorstehenden Kriege seine gesamte Streitkraft gegen Oesterreich führen, weil Baierns Haltung für die Mehrzahl der übrigen Bundesstaaten bestimmend war. Andererseits aber stand zu erwarten, daß Napoleon gegen jede Reform, die Preußens Einfluß über den Main getragen hätte, Einspruch erheben würde. Diese beiden Erwägungen waren für Bismarck entscheidend. Denn was er auf diese Weise erreicht hätte, wäre jedenfalls weit besser gewesen als das Bestehende, und ihm war niemals das Bessere der Feind des Guten. Freilich, wenn er unter dem Zwange der Verhältnisse statt des zu Ende gehenden preußisch-österreichischen Dualismus einen preußisch-bairischen beabsichtigte, so wird man doch den Gedanken abweisen müssen, daß ihm eine derartige Doppelhegemonie als eine besonders ideale oder glückliche Lösung erschienen sei.

Aehnlich gestaltet sich unser Urteil über den andern Punkt seiner Bundesreform, über den Plan eines aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgehenden Parlaments. Es ist bekannt, wie er sich damals und später bemüht hat, diese seine Schöpfung mit sachlichen und innern Gründen zu verteidigen: die Massen seien bei der Erhaltung der staatlichen Ordnung ehrlicher interessiert als die Führer der durch einen Census privilegierten Klassen; in dem Gesamtgefühl des Volkes beim Aussuchen des Abgeordneten sei mehr Intelligenz vorhanden, und dergleichen Gründe mehr. Nichtsdestoweniger wird man annehmen müssen, daß auch hier vor allem taktische, auf den augenblicklichen Erfolg berechnete und der Situation angepaßte Erwägungen für ihn ins Gewicht fielen, und zwar solche, die er weder dem bairischen Minister, mit dem er diesen Punkt des Reformplans beriet, noch sonst einem gestehen

Digitized by Google

mochte. Zunächst war die Absicht, Oesterreichs Reformbestrebungen ein Paroli zu bieten und die Sympathien der Süddeutschen zu gewinnen, ganz unverkennbar. Sodann war es ihm erwünscht, das Wahlsystem für den preußischen Landtag, gegen dessen Mehrheit er seit Jahren einen erbitterten Kampf focht, durch ein anderes zu diskreditieren. Oft und laut hatte er seinen Gegnern im Abgeordnetenhause zugerufen, daß er sie nicht als Vertreter des Gesamtvolkes, sondern nur einzelner Klassen betrachte: das Wahlrecht, welches er nunmehr dem künftigen deutschen Parlament zu grunde legte, war die praktische Folge dieses Satzes. Ueberdies hatte er, wir kommen später eingehend darauf zurück, schon damals die Zeichen der kommenden sozialen Umwälzung, der Emancipation des vierten Standes, gesehen und gedeutet. Er wußte, daß dem liberalen Bürgertum von unten her aus den Massen ein starker Gegner entstand; der Gedanke lag nahe, dessen Bundesgenossenschaft zu gewinnen, und auch auf diesem Wege — im Kampfe war ihm jedes Mittel willkommen! — die liberale Opposition zu erschüttern. Schon stand Lothar Bucher neben ihm, und mit Ferdinand Lasalle, dem Vorläufer der Socialdemokratie und leidenschaftlichen Gegner der herrschenden Partei hatte er Verkehr gepflogen. Schon am 12. März 1864 hatte Lasalle während seines Hochverratsprozesses den Richtern zugerufen: ‚So verkündige ich Ihnen an diesem feierlichen Orte, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen und Herr v. Bismarck hat die Rolle Robert Peels gespielt, und das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist oktroyiert.‘

Durch die Schwierigkeiten, denen sein Reformprojekt inzwischen bei einigen der verbündeten Regierungen begegnete, ließ Bismarck sich nicht aufhalten, und am 9. April stellte v. Savigny, Preußens Gesandter in Frankfurt, am Bundestag den förmlichen Antrag: ein deutsches Parlament zu berufen, welches aus direkten Wahlen auf grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hervorgehen solle; den Tag des Zusammentritts dieser Nationalversammlung habe der Bundestag zu bestimmen, der überdies dem Par-

Digitized by Google

lament bei seiner Eröffnung den Entwurf einer neuen Bundesverfassung vorzulegen habe. In der Begründung des Antrages war unter anderm gesagt, wenn Deutschland in seiner gegenwärtigen Verfassung großen europäischen Krisen entgegengehe, so werde es der Revolution oder der Fremdherrschaft verfallen.

Die Aufregung über diesen Schritt Bismarcks war ungeheuer auf allen Seiten. Die Konservativen standen entsetzt, die Liberalen verblüfft. Die Kreuzzeitung prophezeite das ‚Nahen des jüngsten Gerichts', den ‚Bankerott aller soliden politischen Substanzen in Deutschland', Perthes nannte die Forderung des Parlaments ein Bekenntnis zu dem Grundprinzip der Revolution; daß Preußen diese Forderung gestellt habe, werde, auch wenn alles im Sande verlaufe, lange Schatten in die Zukunft der preußischen und deutschen Geschichte werfen. Auch die Massen der konservativen Partei sträubten sich gegen die neueste Wendung Bismarcks; ihnen war die Zukunft Deutschlands gleichgültig, wofern Preußen stark blieb; Bismarcks deutsche Politik erschien ihnen daher wie ein Abfall von ihrem Preußentum. Und nun erst die Liberalen! Konnte man ihnen verargen, daß sie dem Minister, der seit Jahren die Rechte der preußischen Volksvertretung mißachtet, die liberale Partei verfolgt und ihre Führer durch sein herausforderndes Auftreten verletzt hatte, daß sie diesem Minister, als er mit der Forderung eines Nationalparlaments hervortrat, mit lautem Hohngelächter antworteten? Ein deutsches Parlament aus den Händen dieses Junkers? ‚Allgemeines und gleiches Wahlrecht,' so schrieb ein tonangebendes Blatt, ‚direkte Wahlen und ein deutsches Parlament sind große und erstrebenswerte Ziele, aber was haben die Grafen Bismarck und Eulenburg mit ihnen zu schaffen?' Bismarck möge in Preußen selbst den Parlamentarismus zur Wahrheit machen, aber der Zustand Preußens mache die kühle Ruhe erklärlich, mit der das übrige Deutschland seinen Antrag aufnehme. Ein gleicher Vorschlag einer populären preußischen Regierung würde wie ein elektrischer Schlag nicht nur Deutschland, sondern

Digitized by Google

ganz Europa durchfliegen. — Nur ganz vereinzelt waren im liberalen und nationalen Lager die Männer, die Bismarcks Antrag als das begrüßten, was er in Wahrheit und nach der Meinung seines Urhebers war, als den Anfang der deutschen Einheit.

Gingen somit an diesem Punkte Bismarcks Erwartungen nicht in Erfüllung, so war es doch in jedem Falle ein Gewinn, daß nicht die Erwerbung Holsteins, nicht bloße Ländergier, sondern ein hohes nationales Interesse das Ziel des Krieges wurde. Nur um des Landerwerbs willen die Schrecken und Verluste eines großen Krieges heraufzubeschwören und das Blut von Tausenden zu vergießen, davor schrak er ebenso sehr wie König Wilhelm zurück. Wie anders erschien dagegen die preußische Politik, wenn sie jetzt den Kampf aufnahm um die Neugestaltung Deutschlands, um dasselbe Ziel, vor dem sie in den letzten Jahrzehnten mehr als einmal unrühmlich und zaghaft zurückgewichen war! ‚Der Streit der Kabinette um zwei Herzogtümer hat sich plötzlich verwandelt in den großen Kampf um Deutschlands Selbständigkeit, um die erste Voraussetzung eines nationalen Staates in der Mitte des Festlandes' — so jubelte in loderndem Patriotismus Heinrich v. Treitschke den Ereignissen entgegen. Jetzt mache die Geschichte mit einem Schlage dem doktrinären Streite über Macht und Freiheit ein Ende; es wäre der Gipfel der Thorheit, das deutsche Parlament, das längst ersehnte, zurückzuweisen, da doch die einzige Hand, die stark genug sei, es zu verwirklichen, die Krone Preußens, es biete. Daß der Geber es ehrlich meine, zeige das Verhalten der mittelstaatlichen Höfe, die der Instinkt ihrer dynastischen und partikularistischen Selbstsucht auf die Seite Oesterreichs führe, weil sie an den Ernst des preußischen Antrages glaubten und von dem Siege Preußens das Parlament als einen tödlichen Schlag gegen den Dynastendünkel erwarteten.

Jedoch auch um solchen Kampfpreis wollte die Mehrheit des deutschen Volkes den Bruderkrieg nicht. Das wurde immer deutlicher, je mehr die Gewißheit eines nahen

Digitized by Google

Bruches sich aufdrängte. Im Süden brach der alte Preußenhaß der Demokraten wieder hervor, in Preußen selbst wollte das liberale Bürgertum der Städte von einem Kriege, der Handel und Verkehr zu schädigen drohte, nichts wissen; dazu kamen im Westen die Sympathien der katholischen Bevölkerung für den Kaiserstaat, kurz, aus allen Teilen Deutschlands hallten dem preußischen Minister Warnungen, Drohungen, Verwünschungen entgegen. Sogar der Nationalverein machte in einer Erklärung seines Ausschusses Front gegen Bismarcks Politik. Und diese dem Kriege feindliche Stimmung seines Volkes stürmte in den nächsten Wochen unaufhörlich in Gestalt von öffentlichen Beschlüssen und Adressen auf den König ein. Der Erzbischof von Köln erklärte ihm offen, daß die rheinischen Soldaten und Landwehrmänner, die sonst freudig und opferwillig dem Rufe des Kriegsherrn gefolgt seien, ‚mit Unmut und Abneigung, ohne Begeisterung und nur aus blindem Gehorsam' in den bevorstehenden Bruderkrieg ziehen würden. Natürlich blieben bei diesem allgemeinen Ansturm der öffentlichen Meinung von rechts und links auch die alten Gegner Bismarcks am Hofe nicht zurück. Sie beschworen den König, doch endlich den Mann zu entlassen, der ihm die Liebe und Verehrung seines Volkes, das Vertrauen der fremden Mächte geraubt habe.

Der in dieser Weise verdächtigte wußte von all jenen öffentlich und heimlich gegen ihn gerichteten Angriffen, und dennoch schritt er entschlossenen Mutes durch den Gischt von Schmähungen und Widerwärtigkeiten hindurch. Das Bewußtsein des hohen Einsatzes erhöhte ihm die Kraft, je zahlreicher die Feinde, desto straffer richtete er sich empor, wofern nur sein König fest blieb. Dem Kronprinzen, der ihm in jenen Tagen davon sprach, daß seine verwegene Politik einer Katastrophe zutreibe, erwiderte er: ‚Was liegt daran, ob ich gehängt werde, wenn nur der Henkerstrick später Ihren Thron fest mit dem neuen Deutschland zusammenknüpft.'

Als er am Nachmittage des 7. Mai von einem Vortrage beim König nach Hause zurückkehrte, feuerte ein

Digitized by Google

Student der landwirtschaftlichen Schule zu Hohenheim in Württemberg, der zweiundzwanzigjährige Cohen-Blind, mehrere Schüsse auf ihn, von denen einer ihn an den Rippen verletzte; zum Glück erwies sich die Wunde als ungefährlich; er selbst sah in der Errettung aus unmittelbarer Lebensgefahr eine Fügung des Himmels und war seitdem erst recht gehobenen Mutes. Der Menge, die sich auf die Kunde von dem Geschehenen vor seiner Wohnung versammelt hatte, rief er zu: ‚Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teueren König und für unser Vaterland stets zu geben bereit bin, sei es im Felde, sei es auf dem Straßenpflaster; ich verlange nichts Besseres und erflehe als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei.‘

In solcher Gesinnung war er gegen alle Anfechtungen gefeit, und wenn auch mitunter Stunden der Ermattung und Hoffnungslosigkeit kamen, im Innern sagte ihm doch eine Stimme, daß die tobenden Ausbrüche des Hasses die Krisis der Krankheit andeuteten — die ohnmächtige Wut der Geister der Zwietracht gegen die Kraft des Beschwörers.

Diese Zuversicht veranlaßte ihn in der ersten Hälfte des Mai, die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Anordnung von Neuwahlen zu beantragen. In dem Bericht, den das Ministerium am 9. Mai dem Könige vorlegte, war gesagt, daß bei der Spannung der auswärtigen Beziehungen, die zu umfassenden Vorkehrungen für die Sicherheit des Landes geführt habe, der Augenblick gekommen sei, die Volksvertretung um den Thron zu versammeln, um der Einmütigkeit, die das preußische Volk beseele, wenn es der Erhaltung, der Unabhängigkeit und Ehre des Landes gelte, den legalen Ausdruck zu geben; wenn auch das jetzige Haus angesichts der dem Vaterlande drohenden Gefahren gewiß bereitwillig seine Hingebung für dasselbe bethätigen würde, so empfehle es sich doch, Neuwahlen anzuordnen, damit der König die Stimmung zum Ausdruck gebracht sehe, die sein Volk in diesem Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage

Digitized by Google

der Dinge beherrsche. Auch jetzt fehlten die Propheten nicht, die dem Entschluß der Neuwahlen angesichts der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg ein Fiasko in Aussicht stellten, aber Bismarck verstand sich besser auf die elementaren Instinkte der Volksseele: An demselben Tage, an dem bei Königgrätz das preußische Heer die feindliche Macht zertrümmerte, trat das preußische Volk an die Wahlurnen und stimmte für eine Aussöhnung mit der Regierung. —

Inzwischen hatte die diplomatische Aktion nicht geruht. Am Tage vor der Einreichung des Antrages auf ein deutsches Parlament, am 8. April, waren die im März ins Stocken geratenen Verhandlungen mit dem italienischen Abgesandten so weit gefördert, daß die Unterzeichnung des Bündnisvertrages zwischen Preußen und Italien vollzogen werden konnte. Der Vertrag verpflichtete den König von Italien zu einem bewaffneten Angriff auf Oesterreich, falls Preußen im Verlauf der Verhandlungen über die von ihm beabsichtigte Bundesreform innerhalb der nächsten drei Monate an Oesterreich den Krieg erklärte. Der Abschluß dieses Vertrages, der Preußen im Kriegsfalle eines wirksamen Beistandes versicherte, während es doch die Entscheidung ganz in seiner Hand behielt, war ein diplomatisches Meisterstück ersten Ranges. General Govone war, wie schon erwähnt, mit Mißtrauen gegenüber Bismarcks Aufrichtigkeit in die Verhandlungen eingetreten. Sein Auftrag ging dahin, nur dann ein Bündnis abzuschließen, wenn Preußen auf der Stelle den Krieg erklärte. Dazu aber war weder der König noch Bismarck bereit, dieser schon deshalb nicht, weil die diplomatische Inscenierung der Bundesreform noch einige Zeit in Anspruch nahm, bevor es darüber zum Bruche kam. Ueberdies mißtraute er selbst, und zwar nicht ohne Grund, den Absichten des italienischen Ministers. Govone, der nach dem Eindruck der ersten Unterredung Bismarck für einen Abenteurer und Charlatan hielt, überzeugte sich an den folgenden Tagen von dem entschlossenen Ernst, womit jener zum Kriege drängte, und als er vollends die Schwierig-

Digitized by Google

leiten erfuhr, die der Absicht Bismarcks in der öffentlichen Meinung, am Hofe und vor allem in dem Bedenken des Königs entgegenstanden, wurde er seiner Regierung gegenüber ein eifriger Anwalt der von Bismarck gemachten Vorschläge. Dieser suchte auch selbst den Argwohn La Marmoras zu widerlegen, und da er wußte, daß sein König vor einer Verständigung mit Italien nur schwer zu den letzten Entschlüssen sich bewegen lassen werde, setzte er in den nächsten Wochen alle Hebel in Bewegung. Aus dieser Zeit stammt das oben mitgeteilte Wort Roons von der herkulischen Tag- und Nachtarbeit, in der Bismarck seine Kräfte abnutze. Auf der einen Seite galt es, die Minister, unter denen der Finanzminister v. Bodelschwingh seinen Widerspruch gegen den Krieg aufrecht hielt, und den König selbst zur Einwilligung zu gewinnen, auf der andern die italienische Regierung. In Florenz aber gab, Bismarck wußte es, am letzten Ende die Haltung Napoleons den Ausschlag. Der aber hüllte sich gerade in jenen Tagen wieder in rätselhaftes Schweigen und lähmte dadurch die Aktionslust der Italiener. Auch hier war Bismarck es, der die Sache weiter trieb. Wissend, daß seine Worte alsbald einen Weg zu den Ohren Napoleons finden würden, machte er im Gespräche mit Govone scheinbar unabsichtliche Aeußerungen, die eine große Geneigtheit verrieten, auf die französischen Annexionsgelüste einzugehen. Während er also den Grafen Goltz in Paris vor jeder verpflichtenden Erklärung warnte, brachte er selbst von Berlin aus Napoleon auf einem Umwege, ohne sich zu etwas zu verpflichten, dahin, wo er ihn hin haben wollte: La Marmora erhielt aus Paris die Aufforderung, sich dem Vorgehen Bismarcks gegen Oesterreich anzuschließen. Das Bündnis, dessen Inhalt die preußische Politik von selbst zu schnellen Entschlüssen drängte, wurde darauf am 8. April abgeschlossen. Am folgenden Tage brachte Bismarck die Frage der Bundesreform ins Rollen.

Er war damit dem Ziele, auf das er lossteuerte, wiederum eine große Strecke näher gerückt. Gerade in den letzten Tagen vor der Entscheidung war zu den fortwähren-

Digitized by Google

den und gewohnten Widerständen am preußischen Hofe noch eine Reibung von ungewöhnlicher Art gekommen. Oben wurde erwähnt, mit welcher Gewissenhaftigkeit und unter welchen inneren Kämpfen König Wilhelm zu dem Entschluß vom 27. März gekommen war. Wie fest er aber dann auf dem einmal Beschlossenen bestand, zeigt ein Brief, den er tags zuvor an den Herzog Ernst von Coburg schrieb und den er selbst sein Glaubensbekenntnis über die momentane politische Lage nannte. Aus diesem Briefe, nicht minder aus einem an demselben Tage verfaßten Schreiben des Kronprinzen erkannte der Herzog die unheimliche Nähe der Kriegsgefahr, so daß er selbst einen letzten Versuch im Interesse des Friedens zu machen beschloß. Er teilte dem Grafen Mensdorff, der sein Vetter war, die Stimmung, die das Schreiben des Königs atmete, mit und fuhr dann fort: ‚wenn es Euch um die Erhaltung des Friedens zu thun ist, wird es höchste Zeit, den einzigen Weg einzuschlagen, der das Gewebe von Täuschung und Mißverständnis noch durchdringen kann, den von Person zu Person, vom Kaiser an den König direkt ... Ein Tag zu spät, und das Schlimmste ist vielleicht unwiderruflich geschehen.' Umgehend antwortete Mensdorff mit einem Schreiben, welches an seiner aufrichtigen Friedensliebe keinen Zweifel ließ und damit schloß, der österreichische Gesandte werde in Berlin erklären, daß Oesterreich jede kriegerische Absicht fernliege; eine gleiche Erklärung wolle man von Preußen erbitten. Den Brief Mensdorffs schickte der Herzog am 2. April an den König Wilhelm. Dieser blieb, wie seine bündige Antwort auf die Zuschrift beweist, zwar auch jetzt schließlich in der Sache fest, aber Bismarck bekam die Nachwirkung des Vermittelungsversuches doch in empfindlicher Weise zu spüren. Am 4. April suchte Roon ihn aufzurichten: ‚Setzen Sie sich in die Lage des Königs, versetzen Sie sich wo möglich auch in seine Haut und seine ganze Natur, Denk- und Gefühlsweise, und sagen Sie selbst, ob es zu verwundern, wenn er bei den in Scene gesetzten Intriguen aus nächster Hand schwankend, unsicher und zweifelhaft wird? ... Sie sagen nicht ohne

Digitized by Google

Berechtigung, Sie könnten diese entsetzliche Friktion nicht mehr ertragen, welche aus solchen Velleitäten und schwächlichen Bedenklichkeiten erwächst.. aber wir dürfen den Herrn und das Land nicht aufgeben, solange es sich nur um die größere oder geringere Leichtigkeit der Geschäfte, um persönliche Empfindlichkeit, nervöse Gereiztheit, größere oder geringere Unbehaglichkeit handelt.' Der Brief schloß mit dem Wunsche: ‚Gott sei mit Ihnen auf allen Ihren Wegen, auch vorzüglich auf den sauren ins Palais!'

Als darauf die Kreuzzeitung, wahrscheinlich auf Bismarcks Veranlassung, einige heftige Ausfälle gegen den ‚fürstlichen Vermittler' machte, wandte sich die Königin an ihren Gemahl mit einer Beschwerde. Diese hatte den Erfolg, daß der König Bismarck mitteilte, er billige die Artikel nicht und wünsche, wenn ‚man' Einfluß auf die Zeitung habe, eine Rektifikation.

‚Nur tüchtig losgesteuert! Alles graziöse Intriguieren wird übersteuert' — rief in jenen Tagen General Manteuffel den beiden Berliner Freunden zu, und sie waren dazu entschlossen. Am 4. April traf aus Wien die durch den Herzog von Coburg veranlaßte Erklärung ein: den Absichten des Kaisers liege nach dessen Bundestreue und persönlicher Freundesgesinnung für den König nichts ferner als ein offensives Auftreten gegen Preußen, und er hoffe, daß das Berliner Kabinett ebenso bestimmt und unzweideutig den Verdacht eines beabsichtigten Friedensbruchs zurückweisen werde. Bismarck gab die erwartete Erklärung in fast ironischer Wiederholung des Wortlauts der Wiener Depesche, schließlich aber bemerkte er, daß die einzige Ursache der Kriegsbesorgnisse in der Ansammlung österreichischer Streitkräfte an der preußischen Grenze liege; weil diese Truppenzusammenziehung durch keine Gefahr gerechtfertigt sei, habe Preußen sich gezwungen gesehen, zur Sicherung seiner Grenzen einige Vorkehrungen zu treffen.

Die in dem Schlußsatze liegende Zumutung, die angeordneten Truppenverschiebungen rückgängig zu machen, war bei der Stimmung der Wiener Bevölkerung und der

Digitized by Google

Armee aussichtslos. Am 7. April erhielt das Berliner Kabinett die Antwort, Oesterreich habe keine Kriegsvorkehrungen getroffen, während Preußen durch seine Verhandlungen mit Italien, durch die Mobilmachungsordre vom 29. März und andre Maßregeln die Kriegsbesorgnisse veranlaßt habe; der Kaiser erkläre nochmals, daß er keinen Angriff beabsichtige, und nunmehr erwarte man in Wien die Nachricht, daß Preußen die Ordre vom 29. März zurücknehme. Bismarck, durch die Sprache dieser Erklärungen verletzt, wollte in einer scharfen Note erwidern, während der König auf einer im Ton mildern Fassung bestand. Gerade damals waren dem Könige neue Bedenken aufgestiegen teils durch die Haltung Baierns, welches zwischen den beiden Großmächten zu vermitteln suchte, teils durch die zur Verständigung drängenden Berichte des Grafen Goltz. Der Zufall fügte es, daß Bismarck in jenen Tagen erkrankte und nicht zum Könige gehen konnte, so daß dieser andern Ratschlägen zugänglicher wurde. Zweimal schickte er Bismarck die von diesem entworfene Antwort als zu schroff zurück, und auch die Note, die schließlich am 15. April nach Wien abging, lautete versöhnlicher, als Bismarck es gewünscht hatte; denn ihr Kern lag in dem Satze, daß Preußen bereit sei, die getroffenen Sicherheitsmaßregeln wieder aufzuheben, falls Oesterreich damit vorangehe.

Die Antwort, die darauf am 18. aus Wien einlief, drohte Bismarcks Absichten, die unwandelbar auf den Krieg gingen, zu durchkreuzen, weil Oesterreich auf den Vorschlag der letzten preußischen Note einzugehen versprach: am 25. April wolle man die jüngst an die Grenze geschobenen Truppen zurückziehen, in der Voraussetzung, daß alsdann Preußen am 26. die einberufenen Mannschaften wieder entlassen werde.

Diesen Vorschlag abzulehnen, war unmöglich, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, den Frieden mutwillig und freventlich zu stören. Auf den König machte die Aussicht, mit Ehren den Bruch verhüten zu können, großen Eindruck, er trug die Wiener Depesche noch am

Digitized by Google

Abend nach ihrer Ankunft zu Bismarck, der noch immer krank war. Dieser war über die Wendung, die die Dinge zu nehmen schienen, wenig erfreut. Er riet dem Könige, die Antwort auf den Vorschlag des Wiener Kabinetts hinauszuschieben, setzte aber nur so viel durch, daß die preußische Note eine Angabe des Tages, an dem man die Entlassung der Mannschaften verfügen werde, vermied: die Entlassung solle in demselben Maße vor sich gehen wie die Verminderung der österreichischen Kriegsbereitschaft.

Durch den Notenaustausch vom 18. und 21. April schien allen, die nicht auf die letzten Gründe des Streites sahen, der Friede gesichert. Bismarck teilte im Stillen diese Hoffnung nicht. Auch wenn jetzt die Schwerter noch nicht aus den Scheiden fuhren, wußte er, daß die in nächster Zeit zu eröffnenden Verhandlungen über seinen Antrag vom 9. April den Krieg im Schoße bargen. Gleichwohl war ihm, namentlich im Hinblick auf den italienischen Bundesgenossen, die Verzögerung des Bruches verdrießlich, und in einer durch Krankheit noch obendrein verbitterten Stimmung machte sein Unmut sich in herben Worten Luft: ohne seine Schuld sei alles verdorben, und er wolle abgehen, wenn sich ein Nachfolger fände. Am Tage nach dem Abgang der friedlichen Depesche beschwor er den König in einem dringlichen Schreiben, daran fest zu halten, daß die Feindschaft gegen Preußen der oberste Staatszweck der österreichischen Politik sei; die gegenwärtige Wendung sei nur ein Aufschub, weil man in Wien auf eine günstigere Gelegenheit warte. Darauf kam es durch Roons Vermittelung zu einer offenen Aussprache zwischen dem Könige und Bismarck, wobei es diesem gelang, das in den letzten Tagen etwas erschütterte Vertrauen seines Herrn wieder zu gewinnen und ihn in die frühere entschlossene Stimmung zurückzuführen. Diese Unterredung bedeutete für den Entschluß zum Kriege gegen Oesterreich die Krisis des Gegensatzes zwischen Bismarck und dem Könige! Bei dem Widerstreben, welches König Wilhelm nach dieser Zeit, im Mai und in den ersten Tagen des Juni, dem Gang der Ereignisse entgegengesetzt hat, han-

Digitized by Google

delte es sich vorwiegend um militärische Erwägungen, bei denen schließlich die Vorstellungen der Generäle und des Königs eigene Sachkunde den Ausschlag geben mußten.

An dem entscheidenden Tage, wenige Stunden nach der Unterredung zwischen Bismarck und dem Könige, schrieb Roon seinem Freunde Perthes: ‚B. geht es besser, so daß ich hoffe, seine Krankheit werde uns nicht lahm legen, vorausgesetzt, daß unsre Lahmheit ihn nicht kränker macht. Dies aber wird, wie ich seit einigen Stunden wieder bestimmt hoffe, trotz aller Intriguen und Nichtswürdigkeiten nicht gelingen. Der Krieg ist unvermeidlich, wenn Habsburg sich nicht beugt, es handelt sich nur um den Moment des Ausbruchs.‘ Und drei Tage später berichtete er seinem Neffen v. Blankenburg: ‚Außerdem will ich Dir zu Deiner Beruhigung mitteilen, daß ich seit Montag wieder an des Königs Zuversicht glaube, seitdem ich Veranlassung zu der allerschärfsten und schneidigsten Aussprache gegeben über das, was Wir wollen und das, was Wir entschieden nicht wollen. Otto ist darüber fast gesund geworden, hat wenigstens zwei Nächte hintereinander viel und gut geschlafen, und man kann wieder hoffen, daß es bald wieder gut mit ihm gehen werde, besonders wenn er das nächtliche Arbeiten aufgeben wollte‘ . . . Seine, Roons, Aufgabe sei, daß die Armee wacker zusammengefügt bleibe, ‚das übrige mag der Dreihaarige besorgen, den Gott in Gnaden gesunden und gedeihen lassen möge!‘

An dem Tage, an dem diese Sätze geschrieben wurden, erwartete man in Berlin die Nachricht, daß Oesterreich seine Truppen von der böhmischen Grenze zurückgezogen habe. Es sollte anders kommen. Die Mine, die Bismarck am 8. April mit General Govone gelegt hatte, begann zu springen. Italien, durch den Abschluß mit Preußen ermutigt, traf militärische Maßregeln, die Oesterreich zeigten, daß es sich auf einen Angriff von Süden her vorbereiten mußte. Man hat später die alarmierenden Nachrichten, die darüber nach Wien gelangten, für grundlos oder wenigstens stark übertrieben erklärt, in der Absicht, die Schuld

Digitized by Google

an dem verhängnisvollen Umschwung, der jetzt eintrat, dem Gegner zuzuwälzen. Noch steht nicht fest, wo hier die Grenze zwischen Schuld und Schicksal liegt, aber zwei Thatsachen sind beglaubigt: daß die militärischen Maßregeln Italiens nicht ganz so harmlos waren, wie La Marmora sie darstellte, und daß man in Wien an die unmittelbare Gefahr und an den Zusammenhang der italienischen Rüstungen mit den Absichten des Berliner Kabinetts geglaubt hat. Daß diese Annahme, wenigstens soweit Bismarck in Betracht kam, nicht unbegründet war, wird man einräumen müssen, obwohl sein unmittelbarer Anteil an den alarmierenden Vorgängen nicht erwiesen ist.

Unter solchen Umständen blieb die von Bismarck nicht beabsichtigte friedliche Sprache der preußischen Note vom 21. April ohne Wirkung: Oesterreich beschloß die Mobilmachung seiner Südarmee. Die Nachricht von diesem Beschlusse traf in Berlin ein, als gerade der König bei Bismarck war; er wurde über die Durchkreuzung seiner friedlichen Absichten so aufgebracht, daß die letzten Reste seines Glaubens an die Gutwilligkeit des Wiener Kabinetts schwanden. Bismarck dagegen durchzuckte eine heimliche Freude, als er sah, wie die österreichischen Staatsmänner der Katastrophe entgegenrannten. Daß Graf Mensdorff am 26. April nach Berlin berichtete, die Mobilmachung gegen Italien werde die an der Nordgrenze des Reiches zugesagte Abrüstung nicht hindern, mochte glauben, wer wollte; sogar in Kreisen, die dem Kriege entgegen waren, gab man das Bedrohliche der österreichischen Mobilmachung auch für Preußen zu. Ja, in Wien selbst bemächtigte sich der verantwortlichen Männer das Gefühl, daß man nicht mehr zurück konnte, und noch an demselben Tage ging eine zweite Depesche nach Berlin mit der Erklärung: wenn Preußen nicht auf die früher angebotene Regelung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit eingehe, werde Oesterreich gezwungen sein, die ganze Frage zur Entscheidung des Bundestags zu stellen.

So wurde man weitergerissen. Noch bevor die Ant-

Digitized by Google

wort auf die beiden Depeschen vom 26. eintraf, begann man am 27. mit der Mobilmachung der Nordarmee. Alle diese Schritte, sagt der Oesterreicher Friedjung in seinem Werke, ‚Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland', alle diese Schritte des Wiener Kabinetts waren übereilt, aber sie sind psychologisch begreiflich: das Wild, das sich umstellt sieht, wirft sich den Verfolgern entgegen, um ihre Kette zu durchbrechen. — Das Wort trifft zu, nur hätte er hinzufügen sollen, daß das Wild seinem Jäger keine andere Wahl gelassen hatte, als es ins Garn zu treiben oder die schädlichen Einbrüche in fremdes Revier noch länger zu dulden.

Sofort nach den verhängnisvollen Beschlüssen in Wien beeilte Bismarck sich, die Rüstung Oesterreichs gegen Italien als eine gegen Preußens Sicherheit gerichtete Maßregel darzustellen. Er ließ das Florentiner Kabinett wissen, daß Preußen, wozu es durch den Wortlaut des Vertrages vom 8. April nicht verpflichtet war, einen Angriff Oesterreichs auf Italien als Kriegsfall betrachte. Die Noten vom 26. April beschloß er zunächst noch nicht zu beantworten, denn jetzt, da Oesterreich vorwärts mußte, gönnte er sich die Zeit, es vor dem Urteil Europas als den Friedensstörer hinzustellen und — das war ihm noch wichtiger — sich dagegen zu sichern, daß jemand ihm die Abrechnung mit seinem Gegner verdarb. Diese Aufgabe zu lösen, lag ihm ob, bevor er die Entscheidung dem Schwerte überließ.

So meldete er denn am 30. April nach Wien, er erwarte und hoffe, daß Oesterreich sein Heer wieder auf Friedensfuß bringen werde, sobald es sich von der Grundlosigkeit seiner Besorgnis wegen eines italienischen Angriffes überzeugt habe; anderenfalls müsse Preußen in einem Augenblick, wo folgenschwere Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung bevorständen, das Gleichgewicht der vollen Kriegsbereitschaft herstellen. Unterdessen hatte sich in Wien der ganze Haß der Bevölkerung gegen Preußen gewandt, und jetzt trat in der an Ueberraschungen reichen Politik des Wiener Kabinetts eine Schwenkung

Digitized by Google

ein, auf die niemand vorbereitet war. Niemand — außer Bismarck. Am 30. April eröffnete der österreichische Gesandte in Paris der französischen Regierung, daß Oesterreich bereit sei, in seinem Streite mit Italien die Vermittlung des Kaisers Napoleon anzurufen. Man hatte sich entschlossen, Venetien ohne Kampf abzutreten, um auf diese Weise seine ganze Macht gegen das gehaßte Preußen verwenden zu können. Bismarck, der schon die Zurückhaltung Napoleons während seiner Verhandlungen mit Govone mit Argwohn wahrgenommen hatte, erhielt in den ersten Tagen des Mai von dem neuen Schachzuge seines Gegners Kunde. Graf Goltz berichtete ihm von einem Gespräche mit Napoleon, der während eines Hofballes mit ihm in eine Fensternische getreten sei und ihm gegen das Versprechen strengster Verschwiegenheit die österreichischen Anträge offenbart habe; der Kaiser würde sich nach seiner Sympathie für den König lieber mit Preußen verständigen, aber weil er auf die Dauer die Anerbietungen des Wiener Kabinetts schwerlich von sich weisen könne, bitte er den König, ihm gleich annehmbare Vorschläge zu machen.

Bismarck wußte, daß Napoleon in jenen Tagen sich mit dem Gedanken trug, der Eitelkeit seiner Franzosen das Schauspiel eines europäischen Kongresses zu bereiten, auf dem die schwebenden Streitfragen zwischen Preußen, Oesterreich und Italien zur Verhandlung kommen sollten. Dies gebot doppelte Vorsicht. Kam der Kongreß zustande, so war Napoleons Wohlwollen für Preußen nicht zu unterschätzen, aber auch im andern Falle stand zu befürchten, daß er, wenn Preußen ihn verletze, alles aufbieten werde, Italien durch das Angebot Venetiens vom Kriege zurückzuhalten. Für Bismarck kam es in dieser Lage darauf an, zu erfahren, ob Oesterreich sich Napoleon gegenüber zu einer Abtretung deutschen Landes bereit erklärt habe. War das der Fall, so durfte er hoffen, daß es ihm gelingen werde, durch Entfesselung der nationalen Begeisterung die deutschen Mittelstaaten von Oesterreich abzubringen. Demgemäß telegraphierte er an Goltz: das Anerbieten, welches

Digitized by Google

der Kaiser zu erwarten scheine, sei unmöglich; um Vorschläge machen zu können, die denen des Wiener Kabinetts gleichwertig seien, müsse man diese zuvor kennen.

Obwohl darauf Napoleon sich stellte, als habe er an Erwerbung deutschen Gebietes nicht gedacht, und sich auch sonst den Schein gab, nach wie vor die Absichten Bismarcks unterstützen zu wollen, ließ dieser sich nicht täuschen. Er wußte zwar, daß Napoleons Abneigung gegen Oesterreich aufrichtig war, andererseits aber kannte er die Feindseligkeit der französischen öffentlichen Meinung gegen Preußen. Gerade in jenen Tagen erklärte in der französischen Kammer ein Redner unter dem stürmischen Beifall aller Parteien, daß es die Pflicht jedes Patrioten sei, Preußen zu verhindern, durch einen Sieg über Oesterreich die Einigung Deutschlands herbeizuführen, denn Deutschlands Zersplitterung sei eine alte Forderung des europäischen Staatsrechts und die Voraussetzung des französischen Uebergewichts.

Unter solchen Umständen und wissend, daß Napoleon seine Intriguen in Wien und Florenz weiterspinnen werde, hielt Bismarck es für sicherer, eine in jenen Tagen sich öffnende, wenn auch geringe Aussicht auf Verständigung mit Oesterreich nicht kurzerhand abzuweisen. Ueberdies hoffte er durch den Verlauf, den die Angelegenheit voraussichtlich nehmen werde, seinen König zu dem letzten Entschluß, der Kriegserklärung, zu treiben. Ein Bruder des österreichischen Statthalters von Holstein, des Generals v. Gablenz, war preußischer Unterthan, und da ihm, der seinen Bruder im andern Lager sah, der drohende Krieg besonders nahe ging, so kam er auf den Gedanken eines Vermittlungsplanes: Schleswig-Holstein solle ohne erhebliche Einschränkung seiner Souveränität einem preußischen Prinzen gegeben, die deutsche Bundesreform aber in der Weise gelöst werden, daß Oesterreich in Krieg und Frieden den militärischen Oberbefehl über Süddeutschland, Preußen über Norddeutschland erhalte. Als Bismarck aus dem Munde des Herrn v. Gablenz erfuhr, daß Graf Mensdorff nicht ungünstig über den Plan geurteilt hatte, ließ er sich

Digitized by Google

auf Verhandlungen ein, hütete sich jedoch, ihnen einen amtlichen Charakter zu geben, weil er voraussah, daß jeder derartige Schritt benutzt worden wäre, um in Florenz und Paris gegen Preußen zu hetzen. In der zweiten Hälfte des Mai reiste v. Gablenz wiederholt zwischen Berlin und Wien hin und her. Bismarck selbst hat sich später über die Grundzüge des Planes dahin ausgesprochen, daß im Falle einer Verständigung auf Grund der vom Herrn v. Gablenz gemachten Vorschläge Oesterreich und Preußen bei ihrer damaligen Kriegsrüstung Europa ihren Willen als Gesetz vorgeschrieben hätten; sie hätten nicht nur die Macht gehabt, die deutschen Staaten sofort zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen, sondern sich auch gemeinsam gegen Frankreich wenden können, um von diesem die Herausgabe des Elsaß zu erzwingen; Straßburg wäre alsdann in die Hände Oesterreichs gekommen, Mainz an Preußen gefallen. Freilich, so fügte er hinzu, wisse er nicht, ob diese Ordnung endgültig gewesen wäre und ob nicht doch später ein Waffengang zwischen Preußen und Oesterreich sich als notwendig herausgestellt hätte, um eine dauernde Gestaltung Deutschlands herbeizuführen.

Ob Bismarck jene Vorschläge in ernstlicher Absicht dem Wiener Kabinett eröffnen ließ? Man entschließt sich schwer, es zu glauben. Allerdings war ja auch in seinem ursprünglichen Reformplan eine Zweiteilung des Oberbefehls über die deutschen Kräfte vorgesehen, aber wesentliche Stücke dieses Planes vermissen wir: das nationale Parlament, welches er inzwischen vor allem Volke in sein deutsches Programm aufgenommen hatte, und den Ausschluß Oesterreichs. Ob Baiern oder Oesterreich die andere Hälfte der deutschen Macht erhielt, war für Preußens eigene Stellung doch nicht dasselbe. Auch im Sinne der ‚moralischen Eroberungen' hatte der Plan Bedenken, und so wenig ihn derartige Anwandlungen in der Verfolgung eines Zieles zu hemmen pflegten, dies konnte er sich doch nicht verschweigen, daß der Plan des Herrn v. Gablenz keine gesunde Lösung der nationalen Frage war, sondern nur eine in der Verlegenheit des Augenblicks ersonnene

Digitized by Google

Auskunft, welche die endgültige Operation nicht unnötig machte, aber gefährlicher. Obgleich daher der Plan unverkennbare Vorteile bot und auch sein nächstes Ziel, die Unterwerfung der Nordstaaten unter die militärische Oberhoheit Preußens, ohne Kampf erreichen ließ, so bleibt es doch wahrscheinlicher, daß Bismarck einen Erfolg des Vermittlungsversuches nicht einmal gewünscht hat. Daß er nicht daran geglaubt hat, dafür fehlt es nicht an Beweisen: an dem Tage, bevor Herr v. Gablenz in Wien dem Kaiser seinen Plan vortrug, erklärte er dem Herzoge von Coburg den Krieg für unvermeidlich.

In der Audienz, die Gablenz am 25. Mai bei dem Kaiser hatte, sagte dieser, es sei wahrhaft zu bedauern, daß die Vorschläge nicht vor sechs oder acht Wochen gemacht worden seien; damals würde man sie sicher angenommen haben. Auch machte er kein Hehl daraus, daß er Bismarcks Absicht, den Frieden zu erhalten, mißtraue. Zu der Thatsache, daß Preußen bei dem vorgeschlagenen Abkommen den Löwenanteil erhalten hätte, kam der unüberwindliche Verdacht, daß der preußische Minister wieder irgend eine neue Teufelei im Schilde führe: wahrscheinlich wolle er im entscheidenden Augenblick den Plan enthüllen und dadurch an den süddeutschen Höfen, besonders in München, die österreichischen Sympathien ersticken. Auch schien es den Wiener Staatsmännern, von sonstigen Bedenken abgesehen, unmöglich, das Königreich Sachsen, von dessen Bundestreue man überzeugt war, einer Vergewaltigung durch Preußen preiszugeben. Kurz: man hielt das Ganze für eine Falle oder doch für ein so aussichtsloses Projekt, daß man dadurch weder die kriegerischen Rüstungen noch den Gang der diplomatischen Aktion aufhalten ließ. Am 28. Mai gab Mensdorff die amtliche und endgültige Antwort, er bedauere aufrichtig, daß die gegenwärtige Spannung keine direkte Unterhandlung gestatte, aber er hoffe, daß es noch möglich sein werde, andere Anknüpfungspunkte zu finden. Die letzten Worte waren natürlich eine inhaltlose Höflichkeitsphrase der Diplomatensprache.

Digitized by Google

An demselben Tage erhielten die streitenden Mächte die Einladung zu einem Kongreß. Das war der Gedanke, zu dem Napoleons unausgesetzte Ränke sich jetzt verdichtet hatten. Die letzten Wochen hindurch hatte er im Einvernehmen mit dem Wiener Kabinett zuerst den Versuch gemacht, Italien seiner Vertragspflicht gegen Preußen abspenstig zu machen, ein Versuch, der wesentlich an Bismarcks Gewandtheit und Umsicht scheiterte. Dieser nahm gleich am folgenden Tage, dem 29. Mai, den Kongreßplan an, nicht in der Erwartung, daß etwas Ersprießliches dabei herauskommen werde, sondern um jeder Möglichkeit einer ungünstigen Konstellation in der Politik der europäischen Mächte entgegenwirken zu können. Aber die nervöse Unbesonnenheit der Wiener Staatsmänner befreite ihn alsbald auch von dieser Sorge, da sie ihre Zustimmung zu dem Kongreßgedanken an Bedingungen knüpften, die einer Ablehnung gleichkamen: sie forderten die Einladung des Papstes und den Ausschluß aller Verhandlungen, die auf einen Gebietszuwachs für eine der streitenden Mächte hinausliefen.

Unterdessen hatte Bismarck noch immer der Sorgen genug. Wohin immer wir blicken: in den Verhandlungen mit den europäischen und deutschen Kabinetten, in den Korrespondenzen mit den preußischen Gesandten im Auslande, den Beratungen im Conseil und mit dem Monarchen, kurz, in allen diplomatischen, finanziellen, militärischen Vorbereitungen des Krieges sehen wir ihn, bald anspornend, bald mäßigend oder ausgleichend, alles nach Einem Plane bewegend, in dem beherrschenden Mittelpunkte der Aktion. Ueberall greift er ein, über dem Großen übersieht er nicht das Kleinste, der ganze Organismus des Staates dient seinem Zwecke und bewegt sich nach seinem Winke. Ins Unermeßliche reckt sich die Spannkraft seines Geistes, Unglaubliches verlangt er von der Ausdauer seines Körpers. Damals war es, wo er einem Besucher, der sich um Mitternacht von ihm verbschiedete, sagte: ‚Kommen Sie morgen in meiner Familie zu speisen, das ist die einzige Stunde des Tages und der Nacht, wo ich mir angehöre; jetzt muß ich

Digitized by Google

arbeiten, bis die Sonne meine Lampe verlöscht.' Und wie arbeitete er! Jede seiner Maßregeln traf unfehlbar zum Ziele, jeder Schritt führte vorwärts; auch wenn er anhielt oder ausbog, gingen die Dinge weiter, nie that er wirklich einen Schritt zurück.

Seine größte Sorge war übrigens geschwunden, seit König Wilhelm sich überzeugt hatte, daß Nachgiebigkeit mit der Ehre Preußens unverträglich war. ‚Ich werde selbst an der Spitze meiner Armee den Degen ziehen und lieber untergehen, als daß Preußen diesmal nachgiebt.' In diesen Worten hatte er seine Entschlossenheit kund gegeben, und Bismarck wußte, daß des Königs Charakter eine andere Wahl ausschloß. Nur ungern hatte König Wilhelm die Rüstungen Oesterreichs mit der Mobilmachung der preußischen Armee beantwortet. Aber die Gewißheit, daß er anderenfalls die Sicherheit seines Staates gefährde, bewog ihn, am 3. Mai die ersten Befehle zu geben, und am 12. war die Mobilisierung der gesamten Armee angeordnet. Bismarck hatte, um ihm den Entschluß zu erleichtern, darauf hingewiesen, daß man auch nach der Mobilmachung noch über den Frieden verhandeln könne, wogegen man ohne rechtzeitige Rüstungen in eine ähnliche Lage gerate wie in den Tagen vor Olmütz. Dieser, auf das soldatische Gefühl des Königs berechnete Hinweis war nicht ohne Eindruck geblieben. Während nunmehr die Kriegsvorbereitungen der drei Mächte die Mitte Europas in ein waffenstarrendes Lager verwandelten, waren die Regierungen der deutschen Mittelstaaten in heller Verzweiflung. In Sachsen, Hannover und im ganzen Süden, außer Baden, überwog an den Höfen die preußenfeindliche Gesinnung. Ihre Minister traten um die Mitte Mai in Bamberg zusammen und beschlossen, zur Sicherung des Bundes ein Heer von etwa 160 000 Mann mobil zu machen; ein gleichzeitig gefaßter Beschluß, beim Bundestag einen Antrag auf allgemeine Abrüstung zu stellen, konnte natürlich die gegen Preußen gerichtete Spitze des andern nicht verbergen. Bismarck verfolgte auch diese Vorgänge mit wachsamem Auge. Durch nachdrückliche Verwahrungen und

Digitized by Google

Warnungen suchte er sowohl in Frankfurt wie an den einzelnen Höfen den Lockungen Oesterreichs entgegenzuarbeiten. Namentlich in Hannover und Kurhessen, deren Haltung wegen ihrer geographischen Lage für die kriegerischen Operationen der preußischen Heere von Wichtigkeit war, that er wiederholt Schritte, die Regierungen von den Entschlüssen zurückzuhalten, die für sie so verhängnisvoll werden sollten. Er bot ihnen gegen das bloße Versprechen unbewaffneter Neutralität die Garantie für ihre Unabhängigkeit, während er eine Mobilmachung, auch wenn sie auf Bundesbeschluß erfolge, als Kriegserklärung gegen Preußen betrachten müsse. So durften sie später wenigstens nicht sagen, daß Bismarck sie absichtlich getäuscht habe.

Am 24. Mai nahm der Bundestag den in Bamberg ersonnenen Antrag auf allgemeine Abrüstung an und gab dadurch Oesterreich den erwünschten Anlaß, die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins dem Bunde anheim zu stellen: man habe gerüstet wegen der ungerechten Ansprüche Preußens auf die Herzogtümer und wolle abrüsten, sobald dort der rechts- und verfassungsmäßige Zustand hergestellt sei; zu diesem Zwecke erkläre Oesterreich sich bereit, einen Bundesbeschluß über Schleswig-Holstein anzuerkennen.

Damit war der Krieg unabwendbar geworden. Bismarcks Besonnenheit hatte bis zuletzt jede Uebertretung des formellen Rechts vermieden, während die Kopflosigkeit seiner Gegner von einem Rechtsbruch in den andern stürzte. Auch jetzt beschränkte er sich auf einen Protest gegen den österreichischen Antrag: er enthalte eine Verletzung der zwischen Oesterreich und Preußen geschlossenen Verträge; im übrigen trete nach dem Bruch des Gasteiner Teilungsvertrages der Gesamtbesitz beider Mächte in Schleswig-Holstein wieder in Kraft, so daß es Preußen nunmehr frei stehe, Truppen nach Holstein zu legen, Oesterreich nach Schleswig — eine Erklärung, gegen deren Folgerichtigkeit und Ironie man ohnmächtig war. Am nächsten Tage, dem 4. Juni, kam die Nachricht, daß die neutralen

Digitized by Google

Mächte den Kongreßgedanken aufgegeben hatten. Der französische Gesandte Benedetti war zufällig bei Bismarck, als die Meldung eintraf, die diesen von einem Alp befreite. Endlich! — jäh durchzuckte ihn die Gewißheit, daß er am Ziele war, und, ohne sich um die erstaunte Miene Benedettis zu kümmern, brach er in den Ruf aus: ‚Es lebe der König!‘ Es war wie die elementare Offenbarung des Feuers, dessen lange verhaltene Glut im Augenblick des Triumphes emporlohte. Ja, er war am Ziel: nur noch Stunden trennten ihn von dem Tage, da über Haß und Hader hinweg sein Volk sich zusammenfinden mußte in dem Ruf: ‚Es lebe der König!‘

So hatte die Unbesonnenheit der österreichischen Staatsmänner ihm auch noch diesen letzten Dienst erwiesen. In jenen Tagen war die Lage so, daß die Wiener Diplomaten den offenen Bruch hätten hinausschieben müssen, um der eigenen Heeresleitung die Zeit zum Abschluß der Rüstungen zu verschaffen. In Preußen stand es umgekehrt. Hier drängten die Generäle zum Bruch, weil man fertig war, und jede Verzögerung dem Feinde zu statten kam. Aber noch zauderte König Wilhelm. Für ihn war es, wie Bismarck dem General Govone erklärte, eine Sache der Religion, daß er die Verantwortung für den Krieg nicht übernehmen dürfe; er wollte dem Gegner den ersten Schuß überlassen. Es entsprach seiner Natur, wenn er der grausamen Notwendigkeit, so sagte er, bis zur letzten Hoffnung widerstrebte. Damals geschah es, daß Bismarck dem italienischen General vorschlug, durch die kampflustigen Freiwilligen im italienischen Heere einen Streit vom Zaune zu brechen, Preußen werde alsdann auf der Stelle losschlagen können. Indessen sorgte die Steuerlosigkeit der österreichischen Politik dafür, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten auf dem nördlichen Schauplatze erfolgte.

Hatte Bismarck bis dahin aus klug berechneter Rücksicht auf den Kongreßplan Napoleons sich zurückgehalten, so stürmte er jetzt, wie um sich für die erzwungene Mäßigung zu rächen, mit erbarmungslosen Schlägen auf seinen Gegner. Noch an demselben Tage, da er das Aufgeben

Digitized by Google

des Kongreßplans erfuhr, schickte er den auswärtigen Regierungen eine Erklärung, deren Schlußsatz darauf angelegt war, das Wiener Kabinett aufs tiefste zu verletzen: der österreichische Antrag am Bundestage sei in der Form für Preußen beleidigend, im Inhalt vertragswidrig; Oesterreich verfolge planmäßig den Zweck, mit Gewalt einen Bruch herbeizuführen; in dem Wunsche, den Frieden so lange als möglich zu erhalten, habe der König noch im Mai von unparteiischer Seite einen Vorschlag zu direkter Verständigung entgegengenommen, aber der Versuch sei in Wien gescheitert; aus zuverlässiger Quelle seien dem König Auslassungen kaiserlicher Minister mitgeteilt worden, wonach diese den Krieg um jeden Preis wollten, teils in der Hoffnung auf Erfolge im Felde, teils um über die innern Schwierigkeiten hinwegzukommen, und selbst in der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott zu helfen. —

Wie tief der so geführte Hieb getroffen hatte, erkannte man aus den Auslassungen der halbamtlichen Presse in Wien. Man gab sich den Schein, die ganze Depesche für eine Fälschung der Gegner Bismarcks zu halten, um diesen durch ‚die niedere und gemeine Gesinnung', die ihr Inhalt verrate, vor Deutschland und Europa herabzusetzen; denn Beweggründe, wie sie hier der österreichischen Regierung angedichtet würden, könne selbst bei der gegenwärtigen Spannung der preußische Minister nicht aufzählen, wenn ihm nicht jeder Sinn für die Ehre des eigenen Vaterlandes abhanden gekommen wäre. Und doch hatte die Depesche die Wahrheit gesagt! Denn in den Beratungen mit Herrn v. Gablenz hatte der österreichische Finanzminister in frivolem Leichtsinn das Wort fallen lassen, daß man in drei Monaten eine preußische Kriegskontribution von 500 Millionen Gulden oder auf Grund des Krieges eines anständigen Bankerotts bedürfe.

Unterdessen war auch in Berlin die Entscheidung des Königs gefallen. Die Ablehnung des Kongresses durch

Digitized by Google

das Wiener Kabinett und das Vorgehen Oesterreichs in Holstein, wo Gablenz die Stände einberief, befreiten sein Gewissen von der Sorge, daß die Verantwortung auf ihn fallen könne. Dem Erzbischof von Köln, der ihn um Aufrechterhaltung des Friedens beschworen hatte, entgegnete er, Oesterreich habe einseitig den Gasteiner Vertrag zerrissen... ‚Ich habe mit Meinem Gotte im Gebete gerungen, um Seinen Willen zu erkennen, und nur so habe Ich Schritt vor Schritt, Preußens Ehre im Auge haltend, nach Meinem Gewissen gehandelt.'

Am 6. Juni schrieb General Manteuffel an Gablenz: nachdem Oesterreich den Gasteiner Vertrag gebrochen habe, gedenke Preußen auch nach Holstein Garnisonen zu legen, natürlich stehe Oesterreich dasselbe in Schleswig frei; demgemäß würden am folgenden Tage preußische Truppen in Holstein einrücken. Sofort befahl Gablenz seinen Truppen, sich nach Altona, an die Südgrenze von Holstein, zurückzuziehen. Ohne auf den Protest des österreichischen Gouverneurs zu hören, rückte Manteuffel vor, er erklärte, daß er sich durch die Lage der Dinge genötigt sehe, auch in Holstein die Regierungsgewalt in die Hand zu nehmen, und ernannte an Stelle der bisherigen Behörde den holsteinischen Baron Scheel-Plessen, einen eifrigen Fürsprecher der preußischen Annexion, zum Oberpräsidenten. In der Nacht vom 10. auf den 11. Juni führte Gablenz seine Truppen über die Elbe nach Harburg und gelangte durch Hannover, Hessen und Baiern glücklich nach Böhmen.

Dem preußischen Minister, der das Vorgehen Manteuffels angeordnet hatte, gingen die Ereignisse noch zu langsam. Ihm wäre es erwünschter gewesen, bei dem Einmarsch der Preußen in Holstein, den er ja formell als berechtigt darstellen konnte, wäre es zu einem Zusammenstoß mit den Oesterreichern gekommen. Er machte Manteuffel den Vorwurf, zu rücksichtsvoll vorgegangen zu sein; und dem italienischen Gesandten sprach er sein Bedauern aus, daß nicht ein Kugelwechsel in Holstein das Signal zum allgemeinen Vormarsch der preußischen Armeen ge-

Digitized by Google

geben hatte, die schlagfertig an den Grenzen Sachsens und Böhmens standen.

Während so schon vor dem Kampfe das Streitobjekt, welches den Krieg veranlaßt hatte, in die Gewalt Preußens fiel, taumelte in Frankfurt der deutsche Bund seinem Ende entgegen. Der Versuch Oesterreichs, ihm die Entscheidung über Schleswig-Holstein zu übertragen, war für seine morschen Pfeiler zu schwer, schneller als zu erwarten stand, brach er darunter zusammen. Und schon sah man den Plan eines neuen Gebäudes der deutschen Einheit. Am 6. Juni erhielt Bismarck von dem Herzog Ernst von Coburg ein Schreiben, worin dargelegt war, daß vielleicht der Zeitpunkt gekommen sei, mit einem Manifeste vor das deutsche Volk zu treten; der Krieg werde beim Volke eine andere Aufnahme finden, wenn es wisse, wofür er geführt werde. Bismarck, dem Gedanken geneigt, gewann die Zustimmung des Königs und bat Treitschke um den Entwurf eines Manifestes: jener kenne und fühle die tiefern Strömungen des deutschen Geistes, an die man sich in dem ernsten Augenblick wenden müsse, um den rechten Anklang zu finden. Dem Herzog legte er in einem Schreiben vom 9. Juni den Entwurf einer deutschen Bundesverfassung vor mit folgenden Hauptpunkten: Oesterreich scheidet aus Deutschland aus, der militärische Oberbefehl wird zwischen Preußen und Baiern geteilt, eine Bundesmarine geschaffen und ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament zusammenberufen. Der Begleitbrief zu diesem Verfassungsentwurf ist für Bismarcks Staatskunst und seine Beurteilung der kritischen Lage so lehrreich, daß wir die wichtigsten Sätze im Wortlaut anführen: ‚Die Vorschläge sind nach keiner Seite hin erschöpfend, sondern das Resultat der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen kompromittiert werden mußte intra muros et extra. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenznetz, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist unbillig, zu verlangen, daß Eine Generation, oder sogar Ein Mann, sei es auch mein aller-

Digitized by Google

gnädigster Herr, an Einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. Erreichen wir jetzt, was in der Anlage steht, oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und polieren ... Wir können Oesterreich den bisherigen Bund gewähren, aber ein besseres Verhältnis mit Oesterreich gemeinsam auszubilden, halte ich für schwieriger als die Cirkelquadratur, denn die Aufgabe ist nicht einmal annähernd zu lösen. Daß der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht, denn für den deutschen Landsmann genügt im allgemeinen die Thatsache, daß jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben; ich begnüge mich mit dem Worte: qui trop embrasse, mal étreint, und mit dem andern, daß Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, wenn es auch schon in den ersten Anfängen durch den Raub der Sabinerinnen erhebliches Odium auf sich lud. Ich glaube, daß auch dem germanischen Rom der Zukunft, falls Gott ihm überhaupt eine beschert, einige Gewaltthat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird, und ich möchte sie auf ein Minimum reduzieren, der Zeit das weitere überlassend. Oesterreich hat in Holstein einstweilen den Handschuh nicht aufgenommen, aber vielleicht ist die morgen oder übermorgen stattfindende Bundestagssitzung, in welcher die Exekution gegen Preußen beantragt werden wird, der erste Ton des glas funèbre (Totengeläut) für den bisherigen Bund, und wir werden rufen: le Roi est mort, vive le Roi!'

In denselben Tagen entfaltete er auch eine rege Thätigkeit, um die öffentliche Meinung in Preußen und Deutschland zu gewinnen; mit welchem Erfolge, werden wir sehen. Auch trat er in Verbindung mit einem Führer der ungarischen Opposition, um Oesterreich im Lande selbst durch eine Rebellion zu schwächen. So kam der 14. Juni heran, der Tag, an dem in Frankfurt über Oesterreichs Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres abgestimmt werden sollte. Was im Falle der Annahme geschehen würde,

Digitized by Google

darüber hatte Bismarck keinen im Zweifel gelassen; er hatte die Regierungen der Mittelstaaten in letzter Stunde nochmals telegraphisch gewarnt, Preußen werde die Stimmabgabe für den österreichischen Antrag als Kriegsfall betrachten. Im übrigen lief dieser Antrag an sich, abgesehen von dem Gegenstande des Streites, der bestehenden Bundesverfassung insofern zuwider, als diese für Streitfälle zwischen zwei Bundesgliedern ein langwieriges Exekutionsverfahren vorschrieb. Sogar der sächsische Minister Beust, einer der erbittertsten Gegner Bismarcks, erhob deshalb gegen den Antrag Bedenken, und Baiern gab ihm im Einklang mit der Verfassung einen Wortlaut, dessen Spitze nicht ausdrücklich gegen Preußen gerichtet schien. Obgleich niemand über den Ausgang zweifelhaft war, so lag doch in der entscheidenden Sitzung, am 14. Juni, über dem Bundestag die Schwüle einer außergewöhnlichen Spannung. Als der Vorsitzende das Ergebnis, Annahme des Antrages mit neun gegen sechs Stimmen, verkündigte, erhob sich der preußische Gesandte v. Savigny zu der Erklärung: Se. Majestät der König von Preußen betrachte die Bundesakte als erloschen und trete aus dem deutschen Bunde aus, halte aber fest an der Grundlage der nationalen Einheit und lege deshalb die Grundzüge zu einer neuen zeitgemäßen Einigung vor.

So war der Krieg erklärt. Unverzüglich nach dem Eintreffen der Depesche über die Vorgänge in Frankfurt schickte König Wilhelm seinen Armeen den Befehl zum Vormarsch nach Böhmen, und jetzt vollzogen sich mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks die Maßregeln, die Bismarck in einer Denkschrift am 12. für den nunmehr eingetretenen Fall in Aussicht genommen hatte. Darin hieß es: ‚Am Tage nach der Abstimmung in Frankfurt, also am Freitag dem 15. Juni, werden die Regierungen von Nassau, Kurhessen, Hannover und Sachsen gleichzeitig durch die diplomatischen Vertreter schriftlich, und eintretenden Falles durch Andringen bei den Souveränen selbst aufzufordern sein: ihre Rüstungen sofort einzustellen und ihre mobilen Truppen zu entlassen, und gleichzeitig den von Preußen vor-

Digitized by Google

gelegten Bundesreformvorschlag, welcher in der Bundestagssitzung vom 14. Juni eingebracht sein wird, anzunehmen. Für den Fall der Bejahung würde ihnen der Landbesitz und ihre Souveränität zugesichert, für den Fall der Verneinung oder einer ausweichenden Antwort von Preußen der Krieg erklärt. Den diplomatischen Vertretern würden die betreffenden Noten schon jetzt zugesandt werden. An die Militärbehörden müßte im voraus die Weisung ergehen, auf telegraphische, von den Gesandten ihnen zukommende Nachricht über den Ausfall der Antwort sogleich einrücken zu lassen.' Darauf entwickelte die Denkschrift für den Fall, daß die genannten Regierungen eine verneinende Antwort geben würden, den Operationsplan, der ohne jede Abänderung die Zustimmung des Königs und des Ministerrates fand: Im Herzogtum Nassau, welches man von Wetzlar und Coblenz aus anfassen könne, würde mit der Okkupation des Landes sofort die Einsetzung einer Verwaltung im Namen Preußens, womöglich durch einen Landeseingeborenen, erfolgen; in Kurhessen werde man mit dem Einrücken preußischer Truppen die Proklamation des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen als Regent verbinden; für Hannover seien die Weisungen an die Militärbehörden so zu kombinieren, daß der Stoß gleichzeitig von Minden und durch General v. Manteuffel von der Elbe her erfolge; nach der Besitznahme würde man die hannoversche Armee auflösen und das Land in preußische Verwaltung nehmen. Es stehe zu erwarten, daß Preußen in dieser Weise durch den Vorsprung seiner Rüstungen alle in seinem Rücken befindlichen Gefahren beseitigen könne, ehe die großen Operationen im Süden begännen.

So geschah es. —

In atemloser Spannung blickten die Völker der Erde auf den Kampf, der nach einem Worte Bismarcks die Uhr der Entwicklung des deutschen Dualismus, die seit Karl V. in jedem Jahrhundert durch einen Krieg reguliert worden war, auf ihre richtige Stunde stellen sollte. Was er seit den Tagen seiner Frankfurter Gesandtschaft geahnt, was er als Leiter der preußischen Politik eine Zeit lang auf-

Digitized by Google

gehalten, zuletzt aber, seit Anfang des Jahres 1865, herbeigesehnt und beschleunigt hatte, jetzt sah er es zur Wirklichkeit werden. Als er in der Mitternacht vom 15. auf den 16. Juni mit dem englischen Botschafter Lord Loftus im Garten des Ministeriums auf und ab ging, sagte er: ‚In dieser Stunde sind unsere Truppen schon in Hannover, Sachsen und Kurhessen eingerückt. Es wird ein blutiger Kampf sein. Vielleicht unterliegt Preußen, aber in jedem Falle wird es tapfer und ehrenvoll untergehen. Wenn wir geschlagen werden, kehre ich nicht hierher zurück. Ich werde beim letzten Angriff fallen.' Dieses Wort enthüllt uns die innere Größe seiner That. Als König Wilhelm und seine Paladine um der Zukunft Deutschlands willen das Kriegsglück in die Schranken forderten, da wußten sie, daß es um die Existenz des preußischen Staates, um ihre eigene Ehre und ihr Leben ging. Aber schon vor der Entscheidung auf dem Schlachtfelde bewährte sich ihr Glaube an den Patriotismus des preußischen Volkes.

Anfangs hatte die große Mehrheit des Volkes allerdings den Krieg verwünscht, den Friedensadressen an den König traten nur wenige tapfere und patriotische Erklärungen gegenüber. Es erregte Aufsehen, als die Vertretung von Breslau dem König die feierliche Versicherung gab, falls Oesterreich wieder wie im Jahre 1850 eine Demütigung Preußens erstrebe, würden die Schlesier, wie einst ihre Väter, lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder um Jahrzehnte hinausrücken zu lassen. Als dann aber im Mai und vollends in den ersten Tagen des Juni die Unabwendbarkeit des Krieges gewiß wurde, erschauerte das Volk vor dem furchtbaren Ernste der Zeit. Der Krieg, wie jede große nationale Gefahr offenbart die elementaren Triebe und Kräfte der Volksseele. Das preußische Volk zeigte sich seiner Väter wert, die ‚für die Freiheit starben'; es that, was der patriotische Badenser v. Roggenbach dem über den Bruderkrieg bekümmerten Kronprinzen geraten hatte:

Digitized by Google

es rückte ein. Vor der Gefahr verstummte der Lärm des innern Haders. Die Führer der liberalen Partei, die Bismarck zu einer Aussprache über die Lage zu sich entbot, zögerten nicht mit der Erklärung, daß die Niederwerfung Preußens das größte nationale Unglück sei. Das Wochenblatt des Nationalvereins, welches aus seiner Gegnerschaft gegen Bismarck nie ein Hehl gemacht hatte, wandte sich in geharnischten Sätzen gegen die ‚krachenden Beschlüsse' der süddeutschen Volksversammlungen und führte aus, daß das Bundesrecht, wofür Oesterreich das Schwert ziehe, keinen Schuß Pulver wert sei. Eine liberale Zeitungskorrespondenz, die von vielen Blättern in der Provinz nachgedruckt wurde, setzte auseinander: auch wenn man die innere Politik des Ministeriums nicht billige, so sei doch der Augenblick zu ernst zur Kritik, Preußens Ehre stehe auf dem Spiele, und der Ruf ‚das Vaterland in Gefahr' beherrsche die Lage. Auch im Westen der Monarchie, wo es bei der Einberufung der Landwehr an mehreren Orten zu ärgerlichen Auftritten gekommen war, schlug die Stimmung um. Die Kölnische Zeitung, die seit dem Kriege mit Dänemark zwar für die Annexion der Herzogtümer, aber zugleich für eine angemessene Entschädigung Oesterreichs eingetreten war und deshalb die Zuspitzung des Streites beklagt hatte, erklärte angesichts der jüngsten Beschlüsse des Wiener Kabinetts Oesterreich für den schuldigen Teil: wenn Preußen den Frieden nicht mit Ehren erhalten könne, gehe es um so getroster und freudiger in den Krieg; und obwohl Graf Bismarck in der innern Politik ihr Vertrauen nicht habe, so sei doch manches geschehen, woraus hervorgehe, daß er es mit der Bundesreform ernst meine: Das Bündnis mit Italien und der Krieg gegen Oesterreich seien ein Bruch mit den Vorurteilen der konservativen Partei, deren Hauptvertreter, Ludwig v. Gerlach, eben jetzt sich förmlich von Bismarcks Politik lossage.

Während so in der preußischen Bevölkerung, zu ihrer Ehre sei es gesagt, vor den Siegesbotschaften vom Schlachtfelde der Umschwung erfolgte und nur wenige Kreise in unpatriotischem Unmut verharrten, begann auch

Digitized by Google

im außerpreußischen Deutschland die Krisis der Gemüter. Freilich in der alten Domäne des politischen Radikalismus, im Süden, erstickte der Haß gegen das reaktionäre Preußen alle Vernunft, und die herausfordernde Sprache in der Presse und in den phrasenberauschten Versammlungen überstieg dort noch die Hetz- und Schmähartikel der Wiener Blätter. In dem leidenschaftlichen Chor wurden die vereinzelten Stimmen, die zur Besonnenheit mahnten, überschrieen. Als der Schwäbische Merkur daran erinnerte, daß Oesterreichs Versuch, die schleswig-holsteinsche Frage vor den Bundestag zu bringen, gegen die Bundesverfassung verstoße, wurde er als ein elender Söldling Bismarcks verdammt und mit Redeblumen beehrt, wie sie nur die urwüchsige Sprachgewalt schwäbischer Derbheit hervorbringen konnte. Auch die ‚deutschen Gespräche', in denen David Friedrich Strauß den Kampf gegen Oesterreich als notwendig für die Zukunft Deutschlands darstellte, blieben in der engeren Heimat des berühmten Theologen ohne Wirkung. In Baden schied der preußisch gesinnte Karl Mathy, ein weißer Rabe in dem österreichfreundlichen Ministerium, aus dem Amte, Roggenbach verließ das Land, und die nationalen Absichten des Großherzogs vermochten nichts gegen die Stimmung der Bevölkerung. Dagegen kam es in Nassau, Darmstadt, Sachsen und Hannover zu Kundgebungen gegen die österreichischen Sympathien der Höfe und Regierungen. Kurz, beim Ausbruch des Krieges verhielt sich die öffentliche Meinung in Deutschland im allgemeinen so, daß im Norden das Volk ruhig und ernst, zwar unter schwerer Sorge, zugleich aber in der zuversichtlichen Hoffnung auf den Erfolg der für Deutschlands Zukunft streitenden preußischen Waffen dem Ausgang entgegensah, wogegen der Süden ein Tummelplatz der aufgeregtesten Leidenschaft blieb.

Theobald Ziegler schildert die Krisis, in die Bismarcks gewaltiger Wille damals das deutsche Volk führte, in den Sätzen: ‚jeder mußte die deutsche Frage in und für sich selber lösen, mußte Stellung nehmen und sich entscheiden, uns allen that damals Bismarck Zwang an. Es war nach

Digitized by Google

einem Ausdruck Hegels die Zeit des unglücklichen, in sich entzweiten Bewußtseins: in jeder Stadt, in jeder Familie fast standen sich die verschiedenen Parteien und Standpunkte schroff und voll Haß gegenüber, niemand wußte so recht, was er wünschen und hoffen sollte, außer dem Einen, außer Bismarck. Wir alle, die wir diese Zeit mit Bewußtsein durchlebt haben, haben damals eine Krisis durchgemacht, aus der nur wir Jüngeren sofort ohne Letze und Bruch hervorgegangen sind.'

Aber ohne ‚Letze und Bruch' war die Heilung nicht möglich, ja, die Gefahr bestand, daß das Faule, so nannte Mathy Oesterreich und den deutschen Partikularismus, das Frische und Gesunde in Mitleidenschaft zog. Das erkannten viele, und doch zagten sie vor der Schwere der Entscheidung. Bismarcks unsterbliches Verdienst war es, daß er zuerst in seiner Seele diesen Gedanken in einen Entschluß umsetzte und dann in der Nation den Sturm entfesselte, der das Morsche und Lebenfeindliche zerschmetterte und Raum für die Entfaltung neuer Kräfte schuf. —

Dem Verlauf des Kampfes haben wir hier nicht zu folgen. Es genügt, daran zu erinnern, daß die preußische Heeresreform, die den unseligen Zwist der letzten Jahre veranlaßt hatte, sich glänzend bewährte. Wie in einem Räderwerk griffen alle Vorkehrungen und Operationen schnell und sicher ineinander, und schon am 3. Juli fiel bei Königgrätz die Entscheidung, früher und unwiderruflicher, als jemand es gehofft oder gefürchtet hatte. —

Bismarck blieb nach dem Ausbruch des Krieges zuerst noch in Berlin, unablässig bemüht, den in Böhmen eindringenden Armeen durch umsichtige Diplomatie und durch Beschleunigung der Operationen auf dem deutschen Kriegsschauplatze ihr Werk zu sichern. Nachdem er dann noch Zeuge der begeisterten Huldigungen gewesen war, die die Bewohner Berlins auf die Kunde von den ersten Waffenerfolgen dem Könige und seinen Paladinen, auch ihm, darbrachten, reiste er am 30. Juni mit dem königlichen Hauptquartier nach Böhmen. Es wurde Zeit, denn die Entscheidung stand bevor, und er ahnte, daß alsdann das un-

Digitized by Google

heimliche Orakel an der Seine, welches seit Wochen seine wahren Absichten verhüllte, seinen Willen offenbaren werde. Für Bismarck traf es sich gut, wenn er im entscheidenden Augenblick an Ort und Stelle und zugleich der Nähe des französischen Gesandten entrückt war. Am Abend des 30. Juni kam er im Gefolge des Königs in Reichenberg an.

Alsbald gab er eine Probe seiner Umsicht, indem er das im Bereich der feindlichen Reiterei liegende Schloß, worin der König übernachtete, gegen die Gefahr eines Ueberfalls sicherte. Wir erwähnen den Vorfall, weil Bismarck ihn in den ‚Gedanken und Erinnerungen' den Keim zu einer der Ressorteifersucht der Militärs entspringenden Verstimmung genannt hat, die sich im Laufe des Feldzugs und des französischen Krieges noch weiter entwickelt habe. Auch in der Schlacht bei Königgrätz fand er Gelegenheit, unmittelbar für das Leben seines königlichen Herrn zu sorgen. Man kennt die Scene, wie er den König durch ernstliche und freimütige Vorstellungen veranlaßte, sich aus dem Bereich der feindlichen Granaten zurückzuziehen, und wie er, hinter dem zögernd gehorchenden Herrn reitend, dessen Pferd gelegentlich durch einen heimlichen Tritt in schnellern Trab setzte. ‚Es war sehr gut,' schrieb er am 9. Juli der Gemahlin, ‚daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letztenmale, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment sich blutend neben uns wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe . . .' In demselben Briefe finden sich zwei andere bemerkenswerte Stellen, von denen die eine für sein menschliches Empfinden, die andere für seine staatsmännische Größe von Bedeutung ist. ‚Unsre Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können,

Digitized by Google

und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Mann bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein.' Die zweite Stelle, die uns zu den diplomatischen Aufgaben Bismarcks und damit zu einem seiner schönsten und segensreichsten Siege führt, lautet also: ‚Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn.'

In der That war der Erfolg des Sieges vom 3. Juli in dem Augenblick, da Bismarck diese Sätze schrieb, von zwei Seiten sehr ernstlich gefährdet, durch die Siegesstimmung im eigenen Lager und durch Napoleons Versuche, sich beim Friedensschluß einen Mallergewinn zu verschaffen, der ihn in den Augen seiner Unterthanen für einige Mißerfolge seiner auswärtigen Unternehmungen, zumal in Mexiko, schadlos halten konnte. In der Erinnerung an die glänzenden Kriegsthaten übersieht man leicht die Kämpfe des Staatsmannes; aber gerade unser Volk hat einigemale erfahren, wie sehr die Feder verpfuschen kann, was das Schwert geleistet hat. Im Kriege des Jahres 1866 geschah es anders: ohne der Organisation des preußischen Heeres, der Strategie seiner Feldherren und der Zucht, Tapferkeit und Leistungsfähigkeit der Truppen selbst ihre Verdienste zu schmälern, darf man sagen, daß der Ertrag und die Ausnutzung des Sieges auch eine diplomatische und politische Großthat war.

Nicht ohne Sorge hatte Bismarck gesehen, daß die Westgrenze der Monarchie ganz von Streitkräften entblößt wurde. Aus Argwohn vor Napoleons Appetit, so spottete der König Viktor Emanuel über die Ländergier des Kaisers, hatte er Moltke geraten, das 8., rheinische Korps im Westen zurückzulassen, aber dieser glaubte es in Böhmen nicht entbehren zu können. Der Erfolg hat

Digitized by Google

Moltke recht gegeben, aber auch Bismarcks Verdacht war begründet. Denn während Napoleon in Berlin und Florenz den Glauben zu stützen suchte, daß er in seiner österreichfeindlichen Gesinnung verharre, hatte er in aller Heimlichkeit am 12. Juni mit dem Wiener Kabinett einen Vertrag abgeschlossen, worin er diesem eine wohlwollende Neutralität zusicherte. Sie war an die Bedingung geknüpft, Oesterreich werde im Falle seines Sieges Gebietsveränderungen in Deutschland nur im Einverständnis mit Napoleon vornehmen, mit andern Worten: falls Oesterreich siegreich blieb, würde es Preußen zur Abtretung Schlesiens gezwungen und gegen die von Napoleon beabsichtigte ‚Regulierung' des deutschen Westens nichts eingewendet haben.

Von diesen Abmachungen wußte Bismarck nichts, als der Sieg bei Königgrätz die Voraussetzungen des Planes vernichtete und zugleich dessen Urheber zur Offenlegung der Karten zwang. Am 5. Juli teilte der Moniteur, das Amtsblatt der französischen Regierung, der erstaunten Welt mit, daß Oesterreich, indem es einer im Juni gemachten Anregung Napoleons folge, Venetien an diesen abgetreten habe, um seine Vermittlung zu erlangen; der Kaiser habe daraufhin die nötigen Schritte gethan, um zunächst von Preußen und Italien einen Waffenstillstand zu erwirken. Als König Wilhelm in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli das in der Moniteur-Note angedeutete Telegramm Napoleons erhielt, war er über das Doppelspiel und die Anmaßung des Kaisers aufs höchste entrüstet. Auch Bismarck hätte die Intrigue, die sich jetzt ans Licht wagte und ihm den Erfolg jahrelanger Sorge und Arbeit zu zerstören drohte, am liebsten niedergetreten. Indessen noch wußte er nicht, wie weit Napoleon zu gehen beabsichtigte, und obwohl er sich sagen mochte, daß dessen neuester Streich die Kabinette von Petersburg und London verletzen mußte, so entschloß er sich doch, den französischen Vermittlungsplan nicht ohne weiteres abzulehnen, sondern ihn, nach der Diplomatensprache, dilatorisch zu behandeln. Und nun beginnt jenes geniale, zugleich umsichtige und verwegene Spiel, während dessen er seine ganze Meisterschaft

Digitized by Google

entfaltet, jede Kraft seines Geistes anspannt, keine List verschmäht und, obwohl sein Körper der unausgesetzten Anspannung zu erliegen droht, dennoch nicht rastet, bis er die Frucht der preußischen Siege gesichert weiß, — ein Spiel, dem wegen der dramatischen Natur seiner Züge und Gegenzüge, wegen der Höhe des Einsatzes und zuletzt, doch nicht zumindest wegen der Person der beiden Gegner die Geschichte der Diplomatie nur weniges an die Seite zu stellen hat. In die Spanne einiger Wochen drängen sich die Aufregungen, Kämpfe und Gefahren der ganzen Aktion, die im November 1863 nach dem Tode des Königs von Dänemark eingesetzt hatte, noch einmal zu einer gewaltigen Schlußwirkung zusammen.

Das Telegramm, worin König Wilhelm noch an demselben Tage Napoleons Depesche beantwortete, nahm im ersten Satze den Vermittlungsgedanken bereitwillig an und betonte in klug berechneter Rücksicht auf die Stimmung des Kaisers die Interessengemeinschaft Preußens und Frankreichs; nachdem es in dieser Weise das Mißtrauen Napoleons zu beschwichtigen gesucht hatte, teilte es mit, daß General Gablenz schon am Tage vorher um Waffenstillstand gebeten habe, ein Wink für den Empfänger, daß dem preußischen Kabinett auch der Weg einer unmittelbaren Verständigung mit Oesterreich offen stand; der Schlußsatz endlich sagte, man werde dem königlichen Gesandten in Paris die Bedingungen angeben, unter denen der Stand der kriegerischen Operationen und das Bündnis mit Italien einen Waffenstillstand ermöglichten. Auf solche Weise gewann man Zeit. Am folgenden Tage telegraphierte Bismarck die Antwort, die man der Vermittlungsbotschaft Napoleons erteilt hatte, nach Florenz, und obschon die Depesche sich einige Tage verzögerte, kam sie doch rechtzeitig an, um die italienische Regierung, die zwischen ihrer Bündnispflicht und der Sorge vor Napoleons Unmut schwankte, im Widerstande gegen die drängenden und drohenden Noten aus Paris zu bestärken. Bismarck erhielt die erfreuliche Gewißheit, daß Italien es verschmähte, Venetien als ein Geschenk von Napoleons Gnaden anzu-

Digitized by Google

nehmen, sondern entschlossen war, am Bunde mit Preußen festzuhalten und den Krieg fortzusetzen.

Am 7. Juli ging aus dem preußischen Hauptquartier in außerordentlicher Sendung Prinz Reuß, der sich der Gunst Napoleons erfreute, nach Paris. Bei der Sperrung der Eisenbahnlinien war zu erwarten, daß er kaum vor drei Tagen in Paris ankommen konnte. Die scheinbar arglose Verschleppung seines Vermittlungsgedankens brachte inzwischen Napoleon fast zum Verzweifeln; jeder Tag verschob die Lage in Böhmen zu ungunsten Oesterreichs, während die öffentliche Meinung in Frankreich das Lächerliche seiner angemaßten Rolle zu ahnen begann, und sogar in seinem Conseil eine starke Opposition gegen seine auswärtige Politik hervortrat. Am 8. Juli telegraphierte Graf Goltz, daß er infolge der Ungewißheit der preußischen Friedensbedingungen in eine schwierige Lage gerate und das bis dahin vorhanden gewesene Vertrauen in den Tuilerien zu verlieren scheine. Endlich, am 10. Juli, kam Prinz Reuß in Paris an, aber siehe, nun stellte sich heraus, daß auch er die sehnlich erwartete Klarheit nicht brachte! Wohl beteuerte er des Königs Bereitwilligkeit, einen Waffenstillstand zu schließen, wofern Italien einverstanden sei, aber in der Hauptsache beschränkte er sich auf die Erklärung, daß Preußen zufolge der Vermittlerstellung Napoleons dessen Vorschläge zu erfahren wünsche. Erst in der Frühe des folgenden Tages telegraphierte Bismarck an Goltz, ein Feldjäger sei mit einem Entwurf der preußischen Friedensbedingungen unterwegs. Bevor wir jedoch einen Blick in dessen Mappe werfen, vergegenwärtigen wir uns den Verlauf der Beratungen, die unterdessen im königlichen Hauptquartier stattgefunden hatten.

Das Telegramm Napoleons hatte den König und seine Ratgeber schneller, als sie es vermutet hatten, vor die Frage gestellt, um welchen Preis man den Frieden bewilligen solle. Es scheint, daß König Wilhelm im Augenblick der Kriegserklärung noch mit Bismarcks erstem Programm übereinstimmte, in dem besonders drei Punkte von Wichtigkeit waren: die Annexion von Schleswig-Holstein,

Digitized by Google

das deutsche Parlament und der preußische Oberbefehl über die norddeutschen Streitkräfte. Daß für Bismarck damals die Annexion anderer Gebiete im Falle eines preußischen Sieges noch nicht beschlossene Sache war, zeigen seine wiederholten Versuche, die Souveräne der preußenfeindlichen Mittelstaaten zur Neutralität zu bewegen. Nach der Schlacht bei Königgrätz aber vollzog sich in dem Verhältnis des Königs zu Bismarck eine bemerkenswerte Verschiebung. Hatte früher der Minister seinen Herrn weiter gedrängt, so war es jetzt umgekehrt: des Königs Absichten gingen über die Pläne Bismarcks hinaus, und dieser sah sich gezwungen zu zügeln. Unter dem Eindruck der Depesche Napoleons skizzierte König Wilhelm zwei Tage nach der Schlacht die preußischen Forderungen: außer der Annexion Schleswig-Holsteins von Oesterreich die Abtretung eines böhmischen Grenzbezirkes, von Hannover Ostfriesland und die Erbansprüche auf Braunschweig; neben diesem verhältnismäßig geringen Gebietszuwachs, der der ‚Magerkeit' der preußischen Mitte, der mangelhaften Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Monarchie, nicht abgeholfen hätte, verlangte der König eine Bundesreform unter preußischer Suprematie, endlich die Abdankung der Souveräne von Hannover, Kurhessen, Meiningen und Nassau. Man sieht, der König hielt es für sein Siegerrecht, die feindseligsten seiner Gegner gewissermaßen nach dem Gesetz der strafenden Gerechtigkeit persönlich büßen zu lassen, eine Erwägung, hinter der ihm die Forderungen des Staatsinteresses zurücktraten. Bismarck dagegen ließ sich durch das, was man den moralischen Beruf der Politik nennen könnte, die klare Zweckmäßigkeit seiner Pläne nicht verwirren.

In dem Friedensprogramm des Königs erschienen ihm mehrere Punkte bedenklich. Vor allem bedurfte die Bundesreform unter preußischer Spitze jetzt einer Einschränkung auf den Norden, weil im andern Falle die französische Einmischung unvermeidlich wurde. Auch machte das Verhalten Baierns, dessen freundliche oder wenigstens neutrale Haltung die Voraussetzung des frühern Reformplans ge-

Digitized by Google

gewesen war, die Ausdehnung des neuen Bundes auf das gesamte außerösterreichische Deutschland wenigstens in der früher geplanten Weise einer Teilung des militärischen Oberbefehls zur Zeit unmöglich. Unter diesen Umständen glaubte Bismarck von dem Gedanken an eine Suprematie über ganz Deutschland absehen und für Preußen darin einen Ersatz suchen zu sollen, daß er dessen Stellung im Norden erheblich verstärkte. Aber die Annexion von Ostfriesland und die Anwartschaft auf Braunschweig schienen ihm hierzu nicht ausreichend; überdies besorgte er, daß die erzwungene Abdankung der genannten Souveräne der bundesfreundlichen Stimmung ihrer Unterthanen nicht förderlich sein werde.

Mehrere Tage standen sich die Ansichten des Königs und Bismarcks unausgeglichen gegenüber. Noch am 9. Juli war Bismarck damit beschäftigt, ‚Wasser in den brausenden Wein zu gießen', und an demselben Tage schrieb er an Goltz, daß er die definitive Entscheidung des Königs noch nicht kenne. In diesem Schreiben — es war dasselbe, welches der oben erwähnte Feldjäger brachte — legte er jedoch schon seine in wesentlichen Punkten von dem Programm des Königs abweichenden Forderungen dar: Die öffentliche Meinung in Preußen — eine Wendung, die für den Gesandten und Napoleon bestimmt war, im übrigen aber nicht wörtlich zu nehmen ist — die öffentliche Meinung verlange die Einverleibung Hannovers, Sachsens und Hessens, und auch er halte diese Lösung für alle Beteiligten für die zweckmäßigste; der Unterschied zwischen einer hinreichend günstigen Bundesreform — wie der König sie forderte — und der Einverleibung der genannten Länder sei nicht groß genug, um dafür in einem Kriege mit Frankreich das Schicksal der Monarchie nochmals aufs Spiel zu setzen. Das politische Bedürfnis Preußens beschränke sich auf die Verfügung über die Kräfte Norddeutschlands, und hierbei sei es unmöglich, denen, die Preußen bekriegt hätten, dieselben Bedingungen zu bewilligen wie den Staaten, die freiwillig in den neuen, norddeutschen Bund eingetreten wären. Nachdem er darauf verschiedene Wege erörtert

Digitized by Google

hat, auf denen die als notwendig bezeichnete Ungleichheit in der Behandlung der künftigen Bundesglieder sich erreichen lasse, ersucht er den Gesandten, zuerst zu erkunden, welchen Eindruck die Einverleibung von Sachsen, Hannover, Nassau, Kur- und Oberhessen in Paris machen werde, darauf aber auch die übrigen in dem Schreiben entwickelten Möglichkeiten ‚sondierend durchzusprechen'. — Aus diesen Sätzen geht nicht nur hervor, daß in Bismarcks Entwürfen in jenem Augenblick noch mehrere Lösungen als denkbar nebeneinander standen, sondern man erkennt auch mit voller Bestimmtheit, daß es ihm schon gelungen war, den König von seinem am 5. Juli aufgestellten Programm etwas abzubringen. Die Einmischung Napoleons hatte den König, wie Roon am 13. seiner Gemahlin schrieb, beunruhigt, und obwohl er über die einzelnen Forderungen seines Ministers noch nicht schlüssig war, so stimmte er doch schon dessen Kernsatz bei, daß umfangreichere Annexionen in Norddeutschland die zur Zeit unerreichbare Suprematie über ganz Deutschland aufwogen. Die Aufnahme, die das Schreiben Bismarcks in Paris finden würde, mußte darüber entscheiden, wie die geplanten Annexionen und die Bundesreform im einzelnen sich gestalteten. Eine schmachvolle Abhängigkeit — wird man sagen, und damals dachten im königlichen Hauptquartier viele dasselbe. Aber Bismarck hatte guten Grund zur Vorsicht. In den ‚Gedanken und Erinnerungen' sagt er darüber: Eine Beteiligung Frankreichs am Kriege hätte allerdings damals vielleicht nur 60 000 Mann, vielleicht noch weniger, sofort nach Deutschland geführt, aber diese Streitmacht sei ausreichend gewesen, um für die süddeutsche Bundesarmee, wahrscheinlich unter französischem Oberkommando, eine einheitliche und entschiedene Führung herzustellen. Dieser Armee aber hätte man vorwärts Berlin keine gleichwertigen Streitkräfte entgegenzustellen gehabt, ohne Oesterreich gegenüber zu schwach zu werden. — Im übrigen war Bismarck doch weit davon entfernt, ein wirkliches deutsches Interesse zu opfern. Was er zu thun gedachte, wenn Napoleon eine drohende Haltung annahm, verschwieg er dem Grafen Goltz

Digitized by Google

nicht: alsdann würde er auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung des deutschen Volkes bewirken, — ein Gedanke, den er in der That, wie wir sehen werden, schon bald nachher den Plänen Napoleons als wirksame Waffe entgegenhielt.

Als Graf Goltz am 13. Juli auf Grund der von Bismarck entwickelten Sätze mit Napoleon verhandelte, ergab sich in der Hauptsache keine Schwierigkeit. Im Gegenteil, der Kaiser, dem inzwischen die Erkenntnis gekommen war, daß sein Vertrag mit Oesterreich ein verhängnisvoller Fehlgriff gewesen war, atmete erleichtert auf, sobald er hörte, daß die Bundesreform sich auf Norddeutschland beschränken sollte; dies zugestanden, schien er gegen die geplanten Annexionen wenig einwenden zu wollen, nur hielt er daran fest, daß Oesterreich außer Venetien kein Gebiet verlieren dürfe. Die Frucht der Unterredung am 13. Juli war demgemäß eine Verständigung über folgende Punkte: Oesterreich erkennt die Auflösung des alten deutschen Bundes an und widersetzt sich nicht einer neuen Organisation, an der es keinen Teil nimmt; Preußen bildet eine norddeutsche Union, deren militärische Führung ihm zusteht; die deutschen Staaten südlich vom Main haben die Freiheit, eine süddeutsche Union zu bilden in unabhängiger internationaler Stellung; Schleswig-Holstein wird mit Preußen vereinigt; Oesterreich und dessen Verbündete ersetzen Preußen einen Teil der Kriegskosten; außer Venetien bleibt der Besitzstand Oesterreichs erhalten.

Aber ehe die Kunde von der in Paris erzielten Verständigung ins preußische Hauptquartier gelangen konnte, erschien dort in der Nacht vom 11. auf den 12. der französische Gesandte in Berlin, Graf Benedetti, um bei der wachsenden Ungeduld seines Herrn auf Beschleunigung der Friedensverhandlungen und zunächst auf Abschluß eines Waffenstillstandes zu drängen. Bismarck war wenig erfreut, als er den Gesandten bei sich eintreten sah. Gleichwohl war es nicht seine Schuld, daß die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zunächst erfolglos blieben.

Digitized by Google

Während nun die preußischen Truppen der geschlagenen Armee der Oesterreicher unaufhaltsam nachsetzten, suchte er von Benedetti zu erfahren, was Napoleon als ‚Entschädigung' für Preußens Machtzuwachs zu haben wünsche. Als der Gesandte auch jetzt noch mit der Sprache zurückhielt, als ferner auch noch keine Nachricht von dem Grafen Goltz einlief, glaubte Bismarck, um nicht am letzten Ende zu sehr auf Napoleons guten Willen angewiesen zu sein, wieder den Weg unmittelbarer Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett beschreiten zu sollen. In seinem Auftrage überbrachte Baron Herring, der Präsident des Handelsgerichts in Brünn, der Wiener Regierung einen Friedensantrag, der in einigen Punkten für Oesterreich vorteilhafter war als das Programm, über welches sich inzwischen, ohne daß Bismarck es wußte, Goltz mit Napoleon verständigt hatte. Das Wichtigste in dem neuen Programm war dies, daß es Oesterreich gestattet sein sollte, mit den süddeutschen Staaten in eine ihm zusagende Verbindung zu treten. Erst am 17. Juli kam die Depesche, die Bismarck von der mit Napoleon verabredeten Friedensbasis in Kenntnis setzte. Befremdend blieb ihm trotz des unerwartet günstigen Inhaltes der Umstand, daß über die beabsichtigten Annexionen nichts gesagt war. Umgehend telegraphierte er daher an Goltz, daß bei dem Stande der Dinge die Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner die Hauptsache sei; wenn Napoleon das zugebe, erhalte er die bindende Zusicherung, daß der neue Bund sich nicht auf Süddeutschland erstrecken werde.

Unterdessen stimmte Oesterreich dem von Napoleon befürworteten Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen zu, denn die Vorschläge, die Bismarck auf privatem Wege durch den Baron Herring gemacht hatte, waren in Wien anfangs nicht ernst genommen worden; als man sich schließlich dennoch entschloß, darüber zu verhandeln, war es zu spät. Bismarck empfing den Unterhändler mit den Worten: Eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen andern Gang genommen haben; jetzt, da die französische Vermittlung zugestanden sei, könne er sie nicht mehr ablehnen.

Digitized by Google

Am 22. Juli, mittags 12 Uhr, begann der Waffenstillstand, und schon am Nachmittag erschienen im Schlosse Nikolsburg die österreichischen Bevollmächtigten, um hier, im königlichen Hauptquartier, über die Friedensbedingungen zu beraten. Die Frage, die zwischen den beiden Parteien am ehesten ernste Meinungsverschiedenheiten in Aussicht stellte, betraf die Annexionen, und gerade an diesem Punkte gingen die Ansichten des Königs Wilhelm und seines Ministers noch immer auseinander. Um nun durch die Uneinigkeit im eigenen Lager den Abschluß mit Oesterreich nicht zu verzögern oder zu gefährden, versuchte Bismarck die österreichischen Unterhändler zu bewegen, alle Einrichtungen, die Preußen in Norddeutschland treffen werde, auch die etwaigen Besitzveränderungen, in Bausch und Bogen anzuerkennen. Aber die Oesterreicher bestanden darauf, daß das Königreich Sachsen, welches ihnen mit größter Opferwilligkeit beigestanden hatte, unversehrt erhalten bleibe; auch Baiern wünschten sie in den Frieden aufgenommen zu sehen, ohne jedoch auf dessen Unverletzlichkeit einen gleich starken Ton zu legen wie auf die des sächsischen Bundesgenossen.

Bismarck war geneigt, unter diesen Einschränkungen den Frieden zu bewilligen. Denn jetzt, da die Hauptsache erreicht war, kam es ihm vor allem darauf an, das auf die preußischen Waffenerfolge mißgünstige Europa vor fertige Thatsachen zu stellen. Auch wollte er, um der Möglichkeit einer künftigen Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich Raum zu lassen, diesem nicht nur eine Gebietsabtretung ersparen, sondern hielt auch den vom Könige gewünschten Einzug preußischer Truppen in Wien für eine zweckwidrige Demütigung des Gegners. Als am Abend des 3. Juli Moltke dem Könige sagte, daß er nicht nur die Schlacht, sondern auch den Feldzug gewonnen habe, hatte Bismarck hinzugefügt: jetzt, da die Streitfrage entschieden sei, gelte es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wiederzugewinnen — bedeutsame Worte im Munde des Mannes, der bis dahin Oesterreichs gefährlichster und rücksichtslosester Gegner gewesen war. Aber es war ihm, so

Digitized by Google

sagt er in dem Rückblick auf jene Zeit, schon damals nicht zweifelhaft, daß Preußen die Errungenschaften dieses Krieges zu verteidigen haben würde, selbst wenn man dem Kaiser Napoleon die von ihm erwarteten Spesen hätte bewilligen können. Jedenfalls schien es ihm von großer Wichtigkeit, dem Selbstgefühl Oesterreichs keine unheilbare Wunden zu schlagen. Nicht, wie viel man dem besiegten Gegner aberpressen konnte, sondern was für Preußens und Deutschlands Entwicklung notwendig war, das allein kam für ihn in Frage.

Mit solchen Anschauungen war er von denen des Königs noch an dem Tage, da die österreichischen Unterhändler in Nikolsburg eintrafen, weit entfernt. König Wilhelm nämlich richtete, seitdem er unter dem Druck der französischen Einmischungsgefahr sein ursprüngliches Friedensprogramm geändert hatte, seine Wünsche auf Teile von Sachsen, Hannover, Hessen und Baiern; namentlich der Erwerb von Ansbach und Baireuth, die seit Jahrhunderten im Besitz der Hohenzollern gestanden und deren Verlust ihn an das schwerste Unglück Preußens erinnerte, war ihm beinahe eine Herzenssache. Bismarck wußte das, und so gern er dem Könige, der damals leidend war, Sorge und Aufregung erspart hätte, hinter dem, was er als politische Notwendigkeit erkannte, traten alle persönlichen Rücksichten zurück. Und nicht nur dem Könige, sondern auch sich selbst bereitete er auf diesem Wege schwere Stunden. Als er am 23. Juli in einem unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Kriegsrat sich dahin aussprach, daß die Lage, sowohl die politische als auch, wegen des Auftretens der Cholera, die militärische die schleunige Annahme der österreichischen Vorschläge erwünscht mache, begegnete er dem geschlossenen Widerstand der Generäle, und der König erklärte sich für die Ansicht der Mehrheit. Vor diesem Hindernis versagte ihm, der ohnedies wieder von seinem alten rheumatischen Leiden ergriffen war, die Kraft, er stand auf, ging in sein Schlafzimmer und wurde dort von einem Weinkrampf befallen. Aber kaum war der Anfall vorüber, da fiel ihm, dem Schauenden, die Centnerlast der Verant-

Digitized by Google

wortlichkeit auf die Seele. Wenn es bei dem eben gefaßten Beschlusse blieb, so sah er kommen, woran heute kein Unbefangener mehr zweifelt: daß in diesem Falle die Friedensbedingungen den Ertrag des Sieges geschädigt und die Fundamente der nationalen Einheit auf unsichern Grund gelegt hätten. Und Eile that not. Nicht nur erwartete er bei dem unheimlichen Schweigen über Napoleons Kompensationswünsche von Stunde zu Stunde Eröffnungen, die neue unabsehbare Verwicklungen im Gefolge haben konnten, sondern auch aus Petersburg kamen Meldungen, die erkennen ließen, daß die dortige Regierung zu intervenieren gedachte.

Unter solchen Umständen entschloß er sich zu einem äußersten Mittel. Er überreichte am folgenden Tage, dem 24. Juli, dem König eine Denkschrift, worin er in klaren, festen Strichen noch einmal die Lage zeichnete und die Meinung, die am vorhergehenden Tage das Feld behauptet hatte, rücksichtslos bekämpfte: Trotz der offiziell versicherten Freundschaft Napoleons könne jeder Augenblick einen neuen Umschwung bringen, das Petersburger Kabinett offenbare eine bedenkliche Ungeduld, die preußischen Friedensbedingungen kennen zu lernen, und England, wenigstens die Regierung, stehe mit ihren Sympathien noch immer auf Oesterreichs Seite und werde sich nur vor der vollendeten Thatsache beugen. Andererseits wolle Oesterreich jetzt alles Wesentliche gewähren, was Preußen von ihm fordern könne. Dem Wunsche, das Königreich Sachsen zu erhalten, einem Wunsche, den Frankreich teile, könne man stattgeben, wenn man in einer Militärkonvention die gesamte Kraft des Landes dem preußischen Oberbefehl unterstelle; jedenfalls sei alsdann der Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde in Verbindung mit der Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Oberhessen und Nassau als ein Ziel anzusehen, wie man es beim Ausbruch des Krieges nie habe stecken können. Wenn man dieses Ziel durch raschen Abschluß der Präliminarien sichern könne, *so sei es ein politischer Fehler, um eines kleinen Mehrgewinns willen das ganze Resultat*

Digitized by Google

wieder in Frage zu stellen und es den ungewissen Chancen einer verlängerten Kriegführung oder einer neuen, von fremder Einmischung beeinflußten Unterhandlung auszusetzen. ‚Ich fühle,' so schloß das denkwürdige Aktenstück, ‚die ganze Verantwortlichkeit gegen Ew. K. Majestät für den Rat, welchen ich zu erteilen berufen bin, und habe daher das Bedürfnis, amtlich zu konstatieren, daß, wenn ich auch jede von Ew. Majestät befohlene Bedingung in den Verhandlungen pflichtmäßig vertreten werde, doch jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses mit Oesterreich behufs Erlangung nebensächlicher Vorteile gegen meinen ehrfurchtsvollen Antrag und Rat erfolgen würde.'

Mit diesem Schreiben ging er am folgenden Tage zum Könige und entwickelte ihm nochmals alle Gründe für ein Entgegenkommen gegen die österreichischen Forderungen: ein schwer geschädigtes oder verwundetes Oesterreich würde stets der Bundesgenosse Frankreichs und jedes andern Gegners sein, während man die Erneuerung guter Beziehungen mit Wien als einen offen zu haltenden Schachzug ansehen solle; eine Zertrümmerung Oesterreichs sei für Preußen kein Gewinn, denn die neuen Bildungen auf dem Gebiete, welches gegenwärtig die österreichisch-ungarische Monarchie ausfülle, könnten auf die Dauer nur revolutionärer Natur sein; überdies sei die Fortsetzung des Krieges, der sich voraussichtlich nach Ungarn hineinziehen werde, schon deshalb unerwünscht, weil sie im Verhältnis zu den bisher gewonnenen Siegen das preußische Prestige vermindern und der französischen Einmischung die Wege ebnen werde. Auf des Königs Entgegnung, daß es ihm widerstrebe, den Hauptschuldigen, Oesterreich, ungestraft ausgehen zu lassen, erlaubte Bismarck sich die Bemerkung, Oesterreichs Rivalität gegen Preußen sei nicht strafbarer als die preußische gegen Oesterreich; auch stehe es ihm nicht zu, eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben. In derselben Audienz bekämpfte er auch den Plan, anstatt der vollen Annexion von Hannover,

Digitized by Google

Hessen und Nassau eine größere Anzahl von Teilannexionen vorzunehmen, ein Verfahren, welches den neuen Bund mit dem verhängnisvollen Ballast unzuverlässiger Bundesgenossen beladen hätte. Der König erkannte die Berechtigung der Einwände Bismarcks an; es entsprach seinem Wesen, sich sachlichen Gründen nicht zu verschließen, auch wenn sie ihm persönlich widerstrebten — trotzdem endigte die Audienz mit den Zeichen eines völligen Zerwürfnisses.

Daß in diesem kritischen, wir dürfen sagen über Deutschlands Zukunft entscheidenden Augenblick die Vermittlung des Kronprinzen den Konflikt geschlichtet hat, war schon früher bekannt; auch wußte man, daß namentlich Bismarcks Widerspruch gegen den Einzug in Wien das militärische Gefühl des Königs verletzt hatte, aber von den Einzelheiten jener dramatischen Scene in Nikolsburg haben doch erst die ‚Gedanken und Erinnerungen' ganz den Schleier gehoben. Die Bedeutung, die der Vorgang nicht nur für Bismarck, sondern auch für die Geschichte Deutschlands gewonnen hat, rechtfertigt einen Hinweis auf die bedeutsame Stelle.*)

Der Widerstand gegen die Fortsetzung des Siegeslaufes bis in die feindliche Hauptstadt habe eine so lebhafte Erregung des Königs herbeigeführt, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich gewesen sei; er, Bismarck, habe das Zimmer verlassen mit dem Eindruck, seine Auffassung sei abgelehnt. ‚In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offen stehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen, und ich sah mich nicht um, als ich die Thür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: ‚Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortlichkeit dafür.

*) Max Lenz hat die Darstellung der ‚G. u. E.' mit triftigen Gründen angefochten, ohne jedoch volle Klarheit zu schaffen.

Digitized by Google

Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.'

Als der Kronprinz nach Verlauf einer halben Stunde erschöpft aus dem Zimmer des Königs zurückkehrte, konnte er Bismarck in der That die königliche Zustimmung zu seinen Anträgen melden. Erst nach hartem Kampf hatte der König nachgegeben, und wie schwer es ihm geworden war, sich zu überwinden, bekundeten die bittern Worte, die er damals auf den Rand einer Eingabe Bismarcks schrieb: Nachdem sein Ministerpräsident ihn vor dem Feinde im Stich lasse und er hier außer stande sei, ihn zu ersetzen, habe er die Frage mit seinem Sohne erörtert, und da dieser sich der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen habe, sehe er sich zu seinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so unrühmlichen Frieden anzunehmen. Am folgenden Tage berichtete Roon seiner Gemahlin von der Ueberreizung der ‚maßgebenden Nervensysteme', infolge deren es bald hie bald da lichterloh zum Dachstübchen hinausbrenne und jeder Wohlmeinende mit dem Löscheimer herbeieilen müsse. ‚Das habe ich,' fährt er fort, ‚auch heute wieder mit einigem Erfolge gethan; helfe Gott, daß mein Löschen vorhält.'

Der Sieg, den König Wilhelm und sein Staatsmann am 24. Juli 1866 in Nikolsburg über sich selbst davontrugen, war ein Triumph der politischen Weisheit und Mäßigung, errungen inmitten eines Siegeslaufes sondergleichen. Der Staatsmann, dessen Herz wie irgend ein anderes für die Ehre und Größe seines Vaterlandes glühte, dessen Seele trotz seiner äußern Ruhe in leidenschaftlicher Erregbarkeit kochte, blickte von der Höhe eines Erfolges, der auch einen nicht schlechten Mann berauschen konnte, kalt und nüchtern auf die Ereignisse, und unbeirrt durch den Ueberschwang der Siegesfreude, suchte und sah er nur eins: das Notwendige und Erreichbare. Und das Glück hatte es gefügt, daß der König, in dessen Hand damals die Entschei-

Digitized by Google

dung lag, ein Fürst war, der mit neidloser Anerkennung des Gewaltigen an seiner Seite den innern Kämpfen, vor die dieser ihn führte, nicht auswich, sondern in ehrlichem, schwerem Ringen sie bestand und dann das Notwendige zu thun entschlossen war, auch wo es seinen Neigungen widerstrebte. Schwerlich, so schließt Sybel seine Darstellung der Nikolsburger Verhandlungen, wird die Nachwelt anders urteilen, als daß ein solches Verhältnis zwischen Monarch und Minister, eine solche Verbindung von Siegesbewußtsein und Mäßigung, ein solches Hand-in-Hand-Gehen von Selbstbeherrschung und Genialität in aller menschlichen Geschichte sehr selten erschienen ist.

Nachdem der König in der Hauptsache die Anträge Bismarcks gebilligt hatte, boten die weitern Verhandlungen mit den österreichischen Bevollmächtigten keine Schwierigkeiten mehr. Schon am 26. Juli wurden die Friedenspräliminarien zwischen Preußen und Oesterreich unterzeichnet. Der Dualismus, der seit Jahrhunderten das nationale Leben der Deutschen getrübt und geschädigt hatte, war zu Ende, der gordische Knoten der deutschen Geschichte hatte seinen Alexander gefunden. Oesterreich schied aus Deutschland aus, es verlegte, wie Bismarck ihm in den ersten Tagen seines Ministeriums geraten hatte, den Schwerpunkt seiner Macht nach Osten. Außerdem erkannte es unter der einen Bedingung, daß das Königreich Sachsen erhalten bleibe, die Einrichtungen, die Preußen demnächst bei der Gründung eines norddeutschen Bundes treffen werde, und alle sonstigen Besitzveränderungen in Deutschland im voraus an.

Auf Bismarcks Drängen sollte schon zwei Tage nach der Unterzeichnung der Präliminarien mit Oesterreich der Austausch der Ratifikationen stattfinden; er wußte, weshalb er den Abschluß beschleunigte. Kurz bevor er am 26. Juli die Präliminarien unterzeichnete, war Benedetti bei ihm eingetreten mit der Eröffnung, der Kaiser Napoleon könne seine Zustimmung zu den preußischen Annexionen nur unter der Voraussetzung einer billigen Entschädigung für Frankreich erteilen; sobald daher seine Rolle als

Digitized by Google

Vermittler beendigt sei, werde er sich darüber mit Bismarck in Verbindung setzen. Diesem kam die Sache nicht unerwartet, er hatte den Augenblick, wo Napoleon mit seiner Forderung hervortreten werde, seit langem kommen sehen und sich darauf gerüstet. Ohne zu zögern, erklärte er sich dem Gesandten in zuvorkommender Weise bereit, die Anträge des Kaisers in Erwägung zu ziehen. Als dann aber Benedetti für seine Person die Andeutung machte, daß es sich wohl um Landschaften des linken Rheinufers handeln werde, fiel er ihm unter dem Vorwande dringlicher Geschäfte in die Rede mit den Worten: ‚Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art!‘ So schnitt er schnell entschlossen die gefährliche Unterredung ab, und während er gleich darauf mit Oesterreich unterzeichnete, ließ er Napoleon einstweilen noch in dem Glauben, daß der preußische Ministerpräsident, wie Benedetti vor dem Kriege berichtet hatte, der Freund Frankreichs und vielleicht der einzige Mann in Deutschland sei, mit dem man über eine Regulierung der deutschen Westgrenze zu gunsten Frankreichs verhandeln könne. Noch war der Tag nicht gekommen, wo er dem zudringlichen Frager eine offene Antwort geben durfte. —

Nachdem am 26. Juli die Eröffnung Benedettis die Eile, mit der Bismarck den Abschluß mit Oesterreich betrieben, gerechtfertigt hatte, brachte schon der folgende Tag eine neue Gefahr: Rußland stellte amtlich den Antrag, zur Wiederherstellung des Friedens einen Kongreß zu berufen. Als daher der König am 28. Juli die Ratifikation der Friedensbedingungen vollzog, wußte er, welchen Gefahren von Osten und Westen durch die Umsicht und das entschlossene Zugreifen seines Ministers ein Riegel vorgeschoben war, und wenn er vorher mit seinem Verdruß über den ‚faulen Frieden‘ nicht zurückgehalten hatte, so erkannte er jetzt das Große, was erreicht war, in herzlicher Dankbarkeit an. Nachdem er die Ratifikation vollzogen hatte, sprang er, wie Roon seiner Gemahlin schrieb, auf, ‚umarmte und küßte dankend und weinend, mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, in-

Digitized by Google

dem er diesem und mir den schwarzen Adlerorden, Bismarck das Großkreuz des Hohenzollern verlieh'. Die Freude, die auch Bismarck bei der überströmenden Dankbarkeit seines Königs empfand, beruhte auf der Gewißheit, daß die heftige Gemütsbewegung, die seine Ratschläge in den letzten Tagen dem geliebten Herrn verursacht hatten, zum Heile des Vaterlandes ausschlagen werde, und daß sein Kampf nicht vergeblich gewesen war.

Auf die Friedensschlüsse Preußens mit den Verbündeten Oesterreichs kommen wir im nächsten Kapitel zurück, in dem geschildert werden soll, wie der Baumeister der deutschen Einheit, nachdem er das alte, verfallene Gebäude niedergerissen, an die Aufrichtung des neuen Werkes schritt. Ehe er Böhmen verließ, errang er noch einen andern Sieg, das ebenbürtige Gegenstück zu jenem, welchen er am 24. Juli in Nikolsburg davongetragen hatte.

Wie während des Feldzuges gegen Dänemark in den liberalen Kreisen Preußens die Besorgnis laut geworden war, daß dem äußern Siege ein ‚inneres Düppel' folgen werde, so fehlte es auch angesichts der unerwarteten Erfolge dieses Krieges nicht an Stimmen, die einen Staatsstreich, eine gewaltsame Niederwerfung der liberalen Opposition prophezeiten. Wirklich hätte ein Teil der Konservativen es nicht ungern gesehen, wenn die Regierung die auf dem Schlachtfelde gewonnene Stellung zu einer gründlichen Reaktion im Innern ausgenutzt hätte. Man weiß, daß derartige Stimmen sogar in der Umgebung des Königs vernommen worden sind. Von der Anschauung, die den Kriegsminister v. Roon am Abend der Schlacht bei Königgrätz zu dem bekannten Ausruf veranlaßte: ‚Bismarck, diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen!' war eben nur ein Schritt zu der Ansicht, daß der brave Musketier dem Konfliktsministerium auch über die fernern Schwierigkeiten hinweg helfen werde. Daß es so kommen würde, verkündigte die Kreuzzeitung in zuversichtlicher Sprache, ihre Gesinnungsgenossen wünschten, die Mehrzahl der Liberalen fürchtete es. Auch die Patrioten im übrigen Deutschland, die der Sieg Preußens

Digitized by Google

mit neuen nationalen Hoffnungen erfüllt hatte, sahen der Haltung, die das siegreiche Ministerium annehmen werde, mit einer aus Erwartung und Sorge gemischten Empfindung entgegen. Einem liberalen Preußen hatte man den Sieg gewünscht, von den Erfolgen des absoluten Preußens versprach man sich wenig Gutes. Aber alle diese Sorgen waren unbegründet, das Vertrauen, welches das preußische Volk in den Wahlen am 3. Juli der Regierung bekundet hatte, sollte nicht getäuscht werden.

Ueber die Frage, wem das Verdienst der Beilegung des innern Konfliktes in Preußen zukomme, gehen die Ansichten auseinander. Der Herausgeber der Denkwürdigkeiten aus dem Leben Roons hält gegenüber der Darstellung, die Sybel nach seiner ausdrücklichen Versicherung Wort für Wort aus authentischen Quellen geschöpft hat, daran fest, daß die Anregung zu dem ersten versöhnenden Schritte der Regierung, dem Indemnitätsgesuch, von dem Minister des Innern, dem Grafen Eulenburg, ausgegangen sei, und daß von einem erheblichen Widerstande im Schoße des Staatsministeriums nicht die Rede sein könne. Indessen lassen die Angaben, die er aus Roons hinterlassenen Papieren gemacht hat, der Vermutung Raum, daß Graf Eulenburg zu denen gehört habe, die vor dem Kriege zwar eine Aussöhnung wünschten, aber nach den Siegen von einer Nachgiebigkeit der Regierung nichts mehr wissen wollten. Ueberdies unterliegt es keinem Zweifel, daß der Minister des Innern, als er am 28. Juli den ‚Entwurf eines Passus der Thronrede' vorlegte, worin der Landtag um nachträgliche Gutheißung angegangen werden sollte, nur im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, wahrscheinlich sogar in dessen ausdrücklichem Auftrage gehandelt hat. Denn auch fern von Berlin, während der Aufregungen im Hauptquartier, verlor Bismarck die Bedeutung der bevorstehenden Kammerverhandlungen für den Gang der Dinge nicht aus den Augen; schon am 16. Juli ließ er dem Grafen Eulenburg sagen, es sei dringlich, das ‚Parlamentskorps in den Krieg eingreifen zu lassen, bevor die Friedensbedingungen ernstlich diskutiert werden'.

Digitized by Google

Aber auch Erwägungen andrer Art waren für ihn entscheidend. Seit seinem Eintritt in das öffentliche Leben war er ein Gegner des Absolutismus und Anhänger einer den preußischen und deutschen Verhältnissen angepaßten Konstitution. Durch den Kampf gegen die Revolution vorübergehend in eine schroffere Stellung gedrängt, war er infolge der Notwendigkeit einer deutschen Politik Preußens wieder zu seiner ursprünglichen Auffassung zurückgekehrt, als der Kampf um die Heeresreform ihn nochmals zu einer taktischen Schwenkung zwang. Solange dann in dem Kampfe der Freiheit gegen die Autorität diese bedroht schien, blieb ihm keine Wahl: die Autorität war ihm das Höhere, eine Einbuße auf diesem Gebiet betrachtete er als unersetzlich, während, wie er den Abgeordneten der opponierenden Kammer zurief, die Rückstände im Programm des Liberalismus bei der ersten besten Gelegenheit ausgeglichen werden konnten. Aber daß er den Streit mit der Volksvertretung für einen beklagenswerten Ausnahmezustand hielt, daß er in den Tagen der größten Erbitterung nicht daran dachte, die Verfassung selbst anzutasten, daraus hatte er in den fast vier Jahren des argen Haders, die jetzt hinter ihm lagen, niemals ein Hehl gemacht. Und als vollends die gefährliche Entscheidung nahte, als er dazu schritt, für sein Volk die Frage auf Leben oder Tod zu stellen, da war es ihm kein bloßer Akt der politischen Berechnung, nein, sondern eine Gewissenssache und ein in tiefster Seele empfundenes Bedürfnis, den Männern, die er bis dahin aufs bitterste bekämpft hatte, die Hand zur Versöhnung entgegenzustrecken. In den schwülen Tagen, die dem Bruch mit Oesterreich vorangingen, bat er die namhaftesten Führer der Opposition zu sich. Ihrem Zweifel, ob die Regierung auch nach einem Siege über Oesterreich noch zu einem Ausgleich im Innern bereit sein werde, begegnete er mit der rückhaltlosen Erklärung, er werde nicht Minister bleiben, wenn er alsdann die Regierung nicht zu versöhnenden Schritten bewegen könne.

In dieser Gesinnung hatten ihn die Erfolge auf dem

Digitized by Google

Schlachtfelde nicht erschüttert. Wie er im Augenblick des Sieges Oesterreich gegenüber seine Gedanken nicht über die Grenze des Notwendigen schweifen ließ, so that er auch hier. Jetzt, da er die Macht der Krone gesichert wußte, war er zu Zugeständnissen an die Volksvertretung entschlossen. Der gewaltige Vorgang im Leben der Nation: wie das konservative Preußen, der Hort des starken Königtums und der absoluten Staatsgewalt, sich überwindet, um seinen deutschen Beruf erfüllen zu können — dieser Vorgang wiederholt sich in Bismarcks Seele. Dem in der Natur der Dinge begründeten Gesetze konnte auch er, so sehr er sonst die Dinge und Ideen beherrschte, sich nicht entziehen, und in demselben Maße, wie die Ziele seiner preußischen Politik sich dem allgemein nationalen näherten, setzte er, der ehemalige Führer der Feudalen, einige der wichtigsten liberalen Forderungen in sein Programm.

In der That war er es, der die Absicht, den am 5. August zusammentretenden Landtag um Indemnität zu ersuchen, von Anfang an befürwortet und den Widerstand eines Teiles der Minister gebrochen hat. Auch auf den König machte die Besorgnis, daß die Regierung mit dem Indemnitätsgesuch ein Unrecht eingestehe und sich dadurch im Grunde auf den Standpunkt der Landtagsopposition stelle, einen gewissen Eindruck. Aber Bismarck wußte auch diese Besorgnis zu zerstreuen. Wenn die Regierung, sagte er, Indemnität beantrage, so fordere sie den Landtag auf, zu erklären, daß sie in den letzten Jahren aus zwingenden Gründen nicht anders habe handeln können. Der König, dem es seit Beginn des Konfliktes ein schmerzlicher Gedanke gewesen, daß seine Regierung mit der Mehrheit seines Volkes zerfallen war, ließ sich endlich überzeugen. Aber auch jetzt noch setzte ein Teil der Minister den Widerstand fort, zu Bismarcks großem Verdrusse. Noch am 3. August sandte er seiner Gemahlin aus Prag, wohin er dem Könige nachgereist war, den Stoßseufzer: ‚Großer Zwist über die Thronrede. Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase.

Digitized by Google

Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt.' Aber der König hielt an dem versöhnlichen Entschlusse fest, und nachdem Bismarck ihm am 3. August den endgültigen Entwurf der Thronrede zur Genehmigung vorgelegt hatte, gestattete er im Ministerrat keine weitere Verhandlung über die Frage.*) —

Am Abend des 4. August kehrte König Wilhelm unter dem Jubel seines Volkes in die festlich geschmückte und erleuchtete Hauptstadt zurück. Auch Bismarck befand sich im Gefolge seines königlichen Herrn und wurde der Gegenstand begeisterter Huldigungen. Am folgenden Tage, es war ein Sonntag, erfolgte im Weißen Saale des königlichen Schlosses die feierliche Eröffnung des Landtags. Selbst die Mitglieder der Fortschrittspartei waren fast vollständig erschienen, und da die Gegner des Indemnitätsgesuches bis zuletzt ihre zuversichtliche und herausfordernde Sprache beibehalten hatten, so sahen alle der Thronrede mit Spannung entgegen. Der König eröffnete selbst den Landtag. Von nicht endenwollenden Hochrufen begrüßt, sprach er zuerst Dank aus für Gottes Gnade, die sichtbar in dem schweren Kampfe geholfen habe. Dann gedachte er dankend der Begeisterung, mit der sein

*) Mit dieser Darstellung, die den oben erwähnten Gegensatz zwischen Sybel und dem Herausgeber von Roons Denkwürdigkeiten zu entscheiden sucht, läßt sich der Bericht in den ‚Gedanken und Erinnerungen' vielleicht vereinigen, wenn man davon ausgeht, daß während der langen Eisenbahnfahrt von Prag nach Berlin am 4. August die Frage des Indemnitätsgesuches, auch nachdem sie am vorhergehenden Tage vom König entschieden worden war, einen Hauptgegenstand der Unterhaltung zwischen ihm und seinem Minister bilden mußte. Am folgenden Morgen stand die Eröffnung des Landtages bevor: unwillkürlich richteten sich die Gedanken des Königs auf den entscheidenden Passus der Thronrede, und nichts ist natürlicher, als daß er während des Gespräches noch einmal und mit einer gewissen Zähigkeit diejenigen Gründe anführte, die er früher dem Standpunkte seines Ministers entgegengestellt hatte. In dieser Weise den letzten Rest seiner eigenen Bedenken zu bekämpfen oder bekämpfen zu lassen, beruhigte und erleichterte sein Gewissen.

Digitized by Google

Volk dem Ruf in den heiligen Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes gefolgt sei: viel teueres Blut sei geflossen, viele Tapfere betrauere das Vaterland; ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung thue not, um die Früchte zur Reife zu bringen, die aus dieser blutigen Saat erwachsen müßten, wenn sie nicht umsonst gestreut sein solle. Dann kamen unter atemloser Spannung der Versammlung die entscheidenden Sätze: ‚Ueber die Feststellung des Staatshaushaltsetats hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie Ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Artikel 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen Meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtags zu vereinbarende Gesetz enthält.‘ Wenn die Regierung gleichwohl den Staatshaushalt mehrere Jahre hindurch ohne diese gesetzliche Grundlage geführt habe, so sei das nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß es sich um eine Existenzfrage des Staates gehandelt habe. ‚Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß Meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit . . . zum Abschluß gebracht werden wird.‘

Bei dem Satze, daß die Regierung den Landtag um Indemnität angehen werde, unterbrach jubelnder Beifall den königlichen Redner. Die Kunde, daß der sieggekrönte Monarch aus freiem Antrieb seinem Volke den innern Frieden gebracht hatte, flog wie ein Zauberwort durch das Land und befreite viele der treuesten Herzen von schwerer Sorge. Das Herz jedes Vaterlandsfreundes, so schrieb damals ein angesehenes Blatt der seitherigen Opposition, schwelle vor Freude und jauchze auf voll Dank für

Digitized by Google

die göttliche Vorsehung und für die Männer, deren sie sich als Werkzeuge bedient habe.

Der erste und größte dieser Männer stand während der Eröffnungsfeier im Weißen Saale zur Linken des Königs. Ernst ruhte sein Blick auf der Versammlung, auf der Vertretung des Volkes, welches er gegen seinen Willen zum Siege und zur Größe gezwungen hatte. An der begeisternden Wirkung der königlichen Worte erkannte er, daß eine neue Zeit heraufgezogen kam, für sein Volk und für ihn selbst: eine Zeit des Aufbaues, aber auch voll neuer schwerer Kämpfe.

Digitized by Google

Drittes Buch:

Bismarck als Begründer und Kanzler des Norddeutschen Bundes.

Die Auseinandersetzung mit Oesterreich führte Bismarck auf den Gipfel seiner politischen Thätigkeit und Entwicklung. Nicht in dem Sinne, als ob das, was ihm fernerhin zu thun beschieden war, niedriger anzuschlagen wäre: So oft man bis in die letzten Jahre seines Lebens die Summe seiner politischen Anschauungen und Entwürfe zieht, immer erhält man ein anderes, reicheres Ergebnis; unaufhörlich, aus unverwüstlicher Lebenskraft erwachsen ihm neue Gedanken und Ziele. Denn nicht aus Büchern schöpfte er sie, er verachtete die Krücken der Theorie. Die Wirklichkeit war seine Lehrerin, und indem er seine Politik unter allen Umständen den realen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen trachtete, wurde er davor bewahrt, der Sklave einer fremden oder eigenen Doktrin zu werden. Bei einem Manne, der in solcher Weise fortschreitet, liegt die Höhe der innern Entwicklung dicht vor der traurigen Schwelle, an der mit dem beginnenden Verfall das Leben der Sterblichkeit seinen ersten Tribut entrichtet. Aber dennoch ist es wahr: So gewiß die auswärtige Politik den Kern seiner Thätigkeit und seines Interesses enthält, ebenso gewiß ist man berechtigt, seinen Kampf gegen Oesterreich, die Zertrümmerung des alten Bundes und die Beendigung des deutschen Dualismus den oder vielmehr einen Höhepunkt auf dem Wege seiner staatsmännischen Entwick-

Digitized by Google

lung zu nennen. Welch ein Abstand zwischen dem Abgeordneten, der sich mit leidenschaftlichem Zorn den Forderungen des liberalen Zeitgeistes entgegengeworfen, und dem Minister, der einen wesentlichen Teil des liberalen Programms, den nationalen, verwirklichte, zwischen dem zähen Vorkämpfer des alten Preußentums, der mit höhnischer Geringschätzung von dem Flittergold der deutschen Kaiserkrone gesprochen hatte, und dem Staatsmanne, der den deutschen Beruf Preußens erkannte und erfüllte! War ihm früher die Macht des preußischen Königtums der Ausgangspunkt und das Endziel jeder Politik gewesen, so wurde es von jetzt an die Größe und Stärke Deutschlands. Indessen wäre es verkehrt, zur Erklärung dieser Abstände einen willkürlichen, sprunghaften Uebergang anzunehmen. Nein, sondern dasselbe, in innerer Notwendigkeit begründete Wachstum, welches den Hohenzollernstaat an die Spitze Deutschlands geführt hat, mußte sich auch in der Seele der Männer vollziehen, die in der entscheidenden Zeit die preußische Politik zu leiten hatten.

Deutsch gesinnt war Otto v. Bismarck, wir sahen es, schon in seiner Jugend; in Göttingen träumte er von der nationalen Einheit und hoffte sie in zwanzig Jahren verwirklicht zu sehen. Aber dann ging er seinen eigenen Weg. Das Preußentum saß dem Sprossen des altmärkischen Geschlechtes zu tief, als daß die aus demokratischen und nationalen Elementen gemischte Begeisterung des Jahres 1848 ihn nicht ernüchtert und abgestoßen hätte. Preußens Krone unter der Herrschaft von Kammermehrheiten zu sehen, war ihm ebenso unerträglich, wie die Kraft des Staates für die dynastischen Interessen der rivalisierenden Verbündeten einzusetzen. In solcher Gesinnung kam er nach Frankfurt. Keine romantische Schwärmerei, kein legitimistisches Bedenken verhüllte seinem kalt prüfenden Blick die Wahrheit, daß Preußen nur dann emporkommen konnte, wenn der alte Bund gesprengt und Oesterreichs hegemonische Absichten vereitelt wurden. So wurde er nicht um Deutschlands, sondern um Preußens willen, weil er dieses aus seiner bedrohten Lage befreien wollte, der Begründer des neuen

Digitized by Google

deutschen Staates, für dessen Macht und Sicherheit zu sorgen seitdem seine Lebensaufgabe geblieben ist. Zwischen seiner deutschen und seiner preußischen Politik, zwischen dem Staatsmanne vor und nach 1866 ist daher kein Gegensatz. Umsichtig hat er darüber gewacht, daß auch in der deutschen Verfassung die Macht der preußischen Krone keine Einbuße erlitt. Mochte das Königtum der Hohenzollern den andern Faktoren, dem Rat der Bundesregierungen und dem Parlament noch so viel zu opfern scheinen, in Wahrheit verlieh Bismarck ihm eine neue gewaltige Macht, indem er es an die Spitze Deutschlands stellte und mit den Ideen einer neuen Zeit aussöhnte und erfüllte.

Unter den Verdiensten Bismarcks ist dies, die Stärkung der Krongewalt, nicht das letzte. Als er im September 1862 in das Ministerium eintrat, kämpfte die Krone einen schweren, fast aussichtslosen Kampf. Es war ein Unglück, daß der Gang der deutschen Dinge die öffentliche Meinung dahin gebracht hatte, in kritikloser Bewunderung die liberalen Einrichtungen des Auslandes für nachahmenswert zu erklären. Daß in Deutschland infolge seiner geographischen Lage und bei der Stärke und Zähigkeit seiner partikularistischen und centrifugalen Kräfte nur eine starke Staatsgewalt, ein angesehenes und mächtiges Königtum der äußern und innern Schwierigkeiten Herr werden konnte, diese Erkenntnis lebte nur in wenigen Köpfen. Die Mehrheit der Liberalen glaubte das spezifisch preußische Königtum, wie es aus den Verfassungskämpfen der Revolutionsjahre hervorgegangen war, endgültig beseitigt. Daß es anders kam, daß den Gegnern des Königtums im letzten Augenblick der Sieg, den sie schon in der Hand zu haben meinten, entrissen wurde, war Bismarcks Werk. Seiner unerschrockenen Festigkeit während des Verfassungsstreites, seiner umsichtigen und zugleich verwegenen Politik gegen Oesterreich, endlich seiner klugen Nachgiebigkeit auf der Höhe des Erfolges gelang es, für das preußische und mittelbar für das deutsche Volk auf absehbare Zeit den Kampf zwischen Autorität und Freiheit zu gunsten jener zu entscheiden. —

Digitized by Google

Angesehene Führer der bisherigen Opposition, Twesten, Unruh, Forckenbeck und andere, erkannten, daß Bismarck auf dem Wege war, einen wesentlichen, vielleicht den besten Teil ihrer Bestrebungen zu erfüllen. Sie sonderten sich daher ab von denen, die um jeden Preis in der Feindseligkeit gegen den Minister beharrten. Dieser Vorgang, der dem Umschwung in der Stimmung des Volkes entsprach, offenbarte sich schon bei der Wahl des Präsidenten. Der Oberbürgermeister v. Grabow, der während der Konfliktszeit die Verhandlungen geleitet und seinem Unmut über die verfassungswidrige Haltung des Ministeriums bei mehreren Gelegenheiten in freimütigen und scharfen Worten Ausdruck gegeben hatte, lehnte angesichts der veränderten Lage eine Wiederwahl ab; er wußte, daß seine Wahl vom König als eine Demonstration gegen die Thronrede aufgefaßt werden würde, und wollte nicht, daß die Aussöhnung an seiner Person scheitere. Die Wahl fiel auf Forckenbeck, der zwar auch auf der Seite der Opposition gestanden, aber durch wiederholte Vermittlungsanträge während des Militärkonflikts seine Bereitwilligkeit zu einer Verständigung bekundet hatte.

Die Umbildung der Parteien erhielt einen neuen Anstoß während der Verhandlungen über die Adresse, die das Abgeordnetenhaus dem König als Antwort auf die Thronrede überreichen wollte. Die Aussichten, daß die Adresse der einmütige Ausdruck einer patriotischen Gesinnung sein werde, waren trotz allem, was inzwischen sich ereignet hatte, noch immer gering. Jede Partei wollte ihre Auffassung der Lage zur Geltung bringen. In der Kommission hatte die Fortschrittspartei die Mehrheit und war entschlossen, für einen von Waldeck vorgeschlagenen, wenig versöhnlichen Entwurf zu stimmen. Infolgedessen traten v. Unruh, Twesten und Lasker aus der Partei; aber erst nachdem die Kommission den Waldeckschen Entwurf schon angenommen hatte, gelang es den Männern der gemäßigten Richtung, ihn durch erhebliche Aenderungen unschädlich zu machen. Bismarck hatte alles aufgeboten, diesen Ausgang zu sichern. Auf sein Zureden ließen die Konservativen ihre Bedenken fallen, und

Digitized by Google

auch die versöhnliche Haltung eines Teiles der liberalen Führer war in erster Linie, so seltsam es klingen mag, sein Werk.

Hatten schon die Präsidentenwahl und die Adreßdebatte gezeigt, daß die liberale Opposition einer Spaltung entgegenging, so trugen die bald nachher beginnenden Verhandlungen über das Indemnitätsgesetz vollends dazu bei, den Riß zu erweitern. Die Redner der unversöhnlichen Richtung wiesen darauf hin, daß man jeder Bürgschaft für ein verfassungsmäßiges Verhalten der Regierung entbehre; wenn man nunmehr die auswärtige Politik des leitenden Ministers unterstützen könne, so gelte es desto mehr, im Innern die Rechte des Volkes zu verteidigen. Bismarck griff am 1. September persönlich in die Debatte ein: Niemand habe in den letzten vier Jahren den andern überzeugt, aber jeder habe geglaubt recht zu handeln. Die Regierung wünsche den Frieden, nicht weil sie kampfunfähig sei, denn gerade in diesem Augenblick fließe die Flut mehr als je zu ihren Gunsten; vielmehr suche sie ihn, weil das Vaterland ihn bei der gegenwärtigen Lage mehr bedürfe als früher, und weil sie ihn jetzt zu finden hoffe, nachdem die Volksvertretung erkannt habe, daß die Regierung den von der Mehrheit der Abgeordneten erstrebten Aufgaben näher stehe, als ihr Schweigen erkennen lasse. In diesem Augenblick, so fuhr er fort, sind die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unsern auf dem Spiele stehenden Einsatz gewissermaßen erhöht, wir haben mehr zu verlieren als vorher, aber gewonnen ist das Spiel noch nicht ... Sehen Sie auf das Verhalten der Völker in Süddeutschland, wie sie sich in den Armeen vertreten finden; da ist der erwünschte Grad von Versöhnlichkeit und von Erkenntnis einer gemeinsamen Aufgabe des gesamten Deutschlands gewiß nicht vorhanden, solange bairische Truppen aus den Eisenbahnwagen meuchlings auf preußische Offiziere schießen. Sehen Sie sich die Haltung der einzelnen Regierungen gegenüber den neu zu bildenden Einrichtungen an: sie ist bei einigen befriedigend, bei andern widerstrebend. Ge-

Digitized by Google

wiß aber ist, daß in Europa Sie kaum eine Macht finden werden, welche die Konstituierung dieses neuen deutschen Gesamtlebens in wohlwollender Weise förderte, welche nicht das Bedürfnis hätte, in ihrer Weise sich an dieser Konstituierung zu beteiligen, sei es auch nur, um einem der mächtigern Bundesgenossen, wie Sachsen, die Möglichkeit nicht zu verkümmern, dieselbe Rolle noch einmal spielen zu können, wie im letzten Kriege. Deshalb ist unsere Aufgabe noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der That und dem Eindrucke nach. Wenn man oft gesagt hat: „Was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verdorben", so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: ‚Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden.'

Dieser warme Appell an den preußischen Patriotismus war nicht vergeblich. Am 3. September wurde das Indemnitätsgesetz mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen. Die Fortschrittspartei war völlig entzweigerissen, 30 ihrer Mitglieder stimmten gegen das Gesetz, 35 dafür. Einige Wochen später veröffentlichten mehrere angesehene Führer der Partei eine Erklärung, daß sie zwar in der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes mit der übrigen liberalen Partei sich einig wüßten, aber angesichts der Lage des Gesamtvaterlandes die Beendigung des innern Konfliktes für unentbehrlich hielten.

Während so diejenigen Liberalen, die nach ihrem eigenen geflügelten Wort den Tag von Königgrätz nicht verschlafen hatten, aus dem Lager der Opposition zu thätiger Mitarbeit an den nationalen Aufgaben übergingen, beseitigten die übrigen jeden Zweifel, daß es ihnen vor allem darauf ankam, ihrem Hasse gegen den leitenden Minister nichts zu vergeben. Am 18. November ging den Abgeordneten der Entwurf eines Dotationsgesetzes zu, worin für die Heerführer, die in hervorragender Weise zum glücklichen Ausgang des Krieges beigetragen hatten, eine Summe von anderthalb Millionen Thaler bereit gestellt werden sollte; die Entscheidung über die Verwendung der Summe sollte dem Könige vorbehalten bleiben. Als dar-

Digitized by Google

auf in der Kommission die Regierung die Generäle Roon, Moltke, Bittenfeld, Steinmetz und Falckenstein als Empfänger der Dotation nannte, beantragte der Abgeordnete Jung, bis dahin ein entschlossener Gegner des Ministeriums, auch für Bismarck eine Dotation. Die Kommission trat dem Antrage bei und nannte den Ministerpräsidenten an erster Stelle eines Nationaldankes würdig. Bei der Beratung im Plenum des Hauses stellten mehrere Mitglieder der Fortschrittspartei, darunter Virchow, den Antrag, die Minister Graf Bismarck und v. Roon aus der Liste zu streichen: man habe ihnen für ihre frühern Sünden Straflosigkeit bewilligt, aber ihnen noch obendrein eine besondere Belohnung zu bewilligen, sei zu viel. Das Gesetz wurde trotzdem fast mit derselben Majorität wie das Indemnitätsgesetz angenommen. Am 12. Februar des folgenden Jahres erhielt Bismarck ein königliches Handschreiben, worin es unter anderm hieß: es werde den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und Ehre ‚wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war. Diesen Ihren Verdiensten von höchster Auszeichnung habe Ich durch Verleihung einer Dotation von vierhunderttausend Thalern eine erneute Anerkennung zu gewähren beschlossen'. Der König knüpfte an die Verleihung den Wunsch, Bismarck möge durch fideikommissarische Anordnungen die Dotation dauernd seiner Familie erhalten. Bekanntlich erfüllte er den Wunsch des Königs durch Ankauf der Besitzung Varzin in Pommern. —

Der Friede im Innern war geschlossen. Dieser Sorge ledig, konnte der preußische Staat sich mit ungeteilter Kraft den Aufgaben zuwenden, die ihm aus der Neuordnung der deutschen Dinge erwuchsen. Nachdem auch die deutschen Verbündeten Oesterreichs die Ueberlegenheit der preußischen Waffen erfahren hatten, suchten sie, jeder auf eigene Hand, ihren Frieden mit dem Sieger zu machen. Für Bismarck begannen damit arbeitsvolle Wochen. Schon in Nikolsburg hatten mehrere der übel beratenen Regierungen

Digitized by Google

den Versuch gemacht, über den Frieden zu verhandeln. ‚Jetzt kommen die Büßenden alle,' schrieb Roon am 28. Juli, ‚Baiern hat seinen Premierminister, der Herzog von Meiningen seinen ersten Adjutanten hergesandt; ebenso der König von Hannover, und der württembergische Minister v. Varnbüler ist zu Bismarcks Aerger angekündigt.' Bismarck war entschlossen, mit den Friedensuchern kurzen Prozeß zu machen und namentlich jede Verquickung mit den Verhandlungen über den preußisch-österreichischen Frieden zu verhüten. Durch den Hinweis, daß für die Behandlung der Gegner ausschließlich politische Erwägungen in Betracht kommen dürften, bewog er den König, einen Brief des Königs von Hannover nicht anzunehmen; den bairischen Minister von der Pfordten, der sich vor der Unterzeichnung der Präliminarien in Nikolsburg einfand, empfing er mit den Worten: ‚Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?' — So schlimm war es nun freilich nicht gemeint, aber die endgültigen Verhandlungen über den Frieden hatte Baiern gleich den übrigen demnächst in Berlin zu führen.

Sogleich in den ersten Tagen nach seiner Heimkehr begann Bismarck diese Verhandlungen, deren Verlauf nicht nur wegen des schließlichen Ergebnisses von der größten Tragweite geworden ist, sondern auch von der Art und Weise Kunde giebt, wie damals die Diplomatie die Erfolge des Schwertes gesichert hat. Nachdem Rußland auf Bismarcks entschiedene Vorstellungen den Plan eines Kongresses aufgegeben hatte, war General Manteuffel in den ersten Tagen des August nach Petersburg gereist, um die letzten Bedenken des Zaren gegen die Absichten der preußischen Politik, namentlich gegen die bevorstehenden Abschlüsse mit den deutschen Mittelstaaten zu beschwichtigen Die Instruktion, die Bismarck dem General erteilte, war auf die Anschauungen des Zaren berechnet: wenn der Friede den von der öffentlichen Meinung in Preußen geforderten Lohn nicht bringe, gefährde er das vitale Interesse der Monarchie; anfangs habe man daran gedacht, von Sachsen, Hannover, Kurhessen starke Gebietsabtretun-

Digitized by Google

gen zu verlangen, aber es habe sich gezeigt, daß diese Staaten lieber einverleibt als zerrissen werden wollten; infolgedessen habe man sich entschieden, Sachsen unverletzt zu lassen, dagegen die beiden andern Staaten ganz zu annektieren. Von Württemberg werde man wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu Rußland keine Abtretung verlangen, auch Darmstadt solle aus Rücksicht auf Rußland glimpflich behandelt werden. — Der Kaiser erkannte im allgemeinen die Haltung des Berliner Kabinetts an, aber er zeigte sich mißvergnügt über die Absetzung ganzer Dynastien, weil dadurch das monarchische Prinzip überhaupt einen schweren Stoß erleide. Als Bismarck die Auffassung des Zaren durch eine Depesche Manteuffels erfuhr, telegraphierte er diesem zurück: Rußland zuliebe habe er Württemberg und Darmstadt so billige Bedingungen bewilligt; wenn das nicht hinreiche, Rußlands Zustimmung zu der Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau zu gewinnen, so werde er auch mit Württemberg und Darmstadt nicht abschließen. Ein Druck des Auslandes könne Preußen zur Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Schritten treiben, denn wenn es zu einer Revolution kommen solle, so wolle er sie lieber machen, als erleiden. Mit Widerstreben unterzog Manteuffel sich der Aufgabe, diesen Ansichten am Petersburger Hofe Gehör zu verschaffen; aus voller Ueberzeugung aber gab er zu verstehen, daß dem reizbaren und tollkühnen preußischen Minister alles Gefährliche zuzutrauen sei. Das wirkte, denn in Petersburg dachte man über Bismarck dasselbe wie Manteuffel.

Indem er in solcher Weise die Abrechnung mit den Mittelstaaten zu einer ausschließlich preußischen Angelegenheit zu machen suchte, führte er im Lauf der nächsten Wochen die Verhandlungen zum Abschluß. Am schnellsten gelang ihm die Verständigung mit Württemberg und Baden, denen außer einer mäßigen Kriegskontribution keine Buße, namentlich keine Gebietsabtretung auferlegt wurde. Dagegen trug seine umsichtige und doch kühn zugreifende Politik aus diesen Verhandlungen noch einen Gewinn

Digitized by Google

von besonderer Art davon. Weder Württemberg noch Baden verspürten große Neigung, in den von Napoleon geplanten süddeutschen Bund einzutreten, jenes, weil es der damit verbundenen Schmälerung seiner Selbständigkeit ohne den Ersatz einer erhöhten Sicherheit widerstrebte, dieses in dem Wunsche, sich möglichst enge an Preußen und den Bund der norddeutschen Brüder anzuschließen. Sobald Bismarck in den Verhandlungen mit dem württembergischen Minister v. Varnbüler dessen gewiß wurde, trug er ihm ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis an, demzufolge Württemberg im Falle eines auswärtigen Angriffs seine Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellen sollte. So geschah es, und unter denselben Bedingungen kam wenige Tage später, am 17. August, auch der Friede mit Baden zu stande. Dem ausgesprochenen Wunsche der badischen Regierung, in den künftigen Norddeutschen Bund aufgenommen zu werden, gab Bismarck nicht statt. Der Kummer der Patrioten, die mit Sorge die Südwestecke Deutschlands außerhalb des neu errichteten Schutzwalles sahen, konnte ihn, so hoch er ihn schätzte, nicht beirren; um die Erreichung seines nächsten Zieles nicht in Frage zu stellen, mußte er den Antrag des patriotischen Großherzogs in jenem Augenblick abweisen. Auch hier zügelte der Verstand seine Wünsche.

Unmittelbar vor dem Abschluß der Nikolsburger Präliminarien hatte er die Eröffnungen Benedettis über Napoleons Kompensationspläne mit einem schnellen ‚Davon später' abgeschnitten. Aber am Morgen des 5. August, desselben Tages, an dem die preußische Thronrede die Wiederherstellung des innern Friedens anbahnte, erhielt er ein Schreiben Benedettis, in dem gesagt war, daß Napoleon als ein Zeichen der Gerechtigkeit und Dankbarkeit Preußens dessen Zustimmung zur Erwerbung deutscher Besitzungen am linken Oberrhein erwarte. Benedetti hatte es, wie er seinem Minister schrieb, bei der Gemütsart Bismarcks vorgezogen, den ersten Eindruck seines Antrages nicht in der Nähe zu beobachten. Am folgenden Tage suchte er Bismarck auf, aber dieser ließ ihn über die Un-

Digitized by Google

erfüllbarkeit der französischen Wünsche keinen Augenblick im Zweifel: der König könne die Bevölkerung des von Frankreich begehrten Gebietes nicht gegen ihren Willen hinausstoßen. Man habe geglaubt, daß Napoleon auf die Freundschaft eines starken Preußens mehr Wert lege als auf Landerwerb; wenn diese Annahme sich als irrig erweise, so falle natürlich jeder Grund fort, die deutsche Einheit auf die Nordstaaten zu beschränken. In der Form höflich, aber in der Sache fest begründete er dem Gesandten diese Sätze, ja er verhehlte ihm nicht, daß Preußen zu einem Kampfe entschlossen sei, wenn der Kaiser die Abweisung seiner Wünsche als Kriegsfall betrachte.

Nichtsdestoweniger erschien ihm ein Krieg mit Frankreich in jenem Augenblick als eine Lösung von jener Art, die man zwar nicht fürchtet, aber doch zu vermeiden sucht, wofern es mit Ehre und ohne Nachteil geschehen kann. Noch war der Friede mit Oesterreich nicht endgültig geschlossen, und auch die süddeutschen Gegner Preußens standen noch unter den Waffen. Als daher Benedetti, nachdem er inzwischen auch in einer Unterredung mit dem König eine abschlägige Antwort erhalten hatte, am Abend des 7. August nochmals bei ihm eintrat, suchte er auszuweichen. ‚Vielleicht könnte man andere Wege finden, Sie zu befriedigen,‘ sagte er; zugleich aber schüchterte er den Gesandten ein, indem er ihm die Gefahren eines Krieges für Frankreich und das Kaisertum vorhielt: Wir rufen nicht bloß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit auf, sondern wir machen auch sofort Frieden mit Oesterreich auf jede Bedingung, überlassen ihm ganz Süddeutschland, . . . gehen vereinigt mit 800 000 Mann über den Rhein und nehmen euch den Elsaß ab; unsre beiden Armeen sind mobil, die eurige ist es nicht.

Die Drohung eines preußisch-österreichischen Angriffs wollte Benedetti zuerst als einen bloßen Schreckschuß ansehen. Da ging Bismarck noch einen Schritt weiter vor, und mit jener verblüffenden Offenheit, in der das Selbstgefühl seiner überlegenen Kraft sich gefiel, teilte er dem Gesandten mit, daß er unmittelbar vor dem Kriege mit

Digitized by Google

dem Wiener Kabinett über einen gemeinsamen Kampf gegen Frankreich verhandelt habe. Benedetti war zwar betroffen, aber er hielt fest an der Ansicht, daß Napoleons Dynastie im höchsten Maße gefährdet sei, wenn die Franzosen erführen, wie schwächlich ihr Kaiser von seinen Forderungen zurückgetreten sei. Auf Bismarck machte das keinen Eindruck. Was war ihm Napoleon! Eine Figur auf dem Schachbrett, die er in demselben Augenblick opferte, wo sein Spiel, das heißt das Interesse Preußens, es verlangte. Demgemäß erklärte er dem Gesandten, der im Begriffe war, nach Paris zu reisen, zum Abschied noch einmal unumwunden die Gefahr der Lage. Lenken Sie, sagte er ihm, den Blick des Kaisers darauf, daß ein solcher Krieg unter Umständen ein Krieg mit revolutionären Schlägen werden kann, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutschen Dynastien den Beweis liefern dürften, fester begründet zu sein als diejenige des Kaisers Napoleon!

Die Drohung, die Revolution zu entfesseln, klingt seltsam genug aus dem Munde des Mannes, der einst der Stolz und die Hoffnung der Kreuzzeitungs-Politiker gewesen war. Aber es war ihm Ernst. Was immer sich ihm in den Weg stellte, zermalmte er; und die Mittel, die er dazu anwandte, sah er weniger darauf an, ob sie dem Kodex der Moralpolitik entsprachen, als darauf, ob sie wirkten. So hatte er gegen Oesterreich in Deutschland die national-demokratische Bewegung, in Ungarn die Insurrektion aufgerufen; als Rußland seinen Kongreßplan verfolgte, war es von ihm unter deutlicher Anspielung auf die revolutionären Gelüste der Polen daran erinnert worden, daß Preußen gegenüber den Einmischungsversuchen der fremden Mächte sich vielleicht gezwungen sehen könne, zum Zweck des Widerstandes nicht nur die volle nationale Kraft Deutschlands, sondern auch der angrenzenden Länder aufzubieten. Auch Napoleon verstand jetzt diese Sprache. Ueberdies war er leidend, und seine Armee in der That zu einem Waffengang mit den Siegern von Sadowa nicht gerüstet. So sah er sich in den Stricken,

Digitized by Google

die er Preußen gelegt hatte, selbst gefangen und, um sich loszuwinden, griff er zu einem recht napoleonischen Mittel: er erklärte den Antrag Benedettis für ein Mißverständnis und ersuchte die preußische Regierung, ihn als nicht geschehen zu betrachten.

Bismarck war dieser Ausgang um so mehr willkommen, als in eben jenen Tagen eine Verwicklung zwischen Oesterreich und Italien den Abschluß des Friedenswerkes noch einmal zu stören drohte. Damals geschah es, daß er Moltke über die Aussichten eines Doppelkrieges gegen Oesterreich und Frankreich befragte. Die Auskunft, die er erhielt, war wenig ermutigend, und er war froh, als er die Gefahr durch sein diplomatisches Vorgehen beseitigt sah. Allerdings den Wunsch Napoleons, jenen Zwischenfall zu vergessen, erfüllte er nicht, im Gegenteil beschloß er, ihn alsbald zu seinem Vorteil zu verwenden. Als nämlich die Verhandlungen mit Baiern und Hessen-Darmstadt sich in die Länge zogen, — König Wilhelm verlangte auch von diesen Staaten eine Gebietsabtretung — beschied Bismarck den bairischen Minister von der Pfordten zu sich, und nachdem er ihm nochmals in fester Sprache die Berechtigung der preußischen Forderungen vorgestellt hatte, änderte er plötzlich den Ton: es gebe noch einen andern Weg zur Verständigung. Darauf eröffnete er dem Erstaunten die Anträge Benedettis vom 5. August und die Antwort, die er darauf erteilt hatte. Da strömte dem Baier, der selbst ein ehrlicher Patriot war, die Freude über, er sprang auf, umarmte Bismarck und unterzeichnete den Frieden und zugleich ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen.

So war geschehen, was Napoleon vor allem zu hintertreiben bemüht war: *die Wehrkraft der deutschen Stämme im Süden und Norden stand im Falle eines Angriffs von außen zusammen.* Noch erfuhr die Welt nichts von dem genialen Spiel des preußischen Ministers; als sie es später erfuhr, knirschten die Gegner Deutschlands in ohnmächtiger Wut und ergingen sich in sittlicher Entrüstung, daß Bismarck durch den Abschluß der geheimen Bündnisse das Napoleon ge-

Digitized by Google

gebene Wort gebrochen habe. Er hätte erwidern können, daß er Napoleon nur zugesagt hatte, einen selbständigen Südbund anzuerkennen, falls dieser zustande käme; nachdem aber der Plan eines solchen Bundes gescheitert sei, habe niemand den süddeutschen Staaten verwehren können, mit andern Mächten ein Bündnis einzugehen. Außerdem sei der Abschluß eines Bündnisses für den Kriegsfall doch etwas anderes als die Ausdehnung des Bundes der norddeutschen Staaten auf den Süden, wovon in den Gesprächen Napoleons mit dem Grafen von der Goltz die Rede gewesen war. — Ueber diese und ähnliche Rechtfertigungsgründe mag Bismarck im stillen gelacht haben, das Lebensinteresse seines Staates war ihm ein genügender Rechtsgrund! Aber daß er im diplomatischen Verkehr mit seinen gefährlichsten Gegnern den Schein des formalen Rechtes niemals preiszugeben gezwungen war, zeugt von der Virtuosität, womit er in der auswärtigen Politik die Technik seiner Kunst beherrschte.

Da drohte noch in zwölfter Stunde eine neue französische Intrigue ihm seine Kreise zu stören. Am 20. August machte Benedetti ihm den Vorschlag eines geheimen Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich, dessen Absicht darin gipfelte, Napoleon die Erwerbung von Luxemburg und Belgien zu ermöglichen. Man weiß, daß später französische Diplomaten und Geschichtschreiber die Behauptung aufgestellt haben, Bismarck sei der Vater dieses Planes gewesen; er habe in seinen Gesprächen mit Govone und Benedetti Frankreich zu Kompensationsansprüchen ermuntert. Daß diese Behauptung nicht ohne weiteres in das Gebiet der Legende zu verweisen ist, steht außer Zweifel, Bismarck hat in der That seit seinem Besuch in Biarritz Napoleon bei jeder Gelegenheit den Gedanken suggeriert, Preußen sei Frankreichs bester Bundesgenosse, und er, Bismarck, werde gegen eine Vergrößerung Frankreichs nichts einzuwenden haben; zu bestimmten Vorschlägen und Anerbietungen freilich hatte er sich zum schweren Verdruß Napoleons niemals herbeigelassen. Als Benedetti jetzt auf Grund jener Aeußerungen einen Wechsel ziehen wollte, er-

Digitized by Google

öffnete Bismarck zunächst wieder ein dilatorisches Spiel. Er machte zu dem französischen Bündnisplan einige Aenderungsvorschläge und ließ sich von dem arglosen Gesandten einen schriftlichen Entwurf des Projektes geben, um, wie er sagte, mit dem Könige darüber zu beraten. In Wirklichkeit traf er sofort diplomatische und militärische Vorkehrungen, um im Notfalle den französischen Annexionsgelüsten mit bewaffneter Hand entgegentreten zu können.

Indessen waren die Aufgaben der auswärtigen Politik, so sehr sie damals im Vordergrund standen, doch nur ein kleiner Teil der Arbeit, die Bismarck nach dem Kriege zu bewältigen hatte. Auch im Innern türmte sie sich hergehoch. Die Verhandlungen mit dem Abgeordnetenhause, die nach Lage der Dinge große Umsicht erforderten, die Einverleibung der neuen Provinzen, die Gründung des Norddeutschen Bundes, dessen Verfassung und Einrichtung brachten eine Fülle der schwierigsten und verantwortlichsten Aufgaben, von denen jede einen ganzen Mann zu erfordern schien. Aber die Riesenkraft Bismarcks hat alle diese Arbeiten bewältigt. Nicht spielend, wie eine oberflächliche Redensart gesagt hat, sondern mit dem vollen Einsatz seiner geistigen und körperlichen Kräfte. Nur das ist an jenem Worte wahr, daß er mit dem Eifer einer unstillbaren Leidenschaft sich auf die Arbeit warf, und daß er in wenigen Wochen Dinge vollbrachte, zu deren Vollendung andere Sterbliche Jahre gebraucht hätten. Aber was er später einmal, es war im Dezember 1872, an Roon schrieb: ‚Meine Federn sind durch Ueberspannung erlahmt', das sollte ihm auch nach den übermenschlichen Anstrengungen widerfahren, die er sich im Herbste des Jahres 1866 auferlegte.

Am 17. August teilte er dem Abgeordnetenhause und unmittelbar darauf dem Herrenhause eine königliche Botschaft mit, die einen Gesetzentwurf über die Einverleibung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der freien Stadt Frankfurt ankündigte. An demselben Tage noch sprach er in einer Kommission des Abgeordnetenhauses über die Erwägungen,

Digitized by Google

von denen die preußische Politik in dieser Frage geleitet werde: Um zu verhüten, daß jemals wieder befreundete und verwandte Volksstämme, durch ihre Regierungen genötigt, Preußen im Rücken seiner Heere entgegentreten könnten, gebe es drei Methoden. Man könne die Hoheitsrechte in den betreffenden Staaten etwa in der Weise teilen, daß es dort künftig einen Militär- und Civilherrscher gebe. Aber dieses System habe mehrere Nachteile. Nicht nur verursache es der Bevölkerung das bittere Gefühl, Preußen zweiter Klasse zu sein, sondern es führe auch zu einer unzweckmäßigen Rivalität zwischen den beiden Herrschern, von denen der eine, der militärische, immer mit Anforderungen komme, während alle wohlthätigen Einflüsse der Civilverwaltung in den Händen des andern blieben. Eine andere Methode sei die Zerreißung der Staaten, ein Verfahren, welches in dem selbständig bleibenden Teile eine entschiedene Abneigung gegen Preußen lebendig erhalten werde. Unter diesen Umständen empfehle sich als der beste Weg die Einverleibung und vollkommene Verschmelzung, indem man das Interesse der Regierten über das der Dynastien stelle. Das Widerstreben der Bevölkerung, zumal des Beamten- und Offizierstandes, die sich durch ihre Treue an die frühern Regierungen gebunden fühlten, hoffe man auf deutsche Art, durch Schonung der Eigentümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht auf romanische Art mit einem Schlage zu überwinden.

Als dennoch am 25. August in der Kommission der Vorwurf erhoben wurde, daß Preußen die Annexionen auf keinen andern Rechtstitel als die nackte Gewalt stütze, fuhr er auf: die Eroberung sei begründet durch das Recht der deutschen Nation, zu existieren und zu atmen, ein Recht, welches Preußen die Pflicht auferlege, dem deutschen Volke die für sein staatliches Dasein erforderliche Basis zu liefern. Die Mehrheit der Kommission ging übrigens insofern noch über den Regierungsentwurf hinaus, als sie statt der einstweilen beabsichtigten Personalunion die sofortige Realunion beantragte. Bismarck erkannte diesen Antrag als eine Verbesserung des Regierungsentwurfs an: die Personalunion

Digitized by Google

sei auf die Dauer allerdings nicht wünschenswert und zur Entwicklung der wahren nationalen Kraft nicht geeignet, das Staatsministerium habe sie für eine Uebergangszeit in Aussicht genommen, weil eine sofortige Einführung der preußischen Verfassung die Rechtseigentümlichkeiten der neuen Provinzen zu zerstören und die Regierung in ihren Anordnungen vielleicht allzu sehr zu beengen drohe; für die Zwischenzeit beanspruche das Ministerium eine Art ehrlicher Diktatur, um ohne Verzug diejenigen Anordnungen verfügen zu können, die dem Besten der einzuverleibenden Länder entsprächen. Am 7. September nahm das Abgeordnetenhaus mit der überwältigenden Mehrheit von 273 gegen 14 Stimmen die mit Bismarcks Zustimmung von der Kommission abgeänderte Vorlage an. Als der Tag, an dem in den neuen Provinzen die preußische Verfassung in Kraft treten sollte, war der 1. Oktober des folgenden Jahres festgesetzt worden.

Nachdem das Ergebnis der Abstimmung verkündigt war, legte Bismarck dem Hause den Gesetzentwurf über die Einverleibung von Schleswig-Holstein vor. Die Mitteilungen, die er während der Beratung dem gespannt lauschenden Hause über Preußens Stellung zu Frankreich machte, erregten weit über Deutschland hinaus das Interesse der Politiker. Am Schlusse seiner Rede beschwor er die Abgeordneten, die Verhandlungen im gegenwärtigen Augenblick nicht zu einer Ablagerung von Parteiansichten zu benutzen, sondern ‚den Blick nur nach außen zu richten und die Notwendigkeit im Auge zu behalten, daß wir Rücken an Rücken stehen und das Gesicht dem Auslande zuwenden müssen, um gemeinschaftlich unsere Interessen zu wahren'. Mehr durfte er damals noch nicht sagen. — Der in dieser Mahnung liegende Gedanke erklärt auch die Grundzüge des Planes, den er für die Errichtung des Norddeutschen Bundes absteckte. Schon am 4. August hatte er den Regierungen der norddeutschen Staaten den Entwurf eines Bündnisvertrags mitgeteilt, worin er als den vornehmlichen Zweck des zu begründenden Bundes die innere und äußere Sicherheit der beitretenden Staaten hin-

Digitized by Google

stellte; Bevollmächtigte der einzelnen Regierungen sollten demnächst in Berlin zusammentreten, um mit dem Parlament die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu vereinbaren. Bis zum 21. August hatten sämtliche Regierungen, an die Bismarck die Einladung zum Beitritt gerichtet hatte, sich bereit erklärt, einzelne allerdings unter einem gewissen Vorbehalt hinsichtlich der künftigen Bundesverfassung. Dagegen regte sich schon damals und zwar an einer Stelle, wo man es kaum erwartet hätte, ein ernstlicher Widerstand.

Die Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses hatten nur wenig Neigung zu einem norddeutschen Parlament, wie Bismarck es beabsichtigte. Die einen sagten, bei der geringen Bedeutung der außerpreußischen Bundesstaaten sei ein derartiges Parlament ein Luxus, den man sich am besten dadurch erspare, daß man für Bundesangelegenheiten Delegierte aus den verbündeten Staaten in den preußischen Landtag berufe; das Nebeneinandertagen zweier Parlamente werde notwendig das Ansehen und den Einfluß beider schwächen. Andere befürchteten von Bismarck mit Hilfe der Wählermassen eine Vergewaltigung des ihm allzu selbständig erscheinenden Bürgertums; wieder andere gaben vor, er beabsichtige durch das norddeutsche Parlament das Verlangen nach einer gesamtdeutschen Volksvertretung auf absehbare Zeit zum Schweigen zu bringen. Obwohl Bismarck schon in jenen Wochen das Maß seiner Körperkraft beinahe erschöpft hatte, hielt er es doch für notwendig, persönlich in die Debatten einzugreifen: Die verbündeten Regierungen hätten sich darüber geeinigt, die Wahlen zum Parlament auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849, also nach dem Grundsatz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vorzunehmen; wenn nunmehr Preußen, dem Wunsche des Abgeordnetenhauses nachgebend, an diesem wichtigen Punkte von der Vereinbarung zurücktrete, so gebe es natürlich auch den Regierungen und Landtagen seiner Verbündeten das Recht, durch Abänderungsanträge dem Werke neue Hindernisse zu bereiten.

Ein anderer besonders wuchtiger Angriff gegen das künftige Parlament erfolgte aus dem Lager der preußischen

Digitized by Google

Partikularisten: es sei eine Herabsetzung der preußischen Volksvertretung, daß sie bei der Beratung über die Bundesverfassung nicht gehört werden solle. Demgemäß beantragte die Kommission des Abgeordnetenhauses, dem verfassunggebenden Reichstag nur eine beratende Vollmacht zu gewähren, aber die endgültige Beschlußfassung dem preußischen Landtage vorzubehalten. Und wie zur Illustration dessen, was man nach der Annahme dieses Satzes zu erwarten hatte, erklärte ein Redner, es sei an der Zeit, anstatt des Staatenbundes einen straffer geschlossenen Staat einzurichten und dem preußischen Könige die deutsche Krone aufzusetzen. In nachdrücklichen Worten warnte Bismarck auch jetzt wieder vor dem verhängnisvollen Fehler, unter dem Drucke der Waffenerfolge mehr zu fordern, als man zur Grundlage künftiger praktischer Entwicklung notwendig haben müsse. Für die Volksvertreter sei es leicht, sich der Neigung hinzugeben, die Regierungsvorlagen zu korrigieren und das übrige dem Minister zu überlassen, dem es obliege, aus dem Ganzen mit den andern Faktoren des innern Staatslebens und des Auslandes einen Vers zu machen. Wenn man ihn table, daß er den von den Truppen erfochtenen Sieg nicht weiter ausgenutzt habe, so werde die Zukunft zeigen, ob Preußen wohlgethan habe, sich mit den erreichten Bedingungen zu begnügen. Alle Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt hätten, bleibe einer spätern Zeit vorbehalten; wenn man sie kenne, werde man der Regierung schwerlich das Zeugnis versagen, daß die Benutzung des Sieges ‚ziemlich kühn' gewesen sei. Von wiederholten Beifallsäußerungen unterbrochen, legte er dar, daß es eine schwere Kunst sei, in der Ausbeutung eines Sieges die Linie nicht zu überschreiten, wo der Mut in Waghalsigkeit ausarte und alle Errungenschaften aufs Spiel setze.

Heute weiß man, daß der Staatsmann, der sich mit solchen Worten gegen den Vorwurf einer zaghaften Ausnutzung des Sieges verteidigte, in Wahrheit ein diplomatisches Spiel durchgeführt hatte, dessen Kühnheit jedem andern, der nicht zugleich über die geniale Meisterschaft,

Digitized by Google

Sicherheit und Umsicht Bismarcks gebot, zum Verderben ausgeschlagen wäre. Dem Abgeordneten Virchow, der auch jetzt noch bezweifelte, daß man auf dem betretenen Wege zu dem Ziele der nationalen Einigung gelangen werde, entgegnete er unter der Heiterkeit des Hauses, die Regierung dürfe den Zweifel des Gelehrten als ein gutes Vorzeichen auffassen, weil in den letzten vier Jahren von dem, was er über die Ergebnisse der preußischen Politik prophezeit habe, stets das Gegenteil eingetroffen sei. Auch den Tragödien der Weltgeschichte folgt bisweilen ein Satyrspiel.

Nachdem endlich der preußische Landtag das ihm vorgelegte Wahlgesetz für den Norddeutschen Reichstag mit großer Mehrheit angenommen hatte, verursachte eine Erkrankung Bismarcks eine unwillkommene Stockung. Die Anstrengungen der letzten Monate, die unausgesetzte Spannung seiner körperlichen und seelischen Kräfte, die schwere Last der auf ihm ruhenden Verantwortlichkeit hatten ihm derartig zugesetzt, daß er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf Befehl der Aerzte sich völlige Enthaltsamkeit von allen Geschäften auferlegen mußte. Die Seeluftbäder auf Rügen, in dessen nervenstärkende Waldeinsamkeit er sich für mehrere Wochen flüchtete, wirkten jedoch Wunder; anfangs Dezember kehrte er mit frischen Kräften nach Berlin zurück.

Hier harrte seiner zunächst der Abschluß des Norddeutschen Bundes. Inzwischen waren nämlich auch die Friedensverhandlungen mit den letzten Gegnern, zumal mit dem Königreich Sachsen, zu Ende geführt worden, und am 15. Dezember erwartete man in Berlin die Bevollmächtigten der verbündeten Regierungen zur Feststellung des Verfassungsentwurfs, der dem ersten Norddeutschen Reichstag vorgelegt werden mußte. In Bismarcks Abwesenheit hatten v. Savigny, der letzte Bundestagsgesandte, und Max Duncker zwei Entwürfe ausgearbeitet, aber sie genügten ihm nicht, angeblich, weil sie die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu gunsten der Bundesgewalt mehr einengten, als ihm gerecht und nützlich schien; auch hier wich er nicht davon ab, nur das Unerläßliche zu fordern. Aber der 15. De-

Digitized by Google

zember war nahe, und wenn die Abgesandten der Verbündeten alsdann keinen fertigen Verfassungsentwurf vorfanden, so hatte Preußen zu dem allgemeinen Spott auch noch den Schaden. Unter diesen Umständen diktierte Bismarck am Nachmittag des 13. Dezember Lothar Bucher die wichtigen Artikel über den Bundesrat, den Reichstag und das Bundespräsidium aus dem Kopfe, für die übrigen Abschnitte der Verfassung gab er so bestimmte Weisungen, daß am folgenden Morgen der Entwurf fertig war. Nachdem dieser noch an demselben Tage die Zustimmung des preußischen Ministeriums erhalten hatte, konnte er am Abend des 15. Dezember in der ersten, von Bismarck eröffneten Konferenz den Bevollmächtigten der Regierungen mitgeteilt werden.

Es war ein denkwürdiger Augenblick, bei dem die Gedanken noch heute gern verweilen. Die fremden Abgesandten waren am Nachmittag einer Einladung zur königlichen Tafel gefolgt. Als sie sich gegen 7 Uhr verabschiedeten, teilte Bismarck ihnen mit, daß die Konferenz um $^1/_2$9 Uhr eröffnet werden solle. ‚Morgen früh?' fragte ihn einer der Gesandten, und er war nicht wenig überrascht, als Bismarck ihn über seinen Irrtum aufklärte. In seiner Eröffnungsrede betonte dieser, der alte Bund habe nach außen seinen Mitgliedern nicht die erforderliche Sicherheit gewährt, im Innern die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt gefesselt. Indem Preußen diesen Uebeln durch eine neue Bundesverfassung abzuhelfen trachte, verkenne es nicht die Opfer, die den Einzelnen zu gunsten der Gesamtheit zugemutet würden; indessen habe der vorliegende Entwurf sich auf die anerkannten Bedürfnisse beschränkt und darüber hinaus jeden Eingriff der Bundesgewalt in die Selbständigkeit der verbündeten Staaten vermieden. Er schloß mit der Versicherung, daß der einmütige Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte, getragen von den nationalen Wünschen des deutschen Volkes, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde. Das sagte er in so gewinnendem Tone, daß auch diejenigen Gesandten, die mit schlechtem Gewissen und beklommenem

Digitized by Google

Herzen in die Konferenz gegangen waren, den Dingen mit Zuversicht entgegenblickten. ‚Entweder,‘ so schrieb nach dem Eindruck der ersten Konferenz einer der Gesandten, ‚haben den Grafen Bismarck seine Krankheit und seine Erfolge gezähmt und ihn äußerst liebenswürdig gemacht, oder er verbeißt nur seine Kraft wie ein nicht bloß erträglich civilisierter, sondern vollkommen wohlerzogener Löwe.‘

Mancher hatte geglaubt, Bismarck werde das Werk der Paulskirche, dem er das allgemeine und gleiche Wahlrecht entlehnt hatte, auch für andre wesentliche Stücke der Bundesverfassung zum Vorbild nehmen. Auch heute noch begegnet man mitunter der Meinung, er habe in der Hauptsache die Ideen des Jahres 1848 verwirklicht. Für den einen und andern mag in dieser Vorstellung etwas Tröstliches liegen, aber ein Irrtum ist sie darum doch. Denn Bismarcks Staatskunst, sein der Theorie abholder und ausschließlich nach den praktischen Bedürfnissen fragender Realismus offenbart sich vielleicht nirgends deutlicher als an den Punkten, an denen er die Bestimmungen der Reichsverfassung vom 28. März des Jahres 1849 auf die Seite schob und durch neue, eigene Gedanken ersetzte. Dort, in der Frankfurter Verfassung, eine stark centralistische Reichsgewalt, deren Träger, der Kaiser, von dem Parlament, das ihm die Krone antrug, so sehr abhängig sein sollte, daß die monarchische Spitze des Reiches mit der Zeit zu einer inhaltlosen Form werden mußte, — hier, in Bismarcks Entwurf, eine Bundesgewalt, die sich nicht auf den unsichern Triebsand parlamentarischer Mehrheiten, sondern in erster Linie auf die solide Macht des preußischen Königtums gründete; dort als eine Art Pairskammer des Reichstags ein Staatenhaus, dessen Mitglieder zur Hälfte von den Bundesregierungen, zur andern von den einzelnen Landtagen ernannt werden sollten, während im übrigen die Bundesfürsten nahezu mediatisiert wurden und keinen Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung hatten — hier, unabhängig vom Parlament ein ausschließlich von den verbündeten Regierungen bestellter Bundesrat, der nicht nur dem Reichstag als ebenbürtiger Träger der Gesetzgebung

Digitized by Google

gegenüberstand, sondern auch mit einem großen Anteil an der Exekutivgewalt ausgestattet war; dort ein über alle Wirklichkeit hinweg fliegender, unitarischer und liberaler Idealismus, — hier ein nüchterner, auf die Interessen Preußens und des deutschen Volkes zugeschnittener Plan; dort endlich ein neues Staatswesen, welches die historischen Gebilde zu zersetzen und zu verschlingen drohte — hier eine Weiterbildung des Bestehenden: das unaufhaltsam in Deutschland hineinwachsende Preußen.

Die preußische Monarchie erfuhr, das wollte Bismarck, einen ungeahnten Zuwachs an Gebiet und Macht. Hatte der Friede ihr drei neue blühende Provinzen gebracht, so sicherte sein Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes ihr den uneingeschränkten Oberbefehl über die gesamten, nach preußischem Muster eingerichteten Streitkräfte des Bundes und dessen völkerrechtliche Vertretung. So war die Wucht des Bundes unverkennbar nach außen gerichtet; für die inneren Verhältnisse nahm Bismarcks Entwurf eine gemeinsame und einheitliche Regelung der Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimatsverhältnisse und Staatsbürgerrecht, namentlich aber eine Anzahl von Gesetzen in Aussicht, die den gemeinsamen Interessen des Handels und Verkehrs gerecht werden sollten. Auf diesen Gebieten war auch dem Bundesrat eine wichtige Stellung eingeräumt, und während in militärischen Fragen die Möglichkeit einer Ueberstimmung Preußens völlig ausgeschlossen war, erschien hier der Bundescharakter durchaus gewahrt. Verfügte doch Preußen, dessen Bevölkerung mehr als vier Fünftel der Bundesbevölkerung betrug, im Bundesrat nur über 17 von 43 Stimmen, so daß die Annahme von Anträgen gegen seinen Widerspruch immerhin denkbar war.

Natürlich hatte Bismarck diesen Fall vorausgesehen; aber nachdem er die für Preußens Machtentfaltung gefährlichsten Dynastien unschädlich gemacht hatte, kam es ihm darauf an, die übrigen zu zuverlässigen Stützen der neuen Einrichtungen zu machen. Dieselbe maßvolle Weisheit, die ihn zurückgehalten hatte, den Sieg über Oesterreich bis an die

Digitized by Google

Grenze des Erreichbaren auszubeuten, leitete ihn auch hier. Sogar die Zahl der Stimmen, die er Preußen im Bundesrat zuwies, ist in dieser Hinsicht von Bedeutung. Daß er für Preußen gerade 17 Stimmen verlangte, geschah deshalb, weil er sich dabei auf das Stimmenverhältnis am alten Bundestag berufen konnte. Hier hatte nämlich, wenigstens im Plenum, Preußen vier Stimmen gehabt, Hannover ebenso viele, Kurhessen und Holstein je drei, Nassau zwei, Frankfurt eine. Indem er nun den Mitgliedern des Norddeutschen Bundes diejenige Stimmenzahl ließ, die sie im Plenum des Bundestags gehabt hatten, konnte er mit gutem Grunde den Satz aufstellen, daß die Stimmen der von Preußen annektierten Gebiete den preußischen Stimmen zugezählt werden müßten. In diesem Bestreben, an die früheren, geschichtlich gewordenen Verhältnisse und Thatsachen anzuknüpfen, bethätigte sich der konservative Charakter seiner Politik.

Am 7. Februar 1867 waren die Beratungen der Abgesandten zu Ende. Bismarck, in jenen Wochen durch andere Vorgänge in Anspruch genommen, hatte mit der Leitung der Konferenzen v. Savigny beauftragt, der zufolge einer ihm gewordenen Weisung die Wünsche der Gesandten zwar geduldig entgegennahm, aber in den Hauptpunkten keinen Abänderungsanträgen Raum gab. So kam es, daß der Verfassungsentwurf, der im Namen der verbündeten Regierungen dem am 12. Februar gewählten und am 24. eröffneten Norddeutschen Reichstag vorgelegt wurde, ganz das Gepräge des Bismarckschen Geistes trug.

Auch in den Verhandlungen des Reichstags tauchten eine Anzahl von Bedenken und Widerständen auf, deren Ueberwindung ein nicht geringes Maß von Umsicht und Ausdauer erforderte. Das Verhältnis der Parteien war so, daß die junge nationalliberale Partei, die sich im vorhergehenden Herbste durch Ablösung von der liberalen Opposition gebildet hatte, unter allen Umständen den Ausschlag gab. Ihre Führer, unter denen neben den altpreußischen Abgeordneten die Hannoveraner v. Bennigsen und Miquel hervortraten, waren zwar gesonnen, das nationale

Digitized by Google

Einigungswerk zu fördern und die Verfassung unter Dach zu bringen, andererseits aber auch möglichst ausgiebige und starke Bürgschaften gegen rückläufige und reaktionäre Bestrebungen zu verlangen. Unter diesen Umständen stand kaum zu erwarten, daß der Entwurf ohne Nachgeben von seiten der verbündeten Regierungen Annahme finden werde. Zu einem Kompromiß mit dem liberalen Geiste war Bismarck ohnedies entschlossen. Er hatte ihn ja, wir sahen es, in sich selbst vollzogen, und die Frage war nur, bis zu welchem Punkte er jetzt gehen, und ob die konservative Partei, die immerhin mit den verwandten Freikonservativen über die ansehnliche Zahl von 95 Stimmen verfügte, ihm darin folgen werde. That sie es nicht, so stellte sie den leitenden Minister, der sich bis dahin allein auf sie gestützt hatte, vor die Wahl, entweder auf das begonnene Werk zu verzichten oder den Bruch mit seinen alten Parteigenossen nicht zu scheuen. In dieser Wahl, deren Entscheidung nicht zweifelhaft sein konnte, lagen die Keime einer schweren Verwicklung. —

Als Bismarck in der 6. Sitzung des Reichstags, am 4. März, den Entwurf der Bundesverfassung vorlegte, wies er die Abgeordneten darauf hin, daß das am 18. August des vorhergehenden Jahres abgeschlossene Bündnis vorläufig nur für die Dauer eines Jahres bestehe, es gelte daher, das Verfassungswerk in den noch ausstehenden $5^1/_2$ Monaten zu vollenden. Eile thue um so mehr not, weil manche Landtage sich vorbehalten hätten, die Bundesverfassung ihren Beschlüssen zu unterziehen; überdies werde die vertragsmäßige Regelung der Beziehungen zu Süddeutschland durch den raschen und entschiedenen Abschluß des Norddeutschen Bundes wesentlich gefördert. Mit beweglichen Worten ermahnte er den Reichstag, den alten deutschen Sondergeist, den Mangel an Gefügigkeit zu gunsten des Gemeinwesens, zu überwinden. Die Regierungen seien mit einem guten Beispiel vorangegangen, jede von ihnen habe erhebliche Bedenken und mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele opfern müssen. ‚Liefern auch wir den Beweis, daß Deutschland

Digitized by Google

in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und Erfurt ziehen mußten!'

Trotz dieser Mahnung nahmen die Verhandlungen in den ersten Tagen einen Verlauf, der, wenn auch nicht die Ablehnung des Entwurfs, so doch eine unerwünschte Verschleppung in Aussicht stellte. Daß die an Zahl allerdings schwachen Partikularisten von der Bundesverfassung nichts wissen wollten, hatte niemand anders erwartet; auch die Vertreter der katholischen Partei widerstrebten, weil sie die Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland als eine Niederlage ihrer eigenen Sache beklagten. Ernster, weil für das Gelingen des Werkes gefährlicher, waren die Bedenken, die von liberaler Seite gegen den Entwurf erhoben wurden. Die einen waren unzufrieden, daß Preußen an der Mainlinie Halt gemacht hatte und die süddeutschen Staaten nicht in den Bund aufnehmen wollte; andere, davon ausgehend, daß Preußen mit seinen nahezu 25 Millionen Einwohnern keinen ernsthaften Bund mit den Zwergstaaten Norddeutschlands eingehen könne, wollten das wirkliche Machtverhältnis durch eine andere Gestaltung des Bundesrats und durch eine straffere Einheit zum Ausdruck gebracht wissen; alle endlich verlangten in den Artikeln, die von der Bundesarmee handelten, größere Garantien für das Budgetrecht der Volksvertretung. Nachdem in heißen Debatten, deren Schwung mitunter an die Begeisterung der Redner in der Paulskirche erinnert, mehrere Tage für und wider den Entwurf gestritten worden war, erhob sich am 11. März, mit Spannung erwartet, Bismarck selbst zur Verteidigung seines Werkes: Man habe nicht die Absicht gehabt, ein theoretisches Ideal einer Bundesverfassung herzustellen, in der einerseits die Einheit Deutschlands auf ewig verbürgt, andererseits jeder partikularistischen Regung freie Bewegung gesichert werde. Einen solchen Stein der Weisen zu entdecken, müsse man der Zukunft überlassen, und es sei nicht die Aufgabe der Gegenwart, dieser Quadratur des Cirkels um einige Dezimalstellen näher zu rücken.

Digitized by Google

In Erinnerung an die Widerstandskräfte, an denen die frühern Versuche in Frankfurt und Erfurt gescheitert seien, habe er sich bemüht, diese Kräfte so wenig herauszufordern, als es mit dem Zwecke verträglich sei. Das Elaborat, das dadurch zu stande gekommen sei, möge man mit dem Namen einer Verfassung belegen oder nicht — zur Sache thue das nichts. Denn wenn es vom Reichstag angenommen werde, so sei für das deutsche Volk die Bahn frei, auf der es zu seinen Zielen gelangen werde. Namentlich von zwei Seiten habe man gegen den Entwurf Einwendungen gemacht und Wünsche geäußert: von der unitarischen und partikularistischen. Von der unitarischen erwarte man ein konstitutionelles und verantwortliches Ministerium. Wer aber solle das ernennen? Ein Konsortium von 22 Regierungen sei dazu natürlich nicht imstande, und ebenso wenig könne man in einem wirklichen Bunde von jenen 22 Regierungen 21 von der Teilnahme an der Exekutive ausschließen. Dem Verlangen nach verantwortlichen Bundesministern könne daher nur in der Weise genügt werden, daß man eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter schaffe; das aber sei kein Bundesverhältnis mehr, sondern die Mediatisierung der Verbündeten. Und wenn man gesagt habe, daß Preußen eine solche Mediatisierung erzwingen könne, so erscheine ihm die Anwendung von Gewalt ebenso undenkbar gegen die, mit denen man soeben einen völkerrechtlichen Frieden geschlossen habe, wie gegen die Bundesgenossen, die im Augenblick der Gefahr treu zu Preußen gestanden hätten. Weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber dürfe Gewalt die Basis des Bundes sein, sondern Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens. Schwerer und ernstlicher aber als die vom unitarischen Standpunkte erhobenen Bedenken seien die partikularistischen. Dabei denke er nicht an den Partikularismus von Dynastien oder widerstrebenden Kasten in irgend einem Staate, sondern an eine neue Spezies von Partikularismus, den parlamentarischen. Wenn man früher vom dynastischen Standpunkte aus gerufen habe: ‚Hie Waiblingen!‘ ‚Hie Welf!‘ so heiße es jetzt: ‚Hie Landtag!‘ „‚Hie Reichstag!‘ Man habe

Digitized by Google

gesagt, die preußische Verfassung stehe einstweilen über der Reichsverfassung, und der preußische Landtag werde nur unter bestimmten Bedingungen und Abänderungen die Bundesverfassung anerkennen. Wenn man in solcher Weise das, was mit großer Mühe zwischen der Gesamtheit der Bundesregierungen und den Vertretern von 30 Millionen Deutschen vereinbart worden sei, vor die Assisen des preußischen Landtags zitiere, so beschleiche ihn ein demütigendes Gefühl, weil die neuen Bundesgenossen so rasch die Illusion verlieren müßten, daß der Mensch wirklich mit seinen größern Zwecken wachse, und daß der weitere Gesichtskreis, den der größere Staat haben solle, sich auch allen seinen Mitgliedern mitteile. Mit dem gleichen Rechte wie der preußische Landtag könne natürlich jeder andere erklären: ‚wenn unsere Rechte nicht geschont werden, so spielen wir nicht mit.' Wer jedoch ein derartiges Recht für den preußischen oder irgend einen andern Landtag in Anspruch nehme, unterschätze den Ernst der Lage. Glauben Sie wirklich, rief er den Abgeordneten zu, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siciliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiele, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Millionen deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, daß die Tausende und Abertausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können, — meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation!

Darauf wandte er sich gegen die Einwendungen derer, die eine Schädigung des konstitutionellen Lebens zu befürchten schienen: Er erklärte es für undenkbar, daß eine Regierung, die sich die Aufgabe gestellt habe, die nicht überall in Europa mit Wohlwollen gesehene deutsche Einheit zu schmieden, darauf ausgehe, die Rechte der Bevölkerung zu unterdrücken und sich auf ein wildes Reaktions-

Digitized by Google

wesen einzulassen. Allerdings sei es nicht wohlgethan, daß die Volksvertretung den Einfluß, den sie erstrebe und den man ihr gönne, vorzugsweise an der Armee übe, anstatt sich anderen, besser geeigneten Feldern zuzuwenden. Namentlich in einem Bundesstaat sei es bedenklich, wenn das Parlament in jedem Jahre durch Beschlüsse über Ausdehnung und Zusammensetzung der Armee die Fundamente der Sicherheit und der staatlichen Existenz erschüttern könne. Das mache ihm den Eindruck eines Deichverbandes, in dem Jahr für Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt werde, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollten oder nicht; aus einem solchen Deichverbande würde er ausscheiden und sich nicht der Gefahr hingeben, daß einmal diejenigen, die die Wirtschaft mit freier Weide wünschten, über die, die mit bestellten und wasserfreien Aeckern wirtschafteten, die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserflut zu Grunde gingen.

Alsdann entkräftete er den Vorwurf, Süddeutschland ohne Schutzwehr gelassen zu haben. Die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland sei in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handle, endgültig gesichert; im Süden könne kein Zweifel darüber sein, daß, wenn er gefährdet werden sollte, Norddeutschland ihm unbedingt brüderlich beistehen werde, und im Norden sei man des Beistandes der Süddeutschen gegen jeden Angriff von außen sicher.

Unbeschreiblicher Jubel folgte dieser Erklärung, die in jenem Augenblick durch Vorgänge in der auswärtigen Politik, von denen nachher die Rede sein soll, erhöhte Bedeutung erhielt. Die gewaltige Rede, die den Strom der Debatte in seine Ufer zurückzwang, schloß mit dem berühmt gewordenen Worte: ‚Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland in den Sattel! Reiten wird es schon können.‘

Diese Mahnung war nicht unnötig. In den am 18. März beginnenden Verhandlungen über die einzelnen Artikel des Verfassungsentwurfes hielten weder die Gegner noch die Freunde mit ihren Wünschen zurück. Bismarck erschien fast täglich im Reichstag und nahm oft das Wort gegen

Digitized by Google

die von allen Seiten erhobenen Aenderungsanträge. Im allgemeinen überraschte er hüben und drüben durch versöhnliches Auftreten, in vielen Fällen kam er den Wünschen des Parlaments entgegen. Nur in den Hauptpunkten, die an das Fundament und das Wesen der Bundesverfassung gingen, hielt er an dem ursprünglichen Entwurfe fest. Und daß die alte Kampflust aus den Jahren des Konflikts, obwohl äußerlich gedämpft, in seiner Seele weiterglomm, erfuhr man, als welfische, dänische und polnische Vorstöße ihn herausforderten: in loderndem Zorn und mit grimmigen Schlägen warf er sich den Angreifern entgegen.

Den Anlaß zu einer Abwehr welfischer Anmaßungen gab ihm der Abgeordnete v. Münchhausen, indem er das Verfahren Preußens gegen Hannover, namentlich die kürzlich erfolgte Beschlagnahme des Welfenvermögens, als einen Gewaltakt und eine Verletzung des Vertrages von Langensalza zu brandmarken suchte. Zum Verständnis des Vorfalles sei daran erinnert, daß sich im Herbste des Vorjahres in Hannover eine weitverzweigte Verschwörung gebildet hatte, die darauf ausging, die Bevölkerung gegen Preußen aufzuhetzen, für den nahe geglaubten Fall eines neuen Waffenganges eine welfische Legion bereit zu halten und den abgesetzten König, der von seinem gesicherten österreichischen Exil aus die Fäden der Verschwörung leitete, auf den Welfenthron zurückzuführen. Einige Wochen hindurch erging sich die Opposition, die zumeist in die Kreise des Adels, der Offiziere und der Beamten Eingang fand, in gehässigen Kundgebungen gegen die neue Regierung, die aus begreiflicher, aber wenig angebrachter Nachsicht die Dinge eine Zeit lang geschehen ließ. Das änderte sich, als Bismarck von Rügen zurückkehrte. Sofort bewirkte er eine königliche Verfügung an den preußischen Generalgouverneur in Hannover, die diesen anwies, mit aller Strenge gegen die welfischen Umtriebe vorzugehen und die Führer der Agitation ohne Unterschied des Standes zu verhaften und in der Festung Minden einzusperren. Das half; wenigstens der offene Widerstand war mit einem Schlage gebrochen. Den welfischen Freiherrn aber, der es jetzt unter-

Digitized by Google

nahm, die in Hannover nicht mehr ungefährliche Agitation unter dem Schutz der parlamentarischen Redefreiheit in den Norddeutschen Reichstag zu verlegen, führte er gründlich ab: Daß in Hannover augenblicklich bis zum Inkrafttreten der preußischen Verfassung der Absolutismus herrsche, habe es, wie sein ganzes Unglück, selbst verschuldet. Er, Bismarck, habe die hannoverschen Minister gewarnt, er habe ihnen vorgehalten, daß Preußen zwischen Hamburg, Minden und Köln keinen Staat dulden könne, der Miene mache, ihm bei jeder Gelegenheit die Waffe in den Rücken zu rennen. Aber im Vertrauen auf 800 000 Oesterreicher hätten sie sich über den Ernst der Lage getäuscht; ob in dem Dünkel, mit dem Gott öfters die Fürsten schlage, oder in derjenigen Unkenntnis, in der viele Minister und Diplomaten sich über die Realitäten des Lebens befänden, lasse er dahingestellt. Jedenfalls aber habe man den Krieg mit offenen Augen gewollt, man sei entschlossen gewesen, im Falle des Sieges preußische Provinzen zu nehmen und habe daher kein Recht, sich nachher über die Folgen zu beklagen. ‚Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel gestellt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite giebt, dann soll man sich darnach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen.‘ Sobald die Uebergangszeit vorüber sei, werde man in Hannover die Garantien der persönlichen Freiheit ebenso achten, wie in den übrigen Provinzen der Monarchie; inzwischen aber rate er den Welfen dringend, Preußen nicht herauszufordern, sie würden einer Energie begegnen, der sie nicht gewachsen wären.

Den dänisch gesinnten Abgeordneten Kryger, der gegen die Aufnahme in den Norddeutschen Bund protestierte, weil der Prager Friede für die Bewohner des nördlichen Schleswig ein Recht der Selbstbestimmung anerkenne, fertigte er mit dem Satze ab, daß die Grenze, bis zu welcher die erwähnte Selbstbestimmung reichen solle, ausschließlich

Digitized by Google

durch das Interesse Preußens an seiner militärischen Sicherheit bestimmt werde; der Prager Friede rede nur im allgemeinen von den ‚nördlichen Distrikten' Schleswigs; diese könne man sich groß und klein vorstellen, aber so groß, wie sie in Kopenhagen vorschwebten, würden sie vermutlich nicht ausfallen; eine Grenze, die Preußen unter Umständen zwinge, das mit schweren Opfern genommene Düppel nochmals zu nehmen, werde man in keinem Falle anerkennen.

Noch entschiedener war die Sprache, mit der er dem polnischen Uebermut entgegentrat. Am 18. März verlas der Abgeordnete Kantak im Namen der übrigen polnischen Abgeordneten eine förmliche Erklärung, worin gegen die bevorstehende Einverleibung Posens und Westpreußens in den Norddeutschen Bund Protest erhoben wurde; die der Krone Preußens unterworfenen ehemals polnischen Gebiete hätten niemals weder zum Deutschen Reiche noch zum Deutschen Bunde gehört. In seiner Entgegnung unterschied Bismarck zwischen den Führern der polnischen Bewegung und der Bevölkerung selbst: trotz aller Verführungsmittel, die man bei den ungefähr alle 15 Jahre sich wiederholenden Insurrektionen zur Auffrischung der Gefühle angewandt habe, sei es nicht gelungen, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge in irgend erheblicher Zahl zur Teilnahme an den Bestrebungen einer Minorität zu bewegen. In entrüsteten Worten geißelte er auch die Beteiligung der Geistlichen an der polnischen Agitation als ein Verhalten, das durch nichts, was einem Angriffe auf die katholische Kirche ähnlich sei, gerechtfertigt werde. Dem Verlangen der Polen, als selbständige Nation behandelt zu werden, stellte er die Thaten ihrer eigenen Geschichte gegenüber: Jahrhunderte hindurch hätten sie, solange sie die Macht dazu besessen, ihre Nachbarländer unterjocht; so seien die Ruthenen in Galizien, die Deutschen in Westpreußen, die Weißrussen im westlichen Rußland mit dem Säbel unter die polnische Herrschaft gezwungen worden. Das allein sei die Rechtsquelle, aus der die Polen den Anspruch herleiteten, über 18 Millionen Nichtpolen zu herrschen und

Digitized by Google

zur Erreichung dieses phantastischen Zieles zunächst drei große Reiche, Rußland, Oesterreich und Preußen, in die Luft sprengen zu dürfen. Daß der polnische Adel ein gewisses Heimweh nach den früheren Zuständen habe, sei erklärlich, aber die Mehrzahl der Bewohner, zumal der Bauern, verspüre keine Neigung, wieder unter die Herrschaft der Edelleute zu kommen.

Derartige Plänkeleien hielten übrigens den Fortschritt des Verfassungswerks nicht auf, im Gegenteil, sie wirkten erfrischend auf die nationale Stimmung der Mehrheit, die sich bei den Vorstößen der deutschfeindlichen Parteien ihrer gemeinsamen Aufgabe um so mehr bewußt wurden. So kam der Reichstag schon am 10. April mit der Spezialberatung des Entwurfs zum Abschluß; in etwa vierzig Punkten, zumeist von untergeordneter Bedeutung, wichen seine Beschlüsse von der Vorlage der verbündeten Regierungen ab. Am 15. April erklärte Bismarck, die Regierungen seien bereit, die Beschlüsse des Hauses anzunehmen, wofern es gelinge, über zwei Punkte, die Sicherstellung der Heereseinrichtungen und die Bewilligung von Diäten an die Abgeordneten, eine Verständigung herbeizuführen. In der Diätenfrage wurde man bald einig; denn Bismarck hatte schon vorher zu verstehen gegeben, daß die Bewilligung füglich erst dann erfolgen könne, wenn man mit dem wenig erprobten Wahlrecht beruhigende Erfahrungen gemacht habe. Die Versagung der Diäten war ihm ein Gegengewicht gegen die zweifellos nivellierende Wirkung des gleichen Wahlrechts, ein Schutzdamm, den er dem Ehrgeiz und der Machtgier besitzloser Demagogen entgegen zu stellen wünschte.

Nicht so leicht überwand er einen andern Widerstand. Der Verfassungsentwurf hatte die Friedensstärke für die Dauer von zehn Jahren auf ein Prozent der Bevölkerung angenommen. Gegen diese Forderung erhob sich unter Waldecks Führung der linke Flügel der Liberalen, die Fortschrittspartei, die durch die Annahme jener Bestimmung ihre Haltung während der Konfliktsjahre verurteilt sah. Aber auch die nationalliberale Partei war nicht gewillt,

Digitized by Google

den Vorschlag der verbündeten Regierungen in seinem ganzen Umfang anzunehmen. Daß man in der augenblicklichen Lage, angesichts der gerade damals bedrohlichen Spannung in den Beziehungen zu Frankreich, an den bestehenden Heereseinrichtungen nicht rütteln durfte, erkannten ihre Redner an; indessen heiße es die Rechte der Volksvertretung vernichten, wenn man für die im Entwurf vorgeschlagene Dauer sich jedes Einflusses begebe. Schließlich wurde nach einer mehrtägigen, mit großer Erregung geführten Debatte ein Antrag Forckenbecks angenommen, demzufolge die geforderte Friedensstärke nur bis zum 31. Dezember 1871 zu bewilligen sei, während für die spätere Zeit die Präsenzziffer im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden sollte.

Das war der Inhalt des Artikels, den Bismarck am 15. April für die verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnete. Sein Widerspruch gründete sich besonders darauf, daß es nach dem genannten Zeitpunkt der Volksvertretung Jahr für Jahr möglich sein würde, einen neuen Militärkonflikt heraufzubeschwören. Die Entscheidung vollzog sich diesmal, wie vorher in der Diätenfrage, in der Hauptsache hinter der parlamentarischen Scene. Wir erfahren von langwierigen Verhandlungen der nationalliberalen Führer untereinander, mit Bismarck und mit dem Kronprinzen, der seinen nicht geringen Einfluß auf die liberale Partei zu gunsten des Regierungsentwurfs einsetzte. Bismarck quälte sich, sagte er, lange mit den Herren herum, aber seinen Willen ganz durchzusetzen, sollte ihm in dieser Frage nicht gelingen. Die Mehrheit des Reichstags erklärte sich für einen zwischen den Nationalliberalen und Freikonservativen vereinbarten Mittelweg: einerseits sollte zwar auch nach dem 31. Dezember 1871 an der bestehenden Friedenspräsenz festgehalten und zu deren Unterhaltung dem Könige von Preußen als dem Bundesfeldherrn ein Betrag von 225 Thalern für den Kopf zur Verfügung gestellt werden; andererseits sollte eine Erhöhung der Präsenzziffer nur durch ein Bundesgesetz, die Verwendung der Summe aber im Etat, das heißt unter der Kon-

Digitized by Google

trolle des Reichstags erfolgen. Bismarck, der ein von dem Kreise Jerichow ihm angetragenes Mandat angenommen hatte — auch in Elberfeld-Barmen war er in engerer Wahl mit einer Mehrheit von einigen tausend Stimmen gewählt worden —, stimmte zwar mit der aus Partikularisten, Demokraten und wenigen Konservativen zusammengesetzten Minderheit, im übrigen aber war er entschlossen, die Verfassung an dieser Klippe so nahe vor dem Hafen nicht auffahren zu lassen.

Noch an demselben Tage unterzeichnete er mit den Bevollmächtigten der verbündeten Regierungen die Urkunde, durch die der Verfassungsentwurf, wie er aus den Schlußberatungen des Reichstags hervorgegangen war, angenommen wurde. Am folgenden Tage teilte er dem Reichstag dieses Ergebnis mit, und um 12 Uhr mittags schloß König Wilhelm im Weißen Saale des Residenzschlosses in eigener Person das Parlament, welches der Mehrheit des deutschen Volkes eine einheitliche Verfassung gegeben hatte. Die Thronrede erkannte dankbar den patriotischen Ernst der Abgeordneten an, dem es gelungen sei, alle Gegensätze auszugleichen und zu überwinden: Darin liege zugleich eine Bürgschaft für die künftige Entwicklung des Bundes, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, die Norddeutschland mit den Brüdern im Süden verbänden, ihrer Erfüllung näher gerückt würden; die Zeit sei gekommen, wo das deutsche Vaterland im stande sei, durch seine gesamte Kraft sein Recht, seinen Frieden und seine Würde zu vertreten.

Dieser Satz enthielt einen nicht mißzuverstehenden Hinweis auf die Verträge, die den nunmehr ins Leben gerufenen Bund der norddeutschen Staaten für die Zeiten auswärtiger Gefahr mit den süddeutschen Stämmen zusammenführen mußten. Das Bestehen dieser Verträge war in jenem Augenblick schon kein Geheimnis mehr. Bismarck hatte sie schon am 19. März veröffentlicht, teils um die noch immer nicht verstummenden Zweifel an dem nationalen Charakter seines Werkes zu beseitigen, vor allem aber, um den in jenen Tagen hochschäumenden französischen Chau-

Digitized by Google

vinismus zu dämpfen. Die Völker Europas aber horchten auf, als jetzt der königliche Feldherr des Norddeutschen Bundes vor aller Welt seinen Entschluß kundgab, den Frieden und die Würde der gesamten Nation zu schirmen.

Am 17. April wurde das Werk vollendet. Der Bau der deutschen Einheit, seit länger als einem Menschenalter das Verlangen der Patrioten, ragte auf starken Grundmauern empor. Und schon wußte man, daß der Meister des Baues den Plan mit klugem Bedacht so gestaltet hatte, daß an einem hoffentlich nicht mehr fernen Tage den einstweilen noch draußen bleibenden Brüdern der Einlaß begehrenswert und möglich werden mußte. Mächtig schoß, nachdem die Wolke des Bruderkrieges sich entladen und verzogen hatte, in den deutschen Gauen die so oft geknickte Saat der nationalen Hoffnungen wieder empor, und daß sie diesmal zur Reife kommen werde, dafür war besser gesorgt als einst in dem hoffnungschwellenden Völkerfrühling des Jahres 1848. Hatte damals das Machtwort eines fremden Herrschers hingereicht, den letzten Einigungsversuch der Nation, die preußische Union, in schmachvoller Ohnmacht zu ersticken, so war jetzt eins über jeden Zweifel gewiß: die erste Einmischung des Auslandes in der Absicht, die völlige Vereinigung zu hemmen, würde eine nationale Begeisterung entfesseln, deren Wogen den soeben errichteten Scheidedamm am Main durchbrechen und verschlingen mußten. —

In dem Strom der Ereignisse, die im Laufe weniger Monate wie mit elementarer Kraft das Antlitz Mitteleuropas umgestaltet hatten, halten wir einen Augenblick ein, um das Ergebnis der großen Zeit und das Bild des Gewaltigen, den wir schaffend und leitend in ihrer Mitte sahen, noch einmal in ihrer Gesamtwirkung zu schauen. Wie manchem, der unter dem Eindruck jener königlichen Botschaft vom 17. April sich in die Gedanken zurückrief, wie es ehedem im deutschen Lande ausgesehen hatte, erschien das Erlebte wie ein Traum! Gerade vor einem Jahre — Bismarck hatte soeben die Bombe seines Reformplans zwischen die Parteien geworfen — krachte

Digitized by Google

der deutsche Bund in allen Fugen, die beiden berufenen Beschützer der Nation standen sich, die Faust am Schwerte, einander gegenüber, durch alle Staaten und Stämme, durch die einzelnen Gemeinden, ja Familien ging der Riß, der die deutschen Männer in zwei Lager schied, die einander nicht mehr verstanden, sondern zu vernichten trachteten; der Name des Mannes, der die Nation aufgerüttelt und sie vor die grelle Entscheidung gezwungen hatte, wurde von der überwiegenden Mehrheit seiner Volksgenossen mit Abscheu und unter Verwünschungen genannt, alte Freunde und Gefährten blieben zagend und zweifelnd hinter ihm zurück, und klein war die Zahl der Männer, die bei ihm aushielten. Und auch in seiner eigenen Brust wogte ein schwerer Kampf. Schon daß er seinen geliebten Herrn vor die harte Wahl stellen mußte, ging ihm nahe; schwerer aber, als Feinde und Freunde ahnten, wälzten sich auf seine Seele das Bewußtsein der Verantwortung für den Staat, dessen Bestand und Zukunft er den Würfeln des Kriegsglücks anheim gab, und der Gedanke an die Not und Trauer, die der Krieg, auch ein siegreicher, über tausend und abertausend Familien bringen mußte. Nichts wäre verkehrter als die weit verbreitete Meinung, daß der ‚Befürworter der Blut- und Eisenpolitik' mit Bedenken solcher Art sein Gewissen nicht beschwert habe, sondern wie ein moderner Attila über das in den Hütten wohnende Menschenglück hinweggeschritten sei. ‚Wer nur einmal in das brechende Auge eines sterbenden Kriegers auf dem Schlachtfelde gesehen hat, der besinnt sich, bevor er einen Krieg beginnt' — dieses Wort, womit er bald nachher seine Nachgiebigkeit gegen Frankreich rechtfertigte, bezeugt mit manchem andern den schweren innern Kampf, unter dem sein Wille sich zu den blutigen Entscheidungen durchringen mußte. Wer die Größe der That, die Bismarck für seinen König und sein Volk gethan hat, ganz ermessen will, wird jener Seelenkämpfe nicht in letzter Reihe gedenken. Kurz, wohin immer im deutschen Lande vor einem Jahre das Auge blickte, überall gewahrte es Haß und Zwietracht, eine trostlose Gegenwart und bange Sorge um die Zu-

Digitized by Google

kunft. Und jetzt! Die alte Wurzel des deutschen Elends, die Nebenbuhlerschaft der beiden Großmächte, war unter den scharfen Schlägen des preußischen Schwertes zerhauen, Oesterreich auf das Feld seiner wirklichen Interessen verwiesen, das übrige Deutschland von einem atembeengenden Alp befreit und von der frohen Empfindung eines neuen und gesicherten nationalen Lebens durchströmt. Und in dem Lichte der schönen Gegenwart begannen die Bilder der Männer, die als Paladine vor dem Thron des greisen Hohenzollernkönigs standen, wie dessen eigene ritterliche und ehrwürdige Gestalt sich zu verklären. Auch den so lange gehaßten Ministerpräsidenten umstrahlte seitdem die Sonne der Popularität, und, wie es zu gehen pflegt, sie schien ihm um so leuchtender, je weniger er sie gesucht hatte und suchte. Während die Neider der deutschen Einheit, die mit der feinen Witterung des Hasses ihn als ihren gefährlichsten Gegner erkannten, den Kampf gegen Bismarck sich zur Losung machten, regten sich in den Herzen der Patrioten, und das war, Gott Lob, die überwältigende Mehrheit, die Keime einer unaustilgbaren Dankbarkeit und Verehrung. Millionen von deutschen Männern und Frauen hatte er, mit einem Worte Fritz Reuters zu reden, die Träume der Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenschein glänzenden Wahrheit verwirklicht, und sie machten in stürmischen und rührenden Kundgebungen aus ihrer Liebe kein Hehl. Derartige Beweise erfreuten ihn nicht um seiner selbst willen, denn er hatte früh gelernt, die äußere Anerkennung seiner Arbeit entbehren zu können, wohl aber um der Sache willen, der er diente.

Der Umschwung der Gesinnung erfaßte weitere Kreise, als George Hesekiel das Buch vom Grafen Bismarck veröffentlichte. Staunend erfuhr die Welt aus den darin mitgeteilten Briefen Bismarcks an die Seinigen, daß in der Brust des ‚Eisernen', so nannte man ihn schon, ein Herz schlug, dem die innigsten und zartesten Töne der Liebe und Freundschaft vertraut waren. Dem unerschrockenen Vorkämpfer der Krone, dem starken Bezwinger der deutschen

Digitized by Google

Zwietracht hatte man, vor seiner Größe erschauernd, den schuldigen Tribut dankbarer Verehrung gezollt, — die Bismarckbriefe aber waren es, die den Uebergewaltigen seinem Volke menschlich näher führten. Im Sturme eroberten sie ihm die Herzen.

Bismarck war 52 Jahre alt, als der Norddeutsche Bund vollendet wurde. Er wurde dessen Kanzler; es war billig und natürlich, daß er die neue und schwere Verantwortlichkeit, die er diesem Amte überwiesen hatte, auf den eigenen Schultern erprobte. So wurde er jetzt kraft seines Amtes ein deutscher Staatsmann. Daß das Erreichte ihm nur als der Anfang einer neuen nationalen Entwicklung erschien, daran läßt sich, so entschieden er für den Augenblick alle weitergehenden Wünsche zurückwies, doch nicht zweifeln. Wohl blickte er getrosten Mutes und jeder Uebereilung abgeneigt dem Ausbau des Begonnenen entgegen, aber so gewiß die Form der deutschen Einheit ihm bis zum Ausbruch des Krieges mit Oesterreich eine Frage zweiter Ordnung gewesen ist, — bis zur letzten Stunde sahen wir ihn zu dieser oder jener Lösung bereit — ebenso gewiß konnte und wollte er dem nationalen Beruf, den der Gang der Dinge ihm angewiesen hatte, sich nicht entziehen. Damit beschreitet er eine neue Strecke seiner politischen Laufbahn; neben dem Wechsel der Probleme vollzieht sich in seinem Innern eine Wandlung der Anschauungen, mit neuen Kräften greift er die neuen Aufgaben an.

Die wichtigste, die es zu lösen galt, bestand darin, die politischen Formen, die sich über der zerschlagenen erhoben hatten, mit frischem Leben zu füllen und zugleich den neuen Bedürfnissen anzupassen. Bismarck war, seitdem seine Uebersiedelung nach Frankfurt vor 16 Jahren ihn dem unmittelbaren Parteihader entrückt hatte, über die Dogmen der konservativen Partei so sehr hinausgewachsen, daß es ihn wenig beschwerte, in der Verfolgung seiner Ziele mit den Liberalen zu gehen. Die Fähigkeit, sich den neuen Ideen zu öffnen, war damals die erste Voraussetzung weiterer Erfolge, die Zeiten des Kampfes gegen den Liberalismus waren einstweilen vorbei. Nach ihrem Wesen und

Digitized by Google

ihrer Geschichte war die konservative Partei allein nicht im stande, den Zusammenschluß der deutschen Stämme zu beschleunigen und zu vollenden, eine reaktionäre Politik, wie sie einigen Unverbesserlichen im konservativen Lager als zeitgemäß vorschwebte, wäre vollends ein Bankerott der nationalen Entwicklung gewesen. Darüber gab Bismarck sich keiner Täuschung hin. Mochte er daher innerlich den Konservativen sich noch immer verwandt fühlen — er ist es bis an sein Ende geblieben und hat darin weder die Tradition seines Geschlechtes und Standes, noch die Eindrücke seiner Jugendzeit verleugnet —, so gebot ihm doch seine Einsicht, jetzt mehr als je die ehemaligen Gegner zu versöhnen und sich ihrer Mitwirkung zu versichern. Indem er darnach handelte, mußte nicht nur seine Stellung zu den Parteien, sondern auch zu einigen andern Faktoren des öffentlichen Lebens, namentlich zu seinen Mitarbeitern im Ministerium, zum Hofe und selbst zur Krone sich verschieben.

Am wenigsten litt unter der jetzt notwendigen Schwenkung der preußischen Politik Bismarcks Verhältnis zu seinem König. Bei aller Entschlossenheit, die seiner Krone gebliebenen Rechte zu wahren, war König Wilhelm in der Opposition gegen das freiheitfeindliche System der fünfziger Jahre zu einer gewissen Annäherung an liberale oder wenigstens liberalisierende Ideen geführt worden. Im Frieden mit seinem Volke zu regieren, war ihm ein Wunsch, dem er bei der Verteidigung seiner Heeresreform nur ungern entsagte, und von dieser Seite hatte Bismarck, solange sein Entgegenkommen gegen den Liberalismus sich auf das politische Gebiet beschränkte, erhebliche Schwierigkeiten kaum zu erwarten. Des Königs Auffassung seiner konstitutionellen Rechte und Pflichten hielt sich im allgemeinen diesseits der Grenzlinie, die sein Minister gesteckt hatte. Und diese Grenze erkannte damals schon die Mehrheit der Liberalen an, ein Grund mehr für die Annahme, daß der Kurs, den Bismarck nunmehr einschlug, ohne ernste Meinungsverschiedenheiten mit seinem königlichen Herrn eingehalten werden konnte. In der That hatte Bismarck in den nächsten

Digitized by Google

Jahren, soweit seine Politik den Liberalen Zugeständnisse machte, die Zustimmung des Königs, ja in einigen Fällen ging dieser weiter, als es dem Minister rätlich schien. Das trat hervor, als es sich in den Jahren 1868/69 darum handelte, ein im preußischen Budget hervorgetretenes Defizit zu heilen. Der Finanzminister v. d. Heydt suchte den ungünstigen Stand der Finanzen zu verschleiern und durch kleine Mittel das Gleichgewicht künstlich herzustellen, wogegen Bismarck, unbekümmert um die Unbeliebtheit seines Planes, dem Uebel durch eine Vermehrung der Staatseinnahmen abhelfen wollte. Der Widerstand, den dieser Plan eine Zeit lang auch an höchster Stelle fand, veranlaßte Bismarck, im September 1869 dem Freunde Roon zu klagen: ‚Auch unser Herr ist heute anders besaitet als 1862; er hat den Kelch der Popularität getrunken und will ihn nicht zerschlagen.‘

War im übrigen in den Jahren 1867 bis 1870 das Verhältnis Bismarcks zum König von Reibungen aus politischen Anlässen im allgemeinen frei, so verursachten doch einigemale Personalfragen eine schwere Verstimmung. Zwei dieser Vorfälle verdienen Erwähnung, nicht nur weil sie in Bismarck den Gedanken an Niederlegung seines Amtes aufkommen ließen, sondern auch deshalb, weil sie in seinen Seelenzustand in jener Zeit einen fesselnden Einblick eröffnen.

Der erste der Fälle ist den Lesern der ‚Gedanken und Erinnerungen‘ unter der Aufschrift ‚Usedomiana‘ bekannt. Bismarck verlangte im Anfang des Jahres 1869 die Abberufung Usedoms aus Florenz, stieß jedoch trotz der großen Blößen, die der Gesandte sich und der preußischen Diplomatie gegeben hatte, auf den zähen Widerstand des Königs. Einige andre Zwischenfälle, namentlich daß der König über einen Beschluß des Staatsministeriums hinaus der Stadt Frankfurt a. M. bei ihrer Auseinandersetzung mit Preußen eine Erleichterung von zwei Millionen Gulden in Aussicht gestellt hatte, bewogen Bismarck um seine Entlassung zu bitten, und er beauftragte den Kabinettsrat Wehrmann dem Könige davon Mitteilung zu machen. Da nannte

Digitized by Google

dieser in einem Billet, welches er seinem Minister schickte, es sein größtes Glück, mit ihm zu leben und einverstanden zu sein; zu extremen Schritten liege kein Grund vor, und er hoffe, daß Ruhe und Gebet alles ausgleichen würden.

Bismarck hatte inzwischen sein Abschiedsgesuch entworfen, aber unter dem Eindruck der huldvollen Worte des Königs und auf Roons Zureden stimmte er es auf einen etwas mildern Ton: Die in dem königlichen Handschreiben als einzige Differenz hervorgehobene Frage, ob der Stadt Frankfurt durch königlichen Gnadenakt ein Geschenk gewährt werden solle, sei nicht der Grund, weshalb er um seine Entlassung gebeten habe, obwohl die Höhe der Summe nach seiner Auffassung mit den Rücksichten auf die preußischen Steuerzahler nicht vereinbar sei. Sein einziges Motiv sei die Unzulänglichkeit seiner Kräfte und seiner Gesundheit für die von Sr. Majestät geforderte Art des Dienstes; denn dessen Leitung werde unmöglich, wenn sie nicht von einheitlichem Zusammenwirken aller berufenen Organe getragen werde, und wenn ordnungsmäßig erledigte Geschäfte unter erneutem Dissens zu wiederholter Verhandlung gelangen müßten. Bisher habe die schwere Hemmung, die in den Friktionen des künstlichen Räderwerks eines konstitutionellen Staates liege, den regelmäßigen Gang der Geschäfte nicht auffällig gestört, weil Se. Majestät eine nach Anhörung der Minister gefaßte Entschließung niemals wieder in Zweifel gezogen habe. — Nach diesen auf die Frankfurter Angelegenheit zielenden Sätzen wandte er sich zu der schwebenden Personenfrage: Die Entmutigung, die in der unvollkommenen Erledigung der dringendsten Geschäfte liege, werde dadurch erschwert, daß das persönliche Wohlwollen des Königs für jeden seiner Diener die Interessen derjenigen benachteilige, die die unvollkommenen Leistungen anderer zu übertragen hätten. Die nachträglich hinzugefügten Schlußsätze des Abschiedsgesuches lauteten wörtlich: ‚Zu meiner ehrfurchtsvollen Bitte, mich des Dienstes zu entheben, bin ich lediglich durch meine Unfähigkeit veranlaßt, Ew. Majestät Ihrem Willen entsprechend zu dienen. Die Erfahrungen der letzten Monate

Digitized by Google

haben mir die freudige Zuversicht geraubt, der Erfüllung meiner Pflicht noch gewachsen zu sein. Die an sich großen Schwierigkeiten werden durch Gegenströmungen gesteigert, gegen die anzukämpfen ich nicht die Kraft fühle. Die Kämpfe, welche mir im Amte oblagen, haben mir die Ungnade hochstehender und die Abneigung einflußreicher Personen zugezogen. Mein einziges Aequivalent dafür hat in der Zufriedenheit Ew. Majestät gelegen, und Allerhöchstdieselben können in Ihrer erhabenen Stellung es nicht nachempfinden, wie schwer jeder Augenblick der Unzufriedenheit, ja jede Meinungsverschiedenheit mit seinem königlichen Herrn auf dem Herzen eines anhänglichen Dieners lastet, und welchen Anteil die Gemütsbewegung stets an meinem körperlichen Leiden hat. Ew. Majestät wolle mit dieser Schwäche Nachsicht haben, da sie ein Ausfluß, wenn auch ein krankhafter, der Liebe zu Ew. Majestät Person ist.' Es verstehe sich von selbst, fügte er hinzu, daß er die Verhandlungen mit dem Reichstage, der vor der Thür sei, nach dem Willen des Königs führen werde, wenn ihm nur die Aussicht gewährt würde, sich demnächst zurückziehen zu dürfen.

Dieser Satz, der die Entscheidung um einige Monate hinausschob, wurde vom König dahin gedeutet, daß Bismarck, wofern in seinen dienstlichen Aufgaben eine Entlastung eintrete und sein Gesundheitszustand es erlaube, sich der Rücktrittsgedanken entschlagen werde. In seiner Freude darüber schrieb er ihm am 26. Februar einen von Dank überströmenden Brief, ein rührendes und zugleich erhabenes Zeugnis wahrhaft königlicher Gesinnung. ‚Sie fühlen sich' — so hieß es am Schlusse — ‚müde und erschöpft; Sehnsucht nach Ruhe beschleicht Sie. Das alles verstehe ich vollkommen, denn ich fühle es Ihnen nach; kann und darf ich deshalb daran denken, mein Amt niederzulegen? Ebenso wenig dürfen Sie es. Sie gehören nicht allein Sich selbst an; Ihre Existenz ist mit der Geschichte Preußens, Deutschlands, Europas zu eng verbunden, als daß Sie Sich von einem Schauplatz zurückziehen dürfen, den Sie mit schaffen halfen. Aber damit Sie Sich

Digitized by Google

dieser Schöpfung auch ganz widmen können, müssen Sie Sich Erleichterung der Arbeit verschaffen, und bitte ich Sie inständigst, mir dieserhalb Vorschläge zu machen . . . Vor allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!'

In den ‚Gedanken und Erinnerungen' steht das Bekenntnis, daß Bismarck, als er viele Jahre nachher diesen Brief seines Königs wieder las, von der Liebenswürdigkeit, mit der dieser seines Ministers amtliche Pedanterie ertragen, sich beschämt gefühlt habe. Und das — gestehen wir es uns! — nicht ohne Grund. Auch während der Reibungen, die dem Kriege mit Oesterreich voraufgingen, hatte ihn mitunter ein Gefühl des Verzagens beschlichen, aber bis zu dem Entschluß, sein Werk im Stiche zu lassen, war er solchen Stimmungen nie erlegen. Und doch war der Widerstand, auf den er damals beim König, am Hofe und in andern einflußreichen Kreisen gestoßen war, unvergleichlich stärker und schroffer gewesen als jetzt, wo es sich um verhältnismäßig kleine politische Fragen oder nur um Verschiebungen in der dienstlichen Rollenbesetzung handelte! Aber Bismarck war unterdessen, das erklärt und entschuldigt vielleicht sein Vorgehen, ein kranker, nervenüberreizter Mann geworden. Seit den Jahren seiner Petersburger Gesandtschaft plagten ihn bald in längeren, bald in kürzern Abständen rheumatische und neuralgische Schmerzen; die schon in Frankfurt geübte Gewohnheit, die Arbeit über die Mitternacht bis in die ersten Morgenstunden auszudehnen, rächte sich durch andauernde und quälende Schlaflosigkeit, und außerdem versagte ihm nicht selten der Magen seinen Dienst. Kurz, der Mann, auf dessen Schultern eine Welt von Arbeit und Verantwortlichkeit lag, stand und fühlte sich damals vor einem Zusammenbruch seiner physischen Kraft. Gerade aus jenen kritischen Tagen haben wir in vertraulichen Mitteilungen an Roon das Geständnis, daß er mit seinen Kräften fertig sei. In welchem Grade, bekunden die Worte, die er nach mehrmonatigem Aufenthalt in Varzin am 12. Oktober seinem Bruder schrieb: er habe wieder einen Anfall von krampfartigen Magenschmerzen mit Gallener-

Digitized by Google

brechen gehabt; die Ursache sei schwer zu ermitteln, Aerger oder Erkältung oder allgemeine Abnutzung der Maschine. Erst in den letzten Tagen des November besserte sich sein Gesundheitszustand. ‚Seit gestern reite ich wieder und habe mehr Zutrauen,‘ meldete er am 28. November dem besorgten Roon.

In der Zwischenzeit ereignete sich auch der zweite dieser Vorfälle. Bismarck hatte für die Stelle eines Oberpostdirektors in Frankfurt a. M. einen ehemaligen hannoverschen Postbeamten in Vorschlag gebracht. Sein Vorschlag wurde von dem Kabinettsrat v. Mühler beanstandet, weil die Korrespondenzen des abgesetzten Königs von Hannover über Frankfurt gingen, so daß die schon damals erwogene Beschlagnahme dieser Korrespondenz dem von Bismarck empfohlenen Beamten als früheren Unterthan des Königs schmerzlich sein werde. Statt dieses immerhin zum Teil stichhaltigen Grundes aber schützte man vor, daß der betreffende Beamte erst seit drei Jahren in preußischem Dienst stehe. Bismarck wurde infolge dieser ‚Postbombe‘ wieder gallenkrank; er vermutete, daß Mühler unter dem Einfluß ‚weiblicher Einbläserei‘ stehe, und schrieb an Roon, der in Abwesenheit des Ministerpräsidenten die königliche Ordre gegengezeichnet hatte, eine geharnischte Epistel: niemand könne verlangen, daß er Gesundheit, Leben und selbst den Ruf der Ehrlichkeit oder des gesunden Urteils opfere, um einer Laune zu dienen. ‚Da mag der Kuckuck noch ralliierter Hannoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Postkanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird.‘ Roon suchte den Zornigen, den er mit seinem Verdacht gegen weibliche Einflüsse auf falscher Fährte wußte, zu beschwichtigen: der Mißgriff sei wieder gut zu machen und stehe in keinem Verhältnis zu der gesundheitschädlichen Erregung Bismarcks; aber es stimme sein Vertrauen in das Gelingen der Zukunft sehr herunter, daß der Freund von einem so kleinen Widerstand in einer unbedeutenden Sache körperlich so stark afficiert worden sei.

Mit diesem Worte Roons, aus dem wir einen Vor-

Digitized by Google

wurf gegen die gereizte Stimmung des Freundes zu hören meinen, seien die Bemerkungen über Bismarcks Stellung zum Könige und dem Hof abgeschlossen. Ueber den Hauptpunkt, daß seine Politik in den Jahren 1867 bis 1870 an höchster Stelle nur selten Reibungen zu überwinden hatte, ist ein Zweifel nicht möglich. Und vollends das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Kronprinzen war damals so, daß in den Kreisen der verdrossenen Konservativen der Argwohn auftauchte, der Minister schneide seine Politik auf die liberalen Wünsche des künftigen Königs zu.

Triftigeren Grund zu Klagen fand Bismarck in der Art, wie einige seiner berufenen Mitarbeiter seine Pläne unterstützten oder vielmehr sie hemmten. Nur in Roon glaubte er eine unter allen Umständen zuverlässige Stütze zu haben, doppelt wertvoll, weil dieser ‚mit dem König mehr Salz gegessen hatte als irgend ein anderer'. Dem Nachruf, den Bismarck beim Rückblick auf die gemeinsam durchkämpften schweren Jahre dem Freunde gewidmet hat, sei hier ein Platz vergönnt: ‚Roon war der einzige unter meinen spätern Kollegen, der bei meinem Eintritt in das Amt sich der Wirkung und des Zweckes desselben und des gemeinsamen Operationsplanes bewußt war und den letzteren mit mir besprach. Er war unerreicht in der Treue, Tapferkeit und Leistungsfähigkeit, womit er vor und nach meinem Eintritt die Krisis überwinden half, in die der Staat durch das Experiment der neuen Aera geraten war. Er verstand sein Ressort und beherrschte es, er war der beste Redner unter uns, ein Mann von Geist und unerschütterlich in der Gesinnung eines ehrliebenden preußischen Offiziers.'

Den übrigen Ministern, den leider mitunter etwas arbeitsscheuen, aber doch tüchtigen und verständigen Grafen Eulenburg ausgenommen, stand Bismarck innerlich fremd gegenüber; wenn Roon fehlte, z. B. als dieser im Herbste des Jahres 1867 zur Herstellung seiner Gesundheit einen längern Urlaub nachsuchte, fühlte Bismarck ‚im Kollegium der Gespielen' sich vereinsamt wie ‚unter Larven die einzige fühlende Brust'.

Digitized by Google

Aber selbst mit Roon gab es Tage der Verstimmung, so im Beginn des Jahres 1868, als Bismarck in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler gegen Etatsüberschreitungen und Forderungen des Kriegsministeriums Einspruch erhob. Jedoch das Werk, dem beide dienten, führte sie über derartige unausbleibliche Reibungen bald wieder zusammen, und als Roon im August des Jahres 1869 aus dienstlichem Verdruß den Rücktritt plante, faßte Bismarck ihn bei seiner Soldaten- und Freundestreue: Die Frage scheint nicht von der Bedeutung, daß Sie vor Gott und Ihrem Vaterlande durch dieselbe berechtigt würden, dem Könige in seinem 73. Jahre den Stuhl vor die Thür zu setzen und auf Ihre Kollegen, mich eingeschlossen, durch Ihr Ausscheiden einen Schatten zu werfen, der in der Armee und in der konservativen Partei die treuen Herzen beirren und zu der Frage berechtigen würde, ob an einer Sache, der der älteste Zeuge den Rücken dreht, nicht aus Müdigkeit, sondern in prinzipieller Verurteilung, ob an dieser Sache die königlichen und die konservativen Interessen noch den berechtigten Anteil haben . . . Sie sagen, und ich weiß es, daß Ihre persönliche Freundschaft für mich die alte ist, und als ich im September 1862 ohne Bedenken in Ihre Hand einschlug, da habe ich wohl an Kniephof und Sabow gedacht, aber nicht an die Möglichkeit, daß wir nach sieben glorreichen Campagne-Jahren über die aktenmäßige Bezeichnung der Marine*) in prinzipielle Meinungsverschiedenheiten geraten könnten. Was uns damals verband: das Streben, dem Könige in schwerer Zeit zu dienen, gilt noch heut.'

Nicht geringe Schwierigkeiten erwuchsen der Politik Bismarcks aus der Haltung des Justizministers Grafen zur Lippe und des Finanzministers v. d. Heydt. Der Graf zur Lippe war den liberalen Parteien besonders verhaßt und durch die fatale Gewohnheit, seine Gegner durch

*) Es handelte sich um die Frage, ob die Beamten der Marine königlich preußische oder Bundesbeamte wären. Roon war in dieser Frage preußischer Partikularist, anders Bismarck.

Digitized by Google

ein höhnisches Auftreten unnötigerweise zu reizen, der versöhnlichen Richtung der Regierungspolitik hinderlich. Bismarck war daher im Grunde froh, als der Minister, der mit seiner Unzufriedenheit über die liberale Politik des Kabinetts nicht zurückhielt, im Dezember 1867 infolge eines wenig rühmlichen Angriffs auf die parlamentarische Redefreiheit zum Falle kam. Er ersetzte ihn durch den Hannoveraner Leonhardt, dessen Ernennung dem allgemeinen Charakter seiner Kompromißpolitik mehr entsprach. Der Finanzminister v. d. Heydt hatte sich durch die Bereitwilligkeit, womit er im Jahre 1866 nach Bodelschwinghs Austritt in die Bresche getreten war, nicht minder durch rasche und geschickte Bereitstellung der Kriegsgelder in einem kritischen Augenblick Bismarcks Dank verdient. Als es jedoch in den Jahren 1868 und 1869 darauf ankam, ein Defizit im preußischen Budget zu beseitigen und durch eine folgerichtige Durchführung des indirekten Steuersystems den Norddeutschen Bund in seinen Finanzen selbstständig zu machen, ließ v. d. Heydt den entschlossen vorwärtsdrängenden Ministerpräsidenten so sehr im Stich, daß dieser sich im Oktober 1869 nach einem andern Mitarbeiter umsehen mußte und Camphausen an die Spitze des Finanzministeriums berief. Auch dieser Personenwechsel war eine Konzession an die liberalen Parteien und trug dazu bei, die konservativen Kreise zu verstimmen.

Das führt uns zu einem Punkte von der größten Tragweite. Daß Bismarck von Haus aus jeder Ueberhebung des parlamentarischen Einflusses abgeneigt war, hatte er seit seinem ersten öffentlichen Auftreten durch Wort und That bekundet, auch die Anfänge seiner Ministerthätigkeit waren wenig geeignet, ihn zu einer andern Ansicht zu bekehren. Im Gegenteil, je tiefer er in die Dinge eindrang, desto mehr verdroß ihn die Unklarheit der andern, die mitzusprechen wagten, und desto stärker widerstrebte es ihm, seine bessere Einsicht durch Mehrheitsbeschlüsse gebunden zu sehen. Manches beißende Wort gegen die politischen Dilettanten war ihm in den Jahren des Konflikts entfahren, schonungslos war er jedem wirklichen oder ver-

Digitized by Google

meintlichen Uebergriff der Volksvertretung begegnet, und wer jetzt angesichts der veränderten Lage an einen Wechsel seiner Politik dachte, traute ihm doch alles eher zu als Achtung vor den Parlamenten. Das sollte mit einem Schlage anders werden? Während Freunde und Gegner es bezweifelten, war für ihn selbst die Frage seit langem entschieden. Wohl suchte er auch jetzt noch alle ihm bedenklich und schädlich scheinenden Wirkungen des Parlamentarismus auszumerzen: wie er die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstags bekämpft hatte, so wünschte er dem Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit dadurch entgegen zu wirken, daß gewissen Aeußerungen der Abgeordneten, namentlich solchen, die die Privatehre eines Mitbürgers antasten oder sich als landesverräterisch erweisen würden, das Recht der freien Veröffentlichung durch die Presse versagt werden sollte. Auch läßt sich erkennen, daß er an der parlamentarischen Seite seines Amtes selbst nach Beendigung des Konflikts nur wenig Gefallen fand; er mußte sich Zwang anthun, seinen Widerwillen zu unterdrücken, und machte dieser Empfindung mitunter in vertraulichem Kreise in kräftigen Worten Luft. Nichtsdestoweniger bewies er damals den Parlamenten, dem preußischen Landtag, dem Norddeutschen Reichstag und später dem Zollparlament, eine Rücksicht, die dem Minister eines parlamentarisch regierten Staates keine Unehre gemacht hätte. Wie würde er, um eins hervorzuheben, vor dem Jahre 1866 aufgefahren sein, wenn ein Abgeordneter die Regierung ersucht hätte, über jüngst gepflogene diplomatische Verhandlungen dem Hause nach englischem Vorbilde eine Art Blaubuch vorzulegen! Als dagegen im April 1869 der Abgeordnete v. Twesten einen dahin zielenden Wunsch äußerte, verschwieg Bismarck zwar nicht die Bedenken, die diesem ‚parlamentarischen Bedürfnis' entgegenstanden, aber in der Sache selbst zeigte er sich mit gutem Humor entgegenkommend: Allerdings werde alsdann dem Bundeskanzler das Geschäft erschwert, weil er zu einer doppelten Buchführung gezwungen sei, insofern er über denselben Gegenstand zweierlei Depeschen schreiben müsse,

Digitized by Google

solche, die in der Diplomatie praktisch gelten sollten, und solche, die er in dem Blaubuch zu veröffentlichen gedenke; die Diskretion verbiete unbedingt die Veröffentlichung der Depeschen einer fremden Regierung gegen deren Willen, und auch was von den eigenen Depeschen mitgeteilt werden könne, verlange eine sehr genaue Sichtung und Revision; bei brennenden Fragen erfolge überdies die Veröffentlichung ohnehin Schlag auf Schlag, damit die Regierung sich schnell die Teilnahme der öffentlichen Meinung sichere. Es sei ihm daher lieber, die Abgeordneten beständen nicht auf dem geäußerten Wunsche; indessen, falls der Wunsch ein allgemeiner sei, so wolle er versuchen, für das nächste Jahr etwas Unschädliches zusammenzustellen; er werde sehen, was er geben könne, teils Daten, die auf die augenblickliche Lage keinen verwirrenden Einfluß mehr ausüben könnten, teils solche Depeschen, deren Veröffentlichung den Absichten seiner Politik entspreche.

Diesem versöhnlichen Tone entsprach auch die Gepflogenheit der parlamentarischen Abende, die er in jenen Tagen einführte und an denen er besonders schätzte, daß man sich so viel leichter sprechen und verstehen könne, als im Reichstag; denn wenn ein Abgeordneter das Bedürfnis habe, ihn, einen Regierungskommissar oder Bundesratsgesandten zu interpellieren, so lasse sich das hier in einer Ecke und in längstens fünf Minuten abmachen. Daß die Gäste sich dies nicht zweimal sagen ließen, und daß bei diesem politisch-parlamentarischen Stelldichein beide Parteien, der Wirt und seine Gäste, ihre Rechnung fanden, wird durch manches geflügelte Wort bekundet.

Indessen ließ sich nicht verhindern, daß die Wandlung seiner Politik seine Beziehungen zu den alten konservativen Freunden trübte. Der General v. Gerlach, der einst über Bismarcks ‚Abfall' von den konservativen Prinzipien ein Wehe gerufen hatte, war inzwischen gestorben, aber die Gerlach, die einem Freunde alles eher verzeihen, als was ihnen Verrat, ihm Fortschritt scheint, sterben nicht aus. Kaum war der Freudenrausch über die glänzenden Erfolge der auswärtigen Politik Bismarcks der politischen

Digitized by Google

Werktags-Stimmung gewichen, da hörte man im konservativen Lager den Cassandraruf, daß der Staatsmann, der sich Jahre hindurch auf die konservative Partei gestützt habe, Miene mache, sich an die Spitze der frühern Opposition zu stellen. Dem Baron v. Senfft-Pilsach, der am 15. Januar 1867 im preußischen Herrenhause diese Klage erhob, stand Bismarck offen Antwort: Ein großer Staat regiere sich nicht nach Parteiansichten; man müsse die Gesamtheit der Parteien abwägen und eine Linie zu finden suchen, der eine Regierung als solche folgen könne. ‚Wäre ich nicht Minister, so weiß ich nicht, ob meine Stellung in der Opposition zur jetzigen Regierung oder im Anschluß an dieselbe sein würde. Aber das würde ich mir sagen, daß ich einen Parteigenossen, mit dem ich 16 Jahre lang zusammengegangen bin und der an der Spitze der Regierung gestanden hat in den schwierigen europäischen und innern Verhältnissen, in denen sich vier Jahre hindurch nur wenige fanden, die bereit waren, den damit verbundenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen, daß ich einen solchen, wenn derselbe sich nach Abwägung der Gesamtverhältnisse dazu entschließt, einen andern Weg zu gehen als den, welchen seine alten Parteigenossen vorzeichnen, nicht sehr rasch verurteilen würde.'

Derartige Zusprüche hielten das keimende Mißtrauen nur für kurze Zeit nieder. In der Stille wuchs es weiter, und wenn Roon aus gepreßtem Herzen seinem Freunde Perthes schrieb: ‚Gott erhalte uns diesen Mann, der von den Erfolgen gehoben und getragen, an Sicherheit, Umsicht, geordneter Thätigkeit und Lauterkeit und Klarheit sichtlich gewonnen hat,' so erwiderte jener mit vielsagender Zurückhaltung, daß er die neuen Bahnen nicht freudigen Sinnes mitwandeln könne. Wie Perthes dachten aber viele Konservativen. Der eine Zeit lang verhaltene Unmut kam im Februar 1868 zu einer scharfen Aussprache bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den hannoverschen Provinzialfonds. Die Regierung beabsichtigte nach Bismarcks Vorschlag, der Provinz Hannover einen Teil des früheren königlichen Domänenvermögens mit einem

Digitized by Google

jährlichen Ertrag von 550 000 Thalern zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse zu überweisen, und zwar sollte die Verwaltung dieses Vermögens dem Provinziallandtage zustehen. Die altpreußischen Konservativen sahen hinter dieser Maßregel, die thatsächlich von der Gerechtigkeit geboten schien und überdies im Hinblick auf die Stimmung der neuen Unterthanen ein Akt politischer Klugheit war, die Selbstverwaltung und andere ihnen verhaßte Forderungen des Liberalismus emporsteigen, und waren zum äußersten Widerstand entschlossen. Ueber die Vorgänge, die darüber zu einem Bruche führten, schrieb ein gut unterrichteter Gewährsmann, Roons ältester Sohn, dem damals im Süden weilenden Vater einen Bericht, der dieses erste und für die Folgezeit bedeutsame Zerwürfnis also schildert: Hinter den Coulissen ist viel passiert, was nur innig bedauert werden kann und was sicherlich nicht geschehen wäre oder doch nicht so schroffe Gegensätze verursacht haben würde, wenn du oder Blankenburg hier und Herrn v. Bismarck zur Seite gewesen wärest. Es sind, bei völlig unbefangenem Urteil, zwei Personen, denen man die Hauptschuld beimessen muß, daß jetzt eine so völlige Entfremdung zwischen den Konservativen und Bismarck eingetreten ist: die eine ist Herr v. Bodelschwingh, der fortwährend, immer ohne hervorzutreten, geputscht hat, und die andere Bismarck, der die Partei, welche ihm so unbegrenzt ergeben ist... mit unbeschreiblicher Schroffheit zu behandeln fortfuhr ... Gestern warf sich nun, da es ihnen an einem geschickten und dreisten Wortführer gegenüber dem Löwen fehlt (welcher inzwischen mit Schwerin und Lasker tuschelte), Georg Vincke zum Ritter der Konservativen auf und schwamm in einer $1^1/_2$stündigen Rede wieder einmal so recht in der alten Art daher, kramte alles in rücksichtslosester Weise aus, was ihm von der konservativen Seite über die Verhandlungen hinter den Coulissen aufgetragen und nicht aufgetragen war ... und empfing nicht weniger als 20 persönliche Entgegnungen, unter denen die des Ministerpräsidenten, der sehr erregt war, wiederum gegenseitige Ehrenerklärungen ꝛc. nötig machten. So endigte die Debatte in

Digitized by Google

der unerquicklichsten Art mit einer Verstimmung auf allen Seiten, nur die Liberalen und besonders die Radikalen lachten sich ins Fäustchen. Die Fortsetzung der Tragödie ist denn auf dem gestrigen großen Balle im Schlosse erfolgt, wo der König Herrn v. Binde, Diest und andere Konservativen auf das Heftigste angelassen hat . . . Bismarck seinerseits soll so erbittert und verärgert sein, daß er angeblich unbestimmten Urlaub beantragt hat, — was ich indessen vorläufig noch bezweifeln möchte. —

Der hier ausgesprochene Zweifel war unbegründet, denn Bismarck, dem der Bruch mit den langjährigen Parteigenossen näher ging als diese glaubten, nahm wirklich Urlaub, anscheinend um der konservativen Fronde seinen Verdruß deutlich zu machen. Indessen war er doch weit entfernt, einen dauernden Konflikt herbeiführen zu wollen, der die Regierung ganz auf die liberalen Parteien angewiesen und vielleicht gezwungen hätte, das teure Experiment der neuen Aera noch einmal zu machen. Ohne die Liberalen ließen die Aufgaben der nationalen Politik sich freilich nicht lösen, aber gegen die Konservativen sie lösen zu wollen, verstieß gegen einen Grundsatz seiner politischen Ueberzeugung und gefährdete nach seiner Ansicht die Zukunft des Staates.

Auch der Mehrheit der konservativen Partei war die neue Situation, in die sie sich durch den Uebereifer, vielleicht auch durch die Intrigue einiger Mitglieder gedrängt sah, wenig geheuer. Der Abgeordnete v. Berg, der zwar ebenfalls Bismarck einen großen Teil der Schuld beimaß, hatte, so schrieb er an v. Blankenburg, die wenig erbauliche Empfindung, daß die Partei auf dem Rücken liege, mit den Beinen nach oben, ohne zu wissen, was sie wolle und ohne zu können, was sie solle. Etwas anders sah Roon in einem Briefe an seinen Sohn die Lage an: die konservative Partei bedürfe einer Reorganisation, aber diese vorzunehmen, sei nicht Bismarcks Sache, sondern des Ministers des Innern, und wer wisse, wie Ungeheures Bismarck zu leisten habe, werde ihn in dieser Frage nicht schelten, daß er nicht auch noch für seines Kollegen Versäumnis

Digitized by Google

eintrete. Uebrigens, fuhr er fort, wird der Bruch heilen, denn er muß heilen; wir können uns auf keine andere Partei in der Hauptsache stützen, aber die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Aufgaben und Auffassungen wesentlich andere sein müssen als zur Zeit des Konflikts; sie muß eine Partei des konservativen Fortschritts werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben, so wesentlich und notwendig solche zur Zeit der Uebermacht des demokratischen Fortschritts und der damit angedrohten demagogischen Ueberstürzung auch sein mochte.

In diesem Sinne wandte Roon sich auch an Bismarck, und wirklich konnte schon am 23. April Bismarcks Jugendfreund Blankenburg, damals ein Führer der Konservativen, seinem Onkel Roon berichten, daß in der Frage ‚Parlamentarisches oder Königliches Regiment' seine Partei wieder unter Bismarcks entschiedenster Führung ihre Fahne flattern gelassen habe. Als nämlich im Norddeutschen Reichstag die Nationalliberalen bei den Verhandlungen über die Verwaltung der Bundesschulden den Antrag stellten, daß sowohl dem Bundeskanzler als auch dem Reichstag ein Klagerecht gegen die verantwortlichen Beamten zustehen solle, erklärte Bismarck unter lebhaftem Beifall der Konservativen: hier sei die Grenze aller Konzessionen, und dem Versuche, die parlamentarische Macht etwa dadurch zu erweitern, daß man die Regierung zwinge, sich das Recht der Landesverteidigung zu erkaufen, müsse jeder, der auf die Dauer der geschaffenen Zustände rechnen wolle, sich grundsätzlich entgegenstellen.

So sehr durch derartige Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und den Liberalen die mißtrauische Sorge mancher Konservativen für den Augenblick verscheucht wurde, die böse Stimmung kehrte demnächst in verstärktem Maße zurück. Denn die fortschreitende Einigung Deutschlands erforderte einen liberalen Kurs, und Bismarck, den Zug der Zeit ohne Vorurteil beobachtend, stellte im allgemeinen sein Steuer nach dieser Richtung. So fanden die alten Freunde auch in den nächsten Jahren noch manchen Grund, über den großen Abtrünnigen zu klagen, der mit den Li-

Digitized by Google

beralen kokettiere und die Konservativen ignoriere. Bis zu welcher Stärke sich die Spannung allmählich wieder steigerte, zeigt der Umstand, daß selbst Männer wie Roon und Blanckenburg von dem allgemeinen Mißmut ergriffen wurden. Ihre Briefe aus dem Anfang des Jahres 1870 werfen ein düsteres Licht auf die innere Lage und auf die Hindernisse, mit denen Bismarck damals, wenige Monate vor dem Ausbruch des Krieges, zu ringen hatte. Die gewaltigen Ereignisse, die bald darauf die Gedanken der Nation von jenem häuslichen Zwist abzogen, haben mit ihrem Licht auch die Schatten, die vorher auf dem Wege der nationalen Entwicklung lagen, überstrahlt, aber Gerechtigkeit und Wahrheit verlangen, zur Würdigung des Geschehenen auch daran zu erinnern. Und für die Gegenwart mit ihrem pessimistischen Zagen und Zweifeln ist es ein Gewinn, zu erkennen, daß auch das Große und Herrliche, als es unsern Vätern heraufstieg, ein Geschlecht fand, welches sich kurz zuvor einem verdrießlichen Parteihader hingegeben hatte.

Am 5. Februar beklagte Blanckenburg in einem Schreiben an Roon, daß die Opposition der Konservativen gegen Bismarck reißend zunehme; und wenn er, Blanckenburg, auch nicht der Führer der Opposition sein wolle, so möge er doch auch nicht die Führung des schon murrenden und widerwilligen Restes übernehmen, der Bismarck noch folge. Und Roon? Gleich nach Empfang dieses Briefes schrieb er dem Neffen zurück: ‚Politisch gehöre auch ich — unter uns — der konservativen Opposition an, weil ich nicht wider meinen Willen mit verbundenen Augen geführt werden mag, wer weiß wohin. Aber B. (Bismarck) weicht jedem Gespräche über dies Thema aus, während er sich in theoretischen Sätzen noch immer in Uebereinstimmung mit mir zu halten die Miene giebt. Er vernachlässigt, wie bisher, seine treuesten und ergebensten Freunde; er wird nicht Anstand nehmen, sie eventuell zu brüskieren. Wenn nicht unser Herrgott eingreift, so ist keine Hoffnung auf eine gedeihliche Entwicklung unserer Verhältnisse; das Steuer ist verloren gegangen oder unbrauchbar geworden,

Digitized by Google

wer weiß da, wohin uns die Wogen schaukeln werden.' — Wenn Roon so dachte, wie groß mußte dann die Erbitterung gegen Bismarck in den Reihen derjenigen Konservativen sein, die den leitenden Staatsmann nur nach seinem äußern, notgezwungen den Liberalen entgegenkommenden Verhalten beurteilten! Die Lage war im Frühjahr 1870 in der That so, daß nur ein Ereignis wie der Krieg mit Frankreich den Ausbruch eines schweren Konfliktes — vertagt hat.

Daß Bismarck vorwiegend aus Rücksichten seiner auswärtigen Politik, besonders im Interesse der nationalen Bewegung in den süddeutschen Staaten mit liberalem Winde fuhr, steht fest und ist nach seiner Entwicklung nicht zu verwundern. Aber auch jetzt dachte er keinen Augenblick daran, die Hand vom Steuer zu nehmen und das Schiff vor dem Zeitgeiste treiben zu lassen. ‚Eine Regierung muß nicht schwanken,' rief er den Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses zu, ‚denn das sei der Weg, auf dem sie sicher zu Grunde gehe; habe sie ihren Weg gewählt, so müsse sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen.'

Bei dieser Entschlossenheit waren natürlich auch Reibungen mit den liberalen Parteien nicht immer zu vermeiden, aber im allgemeinen herrschte zwischen ihnen und dem Minister wenigstens in den wichtigsten Fragen Uebereinstimmung, und wenn gelegentlich einmal Meinungsverschiedenheiten hervortraten, so entsprach es dem Interesse beider Teile, sie auszugleichen und nicht durch schroffes Verhalten die Auffindung eines gangbaren Mittelweges zu erschweren. Man erfährt aus jenen Jahren von zahlreichen privaten Beratungen Bismarcks mit den Führern der gemäßigten Liberalen, wobei es in der Regel dem auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen gelang, sich über neue Vorlagen zu verständigen. Gleichwohl bestand das alte Mißtrauen gegen reaktionäre Rückschläge der Regierung fort, und war insofern der Verdacht der Liberalen begründet, als für Bismarck die liberale Freundschaft nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel war, welches er unter

Digitized by Google

Umständen gegen ein anderes zu vertauschen bereit war. Einstweilen aber blieb die junge Freundschaft im allgemeinen ungetrübt und vor gefährlichen Proben bewahrt. Gelegentliche Hiebe Bismarcks gegen einen Vertreter der radikalen Richtung nahm man weiter nicht übel oder freute sich sogar einer gelungenen Abfuhr. —

Die Aufgaben, die Bismarck unterdessen oblagen, waren dreifacher Natur; sie betrafen entweder die preußische Monarchie, oder den Norddeutschen Bund und dessen Beziehungen zu Süddeutschland, oder endlich die Stellung zum Auslande. Naturgemäß überwogen sowohl an Bedeutung wie nach dem Grade des Interesses, welches Bismarck diesen Aufgaben entgegenbrachte, die zweite und dritte. Der preußische Staat bot, nachdem er ‚gesättigt' war, seiner Thatkraft nur noch ein beschränktes Feld. Eine auswärtige Politik Preußens, losgetrennt von der des Bundes, gab es ohnehin nicht mehr; um die innern Angelegenheiten sich zu kümmern, lag ihm damals nach seiner bisherigen Entwicklung noch fern. Gelegentlich, in dem Aerger über die Aufkündigung der konservativen Heeresfolge, drohte er wohl sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, und wenngleich diese Drohung in Anbetracht des Umstandes, daß ein Bundeskanzler ohne Sitz und Stimme im preußischen Ministerium in der Luft geschwebt hätte, ihm, dem die reale Macht, die Möglichkeit, sich durchzusetzen, über alles ging, sicherlich nicht ernst gemeint war, so hat er doch thatsächlich in jenen Jahren die eigentlich preußischen Angelegenheiten als Dinge zweiter Ordnung angesehen und behandelt. Auch an den Verhandlungen des Landtags nahm er nur selten teil; wenn er erschien, so war das in der Regel ein Zeichen, daß die Beziehungen zum Bunde oder andere Fragen der auswärtigen Politik auf der Tagesordnung standen.

Nachdem das unter dem Donner der Schlacht von Königgrätz gewählte Abgeordnetenhaus durch die Bewilligung der Indemnität den innern Frieden zwischen der Krone und der Volksvertretung besiegelt und der Einverleibung der neuen Provinzen sowie der Bundesverfassung

Digitized by Google

zugestimmt hatte, glaubte Bismarck im Herbste des Jahres 1867 allgemeine Neuwahlen anordnen zu sollen. Namentlich bestimmte ihn hierzu die Erwägung, daß die neuen Provinzen im preußischen Landtag vertreten sein mußten, sobald die preußische Verfassung in Kraft trat. Das sollte im Oktober geschehen. Wenn man, so folgerte er, bei dieser Gelegenheit in der gesamten Monarchie Neuwahlen ausschrieb, so entsprach das nicht nur der neuen Phase der Entwicklung, in die der preußische Staat durch die gewonnene Erweiterung eingetreten war, sondern es würde auch in den neuen Provinzen das Gefühl der völligen Gleichstellung mit den alten erhöht und die innere Verschmelzung gefördert werden. Und gerade dies war die erste und schwierigste Aufgabe, die die preußische Politik in den nächsten Jahren zu lösen hatte.

In dieser wichtigen Frage vertrat Bismarck, so entschlossen er im Notfalle durchzugreifen liebte, die Ansicht, daß man durch maßvolles Vorgehen und Schonung berechtigter Eigentümlichkeiten das Ziel am ehesten und sichersten erreichen werde. Mit Vertrauensmännern aus den neuen Provinzen beriet er die Maßregeln, die dort ins Leben gerufen werden sollten; er trug, wie die Verhandlungen über den hannoverschen Provinzialfonds zeigten, kein Bedenken, den neuen Unterthanen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung Zugeständnisse zu machen, die über das, was sonst in der Monarchie Brauch war, hinausgingen. Bei der Frage, in welchem Tempo und Umfang man dem gegebenen Beispiel in den alten Provinzen folgen könne, stieß er im Schoße des Ministeriums auf abweichende Ansichten, in der Sache selbst aber stimmten die übrigen Minister ihm darin bei, daß sobald wie möglich ein Zustand aufhören müsse, in welchem, wie er am 5. Februar 1868 in drastischer Weise schilderte, über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen werde, so daß in jeder speziellen Sache die beiden äußersten Pole, die Bezirksgendarmen und die Geheimräte in Berlin, die Entscheidung träfen.

Aehnliche Rücksichten auf die Stimmung der neuen

Digitized by Google

Unterthanen und die Beschleunigung des Verschmelzungsprozesses leiteten ihn auch in einer Frage, die mehrere Jahre hindurch die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigte: ob der preußische Staat die entthronten Fürsten entschädigen solle? Aus Gründen der innern und auswärtigen Politik glaubte Bismarck diese Frage bejahen zu sollen. In letzter Hinsicht war es ihm nicht ohne Bedeutung, daß England an der Sache ein großes Interesse bekundete, weil der abgesetzte König von Hannover ein englischer Prinz war; auch der Kaiser von Rußland hätte eine angemessene Entschädigung der entthronten Fürsten gern gesehen. Nun hatte zwar der Kurfürst von Hessen alsbald nach dem Kriege mit der preußischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge er gegen die Herausgabe seines Privatvermögens seine Unterthanen von ihrem Eide entband, dagegen war es mit dem Könige von Hannover und dem Herzog von Nassau zu einem gütlichen Vertrage noch nicht gekommen. Bismarck, der sich von dem Zustandekommen eines solchen noch obendrein eine wohlthuende Rückwirkung auf die Gesinnung der neuen Unterthanen versprach, ließ beiden Fürsten gegen eine förmliche Thronentsagung ansehnliche Entschädigungen in Aussicht stellen. Nachdem man eine Zeit lang darüber verhandelt hatte, ob die Entschädigung in Domänenbesitz oder Geld erfolgen solle, war die Angelegenheit im September 1867 so weit gediehen, daß dem Könige von Hannover 16 Millionen Thaler, dem Herzog von Nassau rund 9 Millionen bewilligt wurden. Allerdings hatte König Georg auch jetzt sich noch nicht zu einem Verzicht auf die Welfenkrone bewegen lassen, indessen glaubte Bismarck, die Annahme des preußischen Geldes werde es dem Ehrgefühl des Königs verbieten, noch weiter gegen die Neuordnung der deutschen Dinge zu konspirieren. Daß die Entschädigungssummen ungewöhnlich hoch waren, und daß man sie bei einiger Zähigkeit um etliche Millionen hätte herabsetzen können, sagte er sich selbst, aber es schien ihm trotzdem vorteilhafter, einen freigiebigen Maßstab anzuwenden; denn nur in diesem Falle sei es möglich, die Bewohner der neuen Provinzen mit dem jetzigen Schicksal ihrer früheren Herrscher auszusöhnen.

Digitized by Google

Einer Bestätigung der beiden Abfindungsverträge durch den preußischen Landtag bedurfte es, wie er glaubte, deshalb nicht, weil bei ihrem Abschluß die Frist, die der Regierung in den Angelegenheiten der neuen Provinzen unbeschränkte Vollmachten gewährte, noch nicht abgelaufen war. Aus demselben Grunde ließ er die Entschädigungssummen auf einen Kredit verrechnen, der der Regierung im September des Vorjahres für Zwecke der Landesverteidigung bewilligt worden war. Dieses eigenmächtige Verfahren erregte namentlich auf der liberalen Seite des Abgeordnetenhauses Befremden und Unmut, und in der Budgetkommission stellte v. Twesten am 28. November den Antrag, die Regierung aufzufordern, die Zustimmung des Landtags zu den beiden Verträgen einzuholen. Bismarck suchte sein Vorgehen zu rechtfertigen, aber die Kommission nahm nach zwei zum Teil stürmischen Sitzungen Twestens Antrag an. Jetzt gab Bismarck nach und legte nach wenigen Tagen dem Hause einen Gesetzentwurf vor, worin es um nachträgliche Genehmigung der Verträge gebeten wurde. In den Beratungen des Plenums setzte er zu seiner Verteidigung die Erwägungen auseinander, die ihn in der Angelegenheit geleitet hatten. Die Regierung habe es seit dem Frieden als ihre Aufgabe betrachtet, diejenigen Empfindungen, die in Deutschland und im Auslande durch die neue Ordnung der Dinge verletzt seien, nach Kräften zu versöhnen. Wie viel diese Versöhnung, in Geld ausgedrückt, wert sei, könne niemand sagen, aber wenn jener Zweck auch nur annähernd erreicht werde, so halte er den Preis, den Preußen zahle, für wohlfeil, und wenn der Handel noch einmal abzuschließen wäre, würde er ohne Bedenken dieselbe Summe zahlen. Nach seiner Ueberzeugung habe König Georg durch dieses Abkommen mit vollem Bewußtsein auf seine Rechtsansprüche an die Krone von Hannover verzichtet; er habe von seinem Gegner Preußen gar nichts nehmen können, — dann wäre er als Prätendent am gefährlichsten gewesen, denn ein Armer, der nichts zu verlieren habe, pflege mehr zu wagen; aber dadurch, daß er die Entschädigung angenommen, habe er

Digitized by Google

thatsächlich, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, entsagt. Selbst eine förmliche Verzichtleistung würde den Wert des Vertrages nur wenig erhöhen, weil die Prätendentenmoral in demselben Augenblick, wo die Gelegenheit sich günstig zeige, solche Verzichtleistungen als erzwungen oder erschlichen ansehe und sich durch sie nicht als gebunden betrachte.

Nach diesen Erklärungen wurde die nachgesuchte Genehmigung mit großer Mehrheit erteilt, aber die Angelegenheit war auch damit noch nicht erledigt. Denn während der Herzog von Nassau die Bedingungen des Vertrages erfüllte, beeilte König Georg sich, die Voraussetzungen, unter denen Bismarck mit ihm abgeschlossen hatte, zu zerstören. An demselben Tage, an dem das preußische Herrenhaus dem oben mitgeteilten Beschluß der zweiten Kammer hinsichtlich des Septembervertrages beitrat, am 18. Februar 1868, empfing er in Hietzing bei Wien aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit eine große Schar seiner Anhänger. Daß dabei große Worte über die Erfüllung der welfischen Wünsche gewechselt wurden, war nicht zu verwundern, aber der König vergaß alle Vorsicht, als er am Schlusse einer Rede sagte: ‚Ich fordere euch auf, zu trinken auf die Wiederherstellung des Welfenreiches, des Welfenthrones, auf meine Rückkehr in eure Mitte.' Diese Vorgänge, bei denen trotz aller Umsicht auch einzelne Nicht-Welfen zugegen waren, machten in der europäischen Presse begreifliches Aufsehen; sie gaben Bismarck den unzweifelhaften Beweis, daß die Agenten, die für die sogenannte Welfenlegion thätig waren, im Auftrage und Solde des Königs standen. Sofort traf er Gegenmaßregeln. Am 2. März beantragte ein Bericht des Staatsministeriums eine königliche Verordnung, die im Interesse der Sicherheit des Staates die Beschlagnahme des gesamten hannoverschen Hausvermögens verfügte. Weil inzwischen der Landtag geschlossen worden war, konnte diesem erst nach seinem Zusammentritt im November ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, um die in der Verordnung vorausgesehene Zustimmung der Volksvertretung zu erlangen. In der De-

Digitized by Google

hatte am 29. Januar 1869 deckte Bismarck schonungslos die Umtriebe der Welfen auf; auch gab er zu, daß er sich hinsichtlich der Stellung, die der König Georg nach dem Abschluß des Entschädigungsvertrags einnehmen werde, geirrt habe: Die preußische Regierung sei allerdings berechtigt gewesen zu glauben, daß der König mit der Unterzeichnung des Vertrages auf die traurige Rolle eines Fürsten verzichte, der den Krieg fortsetze an der Spitze von 1000 oder 1400 verführten jungen Leuten, die er miete und ihrer Zukunft entziehe; im Interesse der hannoverschen Jugend aus den untern Ständen, die der Verführung besonders ausgesetzt sei, für Geld einer Art von Seelenverkäuferei zu verfallen, habe er das gewünscht und gehofft. Jetzt aber halte er sich an die eine scharf ausgeprägte Thatsache, an die fortgesetzte Unterhaltung dieser Legion zum Zwecke des Krieges gegen das eigene Vaterland im Bunde mit fremden Mächten, sowie an das Bestreben, den Frieden als zweifelhaft darzustellen und das gegenseitige Vertrauen, dessen Europa bedürfe, an allen Orten durch Agenten und Intriganten zu stören. Das Vertrauen auf den Frieden würde nicht gestärkt werden, sagte er, wenn wir nicht einem solchen Unternehmen entgegenträten, dessen Duldung mit der Würde einer großen Nation nicht verträglich ist, durch dessen Duldung wir uns nur dem Verdachte aussetzen, als hätten wir nicht den Mut, uns zu wehren. Denn es gebe eine Feigheit, die es nicht wage, sich zu wehren, und auch nur die Degenspitze, die auf ihre Brust gerichtet sei, wegzuschlagen, sondern sich von ihr durchrennen lasse. Dafür zu sorgen, daß das nicht geschehe, sei die Aufgabe der Regierung. ‚Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den gefallenen Gegner, aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren und diesem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation und Europas ein Ende machen gegen diejenigen, welche sich berufen fühlen, für persönliche und kleinliche dynastische Interessen das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes in Verschwörungen mit dem Auslande zu bedrohen und aufs Spiel zu setzen.‘

Digitized by Google

Das Gesetz, welches die Beschlagnahme des Welfenvermögens genehmigte, wurde am 29. Januar 1869 vom Abgeordnetenhause und am 13. Februar von der ersten Kammer angenommen. Dasselbe Vorgehen eröffnete Bismarck gegen den entthronten Kurfürsten von Hessen, der im September 1868 an die deutschen und europäischen Höfe ein Schreiben gerichtet hatte, worin er seine früher gegebene Einwilligung in die neuen Zustände zurücknahm, weil er im Vertrauen auf den Beistand fremder Mächte die Wiederherstellung des kurhessischen Staates hoffe. Auch in diesem Falle erklärte Bismarck bei der hochgehenden Agitation der Welfen und der Gefahr auswärtiger Verwicklungen die Sicherheit des preußischen Staates für bedroht und, ohne über juristische Zwirnsfäden zu stolpern, sprang er zum Angriff vor. Am 30. Januar verteidigte er sein Verfahren als einen Akt der Notwehr vor der Kammer, indem er die friedenstörenden Verhetzungen, die gerade damals in französischen Blättern gegen Preußen umgingen, auf kurhessische Quellen zurückführte.

Natürlich erforderte die Abwehr solcher Minenangriffe eine gewisse Skrupellosigkeit, und Bismarck hat hier wie auch in anderen Fällen, wenn die Sicherung seines Werkes in Frage kam oder die Erreichung eines Zieles ihm gefährdet schien — wozu es leugnen! — ohne Bedenken zu Mitteln gegriffen, vor denen ein zwischen Recht und Gewalt ängstlich abwägendes Gemüt zurückgeschreckt wäre. In diesem Sinne ist auch er dem Satze verfallen, daß die Politik ein Kampf ist, und daß hier wie in jedem Kampfe Recht und Moral nur bedingte Geltung haben. Er war sich dessen bewußt und fand sich in seinem Gewissen damit ab. Man hat bemerkt, daß er in solchen Fällen, wo ihn die Umstände zu einem Mittel zwangen, welches ihm selbst bedenklich schien, seinen königlichen Herrn, dessen Gewissenhaftigkeit er kannte und achtete, nicht in Mitleidenschaft zog, sondern es auf sich nahm, hinter dessen Rücken zu handeln. Diejenigen, die aus diesem Grunde Steine auf ihn werfen, pflegen darauf hinzuweisen, daß er aus dem beschlagnahmten Vermögen des Königs von Hannover und

Digitized by Google

des Kurfürsten von Hessen den sogenannten Reptilienfonds geschaffen habe, dessen Dasein man als einen Pfuhl der Unsittlichkeit verabscheut hat. Als ob er die Flut von Vorwürfen und Verdächtigungen, die aus dieser Maßregel sich über ihn ergießen sollte, vorausgesehen hätte, suchte er sich am 30. Januar 1869 bei der Beratung des Abgeordnetenhauses über die Beschlagnahme des hessischen Hausvermögens zu rechtfertigen: ‚Leider kann sich das Ausland sagen, daß, wenn eine Armee siegreich bei uns vordränge, sie nicht überall auf denselben feindlichen Widerstand stoßen würde, wie er vielleicht bei jeder andern geschlossenen europäischen Nation zu erwarten wäre. Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an Volskern, und wenn sie Volsker fänden, würden sie sich bald demaskieren; nur den letzten versöhnenden Abschluß Coriolans würden alle Frauen Kassels und Deutschlands dann nicht im stande sein, herbeizuführen. Es ist sehr zu beklagen, daß dem bei uns so ist. Vergegenwärtigen Sie sich den Eindruck, den es in Spanien wie in Rußland, in England wie in Frankreich, in Ungarn wie in Dänemark machen würde: Wenn dort irgend jemand erklärte, er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Familieninteressen mit ausländischer Hilfe durchführen, er setze seine ganze Hoffnung darauf und arbeite dahin, daß die Fluren seines Vaterlandes von siegreichen ausländischen Kriegsheeren zertreten würden, . . . solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung, sie tragen die Stirne hoch und finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein. Ueberall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dieser Thatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien*) zu verfolgen bis in

*) Dieses Wort gab dem geheimen Fonds seinen berüchtigten Namen.

Digitized by Google

ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben. Damit ist nicht gesagt, daß wir eine halbe Million geheimer Fonds brauchen können; ich hätte keine Verwendung dafür und möchte die Verantwortung für solche Summen nicht übernehmen. Es werden sich andere Verwendungen finden, die Ihre nachträgliche Genehmigung und Zustimmung finden werden.' Nachdem er darauf angedeutet hatte, daß ein Teil der Summe dazu dienen könne, auf dem hessischen Hausvermögen haftenden Verpflichtungen nachzukommen, schloß er mit der Aufforderung: machen Sie uns aus dem bedauerlichen Zwange, daß wir Gelder auch zu anderen Zwecken verwenden müssen, keinen Vorwurf; probieren Sie selbst erst, ob Sie Pech anfassen können, ohne sich zu besudeln!

Aber genug der Vorgänge aus der engern preußischen Geschichte: sie alle zeigen, wie sehr und überwiegend damals die Fragen der auswärtigen Politik ihn beschäftigten. Galt es in Preußen, das Gewonnene zu sichern, so kam für die Behandlung der nationalen Frage noch hinzu, ein erst begonnenes, nur zum Teil fertiges Werk zu vollenden. Wie er sich zu diesem Problem stellt, wie er auch hier eine Zeit lang in der Sorge vor fremder Einmischung oder aus Rücksicht auf die Stimmung im Süden das leidenschaftliche Verlangen der nationalen Parteien zügelt, zuletzt aber, im entscheidenden Augenblick, selbst mit einem Schlage den Sturm entfesselt und der patriotischen Begeisterung alle Schleusen öffnet, das zu schauen, gewährt einen Genuß, wie man ihn immer empfindet, wenn man einen Meister an seinem Werke sieht.

Die nationalen Sorgen Bismarcks gingen zunächst in zwei Richtungen: im Norden die Bestrebungen unitarischer Heißsporne, denen die Bundesverfassung vom 17. April 1867 nicht genügte, zu mäßigen, sodann alles zu vermeiden, was im Süden als ein Druck zum Eintritt in den Bund aufgefaßt werden konnte.

Mit allem Nachdruck hatte Bismarck schon im konstituierenden Reichstag den Bundescharakter des neuen deutschen Staates verteidigt. Daran hielt er jetzt fest, nicht

Digitized by Google

deshalb, weil er das Erreichte für vollkommen hielt oder jeder weitern Ausbildung des Einheitsstaates grundsätzlich widerstrebte, sondern aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit, weil er vorhersah, daß der innere Zusammenschluß der deutschen Stämme desto sicherer und besser gelingen werde, je weniger den Verbündeten die Zwangslage, in der sie sich thatsächlich nun einmal befanden, fühlbar gemacht wurde. Von den zahlreichen Anlässen, bei denen er in der folgenden Zeit für eine gemäßigte Bundespolitik, d. h. für die garantierte Stellung der Einzelstaaten eintreten mußte, seien hier als besonders lehrreich zwei Vorgänge aus dem Jahre 1867 erwähnt. Das eine Mal handelte es sich um die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, das preußische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des Norddeutschen Bundes zu übernehmen und innerhalb des Bundes die preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufzuheben. Wohin das zielte, war klar: wenn Preußen dem Antrag Folge leistete, so stand zu erwarten, daß unter dem Drucke dieses Beispiels auch die übrigen Verbündeten auf das Recht einer selbständigen diplomatischen Vertretung verzichten würden. Gerade diese Empfindung des Zwanges aber wollte Bismarck den kleinern Staaten ersparen; er trat daher öffentlich dem Antrag entgegen, um die dynastische Empfindlichkeit der Bundesgenossen nicht zu verletzen, im geheimen jedoch und auf Umwegen betrieb er die Angelegenheit so, daß schon bald nachher die diplomatische Vertretung des Norddeutschen Bundes ins Leben gerufen werden konnte. Im übrigen hatte die ganze Frage für ihn nur die Bedeutung einer Etikette; jeden Versuch, an der wirklichen Macht der Bundesregierung zu rütteln, wies er entschieden und, wenn es ihm zweckdienlich schien, vor aller Welt zurück.

Ein zweiter Anlaß, gegen unitarische Wünsche aufzutreten, bot sich ihm in den Verhandlungen über den am 18. Juli 1867 zwischen Preußen und Waldeck geschlossenen Vertrag, der die Verwaltung des Fürstentums zum größten Teil an Preußen übertrug. Als dieser Vertrag am 11. Dezember auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses

Digitized by Google

stand, beantragte der Berichterstatter, die Erwartung auszusprechen, daß Preußen die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont sich völlig einverleiben werde. Auch Bismarck erkannte die Einfachheit dieses naheliegenden Gedankens an, aber schwerer wogen ihm die Gründe dagegen. Es sei eine Ehrenpflicht Preußens, den kleinern Staaten zu zeigen, daß das Maß ihrer Souveränität, welches mit dem Bundesverhältnis vereinbar sei, gewahrt werden solle. Jede Besorgnis in dieser Hinsicht nach Kräften zu zerstreuen, sei eine Pflicht der Politik und der Gerechtigkeit. Nicht Preußen allein, sondern der Norddeutsche Bund habe die Souveränität der einzelnen Staaten garantiert; es sei eine Kollektivgarantie, so daß die Absicht eines einzelnen Mitgliedes nicht ausreiche, eine der Souveränitäten des Bundes verschwinden zu lassen. Wenn man sage, daß es für die Bundesverfassung, namentlich für das Stimmverhältnis im Bundesrat gleichgültig sei, ob die Stimme Waldecks eingehe oder den preußischen zugelegt werde, so sei zu bedenken, daß auf diesem Wege Preußen in kurzer Zeit zu einer geborenen Majorität im Bundesrat gelangen würde. Alsdann aber sei ein Bundesverhältnis undenkbar. Es müsse vielmehr so bleiben, daß in Fragen, welche Unbilligkeiten oder gar Vertragsverletzungen enthielten, die außerhalb des Präsidiums stehenden Staaten wenigstens im stande wären, eine Majorität gegen das Präsidium zu bilden; jede Bresche, die in diesen Zustand gelegt werde, jeder Stein, der herausbröckele, werde in den Bund ein Mißtrauen bringen, das ihm bisher fremd geblieben sei und das man nur dadurch fernhalten könne, daß Preußen sich streng an die Verfassung halte und deren buchstäbliche Durchführung überall, wo die Interpretation zweifelhaft sein könne, mit wohlwollender Billigkeit handhabe.

Man sieht, nicht die Freude am Gedeihen der partikularistischen Gebilde bewog ihn, für ihre Erhaltung einzutreten, sondern der Grundsatz, von der Gegenwart nur das Notwendige zu fordern. Durchaus unrichtig wäre es zu glauben, daß er, der soeben erst einige der selbstbewußtesten Dynastien entthront hatte, aus bloßer Achtung vor den

Digitized by Google

Rechten der verbündeten Fürsten sich dazu verstanden habe, als müßiger Zuschauer den Dingen ihren Lauf zu lassen. Schon die Macht, mit der er seine eigene Stellung, die Bundeskanzlerschaft, ausgestattet hatte, ließ über seine Entschlossenheit, den Bundesstaat zur Wahrheit zu machen, keinen Zweifel. Dem entsprach es, daß er auch fernerhin alle Versuche, den Kanzler durch verantwortliche Minister in seinen Rechten einzuengen, bekämpfte, ja, es offen aussprach, daß er in dieser Kardinalfrage nicht nachgeben und selbst nicht vor einem Konflikt zurückscheuen werde. Die Gründe, die ihn dazu bestimmten, legte er wiederholt öffentlich dar; besonders hob er den Widerspruch hervor, den man begehe, wenn man auf der einen Seite dem Bundeskanzler eine Menge der schwierigsten und verantwortlichsten Aufgaben überweise, auf der andern ihm Hände und Füße fessele, indem man ihn durch ein Kollegium von Ministern an das Gängelband nehmen lasse. Man wolle, so klagte er am 16. April 1869 im Norddeutschen Reichstag, eine starke, gewandte, freibewegliche Regierung haben, aber sie solle bei allem, was sie thue, von vier oder fünf gleichberechtigten Kollegen die Zustimmung einholen. Wer einmal Minister gewesen und an der Spitze eines Ministeriums gezwungen gewesen sei, auf eigene Verantwortung Entschließungen zu finden, schrecke zuletzt vor dieser Verantwortung nicht mehr zurück, aber er schrecke zurück vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß das, was er wolle, das Richtige sei. Alle Mitglieder eines Ministeriums hätten ihre ehrliche, feste Ueberzeugung, und je ehrlicher und tüchtiger sie in ihrer Thätigkeit wären, um so schwerer würden sie sich fügen.

Bismarck hielt, woraus er kein Hehl machte, jede kollegialische Ministerverfassung für einen staatsrechtlichen Mißgriff und wollte unter keinen Umständen die Hand dazu bieten, diese nach seiner Meinung fehlerhafte Einrichtung auf den Bund zu übertragen. Am Schlusse jener mehrstündigen und denkwürdigen Rede vom 16. April 1869 sagte er Worte voll goldener Weisheit, die heute und wohl noch nach Generationen für die Entwicklung der deutschen

Digitized by Google

Dinge Geltung haben und daher hier Platz finden: Wir suchen zu decentralisieren, provinzielle und lokale Selbständigkeiten zu schaffen, — warum sollen wir denn hier im Bunde gerade das Gegenteil davon thun? hier, wo wir, ich will nicht sagen provinzielle, aber lokale Selbständigkeiten haben, und Selbständigkeiten, die Deutschland zu großem Nutzen geworden sind. Wir haben beispielsweise von Sachsen vieles für unsere Verwaltung lernen können, wir haben in Hannover ähnliche Erfahrungen gemacht und ich freue mich dabei über einen Fortschritt in Preußen, über den, daß der Fluch der hohen Meinung, womit der Mensch sich selbst betrügt, bei unserer nähern Bekanntschaft mit der Verwaltung der kleineren Staaten allmählich von uns genommen wird. Aber das sind Vorteile, die eben aus dem selbständigen Leben der kleinen Staaten hervorgehen und uns um so weniger berechtigen, diesen selbstständig gewachsenen Staatswesen den ihnen verfassungsmäßig zugesicherten Einfluß auf die Allgemeinheit zu verkümmern. Ich gebe gern zu, daß die Bundesverfassung eine sehr unvollkommene ist; sie ist nicht bloß in der Eile zu stande gekommen, sondern auch unter Verhältnissen, in denen der Baugrund ein sehr schwieriger war. Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch die Zukunft machen; und das ist ein Mißverständnis, vor dem ich warnen möchte, daß wir uns nicht einbilden, wir könnten den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte Ihnen deshalb mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen. Daß gerade die Frucht, die Sie heute erstreben, Ihnen jemals reif in den Schoß falle, hoffe ich nicht, denn die Geschäfte des Landes würden, wie ich glaube, viel schlechter gehen, sobald Sie ein Kollegium an die Stelle der einheitlichen Spitze setzen. —

Digitized by Google

Diese Worte erfordern keinen Kommentar; sie enthalten den Schlüssel zu Bismarcks deutscher Politik und waren eine deutliche und feste Absage von jener Art von Entwürfen, die schon damals in den inzwischen wieder mehr zu Ansehen und Wert gekommenen partikularistischen Kreisen Süddeutschlands als preußische Raschmacher-Arbeit verspottet wurden. Mußte er doch sogar im eigenen Lager, in den altpreußischen Kreisen, aus denen er hervorgegangen war, eine Abart des Partikularismus bekämpfen, die im Grunde auch nichts anderes war als eine Ueberspannung der unitarischen Wünsche! Wenn Roon die Marine, die nun einmal eine Bundeseinrichtung war, als ein königlich preußisches Institut angesehen wissen wollte, so war dies trotz der abweichenden staatsrechtlichen Interpretation, die ihn dazu führte, doch der Wirkung nach dasselbe, was die radikalen Unitarier erstrebten. Für Bismarck war die Frage, unter welcher Form sein König in Norddeutschland die Herrschaft ausübte, von Anfang an von untergeordneter Bedeutung; daß er thatsächlich herrschte, genügte ihm, und für unpolitisch hielt er es, den Nichtpreußen ihre Unterordnung durch äußerliche Formen zu erschweren. Denken wir uns, schrieb er im August 1869 aus dem erwähnten Anlaß an Roon, in die Lage der Leute: Ihre Unterordnung hätte sich erzwingen lassen, aber die freiwillige ist doch ein großer Gewinn, und an der Freiwilligkeit hat der Name einen großen Anteil. Keiner von ihnen und keiner von uns bestreitet, ein Deutscher, und für jetzt, ein Norddeutscher zu sein, aber das partikularistische und dynastische Gefühl widerstrebt der Einbeziehung unter die Benennung als Preußen. Hätten wir 1866 sofort das ‚Deutsch' oder auch nur ‚Norddeutsch' dem ‚Preußisch' substituieren können, wir wären jetzt schon um 20 Jahre weiter. Wie schwer solche Namen wiegen, das zeigt Ihr eigenes Beispiel, und Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergnädigster Herr geborene Norddeutsche *sind*, während vor etwa 170 Jahren unsere Vorfahren sich im höhern Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich ver-

Digitized by Google

schollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein. Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsere Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer Königlich Deutschen Flotte und im Königlich Deutschen Heere zu dienen. Dazu aber müssen wir uns Freunde mit dem ungerechten Mammon der Redensart machen und nicht als Preußen, wie an jeder andern Spitze, auch an der des Partikularismus stehen.

Jene erhoffte Zeit heraufzuführen, galt es vor allem, die norddeutsche Macht zu konsolidieren, und so geflissentlich er dabei jede Anwendung von ungesetzlichem Druck vermied, so strebte er doch auf andern Wegen unablässig zum Ziele. Auf allen Gebieten, die die Verfassung dem Bunde überwiesen hatte, regte sich, von seinen Gedanken befruchtet, seinem Eifer angefeuert, ein frisches Leben. Wir erinnern uns, mit wie herzhaftem Griff sein Verfassungsentwurf einen großen Teil der öffentlichen und gemeinsamen Interessen aus der Verfügung der Einzelstaaten losgelöst hatte. Daß er nicht gewillt war, diese Domänen der Bundesgewalt brach liegen zu lassen, bewies die lange Reihe der Gesetzentwürfe und Verordnungen, die in den nächsten Jahren den Bund zu einem einheitlichen, starken und lebendigen Organismus machten. Während die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die einheitliche Ordnung der Heeres- und Marineeinrichtungen die Macht des Bundes nach außen hin sicherten, wuchs auch im Innern der norddeutsche Staat zusehends zusammen. Die Gesetze über ein gemeinsames Indigenat, über Freizügigkeit und den Bundeshaushalt, die einheitliche Regelung des Postwesens, eine Maß- und Gewichtsordnung, die Erhebung der deutschen Wechselordnung und des Handelsgesetzes zu Bundesgesetzen, die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelssachen, die Gewerbeordnung, zuletzt, im Frühjahr 1870, das Strafgesetzbuch — diese Errungenschaften bezeichnen in der großen gesetzgeberischen Fruchtbarkeit jener Jahre einige der wichtigsten Etappen, auf denen die innere Einigung vorrückte. Als König Wilhelm am 26. Mai 1870 die Legislaturperiode des ersten ordentlichen Nord-

Digitized by Google

deutschen Reichstags schloß, durfte er mit Befriedigung auf die Erfolge hinweisen, die durch freie Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung gewonnen worden waren. Den Verlauf all dieser Dinge im einzelnen zu schildern, bedarf es hier nicht; daß Bismarck, trotzdem sein Gesundheitszustand ihn in den genannten Jahren oft und lange von Berlin fernhielt, an dem Verdienst jener Erfolge ein geschütteltes Maß hatte, versteht sich beinahe von selbst. Einer der wichtigsten Punkte, seine Bemühungen um eine Reform der Bundessteuern und die Gewerbeordnung, wird später im Zusammenhang mit seiner socialpolitischen Thätigkeit dargestellt werden; nur sein Anteil an dem Zustandekommen des Strafgesetzbuches verlangt hier eine ausführliche Erwähnung, sowohl wegen der Bedeutung der Sache für den Fortgang der nationalen Entwicklung als auch wegen der Art und Weise, wie er persönlich für das Gelingen eintrat.

Nachdem die auf einen Beschluß des Bundesrates eingesetzte Kommission ihre Arbeiten nach kaum dreimonatiger Thätigkeit zu Ende geführt hatte, konnte im Beginn des Jahres 1870 dem Reichstag bei seinem Zusammentritt am 14. Februar der vom Bundesrat genehmigte Entwurf vorgelegt werden. Schon an den Debatten der zweiten Lesung beteiligte Bismarck sich persönlich, und zwar in der entscheidenden Frage, ob man die Todesstrafe beibehalten oder, wie von liberaler Seite beantragt wurde, abschaffen solle. Die Stellung, die Bismarck zu dieser Frage einnahm, und die Gründe, die ihn dazu bewogen, sind bezeichnend genug: sie lassen erkennen, daß er, trotzdem er gerade damals mehr als je mit liberalem Winde fuhr, doch im Grunde seines Herzens und namentlich in allem, was nicht mit den Entwürfen seiner deutschen Politik zusammenhing, ein konservativer Mann geblieben war.

Nach seiner Ansicht war der Tod nur für diejenigen die härteste Strafe, die nicht an ein jenseitiges Leben glaubten und daher dieses irdische überschätzten. Die Wahrheit, daß das Leben nicht der Güter höchstes sei, schien ihm unter einem Wust von falscher Sentimentalität begraben

Digitized by Google

zu sein, und mit scharfen Worten geißelte er die Inkonsequenz derer, die den Verbrecher mehr schonen wollten als sein Opfer. Man glaubte den zornigen Vorkämpfer gegen die liberale Bourgeoisie des Jahres 1848 zu hören, wenn er den Gegnern der Todesstrafe vorhielt, daß sie zum Schutze des Eigentums, beispielshalber wenn aufrührerische Arbeiter ein Kontor oder auch nur einen Bäckerladen plünderten, die Tötung zuließen. Auch in andern Fällen sei der herrschende Zeitgeist im Interesse des Eigentums in Bezug auf Menschenleben nicht gerade weichlich. Zahlreiche Menschenleben würden für die öffentliche Bequemlichkeit und für die Förderung des Erwerbs aufs Spiel gesetzt, ohne daß man auf den Gedanken komme, derartige Betriebe zu untersagen oder auch nur den Leuten, die zu jeder Stunde der Gefahr eines plötzlichen Todes ausgesetzt seien, mit der Gesetzgebung nach Kräften zu Hilfe zu kommen. Die seltsame Erscheinung, daß man gerade für Schonung der Verbrecher eintrete, erkläre sich aus einer andern Zeitkrankheit, die bis in die Spitzen der höchsten menschlichen Hierarchie hinaufreiche: aus der Scheu vor Verantwortlichkeit. Menschlich sei es erklärlich, daß der Richterstand die Verantwortlichkeit, die in der Handhabung des Richtschwertes liege, durch einen Gesetzesparagraphen los sein wolle, aber moralisch sei doch die Verantwortung dieselbe, ob man einen Menschen ungerecht einsperre oder zum Tode verurteile. Wer die Rechtfertigung von oben in sich spüre, werde zur Führung des Richtschwertes stark genug sein.

Die Mehrheit des Reichstags ließ sich durch diese Sätze nicht überzeugen, und obwohl Bismarck erklärte, daß der Bundesrat voraussichtlich auf der Todesstrafe bestehen werde und alsdann das ganze Gesetz in Frage gestellt sei, so gelangte doch der Antrag auf Abschaffung zur Annahme.

In der That hielten darauf die verbündeten Regierungen an ihrem ursprünglichen Entwurfe fest, aber sie thaten doch dem Standpunkte der Reichstagsmehrheit dadurch einen Schritt entgegen, daß sie die Todesstrafe nur

Digitized by Google

für zwei Fälle beibehalten wissen wollten, beim Morde und beim Mordversuch, wenn dieser gegen das Bundesoberhaupt, gegen den eigenen Landesherrn oder den Landesherrn desjenigen Staates gerichtet sei, in dem der Versuch geschehe.

Bei der dritten Lesung, die am 21. Mai begann, sah man dem Ausgang mit großer Spannung entgegen. Von einigen Abgeordneten wurde ein Vermittlungsantrag eingebracht, demzufolge in den Bundesländern, in denen die Todesstrafe gesetzlich schon abgeschafft sei, es hierbei bewenden solle, und zwar so, daß dort in den Fällen, für die das gegenwärtige Gesetz die Todesstrafe bestimme, an deren Stelle die lebenslängliche Zuchthausstrafe trete. Auch gegen diesen Antrag, dem eine Majorität sicher schien, erhob Bismarck seine Stimme: Die verbündeten Regierungen hätten durch ihr Entgegenkommen den Beweis geliefert, daß sie bereit seien, ihre eigene Rechtsansicht dem höhern nationalen Zweck zu opfern; aber ein Opfer könnten sie diesem Zwecke nicht bringen, das Prinzip der nationalen Einheit selbst. Sie seien außer stande, sich von der Vergangenheit des Norddeutschen Bundes und seinen Zwecken so sehr loszusagen, daß sie aus der Quelle des einheitlichen Bundesrechts zweierlei Wasser fließen ließen und ein doppeltes Rechtssystem für den Bund schüfen. Für ihn selbst, sagte er, sei es eine absolute Unmöglichkeit, ein volles Verleugnen seiner Vergangenheit, einem Gesetze zuzustimmen, wodurch gewissermaßen zweierlei Klassen von Norddeutschen geschaffen werden sollten, eine Selecta, die vermöge ihrer Erziehung und Gesittung so weit vorgeschritten sei, daß selbst ihre üblen Subjekte des Korrektivs des Richtbeils nicht mehr bedürften, und das profanum vulgus von 27 Millionen, welches diesen sächsisch-oldenburgischen Kulturgrad noch nicht erreicht habe, dem daher das Richtbeil im Nacken sitzen müsse, um es in Ordnung zu halten. ‚Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetz für alle norddeutschen Bürger zu schaffen, nicht die Ungleichheit da, wo sie ist, gut zu heißen oder gar sie innerhalb eines Bundesgebietes neu zu schaffen. Wir sind

Digitized by Google

gegen Sonderrechte mitunter mit Härte verfahren, weil wir uns der Größe unseres nationalen Zieles bewußt waren; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemandem wehe thäten in seiner teuersten Ueberzeugung. Aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft geschöpft, zu handeln, wie wir gethan. Sobald uns dieser Geist verläßt, sobald wir ihn vor dem deutschen Volke und seinen Nachbarn aufgeben, legen wir damit Zeugnis ab, daß die Spannkraft, mit der wir vor $3^1/_2$ Jahren an dieser Stelle unsern Ausgang nahmen, in dem Sande des Partikularismus erlahmt ist.' — Die Schlußsätze der Rede waren ein starker Appell an den Patriotismus der Volksvertreter: ‚Der Reichstag, den Sie bilden, wird in der Geschichte der Neubildung Deutschlands immer den Ruhm des erstgeborenen ordnungsmäßigen Reichstags haben; er wird sich durch seine Leistungen dieses Ruhmes würdig gezeigt haben, wie auch die jetzige Abstimmung ausfallen möge. Aber meine Herren, im Begriffe, diesen Reichstag seinem Schlusse entgegen zu führen, möchte ich Sie bitten: durchdringen Sie sich vollständig mit dem Geiste, der die Bundesverfassung geschaffen hat, hinterlassen Sie ihn ungeschwächt Ihren Nachfolgern, geben Sie durch Ihr letztes wichtiges Votum dem deutschen Volke ein verheißungsvolles Pfand seiner Zukunft, beweisen Sie ihm, daß da, wo es auf die geheiligte Sache unserer nationalen Einheit ankommt, der Deutsche seinen alten Nationalfehlern zu entsagen weiß, beweisen Sie es, indem Sie den Platz vergessen, den Sie in der Hitze des Kampfes als Partei, als Einzelner eingenommen haben, und indem Sie dem Ganzen einen Dienst erweisen, welcher für die deutsche Zukunft das Pfand bilden wird, daß die Neubildung unserer Verfassung frei sein werde von einem Teil der Schlacken, welche den alten Guß spröde, brüchig gemacht und zerrissen haben!'

Nach dieser Rede des Kanzlers zogen die Antragsteller ihren Antrag zurück, und unter dem Eindruck der gehörten Worte stimmte ein Teil der früheren Gegner für den Regierungsentwurf, der dadurch die Mehrheit erhielt. —

Digitized by Google

Während Bismarck in solcher Weise am Werke war, die Klammern, die Norddeutschland zusammenhielten, fester zu schmieden und sie bedachtsam durch neue zu vermehren, ging die Vereinigung mit dem deutschen Süden, die eine Zeit lang in handgreiflicher Nähe zu liegen schien, nur langsam und unter mancherlei Störungen vorwärts. Und gerade hier drohte jede Ueberhastung alles zu verderben. Der partikularistische Radikalismus, den im Sommer des Jahres 1866 die Wucht der Ereignisse zum Schweigen gebracht, hatte sich von seiner Verblüffung über die Stärke der preußischen Faust erholt und bewies, wo immer es anging, bei passender und unpassender Gelegenheit, daß er Mut und Sprache wiedergefunden hatte. Mit den preußenfressenden Demokraten, die namentlich in Schwaben das große Wort führten, vereinigten sich die Kreise, die die Trennung von dem katholischen Oesterreich nicht verwinden mochten, zu gemeinschaftlichem Haß, und nur in Baden standen die Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung einstweilen fest auf dem Verlangen, den Anschluß an den Norddeutschen Bund über alle Hindernisse hinweg zu erreichen. In Baiern und Württemberg dagegen gingen die Wünsche der Regierungen und der nationalen Partei nicht so weit; man erstrebte zwar ehrlich die Fortdauer der mit Preußen abgeschlossenen Allianz, aber darüber hinaus wollte man von einem engern Bunde, der die eigene Souveränität nicht unwesentlich beschränkt hätte, nur wenig wissen. Bismarck waren diese Strömungen nicht unbekannt. Jahre hindurch hatte er während seines Frankfurter Aufenthaltes ihre Quellen aus unmittelbarer Nähe beobachtet und wußte, daß jedes Drängen von Preußen her den Freunden im Süden ihre Stellung erschweren mußte.

In dieser Ueberzeugung ließ er sich durch nichts von der Linie abdrängen, die er seiner nationalen Politik vorgezeichnet hatte: den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund nur dann in Erwägung zu ziehen, wenn jene freiwillig mit einem solchen Wunsche hervortreten würden. Nun hatte im Prager Frieden der Kaiser von Oesterreich

Digitized by Google

sich einverstanden erklärt, daß die südlich vom Main gelegenen Staaten zu einem Verein zusammentreten dürften, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibe. Die Voraussetzung, daß die süddeutschen Staaten einen selbständigen Verein bilden würden, war in dem Augenblick, da Bismarck den Frieden schloß, eine Rücksicht auf Wien und Paris; er selbst hat schwerlich geglaubt, daß es je zu einem Südbunde mit ‚internationaler unabhängiger Existenz', so hieß es in dem Friedensvertrag, kommen werde. Wenn im Norden ein Parlament auf einer nationalen Basis tage, im Süden ein ähnliches, so würden diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein, als die Gewässer des Roten Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgte — mit diesen Worten sprach er am 10. April 1867 sein Urteil über den Wert jener Bestimmung des Prager Friedens, und der Verlauf der Anstrengungen, die, zumal auf Betreiben der bairischen Regierung, gemacht wurden, um einen süddeutschen Sonderbund zustande zu bringen, gab ihm recht. Das Gefühl der eigenen Ohnmacht und des Schutzbedürfnisses erwies sich als so stark, daß alle derartigen Bemühungen nach kurzem Anlauf ergebnislos im Sande verliefen. Bismarck wußte es: wenn Norddeutschland warten konnte, der Süden konnte es nicht, und je weniger Eifer sich dort zeigte, desto nachhaltiger wuchs hier der Wunsch nach einer dauernden, nicht bloß auf Kündigung lautenden Einigung.

Diesen Sachverhalt außer Zweifel zu stellen schien ihm der beste Weg zum Ziele. Demgemäß verfuhr er mit einer Raschheit und Rücksichtslosigkeit, die von seinem sonstigen Verhalten gegenüber der süddeutschen Empfindlichkeit seltsam abstach, in Sachen des Zollvereins. Im Mai 1867 erhielt er Kunde von einem von München ausgehenden Versuch, die süddeutschen Staaten für eine Reform des Zollvereins zu begeistern, die auf den ersten Blick einen Fortschritt der nationalen Einheit bedeutete, in Wahrheit aber einen gefährlichen Rückschritt, insofern sie jedem einzelnen der süddeutschen Parlamente ein Bestätigungsrecht

Digitized by Google

vorbehalten wollte. Vertreter der süddeutschen Regierungen sollten in Zoll-, Handels- und andern gemeinsamen Fragen mit dem Norddeutschen Bunde zusammen tagen, während der naheliegende Gedanke, eine ähnliche gemeinsame Tagung auch für die Volksvertretung einzurichten, offenbar aus partikularistischen Erwägungen keine Aufnahme gefunden hatte. Zur Erkenntnis des gewaltigen Abstandes zwischen damals und heute ist es von Interesse, den Namen des Staatsmannes zu erfahren, der im Frühjahr 1867 als der am meisten national gesinnte unter seinen bairischen Kollegen diese ‚Reform' geplant hat. Es war der Nachfolger des Ministers von der Pfordten, der Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst, der gegenwärtige Kanzler des geeinten Reiches.

Kaum hatte Bismarck über Karlsruhe von den bairischen Bemühungen gehört, so fuhr er dazwischen. Als die einzige mögliche und unerläßliche Reform des Zollvereins erklärte er ein gemeinsames Zollparlament; demgemäß kündigte er ohne Verzug am 28. Mai den Zollverein auf den 31. Dezember und eröffnete schon am 3. Juni die Konferenz über den Abschluß eines neuen. Hier erwiesen alsbald die thatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse sich stärker als der sorgsam geschonte Rest centrifugaler Wünsche und Neigungen; denn nicht nur Baden, sondern auch Württemberg und Hessen erklärten sich ohne langes Sträuben mit den Grundzügen des von Bismarck vorgelegten Entwurfs einverstanden. Nur Baiern versuchte in einer zweiten Verhandlung, die einige Wochen später stattfand, für sich etwas günstigere Bedingungen zu erlangen; und Bismarck, der mit der Annahme des Zollparlaments ohnedies so weit war, wie er für den Augenblick wollte, gab auch hier in Nebendingen nach, weil er den Wert des neuen Bundes, dessen Bedeutung er richtig würdigte, durch unnötige Verletzung des bairischen Selbstgefühls nicht beeinträchtigen mochte. Am 8. Juli wurden alsdann die neuen Zollvereinsverträge in Berlin unterzeichnet. Sie waren einstweilen auf die Dauer von acht Jahren abgeschlossen und sollten mit dem 1. Januar 1868

Digitized by Google

in Kraft treten; vorher mußten sie sowohl dem Norddeutschen Reichstag wie den süddeutschen Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden. Hier aber zeigte sich plötzlich eine Klippe, an der die bis dahin glücklich geförderte Fahrt zu scheitern drohte. Der süddeutsche Partikularismus raffte sich in Baiern und besonders in Württemberg zu einer verzweifelten Anstrengung auf, um die Zustimmung der Kammern zu hintertreiben. In den grellsten Farben schilderten seine Wortführer die Knechtschaft und das Elend, denen die Annahme der Verträge den Süden preisgeben würde, und obwohl der gesunde Sinn der gewerblichen und handeltreibenden Bevölkerung die Nichtigkeit derartiger Schreckbilder durchschaute und nachdrücklich für den Zollverein eintrat, so schwankte doch sowohl in München wie in Stuttgart einige spannungsvolle Tage hindurch die Entscheidung. Dort schienen die Gegner des Vertrags schon in der zweiten Kammer auf eine Mehrheit rechnen zu dürfen; in München beschloß am 26. Oktober die erste Kammer, nur dann in den neuen Zollverein einzutreten, wenn dem Staate Baiern sein Einspruchsrecht nach wie vor gewahrt werde.

Unter dem Eindruck dieser Nachrichten, die deutlich erkennen ließen, daß starke Hebel angesetzt wurden, um auch die im vorhergehenden Jahre abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse zu erschüttern, stellte am 26. Oktober im Norddeutschen Reichstag der Abgeordnete Braun den Antrag, die Zollvereinsverträge mit den süddeutschen Staaten nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die rechtliche Verbindlichkeit des mit jedem dieser Staaten abgeschlossenen politischen Bündnisses nicht in Frage gestellt werde. Bismarck, der um den Antrag wußte, gab im Verlauf der Debatte mit einem deutlichen Wink nach München und Stuttgart die Erklärung, die wirtschaftliche Gemeinschaft müsse mit der Wehrgemeinschaft Hand in Hand gehen, und er sei entschlossen, jene ‚nur mit denen fortzusetzen, die es freiwillig thun, und die auch die Gemeinschaft der Wehrkraft auf nationaler Basis mit uns fortzusetzen entschlossen sind'.

Digitized by Google

Daran hielt er fest, und die bairischen Abgesandten, die an den folgenden Tagen den Versuch machten, dem von der ersten Kammer geforderten bairischen Einspruchsrecht Gehör zu verschaffen, mußten unverrichteter Sache zurückkehren. Aber trotzdem sie mit leeren Händen kamen, fanden sie bei der Heimkehr die Angelegenheit zu gunsten des Zollvereins entschieden. Bismarcks Erklärungen am 26. hatten gewirkt, nicht am wenigsten die Mahnung, daß der Schwächere leichter in Händel verwickelt werde als der Starke, und daß es in Zeitläuften, wo das Schwert unter Umständen hart in die Wage falle, für den militärisch schwächern Süden keine Kleinigkeit sei, sich auf die fast unbegrenzte Zahl von Bajonetten berufen zu können, die der Norddeutsche Bund ihm an die Seite stellen könne.

Am 1. Januar 1868 trat der neue Zollverein in Kraft. Seine größte Errungenschaft, das Parlament, war Bismarcks Werk. Welche Wirkung er davon erwartete, hat er selbst in dem schönen Scheidegruß ausgesprochen, den er am 21. Mai 1868 am Ende der ersten Tagung den süddeutschen Abgeordneten zurief: ‚Die kurze Zeit unseres Zusammenseins ist schnell vergangen wie ein Frühlingstag; möge denn auch die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände für jegliche Lage des Lebens finden, und daß jedes erneute Beisammensein dieses Verhältnis stärken wird und muß. Lassen Sie uns dieses Verhältnis festhalten, dieses Familienleben pflegen!‘

An den Beratungen des Zollparlaments, welches bis zum Ausbruch des Krieges mit Frankreich im ganzen dreimal getagt hat, nahm er nur selten teil. Jedoch war er am Platze, wenn die Verhandlungen, was nicht ganz zu vermeiden war, die Kreise seiner auswärtigen, zumal seiner nationalen Politik zu stören schienen. So trat er am 18. Mai 1868 der Besorgnis eines württembergischen Abgeordneten vor preußischen und norddeutschen Erweiterungsgelüsten auf dem Gebiete der Parlamentsbe-

Digitized by Google

fugnisse entgegen. ‚Sie halten uns für viel empressierter als wir sind,' rief er den argwöhnischen Herren aus dem Süden zu, — und wir wissen, daß er mit diesen Worten, die damals große Heiterkeit weckten, die Wahrheit sprach.

In jenem Augenblick stand er zur nationalen Frage thatsächlich so, daß er, unbekümmert um das Stirnrunzeln der Dame Europa, den völligen Zusammenschluß herbeizuführen bereit war, sobald die Stimmung in den süddeutschen Staaten dafür reif sein würde. Daß der Norddeutsche Bund jedem Verlangen des Südens nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen bereitwillig nachkommen werde, hatte er schon im September des vorigen Jahres in einem amtlichen Rundschreiben an die europäischen Regierungen offen ausgesprochen. Seitdem er wußte, daß eine Bündniswerbung des Auslandes in Süddeutschland ganz aussichtslos war, bedurfte es nicht mehr der schonenden Rücksicht auf die Stimmungen der fremden Höfe.

Wie aber läßt sich mit jener Erklärung, den nationalen Wünschen der süddeutschen Brüder willfahren zu wollen, vereinigen, daß er auch nach dieser Zeit dem Verlangen Badens sich widersetzte? Hatte doch der Großherzog bei mehreren Anlässen sich offen für den Eintritt in den Norddbund ausgesprochen, die Bevölkerung durch ihre Vertreter in den Kammern begeistert zugestimmt; auch in Norddeutschland verlangte man den Anschluß, ja König Wilhelm selbst befürwortete im November 1869 in eigenhändigen Briefen nach Varzin die badischen Wünsche. Trotz allem hielt Bismarck seinen Widerstand aufrecht! Sein Zaudern machte viele, die bis dahin, wenigstens seit den Erfolgen des Jahres 1866 seiner diplomatischen Meisterschaft vertraut hatten, an ihm irre, und ihre Ungeduld verdichtete sich im Februar 1870 im Reichstage zu einem Antrag, worin der Regierung und dem Volke des Großherzogtums Baden für ihre unablässigen nationalen Bestrebungen gedankt und als Ziel der ‚möglichst ungesäumte Anschluß' an den bestehenden Bund bezeichnet wurde. Dieser Antrag, der am 24. Februar zur Beratung stand, veranlaßte Bismarck,

Digitized by Google

sich über die letzten Beweggründe seiner Politik auszusprechen. Wenn man den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund wünsche, so könne man dies doch unmöglich als den definitiven Abschluß der deutschen Frage ansehen, sondern nur als ein Mittel. Da frage es sich, an welcher Stelle das Großherzogtum der nationalen Einigung des gesamten Deutschlands förderlicher sei: als Bestandteil des Bundes, ausgeschlossen aus dem Süden, oder bei den Südstaaten als vermittelndes Element mit dem Norden. Die Antwort auf diese Frage sei ihm nicht zweifelhaft; man thue nicht gut, dasjenige Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten sei, auszuscheiden und mit einer Barrière abzuschließen, gewissermaßen — er entschuldigte das Bild mit der kürzlichen Beteiligung an landwirtschaftlichen Verhandlungen — den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen. Zudem sei die Aufnahme Badens in den Bund ein sehr fühlbarer Druck auf Württemberg und Baiern, und gerade das widerspreche dem System seiner Politik, daß die Annäherung des Südens aus freien Stücken erfolgen müsse. Denn der verstimmte, gezwungene Baier oder Württemberger könne ihm in der engsten Genossenschaft nichts helfen, und ehe er sich entschließe, durch irgend einen Zwang die nationale Bewegung in jenen Staaten einem verstimmenden Rückschlag auszusetzen, würde er vorziehen, noch ein Menschenalter zu warten.

Diejenigen, denen die Dinge zu langsam gingen, erinnerte er an das Erreichte: Als welche glänzende Errungenschaft wäre die Einigung, in der man heute mit dem Süden stehe, vor dem Jahre 1864 für die gesamte Nation erschienen! Ein Zollparlament, welches das liberum veto der Einzelstaaten aus der Zollverfassung beseitigte, und ein gesicherter Oberbefehl der gesamten Heeresmacht! Uebe nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes auch in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, den unbestrittenen Oberbefehl im Kriege, wie es seit den Zeiten der ersten Hohenstaufen im deutschen Lande nicht mehr gewesen sei?

Digitized by Google

Einen weitern Grund deutete er mit berechneter Zurückhaltung an, obwohl er in seinen Erwägungen vermutlich ein nicht ganz unwichtiger Faktor war: daß Baiern und Württemberg, durch die Aufnahme Badens in den Nordbund in ihrer Westflanke geschützt, das Bedürfnis einer Annäherung an den Norden weniger empfinden und, zumal sie von Osten her keine Feindseligkeiten befürchteten, der Notwendigkeit militärischer Anstrengungen, wie sie ihnen durch die Schutz- und Trutzbündnisse auferlegt seien, weniger bewußt werden möchten.

Der Reichstag beugte sich dem Gewicht dieser Gründe; indem der Antrag zurückgezogen wurde, bekannte die offizielle Vertretung des norddeutschen Volkes sich in der nationalen Frage zu der abwartenden Politik des Bundeskanzlers. Aber manchem patriotischen Manne legte sich das Wort, lieber noch ein Menschenalter warten zu wollen, schwer auf das Herz. Wer konnte es ihnen verdenken! Den Traum ihrer Jünglingsjahre hatte die Revolution mit ihrer ernüchternden Wirklichkeit zerstört, und als sie jetzt nach der freudlosen Wanderung durch die Zeit der Reaktion die Erfüllung ihrer Wünsche zu greifen vermeinten, war es in der That ein entsagungsvoller Gedanke, das Richtfest des Gebäudes, dem sie in guten und schlimmen Tagen den besten Teil ihrer Hoffnungen, Sorgen und Mühen geweiht hatten, nicht erleben, das gelobte Land ihrer Sehnsucht von der letzten Höhe herab sehen, nicht betreten zu sollen. Und doch, die also murrten, wie nahe standen sie vor der Erfüllung! Als Bismarck an jenem 24. Februar den Abschluß der nationalen Einigung auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte hinausschob, ahnte niemand, daß fern im Süden des Erdteils die Schicksalsschwestern schon die Fäden spannen, an denen die Vollendung der deutschen Einheit heraufsteigen sollte.

Auch er selbst nicht? Diese Frage, eine der umstrittensten und interessantesten der neueren Geschichte, zu verstehen, bedarf es eines Blickes auf die Entwicklung der auswärtigen Politik seit dem Herbste des Jahres 1866.

Digitized by Google

Der Tag von Königgrätz hatte nach einem treffenden Worte Sybels die deutsche Frage gelöst, aber eine europäische geschaffen. Angenommen, — sicher war es nicht — daß Oesterreich das Gottesgericht vom 3. Juli 1866 als letzte Instanz ansehen und den Verlust seiner Stellung in Deutschland und Italien als unwiderruflich hinnehmen werde, noch ein anderes Volk empfand die preußischen Siege wie eigene Niederlagen und plante Rache — Rache für Sadowa. Denn darin stimmten in Frankreich alle Parteien, Gegner und Anhänger des Kaisertums, überein, daß Frankreichs Größe ein zerrissenes und dadurch schwaches Deutschland erfordere. Bismarck wußte, daß die französische Opposition gerade die auswärtige Politik der kaiserlichen Regierung, zumal deren Haltung während des deutschen Krieges, aufs heftigste bekämpfte, er kannte Napoleon genug, um vorauszusehen, daß dieser eines Tages um seiner Popularität willen dem Chauvinismus seiner Unterthanen ein Opfer bringen würde. Zu solchen Erwägungen, die allein schon einen Kampf mit Frankreich in absehbarer Zeit wahrscheinlich machten, kamen noch triftige persönliche Gründe, die sich in jenem Augenblick noch der Oeffentlichkeit entzogen, aber Bismarcks Wachsamkeit erhöhten. Seit der Zeit, wo er den Krieg gegen Dänemark in Scene setzte, hatte er durch den Schein der Freundschaft und Erkenntlichkeit Napoleon mehr als einmal veranlaßt, der preußischen Politik gefällig zu sein. Und obwohl der Kaiser durch seine zweifelhafte Haltung während des letzten Krieges den Anspruch auf Dankbarkeit verwirkt hatte, so glaubte er selbst doch in allem Ernste an eine Verpflichtung Preußens und Bismarcks im besondern, um so mehr, weil dieser aus begreiflichen Gründen es für gut hielt, den Irrtum des Kaisers so lange wie möglich bestehen zu lassen. Wir erinnern uns des gewandten und umsichtigen Spieles, wodurch ihm dies bis in den August des Jahres 1866, d. h. bis zum Abschluß der Friedensverträge, geglückt war. Dann aber, zumal als die französischen Ansprüche infolge der dämmernden Erkenntnis, daß man gefoppt sei, dringlicher wurden, mußte die Illusion, der Napoleon sich hingab, einer verstimmenden Ernüchterung weichen.

Digitized by Google

Als Bismarck am 1. Dezember 1866 von seinem mehrwöchigen Aufenthalt in Rügen nach Berlin zurückkehrte, erhielt er alsbald die Gewißheit, daß Napoleon seine Absichten auf Belgien und Luxemburg weiter verfolgte und dabei trotz der zurückhaltenden Aufnahme, die seine Eröffnungen im August in Berlin gefunden hatten, noch immer auf Preußens Mitwirkung hoffte. Bismarcks Auffassung ging dahin, daß Preußen seine Besatzung aus Luxemburg zurückziehen könne, ohne seiner Ehre etwas zu vergeben, weil das Großherzogtum nicht in den neuen Bund eingetreten sei, mithin kein Recht auf Bundesschutz habe; wenn dann Napoleon auf eigene Hand mit dem Könige von Holland über die Abtretung des Großherzogtums etwa gegen eine Geldentschädigung sich einige, so werde es vielleicht gelingen, das empfindlich gewordene deutsche Nationalgefühl mit der vollendeten Thatsache auszusöhnen. Auf keinen Fall aber dürfe Preußen sich in der Angelegenheit bloßstellen, indem es in irgend einer Weise zu gunsten der französischen Wünsche eingreife. Von einer Unterstützung französischer Absichten auf Belgien könne erst recht keine Rede sein, und auch der Gedanke einer Allianz mit Frankreich sei von der Schwelle abzuweisen; verspreche eine solche Verbindung für den Augenblick vielleicht einen Gewinn, so enthalte sie für die Zukunft sowohl wegen der Unsicherheit der französischen Verhältnisse als wegen der notwendigen Rückwirkung auf die Stimmung in Deutschland schwere Gefahren.

Soweit diese Sätze auf Belgien und das französische Bündnis gingen, erhob sich an keiner Stelle im Rate des Königs ein Widerspruch. Anders in der Luxemburger Frage. Hier vertraten Moltke und die Mehrzahl der Generäle die Ansicht, daß man das Besatzungsrecht der wichtigen Festung nicht preisgeben solle; wogegen Bismarck es für einen Fehler erklärte, um dieses Rechtes willen es zum Bruche mit Frankreich kommen zu lassen. Noch waren die Verhältnisse in Norddeutschland nicht befestigt, die Durchführung der militärischen Einrichtungen nach preußischem Muster erst begonnen, zudem in Oesterreich und im deut-

Digitized by Google

schen Süden die Erinnerungen an die Niederlagen noch so frisch, daß eine vorsichtige Politik nicht unbedingt auf die Neutralität der einen, die Bündnistreue der andern rechnen durfte, kurz, auch wenn man den Krieg mit Frankreich für unvermeidlich hielt, so rieten doch wichtige Gründe, ihn um einige Jahre hinauszuschieben. Und vollends die Luxemburger Frage schien Bismarck ein Kriegsgrund, dessen Rechtsboden ihm wenig Vertrauen einflößte, so daß er schon im Hinblick auf die neutralen Mächte alles mit Preußens Ehre Verträgliche zu thun gedachte, um den Frieden zu bewahren. Ueberdies war doch immerhin eine geringe Hoffnung vorhanden, daß die Dinge in Frankreich unter dem Einfluß unvorhergesehener Ereignisse einen Verlauf nehmen konnten, der die deutsche Westgrenze von der Gefahr eines französischen Angriffs entlastete.

Nach diesen Erwägungen beschloß Bismarck zu handeln. Er gab Benedetti, als dieser ihm gleich nach seiner Rückkehr von Rügen die bekannten Anträge wieder vorlegte, deutlich zu verstehen, daß auf eine Verwirklichung des kaiserlichen Planes, insofern Preußen dabei eine aktive Rolle zugedacht werde, nicht zu rechnen sei. Nachdem er dann in den nächsten Wochen in eingehenden Beratungen mit dem König und dessen Räten seinen Standpunkt zu den französischen Vorschlägen zur Geltung gebracht hatte, erteilte er am 10. Januar 1867 dem Gesandten den Rat, Frankreich solle in Luxemburg eine Bewegung ins Werk setzen, die erkennen lasse, daß die Bevölkerung den Abzug der preußischen Besatzung wünsche. Einem derartigen Wunsche, womöglich von Holland unterstützt, werde Preußen Folge leisten können; dagegen sei ein Schutz- und Trutzbündnis, wie Napoleon es für die Durchführung seiner Pläne gegen Belgien wünsche, undenkbar. Alle Versuche Benedettis, den preußischen Staatsmann über diese Erklärungen hinauszuführen, prallten ab; und nunmehr erfolgte, was Bismarck so lange hintangehalten hatte: Napoleon, über die Ablehnung seiner Anträge erzürnt, versuchte seinen ‚Appetit' um jeden Preis zu stillen.

Während nun im Haag mit dem König von Holland

Digitized by Google

Verhandlungen über die Abtretung des Großherzogtums eingeleitet wurden und in Luxemburg selbst eine laute Agitation für den Anschluß an Frankreich anhub, wuchs in Deutschland von Tag zu Tag die Erregung über die französischen Umtriebe, die man unter Verkennung der Rechtsfrage als eine Verletzung deutscher Ansprüche auffaßte. So willkommen das Aufbäumen des nationalen Gefühls dem Bundeskanzler für die Absichten seiner deutschen Politik war, in jenem Augenblick erschwerte es ihm die Erhaltung des Friedens.

Den Windungen der Frage auf Schritt und Tritt zu folgen, ist nicht unsere Aufgabe. Zuletzt, in der zweiten Hälfte des März, hatten die Gegensätze sich dahin zugespitzt, daß der König von Holland die Abtretung nur mit Wissen und unter Zustimmung Preußens vornehmen wollte, während Bismarck es ablehnte, eine derartige Erklärung zu geben, und nach wie vor verlangte, daß die Verständigung zwischen Paris und Haag ohne offizielle Benachrichtigung Preußens erfolgen müsse. In seinem Eifer, ans Ziel zu kommen, übersah Napoleon die Kluft, die ihn davon trennte, und als er am 28. März aus einem Briefe des holländischen Königs dessen Bereitwilligkeit erfuhr, ignorierte er die auf Preußen bezügliche Bedingung und erwiderte dem König, er nehme die Abtretung an. Am 1. April sollte im Haag der Abtretungsvertrag unterzeichnet werden.

Aber die Sache hatte einen Haken. Der König von Holland hatte inzwischen aus Furcht vor einer Verwicklung mit Preußen eine Mitteilung über den Stand der Frage nach Berlin gehen lassen. Seine Furcht war zwar unbegründet, aber sie erschwerte jetzt Bismarck die Durchführung seines Planes. Antwortete er zustimmend, so versetzte er — denn verheimlichen ließ sich das nicht — seiner deutschen Politik einen Schlag, dessen Wirkungen auf die Verhandlungen des verfassunggebenden Reichstags gar nicht abzusehen war; versagte er die erwartete Einwilligung, so stand man unmittelbar vor dem Bruche mit Frankreich. Was also thun? Nach dem Haag schickte er eine Depesche,

Digitized by Google

die ein klares Ja oder Nein nicht aussprach, dagegen bei unbefangener Prüfung nur im friedlichen Sinne gedeutet werden konnte; zugleich entschloß er sich zu einem Versuch, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beruhigen und dem friedlichen Austrag des Streites durch Darlegung der Rechtsfrage vorzuarbeiten. Er wandte sich an v. Bennigsen, den Führer der Nationalliberalen, und veranlaßte ihn, im Norddeutschen Reichstag die Regierung über den Stand der Luxemburger Frage zu interpellieren; er, Bismarck, werde alsdann antworten, und so erreiche man ein Doppeltes: Napoleon erfahre nicht nur die patriotische Entschlossenheit des deutschen Volkes, sondern auch die versöhnliche Haltung der preußischen Regierung.

Am 1. April, demselben Tage, wo im Haag der Abtretungsvertrag unterzeichnet werden sollte, stand Bennigsens Interpellation auf der Tagesordnung. Im Begriff, in den Reichstag zu gehen, erhielt Bismarck den Besuch Benedettis, der ihm die bevorstehende Unterzeichnung mitzuteilen kam. Er ahnte den Zweck des Besuches, und als der Gesandte bemerkte, daß er eine wichtige Eröffnung zu machen habe, unterbrach er ihn schnell: er habe im Augenblick keine Zeit, denn er müsse sogleich in den Reichstag, wo man ihn darüber interpellieren werde, was er von der angeblichen Abtretung Luxemburgs an Frankreich wisse, und ob die Regierung entschlossen sei, dieses deutsche Land auf jede Gefahr festzuhalten. Darauf bat er den Gesandten, ihn zu begleiten. Benedetti, der den Zusammenhang und die Bedeutung des Augenblicks ahnte, folgte der Einladung, und ohne auf den Zweck seines Besuches zurückzukommen, ließ er sich unterwegs von Bismarcks Absichten unterrichten: Er werde auf die Interpellation antworten, daß die Regierung zwar von Verhandlungen, die im Haag geführt würden, wisse, daß ihr aber nicht bekannt sei, ob diese Verhandlungen schon zu einem Abschluß gelangt wären; daher sei er zur Zeit nicht in der Lage, auf den zweiten Teil der Interpellation schon eine bestimmte Antwort zu geben, aber er glaube, daß keine fremde Macht dazu übergehen werde, zweifellose Rechte deutscher Staaten

Digitized by Google

zu verletzen. Auf diese Weise, fuhr er zu Benedetti fort, werde es wahrscheinlich gelingen, einen Anlaß zum Bruche zu vermeiden. Aber die unerläßliche Voraussetzung sei, daß er von einem Abschluß des Vertrages nichts wisse; denn wenn er jetzt dem Reichstage mitteilen müsse, der Vertrag sei geschlossen, so werde bei der hochgradigen Erregung der Versammlung eine Explosion von unberechenbarer Wirkung erfolgen.

Unter diesem Gespräch waren beide an der Thüre des Reichstages angelangt, und als jetzt Bismarck seinen Begleiter fragte, ob er ihm vielleicht eine wichtige Depesche zu übergeben habe, versagte diesem, unter dem Banne der eben gehörten Worte der Mut; er bangte vor der furchtbaren Verantwortlichkeit des Augenblicks und sagte: Nein.

Aber diese von der Furcht erpreßte Unwahrheit war vergebens. Denn kaum war Bismarck in den Reichstag eingetreten, so entfesselte Bennigsens Beredsamkeit eine solche Begeisterung, daß Bismarcks Erklärungen die hochgehenden Wogen nicht beschwichtigten. Die Zuhörer hielten sich vor allem an den Schlußsatz seiner Rede, der die Erwartung aussprach, keine fremde Macht werde zweifellose Rechte deutscher Staaten zu beeinträchtigen wagen. Daß diese Worte im Grunde nichts enthielten als eine zu nichts verpflichtende Verbeugung vor der Stimmung des Reichstags, entging diesem ebenso sehr wie der öffentlichen Meinung im Lande. Hier wie dort verstand man die Rede, der überdies die Anwesenheit des Kronprinzen und andrer fürstlichen Personen erhöhte Wichtigkeit beizulegen schien, als eine feierliche Kundgebung des Entschlusses, nicht aus Luxemburg zu weichen.

So drohte der Schritt, den Bismarck im Interesse des Friedens gethan hatte, die Katastrophe zu beschleunigen, denn auch in Paris und im Haag blieb der friedliche Hintergedanke jener parlamentarischen Aktion unbemerkt. Und als vollends der König von Holland aus Sorge über das Ausbleiben einer bestimmten preußischen Antwort und unter dem Eindruck der Reichstagsdebatte die bedingte Zusage, die er einige Tage zuvor Napoleon gemacht hatte, wieder

Digitized by Google

zurücknahm, da schien der Krieg unabwendbar. Aber der preußische Minister ließ sich auch jetzt in seiner Friedenspolitik nicht beirren. Dabei kam ihm zu statten, daß Napoleon, von seinen Hoffnungen auf österreichische Hilfe ernüchtert, die Unmöglichkeit erkannte, gegen Hollands Zustimmung in Luxemburg einzudringen, und deshalb, seine Wünsche herabschraubend, nur noch den Abzug der preußischen Besatzung verlangte. Bismarck war keineswegs gewillt, um des zweifelhaften Besatzungsrechtes willen einen Krieg zu führen; nur bestand er darauf, daß die Aufforderung, die Festung zu räumen, in rechtmäßiger Form ergehe. Daher stimmte er, ohne zu zaudern, bei, als Rußland zur endgültigen Entscheidung der Frage eine Konferenz anregte. Diese trat in der ersten Hälfte des Mai in London zusammen und kam bald zu einer Verständigung: nach dem Abzug der preußischen Besatzung solle die Festung geschleift und das Großherzogtum unter Garantie der Konferenzmächte für neutral erklärt werden.

Damit war einstweilen der Friede gesichert, — einstweilen. Keiner wußte besser als Bismarck, daß die Wege, die seine Friedenspolitik eingeschlagen hatte, bei Napoleon und dem französischen Volke den Entschluß der Rache bestärkt hatten. Aufmerksamen Auges folgte er seitdem allen Schritten des Pariser Kabinetts, und was er wahrnahm, war nur zu geeignet, seinen Argwohn zu rechtfertigen. Wohl wallte in den folgenden Jahren mehr als einmal sein nationales Selbstgefühl auf, wenn französische Eitelkeit in diplomatischen Noten, auf der Tribüne des Parlaments und in der Presse sich gebärdete, als ob man noch immer in den deutschen Dingen mitzureden und ein Recht habe, die Vollendung der deutschen Einheit zu verbieten, — aber er bezwang sich; noch galt ihm das Wort, daß es die Sache von Kindern und Thoren sei, unreife Früchte zu pflücken.

In dieser Gesinnung verharrend, schob er die Abrechnung hinaus, nicht weil er sie fürchtete, sondern in der Absicht, sie so sicher und gründlich wie möglich zu halten. Die Aufmerksamkeiten, mit denen er im Juni 1867 beim Besuch der Pariser Weltausstellung — er befand sich im

Digitized by Google

Gefolge seines Königs — in den Tuilerien ausgezeichnet wurde, konnten selbst gewöhnliche Sterbliche nicht über die wahre Meinung der französischen Staatsmänner täuschen, geschweige denn ihn. Auch erhielt er schon in den nächsten Wochen wieder Kunde von feindseligen Umtrieben des Pariser Kabinetts, welches die Dänen in ihren angeblichen Ansprüchen auf Teile Nordschleswigs unterstützte. Als im Verlauf der Intrigue die französische Regierung mit einer Note hervortrat, die ihn unter anderem an die moralischen Verpflichtungen erinnern sollte, die er Frankreich gegenüber eingegangen sei, hielt er es an der Zeit, der Welt zu zeigen, daß für Deutschland die Duldung fremder Einmischungsversuche vorbei war. In seinem Auftrage erhielt die offizielle Presse Kenntnis von dem Schritte des Pariser Kabinetts, und angesichts dieser französischen Anmaßung brauste die öffentliche Meinung in Deutschland so einmütig und stürmisch auf, daß Napoleon es für ratsam hielt, auch an diesem Punkte zurückzuweichen. Um so angelegentlicher bemühte er sich um das Zustandekommen eines Bündnisses, welches die befürchtete Vollendung der deutschen Einheit — denn diese zu hintertreiben blieb das A und Z seiner Politik — vereiteln könnte. Vom 18.—23. August besuchte er mit seiner Gemahlin das österreichische Kaiserpaar in Salzburg; die Anwesenheit des preußenfeindlichen Grafen Beust, der nach dem Fiasko seiner deutschen Politik aus dem Dienste der Wettiner in den der Habsburger übergetreten war, stellte den politischen Charakter der Zusammenkunft außer Frage. In der That verständigte man sich, wenngleich ohne förmlichen Vertrag, über die Gemeinsamkeit der österreichischen und französischen Interessen gegenüber Bismarcks vermeintlichen Absichten auf den deutschen Süden: dem Norddeutschen Bunde die Ueberschreitung der Mainbrücke zu wehren, galt in Paris wie in Wien als die vornehmste und nächste Aufgabe der auswärtigen Politik.

Es konnte nicht ausbleiben, daß mancherlei Gerüchte über die Salzburger Kaiserbegegnung die öffentliche Meinung in Deutschland beunruhigten. Bismarck hielt es für heilsam, in zweideutiger Weise zu dem Ereignis Stellung

Digitized by Google

zu nehmen, nicht allein um jene Besorgnisse zu zerstreuen, indem er ihnen mit fester Entschlossenheit entgegentrat, sondern auch in der Absicht, die nationale Begeisterung zu wecken und die Gegner einzuschüchtern. Am 7. September erließ er ein Rundschreiben, in dem er darauf hinwies, daß die Aufnahme, die die Salzburger Zusammenkunft in Deutschland finde, von neuem gezeigt habe, wie unerträglich dem deutschen Nationalgefühl jeder Versuch einer fremden Einmischung sei. Sodann wiederholte er die Versicherung, der Norddeutsche Bund werde zwar jedem Wunsche der süddeutschen Regierungen nach einem festern Zusammenschluß mit dem Norden entgegenkommen, aber es solle keinerlei Druck ausgeübt und alles der freien Entschließung der süddeutschen Verbündeten überlassen werden; in den Bündnissen vom August des Vorjahres und in der Reform des Zollvereins habe man eine rechtlich und thatsächlich gesicherte Grundlage für die selbständige Entwicklung der nationalen Interessen.

Daß diese Sätze seine wahren Absichten nur maskieren sollten, war den Feinden Preußens eine ausgemachte Sache, und namentlich in Frankreich gewann die Behauptung, Bismarck werde bei der ersten besten Gelegenheit sein Werk zu vollenden trachten, die Geltung eines Dogmas. Indessen, so gewiß der an der Seine und an der Donau vorherrschende Glaube, daß er die Ausdehnung des Bundes auf den Süden um jeden Preis, selbst auf die Gefahr eines Krieges, beschleunigen werde, in den folgenden Jahren die Lage verschlimmert hat, ebenso sicher scheint festzustehen, daß jener Argwohn seiner Gegner auf einem Irrtum beruhte. Wen die oben in anderm Zusammenhang vorgetragenen Beweise noch nicht überzeugt haben, der sei erinnert an den Inhalt der Verhandlungen, die Bismarck im Mai des Jahres 1868 mit Albert v. Suckow, dem Chef des württembergischen Generalstabs, geführt hat. Dieser war nach Berlin gekommen, um über Maßregeln zur Durchführung des preußischen Wehrsystems und über Württembergs strategisches Vorgehen im Falle einer Mobilmachung gegen Frankreich zu beraten. Die Beratungen wurden

Digitized by Google

zwar, wie natürlich, preußischerseits von Moltke geführt, aber auch Bismarck hatte mit dem württembergischen Abgesandten eine inhaltschwere Unterredung. Der Norden habe, so eröffnete er ihm, einstweilen keinen Grund, mehr zu verlangen, als was man zur Zeit habe, nämlich den Zollverein und die Allianzverträge; strategisch betrachtet sei die Verbindung mit dem Süden nicht einmal eine Verstärkung für Norddeutschland, und politisch habe man kein Bedürfnis, sich mit den heterogenen Elementen im Süden zu verschmelzen. Wir tragen alle, fuhr er fort, die nationale Einigung im Herzen, aber für den rechnenden Politiker kommt zuerst das Notwendige und dann das Wünschenswerte, also zuerst der Ausbau des Hauses und dann dessen Erweiterung. Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und geschähe es in 10 oder gar 5 Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott. Zuerst sollen also einmal die Vertreter im Zollparlament ein paar Jahre bei einander gesessen sein; dann wird Versöhnlichkeit eintreten, und die Süddeutschen werden sehen, daß es sich nicht um Vergewaltigung handeln kann. Unsere ganze Sympathie gehört dem süddeutschen Bruder, dem wir jederzeit die Hand reichen wollen, aber zwingen wollen und dürfen wir ihn nicht, dieselbe zu ergreifen.

Nur Befangenheit oder schlechter Wille können an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen zweifeln; sie thaten es und thun es noch heute. Namentlich in Frankreich wurde es zur fixen Idee, wo immer auf dem Kontinent sich etwas regte, zu glauben, daß Bismarck dahinter stecke, um Händel zu suchen. Die phantastischen Mutmaßungen, womit er in solcher Weise allenthalben und unaufhörlich verdächtigt oder verleumdet wurde, dürfen wir übergehen; er ließ sich durch derartige aus dem Versteck geschleuderte Pfeile nicht aus seiner Ruhe aufstören, sondern widerlegte und strafte die Feinde gelegentlich dadurch, daß er selbst in den entferntesten Ecken des Erdteils, wie in Rumänien und

Digitized by Google

Kreta, durch kräftiges Einschreiten den bedrohten Frieden sicherte.

In Frankreich selbst aber nahmen unterdessen die Dinge einen verhängnisvollen Verlauf. Die Mißerfolge seiner auswärtigen Politik und die zusehends wachsende Verstimmung des Landes über den Druck der innern Verhältnisse zwangen Napoleon vor die Entscheidung, entweder durch freiheitliche Reformen, namentlich durch Herabsetzung der Militärlasten, die schwindende Popularität zurückzugewinnen, oder durch große Erfolge nach außen, zumal an der seit dem Tage von Königgrätz bedroht geglaubten Ostgrenze, den verblichenen Glanz seiner Krone aufzufrischen. Den ersten der beiden Wege zu gehen, widerstrebte ihm nicht allein, weil er sich an das bisher geübte diktatorische Regiment gewöhnt hatte und es nicht selbst verurteilen mochte, sondern auch deshalb, weil ihm unter der Herrschaft des Liberalismus die Zukunft seiner Dynastie gefährdet schien. Vor der andern Richtung aber warnten ihn nicht minder schwere Bedenken. Er selbst war krank, von den Schmerzen eines schweren Blasenleidens so gefoltert, daß er nur mit Schrecken an die Strapazen eines Feldzugs dachte, denen er sich doch persönlich aussetzen mußte, wenn anders die Dynastie einen Gewinn davontragen wollte. Dazu peinigten ihn, allen Versicherungen seiner Generäle zum Trotz, quälende Sorgen vor der Ueberlegenheit der preußischen Armee. Während so der Kaiser selbst im Kampfe widerstreitender Gedanken und Gefühle schwankte, schürte eine einflußreiche Partei, der es im Innern um die Fernhaltung des Liberalismus, draußen um eine Niederlage Preußens zu thun war, mit allen Mitteln den Krieg. Ein nicht geringer Erfolg dieser Leute war es, daß Napoleon im Beginn des Jahres 1869 dem Gedanken eines Dreibundes zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien mit der Spitze gegen Preußen näher trat. Zwar zeigte sich bald in den darüber eröffneten Verhandlungen, daß Oesterreich, noch immer mit der Liquidation des Zusammenbruchs vom Jahre 1866 beschäftigt, nur zu einem Schutzbündnis, nicht aber, wie Napoleon wünschte,

Digitized by Google

zu einer Offensivallianz bereit war; aber der Gewinn, den dieser Umstand für die Friedensaussichten bedeutete, wurde vollständig aufgehoben durch das Ergebnis der Kammerwahlen, die am 23. Mai zu einem Siege der liberalen Parteien führten. Napoleon, leidender als je und mehrere Wochen in unmittelbarer Todesgefahr schwebend, fühlte seinen Thron wanken und griff verzweifelnd nach dem Strohhalm, der, so wähnte er, seine Dynastie retten sollte: er ernannte einen der liberalen Führer, den geistreichen, aber leichtfertigen Ollivier, zum Leiter eines neuen, parlamentarischen Ministeriums. Eine Zeit lang hielt diesem ‚Manne mit dem mobilen Gewissen', der Minister des Aeußern, der besonnene Graf Daru, das Gleichgewicht, ja dieser vermochte sogar den Kaiser zu überreden, durch englische Vermittlung den Vorschlag einer beiderseitigen Abrüstung nach Berlin gelangen zu lassen. Bismarck glaubte vielleicht an die Aufrichtigkeit des Gedankens, wenigstens bei dem Grafen Daru und bei Napoleon selbst, aber er schaute weiter als beide und rechnete mit einem Tage, an dem andere, von dem Willen des Kaisers unabhängige Mächte über die Entschließungen der französischen Politik das letzte Wort sprechen würden. Er lehnte daher den Abrüstungsgedanken als unvereinbar mit dem preußischen Heersystem ab und erwartete ruhig, aber auch jetzt noch zu ehrlicher Verständigung bereit, die Entwicklung der Dinge.

Da erfolgte am 24. Februar im Norddeutschen Reichstag der Antrag Laskers auf Zulassung Badens in den Norddeutschen Bund. Wir kennen die Gründe, mit denen Bismarck den Antrag bekämpfte, und hörten die erregten Vorwürfe, die er gegen den Antragsteller erhob, weil dieser ihm die sichere Durchführung seiner auswärtigen Politik erschwere. Was aber war in diesem Augenblick das Ziel seiner Politik? Man durchforsche mit den schärfsten Gläsern des Argwohns die Summe der Entwürfe, die ihn damals beschäftigten, und man wird finden, daß nichts ihm so sehr am Herzen lag, als den Frieden zu sichern, den Frieden, der ihm für das Gedeihen der nationalen Interessen seines

Digitized by Google

Volkes so notwendig schien. Diese Friedenspolitik drohte Laskers Antrag zu durchkreuzen, weil er der Kriegspartei in Frankreich neuen Wind in die Segel treiben mußte. Baden, die Grenze des Elsaß, im Norddeutschen Bunde — der Gedanke war jedem Franzosen, auch dem friedlichsten, so unerträglich, daß es ein Leichtes war, durch die bloße Vorstellung seiner Verwirklichung den entzündlichen nationalen Fanatismus des Volkes zu hellen Flammen zu entfachen. Mochte Bismarck noch so nachdrücklich sich zu dem Satze bekennen, daß Preußen zur Zeit nicht an eine Ausdehnung des Bundes denke, in Paris begann unter dem Eindruck der Berliner Debatte, aus deren Verlauf man die friedlichen Erklärungen Bismarcks verschwieg oder entstellte, eine zügellose Hetze gegen Preußen. Daß in denselben Tagen der österreichische Erzherzog Albrecht Paris besuchte und begeisterte Kundgebungen des französischen Offizierkorps hervorrief, trug neuen Brennstoff in die erregten Leidenschaften; selbst der ruhige Daru mußte dem Moloch des Chauvinismus ein Opfer bringen, indem er in vorwurfsvollem Tone in Gegenwart mehrerer fremden Diplomaten die Aeußerung fallen ließ, Bismarck hätte sich bei der Bekämpfung des Laskerschen Antrags auf den Prager Frieden berufen sollen, der den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund verbiete. Diese Auffassung, die dem Wortlaut des Friedensvertrages widersprach, unbestritten in die Welt gehen zu lassen, war Bismarck bei aller Friedensliebe nicht gesonnen; eine von ihm ausgehende Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wies mit kurzen, aber bestimmten Worten die Annahme des französischen Ministers als unbegründet zurück: der Prager Frieden habe mit dem Eintritt Badens oder eines andern süddeutschen Staates in den Bund nichts zu schaffen. Obschon Napoleon und Daru diese Widerlegung ruhig hinnahmen, zitterte die Erregung über den Zwischenfall in den französischen Gemütern noch lange nach und ermutigte die zum Kriege drängende Clique zu neuen Kraftproben.

Inzwischen wuchsen die Schwierigkeiten, die sich der kaiserlichen Regierung im Innern entgegenstellten, zu be-

Digitized by Google

ängstigender Höhe. In dieser Not verfielen die Ratgeber Napoleons auf den Gedanken, die erschütterten Fundamente der kaiserlichen Autorität durch ein ungewöhnliches Mittel, ein allgemeines Plebiszit, zu befestigen. Das nach der Theorie des Cäsarismus souveräne Volk sollte darüber abstimmen, ob es, wie im Jahre 1852 das absolute, so jetzt das konstitutionelle Kaisertum genehmige. Am 8. Mai 1870 schritt das französische Volk an die Urne; mit der erdrückenden Mehrheit von mehr als sieben Millionen Stimmen gegen anderthalbe erklärte es sich für die Monarchie, die ihm vor allem die Dauer der Ordnung und Ruhe zu gewähren schien. Lag in diesem kaum erhofften Ergebnis für die leitenden Männer die Aufforderung, nach außen eine friedliche Politik zu führen, so trug doch die Kriegspartei schon eine Woche später wieder einen unberechenbaren Erfolg davon: Graf Daru, der während der Beratungen über das Plebiszit seine Entlassung genommen hatte, wurde am 15. Mai durch den bisherigen Botschafter in Wien, den Herzog Gramont, ersetzt. Die Ernennung dieses Mannes war das Werk Olliviers, dem es genügte, wenn der Inhaber des verantwortlichsten Postens in seinem Ministerium ein Preußenhasser war, der sich von Bismarck nichts bieten lassen würde. Denn Gramonts Feindseligkeit gegen Preußen war fast so sprichwörtlich wie seine diplomatische Unfähigkeit.

Bismarck war diesen Vorgängen mit wachsamem Auge gefolgt. Die konstitutionelle Bewegung in Frankreich betrachtete auch er als eine Gewähr des Friedens und war darauf bedacht, die Entwicklung, die, wie er sagte, Deutschland den Frieden verhieß, ‚keinem Frühjahrsfrost auszusetzen', durch keinen voreiligen Schritt in der deutschen Frage das empfindliche Nationalgefühl der Franzosen zu reizen. Vollends seit Gramont, dessen Unbesonnenheit und preußenfeindliche Gesinnung er kannte, die Geschäfte führte, war er auf Ueberraschungen gefaßt und hielt erhöhte Umsicht für geboten.

In den ersten Wochen gewannen die Dinge den Anschein, als ob am Horizont der europäischen Politik sich

Digitized by Google

nichts verändert habe. Als die öffentliche Meinung in Frankreich sich darüber erregte, daß der Norddeutsche Bund das Unternehmen der St. Gotthardbahn finanziell unterstützen wollte, bezeichnete die Regierung die Befürchtungen, die man daran knüpfte, als unbegründet. Eine weitere Bürgschaft für den Bestand des Friedens schien in dem Umstande zu liegen, daß gerade in jenen Wochen, bald nach Gramonts Eintritt, eine Anfrage in Wien Napoleon über Oesterreichs Unlust zu kriegerischen Verwicklungen belehrte. Ja noch mehr: der französische Kriegsminister setzte in Anbetracht der friedlichen Lage die Zahl der für das Jahr 1871 auszuhebenden Mannschaften von 100 000 auf 90 000 herab, und der Ministerpräsident Ollivier gab vor der Kammer, zweifellos in gutem Glauben, die berühmt gewordene Erklärung, daß der Friede zu keiner Zeit gesicherter gewesen sei.

Vierzehn Tage später hatte man den Krieg! — Wen trifft die Verantwortung? Diese Frage, unzähligemale gestellt und oft mit einer Anklage gegen Bismarck beantwortet, zwingt uns zu einem orientierenden Blick auf die Verhältnisse Spaniens. Die Spanier hatten im Jahre 1868 ihre Königin Isabella vertrieben, nicht aus Begeisterung für die Republik, denn das Volk war bis auf verschwindend geringe Ausnahmen monarchisch gesinnt. Dieser Thatsache Rechnung zu tragen, suchten die Häupter der provisorischen Regierung unter den europäischen Prinzen einen geeigneten Kandidaten für den erledigten Thron und fragten, nachdem sie an einigen andern Thüren vergebens angeklopft hatten, auch bei dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an. Die erste Anfrage erfolgte schon im Jahre 1869, führte aber zu keinem Ergebnis, weil der Vater des Prinzen erklärte, die Kandidatur erst dann ins Auge fassen zu wollen, wenn sowohl König Wilhelm als auch Napoleon ihre Zustimmung gegeben hätten. Beide Monarchen hatten von den Verhandlungen Kunde, legten ihnen jedoch keine große Bedeutung bei und waren zufrieden, als das Projekt durch die ablehnende Haltung der Sigmaringer von der Tagesordnung abgesetzt schien.

Digitized by Google

Aber es kam anders. Durch die bedenkliche Lage ihres Landes gedrängt, wiederholten die spanischen Machthaber im Februar 1870 ihren Versuch, in der Hoffnung, daß Napoleon, dessen Widerspruch für die Entscheidung des Fürsten von Hohenzollern am meisten ins Gewicht gefallen wäre, eine fertige Thatsache anerkennen werde. Somit galt es, hinfürder die Sache heimlich zu betreiben. Nur König Wilhelm und Bismarck wurden durch private Mitteilungen des spanischen Ministerpräsidenten in Kenntnis gesetzt, zugleich aber gebeten, das durch die Umstände gebotene Geheimnis zu wahren. Der König, der trotz seiner Stellung als Haupt des Gesamthauses Hohenzollern dem Prinzen Leopold in dieser Sache nichts befehlen noch verbieten konnte, erklärte sich, soweit man auf seinen Rat hören wolle, gegen den Plan. Auch der Prinz verspürte keine größere Neigung als im vergangenen Herbst, und die spanische Königsjagd schien abermals erfolglos zu sein — da nahm Bismarck sich der Sache an. In einem Familienrat, den König Wilhelm am 15. März einberief, befürwortete er eifrig die Annahme der Kandidatur: die Zustände Spaniens, die im Vorjahre noch heillos verworren schienen, hätten sich gebessert, und auch Preußen dürfe einige, wenn auch geringe Vorteile erwarten, wenn ein befreundeter Prinz in Spanien regiere. Trotz dieser Zusprache verharrte der Prinz in seiner Abneigung, und Bismarck, der gerade damals für einige Wochen erkrankte und sich nach Varzin zurückzog, schien die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. So schien es, in Wirklichkeit aber verlor er sie nicht aus den Blicken. In der erwähnten Beratung hatte er angeregt, man solle vor einer endgültigen Entscheidung zuverlässige Nachrichten über die spanischen Verhältnisse sammeln; nunmehr, anfangs April, gingen in seinem Auftrage Lothar Bucher und ein Major vom Generalstab nach Spanien, um an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Ueberdies sorgte er dafür, daß die Spanier trotz der wiederholten förmlichen Zurückweisung ihres Anliegens die Hoffnung nicht aufgaben, sondern sich nochmals nach Sigmaringen wandten. Diesmal sollten

Digitized by Google

die Verhandlungen auch ohne Wissen des Königs von Preußen geführt werden; denn nachdem der Vater des Prinzen und sein Bruder, der Fürst Karl von Rumänien, für den Plan sich erwärmt hatten, hoffte man den Widerstand des Prinzen selbst leichter zu überwinden, wenn er sich nicht mehr auf die Abneigung des Königs Wilhelm berufen konnte. Dieser Operationsplan, der sich im weitern Verlauf als richtig erwies, ist nicht nur nachweislich von Bismarck gefördert worden, sondern es scheint auch, daß er es war, der ihn ersonnen und in Madrid befürwortet hat.

Von diesem Punkte gehen die Ankläger Bismarcks aus, um ihm die Schuld an dem Ausbruch des Krieges aufzubürden. Dabei verfahren sie so: Der Umstand, daß Bismarck ohne Wissen, ja gegen den erklärten Willen seines Herrn die Kandidatur des Prinzen Leopold betrieb, berechtige oder vielmehr zwinge zur Annahme irgend einer Tücke; worin diese bestanden habe, sei unschwer zu erraten: Napoleon, dessen Widerwille gegen den Plan dem preußischen Minister bekannt war, sollte durch die Heimlichkeit, mit der man ihn überrumpelte, gereizt werden und im Zorne — auch Herr Gramont hatte ja mitzureden! — sich eine Blöße geben; mochte es dann zum Bruche kommen oder nicht — einer empfindlichen Niederlage, wenigstens einer diplomatischen, sollte Frankreich nicht entgehen und dadurch in Zukunft die Lust verlieren, gegen die Vollendung der deutschen Einheit zu intriguieren.

In der Kette dieser Anschuldigungen spielt wieder jener Glaube an das Dämonische oder Diabolische in Bismarcks Persönlichkeit eine Rolle, dem wir schon früher einmal, in der Vorgeschichte des Krieges gegen Oesterreich, begegnet sind. Dagegen erwäge man folgendes. Wenn es ihm damals wirklich — alle seine bis jetzt bekannt gewordenen Aeußerungen sprechen dagegen — wenn es ihm wirklich darum zu thun war, durch Betreiben der spanischen Angelegenheit Frankreich zu provozieren, hätte er dann in derselben Zeit den mehrfach erwähnten Antrag Laskers so nachdrücklich bekämpft, einen Antrag, der ihm sowohl

Digitized by Google

zur Herausforderung Frankreichs wie zur Entflammung des deutschen Patriotismus eine weit bessere Handhabe bot! Daß er im Norddeutschen Reichstag sich gegen die Aufnahme Badens aussprach, könnte ja allenfalls auf eine Täuschung Frankreichs berechnet gewesen sein, obwohl die Gründe, mit denen er es that, der Richtung seiner nationalen Politik durchaus entsprachen, — was aber, so fragt man, bestimmte ihn, auch in der Presse in einer ganzen Reihe inspirierter Artikel Laskers Vorgehen als friedenstörend zu tadeln? Diese Thatsache allein würde ausreichen, die Ansicht, er habe mit der Unterstützung der Hohenzollern-Kandidatur von langer Hand einen Bruch mit Frankreich vorbereitet, als haltlos zu erweisen. Was bezweckte er aber? wirft man uns ein. Eine Antwort auf diese Frage giebt die damalige Konstellation der europäischen Politik.

Bismarck wußte von Napoleons krampfhaften Versuchen, die ihm von Preußen verwehrte Beute auf andere Weise, auf dem Umwege eines preußenfeindlichen Bundes mit Oesterreich und Italien zu erjagen. Wie weit er über den Erfolg dieser Versuche unterrichtet war, läßt sich heute im einzelnen noch nicht feststellen, jedoch gestattet eine Aeußerung, die Busch unter dem 7. März in sein Tagebuch eintrug, den Schluß, daß er in jenem Zeitpunkt an das Bestehen einer kriegerischen Verschwörung nicht glaubte. Aber die Gefahr war immerhin vorhanden, mithin der Versuch einer Gegenmine geboten. Die Frage, wo diese anzulegen sei, führte ihn notwendig auf den schwächsten Punkt in dem von Napoleon geplanten Dreibunde: den Kirchenstaat, den eine französische Besatzung gegen Italiens Eroberungsgelüste schützte. Nur zu gern hätte der Kaiser sich von dieser Pflicht, zu der Rücksichten auf den französischen Klerus ihn zwangen, befreit; wie atmete er auf, als die Königin Isabella sich erbot, die französische Besatzung durch eine spanische zu ersetzen! Die Vertreibung Isabellas vereitelte die Ausführung des Planes, Napoleon saß in Rom fest, und die Schwierigkeiten, die seiner Bündnispolitik daraus erwuchsen, schienen unüberwindlich, es sei denn, daß die drei Regierungen sich entschließen würden,

Digitized by Google

mehr als alles andere die Gemeinsamkeit ihrer katholischen Interessen zu betonen. Daß eine mächtige Partei auch nach dieser Richtung thätig war, konnte Bismarck nicht entgehen. Unter solchen Umständen bedeutete es für seine Politik immerhin einen Gewinn, wenn sich in Spanien eine Regierung befestigte, die einerseits den deutschen Dingen ein gewisses Wohlwollen entgegenbringen, andererseits Napoleon in keinem Falle den Dienst erweisen würde, ihm die Last seiner römischen Verpflichtungen abzunehmen.

Auch Erwägungen anderer Art, wie die Aussicht auf handelspolitische Vorteile, werden Bismarck mit bestimmt haben, den Prinzen Leopold zur Annahme der Krone zu ermuntern; der durchschlagende Grund lag für ihn zweifellos in der auswärtigen Politik, und zwar, um es noch einmal zu sagen, in dem defensiven, nicht im aggressiven Charakter der spanischen Episode.*)

Aber wozu dann die Heimlichkeit vor Napoleon? — Auch dieser Einwurf prallt an den Thatsachen ab. Napoleon war schon im Jahre 1869 von der spanischen Anfrage in Sigmaringen benachrichtigt worden, hatte aber auf eine Mitteilung des ihm persönlich befreundeten und obendrein verwandten Fürsten Karl Anton geschwiegen. Obwohl nun Bismarck aus früheren Gesprächen Benedettis die Abneigung des Kaisers herausgehört hatte, so durfte er doch annehmen, daß dieser bei seinen Beziehungen zu dem fürstlichen Hause einer vollendeten Thatsache sich fügen werde. War es doch gerade Napoleon, der einige Jahre vorher seinen ganzen Einfluß aufgeboten hatte, einen Bruder des Prinzen Leopold auf den rumänischen Thron zu setzen! Endlich aber: Bismarck hatte mehr als einmal in seinem Verkehr mit der französischen Regierung und Napoleon bewiesen, wie genau er zwischen amtlichen und nichtamtlichen Schritten unterschied. Im vorliegenden Falle nun hatte Preußen amtlich mit der spanischen Königsfrage nichts zu schaffen; nahm Prinz Leopold die ihm angetragene Krone

*) Auch Otto Kaemmel hält nach gründlicher Untersuchung der Frage daran fest, daß Bismarck mit der ‚spanischen Fliege in Napoleons Nacken' nicht auf den Krieg losgesteuert habe.

Digitized by Google

an, so war das seine Sache — König Wilhelm konnte es ihm nicht verbieten — und die Sache der Spanier.

Am 20. Juni erklärte der Prinz, ohne Wissen des Königs, sich zur Annahme bereit, so daß nur noch die Zustimmung der Cortes in Madrid fehlte. Da erfolgte, sei es infolge eines Mißverständnisses oder eines anderen Zufalls, eine Vertagung der Cortes, und bis zu ihrem Zusammentritt ließ sich das Geheimnis nach menschlicher Voraussicht kaum bewahren. Dies erkennend und in der Absicht, einer schwereren Verstimmung Napoleons vorzubeugen, entschloß der spanische Ministerpräsident sich am Abend des 2. Juli den französischen Gesandten von der bevorstehenden Wahl des Prinzen von Hohenzollern in Kenntnis zu setzen.

Damit begannen die Schicksalskugeln zu rollen. Sobald im Laufe des folgenden Tages die Sache in Paris bekannt wurde, bemächtigte sich der Gemüter eine große Erregung. Gramont, anstatt genauere Mitteilungen abzuwarten und bis zu deren Eingang die Leidenschaften zu zügeln, stürmte den Leidenschaftlichsten voran. Ihm war es auf der Stelle ausgemacht, daß Bismarck durch die Erhebung eines ‚preußischen' Prinzen auf den spanischen Thron eine Demütigung Frankreichs beabsichtigt habe; und während er am 3. Juli den Stellvertreter des beurlaubten Grafen Benedetti in Berlin erklären ließ, die kaiserliche Regierung werde sich freuen, wenn Preußen der Intrigue fern stehe, schenkte er dieser Versicherung, als sie ihm aus dem Auswärtigen Amte in Berlin zuging, keinen Glauben, sondern beschritt anstatt des Weges der Verhandlungen, der vermutlich alsbald zur Zurückziehung der hohenzollernschen Kandidatur geführt hätte, sofort den der Beleidigung. Die der Regierung nahe stehenden Zeitungen brachten heftige Ausfälle gegen Preußen. Dem preußischen Gesandten Baron v. Werther, der im Begriffe war, seinem in Ems weilenden Könige eine Aufwartung zu machen, legte Gramont nahe, diesen aufmerksam zu machen, daß Frankreich keine Bedrohung seiner Sicherheit an seinen Grenzen dulden werde; und in seinem Eifer, den gehaßten Gegner vor den Augen Europas zu treffen, ließ er sich am Nachmittage

Digitized by Google

des 6. Juli bei Beantwortung einer Interpellation wegen der spanischen Angelegenheit zu einer Aeußerung hinreißen, die, allem diplomatischen Brauch Hohn sprechend, der Macht, mit der man in Verhandlungen eintreten wollte, eine versteckte Kriegsdrohung zurief: Die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes — gemeint war Spanien — verpflichte Frankreich nicht zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls des Fünften setze und dadurch das bestehende Gleichgewicht Europas störe und Frankreichs Ehre und Interessen verletze. Um dieses Ereignis, welches, wie er fest hoffe, sich nicht vollziehen werde, in jedem Falle zu verhindern, rechne die Regierung auf die Weisheit des deutschen, die Freundschaft des spanischen Volkes; anderenfalls werde sie im Vertrauen auf die Unterstützung der Kammer und der Nation ihre Pflicht ohne Zaudern und Schwäche zu erfüllen wissen.

Ob Gramont den Krieg in diesem Augenblick wirklich schon beabsichtigte, oder ob er es nur auf eine Einschüchterung und Demütigung Preußens abgesehen hatte, die Wirkung blieb dieselbe: ein friedlicher Austrag der Sache wurde, selbst wenn jetzt der Prinz von Hohenzollern seine Kandidatur zurückzog, durch die herausfordernde Sprache des französischen Ministers erschwert.

Wie verhielt sich nun in dieser durch Gramonts Unbesonnenheit heraufbeschworenen Lage Bismarck? Seit dem 8. Juni weilte er in Varzin. Am Tage vor seiner Abreise aus Berlin hatte er an Roon geschrieben: ‚ich entfliehe morgen früh den Schlingen, die sich mit jedem Tage meines Bleibens stets von neuem um meine heimwärts strebenden Füße legen. Ich hoffe, daß wir uns Anfangs August hier so wohl wiedersehen, wie wir es gegenseitig wünschen.' Also nicht die Spur einer Ahnung der furchtbar nahen Katastrophe! Und noch am 25. Juni, nachdem er schon Kunde von der Zusage des Prinzen Leopold hatte, äußerte er in einem Gespräch mit dem ihm befreundeten Herrn v. Schlözer, daß er sich freue, einem völlig ruhigen Sommer entgegenzugehen. Gegen Ende des Monats erfährt

Digitized by Google

er, daß das Geheimnis der hohenzollernschen Kandidatur nicht länger gewahrt bleiben wird; aber selbst die erste Meldung von den Schritten Gramonts am 3. Juli flößt ihm noch keine Sorge ein, wenigstens telegraphiert er noch am 5. nach Ems die Bitte, der König möge sich eine möglichst kühle Auffassung der Lage bewahren. Erst die beleidigende Sprache Gramonts am 6. bringt ihn in Harnisch. In der nichtoffiziösen Presse läßt er starke Verwunderung über Frankreichs Anmaßung aussprechen, die sich in den Kammerverhandlungen breit gemacht und geredet habe, als ob man in Paris über den spanischen Thron zu verfügen habe. Die französische Regierung solle bedenken, daß sie durch ihr Vorgehen nicht nur den spanischen Nationalstolz verletze, sondern auch republikanische Tendenzen fördere. Von einer festen und kühlen, mit etwas Spott gemischten Sprache der deutschen Zeitungen erwartet er eine beschwichtigende Wirkung, während deutsche Schüchternheit die Franzosen unverschämter machen und ihre Ansprüche steigern werde. In diesem Sinne inspiriert er in den folgenden Tagen die Presse, ordnet aber ausdrücklich an, daß die offiziösen Zeitungen sich an diesem Treiben nicht beteiligen, sondern den Fall besonnen und in ruhiger Sprache erörtern sollen. Auch als er am 8. Juli aus dem offiziellen Text der Gramontschen Rede ersieht, daß dessen Sprache ‚viel plumper und anmaßender' gewesen war, als er nach den ersten Mitteilungen aus Berlin angenommen hat, ändert er sein Verfahren nicht. Wohl empfiehlt er nach dem Worte, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört, den Zeitungen — auch jetzt nimmt er noch die Norddeutsche Allgemeine aus — bei Besprechung der französischen Kammerverhandlungen sich keinen Zwang anzuthun; im übrigen aber läßt er die Frage, ob Gramont aus Ungeschick oder infolge eines schon gefaßten Entschlusses die provozierenden Worte gesprochen habe, noch offen. Dem entsprechen die Weisungen, die er an demselben Tage seinem Stellvertreter in Berlin sowie den Gesandtschaften in Paris und London zugehen läßt: Preußen hat mit der ohne Wissen seines Königs zwischen Madrid und Sigmaringen geführten Unterhand-

Digitized by Google

lung nichts zu schaffen; freundschaftlichen Erörterungen darüber hätten wir uns nicht entzogen, aber Gramonts Drohungen verschließen uns den Mund; wir werden wegen derselben keine Händel suchen, aber wenn die Franzosen uns angreifen, so werden wir uns wehren, daß ihnen die Augen übergehen.

Ist das die Haltung eines Mannes, der den Krieg wünscht? Nur wer die Augen absichtlich vor den Thatsachen verschließt, kann diese Frage bejahen. Gramont war es, der am 6. Juli Preußens Ehre in der spanischen Angelegenheit vor aller Welt verpfändete und Bismarck jeden Schritt der Nachgiebigkeit unmöglich machte. Frankreich hatte beleidigt, Frankreich hat eine Verständigung zu suchen — so lautete für Bismarck nach dem 6. Juli die Frage. Da verfällt Gramont, Unbesonnenheit auf Unbesonnenheit häufend, auf einen gefährlichen Plan. Er schickt den Grafen Benedetti nach Ems, um hier den König, der die Kandidatur des Prinzen weder befohlen noch geraten hatte, zu einem Widerruf zu bewegen. Bismarck, der sich bis dahin eine ‚kühle Auffassung' der Lage bewahrt und in scherzhaftem Tone geklagt hatte, daß man von Ems aus so viel Tinte in seinen Karlsbader Brunnen gieße, erkannte alsbald die kritische Wendung; der letzte Zweifel, daß Frankreich willens war, die spanische Thronfrage zu einem Streitfall mit Preußen zu machen, mußte schwinden. Sobald er die Sendung Benedettis erfuhr, stand eins ihm fest: der Unterhändler, der die Badekur seines Königs mit unberechtigten Zumutungen stören kam, mußte nach allem, was vorhergegangen war, eine Zurechtweisung erhalten; Preußen durfte sich zu keinem Schritte drängen lassen, der ihm als ein Zurückweichen vor der Herausforderung Gramonts und den maßlosen Schmähungen der Pariser Presse ausgelegt werden könnte.

In der Sorge hierüber telegraphiert er am 10. Juli nach Ems: sein Gesundheitszustand erlaube ihm zu reisen, er werde kommen, sobald der König es befehle. Auf die am folgenden Tage einlaufende Depesche, daß der König

Digitized by Google

ihn sobald wie möglich erwarte, verläßt er am 12. Varzin, fest entschlossen, die Hand, die Preußens Ehre anzutasten wagte, niederzuschlagen. Von der Stimmung und den Gedanken, die ihn jetzt beherrschten, entwerfen die ‚Gedanken und Erinnerungen' ein Bild, dessen lebendige Farben zeigen, wie tief die Eindrücke jener entscheidenden Stunden sich seiner Seele eingeprägt hatten. Ich entschloß mich, so berichtet er, am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Sr. Majestät die Berufung des Reichstags behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Thür des Pfarrhofes und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem Frankreich uns bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Dieser Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungenen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienste nach Ems zu melden. Ich hielt diese Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden. Ich nahm an, Frankreich werde die Entsagung des Prinzen

Digitized by Google

als einen befriedigenden Erfolg eskomptieren in dem Gefühl, daß eine kriegerische Drohung, auch wenn sie in den Formen internationaler Beleidigung und Verhöhnung geschehen wäre, genüge, um Preußen zum Rückzuge auch in einer gerechten Sache zu nötigen, und daß auch der Norddeutsche Bund in sich nicht das hinreichende Machtgefühl trage, um die nationale Ehre und Unabhängigkeit gegen französische Anmaßung zu schützen. Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen, ohne Händel ungeschickt vom Zaune zu brechen und künstlich zu suchen. Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten. Ich telegraphierte an die Meinigen nach Varzin, man sollte nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenigen Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen. In gleichem Sinne sprach ich auch mit dem Kriegsminister v. Roon: wir hätten die französische Ohrfeige weg und wären durch die Nachgiebigkeit in die Lage gebracht, als Händelsucher zu erscheinen, wenn wir zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten.

Man sieht, durch das Gewebe seiner Gedanken zieht sich am Abend des 12. Juli wie eine leitende Kette die Empfindung, daß die Vorgänge in Paris und Ems auf den blanken Schild seines Staates einen Flecken geworfen haben, der Sühnung fordere. Von chauvinistischer Kriegslust ist er allerdings ebenso weit entfernt als von schwankendem Zagen; in ruhiger Klarheit und im Bewußtsein einer schweren Verantwortung faßt er den Entschluß, den Beleidiger auf die Mensur zu rufen.

Den Vorgängen in Ems, wo inzwischen König Wilhelm in der Form entgegenkommend, in der Sache fest, die Zumutungen Benedettis abgewiesen hatte, haben wir

Digitized by Google

nicht zu folgen. Was Bismarck vorausgesehen hatte, ging schon jetzt in Erfüllung: Gramont, durch seine eigene Tollkühnheit und die bis zur Siedehitze gesteigerte kriegerische Begeisterung des Volkes von Paris weitergetrieben, durch den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern, worin er einen ersten Erfolg seines brüskierenden Auftretens sah, noch mehr gestachelt, entschloß sich, von dem Könige von Preußen nicht nur eine bindende Zusage für die Zukunft, sondern auch eine Art von Entschuldigung zu fordern, Unverschämtheiten, von denen Bismarck am Abend des 12. noch nichts wußte. Als er am Morgen des folgenden Tages von diesen neuen Forderungen Kenntnis erhielt, durchzuckte ihn der Gedanke, die Gelegenheit zur Vergeltung sei da. Sofort telegraphierte er dem Baron Werther, dem er wegen seines wenig festen Auftretens gegen Gramonts neueste Anmaßungen zürnte, unter dem Vorwande einer Badekur Urlaub zu nehmen und dies dem französischen Minister anzuzeigen. Bald darauf besuchte ihn der englische Botschafter Lord Loftus. Diesen bat er, seiner Regierung eine kräftige Unterstützung der nunmehr notwendig gewordenen preußischen Forderungen in Paris zu empfehlen: Deutschland sei fest entschlossen, keinen Schimpf und keine Demütigung von Frankreich zu dulden, sondern den Kampf aufzunehmen, wenn man es ungerechterweise herausfordere; nach den bisherigen Vorgängen und den Maßregeln der französischen Regierung verlange Preußen eine Garantie gegen die Gefahr einer plötzlichen Ueberrumplung: Frankreich müsse den europäischen Mächten in irgend einer Form die Erklärung geben, daß es die Lösung der spanischen Frage durch die freiwillige Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern als ausreichend anerkenne und keine weiteren Forderungen erhebe; im andern Falle müsse Preußen, wenn es keine befriedigende Erläuterung der drohenden Reden Gramonts erhalte, von Frankreich Genugthuung fordern.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob eine englische Vermittlung in dem von Bismarck gewünschten Sinne zur Verhütung des Krieges ausgereicht hätte, wenn sie, was nicht der Fall war, vor den entscheidenden Entschließungen

Digitized by Google

in Paris erfolgt wäre. Auch wer diese Frage angesichts der Stimmung der Pariser Bevölkerung und des Leichtsinns der Minister Ollivier und Gramont zu verneinen geneigt ist, wird zugeben müssen, daß wenigstens auf Napoleon selbst eine englische Vermittlung in dem angegebenen Sinne großen Eindruck gemacht und ihn im Widerstande gegen seine zum Krieg drängende Umgebung bestärkt haben würde.

Unterdessen war auch in Ems am Vormittag des 13. Juli die Depesche Werthers mit Gramonts weitern Zumutungen eingetroffen. Der Minister Eulenburg, der Bismarcks Auffassung der Lage kannte, stimmte Abeken bei, daß der Inhalt der Depesche nicht geeignet sei, dem Könige vorgetragen zu werden; bald darauf kam auch von Bismarck ein Telegramm, welches die Mitteilung der Wertherschen Depesche an den König untersagte. Mit dieser Weisung sprach er deutlich aus, daß er das jetzige Vorgehen Gramonts als eine Beleidigung seines Königs auffaßte und aufgefaßt wissen wollte. Ungeduldig wartete er nach Absendung seines Telegramms auf Nachrichten aus Ems, denn hier hing jetzt die Entscheidung.

Während er so, in keineswegs zuversichtlicher Stimmung, am Nachmittag des 13. Juli mit Roon und Moltke, die er zu sich eingeladen hatte, bei Tische saß, kam endlich, nach 6 Uhr, die mit Spannung erwartete Meldung, daß ein Ziffertelegramm aus Ems, von dem Geheimrat Abeken unterzeichnet, angekommen und in der Uebersetzung begriffen sei. Als die Entzifferung fertig war, las Bismarck das Telegramm, die weltgeschichtliche Emser Depesche, seinen Gästen vor. Obwohl ihr Wortlaut unzähligemale veröffentlicht worden ist, finde er hier Platz zur Würdigung der That, die Bismarck in jener Schicksalsstunde vollzogen hat.

Das kurz vor 4 Uhr in Ems aufgegebene Telegramm Abekens lautete:

Se. Majestät der König schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft

Digitized by Google

mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais derartige Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (gemeint ist der Vater des Prinzen Leopold) bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch seinen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Ew. Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als der Presse mitgeteilt werden soll.'

Während Moltke und Roon durch den Inhalt der Depesche niedergeschlagen waren, klammerte Bismarcks Hoffnung sich an den Schlußsatz, der ihn ermächtigte, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung zu veröffentlichen. Eins war ihm gewiß: jetzt oder nie galt es zu handeln. Der Haltung Frankreichs gegenüber, so schildert er in den ‚Gedanken und Erinnerungen' die Lage, zwang uns das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Forderungen dieses Ehrgefühls nicht gerecht wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unsrer nationalen Entwicklung den ganzen im Jahre 1866 gewonnenen Vorsprung, und das durch unsere militärischen Erfolge gesteigerte deutsche Nationalgefühl südlich des Mains, wie es sich in der Bereitwilligkeit der Südstaaten zu den Bündnissen ausgesprochen hatte, mußte wieder erkalten. Das in den süddeutschen Staaten neben dem partikularisti-

Digitized by Google

schen und dynastischen Staatsgefühl lebendige Deutschtum hatte sich, wie Bismarck wußte, vor allem auf die Erkenntnis der eigenen Hilflosigkeit gegründet, auf das Vertrauen in die durch Preußen entwickelte Kraft. Der Nimbus, den Preußen durch seine entschlossene und zugleich in vernünftigen und ehrlichen Grenzen sich bewegende Politik sowohl im deutschen Süden wie im Auslande gewonnen hatte, ging unwiderruflich oder doch auf lange Zeit verloren, wenn die Meinung Platz griff, daß man vor einer französischen Drohung zu Kreuze krieche.

Das durfte nicht geschehen, vor aller Welt sollte der freche Angreifer eine Lektion erhalten! Mit diesem Entschluß gab Bismarck, in Ausführung der königlichen Vollmacht, dem Telegramm Abekens, welches sich in seinem ganzen Umfange nicht zur Veröffentlichung eignete, eine kürzere Fassung: ‚Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.'

Die also veränderte Depesche las Bismarck den beiden Generälen vor. Beim Anhören wich ihre vorher gedrückte Stimmung einer heitern Zuversicht. Roon sagte, der alte Gott lebe noch, er werde uns nicht in Schande verkommen lassen, und Moltke rief: ‚So hat das einen andern Klang, vorher klang's wie eine Chamade, jetzt wie eine Fanfare!' In der That war es so. Während Abekens Telegramm außer der geduldigen Rücksicht, die König Wilhelm ungeachtet der Vorgänge in der französischen Kammer dem Ge-

Digitized by Google

sandten Frankreichs bewiesen hatte, auch dessen Zudringlichkeit erkennen ließ, während es ferner zwar den Schluß der Emser Verhandlungen, aber nicht die Absicht eines Abbruchs aller Verhandlungen kund gab, kurz, während es Preußens Friedensliebe bis an die äußerste Grenze außer Zweifel stellte, ging aus Bismarcks Depesche vor allem eins hervor, daß man die neuen Zumutungen des Pariser Kabinetts als eine Herausforderung betrachte, vor der man selbst auf die Gefahr eines völligen Bruches keinen Schritt zurückweichen werde. Moltke hatte recht: die Fassung, die Bismarck der Emser Depesche gegeben hatte, atmete nicht mehr die Bereitwilligkeit, mit dem Gegner zu verhandeln, sondern den Entschluß zum Kampfe. Diese Wahrnehmung stimmte den ernsten Schweiger so froh, daß er zu scherzen anfing und entgegen seiner sonstigen Gemessenheit mit der Hand auf die Brust schlug und in die Worte ausbrach: ‚Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher ‚die alte Carcasse' der Teufel holen.'

Noch am Abend wurde die Depesche gedruckt und in Berlin bekannt; in der Nacht trug der elektrische Draht sie in alle Welt hinaus, wie ein wetterverkündender Strahl durchzuckte sie die politische Schwüle. Weckend und zündend fuhr Bismarcks Alarmruf durch die deutschen Gaue, staunend sahen die Völker der Erde ein ungewohntes Schauspiel: der germanische Riese, der seit Jahrhunderten gallischen Uebermut ertragen, reckte sich empor und stellte seinen Erzfeind. Nicht allein im Norden loderte der patriotische Zorn in hellen Flammen auf, auch im Süden empfand man den Angriff auf die norddeutschen Brüder wie selbst erlittenen Schimpf und eigene Gefahr. Vom Fels zum Meer schlugen die Wogen der Begeisterung zusammen, und jetzt geschah, was Frankreichs Angriff, wenn er überhaupt ein klares Ziel hatte, für immer unmöglich machen wollte: die Scheidedämme am Main gerieten ins Wanken. —

Der Leser kennt die Legende von der Fälschung der Emser Depesche: durch die Aenderungen, die Bismarck an dem Telegramm Abekens vorgenommen habe, sei der Krieg,

Digitized by Google

dessen Verhütung bis dahin noch im Bereich des Möglichen gelegen, unvermeidlich geworden. Daß man in Frankreich nach der Katastrophe das Bedürfnis hat, sich über den mit frevelhaftem Uebermut heraufbeschworenen Zusammenbruch zu trösten, indem man die Schuld auf den Gegner abzuwälzen sucht, ist menschlich und — französisch; daß dagegen auch auf deutscher Seite sich Männer gefunden haben und noch finden, die einer derartigen Geschichtsklitterung Anerkennung zollen, das ist, bei aller Achtung vor wissenschaftlicher, zumal historischer Objektivität, eine peinliche Erscheinung. Seitdem Bismarcks Nachfolger Graf Caprivi den Wortlaut der Emser Depesche veröffentlicht hat, stehen die Thatsachen, auf die es hier ankommt, so fest, daß das Urteil über Bismarcks Verfahren heute weniger eine Sache der historischen Kritik als des nationalen Empfindens geworden ist.

Zugegeben, daß Gramonts Auftreten am 6. Juli durch die Annahme, Bismarck habe Frankreich mit der hohenzollernschen Kandidatur verletzen wollen, sich entschuldigen ließe, zeigen dann nicht die neuen Forderungen, die er nach dem Verzicht des Prinzen erhob, daß es ihm, wenn nicht um den Krieg, so doch um eine offenkundige Demütigung Preußens zu thun war? Ferner: Lassen die Vorschläge, die Bismarck noch am Morgen des 13. Juli durch Vermittlung des Londoner Kabinetts in Paris zu machen gedachte, nicht erkennen, daß er selbst da noch zu einem ehrenvollen Frieden bereit gewesen wäre? Denn die Bedingungen, die er stellte, waren so weit entfernt, für Frankreich unannehmbar zu sein, daß ein französischer Kronrat, der am Nachmittag des 14. Juli stattfand, auf Napoleons Betreiben zu Beschlüssen gelangte, die Bismarcks Bedingungen, ohne daß man sie kannte, im Prinzip annahmen. Bismarck verlangte nämlich, wie wir sahen, außer einer amtlichen Erklärung Frankreichs, daß es den Rücktritt des Prinzen als eine befriedigende Lösung anerkenne, eine Garantie gegen weitere Forderungen; der französische Kronrat am Nachmittag des 14. Juli beschloß eine Botschaft an die Kammer dahin lautend, daß durch die Zustimmung des

Digitized by Google

Königs zum Verzicht des Prinzen die Frage für die Gegenwart in befriedigender Weise gelöst sei, und daß man für die Sicherung der Zukunft beschlossen habe, sich an einen Kongreß der Großmächte zu wenden. Man sieht, der erste dieser Beschlüsse enthielt annähernd die von Bismarck geforderte amtliche Erklärung, der zweite stellte die verlangte Garantie in Aussicht.

Freilich, die preußischen Bedingungen, mit denen wenige Stunden vor dem Beginn der Katastrophe noch ein französischer Kronrat sich im wesentlichen einverstanden erklät hat, genügen heute den Anklägern Bismarcks drüben und hüben nicht. Ging es nach ihrem Wunsche, so hätte er die Beleidigung Gramonts eingesteckt und ihm auch die andere Wange hingehalten; das wäre gerecht, human und christlich gewesen. O über diese Lammesgeduld! Die so reden, mögen sie üben, wo immer sie für sich allein zu handeln haben, — aber wehe der Nation, deren verantwortlicher Leiter nach solchen Grundsätzen die ihm anvertrauten Interessen vertreten wollte! Bismarck war zum Heil seines Vaterlandes aus anderm Holze. Ihm kochte das Blut ob der Beschimpfung, die der französische Minister der Ehre Preußens zufügte; wie auf der eigenen Wange brannte ihn der Schlag, und obwohl er die furchtbaren Folgen eines Krieges mit Frankreich seinem Volke lieber erspart hätte, sein Gewissen sagte ihm, daß es Dinge giebt, die von dem Ehrenschilde einer Nation nicht abgewaschen werden, es sei denn durch Blut.

Einige seiner Lobredner haben in dem Eifer, ihren Heros gegen alle Vorwürfe zu verteidigen, die Sache so dargestellt, als ob Bismarcks Aenderungen an der Depesche bezweckt hätten, den Franzosen die vom König gewünschte Veröffentlichung erträglicher zu machen. Nichts ist verkehrter als das. Die Thatsachen, die ihn gegen den Vorwurf der Fälschung schützen, sind vielmehr, um es kurz zusammenzufassen, die folgenden: Der König giebt die Vollmacht, die neue Forderung Frankreichs und deren Zurückweisung zu veröffentlichen; in welcher Form das geschehen soll, stellt er dem Ermessen seines Ministers anheim, aber

Digitized by Google

schwerlich ist es seine Meinung, den Wortlaut seines eigenen Schreibens an Abeken, den ersten Abschnitt der Emser Depesche, zu veröffentlichen. Nun kennt Bismarck in jenem Augenblick die Vorgänge in Ems nur aus dieser einen Depesche, aber er muß sich sagen, daß weder ihr ganzer Inhalt, noch das königliche Schreiben allein, zur Veröffentlichung geeignet ist, weil einiges darin steht, dessen Bekanntwerden dem Eindruck, den die Veröffentlichung nach der erkennbaren Absicht des Königs hervorrufen soll, widerstreben würde. In dieser Schwierigkeit zeigt ihm sein Scharfblick einen Ausweg: wenn er die Depesche kürzt, so erfüllt sie nicht nur den Auftrag des Königs, sondern rückt zugleich den Hergang und die Situation in ein zwar grelleres, aber für Preußen vorteilhaftes Licht und stellt, wie man zutreffend gesagt hat, die Emser Verhandlungen so dar, wie er, Bismarck, sie geführt haben würde. Daß Frankreich gereizt wurde, indem er dessen Schlag mit einem scharfen Gegenhieb parierte, wußte und wollte er; ja er hielt es für eine Pflicht, die ihm in jenem Augenblick, vielleicht sogar über den Willen seines königlichen Herrn hinaus, kraft seines Amtes oblag.

In den ‚Gedanken und Erinnerungen' ist der Emser Depesche ein ganzes Kapitel gewidmet. Darin wird erzählt, Bismarck habe sein Verfahren unter dem Beifall Moltkes und Roons in folgenden Sätzen erläutert: Wenn ich diesen Text, welcher keine Aenderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhaltes, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien, und die gallische Ueberhebung und Reiz-

Digitized by Google

barkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Oeffentlichkeit verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten.

Die gallische Reizbarkeit that ihm den Gefallen. Wohl schwankte im Laufe des folgenden Tages in Paris die Entscheidung auf und nieder, ein Beschluß folgte dem andern und hob ihn auf; noch am Nachmittag schien der Friede gesichert, aber der zusehends erlahmende Widerstand des kranken Kaisers reizte die Kriegspartei am späten Abend zu einem neuen Versuch, und eine Stunde vor Mitternacht fiel im Schlosse St. Cloud die Entscheidung: die Lage verlange, die Reserven der Armee einzuberufen. Soweit die widerspruchsvollen und vielfach absichtlich entstellten Nachrichten über die unheilvollen Vorgänge, die sich am 13. Juli in den Tuilerien und in St. Cloud abspielten, ein sicheres Urteil gestatten, scheint in der That der Umstand, daß die von Bismarck redigierte Depesche, wie man am Abend des 14. in Paris erfuhr, andern Mächten mitgeteilt worden war, den entscheidenden Beschluß bewirkt zu haben. Indessen wer mit dem Hinweis hierauf Bismarck die Verantwortung für den Krieg aufbürden will, übersieht den Unterschied zwischen einem Stoße, der zum Angriff, und einem, der zur Abwehr geführt wird. Nur mit dieser Einschränkung war die Abrechnung mit Frankreich Bismarcks Werk. —

Am Abend des 15. fuhr er in Begleitung des Kronprinzen, Moltkes und Roons dem wie in einem Triumphzuge von Ems zurückkehrenden König entgegen. Dieser sah zwar die Lage als sehr ernst an, gab aber noch nicht ganz die Hoffnung auf, daß es gelingen werde, ‚den Frieden zu erhalten und dem Lande den Krieg zu ersparen'. In Brandenburg stieg Bismarck in den Wagen des Königs und suchte ihm die Notwendigkeit sofortiger Rüstung zu erweisen. Aber der König widerstrebte noch und wollte die Entscheidung einem auf den folgenden Tag anberaumten Kronrat anheimgeben. Da tritt beim Verlassen des Zuges auf dem Bahnsteig des Potsdamer Bahnhofs der Staatssekretär v. Thile mit den inzwischen im Auswärtigen Amt

Digitized by Google

eingelaufenen Pariser Depeschen an Bismarck heran. Der überfliegt den Inhalt, es waren die kriegerischen Erklärungen der französischen Regierung vor der Kammer. Unter dem Kronleuchter des Wartezimmers treten darauf der König und seine Paladine zu einer Beratung zusammen; Bismarck liest die Depesche vor, der König, die Tragweite des Gehörten erkennend, ersucht ihn, sie zum zweitenmale zu lesen, dann giebt er den Befehl, die Armee mobil zu machen.

Ohne die schweren Reibungen, die dem entscheidenden Entschlusse im Jahre 1866 vorangegangen waren, hat König Wilhelm am Abend des 15. Juli 1870 den Rat seines Ministers gebilligt. Wenn aber derjenige Teil seiner Aufgabe, der ihn vor dem Kriege mit Oesterreich oft verzagen und fast verzweifeln ließ, nämlich die Zustimmung seines Königs zu gewinnen, ihm diesmal leicht gemacht wurde, an Arbeit und Sorge anderer Art war auch jetzt kein Mangel. Wieder wie vor vier Jahren sehen wir ihn mit übermenschlicher Kraft am Werke. An den entlegensten Punkten gewahren wir ihn thätig; alles, das Größte wie das Kleinste, übersieht und ordnet er, nichts ist ihm zu mühesam, nichts zu gering. Zur selben Zeit, da er den Bundesrat und den Reichstag um ihre Zustimmung anzugehen, den süddeutschen Staaten die Bündnisfrage vorzulegen, die nicht beteiligten Mächte zu beobachten und die Welt von dem Unrecht des Gegners zu überzeugen hat, sehen wir ihn in Hannover die Welfen überwachen, Verbindungen mit italienischen Emigranten suchen, um Garibaldi auf Rom zu hetzen, auf französische Spione fahnden, unzählige Zeitungsartikel für die deutsche und ausländische Presse inspirieren, kurz, eine solche Menge und Mannigfaltigkeit von Aufgaben angreifen und bewältigen, wie nur die Spannkraft des Genies sie mit einem Griffe zu umfassen vermag.

Aus der Fülle dieser Aufgaben seien nur einige der wichtigsten erwähnt. Am 16. Juli legte er dem Bundesrat den Verlauf des Streites dar und zeigte, wie wenig Preußen darauf gefaßt sein konnte, zu erfahren, daß die fran-

Digitized by Google

zösische Regierung, deren Interesse an der spanischen Frage sich auf die Verhütung einer republikanischen oder orleanistischen Regierung zu beschränken schien, in der Annahme der Thronkandidatur durch den mit Napoleon verwandten Prinzen von Hohenzollern eine Kränkung erblicke. ‚Wäre es dem französischen Kabinett,' so schloß Bismarck seine Ausführungen, ‚lediglich darum zu thun gewesen, zur Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich dazu in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg geboten. Der Inhalt der vom Herzog von Gramont im Corps législatif gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterungen ab. Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumutungen konnten dem Bundespräsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demütigung oder den Krieg herbeizuführen. Der erstern Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruch eines Kriegs zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der europäischen Civilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat dies empfunden. Die Erregung des deutschen Nationalgefühls giebt davon Zeugnis. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens und der Wohlfahrt Europas.' Darauf sprach Freiherr v. Friesen als Vertreter des Königs von Sachsen sein Einverständnis mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums aus: ‚Frankreich will den Krieg; möge derselbe dann möglichst schnell und kräftig geführt werden!' Einstimmig traten die Bevollmächtigten der übrigen Regierungen der Erklärung Sachsens bei.

Digitized by Google

Aehnlich wie im Bundesrat schilderte eine Cirkulardepesche, die Bismarck am 18. Juli den diplomatischen Vertretern des Norddeutschen Bundes zugehen ließ, die Entwicklung des Streites und die augenblickliche Lage; sie sprach am Schlusse die Zuversicht aus, daß Frankreich für einen so mutwillig und rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden werde.

Am 19. Juli begrüßte der König im Weißen Saale die durch dringliche Depeschen einberufenen Abgeordneten des Norddeutschen Bundes. Nachdem er auf die Vorgänge der letzten Tage hingewiesen hatte, sprach er die granitnen Sätze: Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten ertragen, so trug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Es ist keine Ueberhebung, die Mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen wie Ich selbst, Wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheerenden Kriegen treibt. Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und gesteigerten Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampf berufen als zu dem blutigen der Waffen ... Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden Wir Uns,

Digitized by Google

gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und Unabhängigkeit.

Unbeschreiblich war der Ausbruch der Begeisterung, der diesen Worten folgte. Bismarck, der, während der König sprach, wie ein zürnender Cherub vor dem Thron stand, begab sich nach der Eröffnungsfeier in das Auswärtige Amt; hier überreichte der französische Geschäftsträger ihm die förmliche Kriegserklärung. Er nahm sie mit in die unmittelbar darauf beginnende Reichstagssitzung, wo die kurze Mitteilung, daß ihm soeben die Kriegserklärung Frankreichs übergeben worden sei, stürmischen Jubel erregte. Am folgenden Tage genehmigte der Reichstag einstimmig eine Adresse, die dem Könige versicherte, daß seine Worte im deutschen Volke einen mächtigen Widerhall gefunden hätten und daß die hohe Würde, mit welcher er die unerhörten Zumutungen des Feindes zurückgewiesen habe, die Nation mit freudigem Stolze erfülle. ‚Wir vertrauen,' so schloß die von dem Abgeordneten Miquel entworfene Adresse, ‚auf die Tapferkeit und Vaterlandsliebe unserer bewaffneten Brüder, auf den unerschütterlichen Entschluß eines einigen Volkes, alle Güter der Erde daran zu setzen und nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer dem deutschen Mann den Nacken beugt. Wir vertrauen der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, des deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden hat, den großen Kampf, den der Jüngling vor mehr als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen. Wir vertrauen auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel straft. Von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat sich das Volk auf den Ruf seiner einmütig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihm zu schwer.'

Schon war der Präsident v. Simson im Begriff, die Sitzung zu schließen, als Bismarck eintrat und das Wort nahm: er habe die Absicht, dem Reichstage die Aktenstücke mitzuteilen, die sich über den Streitfall in den Händen der

Digitized by Google

Regierung befänden. Wohl selten habe sich ein so wichtiges Ereignis vollzogen, wo die Zahl der Aktenstücke, in denen der Geschichtsforscher dereinst die Ursachen suchen werde, so karg bemessen sei wie hier. Nur eine einzige amtliche Mitteilung habe er von der französischen Regierung erhalten — die gestrige Kriegserklärung. Denn alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, möge er seine Eigenschaft als französischer Gesandter dabei geltend gemacht haben oder nicht, an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät gehabt habe, seien, wie jeder Kenner internationaler Verhältnisse wisse, Gespräche persönlicher und privater Natur; auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu erlangen versucht habe, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, solange der Monarch sie nicht anderweitig bekräftigt und dadurch seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen.

Einmütig, bis auf die beiden socialistischen Abgeordneten Bebel und Liebknecht, bewilligte darauf der Reichstag des Norddeutschen Bundes in seiner Schlußsitzung am Nachmittag des 21. Juli die beantragte Kriegsanleihe. —

In dem Augenblick, wo die Vertreter des norddeutschen Volkes diesen Beschluß faßten, war auch im Süden schon die Entscheidung im nationalen Sinne gefallen. Das Deutschland, auf welches die Machthaber Frankreichs gehofft hatten, das uneinige und zwiespältige, welches seit Jahrhunderten die Voraussetzung und Grundlage des französischen Uebergewichts in Europa gewesen, das Deutschland aus den Tagen Ludwigs des Vierzehnten und des Rheinbundes war nicht mehr. Wohl versuchten in den Kammern von Stuttgart und namentlich in München einige Unverbesserliche sich an ihren Preußenhaß zu klammern, aber der Sturm der patriotischen Begeisterung fegte ihre Worte wie welke Blätter hinweg. Nicht nur die Regierungen waren ohne Schwanken und Rückhalt sofort entschlossen, auch die Bevölkerung wies in allen Ständen und Schichten die Versuchung, der Bündnispflicht auf irgend einem Wege aus-

Digitized by Google

zuweichen, mit zorniger Entrüstung zurück. Frankreichs Angriff gilt nicht Preußen, sondern Deutschland,— vor dieser Losung verstummte die Erinnerung an den Bruderkrieg; aber daß es so schnell, so ganz geschah, daß die nationale Empfindung im Süden so unwillkürlich und unwiderstehlich aus den Herzen hervorquoll, daß war nicht zuletzt Bismarcks Verdienst, dessen Mäßigung vor vier Jahren jeden Stachel aus den Friedensschlüssen entfernt hatte.

Im Norden aber wetteiferten die Bewohner der Bundesstaaten, in Preußen wiederum die der alten und neuen Provinzen, wer es an patriotischem Eifer und Opferwilligkeit dem andern zuvorthue. Der Gedanke an das Vaterland bewegte alle ohne Unterschied des Standes, Alters oder Geschlechts; der politische Hader, die konfessionellen Mißklänge verstummten; die Regimenter aus Nassau, Hannover und Schleswig-Holstein folgten mit derselben Treue und todesbereiten Tapferkeit der Fahne wie die sieggewohnten Mannschaften der alten Provinzen; mit gleicher Inbrunst erflehte das Volk in den katholischen wie den evangelischen Kirchen den Sieg; auch die alten Gegner Bismarcks, die Männer der Fortschrittspartei, schwenkten ein, ihr Ausschuß vergrub für die Dauer des Kampfes die Streitaxt, weil, so erklärte er, in einem Augenblick, wo ein übermütiger Nachbar Unbilliges und Demütigendes von unserer Regierung verlangt hat, nur eines übrig bleibt: ihn mit dem Schwert in der Hand zur Vernunft zu bringen und die Existenz und Ehre des Vaterlandes zu sichern. So brannte durch alle deutschen Gaue vom Rhein bis zur Memel, von den Dünen bis zu den Schneehäuptern der Alpen eine heilige Flamme, in deren Glut die Schlacken alter Zweifelsucht und Zwietracht vergingen und der Kern der deutschen Volksseele, von allem Kleinen und Gemeinen des politischen Werktagslebens geläutert, in seinen urwüchsigen Tugenden strahlte. ‚Lange Jahrhunderte waren vorübergegangen,‘ sagt Sybel am Schlusse seines Werkes im Rückblick auf jene Tage, ‚wo überall Deutsche gegen Deutsche gekämpft hatten, ohne zu wissen, was sie thaten; endlich war die deutsche Volksseele ihrer Einheit und ihrer Kraft

Digitized by Google

bewußt geworden, und Millionen drängten sich mit freudigem Entschluß zu dem neuentdeckten Bruderbunde.' — Während jetzt des Königs Heerbann zur Wacht an den Rhein zog, lagen dem Kanzler, der wie kein zweiter die heilige Flamme geschürt hatte, andere Dinge ob. Am 17. Juli hatte der englische Botschafter in Berlin Lord Loftus der Regierung des Norddeutschen Bundes die Dienste des Londoner Kabinetts zur Erhaltung des Friedens angeboten. Bismarck hatte in seiner Erwiderung hervorgehoben, daß die Vermittlung Englands nur dann geschehen könne, wenn Frankreich, welches die Initiative zum Kriege ergriffen habe, vorher seine Bereitwilligkeit feststelle; das durch Frankreichs Drohungen aufgeregte und tief verletzte deutsche Nationalgefühl werde es nicht verstehen, wenn die verbündeten Regierungen den ersten Schritt zu neuen Verhandlungen thäten. Unsere Stärke, fügte er hinzu, liegt in dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.

War diese bündige Ablehnung einer ungebetenen Vermittlung nicht geeignet, das Wohlwollen der englischen Regierung, des liberalen Ministeriums Gladstone, zu gewinnen, so that Bismarck wenige Tage später einen Schritt, der nicht nur in England, sondern in ganz Europa die etwa vorhandenen Sympathien für Frankreich vernichten mußte. Am 25. Juli ließ er in der ‚Times' den Vertragsentwurf veröffentlichen, den der vertrauensselige Benedetti im August 1866 in seinen Händen gelassen hatte, und aus dem hervorging, daß Napoleon eine Eroberung Luxemburgs und Belgiens plante. Den Ableugnungen des Pariser Kabinetts, welches sich unter der Wucht dieses Keulenschlags krümmte, folgten alsbald neue Enthüllungen: Frankreich habe seit 1866 nicht aufgehört, Preußen durch Anerbietungen auf Kosten Süddeutschlands und Belgiens zu versuchen; er, Bismarck, habe diese Anerbietungen in Anbetracht der politischen Lage dilatorisch behandelt, aber wenn die Agenten des Pariser Kabinetts für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so

Digitized by Google

hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hilfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben; der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt sei, dieser Glaube finde seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft französischer Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz der andern Völker. Um jeden Zweifel an der Sache unmöglich zu machen, teilte Bismarck den in Berlin beglaubigten Botschaftern mit, daß der von der Times veröffentlichte Bündnisentwurf, von Benedettis Hand geschrieben, ihnen jederzeit zur Einsicht offen stehe. Dem gegenüber machte Benedettis Ausrede, Bismarck selbst habe jene Vorschläge gemacht, und er, Benedetti, habe sie bei einer Unterredung auf dessen Bitte nach seinem Diktat aufgeschrieben, einen kindlich-kläglichen Eindruck, der seine und seiner Regierung Situation noch verschlechterte. Das zeigte sich besonders in England, wo in weiten Kreisen die Stimmung des Volkes sich gegen Frankreich wandte. Vom Anfang der Verwicklung an war hier die Regierung entschlossen, sich nicht in den Streit zu mischen, sondern vor allem Sorge zu tragen, daß die Handelsinteressen des Landes nicht geschädigt würden. Dem entsprach es, daß sie zusah, wie englische Händler nicht nur Kohlen, sondern auch unmittelbaren Kriegsbedarf, Gewehre und Munition, nach Frankreich verkauften. Als Bismarck das erfuhr, ließ er nicht nur in der Presse auf das Ungehörige einer solchen ‚Neutralität' hinweisen, sondern er stellte in London den ausdrücklichen Antrag, die Regierung möge derartige Geschäfte ihren Unterthanen verbieten. In dieser Frage nun entwand sich das englische Kabinett der Forderung Bismarcks durch Ausflüchte, die mehr seiner sophistischen Routine zur Ehre gereichten als seinem Rechtsbewußtsein im internationalen Verkehr; dagegen kam an einem andern Punkte das Bestreben der Londoner Regierung Bismarcks Plänen zu statten. Was ihm vor dem Waffengang mit Oesterreich

Digitized by Google

so meisterhaft gelungen war, sich die Neutralität oder gar das Wohlwollen und die Unterstützung andrer Mächte zu sichern, dazu waren jetzt bei dem unerwarteten Ausbruch des Krieges und bei der notwendigen internationalen Reaktion gegen die Ereignisse der Jahre 1864 und 1866 kaum die Ansätze vorhanden. Nur Rußlands wohlwollender Haltung war er sicher. Nicht nur war es ihm gelungen, in Petersburg das traditionelle Einvernehmen mit Berlin zu erhalten, sondern er wußte es auch den preußischen Interessen dienstbar zu machen. Für Rußland war im Hinblick auf die Stimmung seiner polnischen Unterthanen nichts bedenklicher als eine Schwächung Preußens und ein Vordringen des französischen Einflusses nach Osten. Dieser von Bismarck bis in seine äußersten Folgerungen erörterte Satz verfehlte seine Wirkung nicht; Alexander der Zweite, den überdies eine warme persönliche Freundschaft mit König Wilhelm, dem Bruder seiner Mutter, verband, wünschte den preußischen Waffen den Sieg und war fest entschlossen, wenigstens die übrigen Feinde Preußens von dessen Flanken und Rücken abzuhalten. Namentlich auf die Haltung Oesterreichs war der Entschluß des Zaren von Einfluß, denn so gern Beust bei guter Gelegenheit eine Revision des Prager Friedens vorgenommen hätte, — die Erklärung des Petersburger Kabinetts, daß Rußland mit seiner ganzen Macht in den Kampf eintreten werde, wenn Oesterreich gegen Preußen vorgehe, rief ihn zur Besonnenheit.

Während so die von Bismarck gepflegte Freundschaft zwischen Rußland und Preußen in Wien die kriegerische Stimmung dämpfte, wirkte an andern Stellen das englische Kabinett, wenngleich aus andern Beweggründen, in demselben Sinne. Die Enthüllungen Bismarcks hatten allen einsichtigen Engländern die Augen darüber geöffnet, daß ein Sieg Napoleons bei dessen notorisch gewordenem Verlangen nach Belgien kaum im Interesse Englands lag. Auch das Ministerium konnte sich den Folgen dieser Erkenntnis nicht entziehen, so daß es wenigstens insofern den Absichten Bismarcks einen Dienst erwies, als es in Florenz und in Kopenhagen die dort vorhandene Neigung, Napo-

Digitized by Google

leon bewaffneten Beistand zu leisten, bekämpfte. Zumal in Kopenhagen waren auf die Nachricht von der französischen Kriegserklärung die Hoffnungen der Preußenfeinde wieder erwacht, und einen Augenblick konnte es scheinen, als ob es der einflußreichen Partei gelingen werde, den König zum Kriege zu drängen. Schnell griff Bismarck ein. Als sein Antrag, Dänemark solle seine Neutralität erklären, nicht alsbald die erwünschte Wirkung hatte, ließ er der Regierung in Kopenhagen eröffnen, man werde bei der ersten feindseligen Regung in Dänemark ganz Jütland mit preußischen Truppen besetzen. Während das Kabinett zwischen dieser Drohung und Napoleons Verlockungen noch schwankte, kamen dringende Abmahnungen aus Petersburg und London.

Auch in den übrigen Staaten, bei denen Frankreich, wie Bismarck in der deutschen Presse spottete, betteln ging, trat er den Versuchungen zu preußenfeindlichen Beschlüssen nachdrücklich entgegen. Am meisten erregte Spanien seinen Zorn, von dem er, wie er sagte, etwas mehr erwartet hatte, als daß es den von Napoleon verübten Eingriff in seine Selbständigkeit hinnehme und mit verschränkten Armen zusehe, wie andre Völker sich um die Besetzung seines Thrones schlügen. In seiner Entrüstung über dieses wenig rühmliche Verhalten der spanischen Machthaber ging er so weit, sie in der Presse des geheimen Einverständnisses mit Frankreich zu beschuldigen: Das plötzliche Verschwinden Spaniens von der Bildfläche, nachdem der Streit zwischen Frankreich und Deutschland eingefädelt sei, gebe Anlaß zu Verdacht; auch der Umstand, daß der Eifer der Madrider Regierung für die hohenzollernsche Kandidatur so plötzlich vom Siedepunkt auf den Gefrierpunkt erkaltet sei und daß die Beziehungen zu Frankreich die freundschaftlichsten zu sein schienen, sei auffällig und lege die Vermutung nahe, daß die ganze Intrigue zwischen Madrid und Paris vorbereitet gewesen sei, um Preußen zu isolieren und in Deutschland selbst eine Spaltung zu erregen. Daß Bismarck mit derartigen Verdächtigungen, die er in deutschen Blättern ausstreuen ließ, der spanischen Regierung unrecht that, steht

Digitized by Google

heute fest; aber der Vorgang verdient erwähnt zu werden als ein weiterer psychologischer Beweis, wie haltlos die Ansicht ist, daß er die Kandidatur des Prinzen Leopold mit tückischen Kriegsgedanken gegen Frankreich betrieben habe. —

Noch bevor ein Schuß gefallen war, hatte Frankreich eine diplomatische Niederlage erlitten, weil von den Hoffnungen, die seine Staatsmänner auf die oppositionelle Gesinnung der neuen preußischen Provinzen, auf Süddeutschland, Oesterreich, Italien und Dänemark gesetzt hatten, eine nach der andern zerrann. Von allem Großen jedoch, was Bismarck in jenen Julitagen gethan hat, war dies das Größte: der patriotische Zorn, in dem er am Abend des 13. Juli die Beleidigung Frankreichs zurückschlug. Und ein Funken seines Zornes war es, der in die deutsche Volksseele übersprang und ihr den heiligen Entschluß weckte, die Einheit der seit Jahrhunderten getrennten Stämme mit dem edelsten Kitte, dem gemeinsam vergossenen Blut, zu befestigen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google